



Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 155 11.6.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Fahndungspanne beim BKA, Rolf Heißler überlebt Kopfschuß!

Auch der neueste Einsatz des BKA (ausgeführt durch ein sogenanntes „Zielfahndungskommando“) war – nach allem, was dazu bisher in Erfahrung zu bringen war – darauf programmiert, einen Toten zu „verhaften“.

„Am Samstag Morgen um 8 Uhr 05 schließt Rolf Heißler die Tür einer Wohnung in Frankfurt/Sachsenhausen, Textorstraße 79 auf. Er hat in einer Hand sechs dicke Zeitungen und eine Tüte mit Brötchen, mit der anderen schließt er am Türschloß. Er ist völlig arglos. Er will die Wohnung betreten. Da trifft ihn ein Schuß ins Gesicht, gesprochen wurde vorher nichts, es wurde geschossen. Reflexartig hatte er noch den Kopf zur Seite gewandt. So trifft ihn die Kugel im Stirnbein neben dem linken Auge, sie bleibt stecken. Das Gehirn wird nicht verletzt, er ist bei vollem Bewußtsein. Während er auf dem Boden liegt, hört Heißler einen Beamten sagen: Zwei Zentimeter nach rechts, dann hätten wir das ganze Problem nicht! Heißler hatte in der Wohnung mindestens drei Beamte wahrgenommen.“

So stellt sich der Tathergang nach den am Sonntagabend vorliegenden Informationen, insbesondere auch von Heißler selbst, dar.“

(„Tageszeitung“, 11. Juni 1979) Als letzte Meldung bleibt nur noch hinzuzufügen, daß Rolf Heißler nach einem chirurgischen Eingriff in der Frankfurter Universitätsklinik von dort am Sonntagnachmittag mit einem Hubschrauber abtransportiert wurde. Das Ziel dieses Transports ist auch dem Anwalt Rolf Heißlers, Koch, nicht bekannt!...

Alles das, was hier in Frankfurt am Morgen des 9. Juni abgelaufen

ist, ähnelt so sehr den Vorgängen bei der Erschießung Elisabeth van Dyck's (vor nur wenigen Wochen in Nürnberg), daß kein ernstzunehmender Mensch eine zufällige Parallelität der Ereignisse behaupten wird.

Hier wie dort waren

+ Sonderkommandos des BKA (unterstützt von Beamten der Landeskriminalämter) im Einsatz;

+ die „Zielfahnder“ bereits Wochen vor dem „Zugriff“ auf Observationsposten und konnten sich am Tage der Konfrontation in Ruhe und ausgiebig auf die „Begegnung“ vorbereiten (hatten also neben der stärkeren Bewaffnung auch noch das entscheidende Überraschungsmoment auf ihrer Seite!);

+ nicht die Überwältigung und die Festnahme des lebenden, verdächtigten Menschen das Ziel der Polizeioperationen, sondern das Unschädlichmachen des politischen Gegners um jeden Preis.

Elisabeth hatte keine Chance – sie wurde „in Notwehr“ von hinten abgeknallt. Rolf sollte keine Chance haben – deshalb schossen ihm die Bullen mitten ins Gesicht.

Wir fordern:

Schluß mit den todbringenden Menschenjagden!
Unabhängige Untersuchungskommissionen für die Vorgänge in Düsseldorf, Nürnberg und Frankfurt!

siehe auch letzte Seite

Arbeiter fordern Teuerungszulage

Wird es in diesem Jahr einen heißen Sommer in den Betrieben der Bundesrepublik geben? Die Unzufriedenheit mit den schwachen Lohnabschlüssen der zurückliegenden Tarifrunden wächst: den durchschnittlichen Lohnerhöhungen von 4 % brutto steht ein Anstieg der Preissteigerungen von 2,1 % vor einem halben Jahr auf mittlerweile 3,8 % gegenüber, das Wenige an Erhöhung ist durch die Inflation längst schon wieder aufgeessen.

Dies war Anlaß für die Arbeiter des „Weser-Kurier“ in Bremen, am 6.6. für vier Stunden in einen Warnstreik zu treten. Bereits vier Wochen vorher hatten sie die Unternehmensleitung aufgefordert, über eine Erhöhung der übertariflichen Zulagen zu verhandeln. Als darauf keine Reaktion erfolgte, wurden die Maschinen abgestellt. Jetzt wird verhandelt.

Die Vertrauensleuteversammlung von Mannesmann-Huckingen in Duisburg beschloß am 8.6. einstimmig: einen Lohnausgleich in Höhe der Teuerungsrate zu fordern. Sie bildeten eine Kommission, die diese Forderung erarbeiten und in der Belegschaft diskutieren soll.

200 Vertrauensleute der Braunschweiger Volkswagenwerke beschlossen letzte Woche, eine Nachschlagzahlung von 1000 DM von der Unternehmensleitung zu fordern.

Und bereits am 3. Mai streikten 1.300 Beschäftigte der Düsseldorfer Spieß AG für eine Teuerungszulage.

Zuletzt 1974 gab es in der Bundesrepublik eine Welle von „wilden Streiks“ zur erfolgreichen Durchsetzung von Teuerungszulagen – hier besteht durchaus eine Alternative zur derzeitigen gewerkschaftlichen Tarifpolitik, von der Basis her!

(siehe auch Artikel: „Es geht wieder aufwärts mit den Unternehmerprofiten“, Seite 25).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Sternmarsch zur Kundgebung auf dem Römerberg

Abmarsch Sa. 11 Uhr

Friedberger Platz; Brückenstraße; Frankenallee; Campus der Universität und U-Bhf. Weißer Stein

Kulturprogramm ab 13 Uhr mit Walter Mossmann, Lerryn, Kunert und Pannach, Linksradikales Blasorchester, Mobiles Einsatzorkester und Henning Venske

Open-Air Festival Sa. 21 - 2 Uhr und So. 11 - 18 Uhr

Misty (England), bots (Holland), Schmetterlinge (Österreich) Guru Guru, Missus Beastly, Oktopus, Barrelhouse Jazz-Band, Frankfurt City Blues Band, Michael Sargmeister Trio, Straßenjungs und Hamburger Blues Rock Session

Krieg um's Öl?

Nach Harrisburg war auch den eingefleischten Atomfans klar, als „sicher“ und geradezu „umweltfreundlich“ waren Atomkraftwerke nun nicht mehr zu verkaufen. Die Hamburger SPD-Postille „Morgenpost“ fragte: „Welcher Politiker kann – angesichts der aktuellen Ereignisse – noch für Gorleben stimmen?“. Das Atomprogramm sollte neu überdacht werden, nur abschalten mochte man die Atomkraftwerke doch noch nicht gleich. Aber schon bald waren Kernkraftwerke wieder unverzichtbar und jetzt sollen sie mit einer neuen Energiehorrorvision wieder hoffähig gemacht werden. „Wenn die Kernenergie nicht rasch genug weiterentwickelt wird, könnte der Wettlauf um Öl und Erdgas zum alleinigen Grund für einen Krieg werden“, verkündete Atomkanzler Schmidt jüngst im US-Magazin „Time“ anlässlich seines US-Besuches.

Mögen die Kernkraftwerke noch so risikoreich sein, wer gegen dieses

Übel kämpft, beschwört das noch größere Risiko eines Krieges herauf – so hätten es die Atombetreiber wohl gern.

Gleichzeitig versuchen die Kapitalisten aus dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen das große Geld zu machen. Obwohl das Öl überhaupt nicht knapp ist, wird es derzeit gigantisch verteuert, die Ölmonopole konnten schon im letzten Jahr Gewinnsteigerungen von bis zu 360 % vermelden.

Wenn jetzt Schmidt, Scheel und auch die französische Regierung von einem Krieg reden, so handelt es sich weniger um einen Krieg gegen die Ölmultis oder gar die US-Regierung, die angeblich durch ihre Ölsubventionen versuchen würde, den Europäern jetzt den Ölhahn abzdrehen.

Wie ernst das gemeint ist, bewies Bundeskanzler Schmidt, als er jetzt bei seinem US-Besuch der US-Re-

gierung freundlich bescheinigte, daß sie zum ersten Mal seine Energiepolitik verfolge.

Gemeint ist mit der neuen Propaganda-Welle wohl mehr ein „Krieg“ gegen den Verbraucher, sein Bedürfnis nach mehr Sicherheit soll teuer bezahlt werden. Wolf von Amerongen erklärte es jüngst so, daß der Benzinpreis wohl erst auf 2 DM klettern müsse, bevor am Auto gespart werde. Mitverantwortlich für diese Situation sind auch Strömungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu machen, die ebenfalls eine Rohstoffknappheit behaupten und den notwendigen Konsumverzicht aus ökologischen Gründen predigen, um eine zukünftige Katastrophe und Kriege zu verhindern.

Die Kapitalisten wollen damit das große Geschäft machen und gleichzeitig einen neuen Werbefeldzug für die Atomenergie als „kleineres Übel“ einleiten.

AKW-Nein-Kommission

„Jetzt haben wir den Schlamassel!“



Papst in Polen

Stalin soll einmal ironisch gefragt haben: „Wie viele Divisionen hat eigentlich der Papst?“ Die Antwort hat etwas auf sich warten lassen, doch ist sie umso eindrucksvoller ausgefallen: Praktisch vor der Haustür der Sowjetunion sind jetzt die Divisionen des Papstes aufmarschiert; keine himmlischen Heerscharen sind es, sondern Millionen irdischer Wesen, die für den Nachfolger des Petrus auf die Straße gehen. Das Land, wo dies geschieht, heißt nicht Italien mit seiner tiefverwurzelten katholischen Frömmigkeit, nicht Spanien mit seinem durch die Tradition der Jesuiten konservierten strenggläubigen Fanatismus, nicht Mexiko, wo die bedrängte Kreatur bereits vom Papst animiert worden ist, einen kräftigen Schluck aus der Felsquelle der katholischen Soziallehre zu sich zu nehmen: Das Land nennt sich Sozialistische Volksrepublik Polen. Die Verfassung dieses Staates fordert die strikte Trennung von Kirche und Staat und seine verantwortlichen Politiker gehen von dem Anspruch aus, ein Gesellschaftssystem zu errichten, welches die materiellen Grundlagen der religiösen Wahnvorstellungen schrittweise beseitigt. Damit ist erklärlich, warum diese Politiker den Papst lediglich als Repräsentanten des Vatikanstaats zur Kenntnis zu nehmen gewillt sind. Nur hat die ganze Angelegenheit einen kleinen Haken: Der Papst Wojtyła ist Pole und sein Heimatland, dem er in diesen Tagen einen Besuch abstattet, ist wahrscheinlich

das derzeit katholischste Land Europas: 90% der Polen sind zumindest nominell Mitglieder der Kirche, 60% von ihnen bezeichnen sich als praktizierende Katholiken. Zahlen also, die hierzulande allenfalls in Paderborn, Altötting oder im Landkreis Cloppenburg erreicht werden. Kein Wunder, daß sich vor diesem Hintergrund der polnische Papst nicht einfach als diplomatischer Vertreter eines Zwergstaates abspelen läßt. Wohl wissend, daß Polen das schwächste Glied in der Kette der RGW-Staaten ist und die Autorität der polnischen Partei- und Staatsführung zunehmend verfällt, tritt Wojtyła in einer Art und Weise auf, daß sich die Frage, wer Polen eigentlich regiert, förmlich aufdrängt.

Der Papst kann sich freuen: Eine denkbar große Koalition hat den Boden und das Klima für seinen Triumphzug bereitet. Die polnische Partei- und Staatsführung, die ihm mit beinahe schon peinlicher Regelmäßigkeit bescheinigt, ein Papst des Friedens der Zusammenarbeit, der Entspannung und der nationalen Einheit der Polen zu sein; ein großer Teil der polnischen „Dissidenten“, die in ihm einen wichtigen Bündnispartner im Kampf für Menschenrechte sehen, natürlich der polnische Klerus usw. usf. die größte Freude dürften allerdings diejenigen empfinden, die bereits die Wahl Wojtyłas als genialen Coup gegenüber dem „realen Sozialismus“ gefeiert haben. Denn die Nächstenliebe des

Papstes erstreckt sich nicht nur auf seine polnischen Landsleute, sondern bewegt sich in größeren Dimensionen, deren Grenzen so in etwa vom Atlantik und dem Ural gezogen werden.

Aus einer Ecke, wo die christliche Phrasologie die unchristlichen Motive nur notdürftig verhüllt, wurde dem Papst frenetischer Beifall gezollt, als er den geistigen Führungsanspruch des Heiligen Stuhls gegenüber den litauischen und ukrainischen Katholiken in einer Form forderte, die nur als klarer Affront gegen die sowjetischen Freunde von Gierke und Co. gewertet werden konnte. Daß dies auch noch in der polnischen Stadt Gnesen geschah, hätte eigentlich das Faß zum Überlaufen bringen können. Aber Wojtyła als Spannungspapst darf sich, wie gesagt, einiges herausnehmen. Der Schwarze Peter liegt allemal bei der PVAP-Führung, die ihren Freunden erläutern muß, wie es angeht, daß in einem sozialistischen Land ein Kirchenfürst die Befreiung des Ostens propagiert.

Wahrscheinlich wird bei uns die Macht des polnischen Klerus eher unter- als überschätzt. Diese Macht ist historisch gewachsen und praktisch untrennbar mit dem polnischen Nationalbewußtsein verbunden. Die Misere des „realen Sozialismus“ in Polen mit seinen periodischen Arbeiteraufständen, seinen Preissteigerungen, seiner Agrarkrise hat die Attraktivität der Religion noch verstärkt.

Eine Parteiführung, die sich dermaßen in die Scheiße geritten hat, daß ihr nun nichts anderes übrig bleibt, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen, darf sich nicht wundern, wenn in vielleicht nicht allzu ferner Zukunft das Christentum das ideologische Arsenal für Unruhen liefert, gegen die sich der 17. Juni 1953 und die Ereignisse in Ungarn 1956 eher bescheiden ausnehmen dürften. Dies zumindest ist die Hoffnung der „Bild am Sonntag“ vom 3./4. Juni, die meint: „Und dies ist erst der Beginn“.

Ähnlich sieht es der polnische Parteichef Gierke, dem die Papstreise laut „Spiegel“ vom 4. Juni den Stoßseufzer entlockt haben soll: „Habemus papam, habemus clavam.“ Wir haben einen Papst und jetzt haben wir den Schlamassel.

Soviel steht fest: Die Papstreise hat Polen verändert. In welche Richtung, dürfte klar sein.

ha. / KB Göttingen

„Die Charta 77 ist in Gefahr“

Tschechoslowakische Behörden lassen überholt geglaubte Methoden der Verfolgung von Bürgerrechtlern wieder aufleben. Nachdem Sicherheitspolizisten schon Ende Mai elf Führungsmitglieder der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ festgenommen hatten, wurde vergangene Woche die Gruppensprecherin Zdena Tominová in Prag von einem Maschierten zusammengeschlagen. Sie liegt mit einer Gehirnerschütterung im Krankenhaus. Eine Erklärung von Frau Tominová im Namen der Gruppe gelangte an den SPIEGEL:

Gegen ... (die Charta-Mitglieder, d. Red.) wurden Ermittlungsverfahren wegen „Vorbereitung zur Unterwühlung der Republik“ eingeleitet. In der näheren Begründung dieser Polizeiaktion heißt es, die Verhafteten hätten eine „bedeutende Menge von Schriftstücken angefertigt, die geeignet sind, das Vertrauen der Bürger der ČSSR zu den Staatsorganen zu untergraben und feindliche Stimmungen gegen die sozialistische Ordnung hervorzurufen“.

Das „Komitee zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten“ ist eine unabhängige Bürgergruppe, die mit der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung Charta 77 verbunden ist. In seinen Aktivitäten handelt das Komitee nach ähnlichen Grundsätzen wie Amnesty International. Es geht von den geltenden tschechoslowakischen Gesetzen aus und verlangt deren gerechte Auslegung und strikte Einhaltung. Ist dies nicht der Fall, informiert das Komitee über diese Vorgänge. Die herausgegebenen „Schriftstücke“ sind der Öffentlichkeit als Mitteilungen des Komitees bekannt (bis heute waren es 113) und beinhalten wahrheitsgemäße Informationen über Polizeieinsätze, Strafverfolgungen, den Verlauf von Gerichtsverfahren und die Verurteilung von Bürgern, deren „Schuld“ oft nur darin besteht, daß sie ihre Freiheiten und Rechte in Anspruch nahmen.

Wenn dem Komitee „Unterwühlung der Republik“ vorgeworfen wird, dann handelt es sich zum einen um das Verdrehen der Wirklichkeit und zum anderen um einen Akt der Abschreckung: Alle Bürger der ČSSR, die auf ihren Rechten bestehen und

sich mit denen solidarisieren, die zu Unrecht verfolgt werden, sollen eingeschüchtert werden. Und nicht zuletzt zielt diese Attacke auf die Charta 77, die trotz vieler Rückschläge die Hoffnung der Menschen auf eine demokratische und humane Gesellschaft symbolisiert.

Zum jetzigen Zeitpunkt hat die Charta 77 vier Sprecher, von denen sich drei in Haft befinden. Dr. Jaroslav Sabata verbüßt den achten Monat seiner zweieinhalbjährigen Strafe, Dr. Václav Benda und Jiří Dienstbier, die zugleich Mitglieder des „Komitees zur Verteidigung der



Charta-Sprecherin Zdena Tominová Krankenhausreif geschlagen

zu Unrecht Verfolgten“ sind, wurden vor drei Tagen verhaftet. Es hat den Anschein, daß die Staatsorgane den Zeitpunkt dieser Verhaftungswelle bewußt wählten: Die Polenreise des Papstes könnte geeignet sein, diese neue Phase der Repression in der ČSSR im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit in den Hintergrund treten zu lassen.

Wir rufen die fortschrittlichen Menschen aller Länder auf, denen die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki nicht gleichgültig ist, sich für die sofortige Freilassung aller verhafteten Mitglieder des „Komitees zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten“ einzusetzen.

Die Charta 77 ist in Gefahr. Prag, 31. Mai 1979.

Zdena Tominová (Sprecherin der Charta 77).

aus: „Der Spiegel“, 11. Juni 79

Solidaritäts-Aktion für Rudolf Bahro in Marburg, am 30. Juni 1979

11.00 Uhr Demonstration und Abschlußkundgebung (Biegenstraße)
17.00 Uhr Großveranstaltung

Thema: Sozialistische Opposition im „realen Sozialismus“
Teilnehmer: Zagorka Golubovics (Belgrad, eh. Praxis-Schule)
Ilkka-Christian Björklund (Reichstagsabgeordneter der Volksdemokraten/Kommunisten, Helsinki)
Jean Ellenstein (KPF, Paris)
Gerd Petersen, Vorsitzender der Linksozialistischen Volkspartei Dänemarks / Kopenhagen
Wolf Dieter Narr (Westberlin)
Bernd Rabehl (Westberlin)
Vertreter des DKP-Parteivorstands
Vertreter der Marburger Schule
Leiter: Rudolf Steinke (Bahro-Komitee, Westberlin)

Sonntag, 1. Juli:
10.00 Uhr Diskussionsforen

Themen: Formen und Inhalte der Solidarität mit der osteuropäischen Opposition;
Zur Funktion der Repression im Alltag und Kulturleben der DDR
„Die Alternative“ — relevant für die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung?

12.00 Uhr Kulturveranstaltung

Am 30. Juni wird sich der Tag jähren, an dem Genosse Rudolf Bahro von den Gerichten der DDR wegen „Hochverrat“ und „Sammlung von Nachrichten“ in einem Geheimprozeß zu acht Jahren Haft verurteilt wurde. Ein Gesinnungsurteil, das es mit jedem Unrecht der bürgerlichen Klassenjustiz aufnehmen kann! ... Aus Anlaß dieses 1. Jahrestages soll in Marburg ein Aktionswochenende zur Solidarität mit Rudolf Bahro veranstaltet werden, um die vorhandene Protestbewegung zusammenzufassen und der Forderung nach Freilassung des Genossen demonstrativen Nachdruck zu verleihen.

Der Kommunistische Bund unterstützt diese Solidaritäts-Aktion und ruft zur Teilnahme daran auf.

P.S.: Zur Vorbereitung der Marburger Aktion findet in Westberlin eine Podiumsdiskussion statt. Thema: „Soll es ein Russell-Tribunal über die DDR geben?“. Allerhand Prominenz ist angesagt, und die Diskussion verspricht spannend zu werden.
(Donnerstag, 28. Juni, 19.00 Uhr, Audimax der TU)

Libanon: Schwere Schläge gegen die fortschrittlichen Kräfte

„Gestern und heute griffen wir die palästinensischen Mörder an. Wir werden sie weiter mit all unserer Kraft und Stärke, von der See, aus der Luft und auf dem Lande angreifen. Wir werden ihnen keine Ruhe gönnen, sondern werden sie angreifen, um sie vollständig zu vernichten, bis sie nicht mehr ihre mörderischen Aktionen fortsetzen können.“ („The Guardian“, 8.5.79). Mit dieser Erklärung begründete der israelische Ministerpräsident und ehemalige Chef der zionistischen Terrororganisation „Irgun Zvai Leumi“ die seit mehr als zwei Monaten — unmittelbar nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens — beispiellos gesteigerten Terrorangriffe auf libanesische Ortschaften und Flüchtlingslager, vor allem im Süden Libanons.

Bei all diesen Angriffen handelt es sich um gezielte Terroraktionen, gegen die palästinensische und libanesische Zivilbevölkerung, vorrangige Ziele sind Flüchtlingslager und Ortschaften. Von israelischen Regierungsmitgliedern werden diese Bombardements als Angriffe auf Orte ausge-

geben, an denen „Terroristen konzentriert“ sind („Le Monde“, 2.6.79). Seit der bewaffneten Aktion palästinensischer Widerstandskämpfer in der nordisraelischen Stadt Nabariya Ende April wurden durch Bombardements mehr als 75 Menschen getötet und 160 verletzt („Le Monde“, 79). Viele Ortschaften und Flüchtlingslager wurden noch weiter zerstört.

Die ständigen Angriffe haben zu einer neuen Flüchtlingswelle aus dem ohnehin schon entvölkerten Süden geführt. Allein aus der Hafenstadt Sur (Tyros) flüchteten in den letzten Wochen fast alle dort lebenden 50.000 Einwohner. Insgesamt sind 100.000 Menschen auf der Flucht.

Sur und die südlich davon liegenden Flüchtlingslager konnten von den fortschrittlichen Kräften während der Invasion der israelischen Armee im März 1978 gehalten werden. Die Stadt war bislang der wichtigste Nachschubhafen für die fortschrittlichen Kräfte, wird allerdings seit Mitte April von Schnellbooten der israelischen Marine blockiert, die selbst auf hoher See Schiffe mit

Nachschub und Lebensmitteln für die fortschrittlichen Kräfte aufbringen. Die ständigen Terrorangriffe über mehr als ein Jahr haben die Zionisten ihrem Ziel näher gebracht, das sie mit der Invasion im März 1978 nicht erreichen konnten: Der Grenzstreifen zu Israel ist seit der Ausrufung der „Freien Libanon“ durch den Faschisten Haddad praktisch völlig unter der Kontrolle der Zionisten, der Süden Libanons ist praktisch menschenleer. Die Blockade des Hafens Sur und die Tatsache, daß die Syrer seit Anfang April keinen Nachschub mehr für die Palästinenser und fortschrittlichen Kräfte durchlassen, erschwert die Kampfbedingungen erheblich.

Der Rücktritt des libanesischen Ministerpräsidenten Hoss ist ein weiteres Anzeichen für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der reaktionären und faschistischen Kräfte.

Auf diesem Hintergrund haben die PLO und die fortschrittliche nationale libanesische Bewegung beschlossen, ihre Kämpfer aus den Städten und Ortschaften im Südlibanon zurückzuziehen, um den Zionisten keinen

Vorwand zu liefern, die Zivilbevölkerung im Südlibanon zu terrorisieren. Besonders aus Nabatiyeh und Sur, Hauptangriffspunkte der Zionisten, sollen sich die Kämpfer zurückziehen („Le Monde“, 8.6.).

Sollte dieser Beschluß durchgeführt werden, wird dies trotzdem kein Ende der zionistischen Terrorangriffe bedeuten. Begin hat schon erklärt: „Sehr gut ... daß sie sich so weit wie möglich nach Norden wenden ... Wir wollen von niemanden etwas schlechtes ... Aber wir führen eine Anti-Guerilla-Operation durch, die die Notwendigkeit einschließt, möglicher Ziele stärker anzugreifen.“ („Le Monde“, 8.6.79). Daß dies Angriffe gegen die Palästinenser, wann und wo immer die Zionisten wollen, bedeutet, haben die Zionisten in der Vergangenheit nicht nur erklärt, sondern auch in die Tat umgesetzt.

Die Zionisten werden erst dann ihre Terrorangriffe einstellen, wenn sie ihr Ziel, die Zerschlagung der fortschrittlichen Kräfte im Libanon und die Errichtung eines reaktionären, mit Israel verbündeten Libanon erreicht haben.

Mit dem Friedensvertrag im Rücken haben die Zionisten nicht nur eine neue Offensive gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon eingeleitet, auch der Terror in den besetzten Gebieten wird gesteigert. So wurden kürzlich in Bir Zeit in einer Straße sämtliche Geschäfte von den zionistischen Besatzern geschlossen — als Kollektivstrafe —, weil jüdische Siedler beim Durchqueren dieser Straße mit Steinen beworfen worden waren. Während in Beersheba die Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten über eine „Autonomie“ der besetzten Gebiete begannen, werden von der israelischen Regierung immer neue Siedlungsprojekte beschlossen. Das Siedlungsbudget wurde verdoppelt. Die vollständige Annektierung der besetzten Gebiete ist eine längst beschlossene Sache, dazu ist nicht nur die Unterdrückung jeden Widerstands in den besetzten Gebieten nötig, sondern die Zerschlagung der palästinensischen Widerstandsbewegung dort, wo sie ihre stärksten Basen hat, im Libanon.

Nahost-Kommission

16./17. Juni: Rock gegen Rechts findet statt

Am 11. Mai verfügte der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann (CDU) ein Verbot des diesjährigen NPD-„Deutschlandtreffens“ und aller Ersatzveranstaltungen. Drei Wochen später war die Welt wieder im Lot. Wie gehabt, hob das Verwaltungsgericht auf Antrag der NPD am 1.6. die sofortige Vollziehbarkeit der Verfügung auf und genehmigte den Faschisten eine Demonstration mit Kundgebung durch den südlichen Stadtteil Sachsenhausen. Die NPD kann mit dieser Entscheidung hochzufrieden sein, wenn ihr auch der Römerberg als Kundgebungsort versagt bleibt. Dementsprechend scheint sie auch darauf zu verzichten, in die zweite Instanz zu gehen.

Am gleichen Tag ließ der OB der Presse gegenüber erklären, daß er das Verbot des antifaschistischen Festivals ROCK GEGEN RECHTS angeordnet habe. Für RGR sei eine solche Masse von Teilnehmern zu erwarten, daß „Gewalttätigkeiten“ nicht auszuschließen seien. Damit jedoch hatte die CDU den Bogen überspannt. Das Frankfurter Aktionsbündnis, dem sich mittlerweile auch die Bundesverbände der Falken und

„Deutschlandtreffen“ aus rechtlichen Gründen scheinbar stattfinden muß, obwohl es angeblich keiner will. Das war schon 1974, 1977 und 1978 so gewesen. In diesem Jahr sind ihnen dabei allerdings einige Schnitzer unterlaufen. So hatte Wallmann der Presse wohlweislich den vollen Wortlaut seiner Verbotsverfügung gegen die NPD nicht zur Verfügung gestellt. Was der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, waren nur einige Zitate aus dieser Verfügung, garniert mit wohlklingenden antifaschistischen Phrasen. Der NPD wurde darin vorgeworfen, für die gewalttätigen Auseinandersetzungen der letzten Jahre „sowohl als unmittelbarer Störer“ als auch „als Zweckveranlasser“ verantwortlich zu sein. Fehlte in dieser Begründung schon jeglicher Hinweis auf den faschistischen Charakter der NPD und auf den § 139 Grundgesetz (Verbot faschistischer Bestrebungen gemäß den alliierten Kontrollratsbestimmungen), so ließ wenigstens der Verweis auf Übergriffe seitens der NPD selbst hoffen, daß die NPD nicht ungeschoren davonkommen würde. In Wirklichkeit hat Wallmann die Öffentlichkeit in die

man wollte von Anfang an, daß die NPD-Demonstration in Frankfurt stattfindet. Seine Verbotsverfügung war ein reiner Bluff. Frankfurt hat einen Oberbürgermeister mit unverkennbaren Sympathien für das Stattfinden eines faschistischen „Deutschland-Treffens“.

Kein Wunder, daß die CDU jetzt Rückzugsgelände sucht. Das Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS hatte in einer Presseerklärung ausgeführt, der OB habe es dem Verwaltungsgericht leicht gemacht, das Verbot des NPD-Treffens wieder aufzuheben. Gleich am nächsten Tag heulte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Stadtparlament auf, dies sei eine „ungeheuerliche Unterstellung.“ Offensichtlich haben wir die CDU am richtigen Punkt erwisch. Fraktionsvorsitzender Moog behauptet, Wallmann habe „minutiös das Verhalten der NPD in den vergangenen Jahren dargelegt und ihre Verantwortlichkeit für die zum Teil erheblichen Gewalttätigkeiten nachgewiesen“ („FR“, 9.6.). Wenn dem so ist, warum wird dann nicht der vollständige Text der „minutiösen“ Verbotsverfügung der Presse zur Verfügung gestellt?

Ein Wort noch zum Verwaltungsgericht: Zu Wallmanns Taktik gehört ein Partner, der dieses Spiel auch mitspielt. Zwar haben die Richter lediglich die Aufgabe, zu prüfen, ob Verfügungen und Erlasse der Stadtverwaltung korrekt sind oder nicht. Damit begnügt sich die IV. Kammer des Frankfurter Verwaltungsgerichts jedoch nicht. Vielmehr bescheinigte sie den Faschisten: „Aufgrund des bisherigen Verhaltens der Antragstellerin bei ähnlichen Großveranstaltungen in den vergangenen Jahren kann nicht davon ausgegangen werden, daß von ihr selbst Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung ausgehen oder sie diese beabsichtigt oder bezweckt.“

Ei, was für friedliche Schäffchen haben wir denn da, die die Nachfolge von Völkermördern und KZ-Erbauern angetreten haben. Man greift sich an den Kopf, wie so etwas immer noch möglich ist. Unter diesen Tälern ist wohl noch einiger Muff aus den vergangenen Jahrzehnten. Oder hängt es damit zusammen, daß angesichts des neuen Bundespräsidenten und der möglichen Kanzlerkandidatur von Strauß einige Leute die Tendenzwende schon kommen sehen, noch bevor sie eingetreten ist?

„Eine von der Polizei belagerte Stadt“

„Eine von der Polizei belagerte Stadt“

...hat Frankfurts Polizeipräsident Knut Müller (SPD) für den 16. Juni angekündigt. Nachdem Wallmann – die Lawine ahnend, die da auf ihn zukommen würde – die Ankündigung eines Verbots von RGR zurückgenommen hat, droht der Staatsapparat mit einer massiven Präsenz der Polizei und „notfalls auch des Bundesgrenzschutzes“ am kommenden Wochenende in Frankfurt. Was damit bezweckt wird, ist relativ einfach zu durchschauen: durch ein

Jüdische Bürger solidarisch

Um dem Argument entgegenzutreten, ein Rock-Festival im Ostpark könne wegen der Lärmbelastung nicht genehmigt werden, haben Blier unter den Einwohnern Unterschriften gesammelt. Dabei stellte sich heraus, daß sich die Leute durch Faschisten erheblich mehr gestört fühlen als durch Rock-Musik (auch in den letzten Jahren war dort der Sammelpunkt der NPD gewesen). Als erstes unterschrieben sofort 50 Bewohner eines jüdischen Altersheimes. Vor zwei Jahren war dieses Altersheim selbst von Teilnehmern des „Deutschland-Treffens“ belästigt worden (Hakenkreuz-Schmierereien). Das hält Wallmann allerdings wohl für „zumutbar“. Weitere 70 Anwohner haben inzwischen unterschrieben, darunter der Professor Grzimek. Das Aktionsbündnis RGR hat sich bei den jüdischen Mitbürgern bedankt und sie dazu eingeladen, einige Worte zu den Teilnehmern des Rock-Festivals zu sprechen. In einer Pressemitteilung heißt es: Die Unterstützung durch das Altersheim „wiegt in unseren Augen mehr als alles, was OB Wallmann gegen die Nutzung dieses Geländes vorgebracht hat.“

Zur Finanzierung

ROCK GEGEN RECHTS wird bekanntlich durch den Verkauf eines Buttons für 5 DM finanziert. Beim Plaketten-Verkauf ist hier und da die Erfahrung gemacht worden, daß manche Leute zwar glauben, das Frankfurter Aktionsbündnis würde mit diesem Festival den ganz großen Reibach machen. Deshalb wird zum Teil der Kauf von Plaketten mit einer „linken“ Begründung abgelehnt. Um das klarzustellen: RGR ist keine Kommerzveranstaltung mit linkem Anspruch (so was gibt's ja durchaus). Für die Bühne, Beschallungsanlage usw. müssen immense Summen aufgebracht werden. Nach der letzten Finanzaufstellung sind Ausgaben und (erwartete) Einnahmen ungefähr ausgeglichen. Für den Fall, daß es tatsächlich zu einem Überschuß kommen sollte, hat das Aktionsbündnis beschlossen, nicht in die eigene Tasche zu wirtschaften, sondern das Geld Initiativen zur Verfügung zu stellen. Leider scheint dies aber eher der unwahrscheinliche Fall zu sein...

gendlichen – über den Kreis der radikalen Linken hinaus zu einer Massenbewegung werden zu lassen, die einen solchen Namen auch wirklich verdient. Diese (schon beginnende) sprunghafte Verbreiterung antifaschistischen Engagements macht dem Staat heute erheblich mehr Magen-schmerzen als eine nur-militante Politik, mit der diejenigen Gruppen, die dies propagieren oder auch praktizieren, ohnehin bestenfalls auf der Stelle treten.

Dies bedeutet nicht, sich mit der NPD-Demonstration in Sachsenhausen abzufinden. Im Gegenteil: Unsere Chance liegt darin, die Bevölkerung noch stärker in den Protest einzubeziehen. Das Aktionsbündnis hat daher den Weg eingeschlagen, alles zu versuchen, um den Widerstand gegen das NPD-Treffen in diesen Stadtteil selbst hineinzutragen. Pastoren, Bürgerinitiativen, Schülervertretungen und andere haben sich dort bereits lautstark zu Wort gemeldet. Die Sachsenhäuser haben offenbar wenig Lust, sich durch die Nazis den Abend versauen zu lassen, während andere Stadtteile gegen Rechts rocken.

Das mindeste, was die NPD in Sachsenhausen erwartet, ist, daß zum Beispiel die Totenglocken läuten oder überall antifaschistische Transparente aus den Fenstern hängen (wobei natürlich der eine oder andere Blumentopf herunterfallen könnte). Und auch darüber, ob es überhaupt eine NPD-Demonstration in Sachsenhausen geben wird, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. ROCK GEGEN RECHTS hat seine erste Bewährungsprobe in der Auseinandersetzung mit der Stadt bestanden. Auch die technischen und organisatorischen Schwierigkeiten der Endphase werden bewältigt werden. In Frankfurt findet also am 16./17. Juni eine Sache statt, die niemand verpassen sollte. Um mit den Worten unserer englischen Freunde zu sprechen: „Drown the nazis in music! Roll over Frankfurt!“

Frankfurt, 10.6.79

Rock against Racism grüßt ROCK GEGEN RECHTS

Auf der Grundlage der ersten Presseinformationen, denzufolge das Rock gegen Rechts-Festival in Frankfurt am 16. und 17. Juni verboten werden sollte, erreichten uns aus Großbritannien folgende Stellungnahmen demokratischer und antifaschistischer Persönlichkeiten: Lord Anthony Gifford, Erich Fried

Organisationen: Anti Nazi League, Rock against Racism, Big Flame und Zeitungen: Sounds (eine der größten englischen Musikzeitungen), The Leveller

Großbritannien-Kommission

Proteste aus England gegen das Verbot für Rock gegen Rechts

1. Erich Fried: In England, wo es zwei riesige Veranstaltungen mit über 60.000 Menschen gegeben hat, wird man über die BRD eine merkwürdige Vorstellung bekommen, wenn man hört, daß das Verwaltungsgericht der Stadt Frankfurt zwar eine NPD-Veranstaltung erlaubt hat, jedoch gleichzeitig vom OB Wallmann (CDU) eine Sache wie Rock gegen Rechts – was in England so erfolgreich war – verboten wird.

Daß die NPD bisher nicht als Ordnungstörer betrachtet wird, daß bei Rock gegen Rechts hingegen Ausschreitungen zu befürchten sind, wird in den westlichen Demokratien wenig überzeugend wirken.

Hoffentlich wird diese skandalöse Entscheidung bald rückgängig gemacht.

2. Rock against Racism: Es ist ein Skandal, daß die Nazis marschieren dürfen, während die Antifaschisten mit einem Veranstaltungsverbot belegt werden. So etwas wäre in England Fortsetzung nächste Seite

Antifa-Treffen am 17.6.

Am Vormittag des 17.6. (Sonntag) wird voraussichtlich um 11 Uhr ein Treffen antifaschistischer Gruppen, Zeitungen etc. stattfinden. Die Anregung dazu kam von der Antifa-Kommission des KB und der Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise in NRW. Es wird vorgeschlagen, über die Entwicklung einer überregionalen antifaschistischen Informationsarbeit und ein gemeinsam getragenes Info zu diskutieren. Anmeldungen bitte an Kontaktadresse von RGR in Frankfurt. Dort wird in den nächsten Tagen auch näheres über die Räumlichkeiten zu erfahren sein.

Jusos angeschlossen haben, ließ sich durch die Verbotandrohung nicht beirren und beschloß, das Festival auf alle Fälle stattfinden zu lassen. Solidaritätsadressen aus dem ganzen Bundesgebiet sowie aus England, Frankreich und Italien trafen ein. In Frankfurt waren SPD und DGB trotz Zurückhaltung in der Öffentlichkeit desegebiet sowie aus England, Frankreich und Italien trafen ein. In Frankfurt waren SPD und DGB trotz Zurückhaltung in der Öffentlichkeit nicht bereit, diesen Kurs mitzutragen. Wenig später gab die Stadt nach und genehmigte ROCK GEGEN RECHTS – allerdings unter scharfen und diskriminierenden Auflagen. Die Durchführung eines Sternmarsches am Vormittag des 16.6. und eines anschließenden Kulturprogramms auf dem Römerberg sollen dem Aktionsbündnis untersagt werden. Das Festival soll nicht wie angemeldet auf dem Ostpark stattfinden, wo in den vergangenen Jahren das „Deutschland-Treffen“ der NPD seinen Ausgang nahm, sondern auf dem Rebstockgelände im Westen Frankfurts, das zu dem ungünstigsten Voraussetzungen bietet. Erlaubt wurde eine Demonstration vom Rebstockgelände zur DGB-Kundgebung, die am 16.6. auf dem Römerberg losgehen soll – eine Stunde vor Beginn der NPD-Demonstration auf der anderen Seite des Mains. Das Aktionsbündnis hat gegen diese Auflagen und Teilverbote protestiert und erhebt dagegen Einspruch vor dem Verwaltungsgericht. Durch die Verzögerungstaktik der Stadt (die Verfügung wurde ganze zwei Monate nach der Erstanzeige von RGR ausgestellt!) ist eine Entscheidung der Richter nicht vor Mittwoch, den 13.6., zu erwarten. Bis Redaktionsschluss war es noch ungewiß, ob in dem dann verbleibenden Zeitraum der Aufbau einer Bühne im Ostpark überhaupt noch möglich ist, oder ob das Aktionsbündnis aus technischen Gründen gezwungen sein könnte, das Rebstockgelände zu akzeptieren. Auch in diesem Fall würde jedoch um den Sternmarsch und die Veranstaltung auf dem Römerberg, die mit dem DGB abgesprochen ist, weitergekämpft werden.

Ein Verbot, das keines war

Die Stadtverwaltung und Justiz haben mit ihrer üblichen „Doppelstrategie“ versucht, sich wieder einmal gegenseitig die Bälle zuzuspielen und eine Situation zu schaffen, in der das

Frauenbroschüre

Rechtzeitig zum 16./17. Juni bringt die Frauengruppe des Frankfurter KB eine Dokumentation über Frauen im Faschismus (32 Seiten, 2 DM) heraus. Titel: „Die Welt der Frau ist der Mann – an anderes denkt sie nur ab und zu“ (Hitler). Die Broschüre stellt die faschistische Frauenpolitik, aber auch den Widerstand von Frauen gegen das nationalsozialistische Regime dar. Zu beziehen über S. Lissner Rödelheimerstr. 13 6000 Frankfurt 90. Bei derselben Adresse gibt es auch ein interessantes Info über das Verwirrspiel der Frankfurter Stadtverwaltung und Justiz zur alljährlichen Genehmigung des NPD-„Deutschland-Treffens“.

Irre geführt. Wie aus der Begründung des jetzt ergangenen Gerichtsurteils eindeutig hervorgeht, wirft die Stadt der NPD nur vor, daß aus ihren Reihen am 17. Juni 1977 Überfälle auf Gegendemonstranten verübt worden seien. Die gefährlichen Angriffe, die von NPD-Demonstranten und Ordnern am 17. Juni und 13. August auf Gegendemonstranten verübt worden seien. Die gefährlichen Angriffe, die von NPD-Demonstranten und Ordnern am 17. Juni und 13. August 1978 gegen Antifaschisten durchgeführt wurden, sind in der Verbotsverfügung Wallmanns offensichtlich nicht einmal benannt worden. Diese Vorfälle wären gerade wichtig gewesen, um den Faschisten wiederholte und geplante Gewaltanwendung auf ihren Aufmärschen nachzuweisen. Ebenso hat Wallmann völlig auf die Argumentation verzichtet, das zum „Deutschland-Treffen“ alle diejenigen faschistischen Banden erwartet werden, von denen zahlreiche Mitglieder bereits heute schon wegen „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ hinter Gittern sitzen.

Zu den Vorgängen anlässlich des „Deutschland-Treffens“ vor zwei Jahren hatte das Verwaltungsgericht schon einmal ein Urteil gefällt, in die als „Einzelfälle“ und „nicht prägend“ für die gesamte NPD-Demonstration bezeichnet wurden. Ebenso liegt ein anderes Urteil vor, das die Argumentation abweist, die NPD provoziere „als Zweckveranlasser“ Gegendemonstrationen und sei damit Schuld an einer „Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“.

Wallmann hat seine Verbotsverfügung gegen die NPD also gerade mit solchen Argumenten begründet, bei denen von vornherein klar sein mußte, daß sie von den Verwaltungsgerichten nicht akzeptiert werden würden. Er hat als gelernter Jurist bewußt darauf verzichtet, zusätzliche Argumente aufzunehmen. Er hat den Richtern haargenau den Spruch in den Mund gelegt, den sie – unter Verweis auf die bisher ergangenen Urteile – dann auch prompt fällten. Und was der Gipfel von allem ist, Wallmann kündigte dem Gericht gegenüber an, daß er die ROCK GEGEN RECHTS-Veranstaltung verbieten werde. Die Richter nahmen dies sofort auf und erklärten, sie würden erst recht keine Probleme sehen, wenn zudem noch ein Teil der Gegendemonstrationen verboten werde. Damit ist der Beweis erbracht: Wall-

ausländische Arbeiter in der BRD

Offener Brief an den Innenminister des Landes NRW

Der nachfolgende Offene Brief wurde uns mit der Bitte um Veröffentlichung von einem Mitglied der „amnesty international - Koordinierungsgruppe Türkei“ zugesandt. Dieser Bitte entsprechen wir gern.

Ausländer-Kommission

Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

Postschließfach Nr. 5029

Ihre Zeichen: VII-A5d-

Tgb.Nr. 3905/78

Nürnberg, den 3. Juni 1979

Betreff: „Graue Wölfe“, MHP

Bezug: Ihr Schreiben vom 19.10.1978 (i.A.)

Sehr geehrter Herr Innenminister,

auf Anfragen an das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr, in denen ich um den Verfassungsschutzbericht 1977, und um Auskunft über die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ in Ihrem Bundesland bat, war es für mich überraschend, daß Ihrem Ministerium bereits bekannt war, daß ich an einer Dokumentation zu diesem Thema arbeitete.

Daraus konnte ich schließen, daß Ihr Ministerium ein großes Interesse an diesem Bereich hat und alle Informationen über den türkischen Rechts-Extremismus in der Bundesrepublik und speziell in Nordrhein-Westfalen erfassen.

Um so enttäuschender waren die Ausführungen in Ihrer Informationsbroschüre „Rechts- und Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen“ zu den „Grauen Wölfen“ und den „Koranschulen“. Im Gegensatz dazu fiel mir die besondere ausführliche Berichterstattung über die „orthodox kommunistischen Türken“ und die „Türkischen Maoisten“ auf.

In Ihrem Schreiben erbeten Sie ein Exemplar unserer Dokumentation „Türkische Rechtsextremisten in der Türkei und in Europa“. Diese ist jetzt fertiggestellt, und ich überlasse Ihrem Ministerium gerne ein Exemplar. Besonders möchte ich auf die Seiten 55-60 aufmerksam machen. Dort können Sie wiederfinden, daß die Partei der Nationalistischen Bewegung in der Bundesrepublik existiert, was ich in keiner Veröffentlichung seitens von Behörden fand (dort heißt es nur: „Mitglieder oder Sympathisanten der MHP sammeln sich weiterhin in sog. Ideal- und Kulturvereinen...“) und daß die Mitglieder der MHP speziell in der Bundesrepublik nach Anordnungen der Parteizentrale in Ankara vom 21. März 1977 „bei der Einschüchterung von kommunistischen Elementen und bei der Anwendung einiger Maßnahmen gegen die Leser linker Zeitungen wie Cumhuriyet, Politika, Vatan usw.“ sich zu halten haben.

Somit ist die in den behördlichen Veröffentlichungen geäußerte Einschätzung, daß bei den Anhängern der MHP und den Grauen Wölfen „keine systematische, politisch motivierte Gewalttaten“ nachweisbar wären, spätestens nach Bekanntgabe dieses Schreibens unrichtig.

Auch muß ich Ihnen entgegenhalten, daß die stereotyp verbreitete Formel, die Grauen Wölfe wären eine Jugendorganisation der MHP nicht den Tatsachen entspricht. Hierzu verweise ich auf die o.g. Dokumentation.

In dem Brief Ihres Ministeriums vom 19. Oktober 1978 heißt es weiterhin, „Im übrigen stelle ich anheim, über Gewalttaten sog. Grauer Wölfe die zuständigen Polizei- oder Justizbehörden zu informieren.“ Hierzu möchte ich bemerken, daß es an Informationen an die Polizei- und Justizbehörden nach meinen Erfahrungen nicht fehlt. Von den verschiedensten Seiten wird jedoch berichtet, daß sich die Polizei im allgemeinen an politischen Hintergründen desinteressiert zeigt, bzw. von vornherein nur gegen die türkischen „Linken“ ermittelt.

Bei den jüngsten Vorfällen in Berlin-West ging das sogar soweit, daß die Polizei bei den Prügeleien zusah, aber weder die Flugblätter aufhob, noch Zeugen befragte. Erst als die Öffentlichkeit an den Vorfällen Interesse zeigte, gingen der Innensenator und Leiter des Staatsschutzes den Vorfällen nach. Die Informationen mußten jedoch von Privatpersonen eingeholt werden, die aus eigener Initiative vor Ort Zeugen vernommen hatten.

Bei den Justizbehörden und Ministerien ist es ähnlich. So leugnete Bürgermeister Oxford von Berlin-West auf eine Anfrage im Senat Ende 1975, daß dem Senat keine Veröffentlichungen bekannt seien, in denen über die Aktivitäten türkischer Faschisten in Berlin berichtet werde und auch entsprechende Erkenntnisse des DGB Landesbezirk nicht vorlägen. Diese Behauptung wurde u.a. vom DGB-Landesbezirksvorsitzenden scharf zurückgewiesen und darauf hingewiesen, daß sie Flugblätter, Briefe, Plakate etc. mit Übersetzung an die Behörden weitergeleitet hätten.

Damit gewährleistet ist, daß Ihr Ministerium tatsächlich die Informationen erhält, werde ich mir erlauben, diesen Brief an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Mein Mißtrauen ist auf Grund meiner Erfahrungen gerechtfertigt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
B.H.

Verwaltungsgericht Darmstadt genehmigte Veranstaltung türkischer Faschisten

Mit Gerichtsentscheid vom 1.6. genehmigte die dritte Strafkammer des Verwaltungsgerichts Darmstadt eine Veranstaltung des faschistischen „Türkischen Kulturvereins“ in der Stadthalle von Rüsselsheim.

Vorausgegangen war ein von der Stadt Rüsselsheim verhängtes Verbot der Veranstaltung in der Stadthalle, nicht etwa weil der Verein faschistisch ist, sondern „weil sie (die Stadt Rüsselsheim, Anm. AK) bei der Veranstaltung gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politisch verfeindeten türkischen Gruppen befürchtet“.

„Ein Vertreter des Ordnungsamtes Rüsselsheim wies auf die Gefahr für die öffentliche Sicherheit hin, wenn Gerüchte zuträfen, wonach der MHP-Vorsitzende Türke bei der Veranstaltung auftreten würde“ (FR, 2. 6.79).

Daraufhin genehmigte das Verwaltungsgericht die Veranstaltung „mit den Auflagen, daß Türke die Stadthalle Rüsselsheim nicht betreten und ein politisch umstrittener Film nicht gezeigt werden dürfe, sondern lediglich Tänze, Lieder und Musikstücke dargeboten werden“ dürften. Die Vertreter des Kulturvereins bestritten vor dem Verwaltungsgericht, daß sie mit dem Führer der rechtsradikalen MHP-Partei, Arpaslan Türke, sympathisierten. Laut Satzung kümmerten sie sich nur um kulturelle Belange.

Entgegen der gerichtlichen Auflage, daß auf dieser Veranstaltung keine politischen Reden gehalten werden dürfen, enthüllte die Föderation türkischer Arbeitervereine (FIDEF) Hessen und das Türkische Volkshaus Frankfurt anhand einer Tonbandaufnahme, daß dort doch eine politische Rede gehalten worden sei, die alles andere als „kulturell“ war. So forderte der Vorsitzende des „Türkischen Kulturvereins“, Ibrahim Yaman, in seiner Rede ein „Groß-Türkistan“ und keine andere Ideologie als den türkisch-islamischen Weg für die Türkei. Andere Staaten hätten Angst, daß sich 120 Millionen Türken vereinigen und wieder ein Osmanisches Reich gründeten. Dann besitze man nämlich die Ölfelder des Nahen Ostens, könne sich zu einem Superstaat entwickeln und atomare Waffen herstellen. Wenn das nicht faschistisch ist? Auf Anfrage von FIDEF und dem Türkischen Volkshaus, ob diese Rede gegen die gefällte Entscheidung

verstoßen würde, gab der Richter Dr. Diehl zu verstehen, die Rede sei tatsächlich mit dem Urteil nicht vereinbar. Eine Strafverfolgung wegen offensichtlicher Falschaussage vor Gericht ist fällig.

Am Samstagnachmittag nun demonstrierten ca. 200 türkische Antifaschisten vor der Polizeistation Rüsselsheim gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt und gegen die am Abend stattfindende Veranstaltung. Anschließend zogen noch ca. 50 türkische Antifaschisten zum Haus des Kulturvereins, wo sie ihren Protest militänt zum Ausdruck brachten und die Faschisten aufrieben, die bis in eine Tankstelle hinein flüchteten.

Nach Angabe der FR vom 5.6. wurde dabei einer am Kopf verletzt. Insgesamt sollen 4 Personen am Kopf verletzt worden sein. Die Veranstaltung am Abend konnte leider nicht verhindert werden, da die Stadthalle von Bereitschaftspolizei abgeriegelt worden war. Dabei wurden alle 400 Anwesenden einer Leibesvisitation unterzogen, wobei Waffen sichergestellt wurden. Sicher nur Kunstwerke die die kulturelle Begleitmusik spielten, gel? Da man außerdem nichts zu verbergen hatte, ließ man einen FR-Korrespondenten und den Schriftsteller Jürgen Roth nicht einmal in die Veranstaltung.

Ausländerkommission



Türkische Faschisten werden von der Polizei durchsucht

Frankfurt: Initiative für Ausländerwahlrecht

Auf einem von den Jungdemokraten, der IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen) und den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) veranstalteten Ausländerkongreß am 19./20.5. in Frankfurt stand die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für alle Ausländer (nicht nur für die aus EG-Ländern) im Mittelpunkt der Debatten. Die ca. 100 Kongreßteilnehmer verabschiedeten eine Resolution unter dem Motto: „Vier Millionen Menschen in der Bundesrepublik wird das wichtigste demokratische Recht vorenthalten: das Wahlrecht“ und beschlossen die Gründung einer „Initiative für das kommunale Wahlrecht“. Verbesserungen in der Wohnsituation, der Schul- und Kindergärtenfrage für Ausländer kann nur durch eine „politische Gleichstellung“ mit den deutschen Bürgern erreicht werden,

erklärten die Kongreßteilnehmer.

Die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer wird inzwischen auch von einer Reihe von Politikern aus SPD und FDP aufgestellt. So hat die FDP in Schleswig-Holstein sogar schon einen dementsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht... (FR, 22.5.79).

Außer dieser „Initiative für ein kommunales Wahlrecht“ haben sich in Frankfurt Ausländergruppen und -vereine auch zur gemeinsamen Aktion gegen die Diskriminierung der ausländischen Kinder und Jugendlichen zusammengetan. Das Komitee nennt sich „Gemeinsame Aktion ausländischer Gruppen und Vereine in Frankfurt und Umgebung zum Internationalen Jahr des Kindes“. Dies Komitee rief am 28.5. zu einer Demonstration in Frankfurt auf, zu der rund 500 Ausländer kamen. Außer Kommunalrecht wurde auf Spruch-

bändern die Eingliederung der ausländischen Kinder in das deutsche Schulsystem gefordert, die Abschaffung der Nationalklassen; es wurde die Abschiebung auf Sonderschulen verurteilt sowie die Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Schule und die Schaffung von „Ausländerghettos“ kritisiert.

Das Komitee wird u.a. bei seiner Kritik am nationalistischen Inhalt griechischer Schulbücher von der GEW unterstützt. Auch Gewerkschaften und Kirchenverbände sollten Hilfe zugesagt haben.

Bisher haben sich dem Komitee u. a. der Verein Griechischer Eltern und Erziehungsberechtigter, das Portugiesische Kulturzentrum, das Türkische Volkshaus sowie spanische und italienische Elternvereine (insgesamt etwa 3.000 Mitglieder) angeschlossen (FR, 29.5.79).

Ausländerkommission

Türkes raus aus Westdeutschland!

Während die Behörden der BRD einerseits ankündigen „eine intensive Untersuchung durch die Sicherheitsbehörden des Bundes“ zu den Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ zu veranlassen, lassen sie andererseits den Führer der „Grauen Wölfe“, Alparslan Türke, ungehindert in die BRD einreisen. Damit aber noch nicht genug, der Aufenthalt Türke wird mit einem Mantel des Schweigens umgeben. Erst eine Presseerklärung der Schriftsteller Jürgen Roth und Gerhard Zwerenz machte den Aufenthalt Türke seit dem 25.5.79 in

Frankfurt öffentlich. Daß Türke sich nicht die Sehenswürdigkeiten von Frankfurt und Umgebung ansehen will, dürfte klar sein.

Die sofortige Ausweisung von Türke hat u.a. auch der DGB-Hessen gefordert. Der SPD-Landtagsabgeordnete Lütger erklärte, „daß Türke, der in der Türkei in zahlreiche scheußliche Massaker verwickelt sei, einzig und allein nach Frankfurt gekommen sei, um türkische Arbeitnehmer zu Gewalttaten aufzuhetzen.“ (HNA, 30.5.79).

KB/Kassel

Faschistischer Überfall auf Vulkan-Kollegen

Am 17. Mai griffen die Faschisten Servet Kescu und Ahmet Cicekli (MHP-„Graue Wölfe“) einen türkischen Arbeiter der Vulkan-Werft an und verletzten ihn durch Schläge mit harten Gegenständen gegen Kopf und Augen so, daß er in Krankenhausbehandlung mußte. „Anlaß“ für diesen Terror war die Abfuhr, die der Faschist Kescu bei einer Diskussion über den 1. Mai von Vulkan-Kollegen erhalten hatte. Schon da drohte Kescu dem Kollegen: „Wir werden uns noch sprechen“. Seit der Diskussion wurde der Kollege von Faschisten verfolgt, zwei Versuche ihn anzugreifen, vor Hertie und vor dem Schwimmbad in Bremen-Nord, wurden durch die Anwesenheit zahlrei-

cher Menschen verhindert. Am 17. lauernten die Faschisten dem arbeitsunfähig geschriebenen Kollegen auf dem Weg von seinem Arzt zu den Wohnheimen der Werft auf und schlugen ihn mit Rufen „die Zeit der Abrechnung ist gekommen“ zusammen, dabei kamen ihnen noch Faschisten aus dem Wohnheim zu Hilfe. Als die Polizei eintraf, gaben diese an, sie hätten versucht, den Streit zu beenden. Ermitteln tut die Polizei nur gegen den Faschisten Kescu, die Zeugen werden von den Faschisten bedroht – sie sollen so zu der Aussage gebracht werden, daß es sich bei dem Terror um eine persönliche Streiterei gehandelt hätte. Die Kollegen, denen der Verlauf der Sache und die Faschi-

sten bekannt sind, haben angegeben, daß der Kollege aus politischen und nicht aus persönlichen Gründen angegriffen wurde.

Freunde des Kollegen veröffentlichten dieses Beispiel des Terrors türkischer Faschisten in Bremen und schrieben: „Die Aufgabe der demokratischen Arbeitervereine muß jetzt sein, darauf hinzuwirken, daß die faschistische MHP und ihre Nebenorganisationen verboten, ihre Tarnorganisationen in der BRD verboten und die Anführer aus der BRD ausgewiesen und daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir rufen alle Demokraten zur Aktions-einheit gegen diese Faschisten auf.“

KB-Gruppe Bremen

Kanzlerkandidat Strauß — Morgenluft für Reaktionäre und Faschisten

Unmißverständlich hat Franz (Josef) Strauß seinen Anspruch angemeldet, 1980 Bundeskanzler der BRD werden zu wollen. Wie es aussieht, scheint er diesmal entschlossen, es bei dem Anspruch nicht bewenden zu lassen. Allein diese Ankündigung brachte die politischen Fronten in der BRD bereits in Bewegung, wie schon im letzten AK vermutet.

SPD und DGB rufen zum Zusammenrücken gegen den „skrupellosen Machtpolitiker“ auf und beginnen bereits jetzt mit der Propagierung der SPD-Wahl als „kleineres Übel“. Ein besonderes Gespür für diese „Chance“ zeigt dabei der SPD-„Vorwärts“. Unter der Überschrift: „Die Linke rührt sich wieder“, sagt z.B. der Bremer Finanzsenator Henning Scherf in einem Interview:

„Dieses Bündnis (SPD/FDP — Anm. AK) wird hoffentlich eine neue Profilierung bekommen, wenn sich Strauß als Kanzlerkandidat der CDU/CSU durchgesetzt hat. Dann gilt es klarzumachen, ob Carstens als Bundespräsident, Stücklen als Bundestagspräsident und Strauß als Kanzlerkandidat nicht eine so massive Herausforderung sind, daß alle, die daran interessiert sind, daß das nicht eintritt, sich nun verstärkt um jene Positionen kümmern müssen, die in der gegenwärtigen Regierungspraxis zu kurz gekommen sind“ („Vorwärts“, 7.6.79, S.4).

Scherf fordert die SPD-Oberen auf, mit Reformversprechungen alle die Menschen (wieder) an sich zu binden, die Strauß als Bundeskanzler fürchten.

In der CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft löste die Strauß-Ankündigung hektische Richtungskämpfe aus, die, wenn nicht zur Spaltung, so dann wenigstens mit Sicherheit zu einer weiteren Rechtswendung der CDU führen wird.

Die CDU beiläufig, ihren Biedermann Helmut Kohl durch den „dynamischen“ Albrecht auszuwechseln, der sich als „Folter-Albrecht“ und als rücksichtsloser Befürworter des Atomprogramms verdient gemacht hat und jetzt wegen seiner „Integrationsfähigkeit“ und „Qualitäten“ im „Bürgerdialog“ als „kleineres Übel“ der CDU gegenüber der Strauß-Kandidatur aufgebaut wird.

Zwar stimmte die CDU geschlossen (außer Albrecht selbst und dem Alt-Nazi Filbinger) für seine Nominierung zum Gegen-Kanzlerkandidaten. Inzwischen verläuft die Spaltung Strauß-Albrecht aber schon nicht mehr zwischen CSU und CDU, sondern quer durch die CDU. Eine Riege, angeführt vom ehemaligen Generalsekretär und Chefideologen der CDU, Kurt Biedenkopf, des weiteren Heinrich Köppler, CDU-Fraktionsführer im Düsseldorfer Landtag, Werner Marx, Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender diverser Arbeitskreise der CDU, und Lothar Späth, derzeitiger Ministerpräsident Baden-Württembergs, schälten sich als Befürworter einer Strauß-Kandidatur heraus. Biedenkopf über Strauß:

„Zu sagen: ich will — das ist Führung. Es hat eine befreiende Wirkung, wenn ein Mann raustritt und sagt: Ich will es machen“ („Hamburger Abendblatt“, 26.5.79). Biedenkopf geht sogar davon aus, daß die gesamte CDU/CSU hinter der Strauß-Kandidatur stehe.

Auch Dregger und Stoltenberg haben sich zur Kandidatur Albrechts „reserviert bis ablehnend“ geäußert. Während sich der JU-Bundesvorsitzende Wissmann für Albrecht aussprach und eine neue „große Koalition“ ins Gerde brachte, haben sich eine Reihe weiterer führender JU'er für Strauß entschieden, so der schleswig-holsteinische JU-Vorsitzende Werner Kalinka („FR“, 1.6.) und sein Stellvertreter Alexander v. Bismarck („Welt“, 28.5.79), sowie selbstverständlich die JU Bayern.

Die Auseinandersetzung hat die bei der CDU/CSU bei solchen Anlässen übliche grelle Tonart angenommen. Nach der Europa-Wahl sollen in „Spitzengesprächen“ zwischen Strauß und Albrecht die Streitigkeiten ausgetragen werden. Dabei stehen für die CSU Sach- und Strategiefragen im Vordergrund.

„Auch wenn man sich auf Franz Josef Strauß als gemeinsamen Kanzlerkandidaten einigt, ist die Strategie Diskussion nicht beendet“ (Stoiber im „Bayernkurier“, 9.6.79).

Bezeichnend für die Strategie, die von Strauß erwartet wird, sind die Kommentare seiner Fürsprecher. So etwa CSU-Sprecher Friedrich Zimmermann im Bundestag: „Ich glaube, daß es sich die bayerische

Bevölkerung zur hohen Ehre anrechnet, wenn im übertragenen Sinne der Kurfürst Bayerns zum Kaiser der Bundesrepublik Deutschland nominiert und gewählt wird“ („Presse Dienst Demokratische Initiative“, 1.6.79).

So der Würzburger Soziologe Lothar Bossle, der in dem Strauß-Antritt die Garantie dafür sieht, „einen endgültigen Durchbruch des Sozialismus 1980 als Gefahr gebannt zu sehen“.

Und wie zu erwarten, frohlocken die Nazi-Stimmen in der BRD-Publizistik: Die „Deutsche National Zeitung“ schrieb, Strauß erkenne, „immer deutlicher, daß beiden Bundestagswahlen die Union nur dann die Macht zurückgewinnt, wenn sie als zwei bundesweite Parteien getrennt antritt, um vereint zu schlagen“. Man sorge sich dabei um die „parlamentarische Vertretung“ der „20 bis 25 Prozent rechts von der Mitte stehenden Bundesbürger“. Die „Nationalzeitung“ denkt dabei z.B. an „die Lebensfrage der Verjährung“... (nach „pdi“, 1.6. 1979).

Die „Deutsche Wochen-Zeitung“ verpackte ihre ungetrübte Sympathie mit Strauß in einen Verriß von Albrecht, der als Schwächling wie Kohl dargestellt wird. So heißt es:



Wehe wenn er an den Drücker kommt ...

Wehe wenn er an den Drücker kommt ...

„Schmidt kann ruhig schlafen“. Albrecht wird durchweg als „Kanzlerkandidat“ bezeichnet — wie sonst üblicherweise „DDR“: mit „Tüttelchen“.

Als beispielhaft heben die Nazis der „DWZ“ den Wahlkampf von Margaret Thatcher in Großbritannien hervor: „Margaret Thatcher legte ihr Programm und ihre Ziele offen dar. Die Wähler wußten, worum es ging.“ Und eben dieses Vorgehen wird auch an Strauß gelobt: er sei ein Mann, „der politische Zentralfragen — wenn sie entscheidungsreif sind — nicht mit taktischem Geschick unter den Teppich kehrt, sondern offen auf den Tisch legt.“ Diese Art Zustimmung kann nicht verwundern. Denn was „Strauß an der Macht“ für die inneren Verhältnisse der BRD in letzter Konsequenz beabsichtigt, das hat er in seiner berühmten „Sonthofener Rede“ vom 18.11.75 deutlich gemacht:

„Wir räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen“. Es gibt überhaupt keinen Grund daran zu zweifeln, daß Strauß dann, wenn er es für richtig hält, diese offene Kriegserklärung gegen alle Demokraten auch in die Tat umsetzt.

Doch Strauß ist mehr als ein Vertreter eines offenen Rechtskurses, der zu jeder Art der Repression bereit ist.

Er ist vor allem ein Verfechter eines aggressiven Imperialismus, eine Zentralfigur der internationalen Konterrevolution und ein Freund faschistischer „Lösungen“ überall dort, wo die volle Durchsetzung imperialistischer Interessen auf dem Spiel steht.

„Programm für Europa“

In seinem 1966 erschienen Buch „Programm für Europa“ formulierte Strauß sein Programm für den wiedererstarkten westdeutschen Imperialismus. „Deutschland“ sei „ökonomisch ein Riese“, „politisch ein Zwerg“ und es sei „höchste Zeit, die Kräfte in der Welt zu verändern“. „Deutschland“ müsse wieder „eine Rolle in der Welt spielen“ (S. 17), die seiner (der Imperialisten) Möglichkeiten entspreche.

Derartige Leitsätze Strauß'scher

Außenpolitik erinnern fatal an die Parole vom „Platz an der Sonne“, den der deutsche Imperialismus erkämpfen müsse; unter dieser Parole wurde im Kaiserreich und unter Hitler schon zweimal von deutschem Boden aus ein gigantischer Umverteilungskrieg in Gang gesetzt.

Wenn Strauß in seinen Äußerungen von „Deutschland“ spricht, dann meint er nicht nur die BRD. Er hält fest am „Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik für ganz Deutschland“ (also gegenüber der DDR) und der „Wahrung der deutschen Rechtsansprüche auf seine Gebiete (!) jenseits von Oder und Neisse“ (S. 82). Damit aber nicht genug, es sei eine „moralische Aufgabe“, die „osteuropäischen Länder hinter dem Eisernen Vorhang“ zu befreien“ (S. 53). Wie dies mit den von Strauß vorgesehenen „friedlichen Mitteln“ vonstatten gehen soll, ist dabei sein Geheimnis.

Der Weg zur Annexion der DDR führt für Strauß über ein geeintes Westeuropa. 10 Jahre nach dem Erscheinen seines „Programms für Europa“ formuliert er dies so: „Unser politisches Ziel bleibt die Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung. Dabei wissen wir, daß diese Ziele deutscher Politik nur im Rahmen

pe veröffentlicht, einem unverhüllt faschistischen Verlag. Volpe selbst ist der Sohn des ehemaligen „Hofhistorikers“ von Mussolini und aktives MSI-Mitglied.

Diese Veröffentlichung des grundlegenden Strauß-Buches erfolgte in einer Zeit, als die Faschisten dort in Zusammenarbeit mit Teilen des Staatsapparates eine Strategie des Terrors verfolgten, die 1969 im berühmten „Mailänder Blutbad“ ihren Höhepunkt fand.

Wenig später veröffentlichte die italienische faschistische Zeitung „Il borghese“ ein Interview mit Strauß, in dem dieser für die BRD einen Rechtsputsch nicht ausschließen mochte. Herausgeber von „Il borghese“ war damals der neofaschistische Senator Mario Tedeschi, der heute in einer Gruppe von abgepaltenen MSI-Mitgliedern und -Abgeordneten arbeitet.

Bis heute haben sich diese „freundschaftlichen Beziehungen“ von Strauß und CSU zur italienischen MSI erhalten. Was die CSU von dieser Partei hält, machte u.a. Emil Franzel, bis zu seinem Tod führendes Mitglied der „Deutschlandstiftung“, in einem Artikel im CSU-eigenen „Bayernkurier“ deutlich: „Ganz abgesehen da-

Spanien

Zu den spanischen Franco-Faschisten hatte Strauß schon zu Zeiten der „Spiegel-Affäre“ 1961 beste Verbindungen: Ein Telefonanruf von ihm als damaligem Verteidigungsminister genügte, um den damaligen „Spiegel“-Chefredakteur und heutigen SPD-MdB Conrad Ahlers von spanischer Polizei verhaften zu lassen.

Und auch Strauß' heutiger „außenpolitischer Experte“, Habsburg, ist im reaktionären Spanien ein alter Bekannter: Er leitete u.a. das „Europäische Dokumentationszentrum“ mit Sitz in Madrid, das in den 50er Jahren ein Zentrum reaktionärer „Rettet-das-Abendland“-Kreise gewesen ist.

Wie der Zufall so spielt: Kurz bevor Habsburg als intimer Kenner der innenpolitischen Szene Spaniens zum Mitglied des „Außenpolitischen Beirats“ der „Hanns-Seidel-Stiftung“ wurde und seine Verbindungen zur CSU offen legte, unternahm Strauß im Februar 75 eine Spanienreise, auf der er zumindest den damaligen Ministerpräsidenten des Franco-Faschismus, Arias Navarro, getroffen hat. Weitere „offizielle“ Kontakte zu Faschisten wie Emilio Romero y Solis, führenden Vertretern der faschistischen Staatsgewerkschaft, wurden von Strauß dementiert. Solis immerhin tauchte kurze Zeit später bei der „Hanns-Seidel-Stiftung“ wieder auf.

Um was es bei diesen „Sondierungsgesprächen“ damals konkret gegangen ist, mag dahingestellt sein. Tatsache ist jedenfalls, daß CSU und CDU vor dem sich abzeichnenden Tod Francos und insbesondere danach erhebliche Anstrengungen unternahmen, der vom Faschismus belasteten Reaktion bei der Neukonstituierung als „Christdemokratie“ tatkräftig unter die Arme zu greifen.

Waren es anfangs vor allem die UDPE (mit dem schon erwähnten Solis und dem jetzigen Ministerpräsidenten Suarez an der Spitze) und die UDE (mit den Falangisten Silva und Osorio), die sich der vollen Unterstützung der CSU/CDU sicher sein konnten, so favorisiert die CSU heute das reaktionäre Bündnis „Alianza Popular“ (Volksbündnis) des früheren Innen- und Informationsministers Manuel Fraga Iribarne: Der damalige bayerische Justizminister Hildebrandt begrüßte die Delegierten des ersten „Nationalkongresses“ von „ihrem Freund, Herrn Doktor Franz-Josef Strauß“ („ED“, 11.3.77) und ließ ihn entschuldigen, da er wegen „langfristiger außereuropäischer Termine“ nicht zu dem für die demokratische Zukunft Spaniens so wichtigen Tag nach Madrid kommen konnte. Eine „demokratische Zukunft Spaniens“ ist dabei wahrlich nicht das Ziel dieser „Volksallianz“. Ihr erklärtes Ziel ist es, „die Auslöschung des gigantischen Werks (Francos) der letzten 40 Jahre (nicht) zu akzeptieren“ („FR“, 8.3.77).

Portugal Die Ablösung des offenen Faschismus durch ein reaktionäres, im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus und insbesondere der „Europäischen Staatengemeinschaft“, „akzeptables“ Regime ging in Portugal für die Reaktion weit schwerer vonstatten, als wenige Jahre später in Spanien.

Auch in Portugal wurde mit Hilfe der CSU/CDU eine portugiesische „CDS“ aufgebaut, deren Führung aus führenden Vertretern der faschistischen Salazar/Caetano-Ara besteht. Die ehemaligen „Bildungsstätten“ der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ entpuppten sich schnell als Parteibüros der CDS.

Doch in Portugal hatte die Volksbewegung Ausmaße angenommen, die eine reine parlamentarische „Eindämmung“ des revolutionären Prozesses wenig erfolgversprechend erscheinen ließ. Parallel zu der Formierung rechter Militärkreise, die schließlich mit dem Rechtsputsch vom November 75 die Offensive gegen die Volksbewegung einleiteten, entwickelten sich in Portugal faschistische Banden und Privatarmeen, die gezielt an einer offen faschistischen, konterrevolutionären Zerschlagung der demokratischen Errungenschaften arbeiteten.

Die wohl bedeutendste dieser Banden war die „MDLP“, die unter Führung des Generals Spínola vor allem von Spanien aus den Umsturz vorbereitete. Und eben zu dieser MDLP,

Fortsetzung S. 7

europäischer Politik angestrebt und erreicht werden können“ („Bayernkurier“ — BK —, 31.7.76).

In der Demagogie von Strauß ist dieses Europa bedroht von einer aggressiven Politik der Sowjetunion, die mit „Volksfrontbündnissen“ die „Verteidigungsbereitschaft“ Europas aushöhlen will, um es politisch als Faktor zu neutralisieren: „Europa hat seine letzte geschichtliche Chance, nicht nur sein Mitbestimmungsrecht in der Weltpolitik, sondern vor allem sein Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen. Sonst bleibt über kurz oder lang nur die Neutralisierung, die ... Finnlandisierung.“

Daß Strauß unter einem „geeinten Europa“ ein Europa unter Führung des westdeutschen Imperialismus versteht, der von dieser Basis aus seine weitreichenden Pläne verwirklichen will, macht u.a. folgende Äußerung deutlich: „Europa kann nicht gesunden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, verteidigungspolitisch und ausenpolitisch ein Stabilitätsfaktor für Europa wird“ („BK“, 6.12.75). „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ — so hieß es schon einmal in der deutschen Geschichte.

„Stabilität“ in Europa, das heißt für Strauß vor allem und jederzeit „Stabilität“ der imperialistischen Ausbeutung, heißt „Ruhe an der Heimatfront“, heißt die unbedingte Bereitschaft, mit allen reaktionären und faschistischen Kräften zusammenzuarbeiten, um dieses ehrgeizige Ziel eines unter westdeutscher Führung auftretenden westeuropäischen Imperialismus zu erreichen.

Tatsächlich gibt es in Westeuropa nahezu keine reaktionäre Strömung oder Partei, zu der nicht Strauß seit langem beste Beziehungen unterhält. Seit Jahren gibt es in Westeuropa kein Beispiel einer größeren gesellschaftlichen Veränderung, in der nicht Strauß auf Seiten der jeweils reaktionärsten Kräfte eingegriffen hätte.

Im Folgenden wollen wir einige dieser „Eingriffe“ des Herrn Strauß darstellen.

Italien

Strauß „Programm für Europa“ wurde in Italien im Verlag Giovanni Vol-

von, daß die Mussolini-Maske auf Almirante (MSI-Chef, Anm. AK) nicht paßt, ist sie heute für viele Italiener kein Popanz mehr. Man hat die historische Bedingtheit des Faschismus erkannt, darf es daher wagen, seine Politik und seine Grundsätze sachlich zu kritisieren, ohne ihn verteufeln zu müssen, und man kann auch ruhig auf den vernünftigen Charakter mancher Reformen Mussolinis hinweisen“ (3.6.72).

Heute orientiert Almirante in der Europawahl eindeutig auf ein Bündnis mit der CSU. In seiner „Euro-Destra“ sind außer der MSI selbst noch die französische neofaschistische „Parti des forces nouvelles“ sowie die „Fuerza Nueva“ des spanischen Altalangisten Blas Pinar vertreten, nicht allerdings die NPD, die als „zu offen nazistisch“ abgelehnt wird. Ganz offen berichtete das MSI-Parteiblatt „Il Secolo d'Italia“ Ende 1977, eine Delegation der MSI sei beim CSU-Parteitag Ende September als offizielle Gäste aufgetreten („tat“, 7.10.77). Nachdem sich auch Almirante seiner „guten Verbindungen zur CSU gerühmt hatte“, sah sich die CSU zu einer Distanzierung veranlaßt („SZ“, 29.5.79). Unbestreitbar allerdings ist die Tatsache, daß Otto Habsburg, Strauß-Günstling und auf dem 3. Platz der CSU-Liste zur Europawahl (ohne offiziell CSU-Mitglied zu sein), sich mit Almirante getroffen hat. Und anlässlich der „Europatage“ der „Paneuropa-Union“ Ende April 79 trafen sich in einem dort tagenden Arbeitskreis neben Vertretern der Paneuropa-Union auch Delegierte der MSI-nahen neofaschistischen Emigrantengruppe „Comitato Tricolore degli Italiani nel Mondo“ (CTIM).

Habsburg ist u.a. im „Außenpolitischen Beirat“ der CSU-eigenen „Hanns-Seidel-Stiftung“ und sein Treiben wurde von Strauß des öfteren „gewürdigt“. „Das Wirken Otto v. Habsburgs ist ein gewichtiger Beitrag zu dem geistig-politischen Entwicklungsprozeß, in dem Europa wieder zu sich selber finden und seine geschichtliche Aufgabe und seine Pflichten gegenüber anderen wahrnehmen muß“. Hierzu gehört offensichtlich die offene Zusammenarbeit mit den italienischen Faschisten.

Fortsetzung von S. 6

die sich selbst als „illegalen Flügel“ der von CSU/CDU mitaufgebauten CDS verstand, hatte Strauß brennende Kontakte. In einer Enthüllung Wallraffs vom 8.4.76 im „Stern“ wurden Einzelheiten dieser Beziehungen bekannt. „Wenn eine Figur der Zeitgeschichte mich um eine Unterredung bittet, habe ich keinen Grund, dies zu verweigern“ – so mußte Strauß seine Begegnung mit Spinoza zugeben. Zum Zeitpunkt dieses Treffens reiste Spinoza durch Europa, um bei verschiedenen „Persönlichkeiten“ die „Unterstützung“ für seinen mittlerweile dritten Putschversuch zu organisieren. Ein Vertrauter von Spinoza, der MDLP-Führer Texeira, erklärte zu den Absichten der Putschisten: „Im Norden ist jetzt ein gutes Klima, die Kommunisten sind eingeschüchtert. So muß es im Süden auch werden. Dort sind es aber zu viele. Hier können wir sie noch vertreiben, dort wollen wir sie ausrotten. Wir haben jetzt die Nase voll, immer nur Bomben zu legen. Die Zeit ist reif: Jetzt wollen wir töten. Mit Bombenlegen wird nichts gelöst, man muß sie liquidieren.“

Und Wallraff konnte noch mehr Dokumente vorlegen. In einer Tonband-Aufzeichnung erklärte der Spinoza-Adjutant Dias: „Vor ca. drei Wochen trafen Jose und ich im Bonner CSU-Büro Dr. Voss (den persönlichen Referenten von Strauß – Anmerkung AK)... Er ließ uns von Strauß ausrichten, daß sofort gehandelt werden müsse und daß wir mit niemandem außer ihm selbst Kontakt aufnehmen sollten... Wenn ich meinen Aufenthaltsort wechselte, hinterließ ich bei Fräulein Haase stets die Telefonnummer, unter der ich zu erreichen war.“

Griechenland

Und noch in einem weiteren Land Südeuropas, in Griechenland, ist Strauß als internationaler Experte für konterrevolutionäre Machenschaften bekannt: Ende 1971 – zu Hochzeiten der faschistischen Militärdiktatur – konferierte Strauß mit dem griechischen Ministerpräsidenten Georgios Papadopoulos und dessen Stellvertretern Stylianos Pattakos und Nikolaos Makarezos sowie dem Wirtschaftsminister Georgios Pesopoulos („FAZ“, 4.11.71). Es müssen gewichtige Gründe gewesen sein, die diese Erzfaschisten bewogen haben, Strauß nach Athen einzuladen; immerhin hatte Strauß damals kein Amt inne, das ihn für derartige Spitzenverhandlungen prädestiniert hätte.

Was diese Faschisten an Strauß so wichtig fanden, wird deutlich an dem sogenannten „Pattakos-Brief“, dessen Existenz von der CSU dementiert wurde, und in dem es heißt: „Unsererseits haben wir öfters betont, daß die Zusammenarbeit für die Erhaltung der inneren Sicherheit unserer Staaten sowie des Schutzes der Interessen der Freien Welt sehr dienlich sein würde. Unsere Probleme sind ähnlich gelagert. Die Feinde sind dieselben. Die Aufgaben tragen gemeinsame Züge... Daher unterstützen wir Sie in allen Ihren Bemühungen... Ihrer Ankunft und den Verhandlungen sehen wir mit großem Interesse entgegen. Ihr... Pattakos.“

Wie gesagt, nach Aussagen des Strauß-Referenten Voss (siehe Abschnitt Portugal) ist ein solcher Brief bei Strauß nie eingegangen, die Einladung sei vielmehr mündlich erfolgt. Auf alle Fälle hat der Strauß-Besuch bei der Junta stattgefunden und die Themen dürften ähnliche gewesen sein.

Nach dem Sturz des Obristenregimes ließ Strauß seine alten Bekannten nicht im Stich: Massiv forderte Strauß die Freilassung der Faschisten Papadopoulos und Ioannidis („Spiegel“, 21.3.77).

Und unter Führung eines gewissen Gouras, einem eingeschriebenen CSU-Mitglied (!), der früher Strauß' Verbindungsmann zum Makaresos-Propaganda-Ministerium war, wurde eine „Hellenische Christliche Demokratische Partei“ (Chrike) gegründet. Zu deren Gründung, die in Griechenland sofort mit Strauß' damaligen Obristen-Besuch in Verbindung gebracht wurde, kommentierte ein Rundfunksprecher: Sie sei „eine Sammlung von enttäuschten Nationalisten, Mitarbeitern und Ministern des diktatorischen Regimes, ..., früheren Offizieren...“

Türkei

1. Mai 1977: Faschistische Hecken-schützen eröffnen das Feuer auf die größte Mai-Demonstration der westlichen Welt: 38 Tote, über 200 Verletzte sind die Bilanz dieses Anschlags. Die Mai-Demonstration selbst stand ganz im Zeichen einer antifaschistischen Massenmobilisierung gegen den Terror der „Grauen Wölfe“, einer faschistischen Ter-

rortruppe. Seit Anfang 1976 waren deren Anschlägen über 300 Menschen zum Opfer gefallen und bis heute reißt die Kette dieser Anschläge nicht ab. „Führer“ dieser „Grauen Wölfe“ ist Alparslan Türkes, ein glühender Verehrer Adolf Hitlers und Vorsitzender der „Nationalen Heilspartei“ (MHP), dem legalen Teil der „Grauen Wölfe“. Von Türkes stammen u.a. folgende Sprüche: „In der Organisation gibt es keine Demokratie. Es gibt absolute zentrale Autorität und absoluten Gehorsam gegenüber der Autorität. Was der Führer sagt und will, wird gemacht! Was der Führer tut, ist das einzig Richtige.“

Und von der „National-Sozialistischen Arbeitervereinigung“, korporativem Mitglied der MHP, stammt folgendes: „Wir glauben fest daran, daß der Jude, dieser Hund, der in der ganzen Welt Bosheit sät..., daß der von dem nationalistischen türkischen Arbeiter erkannt werden muß... Wir werden unsere Feinde wie Ratten zertreten“ („Tat“, 10.11.78).

In immer größerem Ausmaß hat der Terror und die Aktivität der „Grauen Wölfe“ in den letzten Jahren auf die Türken in der BRD übergriffen. Unter dem Deckmantel „religiöser Koranvereinigungen“ etc. nisten sich die „Grauen Wölfe“ in den von Türken bewohnten Stadtvierteln ein, eröffnen legal Büros etc.. Noch vor wenigen Jahren war eine öffentliche Betätigung der „Grauen Wölfe“ in der BRD verboten; in letzter Zeit wird immer wieder berichtet, daß in der Türkei gesuchte Mörder und sonstige Aktivisten der „Grauen Wölfe“ in der BRD Unterschlupf suchen und finden.

Doch während allmählich auch hier der Protest gegen diese Faschisten wächst, betreibt Strauß die offene Zusammenarbeit mit dem Führer Türkes: Anfang Mai 1978 kam es anlässlich einer BRD-Reise von Türkes zu einer offiziellen Begegnung dieser beiden Reaktionäre!

Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei: Wo heute in Westeuropa faschistische Kräfte in Erscheinung treten, größere gesellschaftliche Prozesse im Gange sind, Strauß ist führend jeweils auf Seiten der offenen Reaktion dabei.

Südliches Afrika

Besondere Aufmerksamkeit schenkt Strauß dem Südlichen Afrika. Da die Befreiungsbewegungen (MPLA, SWAPO, FRELIMO u.a.) den Imperialisten schon schwere Niederlagen beigebracht haben und größere Teile Afrikas dem direkten Zugriff entzogen haben, ist Strauß fest entschlossen, diese Entwicklung zu stoppen und mit allen Mitteln rückgängig zu machen. „Ich glaube, die Zukunft Europas, die Sicherheit der im Atlantischen Pakt zusammenstehenden... Länder wird wesentlich von den Ereignissen im Mittelmeerraum, im Mittleren Osten, am Horn von Afrika und in Afrika südlich des Äquators entschieden“ („Spiegel“ 29, 17.7.78, S. 80).

In seiner aalglatten Art fordert Strauß natürlich nicht wörtlich ein sofortiges militärisches Eingreifen. Seine wahren Absichten verschleierte er an diesem Punkt bewußt, aber doch nur spärlich, was ihm ständig den Beifall von Thadden u.ä. Rechtsradikalen einbringt. „Wir sind durch unsere Verfassung gehindert, die Bundeswehr, auch Freiwillige, dahin (Afrika – Anm. Red.) zu schicken. Für Bundesgrenzschutz-Soldaten gilt im Prinzip nichts anderes. Aber wahrscheinlich ist hier die Frage nicht so streng zu nehmen. Auch die GSG-9-Aktion in Mogadischu war eine Notwehr- oder Notstandsaktion, die als solche rechtlich zulässig ist“ (ebd.). Der CDU-Wehrexperte und Vorsitzende des verteidigungspolitischen Ausschusses, Manfred Wörner, – ein intimer Strauß-Freund – wird noch ein bißchen konkreter: „Die Nato solle „angesichts eines dramatisch wachsenden Einflusses“ der Sowjetunion in Afrika ihre „längst überholte geografische Begrenzung aufgeben“, bei einer multinationalen Nato-Aktion sollte ein Schiff der Bundesmarine dabei sein“ („Extra-Dienst“, 13.5.77).

Auf der Ebene politischer Kontakte pflegt Strauß schon seit Jahren die engsten Beziehungen zu sämtlichen rassistischen, faschistischen und reaktionären Regimes in Afrika. Diese Kontakte laufen bei regelmäßigen Reisen nach Südafrika, Rhodesien, Togo, Elfenbeinküste, Zaire. Verbindungen bestehen ebenfalls zu den Mörderbanden von FNLA und UNITA (Holden Roberto, Sawimbi) (vgl. „Welt“, 13.10.78).

Die reaktionären Staaten können zu jeder sich bietenden Gelegenheit darauf rechnen, daß Strauß ihr Terror-Regime in den schönsten Farben als Vorbild und Verbündeter lobt: „Ich bin beeindruckt von der hohen

religiösen und moralischen Verantwortung, mit der die Rassenpolitik ausgeführt wird... Als starker Eckpfeiler der westlichen Welt kann Südafrika in seiner politischen Struktur sogar zu einem Modellbeispiel für die gesamte westliche Welt werden“ („FAZ“, 3./4.5.66, „Afrika-Informationen“, Mai-Juni 1966, zit. nach AK 35, S. 18).

Diese Rassen-Propaganda bringen Strauß und seine Kumpanen in der BRD durch die verschiedensten Komitees und Gesellschaften unter die Leute. Daß die Entwicklung in den Staaten Afrikas auch zukünftig stabil bleibt und sich in seinem Sinne entwickelt, bewirkt Strauß z.B. durch die „Hanns-Seidel-Stiftung“, die – wie das Beispiel Togo anschaulich zeigt – „vor Ort“, „Stiftungen“/Organisationen aufbaut und sich eine abhängige „Führungsschicht“ heranzubildet.

Chilenische Zustände – auch für die BRD?

Zu einer offenen, demonstrativen Huldigung des faschistischen Regimes in Chile wurde die Reise von Strauß nach Chile (18.–22.11.77) und sein Besuch bei Pinochet.

Mit einer ganzen Abordnung führender CSU-Abgeordneter (Riedl, Graf Huyn), dem bayrischen Arbeitsminister Pirkel, dem CDU-Landtagsabgeordneten Schröder, Mitglied des „Deutsch-Chilenischen Freundeskreises“ sowie Bruno Heck von der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ der CDU war Strauß zur Feier der „125. Wiederkehr des Jahres der ersten deutschen Einwanderung“ in Chile aufmarschiert.

Chile sei das Land, das sich „erstmal in der Welt aus eigener Kraft von einer marxistischen Diktatur befreit hat“ – so jubelt der „Bayernkurier“ über den faschistischen Putsch (AK 119), wobei er „vergißt“, lobend zu erwähnen, daß ein Teil des Putschgeldes über CDU/CSU-Konten nach Chile transferiert worden waren!

Und weiter der „Bayernkurier“: „Die Wirtschaft wurde wieder auf gesunde Grundlagen gestellt, und zwar auf die Grundlagen einer freien Marktwirtschaft“ („BK“, 3.12.77) und: „Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung wieder einen süßen Klang“ („BK“, 22.9.73).

Strauß selbst äußerte auf dem offiziellen Empfang durch die deutsche Kolonie in Chile in seiner Rede: „Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig von woher sie bedroht wird, erhalten (!) bleibt, und arbeiten Sie daran, daß Disziplin, Fleiß, Leistung, Opferbereitschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Chile schaffen, in dem jeder Bürger stolz sagen kann: ich bin ein freier Chilene.“ Wie ein Echo hierauf liest sich das offizielle Bulletin des Junta-Außenministeriums zu dieser Rede: Strauß habe „nämlich keinerlei Zweifel daran... daß Chile ein demokratisches Land sei, zu dem man in den letzten vier Jahren (des Faschismus! – Anm. AK) noch die fundamentalen Konzepte der deutschen Demokratie hinzugefügt hat: Disziplin, Respekt und Arbeitseifer!“ („FR“, 26.11.77).

Man /frau muß genau hinsehen, welche „Freiheit“ Strauß „erhalten“ will. Man /frau muß genau hinhören, „was“ Strauß unter „innem Frieden“, „politischer Stabilität“, „funktionierender rechtsstaatlicher Ordnung“, „Disziplin“, „Fleiß“, „Leistung“, „Opferbereitschaft“, „Gemeinsinn“ und „Respekt“ versteht. Es sind hundertprozentig die gleichen Parolen, mit denen Strauß in der BRD für seine politischen Absichten trommelt und die er in Chile zur „Würdigung“ der „Leistungen“ der faschistischen Militärs verkündet.

Das faschistische Chile ist für Strauß offenbar die Insel der „Stabilität“ in Lateinamerika geworden, als die er die BRD in Westeuropa gerne haben möchte. Schon heute ist Strauß weltweit ein Repräsentant der Kreise, die die Herrschaft des Imperialismus mit allen Mitteln aufrechterhalten wollen und dabei vor keinem Verbrechen zurückschrecken. Mit Strauß als Bundeskanzler würde die Gefahr, die von diesen Kräften ausgeht, noch erheblich gesteigert. „Deutschland müsse wieder eine Rolle in der Welt spielen“ – so formulierte Strauß vor 13 Jahren sein politisches Ziel. Mit Strauß als Bundeskanzler hätte der westdeutsche Imperialismus einen politischen Repräsentanten, der wie kein anderer bereit ist, auch die aggressivste, brutalste und skrupelloseste Politik im internationalen Maßstab führend zu tragen.

Anmerkung:

Die aufgeführten Beispiele über die freundschaftlichen Verbindungen von Strauß zu Reaktionären und

Faschisten in Europa und aller Welt stellen nur einen Ausschnitt dessen dar, was über Strauß bekannt ist.

Darüber hinaus muß noch gesagt werden: Der Großteil der oben genannten Strauß-Aktivitäten sind solche, die er selbst oder seine Vertrauten im „Bayernkurier“ und anderswo der Öffentlichkeit mitgeteilt haben. Wieviele Unternehmungen nach Art der Konspiration mit dem Putschisten Spinoza, der stillen Hilfe für Faschisten und Reaktionäre in aller

Welt werden der Öffentlichkeit nicht einmal mitgeteilt?!

In der öffentlichen Auseinandersetzung um diesen „Kandidaten“ für einen Bundeskanzler sollte die Linke sich bemühen, das Bild dieses Mannes und das seiner Freunde voll auszu-leuchten.

In diesem Sinne: Strauß? Niemals!

Antifaschistische KB/
Gruppe Hamburg

Kleiner Vorgeschmack auf einen Kanzler Albrecht

„Gesundes Volksempfinden“ mußte in der Geschichte schon für so manche reaktionäre Maßnahme herhalten. Daß auch der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht dieses Mittel „staatsmännischer Kunst“ einzusetzen versteht, bewies er am 27.5. auf dem niedersächsischen Landesparteitag in Wolfsburg. Im Zusammenhang mit seinem Anliegen das „Monopol“ des NDR zu brechen (es gehe darum, Vielfalt und Wahlmöglichkeit für den Bürger zu schaffen) mobilisierte er vorhandene Ressentiments gegen vermeintliche Minderheiten: „Wenn die Bürger sagen, sie sehen lieber ein Fußballspiel als eine politische Diskussion oder als eine Vorführung über Homosexualität, dann soll man es ihnen zubilligen. Es ist nichts Unständiges (wer sagt das? Anm. AK), ein Fußballspiel zu sehen.“ „Damit haben wir die Demokratie auf unserer Seite“, meinte Albrecht.

Der Parteitag quittierte diese Gegenüberstellung von Fußball und Homosexualität mit begeistertem, lang anhaltendem Beifall (lt. „FR“, 28.5.). Albrechts demagogischer Trick verfiel also. Zu groß war die Verhetzung der Delegierten – und zu klein

der Mut der Homosexuellen unter ihnen, als daß einer/eine dazu käme zu erklären, seit wann denn bitte schön Homosexuelle gerade ein Fußballspiel für etwas „Unständiges“ halten.

Die „Aktionsgruppe Homosexualität Hannover“ (HAH) wies darüber hinaus in einem „Offenen Brief“ an Albrecht auf die besondere Geschmacklosigkeit seiner Äußerungen hin: „Ihr früherer Referent und vertrauter Mitarbeiter, Herr Heinz Dziedzick, hat sich vor einem Vierteljahr ums Leben gebracht, weil er, wie die Presse schrieb, mit seiner Homosexualität nicht zurecht kam. Selbstmorde wie diesen in den Bereich des Privatlebens zu schieben, geht an der Wirklichkeit vorbei. Das offen oder latent anti-homosexuelle Klima, das offensichtlich auch in ihrer Umgebung zu Hause ist, ist ein gesellschaftliches Problem und nicht Privatsache von Selbstmördern...“

Daß Albrechts Konkurrenz F.J. Strauß einen Umweg über demagogische Tricks nicht gehen will, machte er schon vor Jahren deutlich: „Lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder“ waren seine Worte.

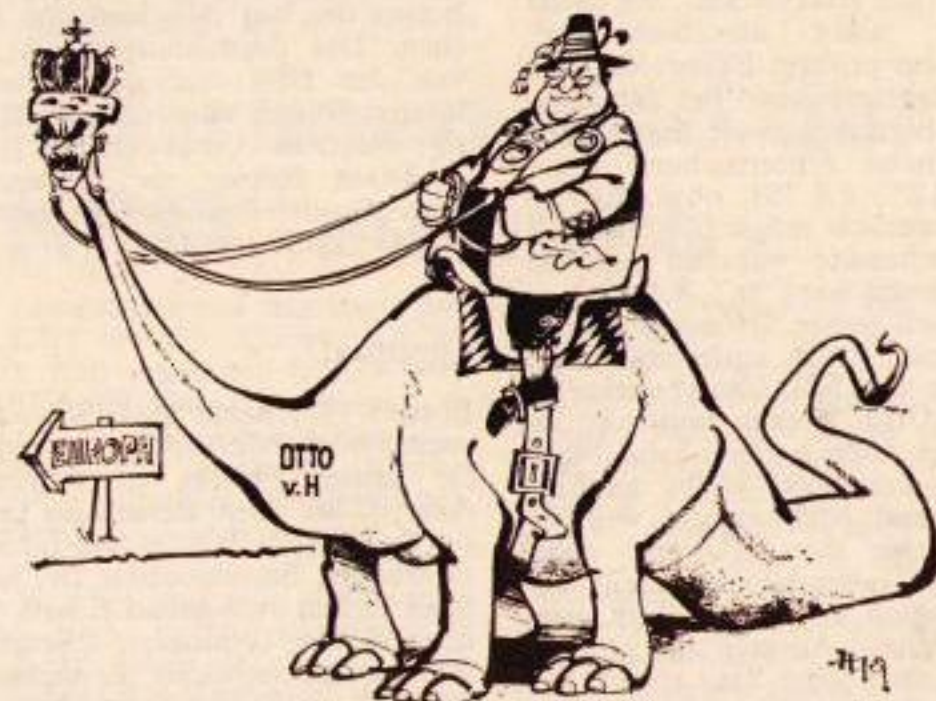
Veranstaltung der Revanchisten-Verbände

Der 30. Sudetendeutsche Tag der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) fand vom 1. - 3. Juni in München unter dem Motto „Freie Heimat – Freies Europa“ statt. Nach Angaben der SL kamen zwischen 180 000 und 200 000 Menschen, die sich diese revanchistische Hetze anhörten. Der SL-Sprecher und CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Walter Becher beklagte, daß die Ostverträge nicht nur aufgegeben hätten, was schon verloren sei, wie der frühere Bundeskanzler Willy Brandt behauptet habe. „Sie halfen, den Sieg der Alliierten über Hitler nachträglich in einen Sieg Stalins über das deutsche Volk und über Europa zu verwandeln“ („SZ“, 5.6.79). Dr. Walter Becher ist heute auch Mitglied des Witiko-Bundes, eines zwischen NPD, CSU und Revanchistenverbänden agierenden Verbandes der alten und neuen Nazis. Vor 1945 war er Journalist des NS-Gauorgans „Die Zeit“ in Reichenberg und Kriegsberichterstatter; er beteiligte sich an Judenverfolgungen im Sudentengebiet.

In Anspielung auf den „Holo-

caust“-Film trugen Demonstranten der SL auch ein Transparent mit der Aufschrift: „Wir fordern Film über Verbrechen der Vertreibung“. Schirmherr der Sudetendeutschen ist seit 25 Jahren der Freistaat Bayern. Strauß war einer der Hauptredner. Diese reaktionäre Zusammenrottung wurde auch noch vom Freistaat Bayern mit 90.000 DM, von der Stadt München mit 50.000 DM und der Bundesregierung mit 20.000 DM bezuschußt. In ungebrochener Tradition bekräftigen die Landsmannschaften ihre Revancheabsichten gegen die osteuropäischen Völker alles unter dem Motto „Recht auf Heimat“. Außer der Hauptkundgebung in München trafen sich Revanchistenverbände noch in Köln und Dinkelsbühl. Für den 15. - 17. Juni ist eine Großkundgebung, das sogenannte „Deutschlandtreffen der Schlesier“ in Hannover geplant. Neben dem Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, hat sich CDU-Albrecht und Minister Hasselmann angekündigt.

Habsburg Antifaschist? Der Bart ist ab!



Mit großartigem „antifaschistischem“ Geschrei hat die CSU auf die Enthüllung der SPD reagiert, daß O. Habsburg in den dreißiger Jahren Kontakt zur faschistischen Rex-Bewegung in Belgien hatte. Habsburg sei Antifaschist durch und durch, wurde von CSU-Seite behauptet, die dazu gar eine eigene Dokumentation vorlegte. Jetzt aber ist der Bart ab-

Laut „FR“ vom 29.5.79 fand ein Treffen zwischen Otto Habsburg, CSU-Kandidat für Europa und Strauß-Schützling, und dem Führer der italienischen neofaschistischen Partei „Movimento Sociale Italiano (MSI)“ Giorgio Almirante statt. Habsburg, in reaktionären Kreisen kein

Fortsetzung S. 8

Fortsetzung von S. 7

unbeschriebenes Blatt, bestätigte öffentlich das Gespräch. Almirante selbst sprach im italienischen Fernsehen von "Verbindungen zur CSU". Auch wenn O. Habsburg versucht, das Gespräch zu verharmlosen, „ich spreche mit jedem“, so war dieses Treffen doch kein Zufall.

Wie dem rechten Infodienst, "national-politische Studien almanach", zu entnehmen ist, sind O. Habsburgs Beziehungen zu italienischen Faschisten noch weitreichender. Die Pan-europa-Union Deutschland, Vorsitzender O. Habsburg, führte vom 27. bis 29. April 79 Europatage unter dem Motto "die Zukunft Europas gestalten" durch, an denen sich auch eine Delegation der MSI-nahen und neofaschistischen italienischen Emigrantenorganisation "Comitato Tricolore degli Italiani nel Mondo" (DTIM) beteiligte. Geleitet wurde einer der Arbeitskreise von Dr. Weber, Chef der SDU, einer rechten SPD-Abspaltung im Zusammenhang mit der "4-Partei".

In den 50er/60er Jahren war er Chef des christreaktionären "Europäischen Dokumentationszentrums" mit Sitz in Madrid, bevor er 1975 als "fähigster Außenpolitiker" (Strauß über Habsburg) in den Beirat der CSU-eigenen Hanns-Seidel-Stiftung „berufen“ wurde. Und wenn zudem Strauß noch in höchsten Tönen verkündet: "Das Wirken Otto v. Habsburgs ist ein gewichtiger Beitrag zu dem geistig-politischen Entwicklungsprozess, in dem Europa wieder zu sich selber finden, seine geschichtliche Aufgabe erkennen und seine Pflichten gegenüber anderen wahrnehmen muß" erscheint es allzu deutlich, daß O. Habsburg genau der "rechte" Mann ist für Europa.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Watergate bei der CSU?

Wie erst am vergangenen Donnerstag bekannt wurde, ist in der Nacht zum 1. Juni der 36-jährige Kriminaloberkommissar "Bimbo" von der Staatsschutzabteilung in Kempten in die CSU-Geschäftsstelle in Kaufbeuren/Allgäu eingebrochen. Er wurde von einem Wächter auf frischer Tat ertappt ("Bild", München 8.6.79).

Der Einbruch wurde erst auf Anfrage bestätigt. Begründung: "Man habe ungestört ermitteln wollen" ("Abendzeitung", 8.6.79). Wie ein Sprecher des Polizeipräsidiums Schwaben in Augsburg mitteilte, "werde gegen den Beamten wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung ermittelt, nicht wegen versuchten Einbruchs, weil eine Aneignungsabsicht nicht nachgewiesen werden könne". Er wurde sofort vom Dienst suspendiert ("SZ", 8.6.79).

"Das hat unterdessen zu Spekulationen darüber geführt, ob der Staatsschutzbeamte möglicherweise bei der CSU gar nichts entwerfen, sondern lediglich in Akten Einsicht nehmen oder diese photokopieren wollte" (ebenda). Doch diese Vermutung ist abwegig. "Um Auskünfte über CSU-Mitglieder zu erhalten, brauche man ... nicht einzubrechen", teilte ein Polizeisprecher mit ("Abendpost"/Nachtausgabe, 8.6.79).

Mit dieser Erklärung und energischer Dementis versucht die vorgesetzte Behörde des Staatsschützers den Eindruck zu erwecken, daß dieser Einbruch nicht dienstlich war, sondern ein privater Exkurs des Bullen. Dementsprechend hat der Augsburger Oberstaatsanwalt Brehm eine psychiatrische Untersuchung beantragt ("AZ", 8.6.79), obwohl er es für "theoretisch möglich" hält, daß der Kripobeamte während der Aktion im Dienst war ("tz", 8.6.79).

Wie auch immer. Ob nun der Bulle auf eigene Faust unterwegs war, oder, wie der SPD-Unterbezirksvorsitzende Otto Werner mutmaßt, er sich in der Adresse geirrt habe ("tz", 8.6.79), merkwürdig bleibt der Einbruch allemal. Nicht zuletzt, weil der Staatsschützer der CSU sehr nahe stehen soll (ebenda). Jedenfalls befindet er sich auf freiem Fuß, verweigert jegliche Aussage und ist nach Meinung der Polizei "nur ein kleiner Fisch" ("Münchner Merkur", 8.6.79). Blicke noch nachzutragen, daß zu seinem Aufgabengebiet der Bereich Geheimnis-, Landes- und Hochverrat sowie die Überwachung von Veranstaltungen politischer Gruppen (wie der NPD) gehörte. So gesehen stimmt zumindest die Adresse...

No./München
KB/Gruppe Nürnberg

Hanns-Seidel-Stiftung: Das Außenministerium der CSU

Einmal abgesehen von den vielfältigen anderen Aktivitäten des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Afrika, die ihn jedes Jahr mindestens einmal in das gelobte Land „Republik Südafrika“ führen, hat er sich mit der Hanns-Seidel-Stiftung ein Instrument geschaffen, Afrika auch ideologisch gegen das „Joch der kommunistischen Unterdrückung“ zu rüsten.

Die Hanns-Seidel-Stiftung besteht seit 1967 und hat sich zur Aufgabe gemacht, „demokratische, staatsbürgerliche Bildung“ ... „auf christlicher Grundlage“ zu betreiben. (Hanns-Seidel-Stiftung — Informationen 1/76).

Mit dem bayerischen Arbeits- und Sozialminister Fritz Pirkel an der

Spitze, der auf Beisitzer wie Strauß, Tandler und Stoiber zählen kann, einem wissenschaftlichen Beirat, dem auch der Würzburger Soziologieprofessor Bossle angehört, bekannt durch seine Bewunderung für die chilenische Junta und Otto Habsburg als außenpolitischen Berater, kann gar nichts schiefgehen.

Anläßlich der Einweihung des Bildungszentrums der HSS in Wildbad Kreuth, äußerte sich Pirkel zur internationalen Aufgabe der Stiftung:

„Das 'Institut für internationale Begegnung und Zusammenarbeit' wird darüber hinaus ebenso wie die anderen Stiftungen in der Bundesrepublik bildungspolitische Entwick-

lungsarbeit leisten. Wir möchten damit die Arbeit von Wildbad Kreuth dort im Ausland multiplizieren, wo die Möglichkeiten bestehen, Demokratie zu entfalten. Wie bedroht diese Möglichkeiten sind, das wissen wir alle aus unserer täglichen politischen Erfahrung“ (HSS Inf. 1/76).

Fürwahr, es wird immer schwieriger. Auch Strauß formulierte seine Bedenken erst kürzlich im Vorwort eines Werbeprospektes für eine „Studienreise“ nach „Süd-Südwestafrika“ vom 7. bis 22. April. Er schreibt:

„Wird Südafrika ein zweites Vietnam oder ein zweites Angola werden? Diese Frage muß sich heute nicht nur die Bevölkerung der betroffenen Re-

gion stellen, sie geht alle an, die für eine freiheitliche Politik eintreten. Im südlichen Afrika geht es schon lange nicht mehr allein darum, ob die Apartheid abgeschafft wird, sondern vielmehr darum, ob es der Mehrheit der Bevölkerung gelingt, in freien Wahlen ihre Zukunft selbst zu bestimmen und damit zu verhindern, unter das Joch der kommunistischen Unterdrückung gezwungen zu werden. Ich habe bei meinen zahlreichen Besuchen in Afrika immer wieder festgestellt, daß die vernünftigen, gemäßigten politischen Führer sehnlichst auf Unterstützung der freien westlichen Welt warten...“ (PDI 15.4.79)

Togo:

Einer dieser „vernünftigen, gemäßigten Führer“ ist Staatspräsident Eyadema in Togo, der auch nicht vergeblich auf Hilfe zu hoffen brauchte. Denn im März 77 konnte die „Togo Press“ melden, daß bei einem Besuch von Strauß in Togo ein Schlußkommunique unterzeichnet wurde, das unter anderem die Ausbildung des togolesischen Verwaltungspersonals durch die HSS vorsieht. Außerdem wurde die Eyadema-Stiftung gegründet:

Die besagte Stiftung wird außer der ihr von der Hanns-Seidel-Stiftung gewährten technischen und finanziellen Hilfe alle öffentlichen und privaten Hilfen und Subventionen deutscher, internationaler und togolesischer Herkunft erhalten und hat sich zum wesentlichen Ziel die Förderung der Erwachsenenbildung gesetzt“ („Extradienst“, 19.4.77)

Bei einem Festakt anläßlich der Gründung am 3.3.77 beschwor Strauß die „traditionell freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen der BRD und Togo (Togo war früher deutsche Kolonie).

Bei der Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages in Wildbad Kreuth war Präsident Eyadema voll des Lobes über die „außerordentliche Gastfreundschaft“ der von ihm besuchten bayerischen Unternehmen. (HSS Inf. 2/3-77) Bei diesem Besuch

wurde auch der Gedanke einer „Bayerisch-Togolesischen Gesellschaft e.V.“ geboren, die vor kurzem durch Eintrag beim Amtsgericht München rechtskräftig wurde. Den Vorsitz dieser Gesellschaft übernahm Strauß persönlich, Vizevorsitzender ist Pirkel. Als Schatzmeister fungiert der frühere Kultusminister Huber, Schriftführer ist der Staatssekretär des Innenministeriums Neugebauer. („Extradienst“, 5.1.78).

Diese aufs Engste mit der bayerischen Staatsregierung verfilzte Gesellschaft will durch „Schaffung von Arbeitsplätzen“, von Schulen und Wissenschaftstransfer „Entwicklungsmaßnahmen“ unterstützen, die durch 350 Mio. öffentliche Entwicklungsleistungen der Bundesregierung finanziert werden.

Ausländische Investoren, auch private, können auf eine großzügige Landzuweisung in Togo rechnen, um sich die reichlich vorhandenen Bodenschätze (Phosphate, Kalkstein, Eisen-erze, Kupfer, Bauxit, Chromit und Dolomit) zunutze machen zu können.

„Die togolesischen Stellen sind an einer Mitwirkung aus Bayern sehr interessiert... Der Präsident will in seinem Lande unter Mitwirkung Bayerns in Eigeninitiative eine wirtschaftliche und soziale und damit auch politische Stabilität erzeugen. Dies könnte von Togo aus auf ganz Westafrika ausstrahlen!“ meint Prentl im „Bayernkurier“ vom 28.4.79. Bayern — Modell für Afrika?



Ein guter Vorschlag - vielleicht sollte er nächstesmal gleich dableiben!

Zaire:

Lang bekannt sind die Sympathien zwischen Strauß und Staatspräsident Mobutu von Zaire.

— Diese Freundschaft liegt wohl auch den Kontakten zwischen Hanns-Seidel-Stiftung und FNLA-Chef Holden Roberto zugrunde, der von Mobutos Territorium aus die MPLA bekämpfte. („Afrika und Bonn“, S.61)

— Anfang 1977 berichtete der „Bayernkurier“ von einem Besuch Mobutos bei Strauß und der HSS. Die Einladung rechtfertigte er folgendermaßen:

„Es gilt, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß deutsche Investoren in Zaire wieder Fuß fassen, nachdem bis vor einigen Jahren im Zuge der Afrikanisierung Ausländern durch Enteignungsgesetze weitere Investitionen verweigert worden waren“ („BK“, 5.2.77)

— Wenige Tage vor Weihnachten 1977 nahmen 20 Krankenschwestern und -pfleger nach einem einjährigen Fortbildungskurs im Klinikum „Rechts der Isar“ Abschied von München. Das Fortbildungsprojekt, das von der HSS und dem Klinikum initiiert wurde, nannte Geschäftsführer Siegfried Lengel (HSS) „einen wichtigen Beitrag zur humanitären Hilfe für die Bewohner im zentralen Afrika“ (HSS Inf. 4/77)

Ägypten:

Ebenso 1977 nahm die HSS mit der sogenannten Nilstiftung in Ägypten, ihr drittes Projekt in Afrika in Angriff. Bei einem Besuch des Leiters des ägyptischen Presse- und Informationsamtes, Staatsminister Dr. Murzi Saad El Din in Wildbad Kreuth wurden die Ziele formuliert: „Berufliche und wissenschaftliche Erwachsenenbildung, sowie die Entsendung von deutschen Beratern nach Ägypten“. Nach Angaben der HSS ist vorerst an die Bereitstellung von 1,6 Mill. DM gedacht. („Bay. Staatszeitung“, 24.6.77)

Nach Angaben des „Spiegel“ erhielt die „Nilstiftung“ Bonner Zuschüsse in Höhe von 4 Mill. DM.

Ein Jahr später erklärte Landtagsvizepräsident Dr. Heinz Rosenbauer einer Delegation des ägyptischen staat-

lichen Informationsdienstes, die auf Einladung der HSS in Bayern weilte:

„Ägypten könne erwarten, daß Deutschland Verständnis für die Probleme des Nahen Ostens hat. Ebenso möge Ägypten Verständnis für den beständigen Kampf der Deutschen gegen den Kommunismus haben“ („Main Post“, 5.6.78)

Seit dem Wegfall des Irans als Ordnungsmacht im Nahen Osten, hat Strauß ein besonderes Auge auf Ägypten geworfen: „Die Amerikaner werden viele Milliarden Dollar ausgeben müssen — und wir auch! — um das Flämmchen des Friedensvertrages am Leben zu halten und Ägypten als Ersatzordnungsmacht für den ausgefallenen Iran zu finanzieren und militärisch auszurüsten“ („BK“, 14.4.79)

Die HSS wird sicher das ihre dazu tun, Ägypten auf den rechten Weg zu bringen.

Namibia:

Anfang Dezember 1978 fanden die einseitig von Südafrika ausgerufenen „Wahlen“ in Namibia statt.

Da der geeinten Reaktion von Pretoria bis München klar war, daß faire Wahlen unter Beteiligung der SWAPO auch von dieser gewonnen werden würden, beeilte man sich, die eigens dafür aufgebaute „Demokratische Turnhallen Allianz“ (DTA) vom Volk absegnen und an die Regierung bringen zu lassen.

Die Wahlen wurden in Militärlagern und Polizeistationen und unter massivsten Drohungen gegenüber wahlunwilligen Schwarzen durchgeführt. Dies ist für Strauß und die HSS, die sich frühzeitig für die DTA stark gemacht hatten, höchstens ein kleiner Schönheitsfehler.

Bei ihrer Unterstützung für die DTA zog die HSS alle Register:

— Nach Angaben des Sekretärs der DTA hat die HSS wesentlichen Anteil daran, daß durch den Verkauf von zwei Tageszeitungen an den bundesdeutschen Verleger Lauenstein Wahlkampfforum für die DTA geschaffen wurde. „Das Ziel der Operation, dem als erstes der Chefredakteur der 'Allgemeinen Zeitung' Windhoek zum Opfer fiel, er wurde entlassen, war es offensichtlich, jene Position mundtot zu machen, die aus einer harten, aber flexiblen Vertretung der

Interessen der weißen Minderheit für die Aufrechterhaltung einer Verhandlungsposition gegenüber der SWAPO eintrat“ („Afrika und Bonn“, S.165)

— Im Sommer besuchte der Vorsitzende der HSS, Pirkel, Namibia, um mit führenden Vertretern der DTA zu konferieren.

Er verstand seinen Besuch allerdings auch als Unterstützung der Pro-Rassisten, um ihnen im „Bunde mit allen freiheitsliebenden Bürgern des Landes“ bei der Gestaltung ihrer Zukunft zu helfen. („Welt“, 23.8.78)

— Zudem versprach die HSS ein bildungspolitisches Projekt, das aus Geldern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert werden soll. („Spiegel“, 35/78)

— Der Intendant des Bayr. Rundfunks Reinhold Vöth gewährte dem Redakteur Klaus Below Urlaub, um im Auftrag der HSS als Wahlhelfer der DTA tätig werden zu können. Derselbe Redakteur erstellte dann Informationsendungen über die DTA für das bayr. Fernsehpublikum. („Offener Brief“ der Anti-Apartheid-Bewegung an Vöth)

— Zur gleichen Zeit besuchte der CSU-Abgeordnete und Strauß-Inimitus, Hans Klein mit einer Unionsdelegation Namibia.

Seine Gesprächspartner waren der Geschäftsführer der rechtsradikalen „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwest“, Dr. Goebel und der stellvertretende Vorsitzende dieser Gemeinschaft Konrad Lilienthal.

Klein war keine Ruhe vergönnt: „von morgens bis nachts interne Termine, bei denen es um die Unterstützung der demokratischen Kräfte in Südwestafrika/Namibia durch CSU, CDU, Hanns-Seidel-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung geht“ („PDI“, 1.1.79)

— Einer Delegation der Jusos gegenüber äußerte die SWAPO herbe Kritik an den Aktivitäten der HSS und der Interessengemeinschaft, die der DTA rund 10 Mill. Dollar zur Verfügung stellten. Die SWAPO übergab der OAU inzwischen Beweismaterial über die Aktivitäten der HSS.

Rhodesien/Zimbabwe:

Die vom 17.-21.4.79 stattgefundenen Scheinwahlen, die von Smith und den

schwarzen Marionetten inszeniert und mit brutalem Terror gegen die schwarze Bevölkerung und die Befreiungsbewegungen durchgezogen wurden (s. AK 152), beobachtet neben Jürgen Todenhöfer auch eine Delegation der HSS. Zugegen waren:

Dr. Friedrich Voss, MdB; Siegfried Lengel, Geschäftsführer der HSS; Reinhold Vöth, Intendant des Bayr. Rundfunks; Hans Tross, Journalist beim „Münchener Merkur“; Gerhard Friedel, Journalist beim BR und Walter Schöll.

In einem Artikel im „Bayernkurier“ weiß Teilnehmer Voss allerhand Interessantes zu berichten, insbesondere von ihren Gesprächen mit Wählern, die sie auf ihrer langen Reise durchs Land befragten:

„Bei allen Befragten war jedoch übereinstimmend und eindeutig festzustellen, daß sie niemand zu dieser Wahl gezwungen oder mit unlauteren Mitteln zu beeinflussen versucht hatte“.

Dementsprechend vertritt die Beobachtergruppe, „daß nach diesen allgemeinen, freien und demokratischen Wahlen nicht länger ein Grund besteht, die internationale Anerkennung der zukünftigen schwarzen Mehrheitsregierung zu verweigern. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen ist notwendig und gerechtfertigt...“

Die Tatsache, daß die UNO diese Wahlen nicht anerkennt, wird die Hanns-Seidel-Stiftung auch nicht von der Überzeugung, sie seien demokratisch und frei gewesen, abbringen können. Denn eine interne Lösung à la Namibia und Rhodesien ist das Äußerste, was Strauß, CSU und HSS der schwarzen Bevölkerung zugestehen wollen. Doch das Erreichte ist der HSS noch nicht genug, nach ihren Auftritten als Wahlhelfer und -beobachter will sie in Namibia und Rhodesien feste Niederlassungen installieren.

Darüberhinaus sollen in Zukunft auch Südafrika, Kenia und Tansania am Wesen der HSS genesen. („Konkret“ 4/79) Das Strauß-eigene „Außenministerium“ Hanns-Seidel-Stiftung möchte seine Finger gern überall im Spiel haben. Hoffentlich verbrennt es sie sich bald!

KB/Gruppe Nürnberg

Zur politischen Kontroverse in der AL-Westberlin

Nachdem die Alternative Liste (AL) in Westberlin seit dem 18. März mit 50.000 erhaltenen Stimmen in vier Bezirksparlamente einzog, wird dort gegenwärtig diskutiert, mit welcher Politik diesem Wählervotum Rechnung getragen und weitere Erfolge erzielt werden können.

Die Untergliederungen der AL, nämlich einerseits die verschiedenen Bezirksgruppen sowie andererseits die Fachgruppen demokratische Rechte, Frauen, Betrieb und Gewerkschaft, Gesundheit, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Jugend, Kinder usw. bestehen nach wie vor und arbeiten weiter. In den letzten Wochen hat die AL Stellungnahmen und Presseerklärungen zu wichtigen lokalen und nationalen Ereignissen herausgegeben (so gegen die brutalen Überfälle türkischer Faschisten auf ihre fortschrittlichen Landsleute, so gegen die Präsidentenwahl Carstens, zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, zu verschiedenen Umweltproblemen usw.).

Zwangsläufig haben sich die Aktivitäten der AL-Mitglieder nach bestandenen Wahlkampf teilweise verlagert, viele Aktive arbeiten in ihren Basisbereichen weiter, unterstützen von dort aus die AL.

Die AL ist zu einem politischen Faktor geworden mit der Möglichkeit, gegenüber großen Teilen der Bevölkerung tatsächlich alternative Politik gegen die etablierten Parteien im Interesse der Bürger zu betreiben. Auch die etablierte Presse muß diesen Sachverhalt anerkennen. Sie öffnet dafür einige Spalten und verfolgt aufmerksam die Aktivitäten der AL. Die SPD ist zum Teil gezwungen, auf die Kritiken der AL öffentlich zu reagieren wie z.B. bei der Verschärfung des sogenannten „Radikalerlasses“.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht natürlich die Arbeit in den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV), in denen insgesamt 10 AL-Mitglieder vertreten sind — nämlich in Kreuzberg (3), Tiergarten (2), Schöneberg (3) und Wilmersdorf (2). Der Einzug in die BVVs hat jedoch nicht nur die Etablierten überrascht und geschreckt, auch innerhalb der AL gab es nur wenige, die an einen derartigen Erfolg glaubten.

Daß eine Debatte um die richtige Gestaltung der Parlamentsarbeit gegenwärtig im Mittelpunkt steht, ist also verständlich. Hierin spielt auch eine Kontroverse, welches Gewicht die konkrete Kommunalarbeit gegenüber der „großen Politik“, der allgemeinen Propaganda hat. Ein weiterer Streitpunkt ist, welche Haltung die AL gegenüber den Bürgerinitiativen und den Linken außerhalb der AL einnehmen soll. Zu all diesen Fragen nimmt auch die „KPD“ in ihrer „Roten Fahne“ (31.5.) Stellung. Die „KPD“ ist innerhalb der AL recht einflußreich. Darum, und weil die „KPD“ der AL nach unserer Meinung einen extrem falschen Weg vorschlägt, legen wir unsere Vorstellungen in Abgrenzung zur „Roten Fahne“ dar.

Das Verhältnis der AL zu Bürgerinitiativen und zur Linken

Umstritten ist gegenwärtig, welches Verhältnis die AL zu den Linken, Bürgerinitiativen und Alternativprojekten einnehmen soll, die bisher skeptisch abwartend zur AL standen. Diese Fragestellung behandelt die „KPD“ in einer Polemik, die die realen Meinungsverschiedenheiten eher verschleiern, indem sie eine weitgehend erfundene Position bekämpft, die angeblich eine Konzentration „auf alternative Projekte und die Linke“ oder sogar „eine Beschränkung der AL auf die Alternativszenen“ fordert. Dagegen setzt die „KPD“ die schönklingende Phrase von der „Orientierung auf die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung“. Sie erweckt also den Eindruck, als bekämpfe sie eine sektiererische, nur auf die „Szene“ gerichtete Politik.

Ginge es der „KPD“ tatsächlich hierum, so wäre das ein durchaus begrüßenswerter Fortschritt, denn es war u.a. die KPD, die seinerzeit den Wahlkampf unter das Motto „Vereinheitlichung des Widerstands“ stellte und einen breitenwirksamen Wahlkampf, der auf die Überspringung der 5%-Hürde abzielte, strikt bekämpfte.

Indes, hierum geht es leider nicht. Vielmehr soll unter Berufung auf die „Interessen der Mehrheit...“ (in „ML“-Kreisen auch häufig „objektive Interessen“ und in bürgerlichen Parteien auch „...der schweigenden Mehrheit“ genannt) eine Wegorientierung der AL von Bürgerinitiativen, ein

abgeschottetes und arrogantes Verhältnis zur Alternativ-Bewegung eingeleitet werden.

Exemplarisch wird sich in der „Roten Fahne“ ein eigentlich recht unbedeutender Teil der Alternativ-Bewegung — die sogenannten Alternativ-Projekte — vorgenommen, um diese Ablehnung festzuschreiben.

Diese „selbstgenügsamen Projekte mit menschlicheren Arbeitsbedingungen sind immer noch welche im Kapitalismus und setzen ihn sogar voraus. Denn solche Projekte sind nur denkbar und lebensfähig in den Ritzen und Poren einer hochentwickelten Industriegesellschaft...“ So werden sie auch von der Mehrheit der Bevölkerung (ja, ja der Mehrheit!) abgelehnt, weil sie gegenüber der notwendigen Produktion für die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Ausbeutungssituation ... nur ihre individuelle Perspektive setzen“. Die meisten Alternativ-Projekte vertreten eine „gegen die Mehrheit der Bevölkerung (schon wieder!) gerichtete und parasitäre Position.“

Es geht der „KPD“ also keineswegs um die Verhinderung einer einseitigen Orientierung auf diese Alternativ-Projekte, sondern um den Bruch mit diesen „Parasiten“, die in der von der „KPD“ anvisierten Gesellschaftsordnung offenbar „im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung“ ausgegrenzt gehören.

Tatsächlich ist es absurd zu glauben, daß die Ablehnung von Alternativ-Projekten durch einen Großteil der Bevölkerung eine linke, antikapitalistische Stoßrichtung hat. Nach diesem Motto könnte man auch den Zivildienstleistenden unterstellen, sie würden abgelehnt, weil sie keine militanten Revolutionäre, sondern pazifistische Rückelbecker seien.

Mit der Elle, mit der die „KPD“ hier mißt, können a l l e Teile der Basisbewegung abgekanzelt und für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der AL für zu leicht befunden werden: „Diese Projekte können keine Basisbewegung abgekanzelt und für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der AL für zu leicht befunden werden: „Diese Projekte können keine gesamtgesellschaftliche Perspektive entwickeln und der Anspruch, Schritte zum Sozialismus ... zu tun, endet manchmal noch vor der Tür des Projekts nach draußen.“

(Nebenbei bemerkt handelt es sich hier um Roßtäuscherei; denn die AL hat natürlich selbst weder einen „sozialistischen Anspruch“ noch eine gesamtgesellschaftliche Perspektive.)

Innerhalb der AL versucht die „KPD“ gegenwärtig massiver ein Selbstverständnis zu verankern, nach dem die AL den BIs turmhoch überlegen sei, als das in der „Roten Fahne“ (RF) zum Ausdruck kommt.

In einem Papier formuliert der „KPD“-Kader P.S.: „BIs treten für oder gegen eine Sache ein, aber sie wissen eben oft nicht gegen w e n oder gegen w e l c h e Politik sich diese Sache richtet ... Sie haben einen oft unklaren, meist heterogenen Standpunkt.“ Die AL sei da „einen Schritt weiter“ und dürfe sich nicht „künstlich auf den Standpunkt der (BIs) zurückschrauben.“ Man dürfe die Anliegen der BIs nicht einfach aufgreifen, sondern „so unterstützen, wie wir es für richtig halten, von u n s e r e m Standpunkt her, und den haben wir formuliert im Programm.“

Wir glauben, daß dieser von der KPD vorgeschlagene Kurs verhängnisvoll wäre. Heute käme es gerade darauf an, in der konkreten Zusammenarbeit mit den BIs deren Vertrauen zu gewinnen, die AL als wirkungsvolles Instrument ihrer Interessen zu beweisen.

Eine solche Politik, die auf tatsächliche Ausweitung der AL, auf die konkrete Erschließung neuer Bündnispartner abzielt, kann nicht durch Schulmeisteri und Zensur der Arbeit der BIs erreicht werden.

Im Gegenteil: Die Bunte Liste in Hamburg hat sich z.B. selbst als „parlamentarischen Arm“ der Bürgerinitiativen und der Basisbewegung ganz allgemein definiert und befolgt auch in der Praxis diesen Kurs (was auch in verschiedenen Interviews mit der Abgeordneten der Buli nachlesbar ist). Auch die Alternative Liste Westberlin hat ebensolche Positionen offiziell in ihrem Programm verankert. Umso unverständlicher ist, daß die Mitglieder der AL nicht mit einem einzigen Aufschrei der Empörung auf die „KPD“-Versuche einer Demontage dieser G r u n d position der alternativen Wahlbewegung reagiert haben.

Dem „KPD“-ler P.S. erscheint es überhaupt nicht erstrebenswert, die AL zum Organ der BIs zu machen; er nennt dies „künstlich zurückschrauben“. Wer die fundierte Sachkenntnis und Verankerung zahlreicher Westber-

liner BIs zu verschiedenen kommunalpolitischen Fragen kennt und vergleicht mit dem sehr bescheidenen Wissen der AL (deren Mitglieder insgesamt eher aus dem Bereich der traditionell linken Politik kommen) kann den maßlosen Größenwahn dieser Argumentation ermessen. Die Lebensfähigkeit der AL als Massenansatz wird gerade davon abhängen, ob eine enge Zusammenarbeit mit diesen wichtigen Repräsentanten des Bürgerprotests gelingt.

Wenn die „KPD“ diese Zusammenarbeit nicht will, sollte sie sich zumindest nicht auf die „Interessen der Mehrheit“ berufen — das ist unlauter.

Tatsächlich scheint es, daß die „KPD“ die AL von a l l e n neu zu gewinnenden Strömungen abschotten will, auch von den Teilen der Linken, die bislang abseits stehen/standen. Denjenigen linken Strömungen, die der AL bisher eher skeptisch oder zurückhaltend gegenüberstanden, erklärt die RF arrogant: „Die AL kann selbstbewußt sagen: es ist Zeit, einen Fehler zu korrigieren, also tut es. Die AL muß nicht ihre Existenz und Arbeit gegenüber Kräften wie dem „Langen Marsch“, der TAZ oder auch dem SB rechtfertigen, das Wahlergebnis reicht aus.“

Einen tatsächlich sehr üblen Artikel der TAZ nimmt die „KPD“ zum Anlaß, das Angebot einer Grundsatzdebatte in dieser Zeitung abzulehnen, denn dies sei eh nur „der Versuch, mit der TAZ als Forum die TAZ-Auflage zu steigern, eine glatte Instrumentalisierung.“

Wir hielten es für einen schweren Fehler, wenn die AL den hier von der RF angesprochenen Ton übernehme und das Verhältnis zur übrigen Linken weitgehend auf das Einklagen einer Selbstkritik wegen nicht geleisteter Unterstützung im Wahlkampf beschränkt. Tatsächlich sind 3,7% eben nicht „genug“, sondern auch Ausdruck der Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Westberliner Linken schränkt. Tatsächlich sind 3,7% eben nicht „genug“, sondern auch Ausdruck der Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Westberliner Linken diesmal noch abseits gestanden hat (was wir für einen Fehler halten, der aber auch durch das Verhalten der „KPD“ beim Aufbau der AL forciert wurde).

Es entspräche kleinkariertem Sektendenken, sich in 50.000 Wählerstimmen zu sonnen und dabei strategisch zu übersehen, daß die alternative Wahlbewegung nur eine langfristige Perspektive besitzt (insbesondere auch in nationalem Maßstab), wenn das politische Spektrum wesentlich breiter als das gegenwärtig in der AL zusammengeschlossene, entwickelt werden kann.

Vor diesem Hintergrund sind „goldene Brücken“ sicherlich notwendiger als künstliche Hürden. Ein unsolidarischer Artikel in der TAZ kann doch kein Grund sein, das Angebot einer Debatte auszuschlagen und über diesen Weg für die Politik der AL zu werben!

Die „KPD“ (und mit ihr gewisse linkssektiererische Strömungen in der AL) „übersieht“, daß alternative Wahlgruppierungen wie etwa die Buli Hamburg, die GLH Hessen oder die AL Westberlin ihrem Grundcharakter nach breite B ü n d n i s s e sind, an denen sehr unterschiedliche politische Kräfte teilnehmen und auch teilnehmen sollen, die vom Gedanken an die Einheit der Linken (trotz Differenzen im Detail) und ihrer möglichst engen Verbindung zu Protestbewegungen aller Art leben, die davon leben, daß sie die Einheit in Form der Einbeziehung immer neuer Strömungen der politischen Linken immer weiter ausdehnen, die den politischen Pluralismus in den eigenen Reihen nicht nur respektieren, sondern ihn zugleich als politischen Motor betrachten und einsetzen, die eine „Vereinheitlichung“ über (knappe) Kampfabstimmungen ablehnen und statt dessen immer wieder den Kompromiß innerhalb des Bündnisses suchen, die sich nicht ängstlich nach außen hin abschirmen (abgrenzen), sondern Gemeinsamkeiten (auch ins reformistische und linksliberale Lager) suchen und die ihre Glaubwürdigkeit (u.a. bei den Wählern) dann verspielen, wenn sie diesen Weg verlassen. Die innere Logik einer politischen Kaderorganisation (als die sich die „KPD“ natürlich selbst versteht und von deren Selbstverständnis sich auch ihre ehemaligen Mitglieder, die einen Großteil der derzeit linkssektiererischen Strömung innerhalb der AL ausmachen, auch noch nicht zu lösen vermochten), die ja auf der E i n h e i t der politischen Linie besteht und deswegen auch vom Mittel der (scharfen) politischen Abgrenzung zurecht Gebrauch machen muß auf ein alternatives Wahlbündnis überzustülpen,

würde sich verheerend auf dessen weitere Existenz auswirken, weil es den Grundgedanken des Wahlbündnisses einschließlich seiner inneren Dynamik zerstören würde.

Offenbar spielt bei der AL-Politik der „KPD“ eine Parteiladen-Logik, d.h. Angst vor dem Verlust des relativ starken Einflusses beim jetzigen Zustand, die Hauptrolle. Dieser Verdacht wird im weiteren krasse bestätigt. Bei ihren mittelfristigen Zielen mit der AL geht es der „KPD“ um eine erhebliche Einengung des politischen Spektrums. Damit die AL „dauerhaft und eine produktive Kraft“ werde, soll sie sich in absehbarer Zeit alle vaterländischen Ladenhüter aneignen: „Das betrifft einmal die Fragen der internationalen Situation, wie die Auseinandersetzung Vietnam/China, Kampuchea, die Rolle der SU in Afghanistan (!), in Eritrea usw. Dies sind auch Fragen, die direkt (!) Berlin betreffen, wenn es nämlich um die Lage Berlins im Kräftespiel der beiden Großmächte USA und Sowjetunion geht, um die Einschätzung der „Entspannungspolitik“ in Europa...“

Jedermann weiß, daß die „KPD“ hier Fragen anschnellt, in denen es unüberbrückbare Differenzen gibt. Jeder Versuch, diese Fragen als AL zu beantworten, impliziert die Spaltung und klärt lediglich, welche Gruppierung die Mehrheit stellt. Die Existenz einer pluralistischen AL ist also an die Ausklammerung dieser Fragen aus jeder Beschlußfassung gebunden. Genau genommen orientiert die RF auf die Schaffung einer „KPD“-nahen „Massenorganisation“, auf eine Spaltung, die entlang der Frage des „Antihegemonismus“ verläuft. Ob diese Marschroute tatsächlich realisiert wird, hängt natürlich auch von der Resonanz ab, die dieser Weg innerhalb der AL findet.

„Große Politik“ und Kommunalarbeit

„Große Politik“ und Kommunalarbeit

Ebenfalls umstritten in der AL ist die Gewichtung zwischen „großer Politik“ und „kleiner Politik“ (Probleme im kommunalen Rahmen).

Die RF verzerrt auch diese Auseinandersetzung, indem sie ihren Kontrahenten unterstellt, sie würden die „große Politik“ total ablehnen. Dies wäre tatsächlich eine einäugige, unpolitische Position. Die RF macht durchaus vernünftige Vorschläge für zentrale Propaganda und Aktionen (Stellungnahme zur Regierungserklärung, gegen das Verkehrskonzept des Senats, gegen Berufsverbote, gegen den Arbeitsplatzabbau).

Sie verschweigt allerdings, daß die praktische Politik der „KPD“ innerhalb der AL darauf gerichtet ist, diese „große Politik“ zum (fast) ausschließlichen Schwerpunkt zu machen und die konkrete Kommunalpolitik geringzuschätzen.

Deutlicher als in der RF geht dies aus einem „KPD“-Papier („Einige Vorschläge zur BVV-Arbeit“ — 19.4.79) hervor. Aus den tatsächlich sehr beschränkten politischen Rechten der BVV (Bezirks-Verordneten-Versammlung) wird gefolgert, daß „die Möglichkeiten, das Parlament als Tribüne unseres Kampfes für unsere Forderungen zu nutzen“, sehr gering sind. Darum soll sich die Tätigkeit der BVV-Abgeordneten darauf beschränken, „durch Anträge, Anfragen, Wortmeldungen ... die die grundsätzlichen Auffassungen der AL darstel-

len, die Politik der bürgerlichen Parteien nicht nur konkret im Einzelfall, sondern ihre politischen Konzepte insgesamt anzugreifen ...“ Die hier bereits angedeutete, weitgehende Beschränkung auf Propaganda wird im weiteren ausgebaut durch „Warnungen“ vor konkreter Kommunalarbeit: „M.E. besteht durch die Aufgabenstellung der BVV für uns die Gefahr, daß wir uns in den bezirklichen Aufgaben verzetteln, im Verwaltungswust untergehen und der überbezirkliche politische Zusammenhang der AL in der BVV-Arbeit nicht zum Tragen kommt. Diese Struktur müssen wir also bewußt durchbrechen, sonst können wir weder die gesamte Politik der bürgerlichen Parteien angreifen, noch unsere Forderungen zu den demokratischen Rechten, gegen die Arbeitslosigkeit und Rationalisierung ... überhaupt in die BVV-Arbeit einfließen lassen.“

Dieses Papier wurde verfaßt, als einige AL-Bezirksgruppen sich gerade erst an die bezirklichen Probleme herantasteten und die ersten BVV-Sitzungen mit BIs und Betroffenen vorbereiteten. Die beschworene Gefahr der Verzettlung bestand weder damals noch heute. Es mangelt bisher vielmehr immer noch an Kräften, die bereit sind, dieses Neuland linker Politik überhaupt zu betreten.

Bei aller politischen Beschränktheit fallen in der BVV Entscheidungen, die für die Bewohner dieses Stadtteils von immenser Bedeutung sind: Hier werden Grünanlagen vernichtet, Wohnraum zerstört, Mieten erhöht, Straßen verbreitert, Kinderspielfläche abgeschafft etc. pp.

Wenn es der AL gelingt, u.a. zum parlamentarischen Arm all derer zu werden, die diese Mißstände — diese kapitalistische Wirklichkeit in miniature — bekämpfen, ist ein wesentlicher Schritt getan, den allgemein immer wieder geäußerten Anspruch zu realisieren, daß „linke Ghetto“ zu durchbrechen. Diese notwendige Kleinarbeit ist also gleichberechtigtes Gegenstück wieder geäußerten Anspruch zu realisieren, daß „linke Ghetto“ zu durchbrechen. Diese notwendige Kleinarbeit ist also gleichberechtigtes Gegenstück der großen Politik. Große Propaganda ohne das Element der konkreten Kommunalarbeit verkommt zur Phrase und wird mit Sicherheit von den Wählern und (potenziellen) Freunden der AL nicht honoriert.

Ein trauriges Beispiel, wie „linke“ Arroganz elementare Wünsche „einfacher Bürger“ zu ignorieren, in stande ist, spielte sich kürzlich im Bezirk Tiergarten ab:

Ein Bürger formulierte zusammen mit AL-Mitgliedern einen Antrag, ein vor seinem Haus gelegenes Grundstück in eine Grünanlage zu verwandeln. Dieses Grundstück liegt zudem noch in einem Bereich, in dem das Bezirksamt eine vorhandene Straße in eine mehrspurige Schnellstraße umwandeln will. Ein Votum für eine Grünanlage an dieser Stelle wäre also zugleich eine Absage an die bevölkerungsfeindliche Schnellstraßen-Planung. Mit Unterstützung der „KPD“ und ihr nahestehender Kräfte fand sich in der AL-Bezirksgruppe eine Mehrheit, diesen Bürgerantrag nicht für die Bezirksverordnetenversammlung zuzulassen.

Da man sich ja schlecht offen gegen die Errichtung einer Grünanlage und für den Bau einer weiteren Schnellstraße aussprechen konnte, wurde polemisiert, daß die AL mit 20 solcher Anträge lahmzulegen sei usw.

Fortsetzung S. 10

Die Grünen sind der „KPD“ zu links

Eine bemerkenswerte Erklärung hat die „KPD“ zu den Europa-Wahlen am 10. Juni abgegeben („Rote Fahne“, 31.5.79). Die EG, so heißt es dort, sei „ein nützliches Instrument“ für den Kampf gegen die „Supermächte“, „besonders“ selbstverständlich gegen den „Sozialimperialismus“. Die „KPD“ fordere die „Erweiterung der EG“ und eine gemeinsame Außen- und „Verteidigungs“politik. Die „KPD“ lehne die Parole „Nein zum Europa der Monopole“ ab, weil die aktuelle Aufgabe darin bestehe, „alle positiven Faktoren gegen den Hauptfeind... den sowjetischen Sozialimperialismus, zu nutzen“, also auch den imperialistischen „Zusammenschluß“ Westeuropas.

Daher könne die „KPD“ die zu den Europa-Wahlen antretenden Grünen nicht unterstützen. Zwar gebe es „Gemeinsamkeit im Kampf für Umweltschutz und demokratische Rech-

te“. Andererseits seien die Meinungsverschiedenheiten „in der zentralen Frage des notwendigen europäischen Zusammenschlusses gegen die Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Hegemonismus“, allzu „tiefgreifend“. Mit anderen Worten: Die Grünen propagieren nicht deutlich genug die EG und die „gemeinsame Verteidigung“! Das müssen sich Leute wie Gruhl (ex-CDU) ausgerechnet von einer „K-Gruppe“ vorhalten lassen. Ja, es sind schon wirre Zeiten...

Nach dieser barschen Absage der „KPD“ (Die Stellungnahme ist unterschrieben vom höchsten Gremium der „KPD“, ihrem „Ständigen Ausschuß“) an die Grünen stellt sich allerdings die Frage, wie bei solch strengen Maßstäben die „KPD“ zukünftig noch irgendeine alternative/bunte Liste unterstützen will. Bisher ist sie doch mit ihrem „antihegemonistischen“ Müll überall abgeblitzt.

Fortsetzung von S. 9

Wie soll ein solches „links“-sektiererisches Verhalten der Bezirksgruppen-Mehrheit interpretiert werden? Steht die AL tatsächlich vor einer Situation, in der sie von einer wahren Flut von (zugegebenermaßen fortschrittlichen!) Anträgen aus der Bevölkerung nur so bombardiert wird? Das Gegenteil dürfte wohl der Fall sein. Hier wurde ein Antragsteller, der die AL in ihrer alternativen Selbstdarstellung beim Wort nahm, ihr ein gewisses Maß an Vertrauen entgegenbrachte, arrogant abgekanzelt, so als wenn er sich an die CDU gewandt hätte (und selbst die dürfte soviel Verachtung für ein berechtigtes Bürgeranliegen jedenfalls nicht offen demonstrieren). Hier wurde nach außen demonstriert, daß „wir Parlamentarier“ uns nicht von den blöden und kleinteiligen Wünschen dieser Leute „lahmlegen“ lassen, wo wir doch die „Interessen der Mehrheit der Bevölkerung“ im Auge haben. Das war ja wohl noch schöner, wenn wir uns für jeden Meier und Müller einsetzen würden. Die stehen dann wahrscheinlich zu Hunderten bei uns auf der Matte. Schrecklich! Das würde womöglich noch den ganzen parlamentarischen Betrieb „lahmlegen“. Eine solche Entwicklung muß im Keim erstickt werden. Schließlich sind nicht wir für die Bürger da, sondern umgekehrt ..., „das Wahlergebnis reicht uns“!

Das „links“-sektiererische Verhalten der Bezirksgruppen-Mehrheit demonstriert ein völlig falsches Politikverständnis. Alternative Politik ist nicht nur alternativ in Bezug auf ihre Inhalte (Forderungen, Programme), sondern ebenso in Bezug auf ihre Methoden. Sie stellt nicht nur einer reaktionären Forderung der Bourgeoisie eine fortschrittliche Forderung gegenüber, sondern bemüht sich ebenso um praktische Aktivierung von bürgerlicher Politik Betroffenen.

Die „links“-sektiererische Bezirksgruppen-Mehrheit ist drauf und dran, mit derart stinkbürgerlichem und arrogantem Verhalten die alternative Politik der AL ihres emanzipatorischen Gehaltes zu berauben. Sollte dies Beispiel Schule machen, ist die AL weg vom Fenster.

Keine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien?

Die wohl schärfste Kontroverse betrifft die Frage, ob und unter welchen Umständen die AL im Parlament mit einzelnen Abgeordneten bzw. ganzen Parlamentsfraktionen der bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten sollte.

Die „KPD“ hat sich auf die Seite der „prinzipiellen“ Gegner jeder Zusammenarbeit geschlagen, da z.B. gemeinsame Anträge mit der FDP die AL zum „Feigenblatt reaktionärer Politik“ machen würde. Die RF schlägt vor, die Politik der AL zu den bürgerlichen Parteien auf „Entlarvung“ zu reduzieren. „Deshalb muß es weiter Ziel der AL sein, die Unversöhnlichkeit der Bevölkerungsinteressen mit den Zielen der bürgerlichen Parteien überall nachzuweisen, um die Widerstandsbewegung dagegen zu stärken.“ Es soll uns keineswegs darum gehen diese Aufgabe zu bestreiten — allein eine Beschränkung hierauf wäre eine „linke Kinderei“!

Der Streit ist — zumindest unter Kommunisten — uralte: 1920 waren es die deutschen Super-„Linken“, die meinten: „Mit aller Entschiedenheit muß jeder Kompromiß mit anderen Parteien ..., jede Politik des Lavierens und Paktierens abgelehnt werden...“ Lenin antwortete ihnen damals: „Ein

Wunder, daß diese Linken bei solchen Ansichten den Bolschewismus nicht entschieden verurteilen! Es ist doch unmöglich, daß die deutschen Linken nicht wissen, daß die ganze Geschichte des Bolschewismus, vor und nach der Oktoberrevolution, voller Fälle des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch mit bürgerlichen Parteien ist!“ (Lenin, „Linker Radikalismus ...“).

Der „KPD“ ist natürlich Lenins Position geläufig und in der Praxis ist diese Partei alles andere als kompromißfeindlich gegenüber bürgerlichen Kräften ... Im Gegenteil: Sie propagiert als ihr aktuelles Hauptziel den „antihegemonistischen Zusammenschluß“ (gegen den „Sozialimperialismus“) mit allen dafür in Frage kommenden Kräften, einschließlich „Teilen“ der Monopolbourgeoisie. Die „KPD“ ist nicht zimperlich, mit rechtsbürgerlichen Kräften zusammenzuarbeiten in Sachen Vietnam-Flüchtlinge, „Ostblock-Dissidenten“, „europäische Verteidigung“, Lissabonner Konferenz usw.

Wenn sich die „KPD“ innerhalb der AL zur Speerspitze gegen jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien profiliert, dann geschieht dies keineswegs aus „prinzipiellen“ Überlegungen, sondern dient der Abfederung bei der starken „radikal anti-parlamentarischen“ Strömung innerhalb der AL. Besonders mit Blick auf diese „linksradikalen“ Genossen wollen wir erläutern, wann und warum aus unserer Sicht unbedingt „paktiert“ werden muß.

Wir gehen davon aus, daß der größte Druck von einem Antrag der AL ausgeht, wenn eine Forderung direkt im Auftrag Betroffener gestellt wird, und diese Betroffenen in ihrer parteipolitischen Orientierung pluralistisch zusammengesetzt sind. Ein solcher Antrag dürfte den etablierten Parteien wesentlich mehr Bauchschmerzen bereiten, als die Thematisierung eines Problems, dessen Bedeutung außerhalb der Linken noch kaum erfaßt ist.

Wenn betroffene Bürger ihre berechtigten Anliegen über die AL ins Rathaus tragen (ein Vertrauensbeweis, der erst einmal errungen werden muß), so geschieht dies natürlich nicht in dem Bewußtsein, daß z.B. die SPD eine gänzlich „unwählbare“ Partei der Bourgeoisie ist, und kurzfristig sind derart grundsätzliche Erkenntnisse auch nicht vermittelbar. Diese Menschen bestimmen aktuell ihr Verhältnis zur AL aus deren konkretem Engagement für ihre Anliegen. Sie erwarten daher von der AL auch keinerlei „grundsätzliche Entlarvung“. Vielmehr entspricht es ihrer Auffassung vom parlamentarischen System, daß die AL „Überzeugungsarbeit leistet“, sich um parlamentarische Mehrheiten bemüht etc. Diese Menschen erwarten auch, daß die AL ggf. Kom-

promisse eingeht, um wenigstens geringfügige Verbesserungen zu erreichen bzw. Schlimmeres zu verhüten.

Hier prinzipienfest zu erklären, daß die AL weder „paktiert“ noch Kompromisse schließt, würde nicht nur Kopfschütteln sondern die Abwendung der Betroffenen von der AL zur Folge haben.

Außerst kurzfristig wäre auch, an Einzelfragen, in denen AL und z.B. die FDP-Fraktion übereinstimmen, dazu stellen zu versuchen, daß die AL die „bessere Partei“ ist. Eine solche Erkenntnis erwächst aus einer Summe von Erfahrungen, und die AL ist ja in der glücklichen Lage, in keiner Frage auf Kapitalinteressen Rücksicht nehmen zu müssen. Alle Versuche, diesen längeren Weg der Bewußtwerdung über eigene Erfahrungen durch Beschränkung auf „Entlarvung“ abkürzen zu wollen, führen zwangsläufig in die Isolierung und erleichtern den bürgerlichen Parteien (und speziell ihren „linken Flügeln“) das Integrationsgeschäft.

Nebenbei bemerkt, erzielt eine Kommunalpolitik entlang den Interessen der Bevölkerung, die sich ständig nach Bündnispartnern auch in den bürgerlichen Parteien umsieht, noch einen zusätzlichen Effekt: Sie ermöglicht langfristig den Spaltplatz in die bürgerlichen Parteien zu tragen.

Grundsätzlich hat die „KPD“ ja recht, wenn sie auf die objektive Funktion der „linken Flügel“ in den bürgerlichen Parteien (nämlich Integration oppositioneller Strömungen) hinweist, und sie als Instrument im Spiel mit verteilten Rollen zur letztendlichen Durchsetzung reaktionärer Politik beschreibt.

Selbstverständlich gibt es auch genügend Typen, die diese Rolle sehr bewußt spielen. Ihr Handlungsspielraum wird allerdings durch eine bündnisfreudige AL erheblich eingeschränkt. Ein erheblicher Teil linker Flügelleute der bürgerlichen Parteien arbeitet allerdings unter subjektiv anderen Vorzeichen, gehört vielleicht ideologisch der Sozialdemokratie an, findet sich aber bei konkreten Anlässen häufig auf Seiten der Bevölkerung. Die SPD-Führung wird hoffen, daß die AL diesen Leuten nicht die Hand entgegenstreckt und sich freuen, wenn wir sie „unversöhnlich bekämpfen“.

Dieser Artikel versteht sich als Beginn einer Serie zur politisch-ideologischen Auseinandersetzung um eine alternative Parlaments- und Kommunalpolitik innerhalb der AL Westberlin. Wir werden diese Auseinandersetzung — speziell mit dem super-„linken“ Sektierertum und den Spalterabsichten der „KPD“ in den nächsten Ausgaben des AK fortsetzen.

AL-Fraktion Westberliner
KB-Genoss/innen und Kommission
für alternative Wahlpolitik

Der Widerstand gegen die geplante Autobahn Westtangente formiert sich

Der geplante Autobahnbau Westtangente, die nach den Plänen des Senats durch fünf Westberliner Bezirke führen soll und dabei Wohnraum und Grünflächen zerstört — abgesehen von der zusätzlichen Luftverschmutzung durch Autoabgase — ruft immer stärkeren Protest der Bürger hervor. Am 3. Juni fand im Bezirk Tiergarten eine Stern- und Fahrrad-Demonstration statt, an der rund 3.000 Menschen teilnahmen. Die BI Westtangente klärte dabei die Bevölkerung über die verheerenden Folgen dieser Autobahn auf. Auch in anderen Be-

zirken finden vielfältige außerparlamentarische Aktivitäten gegen den Autobahnbau statt. Die Tiergartener AL-Bezirksgruppe beabsichtigt, diese außerparlamentarischen Aktivitäten durch eine Unterschriftensammlung und geeignete Aktionen zu unterstützen. Außerdem gibt es derzeit gemeinsame Absprachen und Diskussionen zwischen AL-Mitgliedern aus Tiergarten und der BI Westtangente, inwieweit die AL-Parlamentsfraktion zur Verhinderung des Autobahnbaus mit eingesetzt werden kann.

Dies zu einem Plan, den vor allem die CDU trägt, die natürlich im Isnryer Gemeinderat bei weiten die Mehrheit hat!

Die Stimmung der Kämpfer für den Bürgerentscheid war nach diesem Ergebnis entsprechend: sie tanzten durch den Rathaussaal, dann in die Fußgängerzone. Zum Abschluß findet noch ein Fackelmarsch durch Isnry statt. Schließlich hatte man noch die Idee, zum Fürsten von Quandt zu gehen, und ihm ein Ständchen zu bringen. Der Herr hätte immerhin über 1 Mio. DM an Grundstücksverkäufen verdient, wenn das Ferienfreizeitzentrum gebaut worden wäre. Er sitzt natürlich selbst im Gemeinderat.

Klar wird an dieser Auseinandersetzung bis den aktiven Kreis, daß eigentlich bis zum Oktober (Kommunalwahlen in Baden-Württemberg) so etwas wie eine „Bunte Liste“ entstehen muß.

Eine Genossin der ZRK
(nach einem Bericht im „Motzer“/
ein oberschwäbisches Blättle)

Der 20. Mai: Bürgerentscheid

Es zeigt sich sehr schnell, daß es eine hohe Wahlbeteiligung gibt. Sie beträgt schließlich 68 %, soviel wie bei den Kommunalwahlen, Europawahlen sicher total abgehängt! Hier die genauen Zahlen:
Wahlbeteiligung: 68,36 %
Nein-Stimmen: 3.540 = 66,64 %
Ja-Stimmen: 1.741 = 32,79 %

Bad Schussenried: „Unabhängige Liste“ erreicht Bürgerversammlung

Die „Unabhängige Liste“ in Bad Schussenried, die im Oktober für den Gemeinderat kandidiert, erreichte ihren ersten großen Erfolg. Über 10 % der Wahlberechtigten (knapp 500) unterschrieben ihre Initiative für eine Bürgerversammlung, die sich vor allem mit der Stadtsanierung und der Bürgerbeteiligung an städtischen Entscheidungen befassen soll.

Die Unterschriftensammlung soll bis Ende Juni weitergeführt werden, damit die Versammlung dann im September — nach der Sommerpause — stattfinden kann. Das war natürlich ein schlechtes Omen für die etablierten Parteien: ein ähnlicher Wahlerfolg könnte der Liste bis zu 3 (von 22) Ratssitzen einbringen.

Der SPD-Ortsverein äußerte bereits in einem Leserbrief an die „Stuttgarter Zeitung“ die Befürchtung, die „Unabhängigen“ könnten ihr einen (von zwei) Sitzen streitig machen, obwohl die SPD den Unabhängigen selbst keine Chance gab: „Motzen“ sei „noch lange keine Kommunalpolitik“. Aber auch härtere Touren werden gefahren: So wurde eine Ankündigung für die Liste im offiziellen Stadtanzeiger

zensiert, obwohl die CDU dort munter Kandidaten-Werbung betreibt.

Die „Unabhängige Liste“ ist daher auf eigene Öffentlichkeitsarbeit angewiesen: bisher sind drei Nummern ihres „Schussen-Blättles“ erschienen.

Dort findet man Berichte über die letzte Ratssitzung, wo über die Neuausschreibung des Druckauftrags des offiziellen Stadtblattes verhandelt wurde.

Der Bürgermeister hatte (fälschlicherweise) befürchtet, die bisherige Druckerei habe auch die Jugendzeitung „Motzer“ gedruckt und hatte seine Polizei danach fahnden lassen. Zu lesen ist dort auch, daß in Bad Schussenried keine Jugendveranstaltungen mehr in der Stadthalle stattfinden dürfen, nachdem man vorher — im Mai 78 — die Jugendlichen aus dem Jugendzentrum geworfen hatte. Wen wundert es, wenn die „Unabhängige Liste“ vor allem die Unterstützung Jugendlicher hat.

Wer sich genauer informieren will:

„Unabhängige Liste“
W.-Schussenstr. 66
7953 Bad Schussenried

„Bunte Liste — Alternative für Dortmund“ gegründet

„Wir werden uns an den im September stattfindenden Kommunalwahlen beteiligen, weil wir all denjenigen, die ihre Interessen von den Dortmunder Rathausparteien nicht mehr vertreten sehen, die Möglichkeit geben wollen, die Forderung nach einer grundsätzlichen Alternative auch durch ihre Wählerstimme zu unterstützen.“ So beginnt die Gründungserklärung, die von 50 Dortmunder/innen am 28.5. verabschiedet wurde. Anwesend waren Mitglieder mehrerer Bürgerinitiativen (Mieter, Anti-AKW, TAZ-Gruppe, Fasta Sozialarbeit, Zusammenschluß alternativer Kulturschaffender, Schwule Aktion, Osteuropakomitee), von Organisationen (AUD, Jusos, KB, KPD, Falken, HV, DKP — letztere als stiller Protokollant) und zahlreiche „Einzelpersonen“. Das Bündnis umfaßt also bereits jetzt ein relativ breites politisches Spektrum. Dies ist umso erfreulicher, als die in Dortmund im letzten September eingeschlagene Diskussion um alternative Wahlbeteiligung erst Mitte Mai „wiedererweckt“ worden war!

Die Bunte Liste will jetzt an die Punkte anknüpfen, wo die SPD-Kommunalpolitik in den letzten Jahren am krasssten gegen die Interessen der Bevölkerung verstoßen und die breitesten Proteste hervorgerufen hat. Die Stadtzerstörung (Sanierung, Verkehrsplanung); die Umweltzerstörung (Großenergiezentrum Riese, Baubau); die Auswirkungen der Stahlkrise und die Rolle von Hoesch; Fälle politischer Unterdrückung; Handhabung des § 218; verstärkte Aktivitäten von Neonazis in Dortmund und Umgebung (Harting-Hof); diese Konflikte sollen wichtige Punkte im Programm der Bunten Liste sein. Zu dessen Erarbeitung wurden 8 AGs

gebildet (weitere können hinzukommen), die ihre Ergebnisse Ende Juli öffentlich vorstellen wollen.

Darüberhinaus sagt die Gründungs-erklärung: „Wir werden unverzüglich beginnen, zu kommunalpolitischen Themen Stellung zu nehmen.“

Ein erster Schritt ist die Presseerklärung zu einem Fall von Prügelstrafe an einer Dortmunder Grundschule (siehe Artikel in AK 152). Durch die drohende Strafversetzung des Lehrers, der die Prügelpraxis fast des gesamten Kollegiums aufgedeckt hat, sowie durch 5-wöchigen Schulstreik betroffener Kinder (und deren Eltern) hat dieser Fall große öffentliche Empörung ausgelöst. Der Prozeß gegen die Prügellehrer findet am 13.6. statt.

Anzuspinnen ist auch an den Ereignissen um den 3. Mai, als in der Dortmunder Innenstadt 1.200 Rekruten verurteilt wurden. Dortmunds SPD-Oberbürgermeister hatte die Bundeswehr eingeladen, beschimpfte Protestierende als Krakeler und stürzte so der Polizei den Rücken für einen brutalen Einsatz (siehe AK 152). Das „Gelöbnis“ selbst sowie der Polizeieinsatz riefen die seit Jahren breitesten Proteste hervor.

So war der 3.5. z.B. für zwei Falken, die jetzt in der Bunten Liste mitarbeiten, letzter Anstoß zum Austritt aus der SPD (siehe Artikel in diesem AK). Dennoch: kurz vor der Wahl am 30.9. soll — wenn es nach dem Willen der SPD-Führung geht — die Bundeswehr erneut öffentlich in Dortmund auftreten!

Die Bunte Liste hat also einiges vor sich.

Wir fangen an!

Ein Dortmunder Genosse

Bielefeld: Kandidatur der Bunten Liste endgültig beschlossen

Nach viermonatigem Probelauf der „Initiative Bunte Liste“ steht nunmehr endgültig fest: die Bunte Liste wird sich an den Kommunalwahlen Ende September beteiligen. Dieser Beschluß wurde auf der Gründungsversammlung der Bunten Liste am 1. Juni gefaßt. Gleichzeitig wurde ein sechsköpfiger Vorstand gewählt, dem drei Männer und drei Frauen angehören, u.a. der bekannte Bielefelder Familienrichter Helmut Ostermeyer, Dr. Eberhard Mechels vom Arbeitskreis Kirche und Gesellschaft und Mona Boenigk vom Bundesvorstand der „Grünen“. Die Bunte Liste hat im Moment ca. 100 Mitglieder, die auf einer Mitgliederversammlung vom 15. - 17. Juni das Wahlprogramm beraten und verabschieden und mit der Kandidatenaufstellung beginnen werden. Spätestens Ende Juni soll dann mit der Unterschriftensammlung für die Wahlvorschläge der Bunten Liste begonnen werden. Das erst im April 1979 erneut geänderte Kommunalwahlgesetz in NRW beinhaltet eine starke Benachteiligung

von kleinen Wählergruppen, da es keine Listenwahl sondern eine Personenwahl vorsieht. Die Bunte Liste muß also in Bielefeld in allen 34 Wahlbezirken Direktkandidaten nominieren, damit ihr keine Stimme verlorengeht. Die Bunte Liste wird diese Hürden allerdings nehmen und alle formalen Voraussetzungen für die Wahlbeteiligung erfüllen können.

Mit der eindeutigen Absicht zu spalten und der Bunten Liste einige Stimmen wegzunehmen, hat die GAZ vor einigen Wochen angekündigt, ebenfalls kandidieren zu wollen. Dieses Vorhaben wird jedoch aller Voraussicht nach mit einer peinlichen Bruchlandung für die GAZ enden.

Kontaktadressen der Bunten Liste:
Detlef Freienstein, Rohrteichstr. 32,
48 Bielefeld 1, Tel.: 0521/179125
Helmut Ostermeyer, Am Gottesberg 27, 48 Bielefeld 1,
Tel.: 0521/100707

Wahlausschuß / KB-Gruppe Bielefeld

Isnry: Bürgerentscheid klar gewonnen

Wie es zum Bürgerentscheid kam

Ab 1974: Die Stadt plant ein Freizeitzentrum, dessen Ausmaße immer größer werden.

Winter 1977/78: Der AK Umwelt-schutz beschließt, Unterschriften zu sammeln, um einen Bürgerentscheid zu erzwingen. Das Zentrum war als Touristenattraktion gedacht mit allen Schikanen, viel zu teuer, als daß es sich ein „normaler“ Bürger hätte leisten können. Es sollte außerdem direkt in das bei Isnry liegende Feuchtgebiet, das Rotmoos, gebaut werden. Isnry wäre dadurch um eine schöne Spaziergängerlandschaft ärmer geworden, die Unternehmer dagegen (besonders Quandt) um einen Konsum-Massentourismus reicher.

Frühsummer 1978: Es wurden etwa 1.600 Unterschriften gesammelt (1.200 = 15 % der Wahlberechtigten sind notwendig).

Sommer 1978: Der Gemeinderat genehmigt den Bürgerentscheid.
März/April 1979: Fieberhafte Vorbereitungen auf den „Wahlkampf“:

KB-Prozesse

Solidarität

mit Jürgen Reents und Kai Ehlers

Russell-5-Prozeß geht zu Ende

Am Erscheinungstag dieser Ausgabe des ARBEITERKAMPF (11. Juni) wird das Urteil im Prozeß gegen Jürgen Reents wegen Herausgabe des „Russell-Buch 5“ verkündet.

Damit geht ein Zensurprozeß zu Ende, der sich über 17 Verhandlungstage (mit einer reinen Verhandlungsdauer von 33,5 Stunden), verteilt auf einen Zeitraum von fünf Monaten, hingezogen hat. Diese Zeit hat das Gericht gebraucht, um faktisch alle von der Verteidigung so umfangreich angebotenen Beweisanträge unter den Tisch zu kehren. Mit einer Ausnahme: der einzig zugelassene, von der Verteidigung gestellte Beweisantrag auf Vernehmung des MEK-Beamten Fasig, der im April 1974 den Bankräuber Gonzales aus nächster Nähe gezielt erschoss, wurde nicht von diesem Strafgericht, sondern durch ein Dekret der Polizeibehörde auf Aussageverweigerung und der Bestätigung desselben durch das Verwaltungsgericht beiseite geschoben. Nichtsdestoweniger ist die Anklage zumindest in Sachen 90 a („Staatsverunglimpfung“) und bezüglich der „Beleidigungs-Delikte“ im Zusammenhang mit der Erschießung von Thomas Weisbecker und Georg v. Rauch durch das Beharren auf Tatsachenaufklärung und durch die breite Solidarität zu Fall gebracht worden.

Die Linie der Ablehnung der Beweisanträge der Verteidigung wurde auch in Sachen Strauß fortgesetzt: Daß Strauß, wie zuvor in der Erklärung des Angeklagten dargelegt, unter dem Nazi-Regime in seiner Eigenschaft als „weltanschaulicher Referent“ des Nazi-Kraftfahrerkorps und als „Offizier für wehrgeistige Führung“ ein Ideologe des Nazi-Regimes gewesen ist, kann als wahr unterstellt werden. Daß er auch heute faschistisches Gedankengut vertritt, sei wiederum eine „Wertung, die keinem Beweis zugänglich“ sei (die entsprechenden Beweisanträge der Verteidigung dazu haben wir in AK 154 erwähnt). Damit wurde die „Beweisaufnahme“ im gesamten Prozeß abgeschlossen.

Dieser letzte Prozeßtag (der 17.) vor Urteilsverkündung zeichnete sich aber durch einen anderen Umstand besonders aus: Staatsanwalt Reumann war nicht anwesend, sondern durch den Staatsanwalt Dr. Gerhardt vertreten. Laut Auskunft von letzterem befindet sich Reumann „in Urlaub“ – wovon dieser allerdings am vorausgegangenen Prozeßtag, als der nächste Termin wie üblich vom Gericht sowohl mit der Verteidigung als auch mit dem Staatsanwalt abgesprochen wurde, kein Wort verlauten ließ. Man mag also mal wieder „mutmaßen, was man will“, worin der „Urlaub“ des Herrn Reumann begründet ist... Immerhin war abzusehen, daß an diesem Tag die „Beweisaufnahme“ beendet sein würde und als nächstfolgendes das Plädoyer der Staatsanwaltschaft ansteht.

Dieses nun von Staatsanwalt Dr. Gerhardt gehaltene Plädoyer verdient es in der Tat, eine Provokation genannt zu werden. Es bestand ausschließlich darin, daß Dr. Gerhardt nochmals die Anklageschrift verlas, lediglich von ein paar (schriftlich vorformulierten) Füllsätzen umrankt. Selbst die verfälschten Zitate in der Anklageschrift wurden – obwohl bereits in der prozeßöffnenden Einlassung von Jürgen Reents auch darauf eingegangen wurde – genauso verfälscht wieder verlesen. Mit sage und schreibe keinem einzigen Wort wurde von Staatsanwalt Dr. Gerhardt auf den Ablauf des 17-tägigen Prozesses eingegangen. Die empörte Frage von Rechtsanwalt Uwe Maeffert, ob Dr. Gerhardt außer der Anklageschrift wenigstens überhaupt das Buch selbst gelesen hat, weigerte sich dieser, zu beantworten. Wie gesagt, man mag wohl „mutmaßen, was man will“, worin der plötzliche „Urlaub“ von Staatsanwalt Reumann begründet liegt...

Was im „Plädoyer“ von Dr. Gerhardt nicht direkt aus der Anklageschrift neu verlesen oder abgeköpft wurde, betrifft lediglich das geforderte Strafmaß: Der Angeklagte sei „geständig“, weil er die Verurteilung durch das Gericht als geforderte Strafmaß: Der Angeklagte sei „geständig“, weil er die Verantwortung für das Buch übernommen habe. Strafmildernd sei, daß er bislang noch keine Vorstrafen habe; strafverschärfend, daß er sich „hartnäckig“ und „uneinsichtig“ gezeigt habe. Deswegen beantrage die Staatsanwaltschaft: 90 Tagesstrafe zu 20 DM, also 1.800 DM Geldstrafe.

Um diese Strafforderung richtig zu „würdigen“, muß man tatsächlich zum einen die Prozeßdauer gegenüberhalten und zum anderen, daß Staatsanwalt Reumann am 3. Prozeßtag (26. Januar) bekanntlich angekündigt hatte, daß eine Mindeststrafe von sechs Monaten Knast „zu erwarten“ sei. Es ist nicht davon auszugehen, daß sich am Verurteilungswillen der Staatsanwaltschaft bzw. dem Verurteilungsauftrag des Staatsschutzes diesbezüglich irgendwas geändert hat. Sondern: die Strafforderung der Staatsanwaltschaft ist augenscheinlich allein davon berechnet, daß sie in diesem Prozeß keine ihren Vorstellungen entsprechende Verurteilung mehr erwarten kann, sich auch keinen zusätzlichen Protest mehr einhandeln will, aber gleichzeitig den Weg für eine Berufungsverhandlung (auch bezüglich § 90 a) offen behalten möchte. Nicht zu übersehen ist im übrigen auch die Bedeutung einer auch nur „geringen“ Vorstrafe für mögliche weitere Anklagen, die der Staatsschutz sich einfallen lassen kann.

Rechtsanwalt Uwe Maeffert zeigte in seinem Plädoyer noch einmal ausführlich die Stationen der Niederlage der Anklage in diesem Prozeß auf und griff die Arroganz der Staatsanwaltschaft in ihrem „Plädoyer“ an. „Was hat eine Hauptverhandlung überhaupt noch für einen Sinn, wenn die Staatsanwaltschaft am Schluß lediglich das gleiche verliest, was sie bereits vor Prozeßbeginn angefertigt hat?“, fragte er. Rechtsanwalt Maeffert forderte einen Freispruch.

Ein tolles Fest

organisierte die „Antifaschistische AG für Betrieb und Gewerkschaft“ am 23. Mai in der Hamburger ESG zur Feier der Einstellung des „Stammheim“-Prozesses und der vorangehenden Niederlage der 90a-Anklage im „Russell-5“-Prozeß. Neben Berichten von Kai und Jürgen über diese beiden Prozesse sprach Rechtsanwalt Uwe Maeffert u.a. auch über die Einstellung des Hamburger Antifa-Prozesses und über den laufenden Brokdorf-Prozeß gegen Jens Scheer und Uli Lenze. Des weiteren wurde über 90a-Anklagen wegen der versuchten Demonstration zum Todestag der Stammheimer Gefangenen, über die lebensbedrohende Haftsituation von Irmgard Möller sowie über politische Verfolgung in Betrieb und Gewerkschaft informiert.

Begeisterung rief dann vor allem das anschließende Solidaritätskonzert der neu gebildeten Rockgruppe „Druckknöpfe“ hervor.

Socialist Workers Party,

Die britische Socialist Workers Party (SWP) schickte uns eine Solidaritätsadresse, in der sie sich „tief beunruhigt über die Beschneidung von Menschenrechten und Pressefreiheit in Westdeutschland“ ausspricht. Die SWP weist darauf hin, daß ihre Zeitung „Socialist Worker“ mit zu den wenigen Stimmen gehört habe, die in Großbritannien gleichfalls die „Selbstmord“-Version angezweifelt haben. Weiter schreiben die Genossen: „Wir sind auch alarmiert über die Art und Weise – vor allem im Fall Astrid Proll – in der der britische Staat zum Komplizen geworden ist. Seit Astrid verhaftet wurde, haben wir viel dazu getan, um der Kampagne für ihre Freilassung Öffentlichkeit und Unterstützung zu geben.“ Abschließend betont SWP noch, daß sie sich „nicht mit der Charakterisierung von Tellen des westdeutschen Staates und der CDU entweder als ‚faschistisch‘ oder sich ‚faschistisch einwirkend‘ durch den KB einverstanden erklären“.

den KB einverstanden erklären“.

Veranstaltung in Helmond/Niederlande

Auf einer Veranstaltung der Russell-Unterstützungsgruppe Helmond (Niederlande) berichtete ein KB-Genosse über den Prozeß gegen den ARBEITERKAMPF. Die niederländischen Genossen hatten zu weiterer Information extra einen Tisch aufgestellt, auf dem das angeklagte „Russell-5-Buch“ und die AK-Artikel über die „Wunder von Stammheim“ ausgelegt und Solidaritätsunterschriften gesammelt wurden.

Die Veranstaltung stand unter dem Thema „Modell Deutschland? – Nee bedankt!“ (Nein Danke!). Berichtete wurde schwerpunktmäßig, wie in den Niederlanden zunehmend bundesdeutsche Repression „kopiert“ wird: anhand eines Berufsverbots Falles gegen den Lehrer B. Haartstra und durch den Rechtsanwalt Arnold Willems (ehemaliger Verteidiger von Folkerts, Schneider und Wackernagel; jetzt einer der Anwälte der asylsuchenden AKW-Gegner Eso und Karl). Desweiteren wurde noch einmal über die Ergebnisse des Russell-Tribunals informiert. Erfreulich an diesem Abend war auch zu hören, daß die Russell-Unterstützungsgruppen in Helmond und Sittard kräftig die Trommel für „Rock gegen rechts“ in Frankfurt rühren.



Nach Schleyer:
»Sonderpolizei« in der BRD -
Dokumentation zum Wiederaufbau
einer GeStaPo in Westdeutschland

Paperback, 240 Seiten, DM 14,-

Betriebsrat von Wella Italiana

Die Gewerkschaftsvertretung (consiglio di fabbrica) der „Wella Italiana SAS“ in Castiglione delle Stiviere (Lombardia, südlich des Garda-See) schickte am 19. Mai eine Erklärung an das Gericht, in der der Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“ als ein „schwerwiegender Angriff auf die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und gegen die Grundrechte“ verurteilt wird. In der Erklärung wird der „sofortige Freispruch des Angeklagten Jürgen Reents“ gefordert.

Brief eines Frankfurter Genossen

Mit einer beigelegten Solidaritätsspende schrieb uns der Genosse Horst B. aus Frankfurt zur Einstellung des Prozesses gegen Kai Ehlers u.a.: „Die vorgeschobene Begründung (für die Einstellung; Anm. AK) ist ja wirklich lächerlich und hat echt nur noch den Zweck, eine Blamage im Prozeß zu vermeiden. Die staatliche ‚Selbstmord‘-Version hat ja dadurch eigentlich einen größeren Schlag bekommen, als es die offenste und gründlichste Berichterstattung über die Stammheimer ‚Wunder‘ hätte schaffen können. Dieser Schlag wurde aber erst durch eure mutige Berichterstattung möglich! Nun, ich freue mich riesig, daß ihr damit den staatlichen Lügen einen doppelten Schlag versetzt habt, der hoffentlich noch lange nachwirkt.“

Der Genosse weist dann darauf hin, daß mit der angestrebten Verurteilung der Rechtsanwälte Armin Newerla und Arndt Müller weiterhin eine nachträgliche Legitimierung der „Rebmann-Show“ beabsichtigt ist, obwohl die „Kronzeugen“ der Anklage „von Tag zu Tag unglaubwürdiger“ werden. Er schließt seinen Brief mit der Hoffnung, daß „im Russell-5-Prozeß auch so ein schöner Erfolg gelingt, daß die Anklage völlig zusammenbricht und ihre Niederlage eingestehen muß“.

„radikal“, Westberlin

Mit einer kurzen Zusammenfassung der Erklärungen von Kai Ehlers und Rechtsanwalt Heldmann berichtete die Westberliner Zeitschrift „radikal“ in ihrer Ausgabe vom 11.5.79 über die Einstellung des Prozesses gegen den ARBEITERKAMPF. An die Einstellungsbegründung, daß die Zweifel an den Stammheim-Verfahren eine „unwesentliche Nebenstrafat“ gegenüber der Namensschreibweise des CSU-Chefs Strauss mit „SS“ sei (weswegen bereits ein noch nicht rechtskräftiges Urteil gegen Kai ergangen ist), schließt „radikal“ die Frage: „Hätte (die Staatsanwaltschaft) besser zum Ausdruck bringen können, daß das Stammheim-Verfahren ihr mittlerweile unangenehm geworden war?“ Und weiter: „Die Scheu der Anwälte des Staates vor der Aufklärung (der) Widersprüche und Ungereimtheiten ist zu offensichtlich, um nicht neue Zweifel an der staatlich verordneten ‚Selbstmord‘-Version zu nähren. Was sollte uns gerade jetzt noch daran hindern, wieder laut unsere Zweifel zu äußern und die Aufdeckung der tatsächlichen Vorgänge von Stammheim und Stadelheim zu betreiben? Der deutsche Herbst 1977 ist noch längst kein abgeschlossenes Kapitel.“

„The Leveller“, Großbritannien

Die linke britische Monatszeitschrift „The Leveller“ informierte in ihrer Juni-Ausgabe über den Prozeß gegen Kai Ehlers. Die bisherigen Geldstrafen gegen Kai wegen anderer „Pressedelikte“ werden vom „Leveller“ sarkastisch als „eine Art Sondersteuer für die Veröffentlichung einer radikalen Zeitung“ in der BRD bezeichnet. Der „Leveller“ rief seine Leser zu Solidaritätsadressen auf.

„Fuldaer Stadtzeitung“

Basierend auf unserer diesbezüglichen Pressemitteilung berichtete die „Fuldaer Stadtzeitung“ in ihrer Ausgabe vom Juni 79 über die Einstellung des „Stammheim“-Prozesses gegen den ARBEITERKAMPF.

„s'blättle“, Stuttgart

Die Presseerklärung des KB, die unmittelbar vor Beginn (und Abschluß ...) des Prozesses gegen Kai Ehlers abgegeben wurde, druckte die Stuttgarter Alternativzeitung „s'blättle“ in ihrer Mai-Ausgabe auf einer ganzen Seite ab.

Neue Unterschriften

Wir veröffentlichten im folgenden wieder einige Unterschriften unter die Protesterklärung gegen die 90a-Anklagen – stellvertretend für alle, die inzwischen neu unterzeichnet haben. Die Gesamtzahl der Unterschriften beträgt jetzt knapp 2.200.

BRD

Mechthild Düsing, Rechtsanwältin, Münster
Eric Ertl, Redakteur, Frankfurt
Bernd Meisterernst, Rechtsanwalt, Münster
Christoph Potting, Redakteur, Frankfurt
Christian Schulze, wissenschaftlicher Journalist

Italien

Dario Fo, Theater-Regisseur und Schauspieler, Mailand

Dario Fo, Theater-Regisseur und Schauspieler, Mailand

Niederlande

B. van Kilsdonk für die Russell-Unterstützungsgruppe Helmond
Arnoud Willems, Rechtsanwalt, Amsterdam

Spenden

Solidaritätsspenden für die „Staatsverunglimpfungs“-Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents sind inzwischen weiter eingegangen von:

Metalbereich, KB Hamburg	40,- DM
Bezirk Harburg, KB Hamburg	187,66 DM
Bezirk Steilshoop, KB Hamburg	55,- DM
unbekannt	25,- DM
unbekannt	65,- DM
H.B., Frankfurt	20,- DM
H.U.H., Hamburg	500,- DM
C.M., Pinneberg	10,- DM
eine WG, Göttingen	600,- DM
A.W., Göttingen	20,- DM
W.I.R., Kiel	549,- DM
Antifa-Kongress-AG, Hannover	43,30 DM
2.104,96 DM	

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozeßunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit

21.826,71 DM

Ausgaben

Für die prozeßbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und die Anwaltschaft wurden bislang ausgegeben:

Druck- und Fotokopierkosten	4.214,20 DM
Versandkosten	1.282,50 DM
Anwaltskosten	5.439,05 DM
Sonstiges	599,50 DM
11.535,75 DM	

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg
Kto.-Nr. 1 244 365 3

Bitte der Vermerk „Prozesse Russell-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

Prozeßbericht

„Es geht bei dem Prozeß gegen die Herausgeber des ‚Russell-Buch 5‘ nicht mehr um die Freiheit der Kritik – es geht um die Freiheit der Kritiker.“

1. Die hartnäckige Weigerung des angeklagten Ketzers an die staatsbehaltenden Lügen zu glauben, legen den Verdacht nahe, er sei vielmehr an den staatszersetzenden Wahrheiten interessiert.

2. Die irrige Annahme des Angeklagten, sein staatsfeindlicher Unglaube sei freie Meinungsäußerung, erhärten den Verdacht, daß er ein Anhänger der sogenannten Wahrheit ist.

Von daher ist das Gericht von vornherein zu der Ansicht gekommen, in diesem Fall eine Zwangsmissionierung durchzuführen.

3. Denn: Was wahr ist und wo die Grenzen zwischen Meinung und Verunglimpfung verlaufen, bestimmen immer noch die, die diese Grenzen gezogen haben, und die für die Durchsetzung der Wahrheit zuständigen Stellen und Kommandos.

4. Die offiziellen Wahrheitsabteilungen sorgen sich schon darum, daß ihre Lügen Wahrheiten bleiben, und unsere Zweifel Lügen werden.

5. Demokraten trauen ihren Ohren kaum noch, und stehen dem Prozeß mit ungläubig aufgerissenen Augen gegenüber.

Hansi, Flensburg

Überlegungen zur Demonstration in Bonn

Weitere Demonstrationen in Spanien	
am internationalen Anti-AKW-Tag:	
Barcelona	15.000
Ayora (Valencia):	15.000
Sevilla:	2.000
Zaragoza:	5.000
Gijon:	3.000
Leon:	1.500
Soria:	2.000

Brokdorf-II-Prozeß: Hauptbelastungszeuge unauffindbar

Im „Rädelsführer“-Prozeß gegen Jens Scheer und Ulli Lenze wegen der Brokdorf-II-Demonstration wird's immer toller: Herausgestellt hatte sich bereits, daß der Hauptbelastungszeuge, Langhagen, der sich als „Pressefotograf“ ausgibt, schlicht ein fotografierender Spitzel für ein Kieler Energieunternehmen ist. Als er im Prozeß gegen Ulli Lenze und Jens Scheer aussagte, fiel sofort auf, daß seine mündliche Darstellung großenteils wortwörtlich mit seiner früheren schriftlichen Aussage übereinstimmt. Langhagen bestritt jedoch zunächst vehement, das Protokoll seiner früheren Aussage vor der Gerichtsverhandlung eingesehen zu haben (das ist nämlich nicht zulässig). Erst nach intensivem Verhör durch die Verteidigung gab er zu, daß er das Protokoll von der Staatsanwaltschaft erhalten hatte.

Jetzt folgte der zweite Akt: Bei der geplanten Fortsetzung seiner Vernehmung am 5. Verhandlungstag (5.6.) erschien Langhagen nicht. Telefonisch hatte er dem Gericht mitgeteilt, daß er eine weitere Vernehmung verweigere. Und: daß der seinerzeit ihm selbst gesagt habe, er solle vor Gericht verschweigen, daß er sein Vernehmungsprotokoll von der Staatsanwaltschaft ausgehändigt bekommen hätte! Die Verteidigung stellte daraufhin sofort Strafantrag gegen Triskatis wegen Anstiftung zur Falschaussage und erwirkte seine Vernehmung. Triskatis (der als Staatsanwalt etwa 700 Ermittlungsverfahren gegen Brokdorf-Demonstranten in Gang gesetzt hat und heute als Rechtsanwalt tätig ist), gab vor Gericht dann zu, daß er nicht

nur Langhagen, sondern auch allen anderen Belastungszeugen „auf Wunsch“ die Protokolle übergeben hat. Diese Präparierung der Belastungszeugen kann nur ein Grund mehr sein, die sofortige Einstellung dieses Prozesses zu fordern!

Am nächsten Verhandlungstag (12.6.) soll sowohl Triskatis weiter vernommen als auch der Spitzelfotograf Langhagen „zwangsvorgeführt“ werden. Nur: Letzteres hatte das Gericht schon nach dem Nichterscheinen Langhagens am 5. Prozeßtag angeordnet – aber Langhagen war „unauffindbar“! Will das Gericht diesen skandalreichen Prozeß etwa auch ohne „Hauptbelastungszeugen“ weiterführen?? (Information nach „Rote Fahne“, vom 7.6.79).

Grohnde-Prozeß eingestellt!

Am 5.6.79 ist das Strafverfahren gegen den AKW-Gegner Matthias Künzel nach eintätiger Berufungsverhandlung vom Landgericht Hannover gemäß § 153 StPO eingestellt worden. M.K., von Beruf damals Maschinenbaulehrling, ist im Herbst 1978 vom Amtsgericht Hameln wegen angeblichen Widerstands gegen die Staatsgewalt anlässlich der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde am 19.3.77 zu 300,- DM Geldstrafe verurteilt worden, die Staatsanwaltschaft hatte 120,- DM gefordert. Die Kosten in Höhe von 10.000 DM wurden ihm aufgebürdet.

Damals ist M.K. verurteilt worden, obwohl Pressefotos belegten, daß er geschlagen wurde und sich nicht gewehrt hat.

Die Voraussetzung für die Einstel-

lung des Verfahrens war, daß die Staatsanwaltschaft mit ihrer Zustimmungserklärung zur Einstellung das öffentliche Interesse an einer unbedingten Verurteilung verneint hat. Staatsanwalt Borchers meinte u.a., daß heute der Abschreckungsgedanke nicht mehr in dem bei früheren Grohnde-Verfahren angenommenen Maße im Vordergrund zu stehen hätte.

Offensichtlich drängte das Landgericht Hannover auf eine Einstellung, weil es eine Wiederholung der mehrjährigen Beweisaufnahme für unzumutbar hielt, da diese die belastenden Aussagen der Polizeizeugen möglicherweise als Falschaussagen noch eindeutiger erhärtet hätten.

Richter Hemesath führte im erstinstanzlichen Urteil aus: „...das Ver-

schulden des Angeklagten ist auf keinen Fall als gering anzusehen.“ Die Einstellung nach § 153 StPO bedeutet nach Ansicht des Berufungsgerichts jedoch, daß die Schuld des Täters – gesetzt den Fall, die Anklage würde in der Beweisaufnahme bestätigt werden – als gering anzusehen wäre und kein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht.

Dies ist als Erfolg der Anti-AKW-Bewegung und der Prozeßführung durch die Grohnde-Angeklagten (Staatsanwalt Borchers: „Die Justiz hat mit diesen Verfahren schon genug Schwierigkeiten gehabt“) anzusehen.

Pressemitteilung der Rechtsanwälte v. Bosse und Scharmer, Hamburg

Wyhl-Prozeß eröffnet: Hinter den Kulissen in San Francisco...

Der erste Prozeßtag des Revisionsverfahrens im Wyhl-Prozeß begann gleich mit einem Paukenschlag. Gegen zwei von drei Richtern reichte Klägeranwalt de Witt einen Befangen-

nannten das die Anwälte, wir möchten deutlicher vom Verdacht der Prozeßschiebung reden. Ein Klägeranwalt hatte sogar den Anwalt des Badenwerkes große Töne spucken hören:

Wyhl-Prozeß eröffnet: Hinter den Kulissen in San Francisco...

Der erste Prozeßtag des Revisionsverfahrens im Wyhl-Prozeß begann gleich mit einem Paukenschlag. Gegen zwei von drei Richtern reichte Klägeranwalt de Witt einen Befangen-

nannten das die Anwälte, wir möchten deutlicher vom Verdacht der Prozeßschiebung reden. Ein Klägeranwalt hatte sogar den Anwalt des Badenwerkes große Töne spucken hören: Das Baustopp-Urteil sei „vom Tisch“, denn die Mannheimer Richter würden in die Vereinigten Staaten reisen und sich dort informieren.“ Die Justiz fand das offensichtlich „normal“ – nach einem Tag Bedenkzeit wurde der Befangenheitsantrag abgeschmettert.

Rechtsanwalt Beeretz hatte nämlich mitbekommen, wie Wyhl-Gutachter Kußmaul, der im Gegensatz zu den Richtern im Wyhl-Verfahren seine Ansicht über den Berstschutz für überflüssig hält und damit den Bau wieder flott kriegen soll, 1977 beim Brokdorf-Beschwerdeverfahren Nebenstehenden gegenüber, sich über die Richter im Wyhl-Verfahren ausließ. Er sei froh, den Richtern im Wyhl-Verfahren seine Ansicht über den Berstschutz schon in den USA dargelegt zu haben. Nun, so was ist vom Gerichtsverfahren her nicht erlaubt.

Man fand heraus, daß Richter Schmidt und Sommer im August 77 im Hilton-Hotel in San Francisco abstiegen, um bei einer Reaktortagung zu lauschen, obwohl sie kein Wort Englisch verstehen und das ganze noch auf Staatskosten. Neben Kußmaul trafen sie dort zu allem Überfluß noch den Anwalt des Landes, Naumer, und den der Reaktorbetreiber, Kuhn. Eine „fast schon konspirativ vorbereitete Beweiserhebung“

Europäische Atompolizei wollte internationale Aktion verhindern

Gegen das sich seit einem Jahr im Bau befindende AKW Cattenom demonstrierten am Pfingstmontag vor der französischen Botschaft in Luxemburg-Stadt ca. 4.000 AKW-Gegner aus der BRD und Luxemburg, nachdem ihnen zuvor die Einreise nach Frankreich verboten worden war. Zu dieser Demonstration hatten verschiedene Bürgerinitiativen aus dem Saar/Lor/Lux-Raum und mehrere politische Organisationen aufgerufen (Trier: Alternative Liste, Initiative gegen Atomenergie, Jungsozialisten im Bezirk Trier, Vereinigung Umweltschutz Mittelmosel, Jungdemokraten).

Auf Anordnung von höchster Stelle (Frankreichs Ministerpräsident Barre) waren an diesem Tag alle westdeutschen und luxemburgischen Grenzübergänge in dieser Region gesperrt worden. Das Bild am Grenzübergang Perl, der mehrere Stunden lang für den gesamten Personenverkehr unpassierbar war, ließ bei den meisten von uns Erinnerungen an Kalkar wachwerden. Gendarmenketten mit Karabinern und Maschinenpistolen im Vordergrund, im Hintergrund Transporte von mehreren Hundertschaften CRS-Einheiten mit schweren Militär-LKW's. An den anderen Grenzübergängen soll es ähnlich ausgesehen haben. In

Perl hatten sich etwa 1.500 westdeutsche AKW-Gegner aus der Region Trier und dem Saarland getroffen, um von hier aus gemeinsam nach Thionville zu fahren, wo die ursprünglich geplante Demo stattfinden sollte. Während eines einstündigen Sit-ins vor der Grenze wurde in den einzelnen Gruppen über die weitere Vorgehensweise diskutiert und man einigte sich darauf, nach Luxemburg zu fahren und dort gemeinsam mit den Luxemburgern den Protest gegen das AKW und die Schikanen an der Grenze zum Ausdruck zu bringen.

Die Sozialdemokraten, die anfangs vorgeschlagen hatten, nach Luxemburg auf die Wiese des dort geplanten AKW's Remerschen zu gehen und dort ein „Bierfest“ zu feiern (in Remerschen besteht seit 1 1/2 Jahren ein Moratorium für mehrere Jahre) mußten zusehen, wie „ihre“ Demo, wie sie es selber nannten, umfunktioniert wurde, da sie kaum Sympathien für ihren Vorschlag fanden. A. Hertmanni, Trierer SPD-Stadtratsabgeordneter, hatte vorher am Grenzübergang noch eine markige SPD-Europawahlkampfreden gehalten, was sehr makaber wirkte, da diese Vorfälle allen Anwesenden ganz klar zeigten, was es mit dem Vereinigten Europa auf sich hat, ein Europa der

reiteten Richter nicht.

Einen größeren Versammlungssaal lehnten die Richter ebenfalls ab. Sie forderten die Räumung des Vorraums durch die Polizei, wo 100 Kaiserstühle auf ihren Einlaß warteten. Allerdings kam die Polizei dieser Aufforderung nicht nach. Polizei prügelt Kaiserstühle – das hatte schon einmal 30.000 auf die Beine gebracht.

Landesregierung rechnet mit Baubeginn

Der neue „Landesvater“ Späth rechnet schon damit, Wyhl notfalls mit Gewalt durchziehen zu müssen: „Wenn ich das ausschließe, könnte ich gleich sagen: Wyhl wird nicht gebaut.“ Während er im Kaiserstuhl erklärte, er sei „das Thema gerne los. Ich will keine KKW's zu meinem höheren Ruhm bauen“, betonte er doch, daß es keine „andere Lösung“ gebe.

Noch wenige Tage vorher hatte er sich vor der großen Industrie, der Alu-Hütte Rheinfelden, die 10 % des Badenwerk-Stroms verbraucht, gerühmt: „Ich hab's ja immer gesagt, wir brauchen Kernkraftwerke.“ („Badische Zeitung“, 7./12./13.5.)

Ein Genosse aus Freiburg

Kapitalisten und Konzerne, in dem sie versuchen auf Kosten der Bevölkerung ihre Interessen durchzusetzen. Dies war auch in etwa der Inhalt der Kundgebungsreden vor der französischen Botschaft, wo die Herren von der SPD sich nicht mehr ans Mikrofon trauten.

In Thionville selber demonstrierten an diesem Tag nur 1.000 Menschen, da ebenfalls alle Zufahrtsstraßen nach Thionville gesperrt worden waren. Der Versuch von Thionville nach Luxemburg zu kommen scheiterte ebenfalls an der Grenze, die Leute aus Thionville durften ihr eigenes Land nicht verlassen. Unserer Meinung ist dies ein Zeichen dafür, daß die französische Regierung dieses Projekt auf jeden Fall auf Biegen und Brechen durchsetzen will, und sich auch nicht von der Bundesregierung bzw. der örtlichen SPD unter Druck setzen läßt. Ein zweiter Faktor für das harte Vorgehen von Seiten der Behörden und der Gendarmerie könnten die Unruhen unter den Lothringischen Stahlarbeitern sein, die gezeigt haben, daß die Menschen dieser Region sehr entschlossen und kämpferisch für ihre Rechte eingehen, daß Cottenon/Thionville zu einem zweiten Longwy werden könnte.

Eine Genossin aus Trier

Trauriges Machtgepoker!

Ein recht trauriges Dokument einiger Mächtigen vom BBU-Vorstand wollen wir hier dem AKW-Gegner doch nicht vorenthalten. In diesem Brief beschwert sich der BBU-Vorstand darüber, daß er auf der von der GLU organisierten Veranstaltung anlässlich der Hannover-Demo nicht berücksichtigt wurde. Sicher kann man geteilter Meinung sein, ob der BBU-Vorstand nicht hätte reden sollen. Insgesamt war die Auswahl auf dieser Veranstaltung nun wirklich reichlich willkürlich. Interessant ist vielmehr die Art des BBU, hier Forderungen anzumelden.

Da will der BBU-Vorstand quasi eine Entscheidungsschlacht führen um das ach so schlechte Kräfteverhältnis für prinzipiell Gewaltfreie und das kann man schon mal ordentlich im Schmutz wühlen. Sie müßten der BI Lückow-Danneberg den „Rücken freihalten“, der BBU habe als einziger national für Hannover die

Trommel gerührt (man ist geradezu gerührt über die Naivität und Selbstüberschätzung der Mobilisierungsfähigkeit dieses Verbandes). Da hätte – Oh Schreck – ein Grohnde-Angeklagter „in aller Ausführlichkeit über ... die Notwendigkeit der Gewalt philosophiert“ – dabei hatte er völlig defensiv erklärt, man müsse doch anerkennen, daß sie praktisch in die Konfrontation gezwungen worden seien und das solle man doch nicht verurteilen ...

Und da kündigt dann der BBU-Vorstand im Bewußtsein seiner „Macht“ die Zusammenarbeit auf.

Das muß alles nicht sein – wir würden mal gern den Sturm zur Linken und Rechten in diesen Reihen erleben, wenn wir als KB (dem ja gern mal Machtpolitik nachgesagt wird) uns mal ein Ding geleistet hätten mit 10% eines solchen Vorgehens.

AKW-Nein-Kommission

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.

an

Inge und Martin Mombauer

...

6.4.79

Liebe Inge, lieber Martin

Über den Erfolg des Trecks und der Demonstration in Hannover können wir uns alle freuen. Trotzdem sehen wir uns veranlaßt, wegen der Veranstaltung in der Eilenriedehalle unsere Verärgerung darzulegen.

Bereits in der Frühplanung dieser Veranstaltung wurde der BBU als Mitveranstalter angefragt und auf allen Plakaten und Flugblättern als solcher bekannt gemacht. Martin hat gegenüber Hans-Günther fest zugesagt, daß wir auch bei den Redebeiträgen berücksichtigt werden. Darüberhinaus waren gewisse Absprachen vorhanden, die nicht eingehalten wurden:

- So konnte Jens Scheer sich gleich zweimal darstellen
 - Ein Grohnde-Angeklagter philosophierte in aller Ausführlichkeit über Widerstandsformen und die Notwendigkeit der Gewalt
 - Gleich zwei Vorstandsmitglieder des Öko-Instituts konnten nicht nur für Alternativen sondern auch für Spenden und Beitritte zu diesem Verein werben
 - Ursula Wetzels-Haverbeck sprach für die Bauern aus Lückow-Danneberg
- Wir alle wissen, daß das Kräfteverhältnis in der Umweltbewegung an seidenen Fäden hängt. Der BBU hat in den vergangenen Wochen alles unternommen, um der BI Lückow-Danneberg den Rücken gegenüber anderen Aktionsvorstellungen freizuhalten. Wir hätten eigentlich erwartet, daß ihr eine Diskriminierung des BBU gerade wegen vorheriger Zusagen nicht akzeptiert. Der BBU ist immer noch der einzige Verband, der bundesweit ein Trommelfeuer gegen das Gorleben-Projekt durchführt. Die unerfreuliche Angelegenheit in Hannover hat uns um eine Erfahrung reicher gemacht. Wir sind jedenfalls nicht mehr bereit, in Zukunft mit unklaren Ausgangslagen oder mit einem einseitigen Verschieben von Zusagen zusammen zu arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Josef M. Leinen
Hans-Günther Schumacher

BI Lückow-Danneberg den Rücken gegenüber anderen Aktionsvorstellungen freizuhalten. Wir hätten eigentlich erwartet, daß ihr eine Diskriminierung des BBU gerade wegen vorheriger Zusagen nicht akzeptiert. Der BBU ist immer noch der einzige Verband, der bundesweit ein Trommelfeuer gegen das Gorleben-Projekt durchführt. Die unerfreuliche Angelegenheit in Hannover hat uns um eine Erfahrung reicher gemacht. Wir sind jedenfalls nicht mehr bereit, in Zukunft mit unklaren Ausgangslagen oder mit einem einseitigen Verschieben von Zusagen zusammen zu arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Josef M. Leinen
Hans-Günther Schumacher

Schlappe für den Landrat: Arzt Dr. Rüppell ist wiedereingestellt!

Dr. Peter Rüppell, Ende Mai aus dem Heider Kreiskrankenhaus fristlos entlassen, ist – überraschend schnell – wiedereingestellt worden!

Rüppell war über „Himmelfahrt“ auf Verfügung des Dithmarscher Landrats Buhse fristlos gefeuert worden – aus „arbeitsrechtlichen Gründen“, wie es hieß: Er habe während der Arbeitszeit eine Anti-Atomkraft-Plakette getragen; er habe Patienten und das Krankenhauspersonal „agitiert“ (soll heißen: auf die Gefahren der Atomenergie aus medizinischer Sicht aufmerksam gemacht); er habe im Kreiskrankenhaus Unterschriften für die endgültige Stilllegung des Pannereaktors Brunsbüttel gesammelt.

Obendrein war die Kündigung in eindeutig rechtswidriger Weise vollzogen worden: Nach entsprechendem Personalvertretungsgesetz wäre die Zustimmung des Personalrates des Krankenhauses nötig gewesen; der Personalrat hatte aber einstimmig seine Zusage abgelehnt. Dr. Rüppell selber ist Personalratsmitglied.

Einmalige Solidarität

Der Landrat hatte zu hoch gepokert: Innerhalb kürzester Zeit nach Bekanntwerden der Kündigung entfaltete sich insbesondere in und um Heide eine Solidaritätswelle mit Dr. Rüppell, die ihresgleichen sucht: Tatsächlich körbeweise (!) flatterten Protestbriefe empörter Menschen in die Redaktionsstuben der Dithmarscher Zeitungen (und damit auch auf den Schreibtisch des Landrates).

Der Dithmarscher Ärzteverein – ihm sind rund 230 Ärzte angeschlossen – verlangt vom Landrat die sofortige Wiedereinstellung Dr. Rüppells. Starke Proteste kamen ebenso aus den Reihen der Kreistagsfraktionen von SPD und FDP, sogar aus der CDU-Fraktion. Der SPD-Kreisverband Dithmarschen/Süd solidarisierte sich mit Rüppell.

Noch Ende Mai zog die Heider Frauengruppe eine Anti-AKW-Veranstaltung über die Bühne, zu der sie einen Kollegen Rüppells aus der Gruppe der „30 Dithmarscher Ärzte“ eingeladen hatte; dieser Ärzte-Kreis befaßt sich seit längerem mit den Gefahren der Atomkraft aus medizinischer

Sicht. Tagelang schrieben die Dithmarscher Zeitungen seitenweise über den „Fall Dr. Rüppell“; dabei erfreulich offen parteiübergreifend für den gekündigten Arzt.

Landrat Buhse sah sich dazu veranlaßt, bereits am 29. Mai zu bestätigen, die – ohnehin rechtlich völlig haltlose – Kündigung sei nunmehr nichtig, und Rüppells Wiedereinstellung bekanntzugeben.

In einem sogenannten „Einigungspapier“ wird gar von Seiten des Landrats und der Kreisverwaltung erklärt, alle erhobenen Vorwürfe gegen Dr. Rüppell seien nun zurückgezogen und der Kreis werde alle entstandenen und aus dem Rechtsstreit entstehenden Unkosten übernehmen!

Ein für Freitag, den 1. Juni, angesetzter Termin vor dem Husumer Arbeitsgericht (Rüppell hatte Klage eingereicht) wurde vom zuständigen Richter in Eile vorerst einfach abgeblasen – ohne auch nur eine Begründung zu nennen. Ob sich Buhse wohl auch hier verrechnen wird, die Klage so mir-nichts-dir-nichts vom Tisch wischen zu können?!

KB/Gruppe Kiel

Atomreferendum in Schweden

Im März nächsten Jahres soll nun auch in Schweden ein Referendum durchgezogen werden. Bis dahin sollen die beiden fertiggestellten Reaktoren nicht in Betrieb genommen werden. Erst nachdem die schwedischen AKW-Gegner mehrere hunderttausend Unterschriften gesammelt haben (bei einer 8 Mio. Bevölkerung) und sich die Sozialdemokratie nach Harrisburg die Forderung nach einer Volksabstimmung zu eigen gemacht hatte, kam auch im Parlament was in Gang. Das Referendum für 1980 wurde dort mit 221 zu 82 Stimmen beschlossen. Das Referendum hat lediglich beratenden, keinen bindenden Charakter, so daß die Anti-AKW-Bewegung weiterhin Druck auf die AKW-Betreiber in den Parteien und anderswo ausüben muß.

In jedem Jahr über 10.000 Asbesttote in der BRD?

Derzeit fordern mehrere tausend asbestgeschädigte US-Gewerkschafter in einer Massenklage 1 Mrd. Dollar Schadenersatz. Die Klage richtet sich gegen 15 US-Asbestproduzenten. Diesen wird vorgeworfen, daß sie „jahrzehntelang wissenschaftliche und medizinische Berichte über die von Asbest ausgehenden Gesundheitsgefahren verheimlicht, verfälscht und dadurch dazu beigetragen haben, daß gefährliche Arbeitsmethoden nicht rechtzeitig geändert wurden“ („Gewerkschaftspost“, Zeitung der IG Chemie, 3/79).

Gleichzeitig fordern die Arbeiter den Lohnausfall und die ärztlichen Kosten zurück.

Für welche Qualen diese Arbeiter eine Entschädigung fordern, schildert einer der Betroffenen so:

„Ich werde im Mai 66 Jahre alt und ich schwöre, daß ich der einzige bin, der von meinen alten Arbeitskollegen überlebt hat. Entgeltlich mußte ich die Tyler Fabrik (gemeint ist die Pittsburgh Corning - Anm. AK) 1968 verlassen. Sie haben mich entlassen. Nun kriege ich keine Luft mehr. Ich kann nicht arbeiten, ich kann nicht die geringste Entfernung zu Fuß gehen. Als ich entlassen wurde, fingen sie an, mir einige Gelder zur Erholung zu geben: 18 Dollar im Monat“ („nacla-report“ Nr. 2, April 78).

Ein ähnlicher Rechtsstreit hatte 1977 mit einem Vergleich geendet!

Aufwirbeln der Asbestfusseln, daß man kaum eine 200 Watt-Birne 15 Fuß (4,5 m) weit erkennen konnte.“ („nacla-report“, s.o.). Die zuständige britische Gesundheitsbehörde konnte in der Anlage bei einer Inspektion „keine Mängel“ feststellen, obwohl gerade der Asbeststaub die größte Gefährdung darstellt. Allerdings konnte die Behörde die Folgen feststellen: bei 200 untersuchten Arbeitern, die über 10 Jahre mit Asbest gearbeitet hatten, hatten 36% Veränderungen im Brustkorb („Wall Street Journal“, New York, 22.12.76). Bis zum Auftreten einer solchen Krankheit können immerhin bis zu 30 Jahre nach der Berührung vergehen (lt. Arbeitsmediziner, Prof. Woiwitz in „Vorwärts“, 10.5.79).

Erste Konsequenzen zogen die Asbestfirmen, als die Krankheiten nicht mehr wegzuleugnen waren, indem Produktionsstätten ins Ausland verlagert wurden. So baute die Amatec in Mexiko zwei neue Firmen und legte die erst ein Jahr alte US-Firma still. In Mexiko gab es nämlich nur Arbeitsschutzauflagen von 1946. Schon 1976 wurden in solchen „Auslandsfabriken“ bei 20% Umsatz schon 59% Gewinn gemacht.

Doch auch in den Industrieländern sieht es damit schlecht aus.

Asbestose in der BRD...

„Die Zahl der in der BRD registrier-

sterben müssen. Immerhin traut man sich nicht mehr, beim Asbest sogenannte maximale Konzentrations-Werte (MAK) für den Arbeitsplatz anzugeben, wie man das z.B. bei radioaktiver Strahlung macht, wo unterhalb bestimmter Werte angeblich keine gesundheitlichen Schäden auftreten sollen. Sondern man gibt sogenannte Technische Richtkonzentrationen (TRK-Werte) an. Der Direktor des Staubforschungsinstituts der Berufsgenossenschaften, Dr. Schütz, beschrieb das so: „Die Einhaltung der TRK-Werte vermindert das Risiko einer Beeinträchtigung der Gesundheit, schließt es aber nicht völlig aus“ („Umschau“, Zeitung der IG Chemie, 8/77). Nicht völlig, aber doch ziemlich harmlos sei demzufolge die Asbestproduktion bei Einhaltung solcher Werte.

Man versucht dabei lediglich, die größten Skandale etwas zu mildern, um weiter im alten Dreh fortfahren zu können, wen interessiert es schon von den Kapitalisten, wenn die Arbeiter später an Krebs sterben.

Erst nach mehrjährigen Protesten konnte erreicht werden, daß das Asbest-Spritzverfahren schließlich von Arbeitsminister Ehrenberg verboten wurde („FR“, 9.3.79). Die Todesfälle sprachen eine allzu deutliche Sprache, so war z.B. eine Mülheimer Isolierfirma, die mit dem Verfahren arbeitete, mit 8 Asbesttoten nahezu

Umweltkongreß in Darmstadt: Der Tod durch Chemikalien hat „Zukunft“

Vor knapp 150 Umweltschützern aus der ganzen BRD fand unter dem Motto „Gesundheitsgefährdung durch chemische Gifte“ in Darmstadt am 26./27. Mai der erste Umweltkongreß dieser Art statt. Eingeladen hatte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der Bund Umweltschutz in Hessen e.V. und die Aktionsgemeinschaft Darmstadt e.V. Die Frage der Folgen durch wachsenden Chemikalieneinsatz ist bislang in Bürgerinitiativen und Gewerkschaften eine immer noch wenig beachtete Frage, obwohl schon heute der moderne Chemie-Tod auf Raten ein beträchtliches Ausmaß erreicht hat und noch sprunghaft weiter steigen dürfte. Inzwischen 60.000 verwendete Chemikalien dürften für den Löwenanteil am zunehmenden Krebstod in der BRD verantwortlich sein. Starben 1949 in der BRD jährlich gut 80.000 Menschen an Krebs, so dürften wir inzwischen die „stolze Zahl“ von 150.000 Krebstoten in diesem Jahr erreichen. Das neue Chemikaliengesetz, das in Vorbereitung ist, ist demgegenüber eine totale Katastrophe: auf dem Kongreß wurde von „einschlägigen“ Vertretern Chemikalienschutz für weitgehend „nicht machbar“ erklärt.

Wir wollen hier einen Überblick über dies Treffen geben, das gleichzeitig als Anregung zur Arbeit mit diesem Thema in BIs und Gewerkschaften dienen soll. Gleichzeitig wollen wir in diesem und folgenden Artikel die Diskussion um Ausgaben und Krebsserie neu beleben.

Auf dem Treffen in Darmstadt waren so prominente Vertreter wie Egmont Koch, Mitautor des Buches „Seveso ist überall“, der Betriebsleiter der BASF-Ludwigshafen, Wiese (zuständig für „Sicherheit und Forschung“), sowie Köhlein von der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie Darmstadt und Uwe Ruchling von der IG Chemie Ludwigshafen vertreten neben Mitgliedern aus verschiedensten Umweltschutzgruppen.

Besondere Aufmerksamkeit fand das Chemikaliengesetz, das Mitte Juli verabschiedet werden soll.

Obwohl 60.000 Stoffe auf dem Markt sind, sollen nur neue Stoffe auf ihre Schädlichkeit hin untersucht werden, aber wie: Die Stoffe können nach wie vor ohne Untersuchung auf den Markt gebracht werden, Prüfungen sind überhaupt nur vorgesehen, wenn mehr als 1.000 Jahrestonnen anfallen (Beispiel: beim Contergan waren es seinerzeit nicht eine Jahrestonne, die produziert wurde). Wenn geprüft wird, bleibt die Untersuchung geheim, untersucht wird nur auf schädliche Langzeitwirkungen, wenn ein „begründeter Verdacht“ besteht, d.h. die Schädwirkungen schon eingetreten sind. In der Forschung verwendete Stoffe können ansonsten ungehindert schädlich sein - der „Zukunft“ auf diesem Sektor sollen keine Steine in den Weg gelegt werden. Mit diesem kümmerlichen Gesetz zieht die BRD als „letzter“ Industriestaat hinterher, obwohl hier die größte Pro-Kopf-Produktion an Chemikalien in der gesamten Welt vorliegt. Der Vertreter der Berufsgenossenschaft sprach sich in Darmstadt gegen die Überprüfung schon im Handel befindlicher Stoffe aus, wegen Kosten und Aufwand sei das „nicht machbar“. Gerade der Werksarzt Thieser der auf dem Kongreß vertretenen BASF war mit dem zynischen Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, an Arbeitsplätzen mit krebsregenden Chemikalien ältere Arbeiter einzusetzen, die den Krebs dann wegen der hohen Latenzzeit von Jahren nicht mehr zu erleben bräuchten.

Die IG Chemie gab bekannt, daß sie über einen „Belastungspaß“ für Arbeiter diskutierte, in dem alle Kriterien für gesundheitliche Schäden aufgeführt sein sollen, sowie die Belastungen aufgelistet werden sollen wie Lärm, Schadstoffkonzentrationen am Arbeitsplatz etc., dies sei besonders wichtig bei Firmenwechseln bzw. Schadenersatzansprüchen. Nun, die Gefahr besteht bei der derzeitigen Praxis, daß dies besonders für die Kapitalisten ein Mittel würde, entsprechende Arbeiter rechtzeitig loszuwerden und sich nach „frischem gesunden Material“ umzusehen. Umweltschäden müssen durch Änderung

der Bedingungen beseitigt werden! Auch wurde die Forderung nach einem einheitlichen BRD-Krebsregister laut, da die Dunkelziffer immer noch groß ist, geschweige denn bei der derzeitigen Statistik Ursachenforschung möglich wäre. Mittlerweile schätzt man in den USA, daß 60% aller Krebserkrankungen (100.000 wären das jährlich in der BRD) auf Chemiegifte zurückzuführen seien.

Doch gesetzlicher Umweltschutz verkommt zur Farce, wenn z.B. im Bundesimmissionschutzgesetz im § 17 von Umweltschutzmaßnahmen abgesehen wird, wenn ihnen wirtschaftliche Interessen entgegenstehen. Das dürfte noch jeder Kapitalist glaubhaft versichern können...

So forderte dann auch die entsprechende Arbeitsgruppe die ersatzlose Streichung dieses Absatzes. Weiterhin wurde ein Verbandsklagerecht gefordert, um überhaupt bestehende Gesetzesbestimmungen einigermaßen einklagen zu können. Außerdem wurde ein Gesetz gegen Namensmißbrauch bei Chemikalien gefordert. Was nützt es, wenn das Baby verkrüppelte „Duogyon“ dann plötzlich mit dem Namen „Cumorit“ auf dem Markt angeboten wird, nachdem die Schädlichkeit des „Duogynons“ ruchbar geworden ist.



Asbestarbeiter in Long Beach (Kalifornien) protestieren gegen gesundheitsschädliche Produktion

Asbestarbeiter in Long Beach (Kalifornien) protestieren gegen gesundheitsschädliche Produktion

Von 1000 Arbeitern der Pittsburgh-Corning in Tyler in Texas (USA) erhielten 445 Arbeiter, die geklagt hatten, 20 Mio. Dollar Schadenersatz. Immerhin gestand die angeklagte Regierung ihre Mitschuld ein, die die Gefahr ebenfalls verschwiegen hatte und zahlte 5,75 Mio. Dollar der Schadenersatzsumme („International Herald Tribune“, Paris, 10.2.78).

Asbest - Gefahren seit 1900 schon bekannt

Die erste Diagnose von Asbestose gab es schon um die Jahrhundertwende. In den 30er Jahren erklärte eine deutsche Studie, daß Lungenkrebs als eine Arbeitskrankheit von Asbestarbeitern anzusehen sei. Dann vergingen weitere 20 Jahre ohne neue, genaue Untersuchungen. Dann stellte man fest, daß Asbest verantwortlich sei für „Mesothelioma“, ein nicht operierbarer Krebs des Brustfells. Dr. Irving Selikoff, ein führender Forscher auf diesem Gebiet, stellte fest, daß über 40% der Asbestarbeiter vorzeitig an Krebs starben, 20% davon an Lungenkrebs, 10% am erwähnten mesothelioma und 10% an Asbestose. Hinzu kommen noch Magenkrebs, Herzfehler und Atembeschwerden. Seit den 70er Jahren ist in der Wissenschaft Asbestose als Berufskrankheit allgemein anerkannt, ohne daß entsprechende Schlußfolgerungen gezogen würden.

So beschrieb einer der betroffenen Kollegen Arbeitsstellen, „bei denen der einzige Weg zu wissen, ob der Vorarbeiter kommt, der war, sich seine Fußstapfen einzuprägen. Man konnte nicht die Einzelheiten eines Gesichts erkennen, wenn es mehr als drei Fuß (60 cm) entfernt war. Die Luft war so dick mit Asbeststaub vom Sägen der Isolierblöcke und

ten beruflich asbestexponierten Arbeitnehmer beträgt z.Z. ca. 48000.

In der amtlichen Statistik der BRD werden für den Zeitraum von 1952 - 74 insgesamt 877 Fälle von Asbestose und 84 weitere Fälle in Verbindung mit Lungenkrebs als entschädigungspflichtige Berufskrankheit (erst 1969 wurde Asbestose als Berufskrankheit anerkannt) geführt“ („Henschler, Arbeitsmedizinische Begründung der MAK-Werte“).

Diese Zahl sagt allerdings nicht mehr, als wie wenig Fälle als Berufskrankheit anerkannt sind. In Großbritannien wurden bei 30000 Asbestarbeitern offiziell für den Zeitraum 1968 - 73 allein 654 Tote in Folge von Asbestose angegeben. Hinzu zuzufügen sind 1091 Todesfälle an Bauchfellkrebs, von denen die Behörde über 900 der Einwirkung von Asbest zuschrieb.

In der DDR wurden bei 10000 Asbestarbeitern allein für 1970 bis 1973 über 1300 Asbestoseerkrankungen gezählt. An diesen Zahlen zeigt sich für die Profitbedingungen in der BRD „nützliche“ Praxis, keine Krebsregister offiziell zu führen. Die offizielle Version ist halt, Krebs wird vor allem durch Rauchen verursacht, was dann in den verschiedensten Varianten erforscht wird, Krebsregister sind da nur „schädlich“.

Im neuesten nationalen Krebsbericht für die USA, wo 500.000 Personen direkt mit der Asbestindustrie zu tun haben, heißt es immerhin, daß in Zukunft damit zu rechnen sei, „daß 13 bis 15 Prozent aller Krebstodesfälle in Zusammenhang mit Asbest stehen werden.“ Für die BRD hieße das bei 120.000 Krebstoten pro Jahr (ein Sechstel aller Todesfälle), daß jährlich über 10000 an Folgen von Berührung mit Asbest

ausgestorben. Obwohl die IG Metall kürzlich eine Liste von 100 Stoffen veröffentlichte, die Asbest ersetzen könnten, wird munter weiter mit diesem Stoff gearbeitet. In der Automobilbranche (bei den Bremsbelägen z.B.), bei Isolierungen, Luftfiltern, bei Boden- und Straßenbelägen findet dieser Stoff überall Verwendung. Im Mt. Sinai Hospital (USA) wurde bei einer Untersuchung Asbest im Babypuder gefunden, 1/3 aller Medikamente enthielten Asbest. Selbst im Kaugummi ist Asbest, ebenso wie in Filtern der Lebensmittellieferung. In Westberlin bestehen ein Großteil der Wasserrohre für Trinkwasser (!) aus Eternit (dem bekanntesten Asbest-Stoff) („Vorwärts“, 23.12.71).

Daß solche Verwendungen keineswegs harmlos sind, zeigt die Untersuchung in einer US-Bremsbelagfabrik, wo 400 Arbeiter an Asbestose erkrankten („BBU-aktuell“ 5/6 78).

Daß die BRD-Regierung hier bislang höchstens Beruhigungspillen austeilte, zeigt sich sehr drastisch daran, daß die BRD die Aufstockung der Asbestlager forderte und zinslose und zinsvergünstigte Darlehen förderte, als kanadische Arbeiter des größten Asbestlieferanten für die BRD für bessere Arbeitsbedingungen streikten. „Zukünftige Engpässe“ wollte man damit vermeiden („HB“, 26.9.75).

Die US-Firma „Asbestos Corporation“ wurde mit Steuergeldern nach Nordenham (Unterweser) gelockt und verarbeitet da 300.000 Tonnen Asbest-Konzentrat pro Jahr („Welt“, 20.6.74).

In krimineller Weise wird hier mit dem Leben 10.000er Arbeiter gespielt, solange bis ihnen das Handwerk gelegt wird.

AKW-Nein-Kommission

BBU, c/o Josef Leinen
Lindenastr. 8
7815 Kirchzarten

AKW-Nein-Kommission

1. Frauenversammlung im KB

Am 19. und 20. Mai 1979 fand die erste Frauenversammlung des KB statt, auf der unsere Positionen zur Frauenarbeit, die wir auf dem Vorkongress Ende 1978 in einem Referat („Unser Weg“, Nr. 25) festgehalten hatten, diskutiert wurden. Es handelte sich dabei nicht um eine Delegiertenkonferenz, sondern um ein offenes Treffen für alle Genossinnen im KB, auch diejenigen, die nicht schwerpunktmäßig Frauenarbeit machen.

Insgesamt nahmen an dieser Diskussion ca. 160 Genossinnen teil. Gegliedert hat sich die Diskussion am Samstag in vier Arbeitsgruppen, die gemäß den Schwerpunkten des Referats aufgeteilt waren (Politik der Bourgeoisie, Massenarbeit und Bündnispolitik, Frauenbewegung und innerorganisatorische Strukturen), und ein gemeinsames Plenum am Sonntag.

Wir wollen im folgenden einen Überblick über die Standpunkte geben, die in diesen Diskussionen geäußert wurden. Wir wollen dabei versuchen, allen Standpunkten so gut wie möglich gerecht zu werden, können aber vielleicht nicht ganz vermeiden, daß sich gewisse subjektive Sichtweisen mit einschleichen. Wir möchten deshalb alle Genossinnen – vor allem diejenigen mit Kritik am Referat – bitten, ihre Meinung in Artikelform für den AK zugänglich zu machen.

– Eine gute Debatte ist auf eure Beiträge angewiesen! –

Als Gesamteindruck können wir wohl für alle festhalten, daß dieses Diskussionswochenende ein guter Anfang war, unsere Differenzen offen zu diskutieren und mehr Klarheit über unsere Positionen in der Frauenpolitik zu erhalten. Wir wollen uns im Herbst auf der Grundlage weiterer schriftlich ausgearbeiteter Positionen bald wieder treffen.

AG Politik der Bourgeoisie

In dieser Arbeitsgruppe wurden die einzelnen Punkte aus dem Referat zur Frauenarbeit schrittweise durchgegangen.

1. Ökonomische Angriffe, Lohn für Hausarbeit:
einzelnen Punkte aus dem Referat zur Frauenarbeit schrittweise durchgegangen.

1. Ökonomische Angriffe, Lohn für Hausarbeit:

Es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit unsere Einschätzung, daß 1975 das Jahr war, in dem viele Kampagnen der Bourgeoisie zur Frauenpolitik ihren Anfang genommen haben, nicht eher eine Frage unseres Archivmaterials sei, oder ob dieser Aussage tatsächliches Faktenmaterial zugrundeliege. Dieser Frage müßten wir im einzelnen nochmal nachgehen.

Zu unserer Forderung nach Lohn für Hausarbeit wurde vertreten, daß die Forderung nach Vergesellschaftung der Hausarbeit als wichtigere Forderung an erster Stelle stehen müsse. An einem Papier aus Bremen, das einen Vorschlag macht zur Einführung einer Passage zum Thema „Mütter“ und in dem die Formulierung „Erziehungslohn“ vorkommt, wurde kritisiert, daß diese Formulierung doch verdächtig ähnlich den Forderungen der CDU klinge und daß außerdem mal herausgearbeitet werden müsse, welcher Unterschied zwischen Hausarbeits- und Erziehungslohn bestehe, inwiefern sich das von den Forderungen der CDU unterscheide.

Es wurde weiter kritisiert, daß die Forderung nach Lohn für Hausarbeit die alte hergebrachte Frauenrolle zementiere; daß sie im Gegensatz zu unserer Haltung stehe, daß Frauen durch Betriebsarbeit ihre Isolation als Hausfrauen überwinden müßten. Es müsse doch betont werden, daß wir für die Berufstätigkeit der Frauen kämpfen. Die Befürworterinnen führten als wesentliche Argumente an, – daß der Durchsetzung dieser Forderung aufgrund des damit verbundenen Bewußtwerdungsprozesses ein langer Kampf vorausgehen werde, und daß in diesem Kampf viele Frauen aus ihrer Isolation herauskommen werden;

– daß Berufstätigkeit nicht „an sich“ eine positive Sache sei und auch nicht automatisch die Emanzipation bedeute;

– daß die Lage heute einfach so ist, daß viele Frauen gar nicht anders können, als Hausfrau zu sein. Wir müßten uns dabei auch von Alice Schwarzer und dem in „Emma“ oft vertretenen Standpunkt abgrenzen, daß eine Frau immer einen Arbeitsplatz finde, sie müsse nur wollen;

– daß Frauen vor allem der Kinder wegen zuhause blieben, und ein Hausarbeitslohn es ihnen möglich machen würde, finanziell unabhängig vom Mann zu sein; dadurch könnten sie ihre eigenen Interessen besser realisieren. Im Lauf der Auseinandersetzung äußerten sich viele Genossinnen dahingehend, daß es eigentlich recht sektiererisch sei und an der Situation der Mehrzahl der Frauen vorbeigehe, wenn wir diese Forderung ablehnen. Wir hätten heute noch viel zu wenig zu diesem Thema systematisch gearbeitet, sehen eher verächtlich auf die „Nur“-Hausfrauen herab. Dies sei auch an unserer Stadteilarbeit festzustellen, wo in keiner Weise auf die Probleme der Hausfrauen eingegan-

gen werde. Ebensoviele werde das Problem in Frauengruppen angesprochen. Außerdem wurde festgestellt, daß vielerorts solche Themen als „unpolitisch“ angesehen werden und daß uns vielfach auch die Geduld für eine systematische und gründliche Arbeit fehle. Betont wurde weiter, daß vieleorts solche Themen als „unpolitisch“ angesehen werden und daß uns vielfach auch die Geduld für eine systematische und gründliche Arbeit fehle. Betont wurde weiter, daß es doch recht unverantwortlich sei, gerade diesen Sektor der Arbeit bisher fast vollständig der Bourgeoisie zu überlassen, die gerade gegenüber Hausfrauen eine recht umfassende Politik betreibt. Dies solle im Referat noch einmal genauer herausgearbeitet werden auch die Rolle der Frauen im Hitler-Faschismus.

Zur Forderung nach Vergesellschaftung der Hausarbeit wurde vertreten, daß – so wie es im Referat stehe – es doch eine recht abgehobene Forderung sei, die völlig abstrakt und ohne jede Begründung dastehe. Frau könne sich darunter gar nichts vorstellen, das müsse genauer dargestellt werden.

Folgende Punkte sollten im Referat noch aufgenommen bzw. konkretisiert werden:

– Isolation der Hausfrauen, Aufgaben als Kinderbetreuerin, nicht ausschließlich als Untermauerung für die Forderung nach Lohn für Hausarbeit;

– es sollen Zahlen ergänzt werden, z.B. wie viele Stunden Frauen unbezahlte Hausarbeit leisten;

– es soll genauer dargestellt werden, was Berufstätigkeit auch für Frauen heißen kann, z.B. stupide eintönige Arbeit, mangelnde Ausbildung.

2. Arbeitssituation von Frauen:

Hier wurde vor allem die Forderung nach Beibehaltung der Arbeitsschutzbestimmungen diskutiert. Es gäbe eben auch Bestimmungen, die ausschließlich die Funktion hätten, Frauen aus bestimmten Berufen fernzuhalten (z.B. das Verbot, an Kreissägen zu arbeiten). Solche sogenannten Schutzbestimmungen müßten abgeschafft werden.

Zum anderen gäbe es heute vor allem in der chemischen Industrie noch viel zu wenig Schutzbestimmungen. Hier fordern wir eine Ausweitung und eine Anpassung an die jeweils neueste Entwicklung. Und es müsse differenziert davon herausgearbeitet werden, daß von der Bourgeoisie z.Zt. eine Kampagne gefahren werde, um unter dem Deckmantel der „Gleichberechtigung“ Schutzbestimmungen abzubauen zu können.

Es wurde auch vorgeschlagen, daß im Referat genau herausgearbeitet werden müsse, daß wir nicht aufgrund sog. „biologischer Schwächen“ für Schutzbestimmungen eintreten, wobei eine andere Genossin zu bedenken gab, daß es schon frauenspezifische Krankheiten gäbe, z.B. Schäden an der Gebärmutter durch schwere Lasten.

3. Leichtlohngruppen:

In diesem Abschnitt sollte nicht nur die finanzielle, sondern auch die ideologische Seite herausgestellt werden. Es müsse Stellung bezogen werden zur Ideologie des Doppelverdienens bzw. Zuverdienens. Es solle auch etwas gesagt werden zur Rolle der Frauen als billiges Reservepotential mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen und dem niedrigsten Lohn.

4. Frauen zum Bund:

Hier müsse differenziert auf die Geschichte dieser Kampagne der

Bourgeoisie eingegangen werden. Außerdem müsse unsere Einschätzung der Bundeswehr genauer herausgearbeitet werden (imperialistischer Charakter, Schule der Nation, Drill, Gehorsam...). Es müsse dargelegt werden, daß die Bourgeoisie verschiedene Ziele verfolge:

- die Militarisierung der Gesellschaft, die Bereitschaft zur „Verteidigung des Vaterlandes“, „Ausrüstung, Kriegsvorbereitung“;
- die Erhöhung der Bereitschaft bei Mädchen und Frauen, auch ihren „Dienst am Staat“ zu leisten, darüberhinaus sich im sozialen Bereich mehr zu engagieren;
- die direkte Werbung für die Bundeswehr;
- die langfristige Vorbereitung der Militarisierung der Frauen. Es sei immer ein Widerspruch für die Bourgeoisie, auf der einen Seite Heim- und Herdideologie, auf der anderen Seite unter dem Mäntelchen der „Gleichberechtigung“ die Einbeziehung ins Militär zu verantern.

Im Referat müsse auch eingefügt werden, wie die Bestimmungen im Grundgesetz zur Frauenmilitarisierung seit 1945 schrittweise verändert worden sind.

Es soll auch noch einmal ausdrücklich darauf verwiesen werden, daß wir jeglichen staatlichen (Zwangs-)Dienst für Frauen ablehnen (also auch den Zivildienst).

5. Heim- und Herdideologie:

Hier gab es eine längere Auseinandersetzung um die Frage, ob wir tatsächlich einheitlich, sozusagen auf der ganzen Linie, von einer reaktionären Heim- und Herdideologie sprechen könnten; als Gegenbeispiele wurden benannt: die Kampagne „Mädchen in Männerberufe“ oder auch ein bestimmtes Bild der „emanzipierten Frau“ in der Werbung. Dem wurde entgegeng gehalten, daß die Politik der Bourgeoisie gegenüber den Frauen immer beide Aspekte enthalte, weil sie an beidem ein Interesse habe. Untersucht werden müsse, welcher Aspekt zur Zeit den Schwerpunkt darstelle.

Vorgeschlagen wurde, im Referat genauer herauszuarbeiten, was für uns die Zwickmühle Berufstätigkeit kontra Kinderwunsch bedeute, und es müßten Forderungen nach Kinderhäusern etc. aufgenommen werden. Es solle außerdem klar gesagt werden, daß diese Kampagne der Bourgeoisie ein Teil der Faschisierung sei.

6. Ehe, Scheidung, Familie:
Es wurde kritisiert, daß die Forderung „Weg mit der bürgerlichen Familie“ recht unvermittelt an den Absatz herangekloppt sei, wo es vorher nur um das Problem Scheidung gegangen sei. Die gesamte Funktion der bürgerlichen Familie müsse viel genauer behandelt werden. Insbesondere auch die Situation der Kinder in der Familie.

Problematisiert wurde auch, ob die Äußerung „Kampf dem bürgerlichen Eheknast“ nicht zu aufgesetzt ist – diejenigen, die wir damit ansprechen wollten, hätten dafür sicherlich kein Verständnis, es gehe an deren Bedürfnissen vorbei. Es sei außerdem unklar, wann wir eine Beziehung als bürgerlich und wann als fortschrittlich betrachten.

Dem wurde entgegeng gehalten, daß es sich zunächst einmal um eine Analyse der Politik der Bourgeoisie drehe; wenn wir die Funktion der bürgerlichen Familie richtig im Referat analysierten, kämen auch die Forderungen oder Aussagen nicht unvermittelt.

Es wurde vorgeschlagen, noch einen Absatz zum Problem „Gewalt gegen Frauen“ und die Forderung nach Frauenhäusern mit aufzunehmen.

7. Verhütungsmittel, § 218:

Der Teil zum § 218 müsse auf den neuesten Stand gebracht werden, vor allem solle überprüft werden, inwiefern es Tendenzen gibt, die wenigen „Liberalisierungen“ wieder abzubauen.

Zum Thema Verhütungsmittel gab es eine grundsätzliche Kritik am Referat (und auch an der Anmerkung der AG Frauen zu einem Artikel mit diesem Thema in AK 153): es müsse neben den schädlichen gesundheitlichen Auswirkungen der Pille unbedingt betont werden, daß durch sie jederzeitige Verfügbarkeit der Frau für den Mann vergrößert worden sei, und daß deswegen die Pille in jedem Fall abzulehnen sei. Widersprüche gab es auch zu der Frage, ob die Sterilisation von Männern ein anstrengenswertes Ziel sei, Männer hätten schließlich auch ein Recht darauf, Kinder in die Welt setzen zu wollen. Andere Genossinnen vertraten, sie

würden sich eh nicht darauf verlassen, daß ein Mann sagt, er sei sterilisiert – wie sollen sie das kontrollieren?

Die Mehrheit der Frauen schlage sich heute sowieso mit ganz anderen Problemen herum als mit der Sterilisation der Männer, z.B. mit der beschissenen Sexualaufklärung. Letztendlich müsse die Forderung aufgenommen werden nach dem Recht auf Sterilisation von jedermann/jederfrau, unabhängig von Kinderzahl, Familienstand etc.

Auf dem gemeinsamen Plenum am Sonntag sind dann noch einige Ergänzungen zu diesem Teil des Referats vorgeschlagen worden:

- es solle etwas gesagt werden zu den Möglichkeiten gewerkschaftlicher Frauenarbeit und zur Situation der Frauen in der Gewerkschaft;
- es solle noch einmal die Regelung des Mutterschaftsurlaubs analysiert werden, inwieweit zeichnen sich da Vorteile für die Frauen ab;
- es soll die ausdrückliche Forderung aufgenommen werden, daß die Genossinnen sich um Verhütungsmittel kümmern müßten;
- zur Situation der Mütter soll ein extra Abschnitt geschrieben werden;
- zur Lage der Lesben muß eine Ergänzung geschrieben werden;
- zur Situation der Mädchen müsse ein eigener Abschnitt hinzugefügt werden.

AG Öffentlichkeits- und Massenarbeit

AG Öffentlichkeits- und Massenarbeit

Die wesentlichen Diskussionen in dieser Arbeitsgruppe drehten sich um unsere Frauenseiten im AK, um die Politik mit Frauen-Stammtischen und unsere Bündnispolitik.

Zu den Frauenseiten im AK wurde die Frage angesprochen, wen sollen unsere Artikel ansprechen, welche Artikel gehören eigentlich auf die Frauenseiten? In diesem Zusammenhang wurden zwei Artikel aus jüngerer Zeit kritisiert: der Artikel zu Zwischenbilanz in der Frauendiskussion und der Artikel „Die Scham ist vorbei (keine Buchbesprechung)“.

An dem Zwischenbilanzartikel wurde kritisiert:

- der Artikel sei im AK ganz fehl am Platz, solche Dinge gehörten eher in einen Rundbrief, das interessiere doch unsere Leserinnen nicht;
- der Artikel behindere den AK-Verkauf, weil man die Frauen damit gar nicht ansprechen könne;
- der Artikel sei eine Aneinanderreihung von Positionen ohne Auseinandersetzung damit – dadurch werde die Frauendebatte unpolitisch behandelt;
- die Aufzählung der Berichte, überhaupt der ganze erste Teil sei langweilig, sage nichts aus;
- der Artikel gebe keinen Überblick über die Situation in der Frauendebatte;
- viele Genossinnen würden den Artikel gar nicht diskutieren, sondern nur so nebenbei zur Kenntnis nehmen. Viele müßten erstmal mit der Nase draufstoßen erstmal. Das wäre doch anders, wenn der Artikel andere Inhalte hätte;
- jegliche inhaltliche Auseinandersetzung fehle vollkommen;
- in dem Artikel werde eine pauschale Orientierung auf Frauenzellen gegeben (wir hatten zum Schluß zwei Beispiele angeführt, wo infolge der Frauendiskussion zwei Frauenzellen gegründet wurden, und zwar aufgrund extremen Chauvinismus in der Ortsgruppe, Ann. AG Frauen), es seien keine anderen Beispiele benannt worden, wie die Förderung und Unterstützung der Genossinnen sonst noch aussehen könne; dies sei eine unzulässige Übergewichtung von Frauenzellen;
- wenn in drei Ordnern voller Berichte und Protokolle nicht mehr an Positionen zu finden sei, dann müßten eben wir als AG Frauen eine provokative These reinsetzen, damit die Diskussion mehr in Schwung komme;
- es sei schade, daß der Stellenwert der einzelnen Positionen nicht genauer benannt worden ist. Frau habe Schwierigkeiten, dies nun richtig einzuschätzen.

Diesen Kritiken wurde entgegeng gehalten, daß solche Artikel doch gerade in den AK gehören, da wir die Krisendiskussion in jeder Frage im AK transparent gemacht hätten. Dies zeichne uns doch gerade aus. Zum anderen: es werde von vielen Genossinnen doch immer gewünscht, zu erfahren, was eigentlich mit den Berichten und Protokollen, die sie uns schicken, passiere; warum also wird das kritisiert, wenn es hier gemacht worden ist? An inhaltlichen Positionen könne eben nur so viel drin stehen, wie wir alle selber dazu sagen. Wenn wir unsere Positionen nicht diskutierbar machen, wer sollte es denn tun? Das könne uns niemand abnehmen. Es wurde festgelegt, daß die Kritiken in Form von Leserbriefen und inhaltlich belegt für den AK formuliert werden sollen.

Am Beispiel des Artikels „Die Scham ist vorbei“ wurde kritisiert, daß in letzter Zeit zu viel subjektive Berichterstattung im AK betrieben werde. Es wurde grundsätzlich in Frage gestellt, ob solche Artikel überhaupt in den AK gehören. Eine Genossin vertrat, sie gehörte nur dann rein, wenn die gesellschaftlichen Ursachen für diese Probleme mit aufgezeigt würden. Der Artikel wurde auch verglichen mit dem einer behinderten Genossin zu ihren Problemen. Dabei wurde hervorgehoben, daß dieser Artikel ein viel besseres und positives Beispiel für subjektive Berichterstattung sei. In dem Artikel „Die Scham ist vorbei“ werde nur beschränkt die eigene Situation beschrieben. Als Gegenposition dazu wurde vertreten, daß damit ein Maßstab an den Artikel angelegt werde, dem dieser gar nicht gerecht werden könne. Der Artikel wolle eben nur ein Beispiel aufzeigen, er wolle nur aus der ganz persönlichen Sicht einer Genossin zeigen, wie sie die Krise empfunden hat und damit umgegangen ist. Das biete außerdem für jede von uns die Möglichkeit, die eigene Situation in der Krise zu beschreiben, wie sie die Krise empfunden hat und damit umgegangen ist. Das biete außerdem für jede von uns die Möglichkeit, die eigene Lage zu überdenken und zu überprüfen, wie es eigentlich bei ihr aussieht, wie ehrlich sie an sich und ihre Probleme herangeht. Einigkeit bestand schließlich darin, daß auch subjektive Briefe und Artikel im AK sinnvoll sind.

Schon bei der AG Frauen auf dem Vorkongress war die Arbeit mit Frauenstammtischen angesprochen worden. Viele Genossinnen, die solche Stammtische in ihren Stadtteilen ins Leben gerufen haben (z.T. sogar durch eine Anzeige im Lokalblättchen), stehen vor dem Problem, daß die Frauen dort mal kommen und dann wieder wegbleiben, daß sie oft gar nicht so sehr politische Dinge diskutieren wollen. Festgestellt wurde dann, daß das ja auch kein Wunder ist: wurden die Frauen doch damit angesprochen, daß solche Stammtische die Möglichkeit bieten, „mal in Ruhe einen auszuklönen, sein Bierchen zu trinken, ohne von Männern schief angeguckt zu werden“ und ähnliches. Dann kommen die Frauen natürlich auch mit dieser Erwartung und stehen gar nicht so sehr darauf, die großen politischen Fragen zu diskutieren.

Festgehalten wurde, daß es notwendig ist, unsere Materialien so viel wie möglich auch bei Stammtischen einzubringen. Aber dann mit dem richtigen Fingerspitzengefühl und nicht gleich zehn AKs auf den Tisch knallen. Als positives Beispiel wurde angeführt, daß – wenn z.B. das Thema „Flüchtlinge aus Vietnam“ aufkommt – frau sich gemeinsam alle möglichen Schnipsel aus Zeitungen zusammensuchen könnte, um sich einen Überblick zu verschaffen, was dazu in der Öffentlichkeit vertreten wird. Und da kann man ja auch den AK mit dazu ranziehen. Es kommt eben auch in dieser Frage auf Ort, Zeit und Bedingungen an, wie wir mit unseren Materialien arbeiten. Daß wir sie einsetzen, sollte außer Frage stehen.

Allgemein wurden Stammtische auch als gute Möglichkeit gesehen, z. B. durch ein bestimmtes Thema oder im Kolleginnenkreis eine Gemeinsamkeit unter Frauen herzustellen und weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang wurde auch noch einmal diskutiert, welche Schwierigkeiten gerade Frauen haben, den AK zu verkaufen oder in einer Frauengruppe offen als Kommunistin aufzutreten, auch wenn etliche Frauen wissen, mit wem sie es zu tun haben oder auch den AK lesen. Es gibt hier zwei Gründe, warum der AK dann nicht verkauft wird: zum einen taktische und zum anderen ideologische. Um dem beizukommen, wurde eine Reihe von Möglichkeiten diskutiert. Z. B. könnte frau ja in dem Kreis, in dem sie auch als KB'lerin bekannt ist, dieses Verkaufsproblem mal ansprechen, um sich dann Unterstützung für einen offeneren Verkauf zu holen.

In unserer Bündnispolitik wurden in letzter Zeit Fortschritte in der Frauenpolitik gemacht. Positiv her-

vorgehoben wurden Beispiele aus Schleswig-Holstein, wo eine Zusammenarbeit auch z. B. mit der ASF erreicht wurde, oder aus Bremen, wo gute Verbindungen zu Pro Familia bestehen.

Eine Genossin aus Bremerhaven schilderte eine Kontroverse aus der Ortsgruppe, wo kritisiert worden war, daß sie eine sehr breite Einladung zu einem Kinderfest herausgegeben haben. Von Genossen wurde bemängelt, sie sei zu unpolitisch, das hätte ja jeder rechte Juso schreiben können. Die Frauen haben sich jedoch nicht beirren lassen und der Erfolg ihrer Bemühungen hat ihnen recht gegeben.

Insgesamt wurde festgestellt, daß auch für die Bündnispolitik in der Frauenarbeit die Aussagen des Referats vom Vorkongreß zutreffen.

AG Frauenbewegung und Feminismus

Zur Vorkongreß-Rede kamen aus dieser Arbeitsgruppe folgende Kritiken: Einige Genossinnen bezeichneten die Rede als „platt“, diese Kritik wurde aber leider nicht weiter erläutert.

Es wurde in der Rede auch zu wenig eingegangen auf die psychische Verelendung, denn durch die Arbeitsbedingungen würden wir ja auch im wesentlichen psychisch kaputt gemacht. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage gestellt, was „nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen“ für uns heute bedeute, wir würden doch heute nicht in erster Linie mit proletarischen Frauen zusammenarbeiten, die Frauen der Frauenbewegung wären doch in erster Linie Intellektuelle. Wichtig wäre jedoch, ob jemand sozialistische Politik vertritt.

Es wurde kritisiert, daß zu folgenden Punkten bisher in der Rede noch nichts gesagt ist: Lesben, Sexualität, psychische Gewalt, bürgerliche Familie.

Allerdings appellierten die Genossinnen an sich selber, diese Ergänzungen nicht alle von der AG Frauen zu erwarten, sondern selbst dazu Vorschläge zu formulieren.

Im weiteren Verlauf der Arbeitsgruppe wurden einzelne Themenkomplexe intensiver diskutiert.

Unsere Stellung zum Feminismus:

Was ist Feminismus, fragten sich die Genossinnen. Es gäbe reformistischen, militanten, sozialistischen Feminismus; der Begriff sei schillernd. Eine Genossin meinte, in keinem anderen europäischen Land würde so eine Trennung zwischen Feminismus und Kommunismus gemacht wie hier; in anderen europäischen Ländern würden sich die Revolutionärinnen alle auch als Feministinnen bezeichnen, nur hier würde so eine strikte Trennung gemacht, und in Italien z. B. hätten die Frauen der revolutionären Organisationen diese komplett verlassen.

Es wurde vertreten, wir hätten Beharrungssängste zum Feminismus, und plett verlassen.

Es wurde vertreten, wir hätten Beharrungssängste zum Feminismus, und einige Genossinnen würden sich auch selber gerne als Feministinnen bezeichnen wollen.

Aus unserer Kritik an der Walpurgisnacht wurde abgeleitet, wir würden den Feminismus insgesamt als reaktionär abstempeln. Aber etliche Frauen aus der Frauenbewegung, die auch die sozialistische Revolution wollen, würden sich auch als Feministinnen bezeichnen, Frauen, die eine korrekte Politik betrieben; eine Genossin sagte dazu: „Ich kenne in der Praxis keine Frauen, die sagen, für mich ist der Hauptwiderspruch der Mann“.

Von anderen Genossinnen wurde vertreten, für uns als Kommunistinnen läge der Hauptwiderspruch eben zwischen Lohnarbeit und Kapital, wobei das aber nicht zur Ausrede werden dürfe, der Frauenpolitik einen mangelnden Stellenwert zuzuweisen und sie als ein Feld unserer Arbeit wie z. B. Kulturpolitik oder Anti-AKW-Bewegung zu behandeln.

Eine andere Genossin meinte, der Feminismus existiere nur in den industrialisierten Ländern; in Ländern wie z. B. Südafrika stelle sich die Frage des Feminismus aber gar nicht, dort sei der Rassismus das alles beherrschende Problem.

Unklar, so meinten Genossinnen, wäre unser Verhältnis zur feministischen Bewegung; wenn wir in der Rede sagen, wir müßten eine eigenständige Frauenpolitik entwickeln, wie soll dann unser Verhältnis zur Frauenbewegung sein.

Unsere Analyse der Entwicklung der Frauenbewegung steht noch aus.

Unklar war auch, welche Auseinandersetzungen es in der Frauenbewegung gegeben hat, die zur veränderten Haltung der Frauenbewegung im deutschen Herbst '77 gegenüber ihrer Politik im Frühjahr '77 geführt hätten.

Diskussion Schwarze Botinnen, Walpurgisnacht

Im Zusammenhang mit der Rede gingen wir auf die verschiedenen Phasen in der Frauenbewegung ein und auf die Faktoren, die zur Walpurgisnacht 1977 führen konnten.

Die in der Rede angesprochene Gefahr der Entpolitisierung und daß die Schwarzen Botinnen zeitweise in der Frauenbewegung die Oberhand bekommen hätten, wurde bezweifelt. Durch unseren Offenen Brief und Boykottaufruf gegen die Schwarzen Botinnen hätten wir die Frauen zu einer Solidarisierung gedrängt. Bei der Walpurgisnacht wäre das genauso gemacht worden, wir hätten die Teilnehmerinnen an der Walpurgisnacht 1977 als reaktionär abgestempelt, es wäre kopflos reagiert worden. Dabei wurde allerdings auch eingeräumt, daß die damaligen AK-Artikel oft in der Praxis falsch umgesetzt worden wären. Daß es einen politischen



Wandel in der Frauenbewegung vom Frühjahr '77 zum Herbst '77 gegeben habe, wäre „Geschichtsklitterei“, denn z. B. in Göttingen wären die Trägerinnen der Walpurgisnacht '77 und der Antirepressionskampagne '77 personell identisch.

Der Vorwurf der Gleichsetzung von feministischen und reaktionären Frauen wurde von etlichen Genossinnen zurückgewiesen, u. a. mit dem Argument, wir wüßten zu unterscheiden zwischen Initiatoren und Teilnehmern einer Aktion.

Zur Zeit der Walpurgisnacht '77 hätte eine rechte Strömung die Oberhand gehabt und bestimmt, was in der Frauenbewegung läuft. Das Unternehmen Walpurgisnacht '77 sei aus dem Münchner Kongreß heraus Anfang 1977 propagiert worden, ebenso seine inhaltlich-politische Stoßrichtung. Die Schwarzen Botinnen wäre in der Lage gewesen, in der Frauenbewegung eine derartige Stimmung zu verbreiten, daß Frauen, die als links galten, rausgekanzt worden wären aus Treffen. Bei einem Frauenprojekte-Treffen wären z. B. die „Protokolle“/Münster unter Druck gesetzt worden.

Wir wären aus 218-Treffen rausgekanzt worden, wobei kennzeichnend für das Klima war, daß ein großer Teil der Frauen uns außerhalb des Tagungsraumes ihr Bedauern über diese Entscheidung, die sie selbst mitgetragen hätten, bekundet hätten.

Eine wichtige Frage für die Diskussion der Artikel ist die Kenntnis darüber, wie damit gearbeitet worden ist. Darüber hat es, obwohl z. B. im Zusammenhang mit der Schwarzen Botin von der AG Frauen gefordert, keine Berichte gegeben.

Einige Genossinnen warfen die Frage auf, ob nicht aus der Kritik z. B. an unseren Walpurgisnacht-Artikeln die Angst spräche, Standpunkte

Einige Genossinnen warfen die Frage auf, ob nicht aus der Kritik z. B. an unseren Walpurgisnacht-Artikeln die Angst spräche, Standpunkte zu vertreten, die wir eigentlich für richtig halten, oder auch die Angst, dann als KB'lerinnen erkannt zu werden. Die Genossinnen hätten die Ghettosituation, in der wir uns als Kommunistinnen befinden, schon so verinnerlicht, daß sie die Standpunkte, die wir vertreten und die sie eigentlich auch richtig finden, hinterfragen aus lauter Angst, mit ihnen im Frauenzentrum nicht landen zu können, obwohl die Angst oft auch übertrieben ist.

Bei unseren Schwierigkeiten in der Frauenbewegung gerade zu diesem Zeitpunkt hätten der damals besonders verbreitete Antikommunismus und sektiererische Fehler unsererseits oder Fehler anderer K-Gruppen, die dann als typisch für alle angesehen wurden, zusammengewirkt.

Mit der Erfahrungen einer massiven Ablehnung durch Teile der Frauenbewegung hätte sich bei vielen Genossinnen eine Übervorsichtigkeit entwickelt.

Eine Genossin vertrat: Der Schwenk, den wir in der Frauenpolitik angeblich gemacht hätten, sei, wenn überhaupt, dann ein Schwenk in der Bündnispolitik.

Alice Schwarzer und „Der kleine Unterschied“

Von der überwiegenden Mehrheit der Genossinnen wurde der Artikel als grundsätzlich richtig anerkannt. Allerdings, so meinten sie, wären Zitate aus dem Zusammenhang gerissen, der Artikel wäre undifferenziert, nur die negativen Sachen rausgezogen und die positiven Seiten des Buches wären unterzogen worden.

So sei es z. B. eine Tatsache, daß der Kinsey-Report nicht so breite Kreise erreicht habe wie „Der kleine Unterschied“.

Das Buch hätte vielen Frauen viel gebracht, nicht die Theorien von

Alice Schwarzer, aber die Beschreibungen im ersten Teil des Buches. Die durch dieses Buch vielen Frauen vermittelte Erkenntnis, daß die Vorstellung vom vaginalen Orgasmus ein Mythos ist, werde in dem Artikel kurz abgetan.

Die Bemerkung, mit der im Artikel auf den Preis des Buches eingegangen wird, wurde als Stimmungsmache bezeichnet.

Einige Genossinnen meinten dann, durch die Kritik an Alice Schwarzer in dem Artikel sei bei uns im KB die Diskussion der persönlichen Situation abgeschnitten worden. Wenn man einen Artikel schreibe, müsse man sich auch überlegen, wie der einschlage. Die Durchsetzung der Frauenpolitik wäre im KB durch den Artikel schwieriger geworden.

Es wurde dann thesenartig die Frage gestellt: „Seht ihr zwischen dem Abschwung unserer Frauenpolitik und dem Alice-Schwarzer-Artikel einen Zusammenhang?“

Eine Genossin erweiterte diese These, indem sie sagte, die Folge von Artikeln wie: Kritik an Alice Schwarzer, Schwarze Botin, Kräuter-Artikel und Artikel zur Walpurgisnacht hätten zum Niedergang unserer Frauenpolitik geführt.

Eine Aufarbeitung der damaligen Entwicklung vor Ort, an der diese These überprüfbar wäre, steht allerdings noch aus.

Die Mehrheit der Genossinnen verteidigte im Gegensatz dazu nach wie vor den Artikel; sie meinten, Alice Schwarzer hätte gewußt, zu welchem Zeitpunkt sie ein derartiges Buch herausgebracht habe. Die gesellschaftliche Situation, in der dieses Buch die Frauenbewegung erwischte, wäre die der Resignation nach einem weitgehend verlorenen Kampf gegen den § 218 gewesen, es habe eine Stimmung der Ratlosigkeit geherrscht. Selbsterfahrung als wichtigster Teil der Arbeit wäre in der Frauenbewegung angesagt gewesen.

Das Buch wäre zur Ausrichtung der Arbeit der Frauenbewegung gedacht gewesen und habe auch mit dazu geführt. Auch in Teilen der Organisation habe es eine Konzentration der Diskussion über Sexualität und Beziehungsfragen gegeben.

Eine Trennung zwischen den Erfahrungsberichten und den daraus von Alice Schwarzer entwickelten Theorien wäre nicht legitim. Gerade wir als Kommunistinnen könnten nicht unpolitisch an dieses Buch, das auch gar nicht unpolitisch gemeint gewesen sei, herangehen; wir müßten das Buch, in dem die Sexualität als Hauptansatzpunkt für die Befreiung der Frau propagiert worden wäre, schon ganz lesen, wie es im übrigen auch die meisten Kolleginnen getan hätten. Die Genossinnen wären in ihren Sex- und Beziehungsdiskussionen Alice Schwarzer genau auf den Leim gegangen, indem sie die Diskussion individuell und unpolitisch geführt hätten und damals z. B. auch nicht im AK über ihre Diskussionen berichtet hätten.

AG innerorganisatorische Strukturen

AG innerorganisatorische Strukturen

Dies war von allen vier AGs mit 60 Genossinnen die größte Arbeitsgruppe. Hauptdiskussionsthemen waren die Themen „Frauenzellen“ und die Frage der „automatischen Beurlaubung“ von Genossen bei körperlicher Gewalt gegenüber Frauen.



Zu Beginn stellten mehrere Genossinnen dar, wie es zur Gründung einer Frauenzelle in ihren Bezirks- oder Ortsgruppen gekommen ist. Dabei stellte sich heraus, daß wir heute drei verschiedene Formen von Frauenzellen im KB haben:

1. Die Grundeinheit Frauenzelle:

Hier sind alle Genossinnen einer Ortsgruppe oder Bezirksgruppe organisiert, das heißt, die ganze Gruppe ist nach Geschlechtern getrennt organisiert. Der Grund dafür liegt in der Regel in unerträglichem Chauvinismus der männlichen Mitglieder der Gruppe, so daß den Genossinnen eine weitere gemeinsame Arbeit nicht zugemutet werden konnte. Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit dieser Frauenzellen liegt nicht unbedingt auf der Frauenpolitik, sondern umfaßt alle Bereiche der örtlichen Politik.

2. Die Frauenzelle mit Schwerpunkt Frauenpolitik: Diese Zellen sind eine Zwischenform zwischen den oben genannten Frauenzellen und einer KB-Frauengruppe. Hier sind (z. B. bei den SSB-Studentinnen) Genossinnen organisiert, die ausschließlich Frauenpolitik machen,

zusammen mit Genossinnen, die aufgrund von Schwierigkeiten aus ihrer Zelle rausgegangen sind und sich zusammen mit Frauen organisieren wollten. Der Schwerpunkt der politischen Arbeit dieser Frauenzelle liegt also auf der Frauenpolitik, es sind jedoch nicht alle Genossinnen dort grundorganisiert. Positiv wurde hervorgehoben, daß Genossinnen, die bisher noch keine Frauenpolitik gemacht haben, gerade durch die Mitarbeit in dieser Zelle dafür agitiert wurden und sich nun auch dafür engagieren.

3. Frauenzellen im Sinne von KB-Frauengruppen (wie wir es in AK 137 benannt haben): In diesen Frauenzellen sind nur Genossinnen organisiert, die Frauenarbeit als Schwerpunkt in ihrer politischen Arbeit begreifen und darin auch eine Anleitungsfunktion für die Ortsgruppe oder den Bezirk wahrnehmen. Diese Frauenzellen sind in den anleitenden Gremien auch mit Delegierten vertreten oder nehmen zum Teil auch mal geschlossen an anleitenden Terminen teil, wenn sie es für nötig halten.

Allen Frauenzellen ist u. a. das Ziel gemeinsam, die Arbeitsbedingungen der Genossinnen zu verbessern. Immer wieder werden Frauen nicht ernst genommen, erhalten in der politischen Arbeit eine Sekretärinnen-Rolle oder Handlanger-Funktionen. Ihre politische Arbeit unter Kolleginnen wird nicht anerkannt. Teilweise haben dies die Genossinnen selber schon so verinnerlicht, daß sie lieber Gewerkschaftsarbeit (und dann eben nicht im Frauensektor) machen oder sich mit Fragen des Internationalismus beschäftigen und den „Krampf“ mit der Frauenpolitik ablehnen – warum denn auch, sie meinen ja, sie seien emanzipiert.

Viele Genossinnen haben nun auf Frauen-VVs oder Terminen der neuen Frauenzellen die Erfahrung gemacht, daß sie dort viel eher in der Lage waren, ihre Probleme und Unklarheiten ehrlich auf den Tisch zu packen und zur Diskussion zu stellen. Sie haben sich z. B. vorgenommen, im Rahmen der Frauenzelle oder auf Frauen-VVs regelmäßige Schulungen zu bestimmten Fragen zu machen, und zwar in der Art und Weise, daß auch „dumme Fragen“ beantwortet werden, ohne daß frau sich ihrer „Dummheit“ zu schämen braucht.

Aus Kiel wurde berichtet, daß die Genossinnen seit geraumer Zeit sich aus den Diskussionen mit den Männern zurückgezogen haben, daß sie keine Lust mehr zu dem ständigen Clinch haben. Die Genossinnen der Frauenzelle dort haben sich aus den Diskussionen der Ortsgruppe im großen und ganzen zurückgezogen.

Hierauf bezogen meinte eine Genossin, das könne sie gut verstehen, es sei auch nicht unsere Aufgabe, den Männern die Frauenpolitik zu servieren. Wenn es z. B. eine Männerzelle gäbe, würden wir sehr dahinter her sein, was die dort wohl diskutieren – eine entsprechende Haltung sollten doch auch mal die Genossen in Bezug auf die Frauenzellen zeigen. Sie hätte jedenfalls auch keine Lust mehr, sich

doch auch mal die Genossen in Bezug auf die Frauenzellen zeigen. Sie hätte jedenfalls auch keine Lust mehr, sich mit den Männern abzusabbeln, wenn die was wollten, könnten sie ja kommen, wenn nicht, sei ihnen auch nicht zu helfen.

Dem wurde entgegengehalten, daß gerade die Verschärfung der Debatten – auch mit den Genossen – unsere Aufgabe sei, in die wir uns umso besser stürzen können, je besser wir uns gemeinsam vorbereitet haben.

In einem Hamburger Bezirk (Barmbek) z. B. hatten die Genossinnen die Nase voll von der Arroganz vieler männlicher Mitkämpfer und hatten zum Teil schon soweit resigniert, daß sie die politische Arbeit gänzlich an den Nagel hängen wollten. Die Frauendiskussion und -arbeit hat mit Einrichtung der Frauenzelle zu einem starken Aufschwung der Genossinnen geführt, zu einem wesentlich engagierteren Eingreifen in alle Debatten.

Im Zusammenhang dieser Diskussion wurde von einigen Genossinnen vertreten, wir sollten Frauenzellen für Genossinnen als grundsätzlich notwendige Organisationsstruktur mit ins Statut aufnehmen. Frauenzellen seien eine wesentliche Voraussetzung zur Entwicklung unseres Bewußtseins. In einem kurz nach dem Wochenende geschriebenen Papier formulieren zwei Genossinnen es so: „...daß nicht nur im ‚Notfall‘ Frauenzellen eingerichtet werden sollen, sondern nur dort nicht, wo besonders gute Bedingungen sind (...). Dieses leiten wir aus der Tatsache ab, daß die doppelte Unterdrückung für jede Frau existiert. (...) Langfristig streben wir die doppelte Organisation der Genossinnen an (nach MC-Vorbild).“ In einem anderen Papier heißt es: „Letztendlich ist uns klar, daß wir mit den Männern zusammen kämpfen. Doch dieses gemeinsam ist ein langfristiges Ziel, ähnlich wie die Revolution ein lang-

fristiges Ziel ist, doch auf dem Weg dahin ist eine autonome Frauenstruktur im KB durchaus sinnvoll.“ Eine Genossin hielt dem entgegen, daß es sicherlich im konkreten Fall denkbar und richtig sei, Frauenzellen einzurichten, wandte sich aber gegen jede schematische und prinzipielle Vorgehensweise. Es sei sicherlich notwendig, untereinander mehr Schulungen u. ä. zu machen, zumal sicherlich viele Genossinnen organisiert wurden, ohne das notwendige „Rüstzeug“ für die Arbeit in einer kommunistischen Organisation erhalten zu haben. Diesen Mangel könnten sicherlich auch Frauentreffen, Schulungen unter Frauen usw. beheben helfen. Ebenso könnten Frauenzellen zur direkten Unterstützung der Frauenarbeit eine sinnvolle Sache sein. Sie wandte sich aber entschieden gegen eine prinzipielle Verankerung dieser Strukturen im Statut und meinte, Frauenzellen seien eine „Notlösung“ und nicht als langfristige Einrichtung in der Organisation nötig. Sie betonte, daß es sehr gefährlich sei zu denken, eine autonome Organisation würde automatisch unsere Probleme lösen. Wir müßten auch mal selbstkritisch an das Verhalten untereinander herangehen (Konkurrenzdenken, Unehrllichkeit ...).

Wir haben von der AG Frauen aus betont, daß es sich bei dieser Auseinandersetzung offenbar um einen Widerspruch zu einer Aussage unseres Referats handelt, in der gesagt wird, daß für uns langfristig gilt, die Frauenpolitik zur Sache der gesamten Organisation zu machen. Um dazu zu kommen, sind aber ganz bestimmte Unterstützungsmaßnahmen notwendig, deren Bestehen zeitlich heute gar nicht festgesetzt werden kann. Wir finden es völlig gleichgültig, ob eine



Ortsgruppe oder ein Bezirk Frauenzellen, fraktionelle regelmäßige Frauentreffen oder was sonst einrichtet, um die Frauenpolitik voranzubringen bzw. um die Genossinnen zu stärken. Eine Genossin mag in der Lage sein, dem Mackertum der mit ihr in der Zelle organisierten Genossen contra zu geben – andere Genossinnen können dazu zur Zeit einfach keine Kraft mehr haben, fühlen sich dazu eben nicht in der Lage. Wenn sich solche Genossinnen nun in einer Frauenzelle organisieren, dann ist das weder ein Rückzug noch eine Entpolitisierung, sondern eine einfache Hilfsmaßnahme, die schon allein deswegen zu begrüßen ist, weil sich die Genossinnen dann eine Möglichkeit schaffen, nicht klein beizugeben, von daher wenden wir uns auch gegen ein schematisches Abtun von Frauenzellen als Zeichen der Entpolitisierung.

her wenden wir uns auch gegen ein schematisches Abtun von Frauenzellen als Zeichen der Entpolitisierung.

Wir haben festgelegt, daß zu dieser Kontroverse die längst fälligen schriftlichen Diskussionsbeiträge der Genossinnen unbedingt rasch angepackt werden müssen. Von einigen Bereichen haben wir gehört, daß jede Genossin, die auf der „DK“ dabei war, ein eigenes Protokoll macht, damit die Eindrücke möglichst vielfältig zusammenkommen. Das ist eine gute Möglichkeit, die Diskussion voranzubringen – am schönsten wäre es, wenn diese Beiträge gleich in Artikelform für AK oder UNSER WEG verwendbar wären.

Automatische Beurlaubung – ja oder nein?

Wir haben in unserem Referat auf dem Vorkongreß im Falle von Gewalttätigkeiten von Seiten der Genossen gegenüber Frauen deren automatische Beurlaubung gefordert. Diese Formulierung kam dadurch zustande, daß wir in der Zeit davor zum Teil erhebliche Schwierigkeiten hatten, unsere Forderung nach Beurlaubung eines Genossen wegen extremer Frauenfeindlichkeit durchzusetzen, obwohl dazu Beschlüsse von AG Frauen und ZRK vorlagen. Die Sache war von den verantwortlichen Genossen verschleppt worden, so daß man – als die Sache rauskam – vor der Situation stand, daß der Anlaß für die Beurlaubung schon eine ganze Zeit zurücklag. In diesem Zusammenhang wurde dann sinngemäß gesagt: Das ist jetzt schon so lange her – dafür kann man den Genossen doch jetzt nicht mehr beurlauben. Und außerdem ist er im Moment in seinem politischen Arbeitsfeld unentbehrlich. Gegen diese frauenfeindliche Haltung sind wir damals Sturm gelaufen und haben infolge dieser negativen Erfahrungen die Formulie-





„automatisch“ eingebaut. Wir wollten eben damit sicherstellen, daß es nicht mehr von solchen opportunistischen Erwägungen abhängt, ob jemand nun beurlaubt wird oder nicht.

Wir müssen nun im Nachhinein feststellen, daß diese Formulierung zwei wichtige Nachteile hat. Zum einen ist es eine prinzipielle Erwägung: Einen Automatismus kann es in einer kommunistischen Organisation in der Beurlaubung gar nicht geben. Muß doch jeder Fall geprüft und entschieden werden, und zwar nicht von irgendjemand, sondern von der Leitung auf der Grundlage klarer Tatsachen. Das ist auch keine frauenspezifische Frage, sondern gilt für jede Beurlaubung.

Zum anderen ist in letzter Zeit in

zwei Fällen mit dem Automatismus in der Beurlaubung Schindluder betrieben worden. In einem Fall hat sich ein Genosse nach dem Vorkongreß, wo er von unserer Forderung gehört hatte, an uns gewandt, weil er seine Freundin vor einiger Zeit mal grob angefaßt hatte. Obwohl er die Sache bedauerte und schon quasi mit der Selbstkritik (die auch glaubhaft war) in der Hand zu uns kam (ohne daß seine Freundin ihn dazu gedrängt hatte), verlangte er seine sofortige Beurlaubung. Das hatte nun weniger den frauenspezifischen Hintergrund als vielmehr das Bedürfnis, die eigene Krise während dieser Beurlaubung mal aufzuarbeiten. Hier ist also Frauenfeindlichkeit als Vorwand benutzt worden, um mit den eigenen Schwierigkeiten fertig zu werden.

In einem anderen Fall wurde ein Genosse – ohne überhaupt die Leitung zu informieren – „beurlaubt“, weil er angeblich eine Frau geschlagen hatte. Als der Sache nachgegangen wurde, stellte sich heraus, daß es sich um eine Auseinandersetzung gehandelt hatte, wo es um einen Streit um ein Kind ging. Der Genosse hatte

dieses Kind auf dem Arm, sollte es loslassen, weigerte sich und wurde daraufhin von mehreren – sowohl Männern als auch einer Frau – angegriffen. Als er sich wehrte (immer noch mit dem Kind auf dem Arm!), kriegte er auch die Frau eins ab.

Es ist nun sicherlich vorstellbar, daß diese Beispiele, wo die Formulierung der „automatischen Beurlaubung“ nicht korrekt angewandt wurde, auch in Fällen vorkommen können, die nichts mit Frauenfeindlichkeit zu tun haben, sondern wo es einfach um die Handhabung der Beurlaubung geht. Wir würden sicherlich in jeder Frage, wo wir eine automatische Beurlaubung fordern, schnell Beispiele finden, wo damit Schindluder betrieben wird. Genau deswegen kann in einer kommunistischen Organisation gar niemand „automatisch“ beurlaubt werden.

Viele Genossinnen befürchteten nun, daß durch die Streichung des Wortes „automatisch“ eine Abschwächung unserer Aussage eintrete. Durch diese Formulierung käme doch gerade unsere Entschlossenheit in dieser Frage am besten zum Aus-

druck – da wisse jeder Bescheid, daß er sich Gewalt gegen Frauen eben nicht leisten kann.

Eine Genossin vertrat auch, daß sie es auch ganz richtig findet, nicht erst die Leitung fragen zu müssen, wenn ein Genosse sie oder eine andere Frau geschlagen hat, dann will sie von sich aus die Möglichkeit haben, diesen Genossen zu beurlauben. Sämtliche Recherchen usw., die Umstände, könnten ja dann in der Zeit der Beurlaubung geprüft werden. Wenn sich dann herausstellen sollte, daß die Beurlaubung zu Unrecht ausgesprochen wurde – auch kein Beinbruch.

In bezug auf das zweite Beispiel, das wir oben genannt haben, meinte eine Genossin, für sie sei es ganz egal, unter welchen Umständen eine Frau eine gewischt gekriegt hätte – geschlagen sei geschlagen, und dann müsse eben auch beurlaubt werden.

In bezug auf das erste Beispiel meinte eine Genossin, Taktiker von der Sorte könnte es ja häufig geben, die dann scheinheilig bei der AG Frauen ankommen und die reuigen Sünder markieren. Darauf könne

frau doch nichts geben. Also sei auch das kein Argument für die Streichung des Wortes „automatisch“.

Wir konnten uns in dieser Frage nicht einig werden und sind so verblieben, daß die AG Frauen eine veränderte Formulierung vorlegt, aus der unsere Haltung klar wird.

Abschließend möchten wir aber doch nochmal ganz großen Wert darauf legen (und das richtet sich vor allem an die Chauvis, die denken könnten, sie kämen jetzt leichter davon), daß unsere Haltung nach wie vor die ist: Jeder Genosse, von dem sich herausstellt, daß er gewalttätig gegenüber einer Frau geworden ist, wird beurlaubt! Aber klar doch!

AG Frauen, Hamburg



KB-Frauenpolitik: Wie rauskommen aus der Sackgasse? Erfahrungsbericht

Mit dem Erscheinen des AK-Artikels „KB-Frauenpolitik in der Sackgasse?“ (AK 137) haben wir (einige Bereiche und Bezirke der Hamburger Organisation, die anleitend tätig sind) verschiedene Erfahrungen und Schwierigkeiten durchlebt, die wir Euch (besonders den Genossinnen) vermitteln möchten.

Mit dem Entstehen der KB-Frauenpolitik 1975 haben wir starke Frauenstrukturen aufgebaut. In allen Bereichen und Bezirken gab es regelmäßige Treffen der Genossinnen, überall waren Frauenverantwortliche, die sich ebenfalls trafen und die Arbeit der Frauengruppen diskutierten. Die Qualifikation der Genossinnen wurde durch Schulungen (zu allen Fragen) vorangetrieben. In dieser Zeit wurde von den Genossinnen durchgesetzt, daß Frauen in die anleitenden Gremien des KB aufgenommen werden. Die Anleiterinnen in unseren Bereichen und Bezirken sind fast alle die gleichen geblieben, sie stellten bis zur Krise die Hälfte in den anleitenden Gremien. Mit dem Niedergang der Frauenbewegung und dem zunehmenden Auseinanderfallen der Frauengruppen sind auch die Frauenstrukturen zusammengebrochen, und eine besondere Qualifizierung der Genossinnen hat soweit abgenommen, daß nicht einmal mehr die Frauenseiten im AK diskutiert wurden.

Mit dem „Sackgassen“-Artikel haben die anleitenden Genossinnen erneute Versuche unternommen, die

Mit dem „Sackgassen“-Artikel haben die anleitenden Genossinnen erneute Versuche unternommen, die Frauenpolitik und -strukturen wieder zu beleben. Eine Genossinnen-Vollversammlung wurde zur ersten Diskussion des Artikels durchgeführt. Wir stellten fest, daß die Krise der Frauenbewegung und das Einstellen unserer Frauenarbeit die Genossinnen im Selbstbewußtsein ihrer politischen und persönlichen Situation um Jahre zurückgeworfen haben und den männlichen Genossen damit ein neuer Vorsprung gegeben wurde bzw. sich wieder alte Positionen wie Chauvinismus oder die Ignoranz der Frauenfrage ausbreiteten. Der Haupttenor unserer VV war: „Unser Selbstbewußtsein durch verstärkte Schulung, Diskussion und Eigeninitiativen in allen Bereichen, in denen wir arbeiten, entwickeln“. Es gab auch die Tendenz, „die Männer sind schuld an unserer Situation; sie leiten uns nicht an“ oder die „Frauenfrage ist Sache der Genossinnen allein, jede muß selbst sehen, daß sie sich emanzipiert“. Wenn auch schließend, so hatte doch die VV zur Folge, daß die Situation der KB-Frauenpolitik auf allen Vollversammlungen in den Bereichen und Bezirken diskutiert wurde. Ebenfalls wurden die Frauenstrukturen in den Bezirken wieder belebt, wenn auch unregelmäßig. Verantwortliche Genossinnen für die Frauenpolitik wurden neu gewählt oder vorläufig bestimmt und das Frauenverantwortlichen-Treffen wieder eingeführt. Im weiteren führten wir Genossinnen-Vollversammlungen zum Kongreßreferat der AG Frauen und dem MC-Interview (autonome Frauenstrukturen) durch. Diese Fragen wurden dann auch mehr oder weniger gut in den Bereichen diskutiert.

Auf dem Frauenverantwortlichen-Treffen haben wir zur Zeit unseren Schwerpunkt auf Grundlagenschulungen zur Frauenfrage gelegt; siehe auch weiter unten. So haben wir Clara Zetkin: „Nur mit der proletari-

schen Frau kann der Sozialismus siegen“ und Karin Bauer: „Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung“ geschult.

Diskutiert wurde die Fragestellung (der AG Frauen in einem Rundbrief vom 5.10.78 „Wie geht's weiter in der KB-Frauenpolitik“): „Wo wird noch Frauenarbeit gemacht? Wie sah unsere Arbeit in den Frauengruppen aus? Wenn keine Frauengruppen mehr existieren – woran sind diese eurer Meinung nach gescheitert bzw. wo lagen unsere Fehler?“

Nennenswerte Aufarbeitungen hat es im Metallbereich und vereinzelt von Genossinnen, die in Frauengruppen arbeiten, gegeben. Dies zeigte sich auch deutlich in den Rechenschaftsberichten der Bereiche, wo die Frauenfrage kaum untersucht wurde und hier die geringsten Aussagen gemacht wurden. „KB-Frauenpolitik immer noch in der Sackgasse?“

Allgemein spiegeln die Berichte eine breite Resignation und wenig Bereitschaft wider, die praktische Arbeit auszuwerten. Im Januar 1979 haben wir (die anleitenden Genossinnen) einen ersten Zwischenbilanzbericht unserer Diskussion vorgelegt. Wir stellten fest, daß nur eine frauenverantwortliche Genossin (von sechs Bereichen) die Frauenfrage in ihrem Beitrag „Wie geht's weiter im KB ...“ zur Debatte stellte. Kritik am Bereich führte und einen Rechenschaftsbericht erarbeitete, der die Entwicklung kritisch von allen Seiten beleuchtete und mit der Einschätzung endete: „... daß es seit der Vernachlässigung der Frauenfrage im KB eine zunehmende Entpolitisierung und Liquidierung der praktischen Ansätze gegeben hat“. Nur ein weiterer Bericht einer Genossin aus Harburg greift die sektiererische Politik der Bezirksanleiter auf. Diese hatte während der Bürgerschaftswahl durch permanenten Druck versucht, eine Frauengruppe zur Teilnahme an der Wahl zu zwingen.

Der Zwischenbilanzbericht zeigt im weiteren, daß Widersprüche in der Frauenpolitik in allen Bereichen vorhanden sind, diese aber nicht ausformuliert zur Diskussion gestellt werden. Offensiver wurden Fragen des Geschlechterkampfes, Anerkennung der persönlichen Probleme der Genossinnen als politische Probleme oder auch die Unterdrückung der Genossinnen (häufig auf Gefühls- oder in Klimadiskussionen) in der Organisation nur von wenigen Genossinnen diskutiert. Demgegenüber wurden Ansätze zur Bündnispolitik, Massen- und Öffentlichkeitsarbeit so gut wie gar nicht mehr diskutiert. Konkret zeigte sich diese Tendenz zum Jahrestag der § 218-Kampagne und zum 1. Mai. Die meisten Genossinnen hatten keine Lust und die Frauengruppen, soweit sie noch bestehen, noch weniger, sich hierfür einzusetzen.

Erst mit dem MC-Interview im AK (autonome Frauenstrukturen) lebten die Widersprüche der Genossinnen innerhalb der Organisation wieder auf. In diesem Zusammenhang kam auch die Diskussion in einigen Bereichen und Bezirken um die Bildung von Frauengruppen auf. Begründungen im wesentlichen, „... wir können mit den Männern nicht mehr zusammenarbeiten“ oder „... wir müssen uns erstmal selbst stärken und wieder zu uns finden ...“. Letzteres wurde nur selten so ehrlich gesagt. Von einigen Genossinnen aus verlief diese Ausein-

dersetzung (dies bezieht sich auf unsere Bereiche) oft mit unsolidarischen Angriffen auf männliche Genossen. So wurde bereits die Tatsache, daß ein Bezirksanleiter eine Frauenverantwortliche nach dem Stand der § 218-Kampagne fragte, als falsche Herangehensweise an die Frauenfrage interpretiert. Oder es wurde einzelnen Genossen der Stempel „frauenfeindlich“ aufgedrückt und dies in einer üblen Gerüchteküche innerhalb und außerhalb der Organisation – nur nicht mit dem entsprechenden Genossen selbst – „ausgetragen“.

Zu den oben genannten Widersprüchen bzw. Tatsachen, daß ein nicht geringer Teil von Genossinnen die Frauenfrage boykottiert, schreiben wir in unserem Rundbrief: „Frauentreffs können nur auf der Basis der Freiwilligkeit einberufen werden, und es ist Aufgabe der aktiven Genossinnen, Überzeugungsarbeit in der Frauenfrage zu leisten. Allerdings sind wir grundsätzlich der Meinung, egal ob eine Genossin in der Frauenpolitik aktiv ist oder nicht: Innerhalb der Organisation erwarten wir von allen Frauen eine aktive Politik in der Frauenfrage. Ob es um die Auseinandersetzung mit den männlichen Genossen oder um politische Frauenkampagnen geht, bleibt sich gleich“.

Die Diskussion um die Forderung nach Frauenzellen haben wir bislang sehr differenziert geführt, wir sind der Meinung, daß in jedem Einzelfall die Bedingungen untersucht werden sollten. Als Prinzip lehnen wir diese Einrichtungen für eine kommunistische Organisation ab. Über unsere Frauenstrukturen haben wir versucht, jede mögliche Stärkung für die Genossinnen zu geben, in St. Pauli haben wir selbst eine Frauenzelle eingerichtet, um Genossinnen, die die Organisation verlassen wollten, für unsere Arbeit wieder zu gewinnen. Frauenzellen sind für uns nicht gleich „Geschlechterkampf“ oder „feministisch“, wenn wir diese auch als Ausdruck einer Entpolitisierung der gesamten Organisation in der Frauenfrage sehen. In erster Linie kommt es allerdings für uns darauf an, die bestmöglichen Bedingungen für die Genossinnen zu schaffen, ihre politische Arbeit (weiter) zu entwickeln. Dabei können Frauenzellen durchaus zweckmäßig sein.

Bezeichnenderweise verläuft diese Diskussion nicht um die Probleme in unserer Arbeit, sondern fragt nach der Form, wie frau sich vorstellt, ihre Krise zu überwinden. Wir haben Erfahrungen mit einer Frauenzelle, in der die Genossinnen mehr als ein Jahr zusammenarbeiten, und hier wie anderswo in der Organisation gibt es die gleichen Schwierigkeiten (Krise), gibt es Konkurrenz unter den Genossinnen, gibt es die Schwierigkeit, den Anforderungen der Organisation gerecht zu werden.

Die Genossinnen sind von der Krise der Linken doppelt betroffen

Die oben beschriebenen Widersprüche und Entwicklungen können nicht losgelöst von der Krise der Linken gesehen werden. Dabei müssen wir auch beachten, welche besondere Betroffenheit für die Genossinnen dabei eine Rolle spielt. Viele Genossinnen wurden vor Jahren in die Organisation aufgenommen, ohne das Rüstzeug für die Arbeit in einer kommu-

nistischen Organisation erhalten zu haben. Nicht selten waren persönliche Verbindungen, wenn nicht sogar der Druck vom Freund, Motive für Frauen, sich zu organisieren. Während es eben für die männlichen Genossen eine Selbstverständlichkeit ist, eine Tageszeitung zu lesen, ist es für viele Genossinnen bis zum heutigen Tag eine große Schwierigkeit geblieben. Während die Männer durch ihre Erziehung viel eher gelernt haben, sich auf ihre Arbeit (in Beruf und Politik) zu konzentrieren und persönliche Probleme abzuschütteln, ist es für die Frauen noch heute ein Problem, der Politik statt dem Mann den höchsten Stellenwert in ihrem Leben einzuräumen. Wir könnten dies beliebig fortführen. Auf die Organisation bezogen, zeigte sich mehr als deutlich und nicht zuletzt auf der Pflingsten-DK, daß die Genossinnen ein großes Theorie-Defizit haben, unsicher sind, Beiträge auf Versammlungen zu halten und noch dazu Angst haben, offen und ehrlich ihre konkreten Schwierigkeiten zu benennen und zu diskutieren. Da fallen ja auch häufig abfällige Bemerkungen von den männlichen Genossen „... ach das weißt Du nicht?“. Die Kampagnenpolitik des KB hat unter anderem dazu geführt, daß die Genossinnen in typischen Frauenentfaltungen (Organisationstalent) eingesetzt wurden, nur wenige Genossinnen haben es gelernt, theoretisch zu arbeiten, zu schreiben, ein Eigenstudium zur Qualifikation zu betreiben und längerfristig praktisch retisch zu arbeiten, zu schreiben, ein Eigenstudium zur Qualifikation zu betreiben und längerfristig praktisch Politik zu machen. Im Laufe der Krisendiskussion und dem Abbau der Kampagnenpolitik, bzw. Rödelei haben viele Genossinnen ihr „Betätigungsfeld“ verloren oder auch resigniert. Die Schwierigkeiten treten heute besonders dort auf, wo inhaltliche Untersuchungen, Schulungen oder das Verfolgen von aktuellen Fragen anstehen.

Sicher ist dies eine der wesentlichen Schwächen unserer gesamten Organisation in der Frauenfrage und wir (besonders auch wir anleitenden Genossinnen) müssen Bilanz ziehen, inwieweit unsere Unterstützung und Auseinandersetzung für die Genossinnen im KB etwas gebracht haben. Im wesentlichen sehen wir unsere Aufgabe darin, die Genossinnen gegen dieses frauenfeindliche System aufzuheben, denn wo anders sollte die Ursache für die Krise der Linken und besonders der Frauen liegen!

Hier ein Zitat aus unserer Schulung von Karin Bauer: „Warum haben die Frauen sich bis jetzt nicht mit Erfolg wehren können?... weil diese Kämpfe in der Mehrzahl der Fälle nicht die ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen der Unterdrückung der Frau, ihre Versklavung an die Hausarbeit, aufheben konnten; weil die Hausarbeit und Kindererziehung lebensnotwendigerweise weiter geleistet werden mußte; weil die Versuche der Aufhebung aufgrund der gesellschaftlichen Isolierung der Frauen unendlich zersplittert waren; weil sie zu oft den falschen Gegner hatten; den Mann und nicht das kapitalistische System; weil die Kampfmittel der Frauen, ihre Organisation, zu schwach waren; weil diese Kriege in Millionen Fällen in den häuslichen vier Wänden, im ehelichen Bett stattfanden und nicht auf der gesellschaftlichen Ebene des politischen Kampfes“ (K. Bauer „Clara Zetkin

und die proletarische Frauenbewegung“).

Frauenstrukturen zur Stärkung und Qualifizierung unserer Frauenpolitik!

Unsere Wiederbelebungsversuche, Frauenstrukturen zur Stärkung und Qualifikation der Genossinnen wieder bei uns einzuführen, haben auf dem heutigen Stand zumindest eine kontinuierliche Schulungsarbeit hervorgebracht. Die Frauentermine werden freiwillig besucht und es ist sicher nicht uninteressant zu wissen, daß gerade die Genossinnen, die über mangelnde Schulung zu Recht klagen, oder die Kritik an unserer Frauenpolitik haben, diese Termine boykottieren. Wir hoffen aber, daß die Genossinnen durch die Erzählungen oder vielleicht auch durch diesen Bericht überzeugt werden können, unsere Schulungen zu besuchen. In diesem Kreis sind die Frauenverantwortlichen heute die Aktivsten. Es ist uns gelungen, einige resignierte Genossinnen (einige wollten schon aus der KB-Arbeit aussteigen) für diese Arbeit wieder zu begeistern. In den Bereichen und Bezirken fühlen sich die Genossinnen ermutigt, die Frauenfragen wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Texte unserer Grundlagenschulung zur Frauenfrage waren zunächst Clara Zetkin: „Nur mit der

Die Texte unserer Grundlagenschulung zur Frauenfrage waren zunächst Clara Zetkin: „Nur mit der proletarischen Frau kann der Sozialismus siegen“ und zur Zeit Karin Bauer: „Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung“.

Wir haben die Texte gemeinsam gelesen, da viele Genossinnen Schwierigkeiten hatten, theoretische Aussagen zu verarbeiten. Wir konnten immer gleich einhaken, wenn Dinge unklar waren.

Neben der Grundlagenschulung diskutierten wir auf jeder Sitzung aktuelle Fragen aus dem AK oder Frauenzeitschriften wie „Emma“. Um einige Beispiele aus der „Emma“ zu nennen: wir diskutierten über den Artikel: „Ladenschlußgesetz muß weg“. Können wir diese Kampagne unterstützen? Oder: Ist M. Thatcher (die neue englische Premierministerin) auch eine unterdrückte Frau? usw. usf.

Längerfristig wollen wir (wahrscheinlich nach der Sommerpause) Frauen-Schulungskreise einrichten, in denen Grundlagen zur Frauenpolitik gelegt werden. Hierfür können alle Genossinnen und Genossen bereits jetzt mobilisieren! Langsam fangen wir auch wieder an, über die Entwicklung unserer praktischen Arbeit zu diskutieren und Ideen zu entwickeln. Sicherlich ist eine Aufarbeitung der Frauenpolitik nach wie vor notwendig, allerdings können wir heute gestärkter an diese Arbeit herangehen. In einigen Bereichen und Bezirken ist die Untersuchungsarbeit zur Situation der Frauen (wieder) aufgenommen worden.

Wir sind sicher, daß hier noch viele Diskussionen und Widersprüche zu bewältigen sind, glauben aber, daß die bisherige Arbeit von uns zu einem stärkeren Selbstvertrauen und politischem Bewußtsein in der Frauenfrage geführt hat.

Vielleicht ist dies ein Weg aus der Sackgasse der KB-Frauenpolitik.

Eine Hamburger Genossin

Noch einmal zum Thema Sterilisation: Nur Mut, Jungs!

Der Genosse Klaus hat mit dem Bericht über seine Sterilisation im AK 150 einen wunden Punkt getroffen. Von Genossen, die wir bisher auf den Artikel angesprochen, erhielten wir in der Regel nur zögernde und ausweichende Antworten. Wir wollen deshalb dem Thema von unserer Seite noch einige Aspekte hinzufügen.

Recht auf Selbstbestimmung – wenig gefragt

In unterentwickelten gehaltenen Ländern, wie z.B. Indien, werden Männer auf mehr oder weniger subtile Art zu Sterilisationen gezwungen, die zudem oft noch unter haarsträubenden hygienischen Bedingungen durchgeführt werden. In der BRD kostet es wahre Überredungskünste und ein ausgeklügeltes Vorgehen, wenn die Chance bestehen soll, daß der eigene Entschluß zur Sterilisation praktisch akzeptiert und damit auch durchgeführt wird. Es sind dieselben Leute, die einerseits die Massensterilisation in Ländern wie Indien befürworten und hier die Sterilisation aus eigenem Entschluß verweigern. Aus beidem spricht die Anmaßung der Herrschenden, den Menschen das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper zu verweigern. Eine liberale Handhabung der Sterilisation kommt natürlich den Bestrebungen, die Familie – auch unter der Parole „die Deutschen sterben aus“ – zu stabilisieren, in die Quere.

Ein zeugungsunfähiges „Familienoberhaupt“ ist eben nach bürgerlichen Maßstäben schlicht ein Ding der Unmöglichkeit, mindestens so sehr wie eine Ehefrau, die sich ihrer „natürlichen Bestimmung“ entzieht. Diese Gegenüberstellung mag zeigen, daß es fortschrittliche und reaktionäre Gründe gibt, eine Sterilisation zu befürworten oder abzulehnen.

Wir möchten in diesem Beitrag aber besonders auf die Debatte eingehen, die der Genosse Klaus mit dem Bericht über seine Vasektomie einzuleiten versucht hat. Leider hat auch der zweite Bericht über eine Sterilisation, die ein Genosse in Hamburg hat durchführen lassen, nicht viel mehr als erschrockenes Schweigen hervorgebracht. Oder sitzen die Genossen im stillen Kämmerlein und beraten?

Es sind zumindest noch keine Ergebnisse von Diskussionen bekannt geworden.

Ein Buch schreiben, ein Haus bauen, ein Kind zeugen

Wir halten es für ziemlich verfehlt, mit einem 22-jährigen Genossen eine intensive Diskussion über eine mögliche Sterilisation zu führen, auch

mit einem 22-jährigen Genossen eine intensive Diskussion über eine mögliche Sterilisation zu führen, auch wenn er keine konkreten Kinderwünsche hat. Aber auch von Genossen, die das „Jünglingsalter“ eindeutig überschritten haben, ist das Argument zu hören, daß sie noch nicht wissen, ob sie nicht eventuell doch noch ein eigenes Kind wollen. Bei näherem Nachfragen stellt sich dann allerdings heraus, daß weder genauere Pläne bestehen, diesen Kinderwunsch zu realisieren, noch daß diese Genossen sich überhaupt näher mit kleinen Kindern beschäftigen wollen, z.B. indem sie sich an einer Wohngemeinschaft mit Kindern be-

teiligen.

Aber für diese Chance, vielleicht doch noch mal irgendwann ein eigenes Kind zu haben, zwingen Männer ihren Freundinnen und Sexualpartnerinnen jahrelang immer wiederkehrende Angst vor ungewollter Schwangerschaft auf.

Abtreibungen, die in der BRD mit demütigenden Bittgängen und häufig mit einer schmerzhaften Operation verbunden sind, werden andererseits jedoch als Selbstverständlichkeit hingenommen, ja in der Konsequenz von den Frauen verlangt. Und das nicht nur einmal. Männer finden oftmals offenbar nichts dabei, wenn es nicht bei „nur“ einer Abtreibung für eine Frau geblieben ist.

Gesundheitsschädigende oder zumindest unangenehme Nebenwirkungen der verschiedenen Verhütungsmittel werden für diese Chance, jederzeit Kinder machen zu können, ständig den Frauen aufs Auge gedrückt. Oft sind diese Männer nur zu träge, um sich ernsthaft darüber Rechenschaft abzulegen, daß sie sowieso kein Kind (mehr) wollen. Oder haben sie Angst vor den Konsequenzen dieser Überlegung?

erheblich größer als bei der ambulanten und unter örtlicher Betäubung durchgeführten Sterilisation des Mannes. Das hindert die bundesdeutsche Presse natürlich nicht, die Werbetrömmel für die Sterilisation der Frau zu rühren (vgl. AK 150).

Folglich „leiden“ bundesdeutsche Männer seltener an selbstbeigebrachter Sterilität als andere: „In den USA beträgt das Verhältnis der Sterilisation von Mann und Frau 10:1, heißt es. In der Schweiz und England 1:1. Nur hierzulande sieht's düster aus: zehnmal mehr Frauen als Männer lassen sich sterilisieren“ („test“, 2/79).

Können wir nun daraus schließen, daß der bundesdeutsche Mann zehnmal kinderlieber ist als die bundesdeutsche Frau und im Verhältnis zum USA-Mann das absolute Rennen macht? Oder heißt es, daß sich bundesrepublikanische Frauen zehnmal weniger von der Parole „die Deutschen sterben aus“ beeindrucken lassen?

Was sind die Gründe, aus denen die „Stiftung Warentest“ in ihrem Bericht im Heft 2/79 über Verhütungsmittel nach ausführlicher Darstellung der möglichen Schäden

zur Verhütung ungewollter Schwangerschaften heute in der BRD in Betracht kommt, wurde deutlich anlässlich der Radiosendung des NDR II „von 9 bis halb 1“ vom 27.3.79.

In einem Teil dieser Sendung hatten Hörer Gelegenheit, telefonisch Fragen an im Studio anwesende Vertreter der „Stiftung Warentest“ zu richten. Als ein Hörer fragte, ob und wann Test-Ergebnisse über Präservativ-Test in der Zeitschrift „test“ abgedruckt worden wären, brachen praktisch alle im Studio Versammelten (sowohl Mitarbeiter des NDR als auch der „Stiftung Warentest“) auf diese vollkommen sachlich gestellte Frage in kindisches Gekicher aus. Als einzige Antwort bekam der Anrufer dann trocken (oder besser verklemmt) zu hören, daß er die Ergebnisse im „test“-Heft 2/79 – wahrscheinlich im stillen Kämmerlein – nachlesen kann. Über Anfragen, die sich z.B. auf Mikrowellenherde o.ä. bezogen, wurden ganze Vorträge als Antwort gehalten.

Der Leserbrief des Genossen K. aus Hamburg „An alle Genossen, die die Frauenseiten nicht lesen“ in AK 151 ist sicherlich subjektiv sehr ehrlich gemeint und entspringt auch

Frau aus einer Frauengruppe Sorge von sich aus für die Verhütung, in keiner Weise eine Anerkennung ihrer Fortschrittlichkeit, sondern beinhaltet nur eine typischen Chauvismuspunkt, mit dem verlangt wird, daß ihm Unannehmlichkeiten abgenommen werden, ohne darüber groß zu reden.

Mag vor 12 oder 15 Jahren die Einnahme der Pille für Frauen eine gewisse Unabhängigkeit bedeutet haben, z.B. von einem Pascha, der es jederzeit in der Hand hatte, der Frau ein Kind zu machen oder nicht, so stellte sich bei vielen Frauen neben handfesten gesundheitsschädigenden Nebenwirkungen eine Aversion dagegen ein, – besonders durch die Pille – „allzeit bereit, immer bereit“ zu sein. Daß dies von ihnen erwartet wird, bekommen nicht nur linke Frauen zu spüren – dort unter dem Deckmantel der Fortschrittlichkeit – sondern es ist keine Seltenheit, daß Mädchen in der Diskothek beim ersten Tanz vom Jungen gefragt werden, ob sie die Pille nehmen; wenn nicht, sind sie für diese Vögel uninteressant.

Ein Grund, warum eine Frau auch gegen ihre Absicht von sich aus Verhütungsmittel nimmt, auch wenn sie ihr persönlich gar nicht zusagen, ist die Angst, die „Schuld“ dafür zugeschoben zu bekommen, daß dann die Sexualität mit ihr „nicht mehr so viel Spaß macht“, die Schuld dafür, daß sie die Palette der Möglichkeiten der Sexualität einschränkt.

Hierin drückt sich zum einen aus, wie die Frau als Sexualobjekt des Mannes angesehen wird, und andererseits, wie weit sie diese Rolle oft auch verinnerlicht hat (daß alle Frauen, die z.B. die Pille nehmen, ihre Rolle als Sexualobjekt auch noch verinnerlicht haben, ist damit natürlich nicht gesagt).

Die letztliche Verantwortung bekommen die Frauen auch von dem Leserbrief – Genossen zugeschoben, wenn er „in erster Linie allen Frauen“ empfiehlt, Männer, die sie nicht nach ihrer Verhütung fragen, aus dem Bett zu schmeißen.

Die Frau soll verhüten und soll den, der ihr nicht – in Form einer Frage – zumindest einen „Dank“ für die „freiwillig“ in Kauf genommenen Unannehmlichkeiten ausspricht, aus dem Bett schmeißen. Für beides liegt die Verantwortung bei ihr.

Nein, diese Frage ist ziemlich uninteressant. Wir wollen was anderes: einen aktiven Beitrag der Männer zur Verhütung. Die Männer, und insbesondere die Genossen, sollen endlich einen Beitrag am eigenen Leibe leisten.

Dazu gehört, mindestens zu sagen: „Ich habe einen Präser dabei, brau-“

Dazu gehört, mindestens zu sagen: „Ich habe einen Präser dabei, brauchen wir den?“ oder Ähnliches. Dazu gehört aber auch, den Bericht des Genossen Klaus über seine Sterilisation und das Buch von Norbert Ney und anderes zum Thema ernsthaft zu diskutieren, z.B. auch zu nächst mal unter Männern.

Auf weitere Diskussionsbeiträge im AK sind wir sehr gespannt. Oder meint ihr, die KB'ler sterben deswegen aus?

AG Frauen KB/Hamburg



Sterilisation? Mal wieder die Frau

Die Sterilisation der Frau wird in Diskussionen von Männern sehr schnell angeführt, wenn es um Sterilisation und besonders die des Mannes geht, ein anderer eigener Beitrag wird von ihnen auch nicht vorgeschlagen. Dieser Eingriff ist eine Operation, vergleichbar etwa mit einer Blinddarmoperation.

Vollnarkose und Öffnung der Bauchdecke sind notwendig. Narbenrisiko und Schmerzen sind also

durch die Pille die Sterilisation des Mannes als erste Alternative darstellt? Ist der bundesdeutsche Mann hundertmal mehr auf seine „volle Männlichkeit“ angewiesen als der US-amerikanische?

Die Frage nach der Pille ...

Aber auch an der Diskussion über die grundsätzliche Haltung, die in Klaus' Artikel zum Ausdruck kommt, konnten die angesprochenen Männer keinen Gefallen finden.

Wie wenig ein Beitrag des Mannes

einem Überlegungsprozeß, von dem der allergrößte Teil der Genossen/Männer weit entfernt ist, trotzdem sind wir mit der Haltung, die aus diesem Leserbrief spricht, nicht einverstanden.

Nach wie vor – wenn auch in abgeschwächter Form – bekommen wir Frauen die Zuständigkeit für die Verhütung zugeschoben: Mit welchem Recht werden wir denn gefragt, ob wir Verhütungsmittel nehmen.

Im übrigen ist die Annahme von Genossen, eine Genossin und/oder

Was Chefärzte unter „sozialer Notlage“ verstehen

„Was bis 1976 verboten war, darf, ja soll der Arzt jetzt durchführen. Wenn es nach der Ansicht vieler Frauen geht, dann muß er es sogar. Wir wollten herausfinden, wie weit die Chefärzte in Frauenkliniken den Wandel vom Verbot über die Erlaubnis bis zur erzwungenen Pflichtleistung – letzteres meinen einige fälschlicherweise – mitmachen.“ Diese Worte von Prof. Reinhard Wille, Leiter der Kieler Sexualmedizinischen Forschungs- und Beratungsstelle, sagen einiges darüber, von welchem Standpunkt aus eine Befragung von 1214 Chefärzten bundesdeutscher Frauenkliniken durchgeführt wurde. 60 bis 70% aller legalen Abtreibungen werden wegen sozialer Notlage beantragt.

Rund 11% der Klinikchefs sind der Ansicht, daß es eine länger andauernde Notlage in der BRD über-

haupt nicht gibt, 7% halten Notlagen für „ein gesellschaftliches und nicht für ein ärztliches Problem“ („Flensburger Tageblatt“, vom 15.5.79) – halten es also auch nicht für nötig, Frauen in solcher Lage zu helfen. 16% erkennen Notlagen nur in finanzieller Hinsicht an, während 7% an psychische Konflikte denken. Ca. die Hälfte aller befragten Klinikchefs verstehen unter einer Notlage soziale, psychische und ökonomische Gründe.

Aber auch dieses Ergebnis sagt noch nichts darüber aus, wie sich diese Ärzte im konkreten Fall zu einer Abtreibung stellen.

Das „Flensburger Tageblatt“ vom 15.5.79 berichtet von fünf Modellfällen, die Prof. Wille den Medizinern vorgelegt hat:

Fall I: Das schwangere Mädchen ist 16 Jahre alt. Sie und die Eltern wün-

schen den Eingriff, weil sie minderjährig ist. 44% der Ärzte würden den Abbruch nicht vornehmen, lediglich 23% sagten ja und weitere 33% wären dazu bereit, wenn noch besondere Belastungen für das Mädchen hinzukommen würden (gesundheitlicher oder familiärer Art).

Fall II: Die Schwangere ist über 16 Jahre alt und ledig. Hier würden nach der Geburt erhebliche finanzielle Belastungen entstehen. 67% würden in diesem Fall die Abtreibung ablehnen und nur 16% „würden das finanzielle Argument gelten lassen“. Die restlichen 16% würden den Abbruch nur dann vornehmen, wenn noch andere Belastungen auf das Mädchen zukommen würden, wenn es das Kind austrägt.

Fall III: Die Ausbildung des betroffenen Mädchens ist gefährdet. Hier lehnten noch mehr Ärzte ab, die Ab-

treibung durchzuführen, nämlich 70%. Nur 14% stimmten zu, 7% nur dann, wenn noch andere Gründe hinzukommen.

Fall IV: Eine Ehefrau will abtreiben. Ihr Mann droht in diesem Fall mit Scheidung. Für 82% der befragten Ärzte wäre das ein Grund, die Abtreibung abzulehnen. Nur 3% stimmten zu, und 14% nur unter der Bedingung, daß noch Alkoholismus, Kinderreichtum oder „Asozialität“ hinzukommen.

Fall V: Die Ehe der abtreibungswilligen Frau ist zerrüttet und kinderreich. Selbst in diesem Fall lehnten 40% den Eingriff ab. 32% würden abtreiben und 17% „wenn noch weitere Probleme für die Familie auftreten würden“.

Die Arroganz gegenüber der Lage der Frauen und Mädchen sowie gegenüber den Kindern, die in eine sol-

che Situation hineingeboren würden, spricht Bände. Besonders minderjährigen Mädchen wird jegliche Entscheidungsfähigkeit über ihr Leben und ihren Körper von den Ärzten abgesprochen, wie weitere Ergebnisse der Untersuchung beweisen. Obwohl nicht die Volljährigkeit, sondern „die kritische Urteilsfähigkeit“ eines Mädchens entscheidend ist, sprechen 64% der Ärzte den Mädchen die Fähigkeit ab. Sie würden in m m e r auf der Einwilligung der Eltern bestehen. Selbst bei einer 17-jährigen „kritischen Oberschülerin“ würden nur 30% dem Mädchen das Entscheidungsrecht zubilligen. 52% würden auch hier auf der Einwilligung der Eltern bestehen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – bei Frauen ist das eben was anderes.

Eine Genossin aus Flensburg

MIT MÄDCHEN
WAR DAS NICHT
PASSIERT...

Frauenpartei: Gründung aufgeschoben

Vom 2. bis 3. Juni fand in der Nähe von Diemelstadt (NRW) ein Treffen von Frauen statt, auf dem über die Gründung einer Frauenpartei diskutiert werden sollte. Eingeladen hatten Frauen aus Soest und Umgebung. Sie hatten ca. 100 Frauenzentren und -gruppen angeschrieben und einen Programmtext mitgeschickt, der ihren Diskussionsstand wiedergab und darum gebeten, Änderungsvorschläge und Anregungen einzuschicken. Nur vier Antworten waren bis zum Treffen eingegangen.

Ca. 24 Frauen waren der Einladung gefolgt, darunter Frauen, die aus der SPD ausgetreten sind, wie Eva Rath (Schleswig-Holstein) und Ruth Braun, sowie eine Ex-SPD-Frau aus Mönchengladbach, die auch heute noch Mitglied im Stadtrat ist. Drei Frauen von „Schneewittchen“ nahmen an den Diskussionen teil und gaben am ersten Abend ein kleines Konzert für die Frauen. Neben einigen Frauen aus der Gegend waren Frauen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordrhein-Westfalen gekommen, vor allem Lehrerinnen und Studentinnen. Von den großen Frauenzeitschriften war lediglich Viola Roggenkamp als freie Mitarbeiterin der „Emma“ am ersten Nachmittag gekommen, nahm aber nicht am gesamten Treffen teil.

Der Programmtext der Soester Frauen enthält kaum spezielle Frauenforderungen. Im Vordergrund stehen ökologische Forderungen und die Forderung nach Frieden, Abschaffung der Wehrpflicht, Abbau der Bundeswehr, nach mehr Menschlichkeit in der Politik und Ausrückung der Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen.

Gleichzeitig enthält das Programm ein Bekenntnis zur „freien Marktwirtschaft“ und zum Grundgesetz. Die Frauen hatten sich in ihrem Entwurf offensichtlich den Anspruch gestellt, zu allen wesentlichen Ressorts der Politik etwas zu sagen. Allerdings kamen dabei zentrale Forderungen der Frauenbewegung, wie die Forderung nach der Abschaffung des § 218, nicht zum Tragen.

Eva Rath, kürzlich aus der SPD-Schleswig-Holstein ausgetreten und vorher stellvertretende Landesvorsitzende der ASF in Schleswig-Holstein, hatte ebenfalls einen Programm vorgelegt. Dieser Entwurf enthält für den Bereich Familie, Arbeit und Bildung Forderungen der betroffenen Frauen sowie die Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz und lehnt unter dem Punkt „Frieden und Abrüstung“ derung nach einem Antidiskriminierungsgesetz und lehnt unter dem Punkt „Frieden und Abrüstung“ auch die Wehrdienstpflicht für Frauen ab.

In der Einleitung heißt es: „Wir Frauen gründen eine Frauenpartei, weil wir die bestehenden Herrschaftsstrukturen, die auf Macht und Unterdrückung beruhen, aufbrechen wollen. (...) Wir Frauen lehnen die bestehenden Institutionen der Politik, der Wissenschaften, der Medien, der Kultur nicht ab, weil sie von Männern entwickelt wurden

und von ihnen beherrscht werden, sondern weil sie auf Machtbeziehungen basieren, die den Frauen eine gleichberechtigte Teilnahme verwehren. Erwerbstätige Männer und erwerbstätige Frauen sind beide Opfer ein und derselben ökonomischen Ausbeutung innerhalb der kapitalistischen Produktionsbedingungen. Die Gesamtheit der Frauen aber ist Opfer ein und derselben ökonomischen Ausbeutung, die die Männer nicht erleiden, sondern von der sie sogar profitieren: es handelt sich um die Gratarbeit im Haus, bei der Erziehung der Kinder. Diese Ausbeutung spielt sich außerhalb der kapitalistischen, aber auch der sozialistischen Produktionsbedingungen ab. So ist die Unterdrückung und Abhängigkeit der Frau kein Nebenwiderspruch des Kapitalismus, sondern der gesamtgesellschaftliche Hauptwiderspruch der Industrienationen.“

Inwieweit auf dem Treffen über diese grundlegenden Passagen Einigkeit erzielt werden konnte, ist uns nicht bekannt. In den drei Arbeitsgruppen a) Satzung und Öffentlichkeitsarbeit, b) Teil des Programms, anhand der Vorlage von Eva Rath, c) Programmtext der Soester Frauen, wurde versucht, die einzelnen Programmpunkte genauer inhaltlich auszufüllen. Die Schwierigkeit, die sich dabei für die meisten stellte, bestand darin, zu den unterschiedlichsten Fragen, mit denen Frau sich zum Teil noch gar nicht befaßt hatte, Stellung zu nehmen. Wie steht Frau zum Beamtenstand, sind wir für Tagemütter oder mehr für die Unterstützung von Kinderinitiativen; kann Frau die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr erheben oder ist das unrealistisch; brauchen wir ein Bundesamt für Verfassungsschutz?

Es wurde z.B. die Forderung nach der Quote für Einstellung von Frauen bei der Polizei erhoben analog der Quote bei Ausbildungsplätzen, die von allen befürwortet wurde. Andererseits wurde vor der Entwicklung zum Polizeistaat gewarnt und viele Beispiele dafür wurden in der Diskussion gebracht.

Obwohl in einer Arbeitsgruppe schon tatkräftig an der Satzung der zu gründenden Frauenpartei gearbeitet wurde, hatten doch alle den Eindruck, vor einem großen Wust von Forderungen und Bereichen zu sitzen, den Frau auf einem solchen Treffen und in dieser Zusammensetzung, wo sich die Frauen untereinander kaum kannten, gar nicht bewältigen konnte. Teilweise sahmansetzung, wo sich die Frauen untereinander kaum kannten, gar nicht bewältigen konnte. Teilweise schlug sich dieser Zustand in einer ziemlichen Frustration gerade bei den Frauen nieder, die mit dem festen Willen gekommen waren, die Frauenpartei zu gründen, wie z.B. die „Schneewittchen“-Frauen, Eva Rath und Ruth Braun und eine Reihe anderer, die die Vorarbeit für dieses Treffen geleistet hatten.

Im Plenum gab es verschiedene Kontroversen: zunächst um den Zeitpunkt der Gründung. Es setz-

ten sich schließlich die Bedenken durch, daß angesichts der programmatischen Unklarheiten des relativ kleinen Kreises, der sich versammelt hatte und der vielen Fragen, die noch gar nicht angepackt waren, eine Gründung zu diesem Zeitpunkt verantwortungslos erschien. Es wurde vereinbart, die auf dem Treffen erarbeiteten Punkte in einem Info in die Frauenbewegung zu geben und bis zu einem zweiten Treffen im September die Diskussion zu verbreitern.

Strittig war auch die Frage, ob die Frauenpartei Männer als Mitglieder (nicht in Funktionen) zulassen sollte oder nicht. Bei einer Abstimmung, die durchgeführt wurde, um ein Meinungsbild zu erhalten, stimmten elf Frauen gegen, zehn für die Aufnahme von Männern, drei enthielten sich der Stimme. Dabei wurde aus den unterschiedlichsten Richtungen argumentiert: einige begründeten ihre Stellungnahme für die Zusammenarbeit mit Männern direkt aus der Abgrenzung zum Feminismus und halten eine Ablehnung von Männern für taktisch unklug. Andere (wie Eva Rath und Ruth Braun) meinten, daß aufgrund des Parteiengesetzes (keine Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen) eine Gründung ohne die Möglichkeit im Statut, Männer aufzunehmen, juristisch von vornherein angreifbar wäre. Dies schien aber noch nicht genügend geprüft und einige Frauen waren absolut nicht bereit, sich damit abzufinden. Mehrere sagten deutlich, daß sie das erstmal durchkämpfen würden, z.B. durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, unterstützt durch feministische Anwältinnen. In einer Frauenpartei mit Männern würden sie allerdings nicht Mitglied werden.

All diese Fragen konnten nicht geklärt werden, ebensowenig die Frage, warum die Einladung nur so wenig Resonanz gefunden hatte. Von einer Frau wurde aus konkreter Erfahrung berichtet, daß in Frauenzentren erstmalig generell eine ziemliche Abneigung gegen die Beteiligung an parlamentarischer Arbeit bestehe. Problematisiert wurde ferner, ob die Mitgliedschaft in der Frauenpartei vereinbar sei mit der Mitgliedschaft in anderen Parteien/Organisationen, was jedoch nicht ausdiskutiert wurde. Von Eva Rath und Ruth Braun wurde erklärt, daß sie die Zusammenarbeit mit allen Frauengruppen, aber auch Organisationen wünschen und eine Kandidatur nicht etwa in Konkurrenz zu alternativen Listen stehen sollte.

Obwohl viele mit größeren Erwartungen gekommen waren, insbesondere die Initiatorinnen und Ex-Partei-Frauen, schienen am Schluß doch alle froh zu sein über den Beginn der Auseinandersetzung.

Kontaktadressen sind:
Eva Rath, Hasselkamp 26,
2300 Kronshagen und
Irmgard Wilkes, Vasbeck 82,
3543 Diemelsee

Eine Teilnehmerin

„Organisierte Frauen-Kriegsgegnerschaft“ – „Zusammenarbeit von Frauen- und Friedensbewegung“ – „Frauen in der DFG-VK“ – „Frauen und Militär in der Geschichte“ – „Gemeinschaftsdienstpflicht“. Viele Komplexe von „Frau und Militär“ konnten nur angerissen werden; für viele Frauen gab es auch erst einmal einen Berg von Information zu bewältigen.

Es wurde vereinbart, daß alle Fragen genauer und gründlicher diskutiert werden müssen und Frau von daher zum nächsten Treffen unter einem bestimmten Thema einlädt. Weiterhin wurde auf den Rundbrief der DFG-VK'lerinnen hingewiesen, in dem jederzeit alle Diskussionsbeiträge abgedruckt werden. Der Rundbrief soll – so wurde es betont – auch gerade ein Spiegelbild der begonnenen offenen Diskussion mit der Frauenbewegung sein.

Kontaktadresse:
Eva-Maria Bannach-Epple
Frauenhofstr. 25
1000 Berlin 10

Eine Teilnehmerin

Frauen zum Bund? –
Da gibt es nur eins:
wir sagen NEIN!

„Antreten zum Schminkappell!“ und „Nach § xyz ist das Tragen von politischen Abzeichen in der Bundeswehr

verboden“ belehrt eine grün-uniformierte Feldwebelin die vor ihr stehenden „Rekrutinnen“ und läßt Soldatin Emma die Spindordnung zitieren: „Die Hörschen müssen zu drei Ecken gefaltet zwischen den Drillichhosen und den Arbeitsblusen liegen. Die Büstenhalter haben ihren Platz unter den Handschuhen, wobei das rechte Körbchen im linken lagert.“

Mit diesen Szenen aus einem Sketch der AG Frauen und Bundeswehr wurde in Göttingen eine von der Frauengruppe und dem ASTA-Frauenreferat initiierte Veranstaltung „Frauen und Militär“ eingeleitet. Zu der mit ca. 200 Teilnehmerinnen recht gut besuchten Veranstaltung waren für das Podium eingeladen: Sybille Plogstedt („Courage“), Ingrid Kolb („stern“), Inge Wettig-Danielmeier (stellvertretende Bundesvorsitzende der ASF) und Eva-Maria Bannach-Epple (Bundesvorstand der DFG-VK). Nach einem Einleitungsreferat der Frauengruppe, in der v.a. die historische Entwicklung der Frauenmilitarisierung dargestellt wurde, und Stellungnahmen der Podiumsteilnehmerinnen, entwickelte sich eine lebhaft Diskussion über die Frage der „Gleichberechtigung“ durch die Bundeswehr und die Pläne der Bundesregierung.

Einig waren wir uns alle, daß wir eine „Gleichberechtigung“ oder besser gesagt Gleichverpflichtung durch die Bundeswehr ablehnen, kontrovers war allerdings, ob die derzeitigen Pläne auf eine Gemeinschaftsdienst-



Von Mannheimer und Ludwigshafener Frauen wurde im April die Nummer 1 dieser regionalen Frauenzeitung herausgegeben. Daß die 2. Auflage bereits vergriffen ist, zeigt das breite Bedürfnis nach einer örtlichen Frauenzeitung.

Themenswerpunkt dieser Ausgabe sind die Erfahrungen mit Frauenärzten, Enthüllungen über Behandlungsmethoden (wie anstatt der gewünschten Sterilisation Gebärmutterentfernung). Ein Fragebogen soll helfen, den Frauenarzt in Mannheim/Ludwigshafen zu ermitteln, den Frau am ehesten empfehlen kann. Bereits in dieser Ausgabe sind Erfahrungsberichte von Frauen mit örtlichen Frauenärzten abgedruckt! Die Zeitung soll zunächst einmal alle 2 Monate erscheinen: Schwerpunkt im nächsten Heft sind Hexen. Als weitere Themen sind geplant: Verhütung und Sterilisation, Beziehungen und Frauen in der Gewerkschaft.



Die neueste Nummer der Frauenzeitung „Protokolle“ aus dem Verlag

Die neueste Nummer der Frauenzeitung „Protokolle“ aus dem Verlag „Frauenpolitik“ in Münster hat als Themenschwerpunkt „Frauen im Militär – Arbeitsdienst für Frauen.“ In dieser Nummer

- wird deutlich, daß die „Feministinnen“ mitnichten für die Bundeswehr sind;
- wird die radikale Kriegsdienstverweigerung diskutiert;
- wird die Beziehung hergestellt zwischen der Einbeziehung ins Heer und der „schleichenden Militarisierung“ in den sozialen Diensten.

Ganz besonders begrüßenswert finden wir, daß diese „Protokolle“-Nummer gemeinsam geschrieben wurde von Frauen der Frauenbewegung (Erika Leuteritz z.B. aus Münster) und Frauen aus der „traditionellen“ Friedensbewegung. Nebenbei gibt es einen Dokumentarteil, in dem nachzulesen ist, was so einige Personen zum Thema zu sagen haben, wenn man sie direkt anspricht...

Die „AG Frauen und Bund“ hat beschlossen, sich gemeinsam mit anderen Initiativen an einer Antikriegswoche im September zu beteiligen.

AG Frauen/KB Gruppe Göttingen

Felix Kamphausen

An alle inhaftierten Frauen
im In- und Ausland

Felix Kamphausen, der seit zehn Jahren eine lebenslange Haftstrafe in der JVA Remscheid Lüttringhausen verbüßt, hat sich mit einem Brief an alle Frauen im Knast gewandt. Er hat vor, eine Anthologie mit Texten, Zeichnungen und Grafiken aus deutschen und ausländischen Frauengefängnissen zusammenzustellen. Dabei ist er natürlich auf die Beiträge möglichst vieler Frauen angewiesen.

Felix arbeitet schon seit längerer Zeit daran, „die Gefangenensystematik mit Texten und Grafiken aus ihrem Vakuum in die Öffentlichkeit zu bringen“ (aus seinem Brief). Er fordert die Frauen im Knast auf, ihm alles, was in solch einer Anthologie Verwendung finden kann, zu schicken.

Noch eine Korrektur
zum 1. Mai / Frauenblock

Durch eine Schusseligkeit unsererseits ist leider im letzten AK eine Korrektur zum 1. Mai vergessen worden. Genossinnen aus Westberlin hatten uns darauf aufmerksam gemacht, daß es auf der örtlichen Demonstration doch einen Frauenblock gegeben hat. Zu dem Block hatten aufgerufen: der SFBW (Sozialistischer Frauenbund Westberlin), der „Frauentreff“ und die Frauen der Alternativen Liste. Im Vergleich zu 1977 (1.000 Frauen im Frauenblock) war die Teilnehmerinnenzahl mit ca. 300 zwar ein Rückschritt, jedoch gab es vorher auch keine größere Mobilisierung oder Absprachen innerhalb der Frauenbewegung dafür.

AG Frauen, Hamburg



Am 24. Mai fand in Karlsruhe ein nationales antimilitaristisches Frauentreffen statt, an dem zwischen 60 und 70 Frauen teilnahmen. Eingeladen hatten Frauen der DFG-VK, die sich seit Jahren mit dem Thema „Frauen und Militär“ beschäftigen (wie Eva-Maria Bannach-Epple, Hanne Birkenbach), und die nach eigenen Aussagen nun eine breite und offene Diskussion mit Frauen, die nicht aus der traditionellen Friedensbewegung kommen, anstreben.

So war das Spektrum der versammelten Frauen auch angenehm breit: von der katholischen Seelsorge für ZDler, über „Graswurzel-Frauen“, KB'lerinnen, Frauen aus Frauengruppen bis hin zu den DFG-VK'lerinnen. Zahlenmäßig auffällig waren dabei die Frauen, die sich erst seit kurzer Zeit mit dem Thema befassen und in ihrer Frauengruppe „dazu etwas arbeiten wollen“. Es wurde in Arbeitsgruppen gearbeitet:

KULTUR



Leserbrief

Ich habe die Buchbesprechung im AK 153 („Schattenmund“) geschrieben. Was mir während des Schreibens und danach passiert ist, darüber möchte ich berichten. Ich glaube, mir ist etwas Typisches zugestoßen, das zum einen eng mit meinem Selbstbewusstsein als Frau zusammenhängt und zum anderen eine bestimmte Art der Schreibweise und der politischen Sichtweise dabei betrifft. Den Mut, mich an die Schreibmaschine zu setzen und loszulegen, haben mir erst einmal die Berichte gegeben, die in letzter Zeit von Genossinnen im AK veröffentlicht wurden. (Diese bekannten Artikel, die nicht so „qualifiziert“ waren; die „Atmosphären“ beschrieben; in denen keine durchgehende „Linie“ erkennbar war, die dann zum Schluß hätte in einem handfesten Rezept gipfeln können...)

Ich habe die Rezension mit den Worten begonnen: „Als ich 20 Jahre alt war und seit 12 Jahren jedes Buch, das mir in die Finger kam, gelesen hatte, dachte ich: Wie schade, jetzt habe ich sicher alles Schöne gelesen, wie geht es bloß weiter?“ Das habe ich absichtlich so geschrieben, obwohl dieser Satz mit dem besprochenen Buch nicht unmittelbar zu tun hatte.

Ich war aber ziemlich sicher (und das haben mir inzwischen einige Frauen bestätigt), daß dies ein Gedanke ist, den viele von uns haben – man findet sich sozusagen darin wieder – und der vielleicht (so dachte ich) die Frauen neugierig macht auf das, was dann folgt. Später in dem Artikel habe ich dann Worte gebraucht wie „...sich nach Liebe verzehrendes, leidenschaftliches Kind...“, „...ein kleines Mädchen, das nur eine Sehnsucht kennt...“ usw. Ich fand, daß nur diese Art der Beschreibung den starken Gefühlen, die in „Schattenmund“ lebendig werden, gerecht werden kann. Gleichzeitig aber hatte ich bereits ein leise im Hintergrund tickendes schlechtes Gewissen: Ist das nicht zu starker Tobak für den AK – „leidenschaftlich“ – ein unsachliches, unmaterialistisches Wort?

Bei längerem Überlegen wäre ich wahrscheinlich noch ängstlicher geworden, und so habe ich das Manuskript in einen Umschlag getan und ganz schnell weggegeben (sonst hätte ich es in den Papierkorb geworfen). Es war rechtzeitig für den AK 152 fertig. Ich schlage den AK auf: nichts. Aha! Ganz klare Sache – das Ding taugte nichts. Wie konnte ich auch nur! Gleich fiel mir ein, daß es tatsächlich total unqualifiziert war, daß garantiert nichts Brauchbares drinstand und so weiter und so fort. Ich fragte vorsichtshalber auch gar nicht erst nach und verdrängte die Angelegenheit, so gut ich konnte. AK 153 kommt raus: Der Artikel steht drin. Jubel, Triumph, Luftsprung! Eine Genossin sagt: „Weißt du, da kriegt man richtig Lust, das Buch zu lesen.“

Ich werde augenblicklich zwei Zentimeter größer – und ärgere mich gleich drauf schwarz: Was traue ich mir eigentlich selbst zu? Wie abhängig bin ich doch von der Meinung anderer geworden! (Dabei meine ich nicht die Bemerkung der Genossin, das war schon in Ordnung und auch notwendig zu sagen). Gleichzeitig fällt mir eine andere,

lang zurückliegende Begebenheit ein. Vor zwei Jahren schrieb ich nach einer Südamerikareise einen Artikel über Chile für den AK. Unter anderem hatte ich darin auch etwas über die Landschaft geschrieben, über die Kodillere, in der man plötzlich sehr allein sich wiederfindet, vom Meer, von dem grauen Nebel des Humboldtstromes, der in einiger Entfernung vom Strand über dem Wasser liegt von den Tälern, wo man „einen Spazierstock in die Erde stecken kann und er treibt Blüten“...

Ich hatte das in der Absicht geschrieben, den Lesern des AK etwas über dieses Land zu vermitteln, das ja nicht allein aus Unterdrückung, aus den Widersprüchen zwischen Kapital und Arbeit, aus dem Kampf zweier Linien besteht. Es ist das Land, welches unsere chilenischen Genossen lieben, es ist ihre Heimat. Eines der Ziele in ihrem Kampf ist es doch auch, in den Bergen nicht mehr nur die Möglichkeit von Schlupfwinkeln zu sehen, sondern sich an ihrer Schönheit zu erfreuen (dafür sind Berge da) und sie in Freiheit besitzen zu können.

„Uns aus dem Elend zu erlösen...“ dazu gehört die Erinnerung daran, wofür wir es wollen. Anna Seghers schreibt: „Ich habe mir immer im Leben die einfachsten Sachen gewünscht – eine Wiese oder ein Boot, ein Buch, Freunde... Ruhe, um mich herum. Dann aber ist dieses andere über mein Leben gekommen... dieser Wunsch nach Gerechtigkeit. Und mein Leben ist langsam anders geworden.“

Der oben beschriebene Teil meines Artikels – und es war nur ein winziger Absatz – wurde gestrichen.

Ich habe das damals hingenommen, obwohl ich davon überzeugt war (und es bin), daß solche Beschreibungen unbedingt in den AK mit hineingehören.

Ich bin ebenfalls überzeugt, daß ich besonders bei Frauen ein Echo in dieser Frage erwarten kann. Um Spekulationen gleich vorzubeugen: Ich habe ein politisches Interesse (schließlich verteidige ich nicht irgendwelche poetischen Ergüsse), ich möchte Artikel schreiben (und lesen) die unter die Haut gehen und den Wunsch beim Leser nach mehr Wissen und mehr Information wecken. Es geht also in erster Linie um Agitation.

Es versteht sich von selbst, daß solche Artikel, die sich z.B. mit der Außenpolitik Chinas auseinandersetzen, nicht mit einer Beschreibung der Pflaumenblüte in Shanghai beginnen (und auch nicht enden) sollen...

Im Übrigen verweise ich auf linke Journalisten wie John Reed und Egon Erwin Kisch, die in ihren Reportagen ein umfassendes Bild eines Landes, einer bestimmten Klassenkampfsituation geben konnten und damit viele Menschen im Innersten berührt haben. Und – wer weiß, zu deren politischer Aktivität in nicht unbedeutendem Maße beigetragen haben.

Nun zum Schluß noch eines: Ich weiß, daß meine Gedanken noch etwas durcheinandergehen und sicher auch Widersprüche beinhalten. Aber ehe ich mich ein weiteres Jahr damit herumschlage, stelle ich sie lieber vor, damit eine weitergehende Diskussion (das beliebte Wort „breite Diskussion“ erinnert mich immer an breitgetretenen Quark) beginnen kann.

I. KB/Gruppe Hamburg

Kinder

Kurzmeldungen

Zeitungsartikel für die Interessen der Contergan-Geschädigten darf doch erscheinen!

Straßburg. Knapp – mit elf gegen neun Stimmen – hob der Europäische Gerichtshof gegen den Staatsanwalt der britischen Krone das Erscheinenverbot für einen Zeitungsartikel auf, der erneut für die Interessen der Geschädigten durch Thalidomid (BRD = Contergan) eintreten sollte. In den Jahren 1959 - 1962 waren Kinder mit schweren Mißbildungen zur Welt gekommen, nachdem die Mütter im Frühstadium der Schwangerschaft dieses Schlaf- und Beruhigungsmittel eingenommen hatten.

Besonderen Anstoß bei der englischen Regierung hatte erregt, daß das Blatt die zuständige Vertriebsfirma „Distillers Company Ltd.“ aufs Korn nahm und sich auch nicht scheute, den Dschungel britischer Gesetzgebung anzugreifen, der den Geschädigten ihre Forderung nach Wiedergutmachung erschwerte. Zweimal hagelte es einstweilige Verfügungen gegen „Sunday Times“, doch die Zeitung focht erfolgreich bis nach Straßburg für die „Meinungsfreiheit“ und die „Einhaltung der europäischen Menschenrechtskonvention“. (Inf. nach „Tagesspiegel“, 27.4.79)

Als „Chef“ geboren

Man nehme den Namen eines renommierten Wissenschaftlers, nenne sich Institut – und schon kann man jeden Blödsinn verkaufen. Das meinen wohl „Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts“, die herausgefunden haben wollen: „Chefs und Manager“, aber auch Mitläufer, Außenseiter und Mauerblümchen gibt es schon im Kindergarten“. Oder „wissenschaftlich“ ausgedrückt: „Die gesellschaftliche Rangfolge bei den Kleinen ist eine angeborene Verhaltensweise.“ Dabei geht es allerdings (noch) nicht nach der Dicke des Aktienpaketes oder der Anzahl der „arisierten“ Betriebe. „Chefs“ im Kindergarten „behaupten ihre Position durch Einfallsreichtum“. Die nicht ganz so großen „Chefs“ im Krabbelkreis sind dagegen viel fieser – sie erheben sich ihre Position. Sollten die Max-Planck-Institute „wissenschaftler“ da ihren Betriebskindergarten untersucht haben, oder haben sie selbst „Kindergarten“ gespielt?

Mc Donald – der Kinderfreund?

Kinder, Eltern, aufgepaßt! Mc Donald, millionenschwerer Besitzer von Restaurantketten auf der ganzen Welt, gibt sich besonders kinderlieb. „Hallo Freunde ich komme“, so bietet er sich den Kindern an, mit viel Spaß, Geschenken für jeden. Geburtstag kann man auch dort feiern! Alles bestens organisiert. Was bei dem ganzen Klamauk sehr schnell vergessen wird: Mit diesen kostspieligen Spaßchen zieht der Donald den Kindern zügig das Geld aus der Tasche! Das Essen taugt nichts (Fischmehl u.a. „Maschinenfraß“), wie Untersuchungen bewiesen haben) und ist kaum das Geld wert. Beschäftigt werden in diesen Restaurants vorwiegend ausländische Arbeitskräfte (Indier, Pakistanner usw.) zu Hungerlöhnen, meist ohne Arbeitsverträge und Sozialleistungen. Trotz des vielen Klamauks und Spaßes... Mc Donald – ein Kinderfreund? Nein Danke!

Christa M. meldet sich zum Muttertag

Christa M., Hausfrau und Psychologin aus Uelzen, Haus und Hofschreiberin Axel Springers in Sachen Frau, Kind, Familie, Gesundheit usw. mit besten Kontakten zur braunen Szene, u.a. Jürgen Rieger, Mitglied im Gelben Kreis, ein braun-adliger Interessenverein, meldete sich zum „Jahr des Kindes“ mit einem Buche zu Wort: „So ihr nicht werdet wie die Kinder“. Spezieller Anlaß: „Zum Muttertag am 13. Mai in Ihr Schaufenster“, und empfiehlt: „Das Kind ist das Prinzip der Hoffnung schlechthin... verraten wir es an unseren Egoismus, so kommt das nicht nur einer unverantwortlichen seelischen Verwundung des uns anheimgegebenen Kindes, sondern unserer persönlichen Selbstaufgabe gleich... Sie können uns im wahrsten Sinne des Wortes den Himmelaufschließen.“ (Werbeankündigung im „Börsenblatt“ 24.4.79) Für eine Anti-Christa-Mewes Kampagne ist es nie zu spät!

Zum Muttertag am 13. Mai in Ihr Schaufenster!



„Das Prinzip Hoffnung“

Sozialarbeiter entlassen, weil er mit Jugendlichen über Sexualität sprach

Weil der Stuttgarter Sozialpädagoge die Fragen der Jugendlichen nicht „pädagogisch“ abgewimmelt hat, soll ihm von seinem Arbeitgeber, einer Bürgerinitiative, gekündigt werden. Er habe mit den Jugendlichen über ihre Gefühle bei der Selbstbefriedigung gesprochen, habe über sein eigenes Geschlechtsleben Gespräche geführt und habe außerdem unpassendes Bildmaterial über das Liebesleben, auch das Homosexuelle, gezeigt, das wird ihm von der Vorsitzenden der Initiative einer CDU-Stadtratskandidatin, katholischen Religionslehrerin und fünffachen Mutter „zur Last gelegt“.

Das unpassende Bildmaterial stammte aus einer Broschüre der „Aktion Jugendschutz“. Dem Sozialpädagogen ist es vom Träger, dem Stuttgarter Jugendhaus, inzwischen verboten worden, mit den Jugendlichen überhaupt noch über Probleme aus Politik, Religion und Sexualität zu sprechen. Entsprechende Fragen sollen „pädagogisch abgewiegelt“ werden. Ihm wurden auch Elternabende verboten, Besuche auf anderen Spielplätzen dürfen nur noch mit Sondergenehmigung stattfinden.

Eine einigermaßen sinnvolle Diskussion mit Jugendlichen über ihre sexuellen Probleme scheint solchen CDU-Berufsmüttern offensichtlich immer noch ihre heile Welt vom fruchtbaren Klapperstorch so durcheinander zu bringen, daß sie in Jugendlichen, die es lernen, auch über ihre Sexualität zu reden, schon lauter kleine Revolutionäre heranwachsen sieht.

Jahr des Kindes: Radikalerlaß bei Kinderfesten?

In Westberlin sollte am 19. Mai im Volkspark Wilmsdorf ein Info-Markt zum Jahr des Kindes stattfinden. Eingeladen hatte dazu die Regionale

Kommission Westberlin (Zusammenschluß von Kinderinitiativen). Doch schon ein paar Tage vor dem Info Markt (ca. 180 Stände waren geplant) wurden sechs Organisationen von der Senatsverwaltung ausdrücklich aus politischen Gründen von der Teilnahme ausgeschlossen: Demokratischer Frauenbund Berlin, Verein Vietnamesischer Studenten Westberlin, Berliner Kultur und Solidaritätsverein, Pionierorganisation der FDJW, CISNU, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Die Senatorin Ilse Reichel (Mitglied in der Regionalen Kommission Westberlin): man wolle „über den Markt insbesondere das breite Spektrum der Jugendarbeit der in ihr zusammengeschlossenen und sonstigen öffentlich arbeitenden Träger der Familien und Jugendhilfe in Berlin darstellen. Die Kommission war der Auffassung, daß ihre Organisation diesem Spektrum, insbesondere wegen des Fehlens eines grundsätzlichen politischen Konsenses, nicht angehört.“ Dank der solidarischen Unterstützung der anderen Organisationen, wie z.B. GEW (Westberlin), Jusos, Judos, die sich von diesem Vorgehen schriftlich distanzierten, nahmen die sechs Organisationen dennoch am Info-Markt teil; sie wurden von anderen Organisationen mit ihren Ständen aufgenommen. In der Regionalen Kommission selbst war diese Entscheidung wohl auch umstritten.

Um 15 Uhr wurden auf dem Info Markt alle Aktivitäten für eine Viertelstunde lang eingestellt, und ein Sprecher der „Westberliner Kindertage“ (Zusammenschluß von ca. 80 Organisationen) brachte den Protest der überwiegenden Mehrzahl der anwesenden Organisationen gegen diese Maßnahmen zum Ausdruck.

18 Millionen Kinder im zweiten Weltkrieg ermordet, verschleppt oder gefoltert in Warschau

in warschau

In Warschau wurde in diesen Tagen eine „Internationale Konferenz über NS-Verbrechen an Kindern“ eröffnet. Nach polnischen Untersuchungen sind während des zweiten Weltkrieges 18 Millionen Kinder ermordet, verschleppt oder in Konzentrationslagern gefoltert worden.

Alleine in Polen wurden nach Feststellung der polnischen Hauptkommission zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen 1,8 Millionen Kinder unter 16 Jahren umgebracht. („Westberliner Tagesspiegel“, 27.4.79)

Kinderkommission Hamburg

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 11.500

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

„Deutschlands derzeit meistgelesene Buch-Autorin wird in diesen Tagen 17 Jahre alt.“ Mit diesen Worten wärmte der „Stern“ noch einmal seine Sex-Crime-Story der Christiane F. auf, um gleichzeitig kräftig die Werbetrömmel für das der Serie entsprechende Buch zu rühren, die vor einigen Monaten in 12 Folgen erschien. Christiane F. gehört zu den ca. 50.000 Kindern und Jugendlichen, die sich in der BRD „ohne die erforderliche Erlaubnis des Bundesgesundheitsamtes“ Stoffe besorgen, „die den Bestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes“ unterstehen. Außerdem machte sie sich damit „der fortgesetzten Steuerhhelei“ schuldig. Ihr „weiterer Werdegang... muß zumindest in nächster Zeit mit Aufmerksamkeit verfolgt werden.“

So das Urteil des Amtsgerichts Neumünster vom 14. Juni 1978, das im Namen des Volkes weiterhin befand, daß die Angeklagte C.F. bis zu ihrem 13. Lebensjahr „eine normale Entwicklung durchlaufen“ habe, sie „überdurchschnittlich intelligent“ sei, und „durchaus erfaßt habe...“, „daß der Erwerb von Heroin eine mit Strafe bedrohte Handlung darstellt.“

Kurz biographisches...

Christiane kommt mit ihrer Familie vom Lande in die Betonwüste Gropiusstadt. Mit 12 wirft sie ihren ersten Dope und ist damit in ihrer Clique „in“; im folgenden raucht sie fast jeden Abend Shit.

Da dies mit der Zeit – so die Geschichte – nichts mehr bringt, steigt sie um auf Ephedrin, LSD, Mandrax, Valium etc.pp.

In einer Disco erlebt sie zum ersten Mal einen Fixer.

Die Schule läuft „normal“ weiter. Der Mutter erzählt sie Geschichten von harmlosen Teeny-Kneipen-Besuchen; diese ahnt nichts, hat auch aufgrund der tagtäglichen Arbeitsbelastung – sie ist inzwischen geschieden und hat zwei Kinder zu versorgen – kaum Zeit, sich sinnvoll und ausgiebig mit C. auseinanderzusetzen.

Mit 14 snieft sie zum ersten Mal (1976). Christiane, die inzwischen

fixt, und ihr Freund besorgen sich das notwendige Geld für das Heroin auf dem Strich am Bahnhof Zoo bzw. dem Autostrich.

Verschiedene gemeinsame Entzugversuche mit Unterstützung von C.s Mutter und Vater scheitern. Ein Therapieplatz ist schwer zu bekommen. Erste Gelbsuchtsanzeichen. Nach weiteren ernsthaften Entzugversuchen, die alle scheitern, landet Christiane bei Narconon, eine Filiale der berühmten-berüchtigten Scientology-Church, die u.a. vom Westberliner Senat kräftig finanziert wird. Die Mutter muß sofort 1.500 DM für nichts auf den Tisch packen. Der erste Kontakt mit der Kripo. Erfassung in der Kartei als H-Abhängige.

C. will entziehen, geht in „Bonny's Ranch“, eine Nervenheilanstalt, wird dort mit Irren zusammengelegt, muß Beruhigungspillen schlucken, kann abhauen.

Sie landet endgültig in einer „Clique“ in der Nähe von Hamburg, geht zur Berufsschule, will Schauspielergestalterin werden.

Inzwischen gab sie einige Rundfunk- und Zeitungsinterviews und machte bei einer öffentlichen Talk-Show des NDR mit.

Das Ende:

„In unserer Clique glauben alle, die Sache mit den Drogen unter Kontrolle zu haben. Es ist jedenfalls einiges anders als vor drei, vier Jahren in der Gropiusstadt. Es ist eine Art Freiheit, auf die unsere Clique hier mit Drogen kommt... Wir sind total auf dem Natur-Trip... Wir stellen uns immer vor, daß wir die Kalkgrube kaufen... Wir hätten sowieso keinen Bock, je wieder nach oben zu gehen.“

Von jedem ein bißchen= Sex und Crime

„Die Geschichte der Christiane F.“

ist gut geschrieben und im Kern sicherlich realistisch.

„Fachleute“ haben daran mitgewirkt, u.a. Kai Hermann, der bereits Redakteur bei „Zeit“, „Spiegel“, „Twen“ und „Stern“ war und es wissen muß, was wie ankommt. Unter anderem ist er Autor des Buches „Entscheidung in Mogadischu.“ Die Geschichte macht betroffen: „Die Angeklagte hat bis zu ihrem 13. Lebensjahr eine normale Entwicklung durchlaufen.“



So der Auszug aus dem Urteil des Amtsgerichts Neumünster.

„Normale Entwicklung“: Eine zweieinhalb Zimmer große Wohnung für Eltern und zwei Kinder, einen Vater, der Frau und Kinder verprügelt, eine Mutter, die arbeiten muß, die Zerstörung jeglicher Spielmöglichkeiten durch Betonwände, Stacheldrahtzäune, Wächter, Hauswarte, Verbotsschilder und Strafen.

So oder ähnlich hätte auch die Geschichte eines der 85 Drogenopfer in Westberlin für das Jahr 1977 aussehen können. Und die 50.000 Drogenabhängigen in der BRD werden diese oder ähnliche Entwicklung mitmachen, weil diese Gesellschaft kinder- und menschenfeindlich ist, wo sich die Kinder ihre Träume mit Alkohol oder Drogen oder sonstwas kaufen müssen.

Die „Geschichte der Christiane F.“ bliebe sie so, wäre viel zu alltäglich, würde sich schlecht verkaufen.

(Nach dem „Stern“-Reißer „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“, zog die braune „Quick“ mit einer ähnlichen Geschichte nach: „Selbstmord auf Raten“, und die „Bunte Illustrierte“ klinkte sich ebenfalls in das offenbar lukrative Geschäft mit den „Enthüllungen“ aus der Drogenszene ein: „Es gibt einen Weg zurück.“)

Ganz nach dem Motto „von jedem ein bißchen“ wurde eine Kinder-Sex-and-Crime-Story abgebrüht:

Drogenszene, Schwulenstrich mit kleinen Jungen, Gruppensex, Sado-Maso-Sex mit Minderjährigen alleine oder zu zweit, Sex-Örgien mit einflussreichen Senatoren, Razzien, Bullenstaat, Baby- und Kinderstrich, worauf sich die Geschichte seitenlang besonders konzentriert, und vieles mehr – quer durch des Bundesbürgers Phantasievorstellungen von Sex, Anrühchem und Verbotenem und allem zusammen. Aber lassen wir doch die Autoren selber sprechen:

„Christiane F. wuchs in der Berliner Gropiusstadt auf und geriet in eine Clique jugendlicher, die wie sie mit ihrer Umwelt nicht fertig wurde und in Drogen flüchtete. Mit dreizehn wurde Christiane, zusammen mit ihrem zwei Jahre älteren Freund Detlef, heroinabhängig. Das Geld für die Droge besorgte zunächst Detlef

allein als Strichjunge auf dem Bahnhof Zoo. Als beide an einem Sonntag ohne Geld sind und unter Entzugserscheinungen zu leiden beginnen, schafft auch Christiane an.“

So der Vortext der 8. Serie, vorab im „Stern“ veröffentlicht, sozusagen als „Aufreißer“.

Weitere Ausschnitte:

„...Gemeinsam mit ihren Freundinnen Babsi und Stella und anderen Teenagern beschafft sie sich das Geld ... auf dem Kinderstrich... wird Atze als erster aus ihrer Clique das Opfer einer Überdosis. Alle haben jetzt Angst vor dem Tod.“

„...Als Babsi mit 14 Jahren an einer Überdosis Heroin stirbt, verliert C. ... den letzten Halt. Sie wechselt vom Bahnhof Zoo auf den Autostrich. Gerade 15 Jahre alt, ist sie bereit, auch am Heroin zu sterben.“

Was von dem Buch zu halten ist, schreibt Horst-Eberhard Richter in seinem lesenswerten Vorwort:

„Solange Erscheinungen wie „Baby-Strich“ eindeutig – wie es C. bezeugt – allseits gewohnheitsmäßig toleriert werden, bleibt Therapie in einem hoffnungslosen Widerspruch zu den offenen oder insgeheim anerkannten Interessen derer, die als Bestandteil ihrer bürgerlichen Freiheit den sexuellen Konsum von kindlichen Fixerinnen und Fixern beanspruchen.“

Für Kinder wie Christiane sind es doch dieselben Bürger auf der selben angepaßten Seite der Gesellschaft, die sie das eine Mal als Men-schen kurieren, das andere Mal als Ware niederdrücken und verbrauchen wollen.“

Genau! Erst heuchelt die bürgerliche Presse mit den Dealern und „Freiern“ ausgenommenen Kindern großes Mitleid, klagt ihr Schicksal an, will sie angeblich als Menschen kurieren, um sie dann selber den kaputten sexuellen Phantasien ihrer Millionenleserschaft zum Fraß zu servieren, sie als Ware zu verhökern, um noch ordentlich Reibach damit zu machen. Das ist bürgerliche Doppelmoral!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

In Gedenken an die ermordeten Kinder Antifaschistische Woche in Hamburg

Die Schule Bullenhuser Damm im Hamburger Stadtteil Rothenburgsort war bisher für sehr viele Menschen eine Schule wie jede andere. Was in dem Heizungskeller dieser Schule vor 34 Jahren geschah, wurde bisher, wie so viele Schreckenstaten der Nazis, der breiten Öffentlichkeit verschwiegen. Erst durch die „Stern“-Serien „Der SS-Arzt und die Kinder“ erfuhren viele Menschen von dem Mord an den 20 Kindern. Polnische, jüdische, holländische, jugoslawische und französische Kinder wurden auf brutalste Weise ermordet, nachdem sie von den SS-Ärzten zu medizinischen Experimenten mißbraucht worden waren.

Um dieser Kinder zu gedenken, anzuklagen, was damals geschah mit dem Bewußtsein, den Neonazismus in allen seinen Formen zu bekämpfen, versammelten sich am 20. April, dem Jahrestag des Verbrechens, vor der Schule der toten Kinder über 2.000 Menschen. Die „Antifaschistische Initiative“, an der sich u.a. der Landesjugendring, die VVN und die Schülerkammer beteiligten, hatte zu

dieser Kundgebung aufgerufen.

An den Mahntafeln der Toten, die in den KZs des Nazideutschlands umgebracht wurden, legten die Kundgebungsteilnehmer Blumen und Kränze nieder. Unter ihnen auch die Angehörigen der ermordeten Kinder, von denen einige 34 Jahre lang nicht gewußt haben, was mit ihren Kindern geschehen ist. Der „Stern“ hatte sie nun zur Gedenkfeier eingeladen, nachdem sich der Senat der Stadt zu einer solchen Einladung nicht hatte entschließen können („Stern“, Nr. 18). Sie gründeten an Ort und Stelle eine „Stiftung der Kinder vom Bullenhuser Damm“ mit dem Ziel der Bekämpfung des Neonazismus.

Im Rahmen dieser antifaschistischen Woche wurden noch weitere Veranstaltungen zum Thema Kinder im Faschismus durchgeführt:

- Erziehung im Faschismus/Erziehung zum Antifaschismus
- Kinder im Faschismus in Lateinamerika
- Behinderung im Faschismus
- Kinder im Faschismus

und der Film: „Im Namen des Führers“ wurde gezeigt.

Ein weiterer, ebenso ausgezeichnete Beitrag zur antifaschistischen Arbeit, wird seit Anfang des Jahres vom Landesjugendring geleistet. Er organisiert „Alternative Stadtrundfahrten“ zu den Stätten der Hamburger Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes.

„Die vom Landesjugendring veranstalteten alternativen Stadtrundfahrten verstehen sich als ein Beitrag zur besseren Kenntnis dieses Teils der deutschen Geschichte, insbesondere des Widerstandskampfes in Hamburg. Sie sollen in Erinnerung rufen, daß es auch in den Jahren von 1933 bis 1945 Frauen und Männer gegeben hat, die oftmals unter Einsatz ihres Lebens gegen die Nationalsozialisten und den Abbau der Demokratie gekämpft haben. Die wirklichen Vorbilder der Jugend sind gerade auch unter ihnen zu finden“ (aus einem Flugblatt des Landesjugendringes).

Am 24. Juni und am 30. Juni

haben alle Interessierten (besonders angesprochen sollten sich auch Lehrer mit ihren Schülern führen) noch einmal Gelegenheit, an dieser Stadtrundfahrt teilzunehmen. (Anmeldung

und weitere Informationen dazu beim Landesjugendring Hamburg, Hirschgraben 25, Hamburg 76, Tel: 250 30 85).

Eine Erziehergenossin

Das hat Kind gerade noch gefehlt!

Ist jetzt für die Presse Saure-Gurken-Zeit? Eigentlich nicht, wo doch der HSV Westdeutscher Meister geworden ist, Heinz Erhard gestorben und Maria Callas' tote Asche ins Meer verstreut wurde. Nein – die Zeitungs-macher und mit ihnen ein paar Konzerne haben endlich geschnallt, wie mitten im „Jahr des Kindes“ das Geschäft und die Eigenwerbung neu belebt werden kann. „Guten Morgen, liebe BILD-Leser. Sie haben das Herz gesehen – es ist ein Herz für Kinder. BILD beginnt mit einer Aktion, die zur größten Hilfsaktion werden soll, die je eine Zeitung gestartet hat“ („Bild“, 9.5.79).

Auch die Konkurrenz schläft nicht, denn „seit 100 Tagen in der (Hamburger) Morgenpost: ein Herz für Kinder... Die große Morgenpost-Aktion hat ein kleines Jubiläum: seit 100 Tagen hilft sie Müttern, Vätern, Mädchen und Jungen, besser miteinander auszukommen“ („Mopo“, 10.5.79).

Während sich die „Morgenpost“ löblicherweise kerniger pädagogischen Fragen annimmt – etwa:

- Haben Eltern ein Recht auf Sonntagsruhe?
- Scheidung – wohin mit den Kindern?
- Welches Tier für das Kind?
- Was gehört zum Schulführer?
- usw., und dafür zwei Fachberater (staatl. geprüfte!) bemüht – geht „Bild“ in die Vollen:

„Jedes Jahr sterben 1.500 Kinder auf den Straßen. BILD will Kinderleben retten.“ Endlich, jetzt nimmt sich eine große Zeitung ein Problem vor, mit vier Zentimeter großen Überschriften, ganzseitig und radikal. Man sieht schon vor sich: In spektakulären Aktionen werden Straßen gesperrt, Überwege gebaut, Ampeln gesetzt, Geschwindigkeitsbegrenzungen erlassen, Spielstraßen angelegt, etc.

Doch nein! „Bild“ macht's anders, sie setzt auf die „innere“ Veränderung

im Menschen. „Wollen Sie der kinderfreundlichste Autofahrer werden, wollen Sie etwas Schönes gewinnen?“

Und täglich kann ein neuer Gewinner gekürt werden, denn wer an einer Schule langsam vorbeifährt, hinter einem parkenden Schulbus anhält oder beim Zebrastreifen nicht einfach drüberbrettert und dann auch noch von jemandem beobachtet wird, der ihn bei „Bild“ für 500 Mark Gage „denunziert“, hat alle Chancen für ein Jahr Freibenzin oder einen Satz neuer Reifen oder einen Austauschmotor. Nie war es so einfach wie heute, zum anerkannten Kinderfreund zu werden!

Zum Glück steht „Bild“ nicht allein da mit seinen Bemühungen, das Jahr des Kindes endlich mit Sinn und Leben zu erfüllen, denn fünf Autohersteller, drei Mineralölkonzerne, zwei Versicherungen, Edeka, Ariola und Radio Luxemburg helfen kräftig mit.

Was brauchen die Kinder hierzulande 1979 dringender, als einen lustigen Disko-Hit (Andreaürgens, 11, singt „Ein Herz für Kinder“). Oder das Engagement von Rudi Carell, Edeka-Handelsvertreter, der für einen „Bild“-Werbespot Gesicht und Stimme hergibt, der in 678 Kinos der BRD gezeigt wird. Wir dürfen gespannt sein, was da auf die Kinder noch alles zukommt, wenn sich z.B. die Autokonzerne noch etwas Lustiges einfallen lassen, oder der Gerling-Konzern. Auf jeden Fall ist es schon mal ganz schön beruhigend zu wissen, daß die großen erfahrenen Konzerne unsere Kinder an die Hand nehmen wollen. Da weiß man, was man hat. Die großen Geldmacher wissen wenigstens genau, worauf es ankommt, denn Marktanalyse und -forschung weisen am besten nach, wo den Kindern in der BRD der Schuh drückt.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg





Lesben Schwule



Prozeß gegen den Münchner Journalisten Peter Schult „...und streichelte unter anderem...“

Zur Vorgeschichte: Nachdem die beiden „Sexualopfer“, zwei 13jährige Ausreißer, eine Nacht in einer Hütte im Freien verbracht hatten, nahm P.Sch. die beiden erkälteten und frierenden Jungen am 15. Dezember 1977 bei sich auf. Der eine war von der Mutter schwer mißhandelt worden, der andere stammte aus materiell guten Verhältnissen, fühlte sich aber vernachlässigt. Während ihres Aufenthaltes umarmte P.Sch. die Jungen, streichelte sie, unter anderem auch in der Höhe der Geschlechtsteile (über der Wäsche!). Dies war der spätere Hauptanklagepunkt. Daneben wurde P.Sch. vorgeworfen, den Jungen Pornos gezeigt zu haben. (Sie hatten in seiner Abwesenheit ein kritisches Magazin über



forschung (GFSS), daß nämlich das Strafrecht überfordert sei, wenn es mit Hilfe des Gesetzes Moral garantieren wolle sowie

c) wissenschaftliche Untersuchungen. Auch dieser Antrag, der vom Publikum (60 - 80 Leute) mit Beifall aufgenommen worden war, wurde nach kurzer Beratung vom Gericht abgelehnt.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Zeugenvernehmung der beiden Jungen wurde mit Protest vom Publikum beantwortet.

Der Junge G. sagte aus, daß er sich weder bedroht gefühlt hätte noch eingeschüchtert und daß er gern noch bei P.Sch. geblieben wäre. Er sei öfters gestreichelt worden, auch umarmt, dabei habe P.Sch. auch kurz sein Geschlechtsteil berührt (über der Wäsche). Bezüglich seiner sehr genauen Schilderung der Durchsuchung von P.Sch. auf der Wache gab er an, die Polizisten hätten mit Füßen nach Peter getreten.

U., der zweite Junge, antwortete nur immer „weiß ich nicht“. Er erinnerte sich nur, daß die beiden sich aus Spaß die Unterwäsche zusammengeknüpft hätten. Auch er gab (auf Befragen des StA) zu, daß es ihm sehr gut bei P.Sch. gefallen habe. Seine Mutter hatte ihn nach dem Ausreißer ins Heim gesteckt.

Der 2. Prozeßtag begann mit der Vernehmung von U.'s Mutter. Beim Abholen der Kinder von P.Sch. hätten die Polizisten gesagt, es würde eventuell geschossen (!), aber sie könne beruhigt sein, den Kinder würde nichts passieren. Zu U.'s Aufenthalt bei Peter: „Gefallen hat's ihm, er wollte letztes Jahr Weihnachten wieder zu d e m, aber das konnte ich noch verhindern.“

Als nächstes verlas eine Gutachterin ihr psychologisches Gutachten. Sie mußte einräumen, daß der Aufenthalt bei P.Sch. für die Jungen ein großes Erlebnis gewesen sei, da sie zum ersten Mal einen Erwachsenen getroffen hätten, der für sie keine Bedrohung dargestellt hätte und der auf ihre Probleme eingegangen sei.

Trotzdem forderte die StA eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und sofortige Verhaftung im Gerichtssaal. Der StA trat in seinem Plädoyer für eine s a u b e r e Linke ein: Sch. würde seine sexuellen Bedürfnisse in den Mantel des Klassenkampfes hüllen, die Linke täte gut daran, das endlich einmal zu durchschauen. Es kam mehrmals zu Protesten des Publikums, u.a. als der StA sagte, man hätte die beiden Jungen P.Sch. auf dem Teller präsentiert oder „Nur das Eingreifen der Polizei verhinderte die Entwicklung der beiden zu Strichjungen“. Der Verteidiger plädierte auf Freispruch. Er kam noch einmal auf das „Wohl der Kinder“ zu sprechen: die bewußte Inkaufnahme eines möglichen Schußwechsels von Seiten der Polizei (während den Müttern vor-sichtshalber geraten wurde, im Streifenwagen sitzen zu bleiben), die Gewalt, die in den Familien ausgeübt worden sei und andererseits die Zärtlichkeit, die vom StA mit drei Jahren Gefängnisstrafe geahndet werden solle.

Es folgte Peters Schlußwort (gekürzte Zusammenfassung):

„Man stelle sich einmal vor, ich hätte jedem eine Backpfeife gegeben, die Polizei gerufen und sie zu den Eltern zurückbringen lassen. Dann säße

ich hier heute nicht auf der Anklagebank, im Gegenteil, Polizei, Jugendamt und Eltern hätten es mir gedankt, die Ordnung wäre ja wiederhergestellt, der Schein der heilen – oder der heiligen – Familie gewahrt. Wie es da drinnen aussieht, in diesen Familien, die Pasolini – und da stimme ich voll und ganz mit ihm überein – kleine kriminelle Vereinigungen genannt hat, das interessiert keinen, aber wehe es streichelt jemand das Kind, dann setzt sich der gesamte Staatsapparat in Bewegung und schlägt mit aller Härte zu. Wundert das noch jemanden? Mich nicht! In einem Staat, in dem die Mörder von Majdanek freigesprochen werden, wo – wie vor einigen Tagen hier in München – ein Ehepaar verurteilt wird, weil es Plakate von Neonazis überklebt hat, jener N e o nazis, die die Mordtaten der a l t e n Nazis auf eben jenen Plakaten abgestritten hatten; in so einem Staat ist es nur normal, daß KZ-Mörder freigesprochen, Nazigegner verurteilt und Menschen, die Liebe statt Haß propagieren und danach handeln, bestraft werden. Und solche Urteile werden auch noch im Namen des Volkes gefällt. Ich stehe hier nicht vor Ihnen als der reuige Sünder, als einer, der versucht, zu leugnen. Im Gegenteil: Ich habe aus meiner Ablehnung der herrschenden Moral nie ein Hehl gemacht und werde weiterhin mit Jungen schlafen,

weil ich der Meinung bin, daß man ihnen die Entscheidungsfreiheit zubilligen muß. Entscheidend allein für alle Beziehungen, gleich welcher Art und zwischen wem, ist, daß sie auf absoluter Freiwilligkeit beruhen.“

Peter sprach noch über einen Berliner Modellversuch: Mit Billigung der damaligen Familiensenatorin Reichel brachte man Ausreißer bei Päderasten unter. Sie rissen nicht mehr aus, landeten nicht auf dem Strich am Bahnhof Zoo, wurden nicht kriminell, sondern stabilisierten sich. Der Versuch wurde abgebrochen.

Peter weiter: „Im Vorwort zu meinem Buch ‚Besuche in Sackgassen‘ habe ich etwas über das Wort ‚Unzucht‘ geschrieben, ein Wort, das es in keiner anderen als der deutschen Sprache gibt, das nur in einem Lande möglich ist, wo die ‚Zucht‘ als ein absoluter Wert gilt und die Züchtigung stets zum Recht der Herrschenden gehörte. Deshalb auch bei uns die ‚Zuchthäuser‘, die ‚Zuchtmeister‘, die ‚Zuchtbücher‘, ein Grund mehr, nicht züchtigen zu leben.“

Es lebe die Unzucht! Widerstand gegen die sexuellen Normen dieser Gesellschaft ist gleichzeitig Widerstand gegen die Herrschenden in dieser Gesellschaft. Gelebte Sexualität ist ein wichtiger Faktor, der individuell freihetliches Verhalten bewirkt. Ich bitte nicht um ein mildes Urteil.

BKA: Homosexuelle sind (potentielle) gefährliche pädophile Triebtäter

Völlig unreflektiert und unwidersprochen nahm der „Spiegel“ v. 8. Mai 79 in seiner aktuellen Serie über die Datenbankpraktiken der BRD unhaltbare Aussagen über die Herkunft von „Triebtälern“ in seinen Bericht auf: „Zwar wird heute in die Wiesbadener Dateien nach offiziellen Angaben aufgenommen, wer einer Straftat beschuldigt wird, niemand jedoch lediglich deshalb, weil er homosexuell veranlagt ist. Aber, eröffnete ein hoher westdeutscher Polizeiführer dem SPIEGEL: Ich bin davon überzeugt, daß Homo-Karteien in allen Landes-kriminalämtern geführt werden. (...) Was immer interessierte Kreise dagegen wehklagen mögen, argumentierte der Mannheimer Erste Staatsanwalt, Dr. Wolf Wimmer, unwidersprochen in der (Zeitschrift) Kriminalistik, es geht nichts über ein mit griffelspitze-rischer Sorgfalt geführtes Homosexuellenregister. Denn aus diesen Kreisen, das ist nun einmal nicht zu

leugnen (!), kommen die gefährlichen pädophilen Triebtäter.“

Aus diesem Grunde dürfe sich die Polizei aus „hochbrisanten Sektor“ derartiger Sexualdaten nicht fernhalten.

Nun wissen wir wenigstens, warum in diesen Karteien fast jeder Bürger der BRD erscheinen muß: aus den Kreisen der Heterosexuellen, das ist nun mal nicht zu leugnen, kommen die gefährlichen Frauen- und Mädchenvergewaltiger! Kommentar der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie: „Selbst nur, daß bei 1.500 untersuchten ‚Tätern‘ in einer Statistik des BKA nicht einer nachweisbar aus der Homosexuellen Szene stammt, Herr Dr. Wimmer!“ (aus Rundbrief 5/79)

Diese Angaben, daß nämlich kein nachweisbarer Zusammenhang besteht, wurden von einem Referenten auf dem 5. Kongress der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Sexualfor-

schung (GFSS) in Königswinter, dem Leiter einer BKA-Projektstudie, Michael Baumann, nachdrücklich bestätigt.

Somit wird wider besseres Wissen von offiziellen Stellen in dieser Form argumentiert.

Wenn man an den bekannten Ausspruch des künftigen Kanzlerkandidaten Strauß denkt („Lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder“) oder an eine kürzlich geplante NPD-Veranstaltung über die „Umtriebe“ der öffentlich auftretenden Schwulen in Hamburg, ahnt man, wozu diese Karteien auch noch in (ferner?) Zukunft (wieder) dienen könnten.

Solange es „Rosa Listen“ gibt, ist für die Homosexuellen und andere von der sexuellen Norm Abweichende das Dritte Reich noch nicht zu Ende!

AG Schwule

Pornografie und einen Original-„Porno“ aus dem Bücherregal genommen.) Last not least, P.Sch.'s Gesinnung, die der Staatsanwalt (StA) – mit Zitaten aus „Blatt“-Artikeln, dem „Stern“-Aufruf der Homosexuellen und P.Sch.'s „bemerkenswertem“ (Zitat StA) Buch „Besuche in Sackgassen“ – als „sozialschädliche Haltung“ einstufte.

P.Sch. berichtete am 1. Prozeßtag u.a. von seiner Festnahme, der brutalen Durchsuchung nach Waffen auf der Wache in Anwesenheit der Mütter und der beiden Ausreißer. Nach der Vernehmung des ersten Polizisten stellte die Verteidigung den Antrag, das Verfahren einzustellen, da es unmöglich sei, jetzt noch den genauen Sachverhalt zu ermitteln, auch hätten die beiden Polizisten so ziemlich alles falsch gemacht, was man bei solchen Delikten falsch machen könne. Der Antrag wurde vom Gericht abgelehnt. Nach dem Verhör des 2. Polizisten stellte die Verteidigung den Antrag, das Verfahren auszusetzen, um dem Gericht Gelegenheit zu geben, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber einzuholen, ob die Vorschrift des § 176 StGB noch verfassungsgemäß ist. Im Antrag wurde Bezug genommen:

- a) auf einen Alternativentwurf von Jusos, Judos und Humanistischer Union zur Abschaffung von § 175 StGB (sog. Antidiskriminierungsgesetz),
- b) eine Stellungnahme des 5. Kongresses der Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexual-

In the Navy

In höllische Aufregung versetzt wurde die britische Marine durch den jüngsten Hit der amerikanischen (schwulen)Pop-Gruppe „Village People“, der von lustvollem Leben für Schwule „in the Navy“ handelt. Eiligst wurde für die blauen Jungs festgestellt, daß „Beteiligung an unnatürlichen Akten normaler(!)weise zur Entlassung aus dem Dienst führen wird“ („Navy News“). Immerhin wurden zwischen 1950 und 1977 ganze 13 Marineoffiziere gefeuert, wegen „unanständigem Verhalten!“ („Gay News“, 164).

Ursprünglich waren die Obersegler von der US-Marine außerordentlich begeistert, daß ein Werbesong für die

Marine so hoch in die Charts kletterte. Man plante gar, den Song für einen Rekrutierungs-Spot im Fernsehen zu verwenden. Aber, oh Schreck, da entdeckten sie „verborgene homosexuelle Botschaften“ und dann erst das Auftreten der Gruppe selbst! Jeder rechte Mann muß da das Grausen kriegen! Konsequenz: Es wurde von einer Verwendung abgesehen, da dieses Stück nicht sehr gut das repräsentiere, „what we are after“ (worauf wir hinauswollen).

Für eine saubere Marine!

AG Schwule



Flucht nach Holland

Über die Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP) erreichte uns der Brief eines ehemaligen Heimleiters aus Garmisch, der im April 1978 wegen Verdachts des „sexuellen Mißbrauchs von Schutzbe-foltenen“ (§ 174 StGB) verhaftet worden war. Nachdem er über 1/2 Jahr in U-Haft gesessen hatte, gelang ihm die Flucht nach Holland, wo er jedoch in einer Routinekontrolle im April d.J. festgenommen wurde und sich seitdem in Auslieferungshaft in Rotterdam befindet. Er schreibt u.a.: „... Meine U-Haft überschritt das zulässige Maß von 1/2 Jahr. Die darüber hinausgehende Verlängerung war nicht einmal begründet worden. Die Presse war durch den Sprecher der (...) Kripo derart über (unzutreffend)

de) Details informiert und ‚angeheizt‘ worden, daß sie Sensationsberichte mit vollständigem Namen und sogar meinem Bild veröffentlichten (...) Die Vorbereitung des Prozesses ließ (...) klar erkennen, daß man mir einen ‚Schauprozeß‘ machen und mich in jedem Fall schuldig sprechen und zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilen wollte (eine ganze Verhandlungswoche war angesetzt!). Meine Flucht wurde als ‚Anstiftung zur Gefangenenneuterei‘ bezeichnet, weswegen mir zusätzlich ein diesbezügliches Strafverfahren droht (völliger Unfug!).“

Seiner Verlobten wird „Begünstigung“ der „Vergehen“ und „Fluchthilfe“ vorgeworfen. „Wichtige Einlassungen von mir sowie andere für

meine Anwälte bestimmte und klar als solche gekennzeichnete und an meine Verteidiger adressierte Dokumente und Unterlagen wurden von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, geöffnet und gegen mich verwendet. Meine Anwälte haben mir mitgeteilt, daß in meiner Sache eingehende Post kontrolliert sowie ihr Telefon überwacht wurde. All diese Dinge lassen darauf schließen, daß mich in der BRD kein fairer Prozeß erwartet.“ Der Meinung sind wir auch! Im Gegensatz zu der „Wüstlingshatz“-Pogromstimmung hier in der BRD ist sowohl die offizielle als auch die „Volksmeinung“ in dieser Frage in den Niederlanden sehr viel toleranter.

Päderastengruppe in der HAH



Straßenkämpfe in San Francisco

Ein schwuler Protestmarsch in San Francisco führte zu der größten Stadtrevolte, die Amerika in den letzten zehn Jahren gesehen hat. Etwa 4.000 Homosexuelle griffen die 'City Hall' (Rathaus und Gericht) an, zerschlugen die Fensterscheiben mit Eisenstangen und mit aus den Straßen gerissenen Parkuhren. Sie brachen in die Amtsstuben und zerfledderten die Aktenordner. Nebenbei wurden 30 Bullenkutschen zertrümmert oder in Flammen gesetzt.

Der Stadtrat erwog eine Notstandserklärung und plante Ausgangssperren.

Dieser engagierte Beitrag zum zehnten Jahrestag des 'Christopher Street Day' wurde durch ein skandalöses Gerichtsurteil provoziert.

Der Stadtbeamte und ehemalige Polizist Dan White war wegen Doppelmord angeklagt. Er hatte im November 78 zwei seiner politischen Gegner erschossen: den schwulen Stadtrat Harvey Milk und den liberalen Bürgermeister George Moscone.

Das Gericht befand White nicht des Mordes schuldig – sondern verurteilte wegen 'Totschlags'.

Das bedeutet, daß White maximal drei Jahre im Knast sitzt. Als Mörder hätte er mit der wiedereingeführten Todesstrafe rechnen müssen, für die er sich im letzten Jahr so heftig eingesetzt hatte.

Als die Nachricht das Schwulenviertel Castro erreicht, formierte sich spontan eine Demo zur 'City Hall'. Die Polizei marschierte in 'Bürgerkriegsrüstung' auf, um das Gebäude zu schützen. Doch die Schwestern durchbrachen die Ketten. Die Bullen setzten Tränengas ein als die Randalen sich ausweitete. Polizeiverstärkung knüppelte in die Menge. Die Schwulen rächten sich mit Steinwürfen.

10 Jahre Stonewall – 10 Jahre militanter Widerstand

In Hinblick auf die laufende Werbekampagne zur Rekrutierung Schwuler in den Polizeidienst (siehe Artikel in diesem AK) und um die Kontakte zu der schwulen Gemeinschaft zu verbessern, wurden junge Polizeioffiziere gerügt, die sich gegenüber Schwulen provozierend verhalten hatten.

Dagegen klagt der Doppelmörder White den wachsenden politischen Einfluß der Schwulen in der Stadt erbittert an.

Die schwulenfreundliche Bürgermeisterin Dianne Feinstein gab sich über das Urteil empört, appellierte an das schwule 'Volk', nicht auf Gewalttätigkeiten zurückzugreifen, um verständlichen Ärger über das Verbrechen und das Urteil auszudrücken.

Am Tag darauf wäre der 49. Geburtstag von Harvey Milk gewesen. Eine lange vorbereitete 'Gedenk-Ge-

burtstagsparty' wurde von Zehntausenden besucht.

In den Straßen von Castro feierten sie friedlich. Die Polizei hielt sich nur im Hintergrund auf, sonst wäre eine erneute Rebellion unvermeidbar gewesen (aus Gay News v. 31.5.79).

Jobs für Schwule als Bullen

Die Polizei von San Francisco hat eine großangelegte Werbekampagne gestartet, um 600 Schwule und Lesben als Bullen anzuwerben. Annähernd 20.000 Reklame-Flugblätter sind in den Schwulen-Bars und Restaurants verteilt worden. Begünstigt wird diese Aktion auch durch Schwule selbst, die sagen: „Sie, jawohl, Sie könnten ein San Franciscoer Polizeibeamter sein.“ Den Homosexuellen wird Gleichbehandlung zugesichert. 350 Homosexuelle (14 % Lesben) sollen sich bereits für den Job beworben haben.

Von offizieller Seite wird die Kampagne folgendermaßen begründet: Die Polizei und die Streitkräfte sollten aus Mitgliedern aller Bevölkerungsgruppen bestehen – aus Schwulen und Lesben ebenso wie aus Farbigen und Frauen. „San Francisco ist eine aufgeklärte Stadt. Die Schwulen-Gemeinschaft ist eine unauflösbare Tatsache“, ließ Polizeichef Charles Gain verlauten. Und Les Morgan, der Leiter der Werbekampagne, glaubt, daß in fünf Jahren offen Schwule in der Polizei des ganzen Landes rekrutiert werden.

Diese Kampagne ist selbstverständlich Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen den offenen Schwulen und der Schwulenbewegung einerseits und den Herrschenden (in diesem Fall der Stadtverwaltung) andererseits: Die Existenz und die Kraft der Schwulen kann, zumindest in die-

ser Stadt, nicht länger geleugnet oder ignoriert werden. So soll denn den Vorkämpfern für die Rechte der Schwulen Wind aus den Segeln genommen werden, nach dem Motto: „Was wollt ihr mehr? Seht doch: Ihr seid überall anteilig vertreten!“ Aber das Ziel des schwulen Freiheitskampfes ist ja wohl nicht das Recht, in der Armee zu dienen und sich als spaltendes Aushängeschild in die Polizei der Herrschenden herein-schleimen zu lassen.

Als Mittel, die Schwulen zum Schweigen zu bringen und ihnen in der weiterhin zwangsheterosexuell ausgerichteten Gesellschaft großherzig eine kleine warme Nische zu gewähren, die ihnen jederzeit wieder entzogen werden kann, lehnen wir diese Kampagne selbstredend ab – der Kampf geht weiter! (Informationen und Zitate nach: „Gay News“, Nr. 168)

AG Schwule im KB

Kurzmeldungen

Anti-Diskriminierungsgesetz

Kein Berufsverbot für Schwule und Lesben, Adoptionsmöglichkeit auch für Homosexuelle, Streichung der §§ 174 bis 176, Ergänzung des Grundgesetzes Art. 3 (auch sexuelle Orientierung darf nicht diskriminiert werden), Entschädigung auch für schwule und lesbische KZ-Insassen – dies sind die wichtigsten Punkte einer Initiative zur Durchsetzung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes, die von der AHA in Berlin ins Leben gerufen wurde.

Das letzte Treffen mit dem Arbeitskreis Homosexualität in der ÖTV, den schwulen Lehrern in der GEW Westberlin, der Gruppe L 74, den schwulen Ärzten, den Schwusos und den Schwudos Westberlin und der AHA fand am 19./20. Mai in Westberlin statt.

Es sollen von nun an regelmäßige Tagungen einmal im Monat stattfinden; alle schwulen und lesbischen Gruppen, insbesondere auch außerhalb von Westberlin, sind aufgefordert, mitzuarbeiten.

Kontakt: AHA
Suarezstr. 50/51
1000 Westberlin 19

„Gay Pride“ in Stuttgart

In Absprache mit Bremen und parallel zu den dortigen Veranstaltungen anlässlich des 10jährigen Geburtstages weltweiter militanter Schwulenbewegung findet auch in Stuttgart ein Treffen vom 29. Juni bis zum 1. Juli statt. Dieses Treffen ist vor allen Dingen für die Schwulen und Lesben gedacht, die die weite Anreise nach Bremen scheuen.

Neben vielfachen bunten Aktivitäten, wie z.B. einer Freiluftfete am Freitag an einem Baggersee bei gleichzeitiger Nacktkörperkultur und Infoständen, findet am Sonnabend um 11.30 eine Demonstration durch die Stuttgarter Innenstadt mit Stras-

sentheater und einer anschließenden Solidaritätsfete statt.

Für die, die die aufwendigen Reise-strapazen nach Bremen nicht auf sich nehmen wollen:
Auf nach Stuttgart!

Kontakt: Roland 0711-652107

Nürnberger Kirchentag

Obwohl die Offiziellen das warme Thema scheuen wie der Teufel das Weihwasser, ist es der AG 'Homosexualität und Kirche' (HuK) doch noch gelungen, am heuer stattfindenden Kirchentag teilzunehmen.

Neben der Theatergruppe Brühwarm (Mittwoch + Donnerstag, 13. u. 14.6., 20.00 Uhr, Festsaal), dem



Fliederlichball (Freitag, 15.6., 20.00 Uhr), schwulen Filmen und Beratung von Homosexuellen im Seelsorgezentrum gibt es eine Podiumsdiskussion zum Thema 'Homosexualität und Evangelium' am Freitag dem 15.6. (der Ort ist noch unbekannt). Teilnehmer sind u.a. der fortschrittliche Pädagoge Prof. Helmut Kentler (Han-

nover) und Pfarrer Hans-Georg Wiedemann (Düsseldorf).

Nach langem Hin und Her (siehe AK 152, S. 30) wird es nun doch einen schwulen Infostand auf dem 'Markt der Möglichkeiten' geben (die Kirchenoberen befürchteten einen Markt der 'Unmöglichkeiten'), täglich Donnerstag bis Sonnabend 10 bis 16 Uhr.

Alle weiteren und näheren Informationen über das Büro der AG HuK, Königstr. 39, Tel.: (Vorwahl Nürnberg) 16 34 68, vom 13. bis 16. Juni.

Erfreuliche Kehrtwendung

eine Kehrtwendung um 180 Grad machte die niederländische „Protestantische Stiftung für verantwortungsbewusste Familienbildung“ mit ihrem soeben erschienenem Flugblatt über Pädophilie.

Schüler stellen den größten Teil der Leserschaft. Bis vor einem Jahr bekamen die Schüler diese Beziehungen zwischen Älteren und Jüngeren noch als das Werk von „Kinderschändern“ dargeboten, so auch der Titel der damaligen Schrift.

Stattdessen heißt es unter der Überschrift „Ratschläge an Eltern: Wenn Ihr Sohn oder Ihre Tochter diese Beziehung als schön empfindet, zerstören Sie die Bindung dann nicht. Kinder wissen selbst recht wohl, was sie gut finden.“ Das Aufklärungsblatt endet mit der nachfolgenden Schlussfolgerung: „Daß Pädophilie kaum hingenommen (toleriert) wird, hängt zusammen mit unserer Meinung von Kindern und mit dem Unsichersein hinsichtlich der Sexualität. Wenn wir Kinder sehen würden als Menschen, die eigene Gefühle haben, die Verstand haben und die nicht jemandes Besitz sind, dann erschiene Pädophilie vielleicht viel weniger bedrohlich. Solange wir noch Mühe haben mit der eigenen Sexualität, wird wohl nicht offen und vorurteilsfrei nachgedacht werden.“ (nach DSAP-RB 5/79 aus NIKS 4/79).

Schwulenunterdrückung in US-Knästen Ein Leserbrief aus den USA

In AK 145 veröffentlichten wir einen Artikel von Barry Allen, einem Genossen aus den USA, in dem er die Situation von Schwulen in Knästen beschreibt. Er zeigte auf, welchen Schikanen und Repressalien Schwule in Knästen ausgesetzt sind, kommt aber zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß „Schwule Aktivisten anderen (in den Knästen, Anm. AK) eine Alternative zeigen, daß Männer – auch im Knast – als Männer geliebt werden können und nicht als Frauenersatz. Sie bieten ein Beispiel, das gegen Ausbeutung und Vergewaltigung steht. In dieser Hinsicht vertreten die schwulen Aktivisten in den US-Gefängnissen ‚revolutionäre Einstellungen‘ und gefährden die Ziele der Gefängnisbehörde“. Im folgenden Leserbrief wird die Situation der Schwulen in den US-Knästen einmal aus der Sicht eines Betroffenen geschildert.

AG Schwule

Ich möchte meine Hochachtung für Barry Allens Artikel, der die traurige Lage der Schwulen in den amerikanischen Gefängnissen betrifft, ausdrücken. Sowohl aus eigener Erfahrung als auch aus Beobachtungen kann ich bestätigen, daß die Situation von Mr. Allen sehr anschaulich beschrieben worden ist. Meine Anerkennung für Mr. Allens sorgfältige und präzise Berichterstattung!

Die schlimme Situation der Schwulen in amerikanischen Gefängnissen darf nicht unterschätzt werden. Während ich diesen Brief schreibe, ist es noch nicht 24 Stunden her, daß einer meiner Brüder hier von einem heterosexuellen Gefängnisinsassen vergewaltigt wurde. Wie es die übliche Behandlung schwuler Gefangener ist, wurde mein Bruder, John Cooper, von den Gefängnisbeamten isoliert. Sein 'Verbrechen' bestand darin, daß er sich mit einem Besen gewehrt hatte – gegen einen latenten 'Vergewaltiger', der mit einem Messer bewaffnet war. Dafür wurde er bestraft.

Die Unterdrückung schwuler Gefangener durch amerikanische Beamte ist hier schon lange Realität, aber seit den frühen 70ern bekam sie eine gänzlich neue, erschreckende Bedeutung. Zu dieser Zeit begannen die Gefängnisse der Regierung – im Gegensatz zu denen, die verschiedenen Gefängnisbezirken unterstehen – mit Versuchen der „Verhaltensänderung“ am Gefangenen. 1973, als ich zum ersten Mal in eines der Regierungsgefängnisse kam, wurde Vergewaltigung von den Beamten einfach ignoriert, ja sie wurde sogar als Beruhigung für die aggressiven Häftlinge begrüßt. Dann, 1974, ging Charles Fenton, einer der Wärter des Gefängnisses in

Marion, Illinois, wo Verhaltensänderungen in einem separaten Trakt experimentell untersucht wurden, zur Besserungsanstalt Oxford, Wisconsin, um das Verhaltensänderungsprogramm auf experimenteller Basis in die Wege zu leiten... Mr. Fenton entwickelte dort die Theorie, daß Personen nur dann vergewaltigt werden, wenn sie schwul sind (was von der Wahrheit weit entfernt ist), und daß der einzige Weg, Vergewaltigungen in Gefängnissen zu unterbinden, der sei, alle schwulen Häftlinge zu isolieren. Glücklicherweise verweigerten ihm seine Vorgesetzten die Erlaubnis dazu. So tat Mr. Fenton dann das Nächste: er bat um die Erlaubnis, 12 schwule Häftlinge unter 400 andere Häftlinge zu mischen; er verlegte alle schwulen Häftlinge, die seinen Kriterien entsprachen. Diese schwulen Häftlinge wurden für Monate offen von Beamten beobachtet, ihnen waren überhaupt keine homosexuelle Beziehungen gestattet. In bestimmten Abständen wurde jeder von ihnen von einem Psychologen interviewt, und sie wurden nicht nur davon abgeschreckt, Homosexualität zu praktizieren, sondern auch davon, schwul zu sein. Es muß angemerkt werden, daß es zu dieser Zeit zwei Klassifikationen von Schwulen gab: „aktiv“ und „passiv“. Das Ziel des Experiments war, „aktive“ Schwule in „passive“ zu verwandeln. Es mißlang! Solange die 12 Schwulen genau beobachtet wurden, wurden heterosexuelle Gefangene vergewaltigt. Daraufhin ging Mr. Fenton 1975 zurück zum Gefängnis von Illinois.

Dort entdeckte er, daß sich eine starke 'Clique' schwuler Häftlinge gebildet hatte. Weil dieses Gefängnis für

angebliche Unruhestifter bestimmt war, war eine Anzahl von Schwulen, die sich für Vergewaltigungen in anderen Gefängnissen gerächt hatten, unter den Insassen. Deshalb gehörten die schwulen Häftlinge wie auch die übrigen – zum eher aggressiven Typ. Es gab fast keine Vergewaltigungen. Dennoch begann Mr. Fenton aus mir unbekannten Gründen, alle schwulen Häftlinge (auch mich) abzusondern. Zur selben Zeit verbot der Wärter Benson im Gefängnis Terre Haute, Indiana, wo Vergewaltigungen an der Tagesordnung waren, jede Literatur von oder für Schwule. Ein schwuler Häftling, Harold T. Smith, focht dieses Verbot beim US-Bezirksgericht in Terre Haute an, und das Gericht unterstützte Mr. Benson. Bald darauf begannen auch andere Wärter, derartige Literatur zu verbieten, indem sie damit argumentierten, daß nur schwule Häftlinge jemals vergewaltigt würden und daß sie – wenn sie keine schwule Literatur lasen – von den anderen Häftlingen nicht als schwul identifiziert werden könnten. Dann würden Vergewaltigungen der Vergangenheit angehören, behaupteten die Wärter. Unter Druck vertrat Norman A. Carlson, Direktor der US-Gefängnisbehörde, diese offizielle Auffassung 1976. Die inoffizielle Auffassung war aber, daß schwule Häftlinge „passive“ Homosexuelle werden könnten, wenn man ihnen ihre schwule Literatur entzöge.

1976 wurde Mr. Fenton nach Lewisburg, Pennsylvania, versetzt. In diesem Gefängnis begann er, Häftlinge wegen kleinerer Vergehen abzusondern – auch Schwule. Er begann auch, jeden schwulen Häftling genau zu beobachten. Heute passiert es leicht, daß ein schwuler Häftling abgesondert oder sogar verlegt wird. Schwule Häftlinge werden stets von Beamten verfolgt. Das geringste Vergehen garantiert permanente Absonderung von den übrigen Insassen und eine Verlegung in einen besonderen Trakt für mehrere Monate. Währenddessen haben die Vergewaltigungen nicht nachgelassen. Täglich werden immer noch Häftlinge vergewaltigt. Offensichtlich befindet sich Mr. Fenton absolut im Irrtum.

In Frieden und Solidarität

Neue Brühwarm-Platte

Anzeige

startet!



Bi-Sex-Boogie – Wann? Wann? Wann? – Sie ham mir ein Gefühl geklaut – u.a.



Zu erhalten im:
Tuc Tuc, Oelkersallee 5
oder bestellen gegen
Voreinsendung von
15,- DM bei
Thomas Wiegmann
Oelkersallee 8a
2000 Hamburg 50
Kto. 156299-208
PschA Hmb

BRÜHWARM

MIT MUSIK VON
JON STEINE SCHERPEN

Schwule Befreiungswoche in Stockholm

Wie auch im vergangenen Jahr kommt es wieder zu einer schwulen Befreiungswoche in Stockholm. Letztes Jahr beteiligten sich mehr als 600 Schwule und Lesben an den Festivitäten (siehe hierzu auch AK 134).

Die Veranstalter hoffen nach dem letztjährigen Erfolg diesmal mit der

doppelten Teilnehmerzahl. Wer bereits jetzt Kontakt aufnehmen will:

RFSL Stockholm
Gruppe der schwulen Befreiungs-
woche
Box 15 148
S - 10456 Stockholm

Betrieb und Gewerkschaft



Hände weg von unseren Arbeitsplätzen! AEG-Kanis muß bleiben!

Am 22.5.79 wurde in der Nürnberger Turbinenfabrik AEG-KANIS die Arbeit niedergelegt: 500 der 1.200 Beschäftigten, die in Schichten arbeiten, gingen auf den Werkshof und protestierten gegen die Entlassungspläne der Geschäftsleitung (GL). Dies ist bereits die zweite Protestaktion in diesem Jahr.

AEG-Telefunken ist nach Siemens der zweitgrößte Elektrokonzern der BRD mit 163.000 Beschäftigten, davon 132.000 in der BRD. Produkte sind u.a. Radios, Fernsehgeräte, Kühlschränke (Neff, Linde z.B.), Schreibmaschinen (Olympia-Werke), elektrische Schaltgeräte (Hartmann & Braun), Fernsprechausrüstungen (T & N), Kabel sowie Gas- und Dampf-

„Angefangen hat es bereits vor 10 Jahren“, berichtet der Leiter des IGM-Vertrauenskörpers (VK), Dieter Reindl, in der neuesten Juni-Nummer der Nürnberger Alternativzeitung PLÄRRER, „als die AEG den größten Elektrokonzern Deutschlands, Siemens, mit einer abenteuerlichen Geschäftspolitik von der Spitze verdrängen wollte. Der Ankauf von über 50 Firmen in wenigen Jahren sowie Schwierigkeiten mit einem nicht funktionierenden Kernkraftwerk ergaben, daß plötzlich die finanzielle Decke zu dünn wurde, und das Top-Management vor seinem eigenen Scherbenhaufen stand.“

Die Zeche aber sollten wieder einmal diejenigen zahlen, die an diesen

fürchtungen des Betriebsrates bestätigt:

- Die Firma kündigt 120 Entlassungen an;
- In der Presse ist von Verkaufsabsichten die Rede (PLÄRRER, Juni 1979).

Vorbereitungen durch VK und BR

„Um nicht unvorbereitet mit Entlassungen konfrontiert zu werden, entwickeln VK und Betriebsrat (BR) erste Aktivitäten.“

- Erstellung einer Dokumentation über die bisherige Politik des Konzerns.
- Film in der VK-Sitzung „Grüße

Entlassung zustimmen werden. Der BR fordert die GL auf, endlich lange angekündigte Investitionen vorzunehmen. Er lehnte erneut Überstunden ab und stellte den Widerspruch zwischen Überstunden einerseits und geplanten Entlassungen andererseits heraus.

Die Aktionen vom Februar 1979

Aufgrund von Pressemeldungen, in denen von Schließung bzw. Verkauf die Rede war, forderte der BR die Frankfurter Geschäftsleitung auf, nach Nürnberg an den Verhandlungstisch zu kommen. Bei den Verhandlungen am 6.2.79 widerspricht die GL nicht eindeutig den Pressespekulationen, nahm die geplanten Entlassungen nicht zurück und erklärte, es gebe keine Investitionen.

Während der Verhandlung brachten Vertrauensleute der IGM dem BR-Vorsitzenden Hans J. Patzelt eine Resolution in den Verhandlungsraum und forderten, daß diese auf der Sitzung verlesen wird. Aus dem Schlußteil der Resolution:

„Sollte die Geschäftsleitung an ihrer Absicht festhalten, Personal abzubauen, bitten wir Dich, der Geschäftsführung mitzuteilen, daß wir ab sofort in Verbindung mit der IG Metall und anderen betroffenen AEG-Werken entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten und alle recht-

Informationsstunde beim Betriebsrat mal anders

Am 7.2.79 gingen 400 Kolleginnen und Kollegen gemeinsam zum Betriebsrat, um sich dort über das Verhandlungsergebnis zu informieren. „Sie versammelten sich schließlich auf dem Hof. Weil dort nicht die gesamte Belegschaft über den Verhandlungsstand zu informieren war, lud der BR zur Außerordentlichen Betriebsversammlung (am nächsten Morgen; Anm. d. Verfassers).“

Alle 1.200 kamen. Nach drei Stunden – die Geschäftsleitung verließ unter Unmutsäußerungen der Belegschaft den Raum – verabschiedeten sie eine Resolution. Titel: „Die Zeichen stehen auf Sturm“ (METALL, 21.2.79).

Die Belegschaft forderte den BR einstimmig auf, „sich mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln für die Zurücknahme der geplanten Entlassungen und die Erhaltung der Produktionsstätte Nürnberg einzusetzen“ (Dok., S. 8).

Das entschlossene Auftreten der Belegschaft zeitigte erste Erfolge: – eine halbe Stunde nach der Aktion am 7.2. erklärte sich die GL bereit, 8 Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen; – Am Abend des 8.2.79 dementiert der Frankfurter AEG-Vorstand ge-



Betriebsrat Patzelt spricht zur Belegschaft

turbinen, die in Essen und Nürnberg gefertigt werden.

Die Profite werden als „unbefriedigend“ bezeichnet. AEG-Chef Cipa will den Konzern deshalb beschleunigt „sanieren“. Im ersten Quartal 1979 wurden bereits 1.000 Beschäftigte „herausgeräumt“, bis zum Jahresende sollen 5.000 folgen. Von den geplanten „Strukturmaßnahmen“ ist u.a. der Turbinenbau betroffen, er soll eventuell ganz „abgestoßen“ werden. Insgesamt 3.000 Kolleg/innen sind betroffen. Die Nürnberger haben sich bis jetzt erfolgreich gewehrt.

„Angefangen hat es bereits vor 10 Jahren...“

Die AEG-KANIS Turbinenfabrik ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des AEG-Telefunken Konzerns, bestehend aus zwei Werken, Nürnberg mit 1.200 Beschäftigten und Essen mit 1.800 Belegschaftsmitgliedern. Im Jahr 1976 wurde der bisherige Rekordumsatz bei Neufertigung von Dampfturbinen erreicht. Dies bedeutete innerhalb von drei Jahren eine Umsatzsteigerung von ca. 150 % bei gleichbleibender Belegschaft.

„Seit 1977 machten die Bestrebungen des AEG-Vorstandes, seine Bilanzen auf Kosten unserer Arbeitsplätze zu sanieren, auch um AEG-KANIS keinen Bogen mehr“ (Dokumentation des IG-Metall Vertrauenskörpers und des Betriebsrates von AEG-KANIS Nürnberg, März 1979; im folgenden kurz „Dok.“ genannt).

Entscheidungen nichts, aber auch gar nichts mitzureden oder gar mitzubestimmen hatten. Seit 1970 wurden zum Zweck der Sanierung des Konzerns über 32.000 (!) Arbeitsplätze im Inland vernichtet, während in Billiglohnländern wie Brasilien verstärkt investiert wurde. Für 1979 sind bereits 5.000 Entlassungen angekündigt. In diesen Strudel, verursacht durch die Unfähigkeit eines selbstherrlichen Managements und verstärkt durch die ab 1974 einsetzende kapitalistische Wirtschaftskrise, ist nun seit fast 2 Jahren auch die AEG-KANIS geraten...“

Mit Kurzarbeit fing es an

Erste Alarmzeichen waren die Einführung von Kurzarbeit, die Verschleppung von notwendigen Investitionen und die Schwierigkeiten bei der Übernahme von Ausgelerten. Von nun an begann eine systematische Diskussion und Aufklärungsarbeit der Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute mit den Kollegen und Kolleginnen unter dem Motto: „Kurzarbeit ist die Vorstufe zur Entlassung. Wir müssen uns für den bevorstehenden Kampf um unsere Arbeitsplätze rüsten.“

Als erste Maßnahme gegen die Kurzarbeit sperrte der Betriebsrat sämtliche Überstunden. Die Kurzarbeit mußte schließlich Ende des Jahres 1978 abgebrochen werden. Kurze Zeit später wurden aber leider die Be-



AEG-Kollegen bei einer Abstimmung – diese Art von Demokratie lieben die Kapitalisten gar nicht!

aus Neckarsulm (Kampf der AUDI-NSU-Belegschaft; Anm.d.Verf.) mit anschließender Diskussion.

c) Systematische Diskussion in allen Abteilungen und auf Betriebsversammlungen“ (Dok., S. 2 f.).

lichen und politischen Schritte ergreifen werden für die Erhaltung der Arbeitsplätze in Nürnberg.

Wir möchten daran erinnern, daß die Belegschaft von AEG-KANIS Nürnberg in der Vergangenheit um ihre Interessen gekämpft hat und erst recht dann kämpfen wird, wenn es um unsere Existenz geht“ (Dok., S. 7).

genüber der Presse Verkaufs- und Schließungsabsichten.

Die Entlassungsdrohung blieb jedoch bestehen.

Vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit

Aufgrund der Erfahrungen aus anderen Betrieben beschlossen BR und

VK, die Öffentlichkeit einzuschalten. Der BR veröffentlichte zwei Presseerklärungen an die Lokalpresse, die „METALL“, die Agenturen „dpa“ und „ppa“ sowie den Bayerischen Rundfunk. Ab 8.2.79 berichtete die gesamte Lokalpresse ausführlich über die Ereignisse bei AEG-KANIS.

Die Nürnberger Stadtratsparteien SPD, CSU, FDP, DKP, der Oberbürgermeister, der Wirtschaftsreferent sowie die beiden Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten Batz und Lutz wurden ebenfalls angeschrieben.

Auszug: „Der Stadt Nürnberg und den gewählten Vertretern der Bürger unserer Stadt können die geplanten Entlassungen nicht gleichgültig sein. Dies ist ein Problem von kommunalpolitischer Bedeutung. Wir bitten Sie um Ihre Stellungnahme zu diesen Vorgängen. Gleichzeitig bitten wir Sie um Ihre Meinung, welche konkreten Maßnahmen Sie, aufgrund Ihrer Stellung, für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze ergreifen können.“

Wir werden Ihre Meinung und Ihre Angebote an uns der Belegschaft von AEG-KANIS zur Kenntnis bringen“ (Dok., S. 13).

Damit wurde das Problem AEG-KANIS zu einem Problem der Stadt Nürnberg, die Lage der Nürnberger Metallindustrie wurde ins öffentliche Bewußtsein gerückt: Hier wurden nach einer Erhebung der IG-Metall seit 1974 ca. 10.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Die Geschäftsleitung sperrt den Bayerischen Rundfunk aus

Auszug aus „DER BETRIEBSRAT INFORMIERT“: „Für Donnerstag,

den 15.2.79 kündigte sich das Bayerische Fernsehen bei Betriebsrat und Geschäftsführung an, um über die Situation bei AEG-KANIS Stellungnahmen von Kollegen, Betriebsräten und Geschäftsführung aufzunehmen.

Die Geschäftsführung verweigerte dem Fernsehen den Zutritt zum Werk, darüber hinaus wurde den Reportern auch untersagt, mit Betriebsräten im Betriebsratsbüro zu sprechen.

Wir werten das als einen Versuch, die Öffentlichkeit möglichst auszuschalten, um in aller Heimlichkeit die Entlassungen durchzusetzen. Dies bestätigt sich auch dadurch, daß einige Kollegen von Vorgesetzten unter Druck gesetzt wurden, indem man ihnen nahelegte, sie sollten vor der Kamera nichts aussagen. Um ihrer Position stärkeres Gewicht zu geben, warnte die Geschäftsführung in einem Aushang im Betrieb davor, die Öffentlichkeit weiter zu informieren.

Wir sind der Meinung, daß die Öffentlichkeit ein Recht auf Informationen hat, vor allem auch deshalb, weil die Sicherung unserer Arbeitsplätze auch ein kommunalpolitisches Anliegen ist“ (Dok., S. 23).

Vom Betriebsgelände ausgesperrt, machte das Team vom Bayerischen Fernsehen Film und Interviews vor dem Werkstor, allerdings ohne Vertreter der GL. Die Sendung wurde am 18. Februar ausgestrahlt. Vom Fernsehen zu der Entwicklung befragt, erklärt der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann im Rahmen der Sendung sinngemäß: Wenn Unternehmen konkurrenzfähig bleiben wollen, müßten sie eben Leute entlassen! Auf diese provokativen Äußerungen antworteten 600 empörte Be-

schäftigte, darunter auch CSU-Mitglieder, mit einem OFFENEN BRIEF an Jaumann, indem sie die Frage stellten: „Was nützen uns konkurrenzfähige Betriebe, wenn darin keiner mehr Arbeit findet?“ Und weiter: „Wir haben mit Empörung Ihre Gleichgültigkeit registriert, mit der Sie auf die Ankündigung von 120 Entlassungen... reagiert haben... Wir werten Ihre Haltung als eindeutige Parteinahme für den AEG-Konzern und seine geplanten Maßnahmen“. Im Betrieb wurde heftig diskutiert. Tenor: „Wir werden die Jaumann-Logik bei der nächsten Wahl nicht vergessen.“ (nach METALL, 7.3.79).

Beim VK und BR gingen in den Tagen nach dem 8.2.79 über 40 Solidaritätserklärungen von Betrieben und Organisationen ein.

AEG - scheinbar unbeeindruckt

Am 8.3.79 bekräftigte die Konzernleitung ihre Absicht, die Belegschaften in Essen und Nürnberg zu reduzieren, angeblich als „eine zwangsläufige Folge der verhärteten Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt für den Absatz von Gas- und Dampfturbinen“. Der BR reagiert auf die entsprechende Pressemeldung mit dem Info Nr. 14:

„Jetzt wird erstmals konkret von Entlassungen gesprochen und nicht nur allgemein von Personalabbau. Dies bedeutet für uns, daß wir ab sofort verstärkt wachsam sein müssen. Wir legen aus diesem Grund nochmals unseren Standpunkt ganz klar dar.“

1. Wir werden nicht einer einzigen Entlassung zustimmen...
2. Wir haben einen verbindlichen Auftrag der Belegschaft...

3. Wir haben die Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit gefunden... Wir signalisieren von hier aus nochmals dem AEG-KONZERN, daß die Belegschaft Entlassungen, die den Fortbestand des Werkes Nürnberg gefährden, nicht hinnehmen wird“ (Dok., S. 24).

Am 1. Mai AEG-KANIS vorn!

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde verstärkt, jetzt auch mit Unterstützung der Ortsverwaltung der IGM in die Mitgliedschaft der IGM (42.500 Mitglieder). Am 6. und 7.4.79 verteilten zahlreiche Vertrauensleute vor Nürnberger Betrieben, in der Innenstadt und vor einem Fußballspiel des „Club“ 100.000 Flugblätter zur Lage der Nürnberger Metallindustrie, Titel: 10.000 Arbeitsplätze sind bereits vernichtet“).

Auf eigene Kosten ließen BR und VK 2.000 Autoaufkleber und 2.000 Ansteckplaketten drucken mit der zentralen Losung: „Hände weg von unseren Arbeitsplätzen - AEG-KANIS muß bleiben!“

Der Aufmarschplatz für die Mai-Demo ist vor das Betriebsgelände von AEG-KANIS verlegt worden: 5.000 Kolleginnen und Kollegen erklärten sich solidarisch; ein starkes Kontingent von AEG-KANIS führte die Mai-Demo an.

Wie geht es weiter?

Die AEG hat ihre Pläne bisher nicht geändert, Ende Mai bekräftigte sie ihre Entlassungsabsicht. Das war der Anlaß für die erneute Arbeitsniederlegung am 22.5.

VK-Vorsitzender D. Reindl schätzt die Lage Ende März wie folgt

ein: „Unser Kampf um die Erhaltung unserer Arbeitsplätze sowie die Erhaltung der AEG-KANIS ist noch lange nicht abgeschlossen, sondern beginnt eigentlich erst richtig, wenn die ersten Entlassungen auf den Tisch des Betriebsrates kommen sollten. Aus Erfahrung, gerade aus anderen Betrieben, wissen wir, daß das Dementi des Vorstandes schon morgen keine Gültigkeit mehr haben kann. Als Kriterium für den Fortbestand des Werkes werten wir vor allem die Zurücknahme aller angekündigten Entlassungen.“

Die Grundlage für die bisherigen Erfolge waren nach D. Reindls Ansicht:

- volle Unterstützung durch die IGM-Ortsverwaltung,
- Ständige Information der Kollegen
- Gerade durch die Information Bereitschaft der Belegschaft, aktiv für ihre Interessen einzutreten.

Die Aktion vom 22. 5. 79 beweist, daß die Kampfbereitschaft der Belegschaft unbrochen ist. Wichtig wird sein, daß BR, VK und Belegschaft die Initiative behalten, wie sie es bisher beispielhaft getan haben.

Sie stehen damit auch über Nürnberg hinaus nicht mehr alleine. Am 4.6. legten 1.000 Beschäftigte des Schwesternwerkes in Essen für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Hier will die GL mit 290 Entlassungen beginnen. Gewerkschaftsgruppen weiterer Betriebe können sich wegen der Broschüre und Solidaritätsadressen wenden an den Betriebsrat und/oder Vertrauenskörper der IGM bei AEG-KANIS Turbinenfabrik, Frankenstraße, 85 Nürnberg.

KB/Nürnberg

Nachrichten aus Betrieb und Gewerkschaft



Polizeieinsatz bei Pierburg (Neuß) 1973

Nach 6 Jahren: Pierburg Prozeß!

Im August 1973 streikten die Frauen der Neuffer Vergaserfirma Pierburg (Solex) erfolgreich für die Abschaffung der Leichtlohngruppe 2 und setzten 60 Pfennig Lohnerhöhung durch. Auf diesem berühmt gewordenen Streik reagierte die Unternehmensleitung, indem sie Polizei gegen die Streikenden einsetzte und Knüppelinsätze durchführen ließ.

Zwei Betriebsräte, darunter der damalige Vorsitzende Peter Leipziger prangerten dieses Vorgehen öffentlich an. Jetzt sollen sie dafür vor Gericht büßen. 1975 wurde das Verfahren eröffnet und seitdem immer wieder verschleppt. Mittlerweile gibt es - nach 6 Jahren - kaum noch Öffentlichkeit, auch die Gewerkschaftspresse schweigt. Solidarität und Öffentlichkeit sind also dringend notwendig, um zu verhindern, daß nach so langer Zeit Gewerkschafter, die es gewagt haben, die Polizei öffentlich zu kritisieren, wegen ihrer Courage bestraft werden. Lassen wir sie nicht allein! Der Prozeß beginnt am:

9. Juli um 9 Uhr vor dem Amtsgericht Neuß Breite Straße 46

Das darf nicht wahr sein! Bundesnachrichtendienst an der Spitze der PRO

Die PRO ist ein gewerkschaftseigenes Unternehmen der co op - Gruppe. In diesem Jahr soll ein neues Mitglied in den Vorstand der PRO aufrücken; Dieter Blötz, SPD-Bürgerchaftsabgeordneter in Hamburg, lange Zeit führend in der Hamburger SPD tätig. Seine Karriere begann er über eine Ausbildung auf der gewerkschaftlichen Akademie für Gemeinwirtschaft.

Bereits während seiner Hamburger Tätigkeit war Blötz Spezialist für „Innere Sicherheit“. Er wurde für so fähig gehalten, daß er 1970 Vizepräsident bei einem der drei Haupt-Schnüffeldienste in der BRD wurde: beim Bundesnachrichtendienst

(BND). Jetzt also soll dieser Ober-schnüffler die Führung eines gewerkschaftseigenen Unternehmens übernehmen, ein Skandal, der noch einmal ein Schlaglicht auf die Verfilzung der Gewerkschaftszentralen mit dem BRD-Staatsapparat wirft.

Streik bei VFW

Flecken die unerträglichen Arbeits-

Gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen haben am 22.5.79 über 400 Arbeiter bei VFW in Bremen 5 Stunden gestreikt und am 23.5. nochmal eine knappe Stunde die Arbeit für die folgenden Forderungen niedergelegt:

- Verbesserung der Heiz- und Lüftungsanlage
- sofortige Schaffung von Sozialräumen
- sofortige Beseitigung aller Arbeitsbehinderungen

Dieser Streik war mit 2 Flugblättern von den neu gewählten Vertrauensleuten organisiert worden. Schon vor ein paar Monaten hatten 50 Arbeiter, die das Militärflugzeug MRCA bauen, gegen die unerträgliche Luft und die Hitze 2 Stunden gestreikt.

Die Werksleitung versprach als Provisorium so schnell wie möglich Absaugvorrichtungen und Frischluftzufuhr zu installieren, verweigerte jedoch die Bezahlung der ausgefallenen Zeit.

Arbeitsgerichtsbeschuß; Eine Firma braucht Stänkerer

Die Metallfirma Kaltenbach im badischen Lörrach versuchte den Vorsitzenden des Betriebsrats mit Geldstrafen gefügig zu machen. Die Firmenleitung warf ihm vor, ständig und bewußt gegen das „Kaltenbachsche Prinzip der „Zusammenarbeit und Solidarität“ verstoßen zu haben. So habe er sich nicht von Artikeln der IG-Metall Zeitung „Metall“ zum Betrieb Kaltenbach distanzieren und er habe einen IG-Metall Sekretär auf einer Betriebsversammlung das Rede-recht erteilt. Außerdem soll er versucht haben, andere Betriebsratsmit-

glieder „auf Konfrontationskurs“ gegen die Geschäftsleitung zu bringen, und dann habe er noch ein Solidaritätstelegramm an Streikende einer Firma geschickt, die Kunde bei Kaltenbach ist.

Aus diesen Gründen, und weil er zweimal zu spät von der Mittagspause zurückkam, sollte ihm die freiwillige Weihnachtsgatifikation und eine freiwillige betriebliche Vermögensbildung von 1000 DM nicht gezahlt werden. Vor dem Arbeitsgericht und vor dem Landesarbeitsgericht bekam der Betriebsratsvorsitzende recht. Laut „Stuttgarter Zeitung“ räumte der Richter in der mündlichen Urteilsbegründung ein, daß ein unbequemes Betriebsratsmitglied einer Firma Mühe mache und sie auch Geld kosten könne. Dies könne sich aber auch fruchtbar auf das Leben im Betrieb auswirken. Man brauche Stänkerer, um eine Sache vorwärtszutreiben.

Ausbeutung statt Ausbildung

Sogenannte „Betreuungsverträge“ werden in Nordrhein-Westfalen aus Steuermitteln mit 3.000,- DM für die Kapitalisten finanziert, um arbeitslosen Jugendlichen in einjähriger Vertragsdauer „einen Einblick in die Arbeitsabläufe des Betriebes zu geben“ oder wie es in den Richtlinien

heißt: „Die produktive Tätigkeit an ausgewählten Arbeitsplätzen gibt den Jugendlichen die Möglichkeit, Arbeitstugenden wie Ausdauer, Genauigkeit, Konzentrationsfähigkeit, Selbstständigkeit, Pünktlichkeit zu entwickeln und in einer Arbeits-haltung zu integrieren.“

Diese Möglichkeiten und „Einblicke“ sehen bei den Ford-Werken in Köln so aus:

Die Jugendlichen werden sofort in die Produktion ans Fließband ge-

steckt, müssen Schichtarbeit ohne Schichtzuschläge machen (auch Nachtschichten!) und bekommen dafür weniger als 700 DM im Monat!

Für diese Ausbeutung kassierte Ford aus Steuermitteln 186.000,- DM für 61 „betreute“ Jugendliche ;



Streik bei „Bremer Vulkan“

Streik bei „Bremer Vulkan“

Kein Lohnabbau! Schiffbauer bei „Bremer Vulkan“ im Streik

Von Dienstag-Mittag (22.5.79) bis Mittwoch 11.00 Uhr haben die 450 Schiffbauer der Bremer Vulkan-Werft die Arbeit niedergelegt. Durch eine Änderung der Zeitvorgaben wollten die Vulkan-Unternehmer eine dra-

stische Senkung des Akkordlohns einführen. Nach einer Branchenversammlung in der Mittagspause wurde der Lohnausschuß des Betriebsrates zu sofortigen Verhandlungen aufgefordert und die Arbeit niedergelegt. Die Geschäftsleitung garantierte daraufhin für den Monat Mai die bisherigen Akkordsätze, ließ die Frage für die folgenden Monate jedoch

Kurzmeldungen

Bundesarbeitsgericht: Bei Streiks erlöschen Mitbestimmungsrechte

Wenn Kapitalisten Streikbrecher zu Mehrarbeit verpflichten, entfällt dabei das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates, so entschied das Bundesarbeitsgericht. Es ging dabei um eine Auseinandersetzung im Drukkerstreik 1976 in einem Hamburger Druck- und Verlagshaus. Damals verweigerte der Betriebsrat die Durchführung von Überstunden von „arbeitswilligen“ Druckern.

Mit der jetzigen Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes werden den Kapitalisten bei Arbeitskämpfen alle Möglichkeiten eingeräumt und der Betriebsrat gänzlich ausgeschaltet, da andernfalls nach Meinung des Bundesarbeitsgerichtes „die Kampfpazität beeinträchtigt wird“.

Arbeitsgerichtsprozeß gegen Cassella-Betriebsrat

Michael K. war fristlos entlassen worden (s. AK 148 und 151); angeblich wegen eines Arbeitsfehlers, der ein neues „Seveso“ hätte herbeiführen können. Der Hauptprozeß im Kündigungsschutzverfahren läuft nun an:

Am 20. Juni 1979 um 10.30 Uhr, Raum 101, Arbeitsgericht Frankfurt, Adickesallee.

Personalrätinnen gewannen gegen Post

Zwei Personalrätinnen des Hamburger Fernmeldeamtes I gewannen am 31. Mai in der Revision ihren Prozeß vor dem Hamburger Landesarbeitsgericht gegen die Bundespost. Diese hatte „Zweifel an der Verfassungstreue“ der beiden angemeldet und Diszipli-

maßnahmen eingeleitet. Im „Deutschen Herbst“ 1977 nach dem Tod Schleyers hatten neun Kolleginnen des Fernmeldeamtes I sich nicht an die von oben verordnete Trauer gehalten und weitergearbeitet. Als sie daraufhin „zu diesen Vorfällen dienstlich gehört“ werden sollten, nahmen die Personalrätinnen der oppositionellen „Wählerinitiative“ in ihrem Informationsblatt dazu Stellung: „Zum neuen Beschützer der Grundordnung wurde der heilige Denuntius ernannt. Na denn. Die von oben befohlenen Festtage werden schon wiederkommen, nur Geduld“, hieß es in satirischer Anspielung auf den Faschismus.

Nun muß die Post Zweifel und Aktenvermerke zurückziehen. „Die Kritik im Info-Blatt war zwar scharf und polemisch, rechtfertigt aber nicht die Tatsache, die Angestellten in den Geruch von Verfassungsfeinden zu bringen“, so daß Urteil des Landesarbeitsgerichts (Aktenzeichen: 1 Sa 15/79).

Verlängerter Ladenschluß?

...in Ruhe einkaufen ...

Eine breit angelegte Kampagne hat die Frauenzeitschrift „EMMA“ seit April des Jahres zur Verlängerung der Ladenschlußzeiten und Aufhebung des Ladenschlußgesetzes in der BRD begonnen.

Der Ladenschlußparagraph „schadet allen Frauen als Käuferinnen wie als Verkäuferinnen“, behauptet „EMMA“. Würde man diese typische deutsche Reglementierung aufheben („Ordnung heißt eben hierzulande Verbot“), dann müßten „Käuferinnen nicht mehr hetzen, sondern könnten in Ruhe einkaufen. Und Männer hätten weniger Vorwände, sich ganz vor dem Einkaufen zu drücken“.

„Unsere Schlag 18 Uhr 30 verödeten Straßen würden vielleicht wieder ein wenig lebendiger werden...“, ferner könnte „eine Frau, die bisher nicht berufstätig war, vielleicht auch einmal von 16 bis 20 Uhr als Verkäuferin arbeiten gehen und so wieder den Anschluß ans Berufsleben finden“.

Kurz: „Mehr Lebensqualität, weniger Streß vor wie hinter dem Ladentisch, weniger Streß für die Kundin, wie für die Verkäuferin“, schlußfolgert „EMMA“ mit wohlklingenden Worten.

In diesem Sinne bekräftigen auch einige Leserbriefe die Forderung der „EMMA“. Eine ehemals berufstätige Leserin erinnert sich, „was für eine Hektik es immer war, entweder in der Mittagspause oder gegen 17 Uhr 30 oder gar 18 Uhr in die Geschäfte hasten zu müssen...“

... schadet niemanden ... ?

„Wirklich schaden würde das (die Verlängerung der Ladenschlußzeiten, Anm.AK) *n i e m a n d e m*. Unseren aber vielen“, meint „EMMA“ (Hervorhebung von uns).

Die betroffenen Verkäuferinnen hätten dadurch etliche Vorteile:

- „flexiblere Arbeitszeiten“
- „mehr Teilzeistellen (auf die die doppelbelasteten Frauen ja leider immer noch angewiesen sind)“
- „weitere Frauen könnten über Teilzeitarbeit wieder in das Berufsleben gehen“ und
- „aus einem Arbeitsplatz werden zwei, und damit wäre endlich und wirklich die 40-Stunden-Woche die angestrebte 35-Stunden-Woche für das Verkaufspersonal erreicht“.

Den Sorgen der Verkäuferinnen, die die Lasten dieser Regelung zu tragen hätten, hält „EMMA“ entgegen: „Da pocht die Gewerkschaft auf den sozialen Schutzcharakter des Gesetzes und tut so, als könnten die Verkäuferinnen wehr- und wahllos ausgebeutet werden, würden nur die Ladenschlußzeiten aufgehoben. Dabei wird die 40-Stunden-Woche längst per Tarifvertrag festgeschrieben!“

Die Arbeitszeit der Verkäuferinnen

Schon heute können einige hunderttausend Verkäuferinnen ihr Lied singen von der „40-Stunden-Woche“ im Einzelhandel: Gegen 8.30 Uhr Arbeitsbeginn, 18.30 Uhr Ladenschluß – das heißt 19.00 Uhr oder 19.15 Uhr Arbeitsschluß. Nur ca. jeden vierten Samstag im Monat frei, einmal im Monat „langen Samstag“ – ansonsten hat eine Verkäuferin beliebige einzelne Tage in der Woche zusätzlich frei. Tage, an denen Freunde und Bekannte arbeiten müssen. Die Zeiten zwischen Ladenschluß (18.30 Uhr) und dem Zeitpunkt, wo die Verkäuferin gehen kann (wenn die letzten Kunden „rausgeschmissen“ sind, und die Kassabestimmung „stimmt“ – oft erst gegen 19.10 Uhr) werden in vielen Kaufhäusern gleichfalls nicht bezahlt – müssen also unbezahlte Mehrarbeit zu den „40“-Stunden zugerechnet werden. Und selbst da, wo die 40 Minuten nach Ladenschluß „grüßlich“ auf die Arbeitszeit angerechnet werden, und diese Zeit der Mittagspause zugeschlagen wird, ist dies eine Zeit, die die Kollegin nur wenig für sich selbst nutzen kann: so oder so ist sie 10 1/2 Stunden (mit Anfahrweg also ca. 11 1/2 bis 12 Stunden), „unterwegs“.

Für diese allein zeitlich ungeheure Belastung trägt eine Verkäuferin, die „40“-Stunden die Woche arbeitet, mindestens DM 960,- brutto und maximal einen Tariflohn von DM 1.360,- brutto monatlich nach Hause. Das ist ein Nettolohn, der dem Arbeitslosenlohn eines Arbeiters entspricht bzw. sogar darunterliegt.

Es ist kein Zufall, daß es gerade



Kommt der Hexenwahn wieder? Dicke wollen dick sein! Rhodesien: Vor unseren Augen

ein typischer Frauenberuf ist, der mit diesen Löhnen das absolute Schlußlicht der Einkommensskala bei den Angestellten bildet.

Die Kaufhaus- und Supermarktkapitalisten können sich eine typische Kombination von Bedingungen leisten, die eine typische Kombination von Bedingungen zuzunutzen machen, die beim „Arbeitskräfteangebot“ in diesen Branchen eine Rolle spielt:

- hohe Frauenarbeitslosigkeit – und damit großes „Angebot“ auf dem Markt,
- Frauen, die kaum eine Ausbildung bekommen haben,
- Frauen, die nach Jahren der Hausarbeit wieder berufstätig werden wollen, und denen der Wiedereinstieg in den „gelernten“ Beruf zu schwer oder unmöglich gemacht wird,
- Frauen, die „dazu verdienen“ müssen, weil ein Einkommen für die Familie nicht ausreicht,
- geringeres Engagement gegen diese Zustände z.B. gewerkschaftlich zu kämpfen bei Frauen, die nur vorübergehend oder halbtags arbeiten.

... schafft Arbeitsplätze ...?

Ähnlich wie „EMMA“ Illusionen über die Einhaltung der 40-Stunden-Woche im Einzelhandel zu wecken versucht, verbreitet sie Träumereien über die Schaffung von Arbeitsplätzen:

„Schluß mit dem Ladenschluß“ bedeutet: aus einem Arbeitsplatz werden zwei und damit wäre endlich und wirklich die 40-Stunden-Woche die angestrebte 35-Stunden-Woche für das Verkaufspersonal erreicht.“

Die Frankfurter Rundschau vom 19.5.79 zeigt in einer Untersuchung über die Entwicklung im Lebensmittel Einzelhandel von 1972 bis 1977 auf:

Bei einer Steigerung des Gesamtumsatzes um 34 % und einer Vergrößerung der Verkaufsflächen um 18 % sank die Anzahl der Beschäftigten um 14 %, bezogen auf die Verkaufsfläche sank die Anzahl der Beschäftigten um 27 % (d.h. ein/e im Einzelhandel Beschäftigte/r hat heute dreimal soviel Ladenfläche zu versorgen wie vor 5 Jahren). Der Umsatz pro Beschäftigten im Lebensmittel Einzelhandel stieg sogar um 55 %.

„Variable“ Arbeitszeit und Schichtarbeit

Die Forscherin Ingrid Scheibe-Lange des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB sieht „die Arbeitnehmer im Einzelhandel von einer Welle von Rationalisierungsmaßnahmen in bisher unbekanntem Ausmaß überrollt. Ursache ist ... der verstärkte und gleichzeitige

Einsatz von drei schon früher erprobten Instrumenten: noch mehr Selbstbedienung, noch umfassendere Zentralisierung von Funktionen ... noch schärfere Personaleinsatzplanung (Vollzeitbeschäftigte werden dabei

durch Teilzeitbeschäftigte ersetzt, die gezielt in Stoßzeiten eingesetzt werden“) (FR, v. 19.5.79).

Im Einzelhandel wird bereits „variable Arbeitszeit“ praktiziert und soll nach dem Willen der Einzelhandelskapitalisten zunehmend eingeführt werden (vergleichbar mit dem „Stand-by“ bei Billig-Flügen). Die HBV schreibt in einem Flugblatt dazu: „Eine geregelte Arbeitszeit gibt es dann nicht mehr. Die Arbeitgeber diktiert ihre Arbeitszeit.“ Die Verkäuferin verpflichtet sich, „jederzeit abrufbereit dem Unternehmen zur Verfügung zu stehen.“

Die Verkäuferin fängt also nur noch die arbeitsintensivsten „Stoßzeiten“ ab, natürliche „Leerlaufphasen“, wie es sie an jedem Arbeitsplatz gibt, gelten als unbezahlte „Freizeit“. Diese „variable Arbeitszeit“ auch noch ausgedehnt bis 20 Uhr oder gar 22 Uhr, wie „EMMA“ sie zur Verlängerung der Ladenschlußzeiten in Kauf nehmen würde, würde die Probleme einer Schichtarbeit für Frauen noch verstärken.

Doch bei diesem Thema wird „EMMA“ schlicht grob: sie meint, es würden „Krokodilstränen vergossen über die Gefahr eines neuen „Arbeiterproletariats“ beim späteren Ladenschluß. Als seien dies die ersten Spätschichtler (!). Hat man bei der Gewerkschaft HBV noch nichts von Nachtschicht in anderen Arbeitsbereichen gehört...?“ Schließlich wären viele der Frauen, die über Teilzeitarbeit und „flexiblere“ Arbeitszeiten den Wiedereinstieg ins Berufsleben finden, auch hocherfreut, leitende Positionen im Schichtdienst übernehmen zu können.“

Den Einwand vieler Kolleginnen und Kollegen, daß Familienleben, Freundschaften etc. unter Schicht- und Spätarbeit leiden, ausgedrückt in der Parole „Nach 18.30 Uhr gehört Mutti uns“, kontert „EMMA“ völlig demagogisch: „Wann gehört Mutti eigentlich sich selbst?“

„Es geht wieder aufwärts“ mit den Unternehmerprofiten

cherer werden, er hat eine Reihe äußerst unangenehmer Auswirkungen auf die ökonomische Lage der Arbeiter und Angestellten.

Preise steigen – Löhne sinken

4 bis 4,5% brutto mehr Lohn haben die Tarifrunden gebracht. Ausgangspunkt in der offiziellen Argumentation für diese Lohnerhöhung war eine Preissteigerungsrate von gut 2%. Mittlerweile hat sich das Bild jedoch grundlegend geändert. Die Preise sind im letzten halben Jahr von 2,1% auf mittlerweile 3,8% im Mai gestiegen, d.h.: Die Bruttolohnerhöhung ist fast weggefrisst. Dazu kommt: Die Mehrwertsteuererhöhung am 1. Juli, die von der Bundesregierung mit plus 0,7% auf die Verbraucherpreise berechnet wird („Spiegel“, 4.6.79). Und dazu kommen die enorm steigenden Öl- und Benzinpreise, die sich auch auf die Verbraucherprodukte, die aus Öl hergestellt werden, niederschlagen. Insbesondere der „Kampf um's Öl“ wird benutzt, um Superprofite zu machen. Während die Ölkonzerne angeblich riesige Preiserhöhungen der Ölproduzenten sowie Lieferschwierigkeiten für die Preiserhöhungen verantwortlich machen, ist es eine Tatsache, daß die Rohöleinfuhr in die Bundesrepublik in den ersten vier Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 20% gestiegen ist („FR“, 26.5.79), die gleiche Zahl wird für die Steigerung der Benzinproduktion angegeben („FAZ“, 7.6.79). Bewußt verbreiteter „Ölmangel“ ist aber mit ein offizieller Grund für enorme Preissteigerungen: Über 70% beim Heizöl („FR“, 26.5.79), 13,2% beim Normal- und 12,2% beim Superbenzin („FAZ“, 7.6.79).

Vor diesem Hintergrund stellt der „Spiegel“ (4.6.79) die Prognose auf, daß die Preissteigerungsrate am Jahresende bei 5% liegen wird.

Teuerungszulage gefordert

Noch am 16. Mai hatte der IG Metall-Chef Eugen Loderer die niedrigen

Vorteil für die „Tante-Emma-Läden“?

Auch „EMMA“s engagiertes Eintreten für die Rettung der „Tante-Emma-Läden“ erscheint nicht ganz schlüssig.

Längere Öffnungszeiten sollen es diesen Läden laut „EMMA“ erleichtern, konkurrenzfähig zu bleiben gegen Supermarkt und Kaufhaus.

Tatsache ist aber doch gerade, daß die kleinen Einzelhändler und Familienbetriebe heute schon von morgens 7.00 Uhr bis spät in die Nacht hinein arbeiten, um sich über Wasser zu halten. Von 1970 bis 1977 verringerte sich die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte allein um 70.000 – wie sollten diese Läden bei Öffnungszeiten von 8.30 Uhr bis z.B. 22.00 Uhr die Mehrarbeit abfangen können?

Ungestrestes „Einkaufserlebnis“ zu Lasten der Verkäuferinnen?

Sicher, es kostet täglich Millionen von berufstätigen Frauen (und Männern) Nerven und Streß zusätzlich zum Tempo und den Belastungen bei der Arbeit auch noch die Hektik des Einkaufs kurz vor Ladenschluß zu ertragen. Doch ausgerechnet die Frauen, die als Verkäuferinnen am Schluß der Einkommensskala stehen, die heute schon fast 12 Stunden Zeit aufwenden müssen, um 8 Stunden bezahlt zu bekommen, sollen eine Arbeitszeit bekommen, die Ausschuß von allen kulturellen, politischen Aktivitäten mit sich bringt?

Ausgerechnet diese Frauen sollen ihre Freizeit dann machen „dürfen“, wenn Freunde und Bekannte arbeiten, wenn die Familie nicht da ist?

Ein Teil der „Werkstätigen“ soll also ausbaden, daß die Kapitalisten den Arbeitsprozeß so „organisiert“ haben, daß die eigene „Reproduktion“ kaum noch organisierbar ist?

Sollten nicht lieber Forderungen aufgestellt werden, die insgesamt frauen- und menschenfreundlicher sind – wie z.B. ein „haushaltsfreier Nachmittag“ pro Woche?

In dieser Richtung nachzudenken dürfte lohnender sein, als mittelalterliche Arbeitszeiten für eine ganze Branche einzuführen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Tarifabschlüsse gerechtfertigt und das Fazit gezogen: „Nach allem, was man gegenwärtig sagen kann, wäre es also ungerechtfertigt zu glauben, die Preissteigerung überrolle die Lohn- und Gehaltsentwicklung“ („Metall“, 16.5.79), siehe auch AK 154). Zwei Wochen später scheint er seinen eigenen Worten nicht mehr zu trauen. Die Ölpreissteigerungen seien „ein Anschlag auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung“ (Loderer laut „Tagesspiegel“, 29.5.79) und schließlich: „Die Erhöhung der Öl- und Benzinpreise wird ... die nächste Tarifrunde wesentlich beeinflussen“ (Loderer laut „FR“, 5.6.79).

Ob allerdings diese Rechnung aufgeht, ist ungewiß, denn zunehmend macht sich in Betrieben Unruhe über die Preissteigerungen im Verhältnis zu den niedrigen Lohnabschlüssen bemerkbar. In vielen Metallbetrieben wird über eine Teuerungszulage diskutiert (die Forderung nach Teuerungszulagen löste 1973 eine Reihe „wilder Streiks“ aus), u.a. haben 200 IG Metall Vertrauensleute bei VW in Braunschweig einstimmig eine Nachschlagzahlung von 1.000 DM gefordert und bereits am 3. Mai streikten 1.300 Beschäftigte der Düsseldorfer Werkzeugmaschinenfabrik Spieß für eine Teuerungszulage.

Damit droht das Konzept der Unternehmer in der diesjährigen Tarifpolitik, die Löhne besonders niedrig zu halten, um im Konjunkturaufschwung kräftig abzuschöpfen, zu scheitern. Vor diesem Hintergrund muß auch die Unternehmerforderung an die Gewerkschaften „zur Rückkehr zum Gedanken der Sozialpartnerschaft“ (auf einer Kundgebung der nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbände, laut „FAZ“, 29.5.79) gesehen werden.

In Betrieben und Gewerkschaften sollte diese Diskussion gefördert werden: Nicht erst in der nächsten Lohnrunde, wie Loderer verspricht, sondern noch in diesem Sommer ist eine Teuerungszulage fällig, damit es auch bei den Löhnen mal wieder aufwärts geht.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Solex: Geld vom Staat 300 Entlassungen

Westberlin: Was dem Betriebsrat überraschend Ende April mitgeteilt wurde, bestätigte die Geschäftsleitung auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung:

300 Beschäftigte sollen ab Juli 79 entlassen werden. Hauptsächlich betroffen sind Frauen – Akkordarbeiterinnen. Die Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz sind schlecht. Nach der angekündigten Schließung von Loewe-Opta mit über 500 Beschäftigten und des Berliner Zweigwerks von Mannesmann mit über 300 Kollegen, nach den Entlassungen von 120 Kollegen und weiteren 200 geplanten bei KWU ist dies bereits der vierte Fall von Massenentlassungen in der Westberliner Metallindustrie allein in

zähler ca. 20 Millionen DM – gut 60.000 DM für jeden vernichteten Arbeitsplatz.

Dies war auch der Hauptkritikpunkt auf der Betriebsversammlung. Betriebsratsvorsitzender Kohler bezeichnete den geplanten Arbeitsplatzabbau als „die Beseitigung von Arbeitsplätzen mit Steuergeldern, zur Sicherung der Gewinnerwartung des Unternehmens“ („Metall“ Nr. 11/79).

Der Geschäftsführer Pierburg dagegen pochte unverfroren auf seinen Rechtsanspruch bezüglich öffentlicher Subventionen.

Die Westberliner IG Metall ist mittlerweile an die Öffentlichkeit gegangen und fordert, „daß der Senat seine Unterstützung davon abhängig macht,



Solex-Kollegen am 1. Mai in Westberlin

diesem Jahr.

Als „Begründung“ haben die Pierburg-Kapitalisten – als Mutterfirma der Deutschen Vergasergesellschaft – das Auslaufen einer Vergasertypen genannt. Tatsächlich sind die Entlassungen geplant im Rahmen einer Umstrukturierung der gesamten Produktion. Danach soll später auch die Herstellung weiterer Vergasertypen eingestellt werden. Gerüchte besagen, daß von den jetzt verbleibenden 1.100 Arbeitsplätzen dann weitere 300 gefährdet sind.

Besonders brisant ist, daß dem Pierburg-Konzern bei seinen Rationalisierungsmaßnahmen der Westberliner Senat tatkräftig zur Seite steht. Neben einer Investitionszulage von 25% konnte Solex ein neues Gelände mit billigsten ERP-Krediten (fast zinslos) „erwerben“, d.h. bei einer Investitionssumme von rund 50 Millionen DM zahlt der Steuer-

daß die Unternehmensleitung die in Berlin jetzt vorhandenen Arbeitsplätze erhält und darüber hinaus die Garantie bietet, daß die mit Senathilfe vorgenommenen Investitionen nicht dazu führen, Arbeitsplätze abzubauen“ („Metall“ Nr. 10/79).

Daß von dieser Seite mit keinerlei Unterstützung zu rechnen ist, machte FDP-Wirtschaftssenator Luder deutlich: „er werde den Gesichtspunkt der Arbeitsplatzvernichtung auf Dauer bei der Entscheidung über einen Investitionsantrag mitberücksichtigen“.

Beschränkt die IG Metall ihre Aktivitäten darauf, Forderungen an den Senat zu stellen und (so der 2. Bevollmächtigte der IGM H. Wagner auf der Betriebsversammlung) das „unmoralische Verhalten“ der Kapitalisten anzuprangern, sind die 300 Entlassungen besiegelt.

Metallkommission

Kritik am Artikel „Tarifpolitischer Durchbruch?“ in AK 153

Kritik am Artikel „Tarifpolitischer Durchbruch?“ in AK 153

Der Artikel stellt gleich im ersten Satz richtig fest, daß es sich um einen neuen Manteltarifvertrag für den Nordverbund insgesamt handelt. Bisher gab es unterschiedliche Manteltarifverträge für Hamburg, Schleswig-Holstein, Unterweser, nördliches Niedersachsen. Im weiteren unterliegt der Artikel aber einem schweren Gedankenfehler: „Das Auffälligste daran ist, daß er (der neue MTV) im Vergleich zur letzten Fassung vom 30.9.70 zahlreiche Verschlechterungen enthält“. Ja, welche letzte Fassung ist denn hier gemeint? Die von Unterweser oder die von Niedersachsen? „Dagegen stieß die Einigung insbesondere bei den Hamburger Funktionären auf Empörung und Ablehnung“. Dem sachunkundigen Leser wird diese Tatsache nicht erklärt. Er kann nur vermuten, daß der neue MTV gegenüber dem alten Hamburger MTV besondere Verschlechterungen bringt. Und das ist eben das zentrale Argument der IGM Bezirksleitung für die Rechtfertigung dieses neuen MTV – bis auf Hamburg bringt er für alle anderen Gebiete Verbesserungen. Deshalb auch die Nein-Stimmen aus Hamburg und die eindeutige Zustimmung bei den anderen Tarifkommissionsmitgliedern.

Der Artikel im AK zählt lediglich die Verschlechterungen zum alten Hamburger MTV auf, allerdings ohne dies an Hamburg gebunden zu kennzeichnen, und kommt dann zu dem Schluß „... daß der neue Vertrag Verschlechterungen für alle fest schreibt“. Genau das bestreitet die IGM-Führung und das müßte von uns auch konkret mit den entsprechenden alten MTVs widerlegt werden.

Ein Metallgenosse

Stellungnahme des Artikelschreibers

Ich stimme deiner Kritik in soweit zu, daß aus dem Artikel nicht ersichtlich ist, welche Tarifverträge verglichen wurden. Der Artikel wurde rein

aus Hamburger Sicht geschrieben, was aus diesem so nicht erkenntlich wird, bzw. diese Sicht der Dinge wurde in unzulässiger Weise vorausgesetzt. Ziemlich lokalborniert also, was du zu Recht bemängelst.

Nicht ganz folgen kann ich allerdings deiner Aussage hinsichtlich der Argumentationsweise der IG Metall-Führer, daß der neue MTV bis auf Hamburg für alle anderen Verbesserungen bringt. Meines Erachtens wird dies so von den Gewerkschaftsführern auch nicht vertreten. In den Metall-Nachrichten war unter der Überschrift: „Einige Rosinen fehlen“ zu lesen: „wir haben nicht alle bisherigen Bestimmungen der einzelnen Manteltarifverträge im neuen Vertrag verankern können“. Hiermit wird doch ganz allgemein und nicht nur bezogen auf Hamburg zugegeben, daß Verschlechterungen akzeptiert wurden. Wobei natürlich nichts dagegen spricht, wenn wir dieses pauschale Eingeständnis anhand weiterer Tarifverträge etwas präzisieren hätten können. Nur fehlte uns dazu das entsprechende Material.

Gänzlich anderer Meinung bin ich jedoch, wenn du die konkrete Beweisführung mit den alten MTVs als Voraussetzung für unsere Kritik forderst. Denn damit gehst du der Demagogie der Gewerkschaftsführer vom sogenannten tarifpolitischen Durchbruch ganz schön auf den Leim. Denn selbst wenn es zutrifft, daß die Verschlechterungen auf Hamburg beschränkt sind, muß man den neuen Vertrag doch entschieden ablehnen. Für mich jedenfalls rechtfertigt die Zusammenlegung von Tarifverträgen keine materiellen Einbußen. Für einen großen Teil von Kollegen selbst dann nicht, wenn die Kollegen in anderen Tarifgebieten dabei etwas besser abschneiden. Bei aller Bescheidenheit in die gewerkschaftliche Tarifpolitik, so muß doch bei der Zusammenlegung von Tarifverträgen mindestens rauskommen, daß dabei niemand Nachteile hinnehmen muß.

Drucker und Metaller in Hamburg: Weiterhin für die 35-Stundenwoche

Hamburgs IG Druck-Vorstand hatte am 8.6. zu einer Veranstaltung zur 35-Stunden-Woche eingeladen. Eingeladen waren als Gäste Stahlarbeiter aus dem Ruhrgebiet, eingeladen war auch der Hamburger IG Metall-Vorstand, der aber nicht kam. Dafür waren über 300 Kollegen und Kolleginnen nicht nur aus Druckbetrieben, sondern auch aus Metall- und Chemiebetrieben, aus der ÖTV und der HBV anwesend.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Ausführungen des Betriebsratsvorsitzenden Herbert Knapp von Mannesmann in Duisburg-Huckingen. Dieser Betrieb hat im Stahlstreik eine Avantgarde-Rolle sowohl bei der Streik-Führung, als auch den nachfolgenden innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen gespielt. Knapp's Ausführungen machten deutlich, daß auch nach dem Streik, trotz Niederlage, die Belegschaft diese Rolle weiterhin spielen kann. Wir wollen uns in der Darstellung Knapps zum Streikverlauf und seinen Konsequenzen auf die Fragen beschränken, die für den AK-Leser neu sind, zumal wir hier nicht ansatzweise das schreiben können, was Knapp an zum Teil dramatischer Rede bot.

Knapp entwickelte noch einmal, wie bei Mannesmann frühzeitig die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung als Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze verstanden wurde, daher alle Versuche nach dem Streik, mehr Urlaub als Ersatz hierfür anzubieten, einfach an dem Problem vorbeigehen. Die Mannesmänner ihrerseits hatten die Forderung nach der 32-Stundenwoche aufgestellt, mußten sich dann der Realität beugen, hiermit noch isoliert zu sein. Die auf dem Gewerkschaftstag der IGM verabschiedete 35-Stundenwoche war dann das nächste Kampfziel. Jedoch verlief ja bereits diese Entscheidung gegen das Votum des Gewerkschaftsvorstands. Knapp: Der Verdacht liegt nicht fern, daß die Führung von Beginn an im Streik nur mit halbem Herzen dabei war.

An einem weiteren Punkt hatten sich die Mannesmann-Kollegen nicht durchsetzen können: Sie hatten als einzige den Streikzeitpunkt abgelehnt. Der Grund: Sie wollten erst im Februar/März 1979 streiken, da zu der Zeit traditionell (und wissenschaftlich berechenbar) die Stahlnachfrage der Autoindustrie hoch ist, ein Streik damit sehr schnell Wirkung zeigt, indem er dies Herzstück der Industrie trifft. Demgegenüber ist

Forderung nach Teuerungszulage, die gerade ausgearbeitet wird, bereits damit begonnen.

Knapp betonte außerdem die internationale Zusammenarbeit in der Stahlbranche und distanzierte sich von den Führern des DGB, die eine dafür wichtige Gewerkschaft, die französische CGT ausschließen wollen. Ausdruck der internationalen Verbundenheit sei die Teilnahme von 55 Mannesmann-Kollegen beim von der französischen CGT organisierten „Marsch der 100.000 Stahlarbeiter“ auf Paris.

Hervorzuheben ist noch, daß die Vertrauensleute wählen bei Mannesmann ein Drittel neuer Vertrauensleute brachten, die überwiegend Aktivisten im Streik gewesen sind.

In der anschließenden Diskussion wurde noch aus verschiedenen Hamburger Metallbetrieben sowie aus dem DruPa-Bereich über ähnliche Erfahrungen mit dem Gewerkschafts-

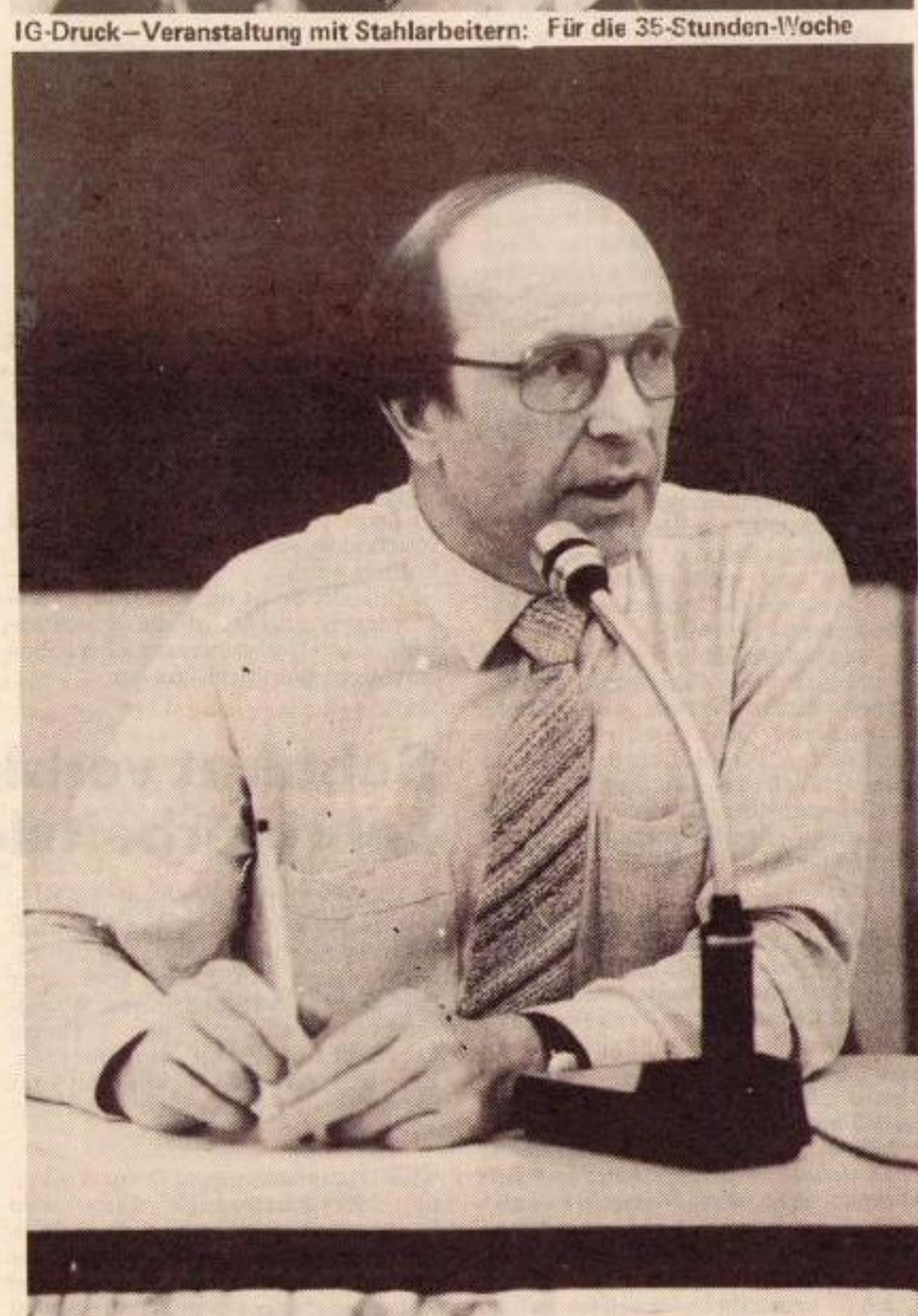
apparat berichtet und damit die Notwendigkeit des Basiskontaktes über die Betriebe und Branchen hinweg nochmals verdeutlicht. Eine Resolution des Still-Vertrauensleutkörpers (IGM) zur Festhaltung an der Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde von den über 300 Anwesenden einstimmig verabschiedet. Als Anregung wurde noch aufgenommen, in Kürze eine ähnliche Veranstaltung im Hamburger IG-Metall-Bereich zu organisieren sowie von der DruPa eine Veranstaltung mit den von Zensurprozeßen bedrohten Kollegen des Weserkuriers zu organisieren.

Insgesamt eine nachahmenswerte Veranstaltung die dazu beigetragen hat, die überbetrieblichen Kontakte der fortschrittlichen Gewerkschafter zu vertiefen.

Ein Druckgenosse



IG-Druck-Veranstaltung mit Stahlarbeitern: Für die 35-Stunden-Woche



Herbert Knapp, Mannesmann-Betriebsratsvorsitzender, einer der Wortführer der Stahlarbeiter-Opposition

IG Bergbau zynisch: Kernkraft ungefährlicher als Bergbau

Ein besonderes Plädoyer für die Kernenergie hat wieder die IG Bergbau geleistet. In der ersten Juni-Ausgabe ihrer Zeitung „einheit“ kommt sie zu dem Resultat, daß die Gegner der Kernenergie indirekt Befürworter der gefährlichen Tätigkeit von Bergleuten seien. Die „einheit“: die Zahl tödlicher Unfälle im Bergbau sei sehr hoch, während in Kernkraftwerken solche Unfälle kaum zu verzeichnen seien. Wer Abschaffung der Kernenergie fordere, befürworte damit Ausbau der Kohlegewinnung und damit auch eine noch größere Zahl tödlicher Unfälle. Die „einheit“ macht dabei folgende Rechnung auf: Von 1945 bis 1977 seien in sämtlichen auf der Welt gebauten Reaktoren 7 Menschen tödlich verunglückt. Im gleichen Zeitraum gab es allein im Bergbau der Bundesrepublik 15.968 tödliche Unfälle und 135.000 Berufskrankheiten. Allein 1978 sind 11 Bergleute tödlich verunglückt, 30.922 Arbeitsunfälle wurden registriert.

Wir können der IG Bergbau nur zustimmen: dies sind erschreckende Zahlen, die ausdrücken, wie rücksichtslos im Bergbau mit Leben und Gesundheit der dort arbeitenden Menschen umgegangen wird. Hier liegt ein breites und wichtiges Betätigungsfeld für eine Gewerkschaft, ausreichende Arbeitsschutz- und Sicherheitsbestimmungen durchzusetzen. Gerade die IG Bergbau muß sich vorwerfen lassen, häufig genug mehr der Profitsanierung der Unternehmen gefolgt zu sein, als den Sicherheitsinteressen der Beschäftigten und dem Schutz der Umwelt Vorrang zu geben. Dies wurde insbesondere in der großen Rationalisierungswelle im Ruhrbergbau in den sechziger Jahren deutlich. Also nur ran, ihr Leute von der IG Bergbau: stellt entsprechende Forderungen an die Energiekonzerne nach Schutz für Mensch und Umwelt, die Unterstützung durch die Umweltschützer ist euch sicher!

Doch was machen die Zyniker von der IG Bergbau: sie schlußfolgern aus den lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen im Bergbau: noch mehr Kernenergie, auch nach Harrisburg! Die Menschenverachtung dieser Leute ist kaum beschreiblich: da wird eine Lebensgefahr gegen die andere ausgespielt, in keinem Fall aber werden die dafür Verantwortlichen angegriffen, im Gegenteil: jetzt sollen nicht die Konzerne, sondern die Umweltschützer schuld an den tödlichen Unfällen im Bergbau sein, als sei diese Todesgefahr für die Bergarbeiter unabwendbar. Dabei spielt diese Gewerkschaft mit vollständig falschen Fakten:

- sie publiziert Zahlen, die bekanntermaßen falsch sind. Mittlerweile weiß jeder, daß Unfälle in Kernkraftwerken immer wieder verschwiegen wurden. Eine genaue statistische Erfassung ist überhaupt nicht möglich, doch die IG Bergbau glaubt unbeschaden den offiziellen Lügen.
- es wird einfach ein Zeitraum gegenübergestellt, der gar nicht vergleichbar ist, schließlich ist der Ausbau der Kernenergie erst in den letzten Jahren zu einer gigantischen Bedrohung für die Menschheit geworden und nicht gleichmäßig von 1945 bis heute, wie die „einheit“ glauben machen will.
- und schließlich und wohl das wichtigste: die Dimension der Gefährdung im Bergbau und bei der Kernenergie ist eine unmittelbare Bedrohung für Millionen von Menschen, auch das hat Harrisburg bewußt gemacht: für viel, viel mehr Sicherheit im Bergbau, ja — aber zu Gunsten von Kernenergie? Nein Danke!

Wen wundert's daß die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine“, die, wo sie kann, gegen Arbeitssicherheit und Umweltschutz eintritt, die IG Bergbau für ihren Vergleich lobt. Die „FAZ“ macht sich hier auf einmal zum „Fürsprecher“ der Bergleute: „Ein wenig mehr Achtung vor den Realitäten und vor allem vor den Opfern die der deutsche Bergmann von jeher in seiner harten Arbeit bringt, wäre den Proteststern gegen die Kernenergie wohl anzuraten“ (1.6.79) — ob „einheit“-Chefredakteur Niggemeier jetzt auch für die „FAZ“ schreibt? Den Stil hat er auf jeden Fall drauf.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

GEW Westberlin und ,GEW im DGB' fusioniert. GEW Westberlin setzt sich durch

Im April fanden die gemeinsamen Wahlen der Mitglieder der GEW Westberlin und der 'GEW im DGB' für die Landesvertreterversammlung (LVV) und die Bezirks- und Fachgruppenvorstände statt. Damit ist die zwischen den Verbänden beschlossene Fusion konkret umgesetzt worden. Am 25./26. 6. wird die erste gemeinsame LVV stattfinden, die den Vorstand wählen wird.

Damit ist die 1976 gesplante GEW Westberlin wieder zur alten Einheit zurückgekehrt. 1976 hatte sich die GEW Westberlin geweigert, sich aufzulösen und die Mitglieder in die Bundes-GEW zu überführen. Weiterer Anstoß war, daß der Verband sich ein Mitspracherecht bei der Handhabung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen hatte. Stattdessen forderten die Westberliner, als eigenständiger Verband zu bestehen, der geschlossen der GEW-Bund beitrete. Der Bundesvorsitzende, Frister, schloß daraufhin die gesamte GEW Westberlin aus und gründete den Spalterverband 'GEW im DGB'. Die 12.000 Mitglieder teilten sich im Verhältnis 8.000:4.000 auf. Dies war die erste Schlappe für Frister. Auch die nächste Rechnung, daß die GEW Westberlin als eigenständiger Verband nicht lebensfähig ist, erwies sich als Trugschluß. Dies führte schließlich zum Einlenken Fristers. Auf der Basis der alten Forderungen stimmte der Bundesvorstand schließlich einer Fusion der beiden Verbände zu. Die jetzt geführten Wahlen waren ein Gradmesser, wer im neuen Verband die politische Führung übernehmen wird.

Die Wahlen erfolgten auf Wahlversammlungen der Bezirke, vor denen jedem Mitglied die Kandidaten-vorstellungspapiere zugesandt wurden. Jeder, der an der Wahlversammlung nicht teilgenommen hatte, erhielt automatisch die Unterlagen für eine Briefwahl.

Bei den Wahlen zur Landesvertreterversammlung erhielt die GEW Westberlin ca. 70,5% der Stimmen. In 9 der 12 Bezirke erhielt die GEW Westberlin durchschnittlich zwei Drittel der Delegierten. Nur in Tiergarten hat die 'GEW im DGB' doppelt so viele Delegierte wie die GEW Westberlin (5:11), in Charlottenburg haben beide Verbände gleichviel Stimmen, in Steglitz ist das Stimmenverhältnis 18:15 für die GEW Westberlin.

In 10 der 12 Bezirke ist der Vorsitzende des Bezirksvorstands, der gleichzeitig Mitglied im Landesvorstand ist, von der GEW Westberlin. Nur in Neukölln erhielt die Kandidatin der 'GEW im DGB' 250 Stimmen, der Kandidat der GEW Westberlin 222 Stimmen. Die 2. Vorsitzende ist dann wieder von der GEW Westberlin mit 306 Stimmen bei keinem Gegenkandidaten.

In Steglitz erreichten die Kandidaten der GEW Westberlin Peter Noll und der 'GEW im DGB' Gropper beide 185 Stimmen. Obwohl der

Wahlausschuß 2 als ungültig gezählte Stimmen nicht anerkannte, führte die Anerkennung dieser Stimmzettel durch die gemeinsam von der GEW Westberlin und der 'GEW im DGB' gegründete Verhandlungskommission dazu, daß nun Gropper 1. Vorsitzender von Steglitz ist.

In den Fachgruppenvorständen hat ebenfalls die GEW Westberlin die Mehrheit. In der Fachgruppe Grundschulen wurde die ehemalige 2. Vorsitzende der GEW Westberlin, Ulla Widmer-Rockstroh, zur 1. Vorsitzenden gewählt, die ehemalige Vorsitzende des Landesverbandes und aktive Mitspalterin der GEW, Eleonore Kujawa, erhielt nur den 9. Platz; in ihrem Bezirk Wedding kam sie allerdings bei den Delegierten auf den 1. Platz und ist auch Beisitzerin in der Bezirksleitung.

Der Anteil der Delegierten, die der SEW nahestehen, ist in den Bezirken gering, nur in Neukölln und Steglitz stellen sie eine deutliche Mehrheit.

Die Wahlbeteiligung lag in 10 der 12 Bezirke knapp unter 50%, die geringste Beteiligung war in Neukölln mit 40,4%. Kreuzberg lag mit 59,3% gefolgt von Steglitz mit 52,3% an der Spitze. Die Prozentzahl richtet sich nach der gemeinsamen Mitgliederzahl der beiden Verbände im Be-

zirke. Die Stimmen wurden auch gemeinsam ausgezählt, sodaß nicht genau feststellbar ist, wie hoch die Wahlbeteiligung in den jeweiligen Verbänden war.

Bei dieser für Wahlen innerhalb der GEW hohen Wahlbeteiligung — in Hamburg liegt z.B. die Wahlbeteiligung bei Wahlen zu den Fachgruppenvorständen bei 10-20% — zeigt das gute Abschneiden der GEW Westberlin, daß die Mitglieder dieser Gewerkschaft voll hinter der bisher von der GEW Westberlin verfolgten Politik stehen.

Bei den Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand auf der Landesvertreterversammlung am 25./26. Juni kommt es nun darauf an, daß auch dort die Mitglieder zu den Ergebnissen der Wahl stehen und Mitglieder der GEW Westberlin in die höchsten Funktionen wählen. Ein Gerhard Schmidt (Vorsitzender der GEW Westberlin nach der Spaltung) als 1. Vorsitzender der nun offiziell wieder DGB-fähigen GEW in Westberlin dürfte Frister sicherlich nicht so lieb sein. Bedenkt man nur, daß derselbe Gerhard Schmidt z.B. beim Gewerkschaftstag in Mannheim (1978) noch nicht einmal als Gast zugelassen war.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

4.000 Lehrer demonstrieren für Senkung der Stundenzahl

Bremen. Das Versprechen, die Pflichtstundenzahl zu senken, gibt es von Seiten der Bremer Bürgerschaft schon seit 1973.

Geschehen ist immer noch nichts. Hohe Klassenfrequenzen, 27 Stunden im Haupt- und Realschulbereich bei steigender Lehrerarbeitslosigkeit — Realität im Reformland.

In der Personalversammlung (PV) der Bremer Lehrer am 31.5. wurden hiergegen in sehr kämpferischer Stimmung Forderungen und Maßnahmen beschlossen. Ca. 5.000 Kollegen trafen zusammen und forderten nahezu einstimmig:

1. Mindestens eine Wochenstunde weniger — bis zum Schuljahresbeginn 1979/80 darf kein Lehrer mehr als 25 Stunden unterrichten;
2. zum Schuljahresbeginn 1981/82 darf die Pflichtstundenzahl bei keinem Lehrer 22 Stunden überschreiten;
3. bis 1983/84 soll die 40-Stunden-Woche auch für Lehrer eingeführt werden — das heißt 20 Unterrichtsstunden. Zusätzlich wurden Kampfmaßnahmen beschlossen, um diese Forderungen zu bekräftigen:

- die von der GEW vorbereitete Demonstration im Anschluß an die PV zum Senator für Bildung sollte unterstützt werden;
- bis zu den Sommerferien sollen Lehrerversammlungen während der Unterrichtszeit organisiert werden, um die Beschlüsse und konkreten Schritte zu diskutieren;
- im Oktober soll eine weitere PV durchgeführt werden;
- Konferenzen sollen in diesem Zeitraum während der Unterrichtszeit stattfinden, andernfalls sollen sie boykottiert werden;
- falls der Senat nicht auf die Forderungen eingeht, ist die Durchführung einer Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik geplant.

Schulrat verbietet Diskussion um Lehrerarbeitslosigkeit

Hamburg. Den Hamburger Studienreferendaren droht größtenteils nach Beendigung ihrer Ausbildung die Arbeitslosigkeit. Sie haben aber nicht das Recht, während ihrer Ausbildungsveranstaltung das Thema Lehrerarbeitslosigkeit anzusprechen. Eine entsprechende Weisung hat jetzt der Leitende Oberschulrat Lüdemann erlassen.

Ein Hauptseminarleiter im Volks- und Realschulbereich (hier wird kaum ein ausgebildeter Kollege übernommen) hatte beschlossen, das Problem der unsicheren Berufsaussichten auf einer Seminarsitzung zu diskutieren. Dazu sollten Vertreter der Behörde, des Personalrates und ein arbeitsloser Kollege eingeladen



4000 Lehrer demonstrierten am 31.5. für Arbeitszeitverkürzung

Die Kampfbereitschaft der Kollegen drückte sich auch besonders im Punkt „politische Disziplinierung“ aus, der zunächst in der Tagesordnung gar nicht vorgesehen war. Mit großer Mehrheit entschieden sich die Anwesenden dafür, diesen Punkt als ersten zu behandeln, um damit gegen die drohenden Entlassungen von fünf Kolleg(innen) vorzugehen (vgl. AK 154). Fast einstimmig wurden diese Rauschmißdrohungen als politische Disziplinierung zurückgewiesen!

Die hohe Beteiligung an der PV ist nicht zuletzt auf die Mobilisierung durch die GEW-Kollegen zurückzuführen. So wurde auf Bezirks-Delegiertenversammlungen und bei der Stadtberemischen Delegiertenversammlung beschlossen, den Unterricht

eine Stunde früher zu schließen und Autokorsos zu einem gemeinsamen Treffpunkt in der Stadt zu organisieren. Hieran beteiligten sich viele Kollegen trotz etlicher Einschüchterungsversuche von Schulleitern.

Nach der PV fand dann die Demonstration zur Unterrichtsverkürzung statt. Sie war ein Riesenerfolg! Zwischen 4 und 5.000 Kollegen, unterstützt von der Gesamtschülervertretung, beteiligten sich an dem Zug durch die Innenstadt, der beim Senator für Bildung endete. Die auf der PV abgestimmten Forderungen wurden dort von einer Delegation Bildungssenator Moritz Thape übergeben.

KB/Gruppe Bremen

Ein Jahr lang keine Lehrer — ausbildung

Westberlin. Bundesweit warten derzeit ca. 9.000 Lehramtsbewerber auf die Zulassung zur zweiten Ausbildungsphase. Westberlin hat dem jetzt die zynische Spitze aufgesetzt: Im Grund- und Hauptschulbereich werden ein Jahr lang überhaupt keine Lehrer ausgebildet!

Bis zum Herbst 1978 wurden diese Lehrer in Westberlin als Beamte auf Probe eingestellt und hatten damit eine feste Planstelle, sofern sie ihre zweite Lehrprüfung bestanden. Als wahl-taktisches Manöver zur Verschleierung der Lehrerarbeitslosigkeit wurde dann zum September 1978 das sogenannte Praktikantenverhältnis eingeführt: Fast alle Bewerber mit erstem Staats-examen wurden jetzt in ein Ausbil-dungsverhältnis übernommen, allerdings nur auf eine halbe Stelle mit entsprechend geringer Bezahlung. Und natürlich haben diese Kollegen nach Beendigung ihrer achtzehnmonatigen Ausbildung keinen Anspruch auf eine Planstelle. Die Praktikantenausbildung wurde vom Senat als Übergangsregelung zur für den Herbst 1979 geplanten Einführung des Referendariats ausgegeben.

Nun sind die Wahlen vorbei und der Senat legt noch einen Schlag zu. Die Einführung des Referendariats wird kurzerhand um ein halbes Jahr verschoben. Die PH-Absolventen, die jetzt auf eine Übernahme in den Vorbereitungsdienst warten, werden frühestens zum 1.2.1980 übernommen. Das heißt: Ein Jahr lang werden überhaupt keine neuen Lehrer ausgebildet!

Für die „Übergangszeit“ will der Senator den wartenden Bewerbern empfehlen, sich bei den Bezirksämtern um Stundenlehrerverträge zu bemühen.

Bei einer Empfehlung, sich mit Stundenlehrerjobs an der Verschleierung von Lehrerarbeitslosigkeit und Unterrichtsausfall zu beteiligen, bleibt es freilich nicht. In der vom Senat geplanten Zulassungsordnung fürs Referendariat heißt es: Bewerber mit mindestens dreimonatigen ununterbrochenen, „für den Vorbereitungsdienst förderlichen hauptberuflichen Erfahrungen“ oder ebensolchen „praktischen Tätigkeiten“ sollen bevorzugt ausgewählt werden. So werden die Lehramtsbewerber nicht nur auf die Wartebank geschoben, sie werden auch noch in einen Wettlauf um unsziale Stundenlehrerjobs gezwungen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Nazi-Ordner auf Tübinger Folkfestival

Tübingen: Auf dem über Pfingsten stattfindenden Folkfestival, das unter dem Thema Hans Eisler stand, verkauften wir Plaketten für „Rock gegen Rechts“. Dabei trafen wir auf eine erregte Menschenmenge, die sich um einen Ordner scharte, der offen und provokativ Positionen der NPD vertrat. In einer längeren Diskussion erklärte er als redigierender Wortführer einer kleineren Gruppe Gleichgesinnter, dieses Festival sei „eine Antifaschistische Aktion“. Gleichgesinnter, dieses Festival sei ihm als Antikommunist entschieden zu links. Außerdem erklärte er mehrmals locker, auf dem Landesparteitag der NPD in Tuttlingen gewesen zu sein.

Nachdem klar war, daß es sich hier um einen überzeugten Jungnazi handelte, forderten wir die Veranstalter vom Club Voltaire (CV) auf, ihn wenigstens seiner Funktion als Ordner zu entheben. Der herbeigerufene Typ vom CV hatte zunächst das Interesse, die Menge zu beschwichtigen und die Versammlung aufzulösen. Auf unser empörtes Drängen hin forderte er schließlich den Nazi auf, mit ins Veranstalterbüro zu kommen. Ein Teil der Versammelten folgte ihm. Dort angekommen, wurden wir erst einmal übel angemacht, bevor sich die Leute vom CV mit dem Nazi im Büro einschlossen, ohne uns, die wir von Anfang an dabei waren, Gelegenheit zu geben, bei dem Gespräch anwesend zu sein.

Währenddessen hatten wir mit neu dazu gekommenen Leuten erregte Auseinandersetzungen: Einige meinten, Faschismus könnte nicht bekämpft werden, indem man gegen einzelne Nazis vorgeht, außerdem sei er ja noch so jung, man müßte sich mit ihm auseinandersetzen. Andere meinten, wir wollten uns nur profilieren, die ganze Aktion sei für uns nur ein Akt der Selbstbefriedigung.

Obwohl die Leute vom CV genügend Zeit hatten, sich über die Gesinnung des Faschisten ein Bild zu machen und es sich herausgestellt hatte, daß er einer JN-Gruppe in Reutlingen angehört, konnten sie sich nicht durchringen, ihm die Ordnerbinde abzunehmen. Damit würde man ihn nur weiter (?) radikalieren. Stattdessen wollten sie zu einem späteren

Zeitpunkt ein Gespräch mit ihm und der Ordnergruppe führen.

Bezeichnend war auch das Verhalten eines DKP-ler im CV. Nachdem er den Faschisten mit Ordnerbinde von uns weggeführt hatte, kam er nach einiger Zeit zurück und meinte: „Nun hab ich ihm die Ordnerbinde abgenommen“. Darauf drehte er sich um und sagte nun Leuten vom CV zugewandt, es sei nun 23 Uhr, das Festival vorbei und die Ordner hätten eh keine Funktion mehr.

Die ganze Auseinandersetzung wurde unterhalb von den 36 Variationen der ganzen Auseinandersetzung wurde unterhalb von den 36 Variationen über das Thema „Pueblo unido“ von Sergio Ortega.

Insgesamt läßt sich über das 5. Folkfestival des CV in Tübingen sagen, daß es seinem Anspruch, auf kultureller Ebene politische Inhalte zu vermitteln, nicht gerecht wurde.

Das Konzert war so konzipiert, daß die verschiedenen politischen Gruppen unter zeitlichem Druck hintereinander ihr Programm durchziehen mußten. Auch politische Aussagen vom CV in Form von Referaten, Informationen u.a. vermißten wir zumindest bei den größeren Veranstaltungen.

Sympathisanten aus Tübingen

Kleiner Erfolg für Antifaschisten!

Kassel: Nur vier Wochen nach dem Treffen der SS-Totenkopfdivision in Arolsen sollte eine Bundestagung der SS-Nachfolgeorganisation HIAG im Arolsener Schlosshotel vom 25.5.-27.5. stattfinden. 70 bis 100 Delegierte wurden erwartet.

Nach den wochenlangen Diskussionen und Protesten in der Öffentlichkeit zum SS-Totenkopfdivision-Treffen am 28.4. sowie der Protestdemonstration von 3.000 Antifaschisten, sah sich der Arolsener Magistrat genötigt, die HIAG zu bitten, in einer anderen Stadt zu tagen. Die bisherige gute Zusammenarbeit, durfte die HIAG wohl bewegen haben, der Bitte des Magistrats zu entsprechen und in einer anderen, geheimgehaltenen hessischen Stadt zu tagen.

KB Kassel

12 Faschisten überfallen Kneipe in Hamburg-Bergedorf

Vor einiger Zeit wurden zwei Faschisten in „Buddy's-Kneipe in Bergedorf“ aufgefordert, das Lokal zu verlassen, weil Nazis dort kein Bier bekommen. Michael Rau, einer der beiden Nazis, ist bekannt geworden, nachdem er an der berechtigten Veranstaltung der NSDAP/AO im „Haus des Sports“ in Hamburg teilgenommen und auf einem auch im „Stern“ damals veröffentlichten Foto wiedererkannt wurde.

Der Besuch der beiden stellte eine besondere Provokation dar, weil „Buddy's“ Kneipe Treffpunkt für viele Antifaschisten in Bergedorf ist.

Vor etwa drei Wochen betraten kurz nach Mitternacht drei in schwarz gekleidete Typen die Kneipe und bestellten Bier. Zu diesem Zeitpunkt blieben diese „Vögel“ als Neo-Nazis unerkannt. Erst als „Buddy“, der Wirt, den Schankraum betrat und sie des Lokals verweisen wollte, stand einer dieser Typen auf und ging zur Tür, um kurze Zeit später mit neuen weiteren Faschisten zurückzukehren. Sie stellten sich provozierend vor der Theke auf und verlangten Bier. Die Vorhut der drei ersten Neo-Nazis diente offensichtlich dazu, herauszubekommen, ob die Situation für einen Überfall günstig war. Zwei der Faschisten stellten sich sofort vor der Telefonzelle im Schankraum auf, um zu verhindern, daß die Bullen gerufen werden.

in Bergedorf wohnende Faschist Ingo

Nazi-Umtriebe

Währenddessen drohten die anderen den „Laden in Trümmer zu hauen“, und „Buddy“ die „Fresse zu polieren“, wenn er nicht sofort Bier an alle ausschenken würde. Um die Drohung zu unterstreichen, ergriff einer der Faschisten den Bon-Spieß und hielt ihn drohend auf „Buddy“. Sie erklärten: sie wollten „Buddy“ eine Lektion erteilen, da er mal zwei ihrer Kameraden rausgeschmissen hätte. Unter dem Druck dieser Erpressung und weil eine Gegenwehr ungünstig ausgefallen wäre, da nur noch drei andere Menschen als Gäste da waren, erhielten die Faschisten jeder ein Bier, mit dem sie sich erstmal zufrieden gaben. Sie setzten sich hin und prosteten sich mit Sprüchen wie: auf das deutsche Vaterland, Heil Hitler(!), zu. Auf eine Aufforderung von „Buddy“, jetzt endlich das Lokal zu verlassen, gebärdeten sich zwei von den Neo-Nazis äußerst drohend und griffen sofort in ihre Jackentaschen, in denen Totschläger oder sogar Pistolen zu sein pflegen. Es kam allerdings zu keinen Tötlichkeiten.

Die Faschisten verließen das Lokal nach einer halben Stunde, ohne zu bezahlen. Darauf beim Weggehen angesprochen, antworteten sie frech und drohend: Ihr werdet schon sehen wann wir bezahlen!

Inzwischen wurde Anzeige wegen räuberischer Erpressung gestellt, und bei Durchsicht von Fahndungsfotos der Kripo konnten etliche dieser Nazis identifiziert werden. U.a. auch der in Bergedorf wohnende Faschist Ingo

Budig (Sanderstr. 3 a). Dieser Nazi ist ein stadtbekannter Faschist, der sich selbst als „Gauleiter“ bezeichnet und zur „ANS“ (Aktion Nationaldemokratischer Sozialisten) sowie zur Hansa-Bande gehört.

Bei ihm finden offenbar regelmäßige Gruppentreffen von Neo-Nazis statt. Über diese Naziumtriebe muß in Bergedorf Öffentlichkeit hergestellt werden, z.B. durch Wandzeitungen in Kneipen und Initiativen, durch Unterschriftensammlungen, und das gemeinsame Auftreten aller Antifaschisten und Demokraten in Bergedorf.

BO-Bergedorf

Nazi-Schmierereien in Mannheim

Mannheim: In der Nacht vom 19. auf den 20. Mai haben die Nazi-Schmierfinken in Mannheim wieder zugeschlagen. Diesmal schlugen sie im DKP-Buchladen „Wissen und Fortschritt“ die Scheiben ein. Beim „Anderen Buchladen“ brachten die Nazis erneut die Parole „Freiheit für M. Kühnen“, „NSDAP“ an. Die Scheiben wurden zusätzlich mit „NSDAP-AO“-Aufklebern beklebt. Die Bullen vermuten inzwischen genau wie wir, die örtliche NPD/JN hinter den Schmierereien.

KB-Sympathisanten Mannheim

KB-Sympathisanten Mannheim

Nazi-Verfolgung: Mahnung aus sozialdemokratischem Munde...

Im „Vorwärts“ vom 24.5.79 – gerade rechtzeitig zum großaufgemachten Prozeß gegen die Nazi-Banden Kühnen und Konsorten in Bückeburg – konnte der/die sozialdemokratische Antifaschist/in sich belehren lassen: „Straf anzeigen gegen neofaschistische Umtriebe führen häufiger zum Erfolg – zur Verurteilung –, als dies weithin angenommen wird.“ Und weiter: „Daß die juristische Abwehr solcher Umtriebe nicht erst bei Waffenkäufen oder gar Terrorakten einsetzen muß, zeigt die Auswertung des Bundesjustizministeriums.“

Das Lob bezieht sich auf eine Auswertung, die Bundesjustizminister Vogel nunmehr vor gut einem Jahr bei seinen Länder-„kollegen“ anregte. Er verlangte von ihnen Auskunft, wie in ihrem Zuständigkeitsbereich die Neo-Nazis verfolgt würden. Er hatte seinen Hinweis zugleich noch mit dem „eindringlichen Hinweis“ auf die einschlägigen Strafbestimmungen verbunden, von denen es ja eine ganze Menge gibt:

- Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86);
- Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisa-

- tionen (§ 86a);
 - Staatsverunglimpfung (§ 90a);
 - Volksverhetzung (§ 130);
 - Verherrlichung von Gewalt und Aufstachelung zum Rassenhaß (§ 131);
 - Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189);
- Das Ergebnis dieser Vogel-Umfrage, die vom „Vorwärts“ in so hohen Tönen gelobt wird, lautet: 20 (in Worten: zwanzig!) rechtskräftige Strafurteile lagen dem Bundesjustizministerium zur Auswertung vor!

Man/frau muß sich vergegenwärtigen: Allein die Hamburger Hansa-Bande hatte in ihren Spitzenzeiten mehr Mitglieder; allein der Hannoveraner „Antikomminternbund“ kann mehr mobilisieren. Bei den unzähligen Aufmärschen der Nazi-Banden – wie etwa Pfingsten 1978 in Scharzfeld/Harz u.ä. – hätten z.T. an die 400 Nazis auf einen Schlag „ermittelt“ und einem Strafverfahren zugeführt werden können...! Beim letztjährigen Aufmarsch der NPD am 17. Juni in Frankfurt reckten gleich Dutzende von Nazis die Hand zum „Hitlergruß“ etc. pp.

Das Unverhältnis zwischen „Ermittlungsaufwand und vorweisbaren Verurteilungen von Nazi-Banden kann auch der

„Vorwärts“ nicht wegwischen. Die Erklärung dieses Umstands aber gerät zu einer wahren Spitzenleistung sozialdemokratischer Verlogenheit: in kritischer Naivität wird da ganz oberflächlich gefragt: „Hat die jahrzehntelange Verharmlosung des Neofaschismus ihre Früchte dergestalt getragen, daß niemand bemerkt (!), wie die Flut der neofaschistischen Schriften steigt? Sollten (!) Gerichte die zur Verfügung stehenden Paragraphen oder die Nazi-Texte unterschiedlich interpretieren? Ist gar das Vertrauen in den Eifer der Justiz bei der Verfolgung rechts-extremer Straftäter so gering, daß kaum jemand (!) Anzeige erstattet?“ Und kackfroh folgt hierauf die Antwort, die gleichzeitig den Schluß des Artikels bildet: „Wenn dem so wäre: das könnte doch geändert werden...“

Da steht nun der/die sozialdemokratische Leser/in und wird sich seiner/ihrer Schuld bewußt, in unzulässigem Mißtrauen gegen die Justiz bisher zu wenig gegen den Neonazismus unternommen zu haben. Das ist Sozial-Demagogie wie sie lebt und lebt!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Buchbesprechung

„Die zornigen alten Männer“

Gerade rechtzeitig gegen das große Geschwätz anlässlich des dreißigjährigen Bestehens der BRD kam bei Rowohlt dieses empfehlenswerte Buch heraus. Die Ansichten dieser „zornigen Alten“ sollten von vielen Alten, die auch diese Erfahrungen machten, aber resignierten, gehört werden. Vor allem aber wenden sich die Autoren an die Jugend, der sie ihre Einsichten und vor allem ihren Zorn weitergeben möchten. Die Autoren sind bekannte Demokraten oder Sozialisten, die fast alle den Nazismus erlebt haben und in verschiedener Form Widerstand gegen ihn leisteten: Professor Abendroth (geb. 1906) Heinrich Albertz (1915), Jean Amery (1912), Heinrich Böll (1917), Professor Baudissin (1907), Bernt Engelmann (1921), Axel Eggebrecht (1899), Professor Fabian (1902), Professor Kogon (1903), Fritz Sänger (1901). Im Vorwort gesteht Axel Eggebrecht, die Frage, warum sich unter den Autoren keine Frauen befinden, nicht frühgenug geortet zu haben. „Doch hoffe ich, daß der Verlag sich dazu bewegen läßt, ein zweites Buch herauszubringen, ein Gegenstück, mit Beiträgen kritischer Autorinnen.“ Das gemeinsame Erlebnis der Autoren von Emigration, Gefängnis oder KZ schuf ein Zusammenhörigkeitsgefühl, das bis heute lebendig blieb, dafür sorgten immer neue bittere Erfahrungen: Renazifi-

zierung, Kalter Krieg, Wohlstands-ideologie, Militarismus zerstörten Stück um Stück die Hoffnungen und Erwartungen dieser Menschen. „Die Jahre der Restauration eines Obrigkeitstaats mit demokratischen Ansprüchen waren für mich Jahre der Resignation. Aber das ging vorüber. Etwa von 1960 an nahm ich den Kampf wieder auf – mit der Schreibmaschine, mit der ich zunächst Gesellschaftskritik in satirischer Form produzierte.“ schreibt z.B. Bernt Engelmann. Daß sie resigniert waren mit zunehmender Restauration und daß sie diese Resignation auch nicht verlassen hat, beschreiben fast alle Autoren, zugleich aber geben sie ein Beispiel, wie sie da herausgefunden haben und auch heute noch dagegen ankämpfen. Wolfgang Abendroth schreibt in seinem Beitrag: „Das, was aus der Resignation herauslöst, ist aber immer wieder der Zorn. Ohne Zorn über das, was uns ärgert, über das, was wir für falsch halten, würden wir wohl alle heute schweigen, weil wir, da wir nun einmal „alt“ sind, auch oft physisch am Ende sind. Ist man müde, kommt einem allzu häufig die Anwandlung, Ruhe haben zu wollen. Allerdings, viele von uns haben auch nicht gelernt, Ruhe zu geben, weil wir uns seit unseren Jugendjahren immer mit dem, was gerade war, herumgeschlagen haben.“ Das Buch ist ein hervorragendes Ge-

sichtsbuch, wie es leider keine bundesdeutsche Schule kennt, da es gesellschaftliche Entwicklungen durch die eigene Erfahrung nachvollziehbar macht. Die Beiträge der „zornigen Alten“ bieten hervorragende Möglichkeiten, sich mit der Geschichte nach '45 auseinanderzusetzen, um die heutige Situation mit ihren Gefahren und Möglichkeiten besser zu erkennen. So wie in der offiziellen Geschichtsschreibung diese Männer nicht auftauchen, wurden auch ihre Einsichten verschüttet, die sie gerne an die Jungen weitergeben möchten, solange sie können. Eine davon z.B. diese: „Denn der Hauptfeind bleibt in unserem Zeitalter immer der gleiche: jener Monopolkapitalismus, der erst die Schande des Kolonialismus und seiner zynischen Verbrechen, dann die Barbarei zweier Weltkriege und in der Verzweiflungssituation der großen Krise 1929 die auch in ihrer Zielsetzung totale Inhumanität des deutschen Faschismus geschaffen hat. Ihn müssen wir schlagen, bevor er in schlimmeren inneren Widersprüchen noch furchtbarere Katastrophen für die Menschheit bewirken kann“.

„Die zornigen alten Männer“. Verlag Rowohlt; 287 Seiten, DM 22,-

Antifakommission KB/Gruppe Hamburg

Justiz gegen Antifaschisten

Rudel gegen Ratzeburger Schüler

Möln: Am 27.3.79 erschien am Gymnasium Ratzeburg die vierte Ausgabe der Schülerzeitung, in der nach dem damaligen Statut auch ein Artikel eines Sympathisanten der Neonazi-Szene, Arne Heidemann, erscheinen konnte. Dieser Artikel verherrlichte das Lagerleben in einem Sommerlager des „Bund Heimatrunder Jugend“ (BHJ) und stellte die Ziele des BHJ dar. Natürlich erschien in der gleichen Ausgabe ein Artikel eines Antifaschisten, der den BHJ kritisch beleuchtete. Zusätzlich wurde noch ein Flugblatt geschrieben, in dem weitere Informationen über den BHJ enthalten waren, (z.B. Verbindungen des BHJ in der Nazi-Szene).

Am 21.5.79 bekam K., der Presseverantwortliche des Flugblattes, von Nazi-Verteidiger Heidemann/Möln (Vater von Arne, s.o.) ein Schreiben zugeschickt, in dem er K. mitteilte, er vertrete die Interessen von „Oberst a.D. Hans-Ulrich Rudel“. Zu Rudel wurde in unserem Flugblatt nämlich gesagt: „Zu den Rednern einer Veranstaltung (des BHJ) gehörte auch das BHJ-Ehrenmitglied Rudel. Er erregte Aufsehen, als er in Bezug auf seine Greuelaten im 3. Reich sagte: „Könnte ich noch einmal leben, mei-

ne Entscheidung wäre dieselbe!“ Rudel fühlte sich nun dadurch beleidigt, daß sein Zitat in Bezug auf „Greuelaten“ gebracht wurde und verlangte eine „Ehrenerklärung“ in Form eines Flugblattes (800 Auflage) oder einer Zeitungsanzeige in den Lübecker Nachrichten!

Der Text sollte so aussehen: „Ich habe in einem ...Flugblatt ...über Herrn Oberst a.D. Hans-Ulrich Rudel aufgrund falscher Informationen folgendes erklärt: (Zitat s.o.)... Diese eine Aussage über (blabla) Rudel ist unrichtig. Ich nehme die Aussage, (blabla) Rudel sei im 3. Reich an Greuelaten beteiligt gewesen, zurück.“

Sollte dieser Text nicht veröffentlicht werden, so will Heidemann einen Prozeß am Landgericht Lübeck anstrengen!

Bisher ist von K. noch keine „Ehrenerklärung“ abgegeben worden, es bleibt also abzuwarten, was Heidemann jetzt unternimmt. Antifaschisten wollen auf jeden Fall diese Sache durch Flugblätter, Wandzeitungen etc. bekanntmachen. Im Falle eines Prozesses haben Mitglieder der LDU in Lauenburg schon Unterstützung zugesagt, andere Gruppen sollen noch angesprochen werden.

AK-Leser aus Möln.

Bundeskongreß der VVN: Einheit aller Antifaschisten?

Vom 25. bis 27. Mai fand in Dortmund der Bundeskongreß der VVN/Bund der Antifaschisten für 1979 statt. Der Kongreß bestätigte generell die bisherige Politik der VVN und gefiel sich in der üblichen selbstgefälligen Art: „Die lebhafteste Diskussion machte offenkundig: In dieser Organisation gibt es kein Generationsproblem.“ „Die Delegierten feierten diese Einmütigkeit, indem sie sich von den Plätzen erhoben und lang anhaltenden Beifall klatschten“ usw. usf. (aus „die tat“, 1.6.79).

Auseinandersetzungen gab es aber offenbar um die Bündnispolitik der VVN. Bereits im politischen Vorfeld des Kongresses veröffentlichte „die tat“ eine Rede Dr. Reinhard Kühnls, die er am 3. Mai bei einer Veranstaltung in Frankfurt gehalten hatte. Darin weist Kühnl zum einen auf eine wachsende faschistische Gefahr innerhalb und außerhalb des Staatsapparats hin, zum anderen auf das wachsende antifaschistische Bewußtsein und Aktivitäten bei Gewerk-

schaftlern, der „jungen Intelligenz“, der „internationalen Solidaritätsbewegung“. Er forderte kritisch:

„Wir haben also sehr erfolgreich sprechende Ansätze, aber wir haben ... vor allen Dingen noch nicht die hinreichende Erkenntnis, daß es im Kampf gegen diese Kräfte notwendig ist, andere vorhandene politische Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen. Was nicht heißt, daß man Differenzen nicht austrägt innerhalb der Linken, was aber heißt, gegenüber diesen Kräften, gegenüber diesen Gefahren müssen die demokratischen Kräfte auf der Linken zusammenstehen. Wenn es aber zu einem gemeinsamen Vorgehen kommt, dann kann meines Erachtens nicht nur diesmal die Gefahr abgewehrt werden, diese Gefahr einer Restauration autoritärer Staatsverhältnisse oder gar von Faschisierungsprozessen, sondern dann kann auch im nächsten Schritt die entscheidende Frage in Angriff genommen werden, nämlich die Überwindung des Kapitalismus

als der sozialen Grundvoraussetzung faschistischer Entwicklungen“ („die tat“, 25.5.79).

In leichter Verkürzung der Version Kühnls, aber vom selben Radikal-Optimismus getragen, entwickelte Hans Jennes namens des VVN-Präsidiums am Schluß seines Rechenschaftsberichtes dann auf dem Kongreß die These, „in der Einheit kann es gelingen, auch noch nach dreißig Jahren aus der Bundesrepublik einen antifaschistischen Staat zu machen.“ Der Rechenschaftsbericht schließt: die VVN „erheben auch keinen Monopolanspruch auf antifaschistische Politik. Wir wissen auch, daß ungeachtet der politischen Bandbreite und Zielsetzung unserer Organisation die Integration aller antifaschistischen Potentiale in der VVN/Bund der Antifaschisten weder möglich noch wünschenswert ist. Aber wir sind bereit, mit allen Antifaschisten für das gemeinsame Ziel:

– die Unverjährbarkeit der Naziverbrechen,

– die Auflösung der SS-Verbände, – die Unterbindung jeglicher Nazi-Propaganda, – die Durchsetzung der antifaschistischen Aufträge des Grundgesetzes zusammenzuarbeiten.“

Abgesehen von der Orientierung auf die antifaschistischen „Aufträge“ des Grundgesetzes wird von Jennes keine Einschränkung des Bündnisfeldes vorgenommen.

Schließlich verabschiedete der Kongreß einen „Appell des Dortmund-Bundeskongresses 79“, in dem es heißt: „...Der Faschismus kann gestoppt werden, wenn die Demokraten einig sind und entschlossen handeln... Jetzt ist es Zeit, daß die Antifaschisten, aus welchen politischen und weltanschaulichen Lagern sie immer kommen mögen, miteinander sprechen, Erfahrungen austauschen und noch wirkungsvoller zusammenarbeiten... Alles für das gemeinsame Ziel: Eine Welt ohne Faschismus und Krieg! Gemeinsames Handeln aller antifaschistisch gesinnten Menschen

im Geiste gegenseitiger Achtung!“ („die tat“, 1.6.79).

Goldene, ja goldrichtige Worte! Solange die VVN aber nicht zugleich ihren Unvereinbarkeitsbeschuß und die daraus folgende Abgrenzung und Spaltungspolitik gegenüber allen nicht SPD- und nicht DKP-beeinflußten antifaschistischen Kräften aufheben, solange müssen solche Wortkaskaden den peinlichen Eindruck erwecken, als wolle die VVN sich jetzt an ihrem eigenen Unvereinbarkeitsbeschuß vorbei in die wachsende antifaschistische Bewegung mogeln, um den Anschluß nicht zu verpassen.

Mit Mogeln aber hat noch niemand ein dauerhaftes und breites antifaschistisches Bündnis entwickeln können. Es wird auch der VVN nicht gelingen. Für jeden aufrichtigen Antifaschisten, jede aufrichtige Antifaschistin allerdings sollte der „Appell des Bundeskongresses“ ein Anspruch sein, auf den die Politik der VVN in der Praxis festgenagelt wird!

Schönborn-Bande in den Knast!

In Frankfurt/Main steht gegenwärtig Erwin Schönborn, Alt-Nazi und einer der berüchtigsten Nazi-Provokateure des neueren NS-Sumpfes, vor Gericht. Er ist wegen Volksverhetzung und Beleidigung angeklagt, u.a. wegen Verbreitung eines Flugblattes: „10000 DM Belohnung für jede einwandfrei bewiesene Vergasung“, sowie wegen seines „Vorschlags“ an den Mainzer Karnevalsverein, die Judenvergasung zum Thema ihres Umzugs zu machen: unter dem Motto „Helocaust“ sollten KZ-Kapos der VVN „in gestreiften Schlafanzügen mitmarschieren“.

In den bisherigen drei Verhandlungstagen gab sich Schönborn als Märtyrer der „Bewegung“, den auch eine evtl. Gefängnisstrafe nicht schrecken könne. Vielmehr benutzte er mit Billigung des Gerichts die Verhandlung als Tribüne, von der aus er „NS-Propaganda betreibt“. Ich bin und bleibe Nationalsozialist“. Das Gericht folgte sogar dem provokativen Antrag seiner Anwälte, den Zeitschlichter Prof. Broszat als Gutachter zu bestellen, zum Nachweis, daß d o c h Juden in den KZs vergast wurden!

Es ist zu befürchten, daß Schönborn bei dieser Art von Verhandlung wieder einmal, wie schon so oft in der Vergangenheit, mit einer symbolischen oder jedenfalls geringen Geldstrafe davonkommt, die ihn eher ermuntert als stoppt. Gegenüber einer von den zunehmenden Umtrieben des Nazi-Banditentums beunruhigten Öffentlichkeit könnte der Prozeß gegen Schönborn allerdings den Eindruck erwecken, als werde nun gezielt gegen den Neo-Nazismus im Raum Frankfurt/Hessen vorgegangen. Dem ist aber ganz und gar nicht so, vielmehr hat der Prozeß gegen Schönborn eher einen Alibi Charakter. Zwar wird gegen ihn verhandelt wegen Beleidigung und Volksverhetzung, nach wie vor aber erscheint Schönborn als Einzelgänger. Tatsache ist jedoch, daß Schönborn der Kopf des kriminellen Nazi-Banditentums im Großraum Frankfurt ist und Verbindungen weit darüber hinaus hat. Er ist schließlich der Dritte im Bunde mit den berüchtigten „NS-Provokateuren“ Manfred Roeder und Thies Christophersen gewesen, die seit Anfang der siebziger Jahre gezielt den ideologischen Wiederaufbau des „Nationalsozialismus“ betreiben. Von der Rolle Schönborns als Kopf der kriminellen „NS-Banden im Raum Frankfurt/Hessen und seinen bundesweiten Aktivitäten in dieser Richtung ist aber vor Gericht nicht die Rede! Vielmehr hat die Staatsanwaltschaft ihre im Dezember 1978 angekündigten Ermittlungen ausdrücklich auf ein „Zentrum Roeder“ im nordhessischen Schwarzenborn gerichtet. Die Frankfurter Behörden verbreiteten sogar, dieses „Zentrum Roeder“ habe keinerlei Verbindungen zu anderen NS-Banden. Infolgedessen konnte Schönborn bis heute den zentralen Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen den „rechten Terrorismus“ entgehen. Infolgedessen konnte Schönborn bis heute den zentralen „Ermittlungen“ der Bundesanwaltschaft gegen den „rechten Terrorismus“ entgehen.

Nun gut – wenn die demokratischen Organe der Justiz nicht von allein tätig werden, dann muß ihnen geholfen werden!

Das Netz

Seit Jahren knüpft Schönborn zusammen mit anderen „Großen“ des „nationalen Lagers“ Kontakte, um im Untergrund die bestehenden „NSDAP“-Ansätze aufzubauen (siehe frühere AKs). Nach diversen bundesweiten Aktivistentreffen und Ausbau traditioneller Zusammenarbeit hat sich im Rhein/Main-Gebiet ein weitgefächertes, aber engstens verzahntes kriminelles NS-Bandennetz entwickelt.

Schönborn und die Hamburger „Hansa-Bande“ (ANS) des gegenwärtig vor Gericht stehenden Ex-Leutnant Kühn vereinbarten 1977 den Aufbau einer NS-Truppe für Frankfurt (solche Planungen werden mit der noch-verbotenen Auslandsorganisation der „NSDAP“ vorgenommen). Noch im gleichen Jahr entstand die „Kampfgruppe Großdeutschland“ (= „NSDAP-Frankfurt/Gau Hessen-Nassau“) unter Vorsitz des Henry Fritz Beier, in die u.a. Mitglieder der ebenfalls als „NSDAP“-Organisation geltenden „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ (z.B. W. Koch) eingingen, die aber auch durch NPD/JNler, Schönborn-Fans, „Wiking“-Jugendliche u.a.m. aufgefüllt wurde und wird. Daneben hat die gedrillteste und größte NS-Bande der BRD, die sogenannte „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (Nürnberg-Fürth) Filialen gebildet, den „Sturm 7“ in Frankfurt und – vermutlich – einen „Sturm 8“ in Offenbach.

In den vergangenen Monaten war Schönborn bei seinen Aktionen und Veranstaltungen außer von einigen eigenen Kumpanen ständig in Begleitung anderer Bandenführer und deren Gefolgschaft, was darauf schließen

läßt, daß es zwar nicht nur einen „Verein“, wohl aber eine „NSDAP“-Dachzugehörigkeit unter maßgeblicher Federführung Schönborns gibt.

Terror auf der Tagesordnung

So führte Schönborn eine ca. 15-köpfige Truppe für eine vorgesehene „Freiheit-für-Koch-und-Beier-Aktion“ am 24.2.79 an der Frankfurter Hauptwache an. Die mit Schlagringen und Knütteln bewaffneten Jungnazis gingen gegen Fotografen und Gäste einer Gaststätte vor, jedoch wurden einige der Typen noch vor Ablauf der eigentlichen Aktion festgenommen. Von den ca. zwei Dutzend uniformierten und zivilen Bullen blieb Schönborn ebenso unbeteiligt wie am 26.3.79, als auf einer ANE-Veranstaltung in Offenbach drei seiner Schläger mit Gaspistolen auf Antifaschisten schossen. Z.T. waren es dieselben Jungmannen, aber auch die gerade klammheimlich haftentlassenen Beier und Koch, die an den von Schönborn geleiteten Aktionen am 17.3. und 24.3. teilnahmen (Innenstadt und Bürgerhaus Kalbach in Frankfurt).

Die terroristische Tätigkeit der NSler ist weit über Drohbriefschreiben (wie an KB und VVN) hinausgegangen: – im Mai und Sommer '78 gab es – abgewehrte – Überfälle auf ein Sponticafé und den Antifaschistischen Arbeitskreis; – sieben Übergriffe wurden auf Buchläden verübt: z.B. den Frauenbuchladen im Okt./Nov. '78 und auf „kollektiv“ Dez./Jan. '78/79; – im September '78 und Mai '79 wurden große Teile des jüdischen Friedhofs in Frankfurt verwüstet;

– antifaschistische Schüler wurden schikaniert, jüdische Schüler und JZ-Besucher wurden oft bedroht, u.a. an der Otto Hahn Schule, am Wirtschaftsgymnasium und an der Falkschule;

– durch ständige Schikanen und Tötlichkeiten wurde im April dieses Jahres eine jüdische „FR“-Verkäuferin zur Aufgabe dieser Arbeit „veranlaßt“;

– im Rodgau wurden Jugendliche, Antifaschisten, ein Rektor und ein Gewerkschafter u.a. mit Pistolen bedroht und z.T. mit Gas beschossen; – gezielter Terror und Schmiere-reien sind auch über das Dreieck Oberursel - Bad Vilbel - Mainz hinaus zu verzeichnen und in allen Stadtteilen Frankfurts zwischen Bonames und Oberrad anzutreffen.

Ausbau des Kaderstamms

Schönborn ist dazu übergegangen, einen Kaderstamm „bewährter“ Leute direkt an sich zu binden, um mit seinen Aufgaben Schritt halten zu können. Sein Jungvertrauter Ralf Platzdachs (19) als Pressesprecher und Verlagsverantwortlicher, die Aktivisten Clemens Weinle (20) und Stefan Wagner (19) reichen ihm neben einigen Ex-(?) JNlern u.a. nicht mehr aus. Für seine Zeitschrift „Einigkeit und Recht und Freiheit“ (vormals V.-Union), davor „Deutsche Freiheit“ und für seine ANE-Europawahlliste ist der Rodgauer Banden-Chef Emil Dilger, zu „Deutsche Freiheit“ und für seine ANE-Europawahlliste ist der Rodgauer Banden-Chef Emil Dilger zu ihm gestoßen. Damit hat Schönborn ein Zentrum der gewalttätigen Nazis direkt in seinen engsten Kreis eingebunden. Unter Dilgers Fittichen befinden sich u.a. der kriminelle ANE-Kandidat Wagner sowie einer der Offenbacher „Schützlinge“, M. Satorski. Weiter ist das Haus Dilgers ein nicht unbedeutender Tagungsort.

Mit Roland Tabbert hat ein weiterer „alter Bekannter“ zu Schönborn gefunden. Tabbert ist Vorsitzender der „Nationalen-Deutschen Befreiungsfront“ (NDBB) und Hüter eines 71 aufgeflogenen Waffenlagers gewesen. Mit einem „Wiking-Jugend“-Führer überfiel er im Jahre 1977 Reporter des NDR, wofür er im Februar dieses Jahres vier Monate auf Bewährung erhielt. Mit „Heil Deutschland!“ unterschrieb er Ende '78 eine NDBB-Erklärung in der „Einigkeit“, in der der Anschluß der NDBB an die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte“ Schönborns bekannt gibt. „Wir haben mit den Freunden der Einigkeit (...) noch viel vor“ heißt es darin. Am 26. und 27.3.79 wurde er u.a. mit Schönborn bei den „Veranstaltungen“ in Offenbach und Dudenhofen gesehen.

Alte Fäden

Der Führer der gedeihenden Vereinigung kann sich auch auf Vertraute „älterer Tage“ stützen: – so auf Werner Kosbab, Zentralbüromitglied der „Volkssozialistischen Einheitsfront“ und früheren Mitarbeiter der „Deutschen Freiheit“; heute legt er schwarze Listen über fortschrittliche Leute an; – auf Wolf-Dieter Rothe, der eine sogenannte „Volksbewegung“ gegen antideutsche Greueltaten unterhält und auf dem Feld der Ver-

schleierung nazistischer Umtriebe arbeitet;

– und auf den gemeinsamen Freund Curt Müller, Mainzer „Kommandant“ des „NS-Hauptquartier Walhalla“ – sprich: „NS-Kampfgruppe Mainz“ – welcher jüngst eine Strafe wegen verbotener NS-Propaganda hinnehmen mußte.

Weitere Kontakte

Weiter verfügt Schönborn über Kontakte zu Führern konspirativer Nazi-Kerne in der Bundeswehr. Seine Verbindung zu dem Fallschirmjäger und Oberführer der Reserve, Manfred Heidenfelder (36), z.B. wurde durch den „Spiegel“ vom 23.4.79 öffentlich. Heidenfelder ist Aktivist der berüchtigten „Deutsch-Nationalen Verteidigungsorganisation“ (DVO) und sitzt gegenwärtig in Frankfurt/Preungesheim in U-Haft, u.a. wegen Aufrufs zu Straftaten und Drohungen mit Brandanschlägen und Tod („Spiegel“); in Kassiern ruft er verschiedene Nazis zu Provokationen auf.

Durch die Vielzahl der Fäden, die Schönborn in Händen hält und seiner Funktion wegen ist es nicht verwunderlich, daß er seit über 20 Jahren keinem Beruf mehr nachgeht, sondern von „der Bewegung“ bezahlt wird („von Freunden“ sagte er während seines noch andauernden Prozesses).

NPD – wie immer dabei!

NPD – wie immer dabei!

– 1976 war Schönborn selbst noch NPD-Wahlkämpfer; – Der Mitorganisator des verbotenen Schönbornschen „Auschwitz-Kongresses“ vom Dezember '77, Clemens Weinle, war noch NPD-Kommunikationskandidat; – der NPDler und Herausgeber von „National-politischen Studien“, Gerhard Opitz, macht laufend Propaganda für die „extreme Rechte“ („Kleingruppen“) und lobt Schönborn als einen „nationalistischen Motor“;

– 1977 waren auch NPDler an der ANE-Gründung beteiligt; – 1977/78 begann ein Schwenk von JN/NPD-Aktiven direkt hin zum Umfeld Schönborns. Verschiedene Jungnazis waren danach bei Verteilungsaktionen Schönbornscher Hetzblätter auszumachen, zuletzt bei Anti-Holocaust – Flugblattverteilungen, die Schönborn so breit wie keine zuvor in Frankfurt vornehmen ließ. Einige dieser Aktivisten wurden auch bei anderen „nationalen Anlässen“ gesehen:

– Wolfgang Koch (DVG und „NSDAP“) war Verbreiter von NPD-Material noch bis vor ca. einem Jahr; – aus den Händen junger militanter Nazis wurden lange Zeit NPD-Propaganda wie auch unterschiedliche NS-Blätter verteilt – heute werben sie in der Rest-NPD für die „NSDAP“-Banden; – auf diesjährigen Veranstaltungen jüdischer u.a. Organisationen zum Thema Neonazismus fanden NPDler und offene Anhänger extremer Führer ständig gemeinsam ihren Weg; – Mitte April machte das Evangelische Jugendwerk die „Meute Bonames – Ulrich von Hutten“ als NPD-nahe kenntlich, wogegen zuvor angenommen worden war, es handle sich um einen Ableger der Beier/Hoffmann-Banden.

Dieses mit der NPD engstens verknüpfte Bandentum außerhalb der national-„demokratischen“ Partei hat seine Entsprechung durch Bandenbildung innerhalb der NPD/JN selbst. Beispielhaft ist das an den 13.-August-Provokationen der NPD '78 in Frankfurt deutlich zu machen.

Die Nazi-Partei rief bundesweit ihre Mitglieder zur Beteiligung auf und unter der organisatorischen Leitung des Vorsitzenden der JN-Hessen, Lothar Lauck, wurde schon am 12.8. am Germania-Denkmal/Rhein ein gespenstisches Schauspiel durchgeführt. Am 13. selbst wurden gezielt Antifaschisten und Reporter brutal angegriffen (siehe dazu „Pardon“/78). Dazu waren Nazis aus dem Raum Oldenburg-Stade unter der Führung des berüchtigten Fritz Ulrich Bundt (der auch an Aktivitäten der in NRW beheimateten Harting-Bande teilnimmt) angereist und ausgebildete Schläger aus Nordrhein-Westfalen u.a. von der „Schlageter“-Musiktruppe. Dem „Pardon“-Journalisten zufolge gehörten Sprüche wie „den Roten die Fackel in den Arsch“ noch nicht zu den schlimmsten. Die von einer Überzahl von Antifaschisten und Bullen umlagerten 150 „NPDler“ konnten nach Ende ihrer Kundgebung ungehindert abziehen, Schlägertrupps der Nazis machten einige Straßen weiter organisiert Jagd auf Antifaschisten, wobei ein AP-Reporter mit einem Stein schwer am Kopf verletzt wurde. Führende NPDler bezichtigten die Linken der Tat, worauf die Polizisten nicht einen der wirklichen Banditen festnahmen; später noch brachte ein

ken der Tat, worauf die Polizisten nicht einen der wirklichen Banditen festnahmen; später noch brachte ein anderer Bandentrupp mehrere Antifaschisten in Autos mit Stangen in lebensgefährliche Situationen.

Diese von der NPD aufgestellten Schläger kooperieren mit anderen Partiaufzügen mit Mitgliedern der NS-Banden, bzw. letztere übernehmen den Schutz von „Veranstaltungen“ der legalen „Nachfolgeorganisation der NSDAP“, wie – wesentlich? – die „FAZ“ am 16.5.79 den Naziverein bezeichnete.

„Wiking-Jugend“ – gibt's die noch in Frankfurt?

Die „Wiking-Jugend“ scheint in dem breiten Bandentum hier am Ort aufgegangen zu sein, bzw. ist die Mitgliedschaft möglicherweise nur noch als Formsache zu bezeichnen. Bei fast jedem zweiten Übergriff werden auch einzelne Teilnehmer als „WJler“ erkannt, die allerdings voll in die neue „NSDAP“-Szene integriert zu sein scheinen, bzw. versuchen sie, die Täterschaft der NS-Bande durch äußerliche „WJ“-Kennzeichen zu verbergen.

Die ganze Bande, nicht nur ihr Kopf Erwin Schönborn, gehört vor Gericht und in den Knast! Sorgen wir dafür, daß der entsprechende öffentliche Druck entsteht!

Der Prozeß gegen Schönborn wird am 15.6. um 14 Uhr im Frankfurter Gerichtsgebäude A, Raum 102 fortgesetzt.

Antifakommission KB/Gruppe Frankfurt

Ausführlicher Lebenslauf Schönborns in:

„Antifaschistische Russell-Reihe Nr. 3 – „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe“; zu bestellen beim Verlag Arbeiterkampf

Hansa-Banden-Prozeß: Kühnen aus dem Schneider?

Seit dem 28.5.79 läuft in der Justizvollzugsanstalt Bückeburg der groß angekündigte Schauprozess gegen die wegen Bildung einer „terroristischen Vereinigung“ und diverser Raubüberfälle auf Militäreinrichtungen usw. angeklagten Neonazis: Nazi-Führer Michael Kühnen, seinen Stellvertreter Lutz Wegener, den langjährigen Wikingjugend-Gauleiter Uwe Rohwer, seinen Stellvertreter Manfred Börm, den ehemaligen Stabsunteroffizier Lothar Schulte und Klaus-Dieter Puls.

Kühnen soll von November bis Dezember '77 der Rädelsführer gewesen sein (Anklage im Einzelnen siehe AK 152). Außerdem werden gegen Kühnen noch ein aus Hamburg abgegebener Verfahren wegen diverser Verstöße gegen das NS-Propaganda-Verbot und zwei Berufungsverfahren aus Nürnberg verhandelt (dort war Kühnen, auch wegen NS-Propaganda, einmal zu 10 Monaten auf Bewährung, einmal zu 6 Monaten Knast verurteilt worden).

Die Justiz gibt sich alle Mühe, den Eindruck zu erwecken, daß sie gegen Rechte genauso scharf vorgeht wie gegen Linke: Das Knastgebäude ist rundum abgesperrt, die Straße wurde zum „Sicherheitsbereich“ erklärt; Schulkinder müssen ihr Fahrrad auf dem Acker daneben entlangschieben. Besucher und Presse (schon vor Eintritt in das Gebäude scharf getrennt) werden pingelig kontrolliert – bis zum letzten Kaugummi wird alles abgenommen. Auch das Kopieren der Ausweise darf nicht fehlen. Kleine „Schönheitsfehler“: Die Anwälte der Nazis brauchen nicht ihre Aktenkoffer zu öffnen. Und in den Verhandlungspausen schwärzten die Gesinnungsfreunde der Angeklagten in den Verhandlungsraum, überreichten Rosen an „ihre Jungs“ und sprachen ihnen Mut zu, bis es schließlich einem der Bundesanwälte doch zuviel wurde. Ordnungsstrafen oder ähnliches gab es nicht. Naja, Pannen gibt es ja immer mal...

NS-Erziehung bei NPD und Bundeswehr

Als Richter Moschüring endlich beginnen wollte (wegen der Durchsuchungen hatte sich der Beginn um eine halbe Stunde verzögert), gab es mit der Vernehmung zur Person das erste Problem: Schultes persönliche Habe war nicht aus Hannover mitgekommen (alle Angeklagten sitzen zur Zeit im Knast in Bückeburg) und, ohne men (alle Angeklagten sitzen zur Zeit im Knast in Bückeburg) und ohne seine eigene Hose wollte er nicht ausgeben. Da die ganzen Sachen nicht in einen Streifenwagen paßten, mußte ein Hubschrauber (!) schließlich dafür eingesetzt werden. In den dann folgenden Angaben zeigte sich, daß unter den Angeklagten kein einziger unbekannter Nazi ist – alle haben schon eine jahrelange „Karriere“ hinter sich, fast alle begonnen in der NPD:

- Michael Kühnen war '69/70 nationaldemokratischer Schülersprecher in Bonn;
- Lutz Wegener trat etwa '75 der JN bei, war dort Funktionär in Hamburg;
- Uwe Rohwer ist seit '66 in der NPD, seit '69 Kreisvorsitzender in Schleswig, nach eigenen Angaben ist er noch immer NPD-Mitglied;
- Klaus-Dieter Puls schloß sich, nachdem er 1970 aus der DDR abgeschoben worden war, sofort der NPD an, später der „Aktion Neue Rechte“;
- Lothar Schulte wurde mit 16 Jahren bereits in der NPD aktiv.

Ebenso interessant sind die Ausführungen der Angeklagten zur Bundeswehr: Schulte gab an, er verdanke „seinen Eintritt in das nationalsozialistische Gedankenleben“ der Bundeswehr und den ehemaligen nationalsozialistischen Führungsoffizieren. Was das „Hamburger Abendblatt“ (30.5.79) als „Skandal“ wertet, ist Antifaschisten (und den Behörden) schon lange bekannt: in der Wentorfer Bismark-Kaserne gab es einen Kreis um die Oberfeldwebel Koloß und Schuster, dem die Feldwebel Pohl, Stabsunteroffizier Schulte und Unteroffizier Joachim Döhring angehörten. Sie feierten Hitlergeburtstagsfeiern in der mit Nazi-Emblemen geschmückten Stube von Koloß („ADS-Dokumentation“, Nov. '78). Jetzt in der Verhandlung erzählte Schulte allerdings noch ein bißchen mehr: In der Wentorfer Kaserne habe es eine „NS-Kampfgruppe“ gegeben, die einen besonderen Fahneide geschworen und „Sandkastenspiele“ zur Befreiung von Rudolf Heß durchgezogen habe.

Als besonders wichtig bezeichnete Schulte die Zeit, in der er in Hammel-

burg (Unterfranken) seine Einzelkämpferausbildung gemacht habe. Schon in Hamburg hatte Kühnen, der auch eine Einzelkämpferausbildung hat, vor Gericht erzählt, daß er in Hammelburg „einige Mitglieder der NSDAP/AO“ getroffen habe. Neonazistische Tendenzen in der Bundeswehr? – Wahrscheinlich nur „dumme Jungen-Streiche“...

Während dieser Befragung zur Person rühmten sich alle ausnahmslos ihrer früheren Taten (z.B. Wegener, der wegen Schändung der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen vorbestraft ist: „Diese angeblichen Denkmäler sind für Deutschland schädlich, sie stehen für Vergasungslüge, Totschlagslüge, Erschießungslüge“). Insbesondere Kühnen nutzte wieder die Gelegenheit, um – ungehindert – mehrere Propagandareden für die Wiederzulassung der „NSDAP“ zu führen.

Michael Kühnen doch kein Rädelsführer?

Die Anklage der Bundesanwaltschaft bezeichnet M. Kühnen als Hauptangeklagten, weil er zeitweilig Rädelsführer gewesen sein soll. Eine Beteiligung an den konkreten Aktionen wird ihm jedoch nicht vorgeworfen. Diese Anklage basiert fast ausschließlich auf den belastenden Aussagen von Wegener und Schulte.

Gleich am ersten Verhandlungstag zog Kühnen eine zu Tränen rührende Schau ab: Ganz „offen, aufrichtig“ und „ehrlich“ bekannte er sich zu seiner Mitgliedschaft in der „NSDAP“ berichtete über seinen Lebensweg. Aber mit Terrorismus habe er überhaupt nichts im Sinn. Ganz im Gegenteil – wie habe er sich abgemüht, um Wegener von diesem Weg abzuhalten! Immer wieder habe er mit ihm diskutiert, bis er ihn schließlich wegen Befehlsverweigerung ausschließen mußte. Aber auch danach habe er ihn noch vor Schulte gewarnt und umgekehrt. Wie eine Mutter zu ihrem Kinde – möchte man fast sagen. Zum Richter gewandt: Wenn die legalen Möglichkeiten der NSDAP beschnitten würden, solle man sich nicht wundern, wenn „irregaleitete Jugendliche“ zur Gewalt greifen würden.

An den nächsten Tagen widerriefen die Kronzeugen der Anklage, Schulte und Wegener, einen Teil ihrer Aussagen – Kühnen habe doch schon immer gegen die Gewalt argumentiert! Sie hätten im Zustand „totaler Isolation und Depressivität“ falsche Aussagen gemacht. Ihre eigenen Taten streiten sie zwar nicht ab, jedoch tat Wegener ganz reuevoll: heute fände er das falsch...!

Damit kommt die Bundesanwaltschaft gegenüber Kühnen in Bedrängnis. Sie will jetzt nachweisen (was doch eigentlich nicht so schwer sein sollte?), daß die „NSDAP/AO“ insgesamt eine im Untergrund arbeitende Organisation mit gewalttätigem Charakter ist (§ 129 b). Die Verteidigung hat demgegenüber beantragt, den amerikanischen Führer der „NSDAP/AO“ als Zeugen für den gewaltlosen Charakter der „Partei“ zu laden. Einzige Schwierigkeit, die das Gericht dabei sieht, – er hat Einreiseverbot für die BRD.

Es wird sich zeigen, wie ernsthaft die Bemühungen der Bundesanwaltschaft sind, oder ob sich hier eine grandiose Posse entwickelt, deren einziger Zweck es ist, der nationalen und internationalen Öffentlichkeit den „guten Willen“ der Staatsschutzbehörden bei der Verfolgung des Nazi-Banditentums vorzuspielen!

Nazi-Anwälte in Aktion!

Die Anwälte der angeklagten Nazis nutzen die liberale Verhandlungsführung des milde und freundlich

auf die Angeklagten eingehenden Richters Moschüring in provokativer Weise: Sie machen keinen Hehl aus ihrer geistigen Verwandtschaft mit ihren Mandanten und versuchen, gezielte Prozeßverschleppung zu betreiben.

Bereits am ersten Tag mußte die Verhandlung für eine Stunde unterbrochen werden, weil Schulte ohne Unterlagen keine Angaben zur Person (!) machen wollte (der vorgeschobene Hosenmangel war schon längst anderweitig durch eine Zivilhose beseitigt worden). Es folgten Befangenheitsanträge von RA Berlin aus Kiel (für Rohwer; hat schon diverse Neonazis vertreten), RA Gerlach (für Börm) und Kühnen gegen Richter Volkart, einen der Beisitzer. Der war zuständig für die Postkontrolle der Gefangenen und hatte einige Rundbriefe u.ä. wegen der Nazi-Gesinnung der Angeklagten nicht weitergeleitet. Die müßte im Prozeß aber erst mal nachgewiesen werden, also sei Volkart befangen. Der sich mit RA Behre (ehemals NPD-Landesvorsitzender Niedersachsen) in der Verteidigung von Puls abwechselnde RA Stöckicht (berühmt-berüchtigt als Verteidiger von Nazis aller Art) ergänzte den Antrag mit der Begründung, Volkart sei SPD-Mitglied!

Der nächste Antrag kam von RA Gerlach (für Börm), inhaltlich unterstützt von RA Womeldorf (für Kühnen): Die Anklage müsse eingestellt werden zu den Punkten: Anschläge gegen die Berliner Mauer, Stoßtruppangriffe an die DDR-Grenze und Befreiung von Rudolf Heß. (Alles lt. Anklage „geplant“). Begründung: Laut Bundesgerichtsurteil seien immer noch die Grenzen von 1937 gültig, es gebe bei uns das Recht auf Freizügigkeit, die DDR-Grenze sei widerrechtlich aufgebaut zur Verhinderung der Freizügigkeit, außerdem hätten ja auch alle Politiker die Parole gehabt, die „Mauer muß weg“ – also könne ein Brandanschlag darauf kein Straftatbestand sein! Noch provokativer die Begründung zur Heßbefreiung: Heß sei nach „uns aufgezwungenem Recht“ (=Alliiertenrecht) verurteilt worden. Seine Befreiung sei ein „Akt der Menschlichkeit“ und keine Straftat! Sollte der Antrag abgelehnt werden, drohte Gerlach mit umfangreichen Beweisabträgen zur damaligen Verurteilung von Heß. Er deutete an, daß er Heß als Friedensmissionar betrachte.

An einem anderen Tag drohte RA Stöckicht damit, einen ganzen Lesetag für Flugblätter, Zeitungen u.ä. zu beantragen usw. Nicht in einem einzigen Fall wurde vom Richter oder vom Bundesanwalt eingeschritten!

Noch ein Wort zu den Zuschauern: Edgar Geiß und ein Kreis älterer Nazis hat sich als Beobachter in Bückeburg einquartiert. Immerhin wurde Geiß inzwischen sein Presseausweis entzogen, so daß er sich nicht mehr im Verhandlungsraum aufhalten kann. Einige Mitglieder der berüchtigten JN-Schlägerbande aus Rinteln (darunter Lothar Quaiser) tauchten ebenfalls auf. Auffallend ist allerdings, daß die Hamburger Hansa-Bande bisher noch nicht erschienen ist. Aber auch Antifaschisten sind dünn gesät. Die SPD Niedersachsen hatte gegen den Gerichtsort protestiert, weil die Öffentlichkeit beeinträchtigt sei. Das stimmt wohl. Die nächsten angesetzten Termine:

12., 14., 18.-22., 25. und 26. Juni, jeweils 9 Uhr

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Diese Broschüre dokumentiert über 60 Seiten u.a. die Umtriebe der Hansa-Bande

kostet 3,50 DM

zu beziehen über den Herausgeber:
J. Reents-Verlag,
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50

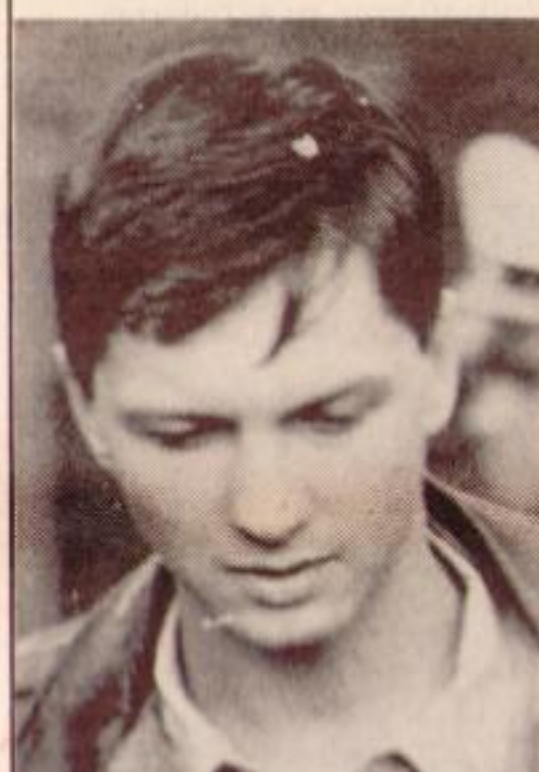


Die Angeklagten



Michael Kühnen

Mit 14 Jahren NPD-Schülersprecher in Bonn, danach „Aktion Neue Rechte“ und „Aktion Widerstand“. In Hamburg '76 Bundestagskandidat für die „Aktionsgemeinschaft 4. Partei“. Ab Frühjahr '77 Aufbau der „NSDAP“ in Hamburg. Angeklagt als Rädelsführer einer „terroristischen Vereinigung“, bestehend aus ihm, Lutz Wegener und Lothar Schulte für die Zeit vom 22.11.77 bis Mitte Dezember '77.

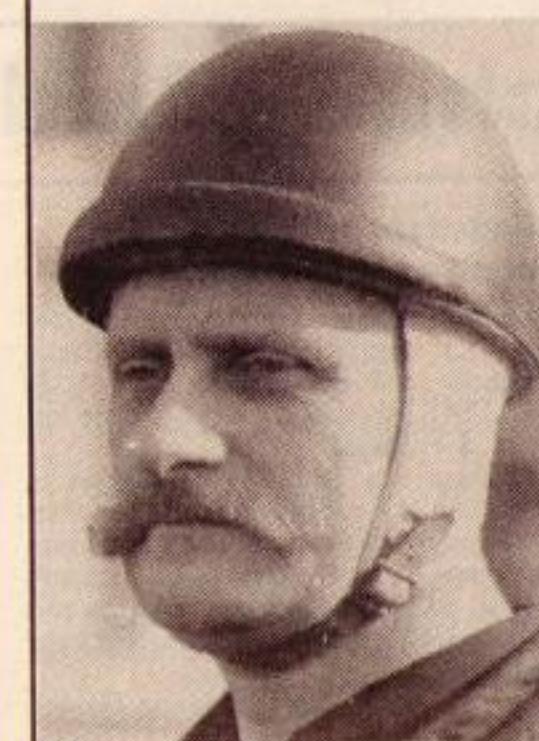


Lutz Wegener

Lutz Wegener

Mit etwa 15 Jahren in die JN, '75 Überfall auf die Hamburger Fabrik, zusammen mit K.-D. Puls '76 Schändung der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen. Ab '77 Aufbau der „NSDAP“ in Hamburg. Angeklagt wegen folgender Überfälle:

- 22.11.77 Bismark - Kaserne Wentorf
- 1.12.77 versuchter Raubüberfall auf einen Gastwirt in Köln
- 2.12.77 Überfall auf einen Kaufmann in Köln
- 11.12.77 Überfall auf ein Munitionsdepot in Reinbek
- 19.12.77 Überfall auf eine Hamburger Sparkasse
- 5.2.78 Überfall auf das Nato-Gelände Bergen-Hohne.



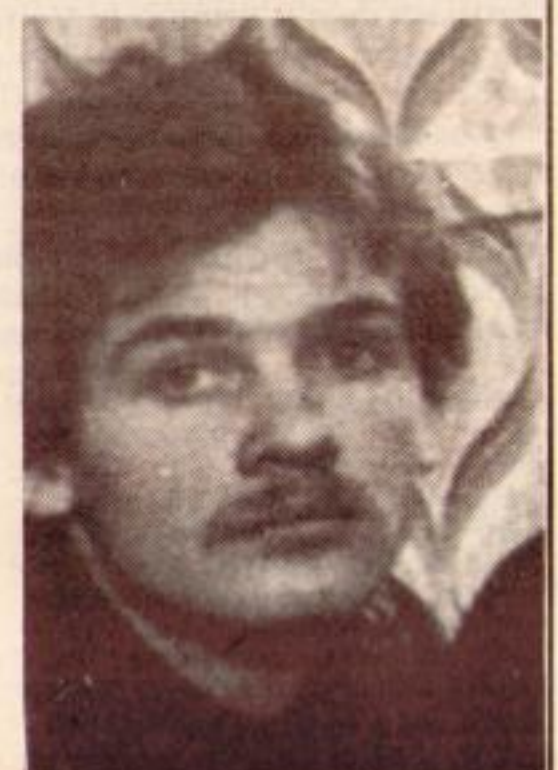
Uwe Rohwer

Seit '66 in der NPD, seit '69 Kreisvorsitzender in Schleswig. Nebenbei Jugendreferent im Stahlhelm und seit '72 Gauleiter der Wiking-Jugend in Schleswig-Holstein. Angeklagt wegen Banküberfalls und des Überfalls auf Bergen-Hohne.



Manfred Börm

Arbeitet seit Jahren in der Wiking-Jugend, hat noch ein Berufungsverfahren laufen wegen des Überfalls auf ein Kamera-Team Sommer '76. Angeklagt wegen des Überfalls auf Bergen-Hohne.



Lothar Schulte

Mit 16 Jahren in die JN, 1971 beteiligt an einer Demonstration gegen die DKP; in der Bundeswehr dann Mitglied einer „NS-Kampfgruppe“. Seit einiger Zeit (?) aus der Bundeswehr vom Dienst suspendiert (nicht entlassen) wegen Untergebennmißhandlung. Anklage: dieselbe wie bei Wegener. Außerdem:

- 31.1.78 versuchter Überfall auf die Militäreinheit in Bergen-Hohne, zusammen mit Joachim Döhring.



Klaus-Dieter Puls

1961 in der DDR verurteilt wegen Landfriedensbruch, Bandenbildung und Volksverhetzung. Seitdem diverse Versuche, in die BRD zu kommen. 1970 abgeschoben. Hier schloß er sich sofort der NPD an, anschließend der „Aktion Neue Rechte“. '72 wurde er zu 5 Monaten auf Bewährung verurteilt: Eine Frau hatte ihn hindern wollen, einen FDP-Aufkleber von ihrem Auto abzukratzen. Er schlug den Kopf der Frau mehrmals gegen den Türrahmen (schwere Gehirnerschütterung), anschließend knallte er die Wagentür mehrmals auf ihre Beine! – Später trat er mit NSDAP-Aktivistin auf (Lauck, Pahl usw.) Angeklagt wegen der Überfälle auf eine Sparkasse und Bergen-Hohne. Hinzu kommen jeweils einige geplante Anschläge und Aktionen.

Hat BKA-Chef Herold ausgedient?

Der Computertechnokrat Herold ist in die Schußlinie geraten. Der seit über einem Jahr keimende Kritikprozeß an Grenz(schutz-)schnüffeleien und anderen Datensammlungen von Geheimdiensten und Polizei mündete jetzt in der Veröffentlichung eines Untersuchungsberichts von Bundesinnenminister Baum über rechtlich zweifelhafte Dateien des BKA. Über diese von außen gegen die geheimdienstliche und polizeiliche Datenpraxis kommende Kritik hatte der AK schon in früheren Ausgaben berichtet. An dieser Stelle möchten wir auf einen anderen Aspekt, nämlich auf die polizeiliche m a n n e n Widersprüche hinweisen: Innerhalb des Polizeiapparates fand Herold lange fast ungeteilte Anerkennung für seine Verdienste um den seit 1970 betriebenen Aufbau des umfassenden polizeilichen Informationssystems. So spendete der frühere Bundesinnenminister Maihofer dem BKA-Präsidenten öffentlich Beifall dafür, das BKA zu einem „Mekka und Medina für Polizisten in aller Welt gemacht“ zu haben. Von allen „Sicherheitsexperten“ wird das polizeiliche Informationssystem als nicht wegzudenkendes Hilfsmittel gesehen.

Die für den Aufbau eines solchen Apparates sicher notwendige Begeisterung für den Computer beinhaltet bei Herold jedoch gleichzeitig einen gewissen Computerfetischismus. Einfach ausgedrückt vertritt Herold die These, daß Straftäter früher oder später quasi automatisch im Schleppnetz der immer umfangreicheren Datensammlungen und den ihnen angeschlossenen Datenendstationen hängenbleiben. Herold drückt dies natürlich viel imposanter aus: „Nach dem Stand der Entwicklung rückt durchaus der Übergang zu einem lernfähigen System regelkreisartig ablaufender Prozesse der Selbststeuerung und Selbstoptimierung in realistische Nähe, in dem sich, vom Anstoß der Wirklichkeit in Gang gehalten, Repression durch Prävention, Beherrschung durch Dynamik, Befehl durch Steuerung, Erfahrung durch Sachlogik und Hypothesen durch Prognosen ersetzen lassen. Vom spezialisierten kybernetischen Aspekt aus ist dieser Prozeß zwangsläufig; in ihm erscheint jede Form der Höherentwicklung als verbesserte Adaption eines selbstregulierenden Systems an seine Aufgaben, als fortschreitende Unabhängigkeit der inneren Struktur von äußeren Störungen, mithin als Optimierung seiner Verhaltensweisen“ („Kriminalistik“ 1/79).

Na, bitte! — Der Computer macht

sich unabhängig und wird dann ohne die „Fehlerquelle Mensch“ sich selbst steuern und durch Eingaben immer neuer Datenmengen „selbstregulierend“ verbessern. Der Mensch (in diesem Fall: Polizist, Jurist, Staatsanwalt) wird in seiner Funktion vom Computer weitgehend ersetzt und nimmt die Rolle eines Zuarbeiters zu einem Computersystem ein.

Aus Herolds Feder liest sich das so: „Die Kriminaltechnik muß in der Standardisierung ihrer Verfahren so weit voranschreiten, daß der Augenschein zunehmend den Sachverständigen ersetzt und dort, wo der Sachverständige unentbehrlich bleibt, seine bisherigen Werten und Urteilen sich in bloßes Erläutern verwandelt.“

Diese Tendenz, nach der der Computer den Menschen zunehmend überflüssig macht, bzw. zu seinem Erfüllungsgehilfen degradiert, kritisiert der baden-württembergische Landespolizeipräsident A. Stümper in „Kriminalistik“ 4/78: Bei aller Notwendigkeit, sich der Vorteile von Computern zu bedienen, müsse der Gefahr begegnet werden, daß dabei die Kreativität und die Eigeninitiative der Polizeibeamten — besonders bei den Ortspolizeien — verlorengehe. Der Kriminalbeamte — so Stümper — „darf nicht bloßer Zuarbeiter sein und im Laufe der Zeit daran gewöhnt werden, nur auf das ‚von-oben-kommende‘ zu warten.“

Tatsächlich hatten einige Landes-kriminalämter schon öfter die erdrückende Informationsflut bemängelt, die vom BKA über sie hinwegschwappet und sie bei der Erledigung eigener Ermittlungen zu sehr lähme.

Schon 1975 erkannte dies Stümper, als er sich in einem Aufsatz in „Die Polizei“ 11/75 gegen „zentralistische Heilvorstellungen“ wendete und weiter ausführte: „Die moderne und auch für den Eingeweihten effektivere Form ist die dezentralistische, und zwar im wesentlichen aus folgenden Gründen: Mit der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in den kriminalpolizeilichen Meldedienst (und später in eine gesamte polizeiliche Wissensaufbereitung, Entscheidungsunterstützung und Informationssteuerung) muß man aus informatorischen Gründen nicht mehr zentralistisch organisieren. Denn jede Polizeidienststelle kann auch so direkt, also ohne einen langen Dienstweg abfragemäßig durchlaufen zu müssen, auf das gesamte Wissen der Polizei zurückgreifen.“

Diese Art von Aufgabenverteilung sollte die Regel sein. Allerdings sieht

auch Stümper, daß es Zeiten geben kann, die eine Zentralisierung der Polizei bedarfsweise notwendig machen: „In der Vergangenheit, vor allem in den Zeiten der ‚Sonnenscheinpolizei‘, wo nahezu alle Einsätze mehr oder weniger nur von örtlicher Bedeutung und Auswirkung waren und am Ort erledigt werden konnten, hat man praktisch nicht oder nur sehr nebulös gesehen, daß in kritischen Zeiten wesentliche überörtliche, unter Umständen landes- und sogar bundesweite Polizeiführungsmaßnahmen notwendig werden könnten.“

Dieser Widerspruch, daß eine Verwaltungspolizei entsteht, die an den Computern verbürokratisiert, bzw. nur noch aufgrund zahlreicher, häufig nicht zutreffender Hinweise aus dem BKA-Computer arbeitet, konnte von Herold nicht gelöst werden. Stümpers Kritik scheint an ihm vorbeigegangen zu sein. Eine weitere Kritik kam nur zwei Monate später durch Höcherl, der die „Fahndungsspannen“ bei der Schleyer-Fahndung untersuchte. Er verlangte eine stärkere Einbeziehung der Landespolizeien in die Ermittlungstätigkeit und wollte die Zuständigkeit des BKA nur dann, wenn das BKA „die spezielle Ermittlung besser als die ‚an sich‘ zuständige Landespolizeibehörde qualifiziert ist“ („FR“, 6.6.78).

In diesen Kritiken sehen wir ein Indiz dafür, daß Herold — nachdem er den Apparat aufgebaut hat — bald wird Platz machen müssen für Polizeistrategen der zweiten Generation, die auf den von ihm geschaffenen Grundlagen politisch Prioritäten zu setzen imstande sind. Kurz, es bedarf eines „kriminalistischen Top-Managements“ höchster Qualitäten“ sagt Stümper („Kriminalistik“ 4/78). Herolds Schicksal wäre nicht das erste dieser Art, das einen loyalen Diener der Bourgeoisie trifft.

Stümper selbst scheint nicht scharf auf den Posten des BKA-Präsidenten zu sein, zumindest nicht in einer Zeit, in der dieser Posten im Kreuzfeuer demokratischer Kritik steht. Er stützte Herold nämlich parallel zur Veröffentlichung von Baums Untersuchungsbericht mit der Warnung vor neuen Anschlägen der RAF — offenbar gestützt auf Erkenntnisse aus BKA-Ermittlungen. — Vielleicht spekuliert Stümper eher auf die Leitung der von ihm konzipierten „Generaldirektion für die Innere Sicherheit“ am Bundesinnenministerium?

Antifa-Kommission HH

Auch Herold ist Sozialdemokrat!

Um dies wieder in Erinnerung zu rufen, trat der Präsident des Bundeskriminalamtes vor die „Kollegen“ des Delegiertentages der Bezirksgruppe BKA der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB. Einer kleinen Meldung zufolge erinnerte ausgerechnet der BKA-Präsident daran, daß „Polizei und Verfassungsschutz ... in der Bundesrepublik Deutschland nach den Erfahrungen der Nazi-Zeit aus wohlwollenden Gründen per Gesetz getrennt (seien). Dies dürfe nicht auf dem Wege der elektronischen Information unterlaufen werden“. Er wäre sogar bereit, „aus rechtsstaatlichen Gründen im Einzelfall sogar eventuelle Informationsdefizite in Kauf (zu) nehmen“. Deshalb wird Herold — so die „FR“ — den Verfassungsschutz künftig daran hindern „automatisch Informationen aus dem Computersystem des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden ab(zu)fragen“.

Eine kleine Herold-Retrospektive

Diese Notiz gibt Anlaß, sich rückzubesinnen auf die rechtsbrecherischen Pläne des BKA-Präsidenten, die zum großen Teil heute tägliche Praxis geworden sind.

Im Taschenbuch für Kriminalisten hatte Herold — weiland noch Polizeipräsident von Nürnberg — bereits den „Versuch eines Zukunftsmodells“ unternommen, wobei er von der Erkenntnis ausging, „daß gleichsam ‚das maschinelle Sein‘ das polizeiliche Bewußtsein bestimmt“.

Dort nämlich hatte er festgestellt: „Die elektronische Datenverarbeitung besitzt die Fähigkeit, riesige Datenmengen nach beliebigen Zusammenhängen zu verknüpfen und über diese Zusammenhänge quantitative Aussagen in kürzester Zeit nach dem allerneuesten Stand zu formulieren. Dem Gesetz der großen Zahl entsprechend, ist die Treffgenauigkeit solcher Aussagen umso größer, je größer die Zahl der verarbeiteten Daten ist.“ Von daher ist es für Herold ein kurzer Schluß zu der Erkenntnis des Bedarfs einer umfassenden Erhebung von Daten, „die von den Personalien, Familien-, Wohn-, Rechts-, Besitz- und Sozialverhältnissen bis zu kriminalbiologischen und kriminalsoziologischen Daten reichen und dabei alle auch schon herkömmlicherweise für Akten und Karteien erhobenen Daten einschließt.“

Diese Erhebung — die Herold mit klinischer Reihenuntersuchung verglich — erschien ihm 1968 bereits realisierbar, „da die Datenerhebung in einem ... ‚kommunalen oder regionalen Informationszentrum‘ durch Beteiligung einer Vielzahl von gleichermaßen informationsinteressierten Ämtern und Behörden erfolgen und zugleich mit anderen gesellschaftlichen Erhebungen (z.B. medizinischen Reihenuntersuchungen, Erhebungen über Führerschein-tauglichkeit, Intelligenz- und Reaktionstesten, ...) verbunden werden kann. Auch brauchen die ‚Sätze‘ nicht auf einmal gewonnen zu werden; sie können vielmehr im Laufe eines Lebens von der Geburtsurkunde über die Schulpflicht, das Zeugnis, und die Lehre bis zur Eheschließung, Straffälligkeit oder sonstigen markanten Lebensabschnitten entstehen, so wie sie auch jetzt schon aufgespalten auf eine unübersehbare Vielfalt von Behörden, Ämtern, Institutionen, Schulen, Betrieben entstanden und dort archiviert worden sind.“ (Alle Zitate nachlesbar im „Taschenbuch für Kriminalisten“, Band 18, Hilden 1968, S. 240 ff.)

Dabei „drängt sich der Gedanke eines durch die EDV bewirkten Informationsverbundes ... in einem einzigen Datenspeicher geradezu auf“.

In einer neueren Ausgabe der „Kriminalistik“ (1979, Heft 1, S. 17ff) schlägt Herold vor, daß ein Computersystem zur Ermittlung von Wiederholungstätern „alle Merkmale der Individualität erfassen (muß), also Gang, Mimik und Gestik, Sprache, Blut, Haare, Röntgenbilder, körpergebundene Besonderheiten, Verhaltenseigenheiten usw. ... denn es ist zu vermuten, daß nicht nur der Fingerabdruck als Merkmalsträger einmaliger und unwiederholbarer Individualität eines Menschen in Frage kommt, sondern Blut, Haar, Stimme, Schreibstil.“ Mit Herolds Worten: „Die Polizei der Zukunft wird eine andere, höherstufige, eine mit einer

gesellschaftssanitären Aufgabe sein.“ (H. Herold, Künftige Einsatzformen der DV im Bereich der Polizei, in: „Die Republik“ Nr. 10 - 15, Frankfurt/M. 1977, S. 196 (221)).

Herold sprengt Verfassungsfesseln

Man sollte sich noch einmal das eingangs erwähnte Zitat Herolds aus der „FR“ ins Gedächtnis rufen, bevor man sich das folgende Original-Zitat Herolds auf der Zunge zergehen läßt: „Angesichts der unausweichlichen polizeilichen Entwicklung, der die EDV neue Dimensionen eröffnet hat, bestehen jedoch keine ernsthaften Zweifel, daß die Verfassungsfesseln, die dem Fortschritt entgegenstehen, sich werden sprengen lassen“ (Herold, „Taschenbuch ...“, S. 252).

Dieser Herold'schen Qualitäten wußten sich Horst Ehmke und Hans Dietrich Genscher in Bonn zu bedienen und machten Herold zum Präsidenten des BKA. Auf Bundesebene hatte Innenminister Genscher auch schon gute Vorarbeit geleistet.

Auch Genscher half beim „Fesselnsprengen“

„Am 16.12.1969 wies BMI Genscher Bundesamt für Verfassungsschutz und BKA an, EDV-Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Informationsbedürfnisse künftig bei der Entwicklung von EDV-Programmen zu berücksichtigen. Daß mit diesem Entwicklung von EDV-Programmen zu berücksichtigen. Daß mit diesem Datenverbund die vom Verfassungsschutz-Gesetz postulierte Trennung zwischen Verfassungsschutz und polizeilichem Bereich einem imaginären ‚Sachzwang‘ geopfert wird, erwies sich nicht als Hinderungsgrund.“ Kommissionen des Arbeitskreises II (Öffentliche Sicherheit und Ordnung) der Arbeitsgemeinschaft der Länderinnenminister besorgten von da an „die Koordination von Ziel- und Programmplanung im EDV-Bereich für Polizei und Verfassungsschutz“. (Zitate nach: Th. Walde, „ND-Report“, München 1971, S. 123).

Dem leisen Dementi Herolds in der „FR“ zum Trotz ist es bekannte Tatsache, daß das „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS) des Bundesamtes für Verfassungsschutz wechsel- und gegenseitig auch dem BKA zur Verfügung steht. NADIS hat umgekehrt über PIOS auch automatische Zugriff auf die INPOL-Dateien des BKA (vgl. statt vieler: J. Brückner, Verfassungsschutz, 3. Intern. Russell-Tribunal, Rotbuch 210, S. 97 (105)).

Mit Verbissenheit und auf bisher nicht gekannten juristischen Wegen verfolgt Herold allerdings diejenigen, die seine Informationssysteme als „Sicherheitsrisiko für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“ bezeichnen, weil „nicht mehr nur mit scheinbar technischer Zwangsläufigkeit einige verbrecherische Anarchisten, sondern zugleich die Gesamtheit der Bundesbürger“ kontrolliert würden (so Steinmüller, in: „Spiegel“, Nr. 45/1978, im AK wäre der Sachverhalt etwas anders beschrieben worden).

Das Landgericht Wiesbaden aber bescheinigte Steinmüller: „Die zugrundegelegten Tatsachenbehauptungen sind im Kern wahr“ (Az.: 5 o 392/78) Na bitte!

Wahrer sind sie ohne Zweifel als Herolds Beteuerungen vor der BKA-GdP!

Herr Präsident, es glaubt Ihnen schon lange nichts mehr, Ihre

Antifa Kommission/KB Gruppe Hannover



Kurzmeldungen

Razzia im „Anderen Buchladen“

Mannheim: Am 29. Mai „besuchten“ sechs Beamte von LKA und BKA den „Anderen Buchladen“. In der unmittelbaren Umgebung des Buchladens waren weitere sechs Bullen in Uniform postiert. Der Laden mußte für etwa zwei Stunden geschlossen werden.

Die Zivilbullen legten einen Durchsuchungsbefehl vor, aus dem hervorging, daß die Durchsuchung im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen einen Betreiber des Buchladens, wegen des Verdachts der Werbung für eine „terroristische Vereinigung“, steht.

Zitat aus der Begründung für die Durchsuchung: „Am 14. März 79 wurde dem in der Justizvollzugsanstalt Frankenthal (Pfalz) einsitzenden Untersuchungsgefangenen Stefan Wiesniewski vom Buchladen M2,6 GmbH in Mannheim eine Druckschrift zugesandt“.

Diese Druckschrift enthielt u.a. die Beiträge „Freiheit für Werner Hoppe — Der Widerstand ist überall“ und „Beitrag zur Auseinandersetzung über die Vielfalt des Widerstandes“. Dazu führt das Oberlandesgericht Stuttgart folgendes aus: „Diese Druckschrift wurde mit Beschluß des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 26. März 1979 beschlagnahmt, weil u.a. in den erwähnten Beiträgen zur Begehung schwerer organisierter Gewalttaten aufgefordert wird“. Daraus, so schlußfolgert das „Hohe Gericht“, läßt sich für die Verfasser und Verbreiter mithin der Tatbestand des Werbens für eine „terroristische Vereinigung“ ableiten. In der Begründung heißt es dann weiter: „Da der Buchladen M2,6 in Mannheim mit zu den Verbreitern dieser Druckschrift gehört, ist zu vermuten, daß die Durchsuchung der Geschäfts- und Nebenräume zur Auffindung weiterer Beweismittel führen wird“.

Kurzmeldungen

Das Buchladen-Kollektiv legt an dieser Stelle Wert auf die Feststellung, daß keiner von ihnen ein Paket in die Justizvollzugsanstalt Frankenthal geschickt hat. Entweder handelt es sich um eine vom Verfassungsschutz inszenierte Sache oder die Adresse des Buchladens wurde unberechtigt benutzt. Die Gestalten vom LKA und BKA haben dann aufgrund des Durchsuchungsbefehls den Buchladen, das Büro, die Garage, den Keller und das Fahrzeug eines Buchhändlers durchsucht. Gefunden haben die wackeren Staatsschützer allerdings nichts. Beschlagnahmt wurde lediglich eine Seite des Kassenbuchs mit dem Betrag 5,10 DM (dies ist die übliche Paketgebühr).

Schließlich kaufte der Chef des Unternehmens noch die Dokumentation zum Tode von Ulrike Meinhof — ob der Gute nun auch Zweifel bekommt am „Selbstmord“?

KB-Sympathisanten Mannheim

Ausgeflippte Prügelbullen?

Weil er zu nächtlicher Stunde in seinem Auto (seinen Rausch?) ausschließ, wurde in Hattingen ein Mann von zwei Polizisten in Zivil durchsucht. Da der Mann die Namen der beiden Bullen verlangte und sich auch nicht sofort gefügig zeigte, schlugen die Bullen ihn krankenhausreif. Im Krankenhaus sollte er sich dann einer Blutprobe unterziehen, wozu sich der Patient nach einigem Hin und Her auch bereit erklärte. Da das aber wohl nicht so schnell klappte, wie

Kurzmeldungen

sich Polizeikommissar Giesecke das vorgestellt hatte, drehte er den Patienten plötzlich in den Polizeigriff, um ihn zur Blutprobe auf die Bullenwache zu bringen. Der Patient konnte sich befreien, wurde jedoch von zwei weiteren Bullen wieder ergriffen, mißhandelt und in das Bullenauto geschleppt. Ein gegen diese Entführung protestierender Arzt hielt bei dieser Aktion einen Faustschlag ins Gesicht, eine sich wehrende Schwester wurde brutal weggestoßen. Erst am frühen Morgen wurde der Patient mit schweren Prellungen und Schockwirkungen von der Feuerwehr wieder im Krankenhaus abgeliefert.

Wieder Ernst Volland-Plakate beschlagnahmt

Am 23. Mai, wenige Stunden nach Carstens Wahl zum Bundespräsidenten, durchsuchte die Polizei die Heinrich-Heine-Buchhandlung in Düsseldorf und beschlagnahmte Volland-Plakate „zu Prüfzwecken“. Volland hatte mit grafischen Mitteln Carstens NSDAP-Mitgliedschaft deutlich gemacht. Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und sozialdemokratischer Verleger und Buchhändler wertete diese neue Aktion als „Ausdruck der reaktionären Politik des weiteren Abbaus demokratischer Grundrechte in der BRD“ (nach „Börsenblatt“ vom 1.6.79).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz



Schlinge in der Zelle von Helmut Pohl

Rechtsanwalt
Thomas Eissing
Schäferkampsallee 45
2000 Hamburg 6

Rechtsanwalt Hartmut Scharmer
Bahnenfeld Str. 93
2000 Hamburg 50

PRESSEMITTEILUNG

Hiermit teilen wir als Anwälte des Strafgefangenen Helmut Pohl folgenden Vorfall mit:
Als Helmut Pohl am Morgen des 26.5.1979 um ca. 8.30 vom Duschraum in seine Zelle zurückkehrte, fand er dort eine Schlinge vor, die vom Waschbecken herunterhing. Die Schlinge war aus einer Paketschnur geknüpft worden.
Helmut Pohl befindet sich seit dem 23.5.1979 im Hungerstreik gegen die Haftbedingungen, denen er in der Untersuchungshaftanstalt Holstenglacis 43.3.1979 im Hungerstreik gegen die Haftbedingungen, denen er in der Untersuchungshaftanstalt Holstenglacis unterliegt. Der geschilderte Vorfall ist geeignet, den Hungerstreik zu eskalieren. Die von Helmut Pohl in der Zelle aufgefundene Schlinge läßt uns befürchten, daß er in der Haftanstalt zu Verhaltensweisen provoziert werden soll bzw. Ereignisse eintreten, die seine Haftentlassung im September dieses Jahres gegenstandslos machen könnten.

Der geschilderte Vorfall ist nicht der erste, mit dem eine Provokation erfolgt versucht worden ist:

Im Oktober 1977 wurde ein zur Schlinge geknüpfter fingerdicker Strick vor die Sichtklappe der Zellentür des damaligen Strafgefangenen Werner Hoppe gehängt.

Im November 1977 wurde dem Strafgefangenen Werner Hoppe zusammen mit einer Anstaltshose eine

rasiermesserscharfe Klinge in die Zelle gegeben.

Im Winter 1977/78 wurde den Strafgefangenen Helmut Pohl und Werner Hoppe verschiedentlich angedroht, daß man sie umbringen wolle. Dies mit Rufen vor den Zellentüren wie „Genickschuß“ und „häng dich auf, du Schwein“.

Im August 1978, kurz nach der Entlassung von Wolfgang Beer, wurde vor der Zellentür von Helmut Pohl demonstrativ eine Pistole durchgeladen.

Vor dem Hintergrund dieser geschilderten Ereignisse läßt dieser neuerliche Vorfall befürchten, daß die Entlassung von Helmut Pohl verhindert werden könnte.

Thomas Eissing
Rechtsanwalt 31.5.79

RA Härdle zu Knast verurteilt!

Heidelberg: RA Härdle wurde vom Landgericht Heidelberg zu einem Jahr und zehn Monaten ohne Bewährung verurteilt. Vorgeworfen wird ihm Widerstand gegen Vollzugsbeamte im Zusammenhang mit KBW-Demonstrationen („Stuttgarter Nachrichten“, 31.5.79; zum Hintergrund und Verlauf dieses Prozesses berichteten wir ausführlich in AK 150, S.37).

Knastalltag: Ständiger Verschub

Der häufige und plötzliche Verschub von einem Knast in den anderen gehört für viele Gefangene zu den „kleinen“ Schikanen ihres Alltags. Ein Gefangener berichtete uns in einem Brief darüber, wie das abläuft. Wer ihm schreiben möchte, kann das (zumindest derzeit ...) an folgende Adresse tun:

Bernd Möhle
Theodor-Fließner-Str. 12/JVA
3500 Kassel-Wehlheiden

Liebe Genossen,

die Justiz treibt seit einiger Zeit ein sehr destruktives Spiel mit mir, innerhalb von 5 Wochen wurde ich in 3 andere Knäste innerhalb Hessens verschleppt. Alles selbstverständlich unter dem Deckmantel „aus Vollzugsgründen“.

Im folgenden sah das so aus: am 29.3. von Schwalmstadt in die JVA Butzbach. Am 3.5. von Butzbach wieder nach Schwalmstadt zurück. Doch nicht genug damit, am 7.5.

wurde ich von dort in die JVA Kassel-Wehlheiden verlegt. Wie sich das dann auswirkt, könnt Ihr Euch sicher denken. Man kriegt schon Paranoia, wenn die Tür aufgeht, da man ständig mit einer erneuten Verlegung rechnet. Die Justiz nimmt dabei auch noch voll den „Überraschungseffekt“ in Kauf, d.h. um 7 Uhr benachrichtigen und 'ne Stunde später wird man dann verlegt. Keine Zeit also, noch jemand durch einen schnellen Brief oder ne Karte zu benachrichtigen. Dann kommt es schon mal vor, daß man in Kassel ist und die Besucher fahren ahnungslos nach Schwalmstadt bzw. Butzbach. Die Post stagniert und Zeitungen werden nachgeschickt oder meist auch nicht. So schnell wie man verschleppt wird, geht wirklich kein Brief ab. Durch die Odyssee hatte ich schon zwei Monate keinen Einkauf mehr und auch sonst häng' ich ziemlich durch...

Mit solidarischen Grüßen

Bernd

Staatlicher Poker mit Menschenleben — Gefangene im Hungerstreik —

Die Situation im Hungerstreik von mittlerweile fast 50 politischen Gefangenen spitzt sich zu; mehrere befinden sich von ihnen bereits in Lebensgefahr: Stefan Wisniewski (Frankenthal) erlitt einen Kreislaufkollaps und wird seitdem zwangsernährt („TAZ“, 7.6.). Norbert Frühauf (Schwalmstadt) wurde am 31.5. wegen akuten hohen Blutzuckergehalts ins Krankenhaus Kassel verlegt („TAZ“, 5.6.). Till Meyer (Westberlin), seit 48 Tagen im Hungerstreik, mußte nach einem Schwächeanfall ebenfalls ins Haftkrankenhaus gebracht werden („Tagesspiegel“, 7.6.79). Sein Mitangeklagter im Lorenz-Drenkmann-Prozeß, Andreas Vogel, ist auch nicht mehr in der Lage, den Weg zum Prozeßsaal zurückzulegen, was das Gericht nicht davon abhielt, auch ohne die beiden weiter zu verhandeln. Besonders gefährdet ist weiterhin Irmgard Möller (Stammheim) aufgrund ihres schon vor dem Hungerstreik schlechten Gesundheitszustands (Erkrankung der Oberspeichel- und Schilddrüse, Auswirkungen siebenjähriger fast ununterbrochener sozialer Isolation) und mangelnder ärztlicher Versorgung bis hin zur Verweigerung für sie lebensnotwendiger Zusatznahrungsmittel und Medikamente (vgl. Presseerklärung ihres Rechtsanwalts in AK 154).

Die bürgerliche Presse hat den Hungerstreik weitgehend ignoriert. Die staatliche Reaktion auf den Hungerstreik beschränkt sich bisher auf einzelne zusätzliche Schikanen gegen die Gefangenen, die Vorbereitung der Zwangsernährung, ansonsten aufs Abwarten — ein Pokerspiel, daß 1974 schon einmal das Leben eines Gefangenen gekostet hat: Holger Meins.

Die Forderungen des Hungerstreiks

Seinen Ausgang nahm der Hungerstreik am 20.4. in Westberlin von vier in der U-Haftanstalt Moabit gefangenen Frauen, die sich zur RAF bekennen, sowie Till Meyer und Andreas Vogel von der „Bewegung 2. Juni“. Ihm schlossen sich im Laufe des Mai über 30 andere Gefangene aus 17 Knästen der BRD an, zum größten Teil ebenfalls RAF-Mitglieder und -Sympathisanten sowie einige sich mit ihnen solidarisierte soziale Gefangene.

Als ihre Hauptforderungen haben sie aufgestellt:

- Abschaffung der Isolationsbunker;
- ein Haftstatut, das den Mindestgarantien der Genfer Konvention und der internationalen Menschenrechtsdeklaration entspricht, für die rassistischen der Genfer Konvention und der internationalen Menschenrechtsdeklaration entspricht, für die Gefangenen aus den antilperialistischen Gruppen;
- Zusammenfassung dieser Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen nach den Forderungen der medizinischen Gutachter;
- Überwachung der Haftbedingungen durch internationale humanitäre Gremien/Organisationen;
- Freilassung von Günther Sonnenberg, der infolge seiner Kopfverletzungen haftunfähig ist“ (lt. Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der RAF in Westberlin vom 20.4.1979; ähnlich in anderen Hungerstreikerklärungen zuzüglich weiterer Forderungen wie „Aufhebung von Informationsbeschränkungen und der Trennscheibe, Zulassung von externen Ärzten des Vertrauens“ (in der Erklärung von Vogel und Meyer).

Außerdem ist von allen jetzt die Forderung nach Freilassung Irmgard Möllers aufgenommen worden (lt. „TAZ“, 7.6.79).

Die Haftbedingungen sind lebensbedrohend

Hintergrund dieser Forderungen sind nach wie vor die Bedingungen der Isolation, denen diese Gefangenen unterliegen und bei denen aufgrund dieser Bedingungen in zahlreichen Gutachten gerichtlich bestellter unabhängiger Ärzte immer wieder schwere physische und psychische Schäden und daraufhin eingeschränkte oder völlige Handlungs- und Haftunfähigkeit festgestellt wurden. Haftverhältnisse waren nicht die Folge, sondern Verschärfungen wie Trennscheibe und Verlegung in die neuen Hochsicherheitstrakte. Bei Werner Hoppe und Herbert Soffel haben die Staatsschutz- und Justizorgane buchstäblich in der letzten Minute eine Haftverschönerung für opportuner gehalten als die ersten Toten durch Isolationshaft.

Die Formen der Isolierung sind bei den einzelnen Gefangenen unterschiedlich: Totale Einzelisolation (z.B. bei Karl-Heinz Dellwo, Harry Stürmer und Heinz Herlitz in Celle)

oder — zumeist — „Kleingruppenisolation“, d.h. eng begrenzte Kontakte zwischen zwei, drei, bestenfalls fünf Gefangenen (so bei den Frauen im Hochsicherheitsbereich der UHA Moabit). Till Meyer und Andreas Vogel, ebenfalls in Moabit, z.B. haben nur Kontakt untereinander während des täglich einstufigen Hofgangs und des wöchentlich zweimal zweistündigen Umschlusses (lt. Presseerklärung von RA Panka, 30.5.79). Die gefangenen Frauen in Hamburg haben nach eigenen Berichten täglich vierstündigen Umschluß zu zweit.

Dazu kommen teilweise unvorstellbare Schikanen, die in schöner Regelmäßigkeit mit der Sicherheit und Ordnung der Anstalt begründet werden, wie: zum Umschluß nicht mehr als einen Bleistift, einen Zettel und eine Zeitung mitzunehmen. Bücher, Zeitungen, Papiere dürfen nicht ausgetauscht, manchmal nur ungeschriebene Zettel zum Umschluß mitgenommen werden — d.h. ein gemeinsamer Denk- und Lernprozeß wird zerstört. Weiter „läuft bis zu sechsmal Abtasten von oben bis unten, ein bis zweimal kurze Zellenkontrollen, wenn wir auf dem Hof oder beim Umschluß sind ... Einmal in der Woche, unregelmäßig, ist eine Zellenrazzia und in einer Nebenzone Filzen bis auf die Haut.“ Zehn Zeitungen, 20 Zeitschriften, zehn Ordner und einen „schrankbreit“ Bücher dürfen sie in ihren Zellen haben — zensiert, versteht sich. Plattenspieler gibt's seit Herbst 1977 nicht mehr. Für sie besteht eine generelle Einkaufssperre für Schreibmaterial, Waschzeug und zusätzliche Nahrungsmittel. Besuchsanträge wurden größtenteils abgelehnt.

„Übrig blieben die ‚nächsten Verwandten‘, zu denen entweder der Kontakt ganz abgebrochen ist, die weit weg wohnen oder wo sich die Beziehungen auf Formalien beschränken.“ Christa Eckes z.B. hatte von März 1978 bis Februar 1979 drei Besuche: Eine Stunde von einer Ärztin, eine halbe von ihrer Schwester, eine halbe Stunde „von ‚nem Typen“.“ Besuche werden vom Staatsschutz überwacht und abgebrochen, wenn über Themen wie Haftbedingungen geredet wird. Anwaltsbesuche laufen nur mit Trennscheibe ... (Nach dem Bericht der gefangenen Frauen in Hamburg, Februar 1979).

Weiterer aktueller Hintergrund der Forderungen ist die Errichtung von sogenannten „Hochsicherheitstrakten“ in letzter Zeit, die zusätzlich zur sozialen Isolation systematisch die Verringerung der sinnlichen Wahrnehmung „perfektioniert“. Durch die sozialen Isolation systematisch die Verringerung der sinnlichen Wahrnehmung perfektioniert. Durch die Hochsicherheitstrakte wird die vernichtende Wirkung der Isolation beschleunigt und sie werden daher völlig zur Rechtfertigung „Mausoleen“ (Prof. Rasch) bezeichnet (siehe hierzu AK 152).

Die besonderen Forderungen nach Freilassung Günter Sonnenbergs und Irmgard Möllers werden aufgestellt, weil Sonnenberg bei seiner Festnahme vor zwei Jahren durch einen Kopfschuß schwer verletzt worden ist, und die isolierenden Haftbedingungen — er saß zehn Monate lang sogar in Totalisolation — das Wiedererlernen der Konzentrations-, Denk- und Merkfähigkeit unmöglich machen. Irmgard Möller wurde schon 1975 in einem Gutachten die Haftunfähigkeit bei weiterer Isolationshaft bescheinigt, und seitdem hat sich ihre Lage angesichts ihrer schweren Verletzungen vom 18.10.77 und der anschließenden Operation, eines bereits 1978 eingetretenen Kreislaufkollapses und ihrer jetzigen akuten Erkrankung und mangelnden medizinischen Versorgung (s.o.) bedrohlich verschlechtert.

Die Forderung der Hungerstreikenden nach Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen entspricht einem jahrelangen Vorschlag des oft in diesen Prozessen aufgetretenen Gutachters Prof. Rasch, um schlimmste Auswirkungen der Isolation zu verhindern. Laut Auskunft der Rechtsanwältin der Betroffenen handelt es sich bei der Aufstellung dieser Forderung schon um ein Kompromißangebot seitens der Gefangenen, da auch eine interaktionsfähige Gruppe die Isolation nicht grundsätzlich aufhebt.

Einmal hatte im Frühjahr 1977 Generalbundesanwalt Rebmann die Zusage zur Bildung einer interaktionsfähigen Gruppe von 15 Gefangenen in Stammheim gegeben, tatsächlich wurden dann nur acht Gefangene zusammengelegt und nach kurzer Zeit — nach einem Überfall der Wachmannschaften auf die Gefangenen — wieder in strenge Isolationshaft auseinandergerissen.

Auch dieses Mal machen die zu-

ständigen Behörden keinerlei Anstellungen, der Forderung nach einer interaktionsfähigen Gruppe oder sogar noch weit darunter liegenden Forderungen nachzukommen. So hatten die Frauen in Moabit und Irmgard Möller deren Verlegung aus Stammheim nach Moabit gefordert, um ihre derzeitige Kleingruppenisolation zu viert bzw. zu zweit geringfügig zu verbessern. Die zuständigen Justizminister Eyrich und Meyer lehnten das ab (nach Auskunft der Rechtsanwältin).

Till Meyer und Andreas Vogel fordern die Erhöhung ihrer gemeinsamen Umschlußzeit von wöchentlich vier auf 28 Stunden. Zugestanden wurden ihnen lediglich zwei Stunden mehr. Umgekehrt werden stattdessen die Haftbedingungen einiger hungerstreikenden Gefangenen noch verschärft: So wurde für Karl-Heinz Dellwo, Harry Stürmer und Heinz Herlitz im Hochsicherheitstrakt Celle ihr in einem Hungerstreik zuvor mühsam erkämpfter Zusammenschluß wieder rückgängig gemacht und strengste Einzelisolation angeordnet („TAZ“, 7.6.79).

Günter Sonnenberg wurde mit Beginn des Hungerstreiks die wöchentliche Diskussionsstunde mit anderen Gefangenen gestrichen. Manfred Grashof wurden Kaffee und kreislaufstabilisierende Medikamente entzogen, nach einem Durststreik und Verlegung nach Zweibrücken dann wiedergegeben.

Die Linie der staatlichen Stellen ist einerseits Verschärfung der Haftbedingungen der Hungerstreikenden, um sie zum Aufgeben zu zwingen, andererseits öffentliche Erklärungen, daß die Lage unter Kontrolle sei. Ein Westberliner Justizsprecher meinte lakonisch: „Anstaltsärzte stehen für eine Zwangsernährung bereit“ („Tagesspiegel“, 7.6.79). Es fehlt auch nicht die propagandistische Vorbereitung auf einen „nächsten Holger Meins“: „Letztlich sei es nicht möglich, jemandem einen Selbstmord zu verbieten“, so Bundesanwalt Völz im Lorenz-Drenkmann-Prozeß am 6.6.79 („Tagesspiegel“, 7.6.79).

Zwangsernährung birgt bei den kreislaufgeschwächten Gefangenen immer die Gefahr eines Kreislaufkollapses. Außerdem liegen Erfahrungen aus allen bisherigen Hungerstreiks vor, daß die Zwangsernährung zu brutalen Mißhandlungen an den Gefangenen genutzt wird (z.B. bei Lutz Tauber im August 1977).

Der Hungerstreik der Gefangenen ist berechtigt. Eine Veränderung der Haftbedingungen muß erreicht werden. Es geht, wie Irmgard Möller ist berechtigt. Eine Veränderung der Haftbedingungen muß erreicht werden. Es geht, wie Irmgard Möller schreibt, um das Überleben als Mensch.

Breite Öffentlichkeit nötig

Ansätze einer Öffentlichkeit, die allein menschenswürdige Haftbedingungen erzwingen und langfristig auch weiterhin garantieren kann, gibt es bisher viel zu wenig.

34 GEW-Mitglieder des Westberliner Bezirks Neukölln sandten ein Telegramm an die Justizministerkonferenz, weil 120 Gefangene „solch verschärften Haftbedingungen unterworfen sind, daß wir es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren können, still zu sein“ (lt. „TAZ“, 6.6.79).

Angehörige der Gefangenen besetzten am 6.6.79 in Brüssel die Räume des belgischen Roten Kreuzes. „Das Rote Kreuz in Brüssel erklärte sich bereit, die Forderungen der Besetzer zur Genfer Rot-Kreuz-Zentrale weiterzuleiten und dort zu unterstützen“ („TAZ“, 8.6.79).

In einer Presseerklärung solidarisierten sich „im Namen von Angehörigen der politischen Gefangenen“ Christa Cullen, Helmut Ensslin, Uwe Folkerts und Beate Tauber „mit den Forderungen der Gefangenen nach Aufhebung der Isolation und Abschaffung der (Spezial-)Trakte“. Zu diesen Trakts heißt es weiter: „Obwohl die Bundesrepublik im Ausland keine Erinnerungen an das Dritte Reich hochkommen lassen will, muß dennoch die Errichtung der Sondertrakte als Prototyp des neuen KZs zur Ausschaltung jeglichen politischen Widerstands angesehen werden.“

Mehrere Rechtsanwälte, Schriftsteller und Buchhändler forderten Ende Mai die Bundesinnenministerkonferenz in einem Telegramm auf, „die Haftbedingungen entsprechend den Forderungen (der Gefangenen, Anm. AK) zu ändern“.

Das Schaffen einer breiteren Öffentlichkeit ist dringend notwendig.

Antirepressionskommission
KB/Westberlin

Staatsschutzprozeß zum „Fall Günther Braun“

- Kritik am mysteriösen Tod eines Gefangenen „kriminell“? -

Am 18. Mai begann im Nürnberger Amtsgericht ein Prozeß gegen 11 Angeklagte. Die insgesamt sechs Anklagen, die zu einem Prozeß verbunden worden waren, beziehen sich ausnahmslos auf „Vergehen“ im Zusammenhang mit der Aufklärung der Todesumstände des Häftlings Günther Braun. Vorgeworfen wird den Angeklagten Beleidigung, Verleumdung, Verunglimpfung des Staates, Sachbeschädigung und Körperverletzung.

Der Fall Günther Braun

Der 22jährige Günther Braun wurde am 30. Januar 78 zu 18 Monaten Knast verurteilt. Und das, obwohl er als geistig behindert eingestuft wurde und seit seiner Verhaftung in der psychiatrischen Klinik in Ansbach war. Seine Straftat: aus „Wut über die Polizei“ (er hatte 46 Anzeigen wegen „Hausfriedensbruchs“ im Hauptbahnhof erhalten) hatte er eine Bombendrohung ausgesprochen.

Nach der Verurteilung kam Günther Braun nicht in die psychiatrische Klinik, sondern in die Justizvollzugsanstalt in Nürnberg. Nach ärztlichem Gutachten war Günther Braun bei seiner Einlieferung kerngesund. Nach wenigen Tagen „erkrankte“ er nach einem ungeklärten Zwischenfall in der Nacht und wurde kurz darauf in das Bezirkskrankenhaus in Ansbach verlegt, wo er am 10.2.78, am folgenden Tage, starb.

Die „Nürnberger Nachrichten“ berichteten am 11./12. Februar 78 in einem Artikel mit der Überschrift „Mysteriöser Tod eines U-Häftlings“, „Nach einem mehrtägigen Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis Nürnberg wurde der junge Mann mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Bezirkskrankenhaus Ansbach gebracht, wo er gestern starb.“

Die Umstände, die zum Tode des U-Häftlings führten, sind nach Ansicht von dessen Eltern, dem 50jährigen Kurt Wuttke und der 52jährigen Barbara Neidlinger, „mehr als mysteriös“.

Die Mutter hatte ihren bis dahin körperlich gesunden Sohn Günther Braun am Faschingsdienstag in der Justizvollzugsanstalt Nürnberg besuchen wollen — und fand ihn schwer verletzt und nicht mehr ansprechbar im Gefängnisgefängnis wieder: er sei gestürzt, hieß es lapidar auf die Frage der Frau, die inzwischen an eine Gewalttat in der Justizvollzugsanstalt glaubt.

Was die Frau an diesem Faschingsdienstag im Untersuchungsgefängnis in Nürnberg erlebte, schildert sie so: „Zwei Männer führten mich zu Günther. Sie brachten mich aber nicht Günther. Sie brachten mich aber nicht wie üblich in ein Sprechzimmer, sondern auf die Krankenstation. Als ich fragte, ob mein Sohn krank sei, antwortete einer von beiden, ein Rothaariger: da ist er selber dran schuld, er kann das Wasser nicht mehr halten.“

Dann öffnete man die Tür zum Krankenzimmer. Drinnen lag Günther mit weit aufgerissenen Mund, die Augen blickten starr geradeaus. Die Zähne waren blutig, teilweise verkrustet, das Knie dick angeschwollen und abgeschürft. Außerdem hatte er am Auge einen Bluterguß. Dafür können wir nichts, haben die Männer zu mir gesagt. Er ist ist hingefallen, hat sozusagen einen Haftkoller bekommen. Ich habe daraufhin geschrien und nach einem Rechtsanwalt verlangt. Aber die beiden Männer haben mir lediglich zugerufen, daß ich gefälligst ruhig sein soll, sonst würde die Besuchszeit abgebrochen.“

Am Aschermittwoch dann versuchte die 52-jährige Frau die Gefängnisärzte zu sprechen. Das gelang ihr aber nicht. Schließlich wurde der lebensgefährlich verletzte vom Gefängnis-Krankenhaus ins Bezirkskrankenhaus nach Ansbach verlegt. Dort starb er — „keines natürlichen Todes“, wie der zuständige Arzt den Eltern bestätigte. Die Mutter: „Neben den bereits beschriebenen Läsionen stellte man außerdem noch Brüche der Fußzehen und Nierenverletzungen fest.“

In der Nürnberger Zeitung war unter der Überschrift „Zu Tode gestürzt?“ zu lesen: „Die Widersprüche, die aus behördlichen Stellungnahmen zum Tod Günther Brauns bekannt wurden, hören sich teilweise eklatant an: Zum einen bestätigte ein ärztliches Attest, daß Günther zum Zeitpunkt seiner Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis [31.1.1978] kerngesund war; zum anderen wird die Todesursache laut Obduktionsbefund auf eine nicht feststellbare Krankheit zurückgeführt; zunächst hieß es jedoch, er sei gestürzt, wenig später, er sei aus dem Bett gefallen und schließlich hätte Günther nach Meinung der Anstaltsleitung in der Nacht gegeistert; die Pressestelle des Oberlandesgerichts Nürnberg aber erklärte den Tod Günthers mit „Magenbeschwerden“.“

Wurden nach Günthers Tod Brüche und eine Nierenverletzung festgestellt, so blieben davon in der Obduktion nur

[leichtere] Blutergüsse und eine schürfwunde übrig. Dies steht aber im krassen Widerspruch zu dem, was seine Mutter bei einem Besuch in Ansbach am 7.2.1978 sah: „Mund weit aufgerissen“, „Lippen verschwollen, blutverkrustet“. Günther Braun wurde ohne Totenschein beerdigt.“

Am 2./3.12.78 veröffentlichten die Nürnberger Nachrichten einen Artikel „Häftling vor seinem Tod von Beamten mißhandelt“: „... Zehn Monate nach dem Vorfall erklärte jetzt ein 66jähriger Strafgefangener, Mitglied des Gefangenengrupps, gegenüber der Nürnberger Staatsanwaltschaft, daß Günther Braun in der Woche vor seinem Tod von einem Beamten der Justizvollzugsanstalt mehrmals mißhandelt worden sei und daß sich Ärzte in der Anstalt, trotz mehrmaliger Aufforderung um Braun nicht ausreichend gekümmert hätten.“

Durch die neuen Aussagen des Häftlings hofft nun die Mutter von Günther Braun, daß das eingestellte Ermittlungsverfahren „gegen unbekannt und Dr. Bausewein“ (Dr. Bausewein ist der zuständige Nervenarzt der Anstalt) wieder aufgenommen wird. Die Staatsanwaltschaft sagte dazu nur: „Kein Kommentar zum Fall Braun.“



Aufklärung des Falles „kriminell“?

Offensichtlich laufen die Ermittlungen in diesem Fall in eine andere Richtung. Fast jeder Versuch, sich in dieser Sache für eine Aufklärung der Todesursachen zu engagieren, wird von den Ermittlungsbehörden strafrechtlich verfolgt.

Die „Gefangenengruppe Nürnberg“ war die erste Gruppe, die sich in dieser Sache massiv einsetzte. Sie druckte Flugblätter zum Tod von Günther Braun, schaffte Interesse bei bürgerlichen und Alternativzeitungen, initiierte Pressekonferenzen, machte viele Informationsveranstaltungen, finanzierte mit Benefizveranstaltungen ärztliche Gutachten und Rechtswälle. Die Gefangenengruppe hatte u.a. ein Flugblatt zu diesem Fall mit dem Titel „Mord?“ herausgebracht. Dieses Flugblatt wurde sofort beschlagnahmt, es zog eine Hausdurchsuchung nach sich und das erste Verfahren wegen Verleumdung lief gegen den presserechtlich Verantwortlichen, Karl Heinz Kuhn.

Flugblatt um Flugblatt der Gefangenengruppe zu Günther Braun wurde im weiteren beschlagnahmt, der Laden der Gefangenengruppe wurde vier Wochen lang von einem gegenüberliegenden Haus aus observiert; der Höhepunkt der Repression gegen die Gefangenengruppe aber war eine Hausdurchsuchung am 7. September 78: Gesucht wurden laut Durchsuchungsbefehl Spraydosen und Schablonen; mitgenommen wurden ein Ordner mit der gesamten Arbeit zur Aufklärung der Todesumstände von Günther, Briefe von Gefangenen u.ä. Während dieser Hausdurchsuchung wurden mehrere Personen festgenommen, jedoch bis auf Karl-Heinz, der sich bis heute noch in U-Haft befindet, alle wieder freigelassen.

Sein Haftbefehl wurde später ausgestellt auf „Gründung einer kriminellen Vereinigung zum Zwecke gemeinschaftlicher, fortgesetzter Verleumdung und Sachbeschädigung“ (§ 129 StGB). Uns ist bislang kein anderer Fall bekannt, in dem „gemeinschaftliche, fortgesetzte Verleumdung“ eine Anklage wegen „krimineller Vereinigung“ begründet.

Seit seiner Verhaftung stützt Karl-Heinz unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen in einer Spezialzelle im Sondertrakt der U-Haft Nürnberg in Totalisolation: 23 Stunden Einzelzelle, eine Stunde Einzelhofgang, überwachter Einzelbesuch nur für die Eltern, nicht einmal der Bruder hat Besuchsmöglichkeiten; der Versuch der Anstaltsleitung, Gespräche mit dem Rechtsanwalt nur mit Trennscheibe stattfinden zu lassen, konnte vom Rechtsanwalt unterbunden werden (s. AK 143, S. 32).

Eine Woche nach der Verhaftung von Karl-Heinz wurde ein weiteres Mitglied der Gefangenengruppe, Monika Rudel, nach intensiver Fahndung verhaftet. Der Haftbefehl lautet ebenfalls wie bei Karl-Heinz auf „Gründung einer kriminellen Vereinigung...“. In der JVA Regensburg, wohin sie zuerst gebracht wurde, war sie abwechselnd Isolation und „Normalvollzug“ ausgesetzt; wenn sie nicht direkt isoliert wurde, wurde Druck auf die anderen Frauen ausgeübt, um das gleiche Ziel zu erreichen. In der JVA Regensburg durfte Monika mit ihren Eltern, welche als einzige zum Besuch zugelassen wurden, nicht über ihre Haftbedingungen und nicht über den Fall Günther Braun oder überhaupt über Gefangenearbeit, sprechen. Zwischendurch wurde Monika in die JVA Aichach verlegt; zur Zeit befindet sie sich in der JVA Würzburg.

Für Klaus-Peter Dörfler reichte es aus, einige Wochen bei Monika und Karl-Heinz gewohnt sowie das Flug-

blatt mit dem Titel „Der Tod Günther Brauns muß aufgeklärt werden!“ verteilt. Der presserechtlich Verantwortliche des Flugblatts, Jürgen Kiermayer und zwei Flugblattverteiler müssen sich nun ebenfalls wegen „Verleumdung“ verantworten.

Inzwischen liegen gegen etwa 15 Leute, denen Öffentlichkeitsarbeit zum Tode Günther Brauns und wenn auch nur durch Verteilen von Flugblättern, vorgeworfen wird, Anzeigen wegen „Verleumdung“, in zwei Fällen wegen „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ (§ 90a StGB), wegen „Sachbeschädigung“ (Plakatieren) und „Körperverletzung“ (beim Verteilen eines Infos kam es zu einer Schlägerei) vor.

Für den 1. Todestag von Günther Braun am 10.2.79 hatte die Knastgruppe eine Kundgebung mit anschließender Kranzniederlegung geplant:

— Bereits vorher fand eine Hausdurchsuchung statt, die Plakate, die zur Kundgebung aufriefen, wurden beschlagnahmt.

— Leute, die diese Plakate „schwarz“ plakatierten, erhielten Anzeigen wegen „Sachbeschädigung“.

— Auf der Kundgebung wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Günther Braun im Zuchthaus Nürnberg ermordet?“ beschlagnahmt. Gegen Jürgen Kiermayer, nicht weil er presserechtlich Verantwortlicher des oben genannten Aufrufs war, sondern weil er nach Meinung der Staatsanwaltschaft der „führende Mann der Knastgruppe“ ist, wurde Anzeige we-



gen des Aufrufs und als „Leiter der Veranstaltung“ (Kundgebung) wegen des Transparents gestellt. Die Anklage lautet hier auf „Verleumdung“ und „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ (§ 90a StGB). — Flugblattverteiler auf der Kundgebung selbst wurde mit Anzeigen gedroht.

In den Anklageschriften steht meist: „Die Angeklagten... sind Mitglieder der Gefangenengruppe, die sich in neuerer Zeit auch Knastgruppen nennen.“

Auch die Russell-Initiative Nürnberg nahm die Zeitungsartikel in den „Nürnberger Nachrichten“ und der „Nürnberger Zeitung“ zum Anlaß, in ihrem 3. Antirepressions-Info einen Artikel „Mord? — Der Tod eines Gefangenen im Zuchthaus Nürnberg“ zu veröffentlichen. In diesem Artikel wird anhand der Zeitungsberichte der Zustand Günther Brauns vor seinem Tod und das Verhalten der Anstaltsärzte geschildert. Und es wird die Frage gestellt, wie es passieren könne, daß ein Mensch, der kerngesund eingeliefert wird, innerhalb weniger Tage „todkrank“ wird. Prompt erhielt die presserechtlich Verantwortliche des Russell-Infos kurz nach Erscheinen eine Anzeige. Vorgeworfen wird ihr nun, durch den Artikel den Eindruck zu erwecken, Günther Braun sei ermordet worden und dadurch die „Öffentlichkeit durch bewußt unwahre Mitteilungen in dem Artikel in Erregung zu versetzen und zu verunsichern.“ Die Anklage lautet auf „Verleumdung“ nach den §§ 187 und 194 StGB.

Der Prozeß:

Zum ersten Prozeßtag am 18. Mai kamen ca. 70 interessierte Zuhörer, dazu sechs oder sieben Leute von der Presse. Ca. 50 Leute wurden in den Saal gelassen.

Vor dem Saal war ein Polizeiaufgebot von etwa 20 Mann. Alle, außer Angeklagte, Verteidiger und Presseleute, wurden durchsucht und mit einer Metallsonde abgetastet. Da keine Beamten anwesend war, wurden zuerst nur die Männer durchsucht und abgetastet. Die Frauen mußten sich später in einem Raum filzen lassen (z.T. mit Rock hochheben,

u.ä.). Zu diesem Zeitpunkt war der Saal bereits fast voll, so daß nur sehr wenige Frauen noch reinkamen. Im Gerichtssaal geht es weiter mit der Stammheim-Atmosphäre: nur dieser Saal hat durch einen Aufzug direkten Zugang zum Untersuchungsgefängnis; die Gefangenen haben somit keine Möglichkeit, vor dem Prozeß noch Kontakt zu den anderen zu bekommen, geschweige denn eine Prozeßstrategie zu besprechen.

Der Prozeßtag war sodann bestimmt von Anträgen der Verteidiger, Verlesung der Anklageschriften und Benennung einiger weiterer Zeugen durch Angeklagte oder Verteidiger.

Am zweiten Prozeßtag wurde erstmal ein Ablehnungsantrag gegen den Richter Boxdorfer vorgebracht. Begründung:

— Er hatte von der Mutter Günther Brauns, die als Zeugin auftreten soll, eine Akte aus dem Bundeszentralregister angefordert, noch bevor sie überhaupt aussagen konnte. Damit zweifelt er von vornherein die Glaubwürdigkeit dieser Zeugin an.

— Über das „Sozialamt der Stadt Nürnberg“ (Sozialhilfe) forderte Boxdorfer Informationen über den Lebenslauf der Angeklagten und insbesondere darüber an, „unter welchen idealistischen Vorstellungen sie sich zur Gefangenengruppe bekennen“.

Kackfrech meinte Boxdorfer noch vor der Begründung des Ablehnungsantrags: „Diesen Antrag können Sie noch bis zum Ende des Verfahrens stellen, Sie wissen ja, ich ein halbes Jahr Zeit, um darüber entscheiden zu lassen.“

Dies hatte natürlich den nächsten Befangenheitsantrag zur Folge. Zwischendurch versuchte Boxdorfer, die Angeklagten und ihre Anwälte dadurch unter Druck zu setzen, daß er „wegen Lachens“ Ordnungshaftstrafen bis zu 5 Tagen gegen einige Angeklagte verhängte. Unvermittelt nahm er sie kurz darauf wieder zurück.

Die Befangenheitsanträge wurden als „unzulässig verworfen“, da sie „verfahrensfremde Ziele verfolgen“ oder der „Prozeßverschleppung“ dienen.

Das Gericht kommt nicht umhin, in diesem Verfahren quasi die Ermittlungen zu führen, die der Staatsanwalt Prandl aufgrund der Anzeigen Frau Neidlingers, der Mutter Günther Brauns, und der Gefangenengruppe auf „Mord, Totschlag oder Körperverletzung mit Todesfolge gegen Unbekannt“ und „Unterlassener Hilfeleistung gegen die Anstaltsärzte Dr. Jahn und Dr. Bausewein“ hätte führen müssen und stattdessen einstellte.

Innerhalb der ersten drei Verhandlungstage sollen 22 Zeugen vernommen werden. Bis jetzt, nach drei Verhandlungstagen, konnten erst vier Zeugen gehört werden. Dies ist auch nicht verwunderlich: Der ganze „Fall Günther Braun“ wird von Anfang an, beginnend beim Arzt, der die Aufnahmeuntersuchung ins Untersuchungsgefängnis durchführte, aufgerollt; dazu müssen teilweise Akten, Krankenblätter und ärztliche Gutachten von Früher hinzugezogen werden. Die Vernehmung eines Zeugen dauert Stunden, da laufend Widersprüche auftauchen, die Zeugen des öfteren handfester Lügen überführt werden, obwohl sie, wie sich herausstellt, ihre Aussagen teilweise abgesprochen haben.

Angesichts der permanenten Repression gegen jegliche Bemühung um die Aufklärung der Todesumstände ist es verständlich, daß große Teile der demokratischen Öffentlichkeit eingeschüchtert sind und zu diesem Skandal schweigen. Um so ermutigender ist z.B. die Reaktion des neuen Nürnberger ESG-Pfarrers Johannes Friedrich, der in seiner Einführungsrede die offiziellen Stellen kritisierte und sich für eine restlose Aufklärung der Todesursachen einsetzte. Aber auch hier ließ die Reaktion der Staatsgewalt nicht lange auf sich warten: Oberbürgermeister und Staatsanwalt riefen sofort bei ihm an und forderten ihn auf, sich doch vorher erstmal zu informieren.

Der Generalsekretär von amnesty international teilte in einem Schreiben an die Nürnberger Staatsanwaltschaft mit, daß nach Ansicht von ai die Anklagen wegen der Publikationen im Fall Günther Braun gegen die Menschenrechte der Freien Meinungsäußerung und ihrer öffentlichen Verbreitung verstoßen. Amnesty fordert darum die Einstellung der Anklagepunkte, die sich auf den Inhalt dieser Publikationen beziehen.

KB/Gruppe Nürnberg

Militarismus Antimilitarismus

„Dann kam in Dortmund der 3. Mai ...“ Militärshow hat Folgen

Mit öffentlichen Verordnungen von Rekruten hat die Bundeswehr im Mai eine militaristische Propagandaoffensive gestartet (3.5. Fulda, 3.5. Dortmund, 23.5. Mönchengladbach). Das Bild an diesen Tagen wurde aber auch von antimilitaristischen Protesten bestimmt. Als Folge des 3. Mai hat sich in Dortmund die Diskussion um Bundeswehr und Militarismus erfreulich belebt.

Die Dortmunder Militärshow war auch als Wahlkampfauftakt des SPD-Oberbürgermeisters gedacht. Samtliche hatte sich über sämtliche Proteste hinweggesetzt, die 1.500 am 3.5. Protestierenden als „Krakeler“ bezeichnet (der IG-BE-Vorsitzende Schmidt sprach von „Feinden des Systems“) und so der Polizei den Rücken gestärkt für einen brutalen Einsatz (ausführlich in AK 153). Das hat kommunalpolitische Folgen.

Rückzugsgefechte der Verantwortlichen

Die breiten Proteste am 3.5. und eine Flut empörter Leserbriefe mündeten in einer Podiumsdiskussion am 16.5., zu der die Falken Vertreter der Presse, der Bundeswehr, der Polizeiführung und Herrn Samtlebe eingeladen hatten. 250 anwesende Antimilitaristen werteten das Fehlen Samtlebes (auch andere Vertreter

von SPD und Stadt waren nicht erschienen) als Kneifen.

So bildete der Polizeieinsatz den Hauptdiskussionspunkt. Polizeidirektor Dietel mußte zugeben: „Daß es zu Übergriffen gekommen ist, will ich nicht abstreiten“. Sein Versuch, dies mit einem angeblichen „harten Kern von 100 Störern“ (im Gegensatz zu den 1.500 Protestierenden) zu rechtfertigen, schlug fehl: kirchliche Kreise und das ganze Bündnis „Antimilitaristische Aktion 3. Mai“ unterstützen die festgenommenen und verletzten Antimilitaristen, die Strafanzeige gestellt haben!

Apel für Notstandsaktion

Am 3.5. kam es zum Einsatz von Bundeswehrkräften im Innern, also zu einer Notstandsaktion. „Eindeutig außerhalb des militärischen Sperrbezirks (gekennzeichnet durch die Absperrgitter) bildeten Schützen, Gefreite und Unteroffiziere eine Kette, nahmen teil am Zurückdrängen der Protestierenden und langten auch schon mal zu.“ Auf der Podiumsdiskussion leugneten sowohl Polizei als auch Bundeswehr, entsprechende Anweisungen gegeben zu haben. „Dies seien vielmehr spontane Aktionen gewesen, um einige Kameraden... zu schützen“ (Klingelkerl 6/79).

Wie dem auch sei: daß diese Aktion kein 'Ausrutscher' war, sondern den Charakter der Bundeswehr

ausmacht, geht deutlich aus einem Brief hervor, den SPD-Verteidigungsminister Apel als Rückendeckung gegen die scharfen Proteste an Samtlebe schrieb: „Gerade in Regionen, wo die Bundeswehr nicht zum Alltagsbild gehört, scheint es nur gut zu sein, daß Dienst und Auftrag unserer Soldaten auf diese Weise den Bürgern verdeutlicht werden.... Die Störaktionen haben mit dazu beigetragen, daß viele Soldaten die Notwendigkeit ihres Dienstes im neuen Licht sehen“ (WAZ, 18.5.).

SPD-Austritte

Eine weitere Folge des 3. Mai: Das „Gelöbnis“ war für zwei Bildungsreferenten der Falken letzter Anlaß zum Austritt aus der SPD. In den Briefen an den Oberbürgermeister heißt es dazu: „Ich wurde Mitglied der SPD, die damals (1967) für mich die einzige Möglichkeit bot für Frieden, Freiheit, Solidarität und Sozialismus zu arbeiten. Doch, je mehr die SPD als Regierungspartei sich diesem bürgerlichen Staat anbelehnte und sich damit identifizierte (schwarz-rot-goldene Wahlfähnchen), desto mehr wurden wirkliche sozialdemokratische Inhalte und Ziele aufgegeben, um es kraß zu sagen, verraten... Es fängt an mit den Notstandsgesetzen, Berufsverboten, geht über Paragraphen 88 a und 130, die Verfechtung einer

kapitalfreundlichen aber menschenfeindlichen Wirtschafts- und darin eingeschlossenen Energiepolitik, das Totschweigen einer Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der 3. Welt, dagegen die Reise von H. Schmidt in faschistische südamerikanische Staaten und und und...“

Ich hatte immer noch die Hoffnung, daß aufrichtige Sozialdemokraten, das sind meiner Meinung nach SPD-Führungskräfte wie z.B. Helmut Schmidt, eine Wende bringen könnten. Aber ich mußte zu oft erleben, wie diese Genossen von Herren der Parteiführung auf allen Ebenen zurückgedrängt und auch diffamiert wurden.

Dann kam in Dortmund der 3. Mai, die Rekrutenvereidigung, die Beschimpfung von Antimilitaristen durch Sie, Herr Oberbürgermeister, und den Vorsitzenden der IG Berbau und Energie, Schmidt. ... Ich kann nicht mehr Mitglied einer Partei sein, deren führende Funktionäre solch eine antisozialdemokratische Politik betreiben. Ich kann zwar gegen Beschlüsse arbeiten, sehe aber, daß das immer mehr erschwert wird. Ich ziehe die Konsequenz aus dieser Tatsache und trete hiermit aus der SPD aus.

Ich werde damit nicht mehr in die Lage kommen, aus Loyalitätsgründen eine falsche Politik, wenn auch kritisch, zu unterstützen. Ich werde aber da, wo Sozialdemokraten wirkliche sozialdemokratische Arbeit tun, solidarisch helfen.

Als Bildungsreferent der SJD - die Falken, UB Dortmund, werde ich versuchen, unseren jungen Genossinnen und Genossen eine andere Orientierung zu geben.“

Der zweite Genosse schreibt: „Ich stamme aus einer alten sozialdemokratischen Familie. Mein Großvater war über 40 Jahre Mitglied der Partei, mein Vater und meine Mutter sind seit über 30 Jahren Mitglieder der Partei und ich selbst bin Mitglied der SPD seit nunmehr 13 Jahren.“

Meine Erziehung erfolgte auf der Grundlage der Begriffe Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Trotz aller Widersprüche arbeitete ich lange Jahre in und für die Partei. Jüngste Beispiele aus dem Verhalten dieser Par-

tei oder einiger ihrer Repräsentanten machen für mich eine Mitgliedschaft für die Zukunft unmöglich.

Als erstes nenne ich das Festhalten an der menschenverachtenden Atomenergie, ausgesprochen durch den Fraktionsvorsitzenden im Landtag, das Zerstören menschenhaltender Umwelt durch die Resultate unbedingter „Lebensqualitätsverbesserung“ (siehe geplanten Autobahnbau durch das südliche Sauerland) und letztlich ihr Verhalten bei der Rekrutenvereidigung auf dem Neuen Markt in der Dortmunder Innenstadt. Nicht nur, daß Polizei und Feldjäger auf friedliche Demonstranten gehetzt werden, hat mich stark erschüttert, sondern daß Sie, ihr demokratisches Recht wahrnehmende, tausende von Dortmunder Bürger, in Einklang mit dem Vorsitzenden der IG BE (ebenefalls SPD-Mitglied) als Feinde des Systems bezeichnen.“

Beide Genossen arbeiten mittlerweile in der „Bunten Liste - Alternative für Dortmund“ mit!

Verstärkte antimilitaristische Aktivitäten

Der Vorstand der Vereinigten Kirchenkreise (VKK) hat „mit Betroffenheit die Ereignisse diskutiert, die sich ... am 3. Mai zugetragen haben.“ Die VKK haben beschlossen, am 1. September (Jahrestag des Beginns des 2. Weltkriegs ein Forum zu veranstalten, wo die Frage erörtert werden soll, „wie die gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen unserer Stadt zum Abbau des Gewaltgedenkens und zum Ausbau des Friedens beitragen können.“

Der Stadtjugendring wird in der ersten Septemberwoche ein antimilitaristisches Jugendfestival durchführen.

Vor allem wird auch der „Dortmunder Herbst“ Zentrum der Aktivitäten sein: Auf dieser Wirtschaftsschau ist seit einigen Jahren die Bundeswehr mit einer Präsentation militärischen Geräts vertreten. Anknüpfend an den Protesten zum 3.5. wird dieser Tage eine Unterschriftenaktion gestartet, die die Verhinderung dieses erneuten Auftretens der Bundeswehr auf Dortmunder Boden als Forderung erhebt.

Ein Dortmunder Genosse

Waffen „made in Germany“ in aller Welt

Warum die Bundesregierung in Bezug auf den Waffenexport mit ihren Zahlen so „sparsam“ umgeht, wird schon deutlich, wenn man sich das Grundgesetz ansieht. Der Artikel 26 (Verbot des Angriffskrieges) läßt, genau genommen, die Bundesregierung schon beim kleinsten Waffendeckel zum Verfassungsfeind werden: „(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Der Punkt 2 des Art. 26 GG legt die besondere Verantwortung der Regierung fest: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ (Das 1961 verabschiedete Kriegswaffenkontrollgesetz).

Damit geht die Bundesregierung nach dem Motto vor, man solle ihr erst einmal das Gegenteil beweisen. Außerdem schreibt zwar das Grundgesetz eine Kontrolle und Genehmigung des Waffenexports (Punkt 2) durch die Bundesregierung vor, das Kriegswaffenkontrollgesetz (im folgenden KWG) jedoch ist in Bezug darauf, was Waffe und was keine Waffe ist, sehr großzügig. So sind zum Beispiel Waffenteile keine Waffen im Sinne des KWG - wer kann schon mit einem Gewehrlauf schießen. Und diese Teile sind selbst dann nicht genehmigungspflichtig, wenn es als hundertfünfzigprozentig erwiesen gelten muß, daß sie im Ausland zur kompletten Waffe montiert werden. Weiter keine Waffen im Sinne des KWG sind sogenannte „Kleinwaffen“, MGs, Gewehre, Granaten, Munition etc. Sogar die Produktion kompletter Rüstungsbetriebe im Ausland ist genehmigungsfrei (wir sparen uns hier eine weitere Auflistung, denn der gesamte Waffenhandel, der offiziell nicht genehmigungspflichtig ist, wird auch nicht zum offiziellen Export zugerechnet, s.o.). Daß große Teile des Waffenhandels nicht der Genehmigung der Bundesregierung bedürfen, heißt natürlich noch lange nicht, daß diese von den Exporteuren nicht informiert, konsultiert o.ä. wird.

Die Entscheidung über alle wichtigen Waffenlieferungen ins Ausland wird für die Bundesregierung vom Bundessicherheitsrat getroffen. Dieses

Gremium, das unter der Führung des Kanzlers die Minister für Wirtschaft, Verteidigung und Außenpolitik sowie ihre entsprechenden „Spezialisten“ (u.a. „beratend“ auch Industrielle) vereinigt, entscheidet unter Ausschluß einer Kontrolle durch das Parlament, in welche Länder geliefert werden darf und in welche nicht. Maßstab dabei ist offiziell seit 1971 ein Beschluß der sozialliberalen Fraktion, wonach „keine Waffen in Spannungsgebiete“ geliefert werden sollen. Dieser Beschluß der Spezialliberalen ist gelinde gesagt ein Witz, denn schon Artikel 26 GG schreibt genau dies verbindend vor. Somit sagt dieser „edle“ Grundsatz zunächst einmal nur, daß entsprechendes vorher nicht der Fall war und auch die Sozialliberalen sich noch einmal selbst auffordern müssen, sich ans Grundgesetz halten zu wollen.

So erklärte dann auch jüngst der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums gegenüber der „FR“ (3.5.79) „daß sich an der bisherigen Praxis der Bundesregierung, Waffenexporte in Staaten außerhalb der NATO zu genehmigen, nichts geändert habe.“ Interessant an dieser Stellungnahme ist das Datum (3.5.79), denn am 2.4.79 veröffentlichte der „Spiegel“ eine geheimgehaltene Liste von aus der BRD mit Waffen belieferten Ländern: Darunter hauptsächlich solche, die als Spannungsgebiete bezeichnet werden müssen, wenn das Wort Spannung noch einen Sinn haben soll (siehe nebenstehende Weltkarte).

An dieser Stelle sei auch erwähnt, welche „großartige“ Rolle die bundesrepublikanischen Medien in diesem Zusammenhang gespielt haben. Denn: Wohin Waffenexporte letztlich gelangen, läßt sich selten über einen längeren Zeitraum verheimlichen. Dies liegt in der Natur der Sache, denn die Waffen werden ja nicht versteckt, sondern auch genutzt. Die BRD-Medien spielen das verfassungswidrige Spielchen in aller Regel mit.

Den Medien ist in dieser Sache mehr vorzuerwerfen als z.B. einzelnen Bundestagsabgeordneten. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Simonis, die genau wissen wollte, wohin Waffen außerhalb der NATO geliefert wurden und sich deshalb in einer Anfrage an die Regierung wandte, wurde vom Staatssekretär Grüner abgekanzelt: „Grüner lehnte es ab, die belieferten Länder aus dem Nicht-NATO-Bereich zu benennen“ (WAZ, 6.3.79) So einfach ist das - weil geheim!

Hans Apel forderte bei einem Treffen mit Rüstungsindustriellen diese auf, „nach außen Ruhe zu bewahren und dafür im Stillen diesen und jenen Deal zu machen ... Nicht-NATO-Länder kriegen von uns jede Menge U-Boote, aber keinen einzigen Panzer.“ Kommentar des „Wehrdienst“ (CDU/CSU-Militär-Info, 6.11.78) dazu: „Man mag's getrost zweideutig verstehen: Getaucht läuft der deutsche Export ganz passabel.“ (Zitiert nach „antimil-info“ 12/78).

Wo es kracht, sind BRD Waffen dabei

In höchsten Regierungskreisen kursierte es als geheime „Verschlusssache“, was der „Spiegel“ (2.4.79) der Öffentlichkeit präsentierte: Ein „Zusammenfassender Überblick über die Entwicklung der Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ seit dem Bestehen der BRD. (Siehe nebenstehende Weltkarte: „Waffenschmiede der Welt“.)

Darüber hinaus waren im „Spiegel“ noch folgende, der „Verschlusssache“ entnommene Einzelheiten nachzulesen:

Seit dem Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition 1969 wurden Waffenexporte im Werte von 6,71 Milliarden BRD-Mark in insgesamt 54 Länder getätigt. 33 dieser Länder gehören weder zur NATO noch zu den „gleichgestellten“ Ländern.

Selbst diese Angaben (siehe Karte) jedoch, so der „Spiegel“, ergeben „noch kein vollständiges Bild“. Noch „nicht enthalten ... sind jene Exporte ..., die als sonstige Rüstungsgüter in alle Welt gehen“. Als „sonstige Rüstungsgüter“ gelten laut „Spiegel“: „Fertigungsunterlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern, Anlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern und Teile von Kriegswaffen, die selbst keine Kriegswaffen sind“.

„Sonstige Rüstungsgüter“ wurden von 1976 bis 1978 in 69 Staaten geliefert. Der DM-Umfang betrug allein in diesem zweijährigen Zeitraum 6,64 Milliarden! Er ist also in zwei Jahren fast genauso hoch, wie der offizielle Waffenexport in den knapp zehn Jahren seit 1969. Von diesen 6,64 Milliarden, die die Rüstungsindustrie für „sonstige Rüstungsgüter“ erhielt, fielen 4,78 Milliarden auf NATO-Staa-

ten, und 1,86 auf Nicht-NATO-Staaten.

Und selbst dies ist „noch nicht die ganze Wahrheit. Über die Erteilung von Lizenzen an ausländische Kapitalisten könnte von Seiten der Regierung keine Angabe gemacht werden, da derartige Geschäfte nicht der Genehmigungspflicht unterliegen, und somit nicht statistisch zu erfassen“ sind, zitiert der „Spiegel“ die diesbezüglichen Behauptungen der Regierenden.

Somit können westdeutsche Kapitalisten ohne jede Auflage und völlig unkontrolliert ihre tödliche Ware wo immer sie wollen in den Staaten „ihrer Wahl“ in Lizenz herstellen lassen, um sie anschließend in Staaten wiederum „ihrer Wahl“ zu exportieren. Und die Regierung gibt vor, nicht einmal über eine entsprechende Statistik zu verfügen! (Wer sich selbst ein solches Armutzeugnis ausstellt, muß schon recht tief im Sumpf stecken!)

Mit anderen Worten: Die (nebenstehend) vom „Spiegel“ veröffentlichte Liste von mit Waffen belieferten Staaten muß noch um einige ergänzt werden. Da wir es an dieser Stelle nicht für sinnvoll halten, jeden einzelnen Waffenexport exakt aufzulisten, wollen wir im folgenden lediglich weitere Länder, in denen mit westdeutschen Waffen gekämpft bzw. geübt wird, vorstellen und die jeweilige Quelle angeben.

Abu Dhabi - („Antimilitarismusinformation“, - im folgenden „AMI“ - 10/78, AK 125)

China - („AMI“, 2/79)

Dominikanische Republik - („AMI“, 10/78)

Dubai - („AMI“, 10/78)

Guinea - („Capital“ 5/71)

Jordanien - („AMI“, 10/78, Capital 5/71)

Mali - („Schulz-Militarismus und Kapitalismus in der BRD“, S. 252)

Madagaskar - (ebenda)

Marokko - (ebenda und UZ, 7.12.78)

Namibia - („Schulz“, S. 254)

Südafrika - („AMI“, 12/78 und diverse andere - das Fehlen Südafrikas in der „Spiegel“-Liste ist besonders auffällig!)

Rhodesien - (ebenda und diverse andere)

Quatar - („AMI“, 10/78)

Sambia - („Spiegel“, 12.3.79, „AMI“ 10/78)

Sharja - („AMI“, 10/78)

Somalia - („Capital“, 5/71, „Spiegel“, 15.10.75, und diverse andere)

Tansania - („Capital“, 5/71, „AMI“ 10/78)

Tschad - („AMI“, 10/78, Schulz ... S. 252)

Uganda - („AMI“, 10/78, „Spiegel“ 15.10.75)

Zaire - („Spiegel“, 15.10.75)

Die ab 1979 geplante Militärhilfe für die 3. Welt

Ende 1978 beschloß die Bundesregierung ihr neues Militärhilfe-Programm für die „3. Welt“, welches den Zeitraum 1979 bis 1980 umfaßt. Ausrüstungsgegenstände für Militär und Polizei sollen in insgesamt 30 Entwicklungsländern im Werte von 150 Millionen Mark geliefert werden. Mit diesem „Hilfsprogramm“ macht die Bundesregierung deutlich, daß sie selbst an einer weiteren Steigerung des Waffenexports interessiert ist, und ihre in Worten negative Haltung gegenüber den Forderungen der Rüstungsindustrie „nach weiteren Export-„Erleichterungen“ (Apel: „Wir denken nicht daran...“ laut „Wehrtechnik 11/78) lediglich als Augenwischerei zu betrachten ist. Denn: Militärhilfe ist sogar nach den Worten der Regierung selbst, „ein wirkungsvolles Instrument der deutschen Außenpolitik und ein guter Türöffner für die deutsche Wirtschaft“. „An diesem Ausrüstungshilfsprogramm“, kommentiert die „FR“ vom 19.12.78, „... lasse sich besonders gut ablesen, daß Bonn kommerzielle Abschlußgeschäfte sichern, und die Position der deutschen Kraftfahrzeug- und Fernmelde-Industrie stärken wolle“.

Zu den Ländern, die erstmals in den „Genuß“ der abhängig machenden BRD-Militärhilfe gelangen, gehören: VR Benin, Dschibuti, Indonesien, Lesotho, Malawi, Malta, Mauretanien, Sambia, Tschad, Tonga, West-Samoa und Zaire.

Die anderen Länder, die bereits in der Vergangenheit BRD-Militärhilfe bezogen, sind Tunesien (16,5 Mio. DM), Somalia (1 Mio. DM), Afghanistan, Algerien (jeweils 3 Mio. DM), AR Jemen, Malaysia, Mali, Marokko, Niger, Jordanien, Kamerun, Kenia, VR Kongo, Liberia, Obervolta, Ruanda, Sudan und Togo. (Angaben nach „FR“, 19.12.78 und „AMI“, 12/78).

Antimilitarismus-Kommission

Sichert Panzerbau Arbeitsplätze?

Die Haltung der IG Metall zur Rüstungsproduktion

„Das ist das schönste Weihnachtsgeschenk für 5.600 Werftarbeiter von Blohm + Voss: Gestern früh hat Argentinien zwei Fregatten im Wert von weit über 300 Millionen Mark bei der Hamburger Traditionswerft bestellt“ („Hamburger Morgenpost“, 13. Dez. 1978).

Das „Handelsblatt“ brachte am 16.12.77 unter der Überschrift „U-Boote für Arbeitsplätze“ die „dpa“-Meldung: „Die Bundesregierung hat im Bundestag erneut betont, daß sie eine Bürgschaft in Höhe von 340 Mill. DM für die Lieferung von U-Booten nach Argentinien nur geben hat, um Arbeitsplätze zu erhalten ... Sie sei gegeben worden, weil bei der Deutschen Werft ... bereits Kurzarbeit herrsche und Arbeitsplätze gefährdet seien“.

Die „Süddeutsche Zeitung“ am 19.12.78: „Indonesiens Aufnahme in den Kreis der begünstigten Länder (die

übergehend die (Rüstungs)Kapazitäten nicht auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füllaufträgen aus Nichtspannungsgebieten zulassen, wobei der Begriff 'Nichtspannungsgebiete' nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfte ...“ (Stellungnahme des „Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen“ vom 25.10.76).

Diese Forderung hält dieser Kreis nicht nur für die Erhaltung der Arbeitsplätze für wichtig, sondern auch für eine zum „Erhalt der Verteidigungsbereitschaft des westlichen Bündnisses unabdingbare Notwendigkeit“ (a.a.O.). Der Beirat der IG Metall sah sich im Frühjahr 1977 veranlaßt, einen Beschluß zu fassen, in dem „die lobbyistische Tätigkeit verschiedener in der IG Metall organisierter Betriebsräte von mit Rüstungsproduktion beschäftigten Un-

eine Ausweitung von Rüstungsproduktion aus und forderte „die Ausweitung von Plänen für die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivilen Bedarf“ (zitiert nach: „Antimilitarismus Information“ 3/78).

Dennoch haben die IGM-Führer die offen auftretenden Rüstungsfälle zwei Jahre wühlen lassen, bevor sie im März 1977 deren „lobbyistische“ Tätigkeit kritisiert haben (s.o.). Konkrete Schritte der Gewerkschaftsführung folgten nicht!

Erst über ein Jahr später, nachdem die Filze erneut an die Öffentlichkeit getreten waren, äußerte sich der IGM-Vorsitzende Eugen Loderer in einer wortradikalen Erklärung: Es könne nicht angehen, daß „einzelne sich selbst zu Sprechern der Arbeitnehmer einer ganzen Branche ernennen, ohne die wirklich demokratisch legitimierten Vertreter in Betriebsräten und Gewerkschaften auch nur zu fragen“. Und da man der IG Metall nicht nachsagen könne, sie würde sich aus irgendwelchen ideologischen Gründen nicht um die Arbeitsplätze der Rüstungsbeschäftigten kümmern, sei dieser Arbeitskreis „so überflüssig wie nur irgendwas“ („FR“, 13.10.78).

Loderer wendet sich nicht gegen Rüstungsarbeitsplätze, sondern hauptsächlich gegen das allzu offene Eintreten für mehr Rüstung, er erklärte: „Den organisierten Kollegen in der Rüstungsindustrie sind wir für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und für die Vertretung ihrer Interessen genauso verpflichtet wie allen anderen: Sie haben keinen Sonderstatus. Genauso wenig haben sie aber auch keine Sonderrechte. Es besteht kein Anlaß für diese Kollegen, sich außerhalb der IG Metall zusammenzuschließen und sich in zweifelhafter Verbindung mit den Unternehmerinteressen für mehr Rüstungsaufträge einzusetzen“ (zitiert nach: „Metall“, 15.11.78, Hervorhebungen v. Verf.).

Das heißt praktisch doch nur soviel, daß sich die IGM-Führung durch das allzu laute Gekreische des Rüstungsfalles kompromittiert sah. Und daß man sich auch etwas „leiser“ um die „Interessen der Kollegen in der Rüstungsindustrie“ kümmern kann, wie langjährige Praxis beweist. Die Praxis der IGM-Führung nämlich, sieht man vom ersten Nachkriegsjahrzehnt einmal ab, sieht so aus, daß sie nicht den kleinsten Finger krumm gemacht hat, um etwas gegen die Aufrüstung und die zunehmende Rüstungsproduktion zu tun. Zwar wurden (zugegebenermaßen nette) Tischreden gehalten, eine

entsprechende praktische Aktivität erfolgte jedoch nicht. So z.B. Loderer in der „Metall 23“: „... (wir werden) durch rechtzeitige Diskussion von möglichen Umstellungsprogrammen dafür Sorge tragen müssen, daß die berechtigten Arbeitsplatzinteressen dieser Kollegen nicht als Hemmschuh für friedens- und Abrüstungspolitische Initiativen mißbraucht werden können“ (a.a.O.).

Die Forderungen des 12. Gewerkschaftstages der IGM waren ebenso „eindeutig“:

— eine langfristige Kapazitätsplanung für Forschung, Entwicklung und Produktion,
— staatliche Auflagen zur Erhaltung und Erhöhung des Anteils ziviler Fertigung,
— schrittweise Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion im Gefolge der Entspannungspolitik auf der Basis vorhandener hochentwickelter Technologien“ (a.a.O.).

Nur gehört ja „leider“ zur Entspannung eine verstärkte Aufrüstung der Imperialisten, so daß die schrittweise „Umstellung“ auch „leider“ in Richtung verschärfter Rüstungsproduktion läuft.

Daß derartige Forderungen und Absichtserklärungen der Praxis diametral gegenüberstehen, verdeutlichte der IGM-Vorstand selbst, als er den „Arbeitskreis Rüstungsfilz“ für aufgelöst erklärte, gleichzeitig aber die Einrichtung eines „Gesprächskreises von Kollegen aus betroffenen Unternehmen beim Vorstand der IGM“ bekanntgab.

* Dieser „Gesprächskreis“ besteht, soweit bekannt, aus den gleichen (inzwischen vom Vorstand bekehrten?) „Kollegen“, deren vorheriger „Arbeitskreis Rüstungsfilz“ als „überflüssig“ erklärt und aufgelöst wurde!

Rüstung sichert keine Arbeitsplätze

Auch wenn man sagen muß, daß die IGM-Führung ihre, vorsichtig ausgedrückt, „Passivität“ in Sachen Rüstungsproduktion hinter wohlklingenden Sprüchen, ergebnislosen Resolutionen und Beschlüssen der Gewerkschaftstage etc. verdeckt und überspielt, ist es doch andererseits lohnenswert, auch für einen zu entwickelnden innergewerkschaftlichen Druck in Richtung praktischer Aktivitäten, die Argumente und inhaltlichen Richtlinien der IGM-Führung auf

ihren „Gebrauchswert“ hin, einmal abzuklopfen.

Im Beiratsbeschluß vom April 1977 und auf dem 12. Gewerkschaftstag wurden die grundsätzlichen Positionen formuliert.

„Die IG Metall wendet sich gegen eine weitere Lockerung der Beschränkungen für Rüstungsexporte, weil: — auch bei der Beschränkung auf sogenannte Füllaufträge eine Ausweitung der Produktionskapazität unvermeidlich wäre,

— Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie kurzfristig durch die Struktur der internationalen Nachfrage und längerfristig durch erfolgreiche Abrüstungsbemühungen gefährdet sind,
— gesamtwirtschaftlich und außenhandelspolitisch durch verstärkte Rüstungsexporte indirekt Arbeitsplätze im zivilen Bereich in Gefahr geraten können“ („Metall“ Nr. 23/15.11.78).

Zahl der Arbeitsplätze, die bei einer Ausgabe von 1 Milliarde Dollar in Staatshaushalt in verschiedenen Beschäftigungsbereichen geschaffen werden können:	
Rüstung	35.000
Öffentlicher Dienst	130.000
Rüstungsgewesen (Lehrer)	100.000
Gesundheitswesen (Krankpfleger)	72.000
Bauwesen	75.000

(Aus: „Metall“ 25/78)

Weiter stellt die IG Metall dar, warum durch Rüstung keine Arbeitsplätze gesichert, sondern im Gegenteil gefährdet werden.

Und die IG Metall beweist, daß Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie nicht sicher sind. „Entlassungen und Kurzarbeit sind jedoch auch für die Arbeitnehmer in diesem Sektor unserer Wirtschaft keine Fremdworte. Rüstungsproduktion läuft in Schüben ab; nach Auslaufen der Serienproduktion eines Waffensystems fehlt es oft an Aufträgen, um die großen Produktionskapazitäten voll auszulasten. Entscheidend aber ist: Auch die Arbeiter und Angestellten in der Rüstungsindustrie sind den Mechanismen einer profitorientierten Produktion und ihren Folgen ausgesetzt. Rationalisierung macht vor den Waffenschmieden nicht halt. Auch hier werden Arbeitsplätze vernichtet“ („Metall“ 23, 15.11.78).

Diese Argumente zeigen, daß es schon aus ökonomischer Sicht unsinnig ist, von der arbeitsplatzsichernden Rüstungsindustrie zu sprechen. Trotz ihrer Beschränktheit können sie dennoch geeignet sein, der Demagogie Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Als Fazit muß jedoch gezogen werden, daß die IGM-Führung nur

auf der ökonomischen Ebene argumentiert. Eine generelle Gegnerschaft zur Rüstungspolitik gibt es bei ihr nicht, das verbietet ihr ihre Verbundenheit mit den Kapitalisten und Militaristen. Aber selbst auf der beschränkten Ebene der Forderung nach Abrüstung, die die IGM-Führung verbal noch erhebt, tut sie nichts, um diese praktisch umzusetzen. Es gibt nicht ein einziges Beispiel, bei dem die Gewerkschaftsführer die Arbeiter gegen eine Ausweitung der Rüstung aufgerufen hätte. Umgekehrt kann man sogar sicher sein, daß sie gegen Kollegen vorgehen würde, sollten diese einmal auf die Idee kommen, die Rüstungsproduktion zu behindern — und das unter einer SPD-Regierung.

Metallkommission
KB / Gruppe Hamburg

Literatur:

Ulrich Albrecht / Peter Lock / Herbert Wulf: Arbeitsplätze durch Rüstung? rororo 4266

Antimilitarismus Information 3/78

Arbeiterkampf 125, Zum Rüstungsexport

Arbeiterkampf 131, „Gewerkschaftsausschlüsse gegen Kriegsgegner?“

„das ÖTVmagazin“ 5/79 — Monatsorgan der ÖTV. „Über den Widerspruch des Rüstungswettlaufs: Wachsendes Militärpotential — zunehmende absolute Armut in weiten Teilen der Welt“.



So hätten sie's gerne: Kollegen fordern Sicherung der Arbeitsplätze durch Rüstungsexport.

Militärhilfe bekommen sollen — Anm. AK) begründet Bonn laut 'Wehrdienst', wie folgt: 'Indonesien, das durch den Kauf von U-Booten mit Zubehör einen spürbaren Beitrag zur Sicherung unserer Arbeitsplätze in der deutschen Werftindustrie leistet hat, bittet um technologische Beratung und Ausbildung von Fachkräften'.

Dies sind drei, willkürlich aus einer großen Zahl gleichlautender Meldungen, herausgesuchte Beispiele. Es gibt ähnlich lautende Meldungen, die nicht, wie in den drei Zitaten geschehen, den Waffenexport, sondern die Aufrüstung der Bundeswehr als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit verkaufen.

Stimmt dies, und ist dementsprechend Aufrüstung quasi eine Arbeitsförderungs- oder Beschaffungsmaßnahme, dann wird die Arbeitslosigkeit, angesichts der massiven Aufrüstungs- und Waffenexportpläne der BRD in den nächsten Jahren zur gesellschaftlichen Randerscheinung. Oder genauer, rückblickend gesprochen: Es dürfte heute schon eigentlich keine Arbeitslosen geben (siehe z.B. nebenstehenden Artikel zum Waffenexport).

Manchmal bekommt man bei solchen Meldungen den Eindruck, als würde die Rüstung hauptsächlich aus Sorge um Arbeitsplätze betrieben. Diese Demagogie ist ein wesentlicher Bestandteil der Militarisierung, darüber hinaus der Versuch, die Arbeiterklasse für die Kriegspolitik zu gewinnen.

Im folgenden soll hauptsächlich die Haltung der IGM-Führung und einiger IGM-Funktionäre zu den Problemen „Rüstung gleich Arbeit“, Waffenexport und Rüstungsproduktion überhaupt dargestellt werden.

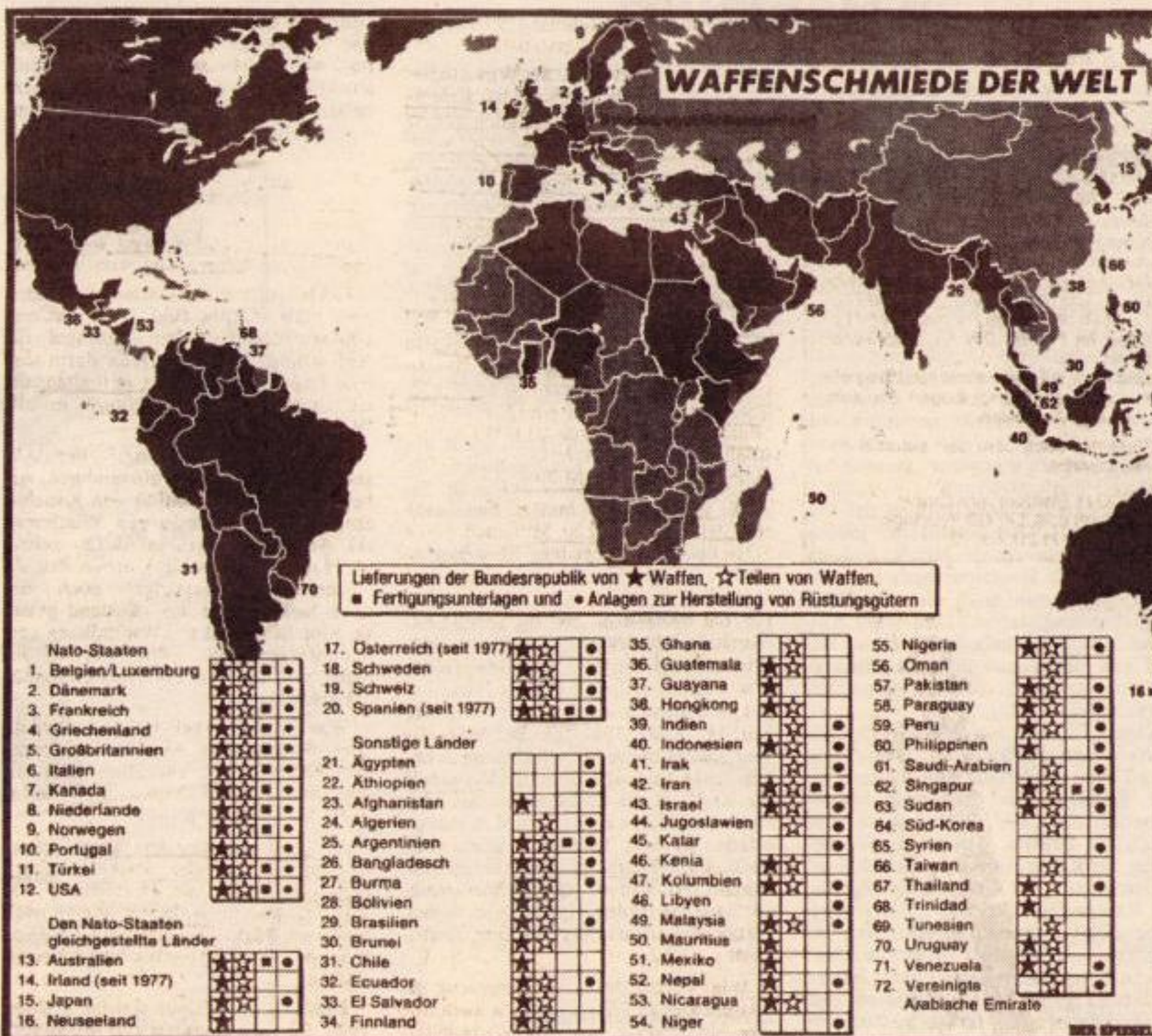
Der Rüstungsfilz in der IG Metall

Von 1975 bis November 1978 trat der Rüstungsfilz, vergleichbar dem Atomfilz, in der IG Metall als „Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Betriebe“ (AAWB) an die Öffentlichkeit. Diese Rüstungslobbyisten arbeiten in der Arbeiterschaft daran, die Positionen der Rüstungskapitalisten zu propagieren. Sie traten unter dem Motto „soziale Sicherheit und sichere Arbeitsplätze“ für die Ziele ihrer Kapitalisten ein, für eine Ausweitung der Rüstungsexporte auch in Spannungsgebiete: „Wenn der Bund vor-

ternehmen ... eindeutig verurteilt und als im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen stehend gekennzeichnet worden“ ist (zitiert nach: „Strukturwandel in der Metallindustrie“, Hrsg.: IGM-Vorstand, S.183).

Die Auseinandersetzung der IG-Metall-Führung mit dem Rüstungsfilz

Bereits auf dem 10. Gewerkschaftstag 1971 sprach sich die IG Metall gegen



Waffen „made in Germany“ in aller Welt

Wenn das „Jahrbuch der Rekorde“ Aktivitäten im internationalen Waffenhandel verzeichnen würde, hätte der BRD-Imperialismus sich dort längst eine entsprechende Eintragung erhandelt. Im Zeitraum von 1967 bis 1976 steigerte die BRD ihre Rüstungsexporte jährlich um 20 %. Frankreich folgt mit 18 %; an dritter Stelle liegt Großbritannien mit 15 %, gefolgt von den USA (5 %) und der Sowjetunion (1 %). Der weltweite Durchschnitt lag im gleichen Zeitraum bei 5 % (siehe Schaubild).

Außer Acht läßt diese aufschlußreiche Rangliste das tatsächliche Volumen des Waffenexports. Zwar ist hier die BRD noch recht weit von der Spitze entfernt, kämpft sich aber langsam und sicher aus dem Mittelfeld hervor: 1975 lag sie mit einer genehmigten Waffenausfuhr in Höhe von 470 Millionen DM an sechster, im folgenden Jahr dann sogar an vierter Stelle, nachdem sie Italien und Großbritannien überholt hatte. Bis heute hält die BRD diesen Platz hinter den drei Großen, den USA, Frankreich und der Sowjetunion. Diese werden auch so schnell nicht zu übertreffen sein, denn sie teilen sich heute den Bärenanteil von fast 80 % aller exportierten Waffen. Die USA und die SU liegen mit jeweils etwa 35 % vorn. (Zahlen und Angaben nach „UZ“ vom 7.12.78 und „FR“ vom 1.7.1979) Allerdings sind dies nur grobe Schätzwerte. Sie geben jedoch die ungefähren Größenordnungen im Vergleich der Länder zueinander im wesentlichen richtig wieder.

Beim Versuch festzustellen, in welchem Maße der BRD-Imperialismus tatsächlich im Waffenhandel verstrickt ist, kommt man zwangsläufig zunächst zu folgender Feststellung: In Bonn beherrscht niemand das, was früher „Rechnen“ genannt wurde. Besonders die Rechnungsart „Zusammenzählen“ scheint auf völliges Unverständnis zu stoßen. Einige Beispiele: Der Minister für „Verteidigung“, Apel, wußte im Oktober 78: „Der Minister für „Verteidigung“, Apel, wußte im Oktober 78 zu berichten, daß die Kriegswaffenexporte der BRD „bis einschließlich 1978 den Betrag von einer Milliarde Mark jährlich nicht überstiegen“ haben („Spiegel“, 12.3.79). Seine Kollegen im Wirtschaftsministerium errechneten allein schon für 1977 eine Summe in Höhe von zwei Milliarden Mark und kündigten für 1978 eine „große Exportsteigerung“ an (ebenda). Noch „genauer“ rechnete SPD-MdB Ahlers und kam auf die Summe von 1,9 Milliarden für 1977 („UZ“ vom 6.12.78). Der Friedensforscher Professor Albrecht ist bei seinen Nachforschungen über die Höhe des Rüstungsexports auf ein anderes, diesmal nicht mathematisches Problem gestoßen. Seiner Meinung nach würden „sich die Zahlenangaben schätzungsweise mindestens verdoppeln“, wenn bestimmte Waren, die heute offiziell als „zivile“ Exportgüter verbucht werden, die tatsächlich jedoch ausschließlich militärisch in den jeweiligen Empfängerländern genutzt werden (können), in die entsprechende Statistik aufgenommen werden („UZ“, 6.12.78). Bei diesen „Waren“ handelt es sich um „Hilfen, Ausrüstungen für die Produktion von Waffen (eine Spezialität der BRD), Schiffsmotoren und andere Ausrüstungen für Kriegsschiffe, elektronische Bauteile und militärische Transportmittel (Flugzeuge, Militär-LKW)“ und anderes mehr (Albrecht, zitiert nach „UZ“, 6.12.78). Diese Darstellung Albrechts liest sich vergleichsweise harmlos. Diese in bekannten Waffenexportstatistiken nicht enthaltenen „sonstigen Rüstungsgüter“ („Spiegel“) haben einen Umfang, der faktisch nicht einmal annähernd zu recherchieren ist. Von 1976 bis 1978, weiß der „Spiegel“ (14/79) zu berichten, wurden „sonstige Rüstungsgüter“ in 69 Staaten geliefert. Das DM-Volumen betrug fast sieben Milliarden. Die offiziellen Angaben der Bundesregierung sind also gewaltig untertrieben.

Alter Kack im neuen Frack

Berufsverboterichtlinien in Westberlin

Die Wahl ist vorbei, das Liberalisierungsgetöse in Sachen Berufsverbote hat sich gelegt, die Tatsachen treten wieder schwarz auf weiß hervor: Mittlerweile kursiert in Westberliner Berufsverbotsgegnerkreisen der neue, noch nicht offiziell veröffentlichte Senatsentwurf für die Überprüfung der „Verfassungstreue“, dem die Bezirksbürgermeister nach zahlreichen Verzögerungen nun Ende Juni zustimmen sollen.

Was ist neu an den Richtlinien? Da wird z. B. zur Frage, wer überprüft werden soll, im Gegensatz zu den alten Richtlinien („Bewerber für den unmittelbaren und mittelbaren Landesdienst“) präzisiert: „Bewerber für den Landesdienst als Beamte, Angestellte oder Arbeiter ...“, womit klar gestellt wäre, daß selbst der wegen „Verfassungsfeindlichkeit“ entlassene Friedhofsgärtner oder Lokführer nicht der Vergangenheit angehören soll. Auf der anderen Seite fehlt die Einschränkung der alten Richtlinien, daß Bewerber für die Ausbildung im Vorbereitungsdienst (z. B. Referendare) nicht überprüft werden, und tatsächlich bemüht sich ja gerade der Senat, einer Bewerberin den Zugang zum Referendariat aus politischen Gründen zu verwehren (s. AK 154, S. 23).

Kommen wir zur Frage, wie überprüft werden soll. Hier findet sich in den neuen Richtlinien das angebliche Kernstück der „Liberalisierung“, der Wegfall der Routineanfrage und der Verzicht auf die Landeskommision, die bislang in Westberlin zentral die Anfragen beim Verfassungsschutz und die Bewertung der „Erkenntnisse“ vornahm. Allein, im Senat saßen wohl schlechte Spezialdemokraten, wenn sie sich nicht gleich ausreichenden Ersatz dafür überlegt hätten. So müssen in Zukunft Anfragen beim Verfassungsschutz erfolgen, „wenn der Einstellungsbehörde Tatsachen bekannt sind, die Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen können“.

(Punkt 2.a). Doch was sollen das für „Tatsachen“ sein — es fehlt hier sogar das sonst so beliebte, in der Praxis meist folgenlose Wörtchen „gerichtsverwertbar“ — und vor allem: Woher sollen der Einstellungsbehörde die Tatsachen bekannt sein? Die Vermutung liegt nahe, daß die Einstellungsbehörde selbst Erkundigungen über die Bewerber anstellen bzw. vorab von dem Verfassungsschutz mit den notwendigen Zweifeln bedient



werden. Beide Möglichkeiten bestätigt der Innensenator Ulrich indirekt schon im Dezember gegenüber dem „Tagespiegel“: Die Anfrage beim Verfassungsschutz aufgrund „begründbarer Zweifel“ könne „natürlich dazu führen, daß die Einstellungsbehörde auf eigene Faust auf Erkundigung geht, um vage Zweifel begründbar zu machen. Denn keine Einstellungsbehörde

will in den Verdacht einer zu laxen Verfassungstreue oder gar eines „Sympathisantentums“ geraten. Diese Gefahr sieht der Innensenator auch. Doch da sei schließlich noch die oberste Dienstbehörde, die man überzeugen müsse („Tagespiegel“ — „TSP“, 9.12.78). Und zum Fall von Schlosser-

Auf diesem Hintergrund erscheint die Abschaffung der Landeskommision als unwesentliche Verfahrensänderung: Sitzen bisher in der Landeskommision unter Federführung des Innensensors drei weitere Senatoren und ein Vertreter der Einstellungsbehörde zusammen, wobei letztlich die Einstellungsbehörde über die Bewerbung entscheidet, so soll in Zukunft der „Treueüberprüfungsvorgang“ stufenmäßig erfolgen: Von der Einstellungsbehörde zur obersten Dienstbehörde (meist eine Senatsabteilung), von da zum Innensenator (Verfassungsschutz) und wieder zurück. Weitere Einzelheiten der Verfahrensregelung, z. B. bezüglich des Anhörungsgesprächs oder der Mitteilung von „Erkenntnissen“, sind kaum geändert worden. Eine auf den ersten Blick scheinbare Einschränkung der Weitergabe von Erkenntnissen auf solche, die nicht mehr als zwei Jahre zurückliegen, wird gleich im Nachsatz wieder aufgehoben: „... es sei denn, die Weitergabe ist ... nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit geboten“ (Punkt 3.c).

Da im übrigen im Entwurf selbst solche schön klingenden Sätze wie etwa die aus dem SPD-Parteitagsschluß vom Dezember 1978 fehlen, nach denen der Senat grundsätzlich von der Vermutung der „Verfassungstreue“ des Bewerbers ausgehen soll, bedarf es schon einiger sophistischer Verrenkungen, den neuen Richtlinienentwurf unter dem Markenzeichen einer Liberalisierung zu verkaufen.

Westberliner
Antirepressionskommission des KB

Entscheidung über 16 Linke in Hamburg

Am 29.5.79 hat die Deputation der Schulbehörde über die Verbeamtung von 16 linken Lehrern (meist DKP-Angehörige) beraten und positiv für die Betroffenen entschieden. Nach den Angaben des „Hamburger Abendblatts“ vom 30.5.79 sollen alle 16 seit Jahren im Schuldienst tätig sein, sieben von ihnen in Volks- und Realschulen, vier in Gymnasien, zwei an Gesamtschulen, zwei an Berufsschulen und einer im Bereich der Schülerhilfe. In der Deputation wurde laut Aussage des Schulsenators Grolle über jeden einzelnen Fall diskutiert und entschieden. „Sie haben sich im Unterricht ausnahmslos untadelig verhalten und ich gehe davon aus, daß sie sich auch künftig als gesetzestreue Beamte erweisen“ („Tageszeitung“ — „taz“, 1.6.79). Mit der Entscheidung der Deputation ist für die Betroffenen jedoch noch nicht die letzte Hürde genommen. Der Beamtenernennungsschluß muß nun noch die endgültige Entscheidung treffen. Daß diese Entscheidung nicht unbedingt immer mit der von Senat und Behörde übereinstimmt, haben in der Vergangenheit verschiedene Fälle gezeigt.

Die CDU hat nun anläßlich der positiven Entscheidung der Deputation ihre Hetze wieder auf Vollgas gedreht. So forderte der bildungspolitische Sprecher der CDU, Volker Rühle, den Rücktritt Grolles, den er als Wegbereiter für Kommunisten im Schuldienst bezeichnete. Zur Untermauerung dieser Kampagne führt das „Hamburger Abendblatt“ eine Presseerklärung des rechten „Hamburger Elternbundes“ an, in der es heißt: Diese Lehrer hätten aufgrund ihrer Mitgliedschaften und „Aktivitäten für linksextremistische Gruppierungen eindeutig bewiesen,

daß sie sich für eine totale Veränderung unseres demokratischen Rechtsstaates einsetzen ... Wir Eltern sind erschrocken, daß unsere Kinder von einigen Lehrern unterrichtet werden, die sich einerseits durch den Beamteneid für die Erhaltung unseres Rechtsstaates einsetzen müßten, andererseits sich aber aktiv an Informationsständen und auf Veranstaltungen für die Veränderung unseres Gesellschaftssystems einsetzen. Man kann nicht zwei Herren dienen!“ („Hamburger Abendblatt“ vom 30.5.79).

Die CDU will in den nächsten Tagen dieses Thema vor die Bürgerschaft bringen. Daß Grolle nun wirklich nicht der Wegbereiter für Kommunisten im Schuldienst ist, zeigen folgende bis jetzt bekanntgewordenen bedauerliche Fakten.

In zwei Fällen betreibt die Schulbehörde zur Zeit im Rahmen eines Disziplinarverfahrens eine Entlassung. Hierbei handelt es sich um zwei Lehrer, denen KBW-Mitgliedschaft vorgeworfen wird. Im Fall des presserechtlich Verantwortlichen für die Hamburger Referendar- und Lehrzeitung, Karl-H. Kuke, hat die Behörde ein Vergleichsangebot des Arbeitsgerichts abgelehnt und auf dem Berufsverbot für K.-H. Kuke bestanden, was jetzt auch vom Gericht im Urteil bestätigt wurde. In drei weiteren Fällen sind neue Anhörungsverfahren eingeleitet worden. Außerdem sind zur Zeit noch elf Berufsverboteverfahren, in denen schon ein Gerichtsverfahren läuft, offen.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



lehrlingen, die von den Westberliner Verkehrsbetrieben aufgrund von Verfassungsschutz-„Erkenntnissen“ abgelehnt worden waren, erklärte er: „Daß dann der Verfassungsschutz von sich aus (!) an die bvg mit Erkenntnissen herantreten sei, bilde die große Ausnahme und sei mit der Gefährdung und dem Sicherheitsbereich zu erklären“ (ebenda). Doch wenn schon Schlosserlehrlinge so „gefährlich“ sein sollen, wer sollte dann glauben? „Schlußfolgerungen zu „gefährlich“ sein sollen, wer sollte dann glauben, daß dieses Vorgehen des Verfassungsschutzes eine „große Ausnahme“ bleibt, und wer sollte dem Senator abnehmen, daß er eigenständige Erkundigungen der Einstellungsbehörden als „Gefahr“ ansieht, wo die oberste Dienstbehörde, sprich der Senat, auch nicht gerade für liberalere Praktiken als die unteren Behörden bekannt ist.

Zitat aus einer Anhörung vom 19.5.79.

Reimers (Rechtsspezialist der Hamburger Schulbehörde in Bezeichnung „Verfassungsschutz“) der Hamburger Schulbehörde in Berufsverboteverfahren: „Fest steht jedenfalls, daß unabhängig von der Äußerung des Bürgermeisters die vom Senat am 13.2. beschlossenen Verfahrensrichtlinien von der Durchführung weiterer Anhörungen ausgehen. Diese Regelung des Senats ist für mich bindend.“

...seit dem 17. 4. —
tätlich!

die Tageszeitung

Deutschlands erste linke unabhängige radikale Tageszeitung

Carstens Bundespräsident
Stuß zur Bundesversammlung 1980 bereit

Eine Generation
geht ihren Weg

„Anarchistischer Zug“ in Bonn
Gespens der Vergangenheit

Jugendkämpfer
gegen Atom-
anlagen

Völkermord in
Kurdistan/Iran

Am Kiosk,
besser im Abonnement

die Tageszeitung, Postfach 109, 1000 Berlin 65

Links? Radikal? Unabhängig?
... die will ich kennenlernen!
(3 — DM für Probeexemplare
habe ich in Briefmarken beige-
legt.)

Name: _____
Straße: _____
PLZ, Ort: _____

tätlich eine linke radikale Zeitung



HEXACHLOROPHEN Sevesogift in der Gesundheitsversorgung

Das Sevesogift TCDD ist in Spuren auch in Hexachlorophen enthalten, einer aus Trichlorphenol zusammengesetzten Chemikalie. Hexachlorophen ist als Desinfektionsmittel in Deodorants, Seifen, Intimsprays und Mundwässern enthalten.

Zu ihren Erfahrungen mit solchen Mitteln schrieb die Autorin Jutta Dittfurth, die zuvor selbst Patientin auf einer operativen Frauenstation der Uniklinik Frankfurt war, an die Alternativpresse, „daß Hexachlorophen in Form von Kodan(R)-Spray, der modernen und wirtschaftlichen Hautdesinfektion (Herstellerzitat) dienend, täglich und überall von Krankenschwestern, Pflegern und Ärzten benutzt wird. Kodan-Spray ist dabei, wenn Spritzen gegeben, Infusionen gelegt oder die Körperteile von Kranken – z.B. vor Operationen – desinfiziert werden. Es berührt ständig die Hände von ärztlichem und pflegerischem Personal und die Haut von Patienten und enthält 75 mg Hexachlorophen.

Meine Weigerung, mich mit diesem Mittel behandeln zu lassen, ... führte aber nach Rücksprache mit dem Hygiene-Institut an der Uniklinik nach 2 Tagen zu einer völligen Beseitigung des Kodan-Sprays aus der Unifrauenklinik“ (Arbeiterkampf 152, S. 22).

Inzwischen liegt zu diesem „Sevesogift in der Gesundheitsversorgung“ von Jutta Dittfurth eine Broschüre vor, für die die Grüne Liste Hessen verantwortlich zeichnet. Die Broschüre enthält Artikel zur Verbreitung von Hexachlorophen in der Gesundheitsversorgung, Dokumente u.a. zu Fehlgeburten bei OP-Schwedern, über die bisherigen Reaktionen auf die Enthüllungen und schließlich über den ersten Erfolg, das Verbot von Hexachlorophen-haltigen Desinfektionsmitteln in den Frankfurter Unikliniken.

Die Broschüre (20 Seiten), die im Einzel exemplar 1,50 DM kostet, kann bestellt werden bei:

Jutta Dittfurth Neuhofstr. 42 6 Frankfurt 1

82. Deutscher Ärztetag: Für schärferen §218, Studienbegrenzungen und ...Strauß

Auf dem diesjährigen 82. Deutschen Ärztetag in Nürnberg hatten die führenden Ärztesfunktionäre einen „prominenten“ Gast geladen: Franz Josef Strauß durfte als einer der Eröffnungsredner den Ständesärzten versichern, daß er sich in besonderer Weise um ihr Wohl sorgt; „er sei gegen eine Treibjagd auf Ärzte und gegen einen Naturschutzpark für die, die drin sind“. Die Ärzte dürften nicht das „Lasttier der Nation“ sein und auch nicht „Zielscheibe ständiger Nörgelei“ („Frankfurter Rundschau“, 16.5.79). Daß sie gegen dieses „Trommelfeuer“ eine „beispielhafte Zähigkeit gegenüber ideologischer Systemveränderung“ („FR“, ebenda) bewiesen hätten, bescheinigte er der versammelten Ärzteschaft, die ihm dafür mit langanhaltendem Beifall ihren Dank sagten.

Wie Strauß warnte auch der Vorsitzende der Kassennärztlichen Bundesvereinigungen, Hans Wolf Muschallik, vor einer drohenden Monopolstellung staatlicher Einrichtung, vor den angeblichen Tendenzen zum planwirtschaftlichen Lenken usw. usf. ...

Schwerpunktthemen des Kongresses waren Maßnahmen gegen die sog. Ärzteschwemme und gegen die der reaktionären Ärzteschaft zu liberal gehandhabten Schwangerschaftsabbrüche.

„Ärzte fühlen sich unter „Zugzwang“

Allen, die noch Hoffnung hatten, daß die Ärzteschaft Schritte in

Richtung Liberalisierung der Abtreibungspraxis tun würde, ist durch den Ärztetag noch einmal klar gemacht worden, daß die Ständesärzte sich das Recht nicht nehmen lassen, über die Zukunft von tausenden von Frauen und Kindern zu entscheiden und ihren Teil dazu beizutragen, daß die Geburtenrate nicht weiter sinkt: Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Teilnehmer eine Entschließung, in der es heißt: „Die Neufassung dieses Paragraphen sei weithin als ein ‚Recht auf Abtreibung‘ mißverstanden worden. Viele Ärzte fühlen sich in erhebliche Gewissenskonflikte gestürzt und in eine Art Zugzwang versetzt“. Es stehe zu befürchten, daß der Widerstand innerhalb der Ärzteschaft gegen die „ungehemmte Praxis des Schwangerschaftsabbruchs“ unter dem Druck der Öffentlichkeit erlahmen werde.

Nach Ansicht der Ärzte ist entgegen allen Beteuerungen die Abtreibung zur „Methode der Geburtenregelung“ geworden. Im Jahre 1978 seien 67 Prozent aller Abtreibungen aus sozialer Indikation erfolgt. Befürchtungen, daß die „sogenannte soziale Notlage“ zu mißbräuchlicher Indikation des Schwangerschaftsabbruchs führen könnte, hätten sich somit voll bestätigt ... Die Ärzte blieben der Erhaltung ungeborenen Lebens verpflichtet ... In einer weiteren Entschließung wandte sich der Ärztetag gegen die Errichtung von Zentren oder anderen Einrichtungen, deren hauptsächlichster Zweck in der Vornahme von Abtreibungen bestehe“ („FR“, 21.5.).

Diese Angriffe richteten sich gegen die von „Pro Familia“ angestrebten und z.T. schon eingerichteten Kliniken für Schwangerschaftsabbrüche (wie in Bremen), Zentren für Familienplanung, die u.a. schon mehrfach den Angriffen der Ärzteschaft ausgeliefert gewesen sind, und in Zukunft wahrscheinlich noch einiges aus dieser Richtung zu erwarten haben.

„... den Zugang zum Studium auf die Hälfte reduzieren“

Den größten Raum nahm die Debatte über die Ausbildung der Ärzte, die Zulassung zum Studium ein.

Starken Beifall fand der Beitrag des ehemaligen Ärztekammer-Präsidenten und SS-Mann Hans Joachim Sewering, der den Anwesenden vorschlug, die „Ärzteschwemme“ durch die Reduzierung der Studien-Zulassungen auf die Hälfte zu stoppen. Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Bourmer, machte u.a. einen in dieselbe Richtung gehenden, konkreteren Vorschlag, nämlich dem Medizinstudium ein einjähriges Krankenpflegepraktikum vorzuschalten, um den Strom der Studienbewerber zu bremsen. Der Hartmannbund habe dabei an eine „Bezahlung nicht gedacht“ („FAZ“, 15.5.).

Ganz so billig ging die Sache dann doch nicht über die Bühne. Die Mehrheit der Versammlung stimmte für die Verlängerung der in der Approbationsordnung vorgesehenen praktischen Ausbildung von einem auf zwei Jahre, mit der Begründung, dies

würde „das für die Berufsausübung notwendige Maß an praktischen Fähigkeiten während des Medizinstudiums“ garantieren. – Und den Gesundheitsbehörden billige Arbeitskräfte. Der Präsident der Bundesärztekammer und Erste Vorsitzende des Marburger Bundes, Dr. Karsten Vilmar, der übrigens auf diesem Kongreß in seinem Amt bestätigt wurde, äußerte sich zur „Ärzteschwemme“: „Es sei in der Medizin auch nicht möglich, durch neue Arbeitsplätze die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Die Ausbildung zum Arzt erfordere, so Vilmar, vor allem Patienten, an denen Erkenntnisse und Erfahrungen (er meint damit wohl das Herumprobieren der Ärzte an den Patienten – Anm. AK) gesammelt werden könnten. Aber es sei nicht möglich, die Zahl der Patienten nur zum Zweck der Ausbildung zu erhöhen“ („FAZ“, 15.5.).

Es ist schon mehr als zynisch, bei der Misere im Gesundheitswesen – stundenlangen Wartezeiten in den Arztpraxen, bei Arbeitszeiten der Klinikärzte bis zu 80 Stunden in der Woche und überquellenden Krankenhäusern – davon zu faszeln, es fehle an Patienten! Demnächst wird noch der geplante Bettenabbau in den Kliniken als Beweis für den Rückgang von Krankheiten und sinkende Patientenzahlen angeführt.

Welches Ziel die Entschließung des Ärztetages zum Eindämmen der „Ärzteschwemme“ verfolgt, hat man/frau mittlerweile – da haben die Ärzte auch gar kein Hehl draus gemacht – schon mitbekommen:

Jedem einzelnen Arzt soll eine bestimmte, ausreichende Zahl Patienten gesichert bleiben, damit der Geldbeutel stimmt. Und in den Kliniken werden die Kosten weiterhin „gedämpft“.

Vilmar „appellierte ... an die Bevölkerung, mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung für die Gesundheit und die Gestaltung des Lebens aufzuwenden“. Er „trat der Vorstellung entgegen, daß sich aus dem Recht auf Gesundheit die Idee ableiten lasse, Gesundheit sei käuflich. Es muß sich die Erkenntnis durchsetzen“, so Dr. Vilmar, „daß am allerwenigsten im Gesundheitswesen die Bäume in den Himmel wachsen“ („HA“, 17.5.).

In dieselbe Kerbe schlug Muschallik, Erster Vorsitzender der Kassennärztlichen Vereinigung, indem er sich an die Patienten richtete: „Es müsse wieder das Verständnis geweckt werden, für das richtige Verhältnis zwischen persönlicher Initiative und Verantwortung einerseits und berechtigter Inanspruchnahme der Solidargemeinschaft andererseits ... Der Bürger betrachte Gesundheit als einen der höchsten Werte, sein Verhalten und seine Lebensweise stünden aber im Widerspruch zu dieser Erkenntnis. Muschallik appellierte daher an die Ärzte, zu informieren, zu beraten und zu erziehen. „Gesundheit kann und muß man lernen, von der Jugend bis ins Alter“ („FAZ“, 15.5.).

Jeder ist seines Glückes Schmied, und wenn sie/er dann ein Krebsgeschwür bekommt, fehlte es eben nur am Willen, zu lernen....

Gesundheitskommission

Alsterdorf und BAZ schlagen zurück

Am Mittwochnachmittag, den 2.5.79, wurde der Vertrauensmann der Zivildienstleistenden der Alsterdorfer Anstalten, Daniel K., von seinem Dienst suspendiert und mit Hausverbot belegt. Vorgeworfen wird Daniel, daß er mit einem ihm bekannten Redakteur zwei Artikel im Zeitmagazin (20.4.79) über die Anstalten veranlaßt und mit einem eigenen Beitrag anonym ergänzt habe. Somit hätte er gegen die Schweigepflicht verstoßen und ein Dienstvergehen begangen.

Lediglich einen kleinen Kasten im Zeitmagazin hat Daniel verfaßt und dort keine Namen genannt. Des weiteren hatten die Redakteure der „Zeit“ die Genehmigung der Anstaltsleitung, sich auf dem Gelände aufzuhalten, Personal zu befragen und Bilder zu knipsen. Somit ist der Vorwurf – Verstoß gegen die Schweigepflicht – völlig aus der Luft gegriffen. Offensichtlich mußte die Anstaltsleitung ihre Wut an einem Schwächeren ablassen, weil sie die Enthüllungen der „Zeit“ nicht widerlegen kann. Im übrigen verzichtete die Anstaltsleitung sogar auf eine Gegendarstellung.

Zu Daniels Unterstützung ist seitdem einiges gelaufen. Die „Zeit“ stellte ihm einen Rechtsanwalt. Die ZDL'er in Alsterdorf protestierten geschlossen und hielten trotz der Suspendierung daran fest, daß Daniel ihr Vertrauensmann ist (sie waren aufgefordert worden, einen neuen zu wählen). Die Selbstorganisation der

Zivildienstleistenden Hamburg verschickte Presseerklärungen und setzte sich mit Pastoren in Verbindung. Vorher war in den Medien bei der Alsterdorf-Berichterstattung der Fall Daniel praktisch nicht erwähnt worden. Durch die SO-Bemühungen ist es gelungen, im NDR und in einer Tageszeitung Erwähnung zu finden.

Auf die Presse zu Daniel meldete sich Senator Ehlers (Arbeit und Soziales) bei Daniel, um ein informatives Gespräch zu führen, damit er besser auf eine Bürgerschaftssitzung, auf der Alsterdorf auf der TO stand, vorbereitet sei.

Das „Bundesamt für den Zivildienst“ (BAZ) hatte sich die ganze Zeit nicht gemeldet und Daniel arbeitete nicht. Am 30.5.79 kamen zwei BAZ-Vertreter aus Köln, um eine Anhörung durchzuführen. Da Daniels Rechtsanwalt die Teilnahme bei der Anhörung verweigert wurde (Begründung: das ist beim Bund auch nicht so), verweigerte Daniel die Aussage. Die Herren ließen noch durchblicken, daß eventuell eine zweite Anhörung stattfinde oder ein Schriftwechsel erfolge. Doch am nächsten Tag lag ein Brief des BAZ vor. Daniel müsse sich am 1.6.79 in Hamburg-Harburg im St. Vincent-Stift (Altenpflege) als seiner neuen Dienststelle melden. Außerdem wurde ihm die Heimschläferlaubnis entzogen.

Dokumentation der Auseinandersetzungen Alsterdorfer Anstalten

Hamburg: Die Auseinandersetzung um die Lage der 1.350 geistig und körperlich Behinderten in den Alsterdorfer Anstalten (s. auch AK 153 und 154) geht weiter. Der „Kollegenkreis Alsterdorf“ hat jetzt – in Zusammenarbeit mit der Redaktion der oppositionellen Kirchenzeitung „Gegen den Strom“ – eine Dokumentation herausgegeben.

U.a. wird ein Artikel aus dem „Zeit-Magazin“, der sehr kritisch über die Arbeitsweise Alsterdorfs berichtet hatte, abgedruckt. Dieser Artikel hatte in der Anstalt eine Flut von Diskussionen ausgelöst, die sich erst nur auf die Zustände konkret in Alsterdorf bezogen, inzwischen aber mehr und mehr zu Grundsatzdiskussionen um das Für und Wider von Anstalten überhaupt geworden sind. Dokumentiert werden auch die große Anzahl von Artikeln in der bürgerlichen Presse sowie Rundfunksendungen mit dem Thema Alsterdorf. Auseinandergesetzt wird sich ebenfalls mit den „diakonischen Grundlagen“ der Anstaltsleitung. Am Schluß wird ein Forderungskatalog des „Kollegenkreises“ veröffentlicht.

Die Dokumentation kann bestellt werden beim

Kollegenkreis Alsterdorf
z. H. Horst Wallrath
Gerichtstraße 39
2000 Hamburg 50

Ein Genosse aus Hamburg

Wir helfen...nach

IN DEN ALSTERDORFER ANSTALTEN



Dokumentation einer Auseinandersetzung

KOLLEGENKREIS ALSTERDORF

Herausgegeben von
Kollegenkreis Alsterdorf
unter Mitarbeit der Redaktion „Gegen den Strom“



Italien

Wahlen in Italien: Das Manöver der Reaktion gescheitert Denkzettel für die PCI Linke gewinnt

Am 3./4. Juni wählten die Italiener ein neues Parlament. Damit endet ein Wahlkampf, der sich vor allem in markigen Worten gegen den „Terrorismus“ erschöpfte, in dem aber die großen „staatstragenden“ Parteien zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen des Landes keine Lösungsvorschläge zu bieten hatten. Auch die Koalitionsfrage, angesichts der bunten Parteienlandschaft Italiens besonders wichtig, wurde eher ausweichend beantwortet. Klar war, daß die PCI weiterhin den „historischen Kompromiß“ anstrebt, aber endlich in Form von Ministersesseln ihre Zusammenarbeit mit den Christdemokraten belohnt haben möchte, während die „Democrazia Cristiana“ die Unterstützung der PCI begrüßt, ihr aber keine Ministerposten zugestehen will. Diese Kontroverse war Anfang dieses Jahres auch der Grund für die Aufkündigung der Unterstützung durch die PCI und den Rücktritt der Regierung Andreotti. Es folgte die 37. Inszenierung eines Wahlspektakels, diesmal eher müde geführt.

Stimmengewinne der „Kleinen“

Entgegen den meisten Voraussagen, die gegenüber den Ergebnissen von 1976 der PCI ein Wahldebakel prophezeiten und der DC einen großen Aufschwung, ging diese Wahl, bei Verlusten der PCI vor allem zugunsten der kleineren Parteien aus. Die PCI büßte „nur“ 4% der Stimmen ein (jetzt 34,4%), die DC verlor immerhin 0,4% (jetzt 38,3%) und die Sozialisten konnten sich nur um 0,2% auf 9,8% verbessern. Stimmengewinne erzielten die recht bedeutungslosen Sozialdemokraten (plus 0,4% auf 3,8%), die (Rechts-)Liberalen (plus 0,6% auf 1,9%) und vor allem die „Partido Radicale“, die ihren Anteil von 1,1% gleich auf 3,4% verdreifachen konnte. Sie hat jetzt 18 Sitze im Parlament,

14 mehr als 1976 erhalten.

Die „Neue Linke“, die noch 1976 gemeinsam als „Democrazia Proletaria“ kandidiert hatte (Zusammenschluß von Pdup/„il manifesto“, Lotta Continua, Avanguardia Operaia und einigen kleineren Gruppen), und damals enttäuschende 1,5% erhielt, konnte sich diesmal auf kein gemeinsames Vorgehen einigen. So kandidierten zwei Listen, Pdup/„il manifesto“ (vielleicht am ehesten mit dem SB zu vergleichen) und „Nuova Sinistra Unita“ (NSU).

Die Pdup/„il manifesto“ erhielt 1,4% und wird im neuen Parlament mit 6 Sitzen vertreten sein, die NSU erhielt 0,8%, stellt aber keinen Abgeordneten. Angesichts der Tatsache, daß sich die Linke in Italien in einer schweren Krise befindet, Lotta Continua nicht mehr existiert und die Reste der Autonomen Bewegung sich für Wahlboykott ausgesprochen haben, waren nicht mehr als diese 2,2% für Pdup/NSU zu erwarten. Es ist sogar mehr, als die DP 1976 erhielt.

Besonders erfreulich ist der weitere parlamentarische Niedergang der Neofaschisten. Sie verloren 0,2% und verfügen jetzt gerade noch über 5,9% (Die Nationaldemokraten hatten sich von der MSI abgespalten und erhielten jetzt 0,6% der Stimmen, aber keinen Sitz).

Regierungsbildung

Die Regierungsbildung wird durch den Wahlausgang nicht erleichtert. Der DC war noch vor den Wahlen ein Anstieg um 5% (L'Espresso, 3.6.) prophezeit worden. Sie hätte dann aus einer Position der Stärke Koalitionsverhandlungen führen können. Nun aber sind die kleineren Parteien relativ bedeutender geworden. Eine Schlüsselrolle fällt dabei den Sozialisten und Sozialdemokraten zu, denen die Christdemokraten bereits Koalitionsofferten machten, wobei allerdings die Sozialisten bisher nicht



Zwei Ordnungsmächte Hand in Hand: PCI und DC (mit Libertas-Wappen) auf gemeinsamer Demonstration gegen die Roten Brigaden

bereit sind, einen Ministerpräsidenten Andreotti weiterhin zu akzeptieren („Süddt.Ztg.“ 6.6.).

Schwierig wird die Situation auch für die PCI. Zwar ist die Parteizentrale offensichtlich froh, nicht unter die 30%-Marke gerutscht zu sein, andererseits ist der Denkzettel für ihre Politik der Anbiederung an die DC unübersehbar. Besonders kraß ist der Rückgang ihrer Wählerstimmen in den großen Städten des industrialisierten Nordens (vor allem zugunsten der Linken) und im Mezzogiorno, wo sich Sozialisten, Sozialdemokraten, Christdemokraten und die Radikalen den Zugewinn teilen. Im Süden, wo es die höchste Arbeitslosenquote gibt (über 10%) und die geringsten Löhne, mußte das Arrangement, daß die PCI mit der DC und dem großen Kapital des Landes suchte, die spürbarsten Auswirkungen haben.

nen (sei es das Referendum gegen die Einschränkung von Streikrecht und Versammlungsfreiheit, das Referendum gegen den Todesschuß, das Referendum gegen die Parteienfinanzierung) zusammen mit der DC und den anderen Parteien des „Verfassungsbogens“ gegen die fortschrittlichen Kräfte. Dieses Regierungsbündnis umfaßte 94,3% aller Stimmen! In ähnlicher Weise nahm die PCI auf die Gewerkschaften Einfluß – die Zahl der Streiks ging zurück. Den Beweis, daß eine solche Politik tatsächlich der Bevölkerung nützt, blieb sie schuldig – und dafür hat sie jetzt ihren Denkzettel erhalten.

Partido Radicale

Die Stimmen, die die PCI verlor, sind denen zugute gekommen, die eine konsequentere linke Politik befürworteten und machten, zum kleineren Teil der „Neuen Linken“, vor allem aber der Partido Radicale (PR). Diese Partei war in der Vergangenheit der maßgebliche Motor der Referendums Kampagne. Sie hat mit dem Kampf gegen die Atomkraftwerke begonnen. Ihre Hochburgen hat sie in den großen Städten, sie ist vielleicht am ehesten noch mit der „Bunten Liste“ zu vergleichen. Ihr Parteiapparat ist recht klein, in ihr arbeiten aber viele Initiativgruppen. Über ein Programm verfügt sie nicht – dafür ist sie in der Öffentlichkeit mittels spektakulärer Aktionen sehr aktiv. So provozierte ihr Mitbegründer und ihre Symbolfigur Marco Pannella beispielsweise vor einiger Zeit seine Verhaftung, indem er öffentlich und angekündigt auf der Piazza Fontana in Rom ein Haschpfeifen rauchte. Diese Aktion führte zu einer heißen innenpolitischen Diskussion über das Drogengesetz und wurde Anlaß zu einer gewissen Liberalisierung.



Berlinguer – was nun?

barsten Auswirkungen haben.

PCI – Quo Vadis?

Die Absage eines Teils der Wähler und der wachsende Unmut an der Parteibasis über die faktische Ausgestaltung des „historischen Kompromisses“ stellt die PCI-Führung vor Probleme. In den letzten drei Jahren hat sie mit aller Macht versucht, sich als „staatstragende“ Partei herauszuheben, das Bündnis mit der Reaktion war ihr allemal lieber als eine konsequente Opposition: so kämpfte sie in fast allen Referendumskamp-

berlinguer – was nun?

richt verteidigen, nach dem Motto: „Gerechtigkeit für alle“. Allerdings ist sie in den letzten Jahren immer weiter nach links gerückt und sie stellt heute die einzige einigermaßen einflussreiche linke Opposition in Italien dar, die auch aufgrund ihrer speziellen Organisationsform in der Lage ist, andere Teile der Linken in bestimmte Kampagnen zu integrieren. Die Tatsache, daß ihr prominente Persönlichkeiten angehören bzw. sie unterstützen, verstärkt ihren Einfluß gerade in Zeiten nicht vorhandener Massenbewegungen.

Neue Linke

In Italien gibt es keine 5%-Klausel. Dadurch haben auch kleinere Parteien die Chance, in das Parlament zu gelangen. Allerdings müssen sie mindestens in einem Wahlkreis ein sogenanntes „Quorum“ erreichen. Während die NSU es nicht schaffte und ihnen somit ihre 0,8% der Wählerstimmen kein Mandat einbringen, schaffte es die Pdup. Sie stellt mit 1,5% jetzt 6 Abgeordnete, genauso viel, wie die Gemeinschaftskandidatur „Democrazia Proletaria“ vor 3 Jahren. Trotz einer parteiübergreifenden Initiative von der Basis kam es zu keiner gemeinsamen Kandidatur. Die Pdup meinte, ohne gemeinsames Programm gehe es nicht, und die NSU sieht die Pdup immer noch sehr stark (nicht zu Unrecht) auf die PCI ausgerichtet.

Fazit: Die „Neue Linke“ wird auf Kosten der PCI stärker, die Partido Radicale erzielt den größten Sprung nach vorn, die PCI wird sich jetzt wohl gezwungen sehen, wieder „mehr Opposition“ zu machen, weil sie keine Ministersessel bekommen wird – aber für die Bevölkerung werden diese Wahlen keinerlei Verbesserung bringen. Die alten Kräfte sind am Ruder geblieben.

Ein Genosse aus Hamburg

AUSGESUCHTE WAHLERGEBNISSE IN DEN GRÖSSTEN STÄDTEN (In Klammern prozentuale Veränderung gegenüber 1976) Letzte Spalte nur „DP“, Zusammenschluß von Pdup/NSU und anderen 1976

	DC	PCI	PR	NSU	Pdup	DP
Turin	26,7 (-3,1)	34,1 (-6,0)	6,7 (+4,3)	1,4	1,4	1,9
Mailand	29,5 (-3,7)	27,8 (-3,9)	6,9 (+4,5)	1,8	1,8	3,2
Genua	27,6 (-2,6)	37,6 (-4,0)	6,0 (+4,3)	0,9	0,8	1,0
Venedig	32,6 (-0,8)	31,8 (-3,7)	6,6 (+4,6)	1,3	1,5	2,1
Florenz	31,7 (-1,9)	38,4 (-2,5)	4,5 (+2,9)	1,4	1,3	1,7
Bologna	25,0 (-2,3)	45,1 (-1,5)	4,8 (+3,5)	0,9	0,9	1,2
Rom	34,2 (+0,4)	29,7 (-6,1)	7,5 (+5,1)	1,3	0,9	1,5
Neapel	30,5 (+0,7)	30,7 (-1,0)	6,0 (+4,7)	0,8	1,3	—
Palermo	44,8 (+1,0)	16,5 (-7,9)	6,6 (+4,6)	0,6	1,2	1,5

WAHLERGEBNISSE ZUR DEPUTIERTENKAMMER

Partiti	1979			1976			1972		
	Voti	%	Seggi	Voti	%	Seggi	Voti	%	Seggi
DC	14.007.594	38,3	262	14.209.519	38,7	263	12.919.270	38,7	266
PCI	11.107.883	30,4	201	12.614.650	34,4	227	9.072.454	27,1	179
PSI	3.586.256	9,8	62	3.540.309	9,6	57	3.210.427	9,6	61
PSDI	1.403.873	3,8	20	1.239.492	3,4	15	1.717.509	5,1	29
PRI	1.106.766	3,0	16	1.135.546	3,1	14	954.597	2,9	15
PLI	708.022	1,9	9	480.122	1,3	5	1.297.105	3,9	20
PR	1.259.362	3,4	18	394.409	1,1	4	—	—	—
NSU	293.443	0,8	—	—	—	—	—	—	—
PDUP	501.431	1,4	6	557.025	1,5	6	—	—	—
MSI	1.924.251	5,3	30	2.238.339	6,1	35	2.896.762	8,7	56
DEM. NAZ.	228.340	0,6	—	—	—	—	—	—	—
SVP	206.264	0,6	4	184.375	0,5	3	153.764	0,5	3
Altri	233.100	0,7	2	113.762	0,3	1	1.192.861	3,5	1

Voti = Stimmen
Seggi = Sitze

NSU + PDUP (+ andere) kandidierten 1976 gemeinsam als „Democrazia Proletaria“

DC = Christdemokraten
PCI = Kommunistische Partei
PSI = Sozialisten
PSDI = Sozialdemokraten

PRI = Republikaner
PLI = Liberale
PR = Partido Radicale
NSU = Nuova Sinistra Unita

PDUP = Partei der prol. Einheit
MSI = Faschisten (Almirante)
DEM. NAZ. = Fasch. Abspaltung
SVP = Südtiroler Volkspartei
Altri = Andere

Florenz im Mai 1979

Es ist Sonntagvormittag. Noch immer blickt man gleich nach dem Aufstehen voll banger Hoffnung aus dem Fenster – und stellt befriedigt fest, daß die Sonne wieder scheint. Die Stimmung auf der Straße ist angemessen: Weniger Autos als sonst, feiertägliche Gemächlichkeit, die Männer in Anzügen, die meisten Frauen noch teuer angezogen als ohnehin schon hier im Alltag, die Kinder mit Lackschühchen und Schleichen im Haar. So geht man zum nächsten Zeitungskiosk und holt sich die Zeitung. So setzt sich die große Familie ins Auto und fährt hinaus in die grüne Umgebung. Dort wird man seinen Picknick-Koffer herausholen, sich neben das Auto setzen und das Radio anstellen. Der Sonntagmittag gehört nämlich dem Sport, zumindest aus der Sicht der Männer. Das heißt natürlich Fußball, aber speziell in diesen Tagen auch „Giro d'Italia“, vierzehntägiger Rundkurs der Radprofis, fachmännisch verfolgt von Millionen rad-sportbegeisterter Italiener.

Die Welt scheint in Ordnung – scheint! Verborgener ist das Elend im heutigen Italien. Es dürfte ca. 8 % Arbeitslose geben, die allerdings fast überhaupt nicht durch Arbeitslosengelder unterstützt werden. Die einzige Sicherung ist meistens die Großfamilie. Betroffen seit jeher die Verarmten im Mezzogiorno, in Süditalien, von der Zentralregierung Roms über Jahrzehnte bis heute völlig vernachlässigt, überlassen dem Walten anachronistischer Latifondistas (Großgrundbesitzer, Anm. AK) und der Korruption von mafiosen arbeitenden Interessengruppen – im Baugewerbe, in der Wasserwirtschaft, im Tourismusgewerbe, im Rauschgifthandel – und das nicht nur auf Sizilien.

Aber es ist auch das Elend der jugendlichen Arbeitslosen in den großen Städten des Nordens, der ausgebildeten Studenten und der Schüler, deren Perspektive unglaublich düster ist: Keine Aussicht auf Arbeit, keine staatliche Unterstützung, keine eigene Wohnmöglichkeit, nichts. Viele dieser „Emarginati“ (an den Rand gedrängten) haben sich in autonomen Gruppen zusammengeschlossen, organisieren Klauaktionen in Supermärkten und in der Stadt, Hausbesetzungen etc.. Sie sind teilweise bewaffnet, manchmal kämpfen sie mit einer politischen Perspektive, oft aber auch nur bandenmäßig, um zu überleben. Diesen Jugendlichen muß der Kampf der „brigate rosse“ als einzig richtiger Weg erscheinen. Diese Tatsache trägt auch dazu bei, daß die „brigate rosse“ in Italien nicht annähernd so isoliert ist wie die RAF in der BRD.

„Terrorismus“ – Ein beliebtes Thema

Blickt man in die Zeitungen, sieht fern, hört Radio, so hat man den Eindruck, in Italien gebe es kein anderes politisches Problem als den „Terrorismus“. Sicher gibt es jede Woche kleinere oder größere Aktionen der „brigate rosse“ oder anderer bewaffneter Gruppen – dennoch sind die sozialen Mißstände für die Masse der Bevölkerung viel gravierender, unmittelbar spürbar. Aber: Auf die Tagesordnung setzen die Verantwortlichen den „Kampf gegen den Terrorismus“ in allen Formen. Von den Rechten erwartet man dies auch. Erschreckend ist nur, daß die PCI alles daransetzt, sie sogar noch zu überholen, um ihre Staatstreue unter Beweis zu stellen.

Besonders beliebt scheinen zur Zeit „Enthüllungen“ über Toni Negri zu sein, einen Führer der „Autonomia Operaia“, der zusammen mit über 20 anderen Genossen am 7. April dieses Jahres unter dem Verdacht der Mitarbeit in einer „kriminellen Vereinigung“ (nämlich „brigate rosse“) verhaftet wurde. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, die entscheidenden Telefongespräche mit Frau Moro geführt zu haben. Mittlerweile werden aber die Verdachtsmomente immer unkonkreter: Jetzt geht es nur noch darum, daß er der geistige Vater der „brigate rosse“ gewesen sei, so eine Art Cheffideologe. Wir besuchen ein Stadtteilbüro der PCI, Via Guelfa 64. Was halten die Genossen von der Einknastung Toni Negris und anderer Genossen? „Es gibt Anzeichen, daß er mit der „brigate rosse“ zusammengearbeitet hat.“ Aber die „Be-weise“ werden doch immer dürrer. Warum setzt sich die PCI nicht für eine Freilassung ein, solange nichts Konkretes vorgeworfen werden

kann? „Wir werden uns erst dann dafür einsetzen, wenn seine Unschuld zweifelsfrei gerichtlich festgestellt ist.“ Und weil uns die staatliche Verschleppungstaktik wohlbekannt ist, fragen wir noch, wie lange dies denn nach ihrer Meinung wohl noch dauern dürfte. „Das weiß man nicht, vielleicht einen Monat, ein Jahr, fünf Jahre“. Uns reicht's.

Gegeninformation

Die Vorwürfe, die T. Negri und anderen Genossen heute gemacht werden, zielen eher darauf ab, die Möglichkeit der Meinungsäußerung insgesamt zu beschränken. Heute gibt es noch eine öffentlich zugängliche Meinungsvielfalt, gegen die sich die bundesrepublikanische Medienlandschaft wie gleichgeschaltet ausnimmt. Es erscheinen vier linke Tageszeitungen (ohne die „Unità“) und eine Menge von kleinen und kleinsten Zeitschriften u.a. von den Autonomisten. Ein Mescalero-Aufruf wäre sicher in Italien ohne juristische Konsequenzen geblieben – noch. Und es existieren in Italien ca. 100 alternative Radiosender (von 3.500 privaten Sendestationen insgesamt), die Gegeninformation ermöglichen.

Besuch von Contro-Radio in Florenz

Er ist der größte alternative Sender dieser Stadt, außer ihm existieren noch zwei andere. Er erreicht nach eigenen Angaben ca. 20 -30.000 Hörer im Zeitraum einer Woche, wird betrieben von einem Stamm von zehn festen Mitarbeitern, zumeist Ex-Lotta-Continua-Genossen. Er sendet täglich auf UKW 93,7.

Betrifft man die Sendeanstalt, so ist man überrascht über die spärliche Ausrüstung. Durch einen Büroraum, fast ausgefüllt durch zwei längliche, sicher gebraucht besorgte Schreibtische, geht es zum Regieraum, vergleichbar mit einem kleinen Glaskasten, 2x2m groß, nach außen isoliert durch nebeneinandergeklebte Eierpappen. Zwei Plattenspieler, einige Mikrophone, einige zig Platten und viele Ordner, fertig. „Das ist ja hier jappent.“ Zwei „latenopieret“, einige Mikrophone, einige zig Platten und viele Ordner, fertig. „Das ist ja hier keine größere Anlage, wie sie fast jeder deutsche Genosse hat“, entfährt es einem Besucher. Genau, so einfach ist das. Und: die Sender werden ernst genommen. Da läuft z.B. gerade eine Sendung zum Wahlkampf, eingeladen sind die Vertreter der verschiedenen linken Gruppen, auch PCI und die Sozialisten, Thema der Diskussion: „Terrorismus“. Alle angesprochenen Parteien erscheinen, keine möchte fehlen. Die Fragen sind scharf und nachbohrend, wie es sich für richtige Interviews gehört. Diese Diskussionsrunde ist eine ständige Einrichtung des Senders, sie trägt den Namen „Tigerkäfig“, sicher in Anspielung darauf, daß es dabei nicht zimperlich zugeht.

Ein großes Problem ist allerdings für Contro-Radio (und die anderen alternativen Sender) die Frage der Finanzierung. Man braucht hier im Monat 5.000 - 10.000 DM, vor allem für die Beschaffung wichtiger, aber häufig anderswo unterdrückter Informationen. So schien es den Genossen von Contro-Radio wichtig, zur Zeit des Russell-Tribunals täglich in Frankfurt anzurufen, um sich schnell und aus erster Hand informieren zu lassen. So etwas kostet natürlich auf die Dauer viel Geld. Die Genossen diskutieren jetzt, ob sie nicht Gelder von Parteien nehmen und Werbung zulassen sollten. Eine Mehrheit ist dafür, wenn gewährleistet ist, daß die Unabhängigkeit des Senders erhalten bleibt. Nach unserer Meinung gefragt, fallen uns keine anderen Alternativen ein, denn die Genossen verfügen in den meisten Fällen privat über sehr wenig Geld. Werbung oder nicht – wichtig scheint mir, daß es überhaupt Firmen und Parteien gibt, die einen alternativen Sender für so wichtig halten, daß sie aus seiner Nutzung für sich einen Vorteil glauben ziehen zu können.

Von staatlicher Seite gibt es schon seit einiger Zeit Versuche, diese Möglichkeiten der Gegeninformation zu beschneiden. Es ist ein Gesetz in Vorbereitung, angeblich um den Sprach- und Musiksalat auf den Sendefrequenzen einzudämmen, nachdem Sender einer Zulassung bedürfen, die wiederum abhängig gemacht wird von Umsatz und Zuhörerzahl. Was gut ist für die großen kommerziellen Sender, die tag-ein tagaus ihre verblödete Mischung von Disco-Sound und Coca-Cola-Werbung von sich geben, kann

(und soll auch) die Weiterexistenz solcher Sender wie Contro-Radio verunmöglichen. Das wäre, würde dieses Vorhaben Gesetz, ein schwerer Schlag für die italienische Linke, kann doch die Informationsmöglichkeit mittels Radio nicht hoch genug eingeschätzt werden, zumal viele Jugendliche und ältere Arbeitslose nicht über so viel Geld verfügen, sich regelmäßig eine Zeitung zu leisten.

„Krise der Linken“

Die Linke ist präsent in solchen Sendern oder als Zeitungsmacher oder als Hausbesetzer – aber eine machtvolle linke Bewegung existiert z. Zt. in Italien nicht. Spricht man mit italienischen Genossen, nimmt immer wieder der Begriff der „Krise“, mal beklagend, mal entschuldigend vorgebracht, einen zentralen Stellenwert ein. Was ist das für eine Krise? Ein Genosse antwortet: „Für mich ist das eine Krise der politischen Perspektive, eine Krise meiner eigenen Berufsperspektive und die Krise meiner Existenz, meiner Beziehungen zu anderen Menschen.“ Krise total, möchte man meinen. Und man sieht zu, wie Militante von gestern heute sich nur noch um ihre individuelle Entfaltung kümmern, dies durch die Lektüre von S. Freud, durch den Besuch beim Psychoanalytiker und den Rückzug von allen früheren Freunden und Genossen meinen bewerkstelligen zu können.

Es enttäuscht schon ein wenig, wenn man miterlebt, wie wenig doch gegen die Verhaftung von T. Negri und die anderen Genossen unternommen wird. Wer in diesen Monaten nach Italien kommt und eine kräftige Bewegung erwartet, die für seinen eigenen Kampf Mut macht, kann gleich wieder abreisen. Mir scheint dies auch das Scheitern einer spontanen Bewegung und ein Lehrstück für deren Begrenztheit zu sein, wie die großen Ereignisse von 1977 ein Lehrstück für seine

hervorragenden Möglichkeiten waren. Ein Lichtblick ist da immerhin die aufkeimende Anti-AKW-Bewegung. Ein erster Höhepunkt war die Demonstration von 20.000 AKW-Gegnern in Rom am 12. Mai.

Heute geht es ums Auto, morgen vielleicht schon ums Brot

Dabei wäre eine kämpferische Bewegung vonnöten, nicht nur um die Angriffe auf die Meinungsfreiheit und auf die Bewegung selbst zurückzuschlagen, sondern um eine angemessene Antwort auf eine Wirtschaftskrise zu geben, die noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte. Noch ist es zum Beispiel recht schwierig, Arbeiter aus den Betrieben zu entlassen. Nach den Vorstellungen der staatstragenden Parteien (incl. PCI) sollen Gesetze geschaffen werden, die eine Durchrationalisierung der italienischen Wirtschaft ermöglichen, was die Massenarbeitslosigkeit drastisch erhöhen würde. Wesentliche Unterstützung bekommen diese Versuche der Kapitalisten von der PCI, die meint, die jetzige Wirtschaftskrise sei nur ein Ergebnis der Tatsache, daß Italien auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sei. Ihre historische Rolle sieht sie darin, dieses Übel zu beseitigen, die Folgen kann man sich leicht ausmalen.

Schon heute gibt es in Italien eine hohe Inflationsrate. Im Lebensmittelladen nebenan kosten fünf Brötchen 1,25 DM, 100 g Käse 2,- DM. Benzin kostet bereits 1,25 DM pro Liter Super und soll noch teurer werden. Dabei liegen die Löhne in Italien erheblich niedriger als bei uns, im Norden nicht so gravierend, dafür aber im Süden umsomehr. 450.000 Lire (= 1.100 DM) verdient eine Bankangestellte in Florenz, die aber schon zu den besser Verdienenden gehört. Auch ist zu berücksich-

tigen, daß von den Einkommen in der Regel mehr Menschen zu versorgen sind als bei uns.

Andererseits sind seit einiger Zeit die Mieten per Gesetz festgeschrieben. Die Folge ist allerdings, daß nicht mehr in neue Häuser investiert wird und alte verfallen. In Florenz gibt es zur Zeit ca. 3.000 leerstehende Wohnungen und das bei größter Wohnungsnot. Obwohl gesetzlich nicht erlaubt, nehmen Wohnungsbesitzer weiterhin die Umwandlung ihrer Wohnungen in Luxusapartements vor, falls das auffliegt, zahlen sie die geringe Strafe mit links. In einer solchen Situation kommt es immer wieder zu Hausbesetzungen, von denen im Unterschied zur Lage bei uns gerade das Proletariat profitiert (z. B. kinderreiche Familien). Oftmals werden dann diese Besetzungen später gerichtlich legitimiert und die Bewohner werden „normale“ Mieter.

Das „schöne“ Mietstopgesetz – und die raue kapitalistische Wirklichkeit, das verträgt sich nicht. Durchsetzen wird sich, wer über Geld und Einfluß verfügt, womit die Begrenztheit derartiger Reformen im Kapitalismus deutlich wird.

Es klingelt an der Tür. Eine Genossin möchte mir die „Unità“, Tageszeitung der PCI, verkaufen. In dem Viertel, in dem ich untergekommen bin, ist die PCI recht aktiv, sie verkaufen ihre Zeitungen morgens in den Häusern, sie unterhalten auch hier ein „casa di populi“, ein Volkshaus, mit Veranstaltungsraum, Freizeitmöglichkeiten und einer kleinen Mensa, in die die Arbeiter aus den umliegenden Kleinbetrieben mittags zum Essen gehen und sie kleben viel Plakate. Leider steht in der „Unità“ nichts über die Anti-AKW-Demonstration in Rom, ich gehe zum Kiosk und hole mir eine „Lotta Continua“ und ein „Quotidiano“, freue mich über die Informationsmöglichkeiten und auch darüber, daß hier in Italien die Worte „Kommunismus“ und „Kommunist“ keine Schimpfworte sind.

Re. Hamburg

Spanien

„Wo immer sie sich verstecken, sie werden fallen!“ Neue Anti-Terror-Offensive in Spanien

Zwei Anschläge der jüngsten Zeit haben die „Anti-Terror“-Einheitsfront der spanischen bürgerlichen Parteien wieder gestärkt und neue bedeutende Einschränkungen von Freiheitsrechten („Anti-Terror-Gesetze“) wurden vom Parlament wie im Selbstlauf verabschiedet.

Am 25.5. wurden im Zentrum von Madrid drei Militärs und ihr Fahrer in ihrem Dienstwagen durch eine Handgranate und Schüsse aus Maschinenpistolen von zwei als Bauarbeiter getarnten Männern getötet. Der militärische ETA-Flügel bekannte sich zu dem Attentat, das zwei Tage vor der traditionellen jährlichen Militärparade der spanischen Streitkräfte durchgeführt wurde. Der ranghöchste der getöteten Militärs war Generalleutnant und oberster Personalchef der Armee. Im spanischen Bürgerkrieg war er ein enger Kampfgefährte Francos gewesen. Seit Inkrafttreten der spanischen Verfassung im Juli 78 sind insgesamt 10 Militärs Opfer von Anschlägen der baskischen Separatisten (ETA/m) geworden. Bei der vom spanischen Innenminister, Generalleutnant Ibanez Freire, angeordneten Fahndung großen Stils nach den Attentätern wurde ein junger Mann getötet, drei schwer verletzt. Polizeistreifen eröffneten einfach das Feuer auf ihnen verdächtig erscheinende Personenwagen!

Diese „Fahndungsoffer“ gingen in den großen politischen Tumulten um die toten Angehörigen der Armee völlig unter.

Der Innenminister, General Freire, kündigte nach dem Attentat die Verstärkung der Anti-Terror-Spezialeinheiten an und versprach: „Wo immer sie sich verstecken, sie werden fallen“. Einen direkten Einsatz des Militärs im Baskenland, wie ihn die spanischen Ultrarechten seit langem fordern, leh-

te er ab: „Das wäre genau das, was ETA sich wünscht“.

Bei einem weiteren Anschlag am 26.5. in Madrid in einem mit 300 Menschen vollbesetzten Café kamen durch eine Bombenexplosion 8 Menschen ums Leben und 40 wurden verletzt. Von diesem Anschlag hat sich ETA/m ausdrücklich distanziert. Vieles deutet darauf hin, daß hier die Faschisten von „Fuerza Nueva“ („Neue Kraft“) am Werk waren. Obwohl das Café „California 47“ schräg gegenüber vom Büro der Organisation „Fuerza Nueva“ liegt und Angehörige dieser Terrororganisation häufig dort verkehrten, befindet sich nach unseren Kenntnissen unter den Toten und Verletzten kein einziger Faschist, die Toten sind fast ausschließlich ältere Frauen, die dort gegen Abend einen Imbiß zu nehmen pflegten.

Eine Parallele zu diesem Attentat drängt sich auf: Am 13.9.74 waren bei einem Anschlag im Café Rolando in Madrid in der Calle de Correo 12 Menschen getötet und 71 verletzt worden. Dieser Anschlag wurde nie aufgeklärt, obwohl monate- und jahrelang prominente Linke (wie Eva Forest, Alfonso Sastre, Antonio Durán) deshalb verdächtigt und gefangen gehalten wurden. Damals hatte die Zeitschrift „Cambio 16“ unwidersprochen behauptet, daß sie aus sicherer Quelle wisse, daß Angehörige der Polizei vom Staatssicherheitsdienst (DGS) vorher angehalten worden waren, in diesem Lokal nicht mehr zu verkehren und sich nicht in der unmittelbaren Nähe aufzuhalten. Auch dies Lokal war nämlich eine bekannte Aufenthaltsstätte für Bullen und Schnüffler, weshalb die Konstruktion „linke Terroristen legten Bombe in Polizisten-Café“ sich gut verkaufen ließ.

Der Anschlag auf „California 47“ mündete in massive Ausbrüche der „Fuerza-Nueva“-Faschisten. Sie versuchten, das PCE-Büro und das der Anarcho-Syndikalist der CNT zu stürmen, und veranstalteten in den folgenden Tagen mit Tausenden von Anhängern Kranzniederlegungen vor dem Café, und blockierten mit Rufen wie „Mörder-ETA“, „Mörder-Regierung“, „Das Militär an die Macht!“ den Verkehr, und errichteten Barrikaden gegen die Polizei, die 16 von ihnen verhaftete. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß auch in diesem Fall die Nachforschungen von Polizei und Justiz sich nur auf ETA und GRAPO (eine andere bewaffnete antifaschistische Gruppe) konzentrieren werden.

Nach diesen beiden Attentaten wurden bei allen Sitzungen von Gemeinderäten sowie des Parlaments von der spanischen Regierungspartei scharfe Verurteilungen des Terrorismus auf die Tagesordnung gesetzt. Unseres Wissens waren es nur die Abgeordneten von „Herri Batasuna“ in den baskischen Gemeinderäten, die diesen Verurteilungen und Globaldistanzierungen nicht zustimmten (Herri Batasuna ist ein Bündnis, das mit dem militärischen ETA-Flügel sympathisiert und bei den jüngsten Kommunalwahlen im Baskenland teilweise über 20% der Stimmen erhielt).

Bei der Anti-Terror-Debatte im spanischen Parlament am 30.5. verabschiedeten alle Parteien einschließlich der spanischen Sozialisten (PSOE) und der PCE (Euro-Revisionisten) eine Erklärung, in der der Suarez-Regierung bei allen ihren Maßnahmen

Fortsetzung auf S. 42

Fortsetzung von S. 41

gegen den Terrorismus Unterstützung zugesichert wird. Dies ist gleichbedeutend mit einer Blanko-Vollmacht für die Suarez-Regierung in Sachen Terrorismus.

In der Erklärung versicherten die Abgeordneten die „Solidarität des Parlaments mit den Streitkräften und den Sicherheitsorganen des Staates, deren besonnene Haltung angesichts der letzten Ereignisse eine solide Erfolgsgarantie im Kampf gegen den Terrorismus bieten.“

Drittens. (Der Deputiertenkongreß) unterstützt die Regierung der Nation, die Sicherheitskräfte des Staates und die Organe der Justiz, darin, in Übereinstimmung mit den Gesetzen alle verfügbaren Mittel (!) anzuwenden, die der Untersuchung der Taten, ihrer Urheber, ihrer Verbindungen und Ziele dienen; sowie bei der Verfolgung und Bestrafung der Schuldigen und bei der Erforschung und Anwendung der Maßnahmen, die zur Auslöschung (!) des Terrorismus dienen...“ (El Pais, 31.5.79).

Wie weitgehend die Absichten bzw. schon gesetzlichen Vollmachten der spanischen Regierung im Kampf gegen den Terrorismus gehen, war bereits auf einer Parlamentsdebatte am 24.5. deutlich geworden, bei der 171 Abgeordnete für das ganze von der Regierung vorgeschlagene Anti-Terror-Paket stimmten. 114 Abgeordnete enthielten sich der Stimme (...), 10 stimmten dagegen. Die Enthaltungen kamen u.a. von den Abgeordneten der PSOE, der PCE und des baskischen PNV.

Der heutige Stand der „Anti-Terror“- Gesetzgebung

Mit der Abstimmung vom 24.5. wurde ein äußerst umstrittenes Regierungsdekret „Zum Schutz der Si-

cherheit der Bürger“ (erlassen am 26.1.79) zum verbindlichen Gesetz. Dieses neue Gesetz verschärft die ohnehin schon verschärfte Anti-Terror-Gesetzgebung vom Juni 78, wonach u.a. jeder, der des Terrorismus verdächtig ist, über die gesetzliche 3-Tagesfrist (also auf unbestimmte Zeit) ohne Verbindung zu Anwälten oder Familienangehörigen von der Polizei festgehalten werden kann, wonach Telefon- und Postüberwachung von Terrorismusverdächtigen keiner Legitimation mehr bedarf, usw. Das neue Gesetz „Zum Schutz der Bürger...“ sieht Gefängnisstrafen für jede öffentliche (mündlich oder schriftlich geäußerte) „Verherrlichung von Gewalt“ vor, welche von „bewaffneten und organisierten Gruppen“ ausgeht; jede Aktion, bei der es zu Gewalt kommt, wird bestraft, so auch die Aktionen von Streikposten! (Wir berichten hierüber im AK).

Besonders wegen der Strafandrohung gegen Streikposten hatten u.a. PSOE und PCE Resolutionen im Parlament für die Abschaffung des Regierungsdekrets eingebracht. Diese wurden mit der rechten Mehrheit vom Tisch gewischt.

Wie wenig ernst es der PSOE und PCE mit der Ablehnung des angeblich „verfassungsfeindlichen“ Regierungsdekrets war, (dieses Gesetz ist dem 90a-Paragrafen der BRD wie aus dem Gesicht geschnitten) zeigte sich bei ihrer Stimmenthaltung bei der Globalabstimmung aller Anti-Terrormaßnahmen der Regierung, bei der auch dieses Gesetz mit über die Bühne ging. Die regierende Zentrumsunion erhielt so Vollmachten für nicht näher erläuterte Gesetzesänderungen bei den Strafgesetzen, bei der Gesetzgebung über die Kompetenzen der „Sicherheits“kräfte, bei der Gesetzgebung über die Gefängnisordnung usw. Außerdem wird sie eine „Sensibilisierungskampagne“ bei der spanischen Bevölkerung für die Aufgaben der „Sicherheits“kräfte einleiten, um zu mehr Kooperation zwischen Bürgern und Polizei zu

bei der Gesetzgebung über die Gefängnisordnung usw. Außerdem wird sie eine „Sensibilisierungskampagne“ bei der spanischen Bevölkerung für die Aufgaben der „Sicherheits“kräfte einleiten, um zu mehr Kooperation zwischen Bürgern und Polizei zu

Der heutige Stand der „Anti-Terror“- Gesetzgebung

Mit der Abstimmung vom 24.5. wurde ein äußerst umstrittenes Regierungsdekret „Zum Schutz der Si-



Spanische Faschisten in Aktion ... An ihnen geht die „Anti-Terror“- Kampagne gezielt vorbei

kommen. Sie erhielt ebenfalls Vollmachten für den Ausbau einer eng abgestimmten Zusammenarbeit aller zentralen und lokalen Polizeioorgane sowie einer besseren Zentralisierung des gesamten Polizeiapparates (El Pais, 23.5.79).

Das Motto, unter dem diese Parlamentsdebatte stand, war vom Innenminister, Generalleutnant Freire, ausgegeben worden, der den Terrorismus

als „die schwerste Form des Verbrechens“ bezeichnet hatte, „da er sich gegen das innerste Wesen der Gesellschaft und des Staates richtet“ (El Pais, 23.5.79).

Die Verhaftungen aufgrund der Anti-Terror-Gesetzgebung seit Juni 78 bzw. Januar 79 sind enorm gestiegen. Es gibt inzwischen wieder Hunderte von politischen Gefangenen in Spanien. Während der Streikwelle der

letzten Monate fielen ihr viele Streikposten zum Opfer, Bank- und Versicherungsangestellte, Metall- und Textilarbeiter wurden abgeurteilt und mit Geldstrafen belegt. Ganz zu schweigen von den vielen Hundert baskischen und anderen linken Gefangenen, die der Sympathie mit dem Terrorismus verdächtigt werden.

Türkei Türkei

Neue Terrorwelle gegen die Linke

Gestützt durch die sozialdemokratische Militärregierung, die mit dem Verbot des 1. Mai in Istanbul ihr arbeiterfeindliches Gesicht gezeigt hat, haben die faschistischen Mordanschläge wieder zugenommen. Dabei sind die faschistischen Mordbestien zu Massenerschießungen übergegangen.

— 17. Mai in Ankara
Fünf Faschisten stürmen ein Cafe. Mit vorgehaltener MP zwingen sie die Menschen, sich auf den Boden zu legen. Danach wird das Feuer auf bekannte Linke gerichtet. Sieben Menschen werden erschossen, zwei schwer verletzt.

— 21. Mai in Istanbul
Faschisten werfen eine Bombe in eine Gruppe von 500 Menschen, die am Kai auf eine Fähre warten. Viele werden schwer verletzt.

— 23. Mai in Istanbul
Ein Cafe linker Studenten wird von Faschisten gestürmt: ein Toter, zwei Schwerverletzte.

— 24. Mai in Istanbul.
Wieder wird in ein Cafe eine Bombe geschmissen: acht Verletzte, davon vier schwer verletzt.

— 25. Mai in Istanbul
Der Terror gegen Kaffeehäuser hält an: Faschisten töten bei einem Angriff vier Menschen, 14 werden verletzt.

— 28. Mai in Istanbul
Faschisten stürmen ein Cafe: drei Verletzte. Am selben Tag ebenfalls ein Angriff auf ein Cafe in Düzce: ein Toter, sechs Verletzte.

— Anfang Juni
In Bursa überfallen Faschisten ein Cafe: ein Toter, zwei Schwerverletzte.

Diese Beispiele zeigen exemplarisch den Terror einer Woche, dem die Linken ausgesetzt sind. Das hindert die sozialdemokratische Regierung nicht daran, weiter vom „Terror von rechts und links“ zu reden. Der Vorsitzende der faschistischen MHP ruht sich derweil in der Bundesrepublik aus und hetzt seine Banden weiter auf.

Verbot der faschistischen MHP und aller Tarnorganisationen! Weg mit dem Kriegsrecht gegen die antifaschistische und fortschrittliche Bewegung in der Türkei! Faschist Türkes raus aus der BRD, rein in den Knast! Verbot der „Grauen Wölfe“ in der BRD!

Türkei-Kommission



Beschlagnahmung der 1.-Mai-Transparente

„Wir müssen uns für schwere Tage bereit halten“

Fast vier Wochen nach dem 1. Mai sind in der Türkei noch lange nicht alle der über 2.000 Verhafteten wieder freigelassen.

Mittlerweile frei sind der Vorsitzende der Gewerkschaft DISK, Bastürk, sowie sieben weitere Vorstandsmitglieder der DISK, da „durch die Festnahme wir unser Ziel bis jetzt erreicht haben. Jetzt können wir sie freilassen, die Verfahren aber gehen weiter“, — so der militärische Staatsanwalt von Istanbul. Auch der Vorsitzende der TIP (Partei der Werktätigen), Behice Boran, sowie weitere 330 Menschen wurden freigelassen.

Behice Boran, die über 70 Jahre alt ist, führte eine Demonstration am 1. Mai an und wurde von den Soldaten brutal geschlagen.

Weitere 137 Menschen wurden zu Freiheitsstrafen von 15 bis 30 Tagen verurteilt. In einer Gewerkschaftsversammlung erklärte der DISK-Vorsit-

zende Bastürk, daß die Gewerkschaft sich für schwere Tage bereithält und sich durch innere wie äußere Kräfte nicht zerteilen lassen wird. Diese Anspielung gilt der revisionistischen TKP (Kommunistische Partei der Türkei), die mit den von ihr beeinflussten Gewerkschaften nicht am Beschluß der Gewerkschaften festhielt, in Istanbul zu demonstrieren, sondern schon Monate vorher eine Demonstration in Izmir anmeldete, wo kein Kriegsrecht herrscht. Ein besonderer Dank des Kriegsrechtskommandanten war die Belohnung.

Die türkischen Gewerkschaften dürfen in dieser Situation nicht allein gelassen werden. Deshalb ist die Solidarität aller notwendig, die die Freilassung aller Verhafteten und die Einstellung aller Verfahren fordern.

Türkei-Kommission

REBELL EXTRA erschienen!



Der REBELL EXTRA, herausgegeben von der Lehrlingsgruppe des KB Hamburg, ist für jeden informativ, der in der Jugendarbeit steckt. Folgende Themen werden behandelt:

- Es wird die Entwicklung der Stufenausbildung nach 1945 analysiert und bewiesen, daß die Gewerkschaftsführer an der Planung der Stufenausbildung von Anfang an beteiligt waren.
- Seit November 1977 steht fest: IG Metall und Metallkapitalisten planen eine Ausweitung der Stufenausbildung auf alle Metallberufe. Dies ist in der Gewerkschaft, aber auch in der Gewerkschaftslinken kaum bekannt. Wir verstehen unsere Untersuchung zur „Neuordnung der Metallberufe“ (so nennt sich das) auch als Diskussionsangebot an andere Gewerkschaftslinken.
- Weiterhin untersuchen wir die Lage der Mädchen und nehmen die offiziellen Regierungsverlautbarungen einmal unter die Lupe.
- Schließlich beweisen wir, daß die offiziellen Statistiken zur Jugendarbeitslosigkeit 50% der jugendlichen Arbeitslosen unter den Tisch fallen lassen und daß auch die Ausbildung zum Hilfsarbeiter (vor allem im Handwerk) rapide zunimmt.

Der REBELL EXTRA kostet DM 1,— und ist zu beziehen über den Jürgen Reents Verlag, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50



lateinamerika

Nicaragua: Generalstreik und Aufstand!

Seit Anfang Juni hat die FSLN zur lange angekündigten Offensive zum Sturz Somozas aufgerufen. Das Land wird seit dem 6.6. durch einen Generalstreik vollständig lahmgelegt, mehrere Städte sind bereits in den Händen der Aufständischen. Von allen Fronten werden schwere Kämpfe gemeldet. 174 BRD-Bürger wurden bereits evakuiert.

In den letzten Mai-Tagen hat sich, wie im letzten ARBEITERKAMPF berichtet, der Widerstand in Nicaragua wesentlich verstärkt. Besonders im Grenzgebiet zu Costa Rica traten die Guerilleros in bis zu 300 Mann starken Einheiten auf. Die Nationalgarde bombardierte Stellungen der Guerilla und setzte zwei riesige Raketenwerfer mit 42 Rohren, die auf Tieflader montiert waren, ein (SZ, 2./3./4.6.79). In rund der Hälfte des Gebiets von Nicaragua üben die Sandinisten bereits die

genommen. 6 Nationalgardisten und ein Guerillero kamen dabei ums Leben (TAZ, 6.6.79).

Für Montag, den 4. Juni, hat die FSLN zum Generalstreik aufgerufen. Hierzu der Augenzeugenbericht des Journalisten Leo M. Gabriel (CIILA): Managua, 4.6. Am Montag um 7 Uhr morgens erwachte Managua, als wenn sich ein Erdbeben ereignet hätte. Männer, Frauen und Kinder kamen aus ihren Häusern, bevölkerten die Straßen der Wohnviertel und warteten ab, was geschehen würde. Die neugierigen Blicke drückten eine hohe Befriedigung und selbst etwas Freude aus, die Menschen so zahlreich vorzufinden. Es war, als ob man für einige Augenblicke das Klima der ängstlichen Erwartung vergessen könne, das seit der Ankündigung des Beginns der Volkserhebung durch die sandinistische Befreiungsfront am vergangenen Donnerstag in der Stadt



Nationalgarde bei einer „Säuberungsaktion“ in einem Vorort von Masaya.



FSLN-Kämpfer an einer Barrikade in Chichigalpa

Kontrolle aus. Die Nationalgarde hat lediglich die Städte Managua, Leon und Esteli noch unter Kontrolle, in den anderen Städten traut sich die Nationalgarde nur noch tagsüber und in geschlossenen Fahrzeugen, die zudem ziemlich schnell fahren, auf die Straße (El Nacional, 15.5.79, Venezuela).

Am Samstag, 2. Juni, um 6 Uhr morgens begannen schwere Kämpfe in Chinandega, in denen die Nationalgarde Panzer und 50mm-Artillerie eingesetzt hat. Die Einheiten der „Rigoberto Lopez Perez-Front“ zogen sich nach 24 Stunden zurück. Die hereinstürmende Nationalgarde schoß mit Maschinenpistolen wahllos auf Frauen, die einen Verletzten abtransportieren wollten (TAZ, 6.6.79). Die kleine Stadt Chichigalpa wurde von der Brigade Camilo Ortega ein-

herrschte. An den Straßenecken der nach Norden führenden Landstraße bildeten sich große Menschenansammlungen, die auf den Bus warteten, der nie eintraf. Niemand betrat die Fabriken und in keiner Schule fand Unterricht statt.

Ein paar Stunden verstrichen, bevor es allen klar war: der Streik war total. Er wurde vollständig befolgt von sämtlichen Geschäften, von der kleinen Imbissbar bis zu Supermarkt. Auch die Tankstellen, Restaurants und Fabriken waren geschlossen. Nur die Regierungsangestellten wurden in Kleinbussen abgeholt, deren Nummernschilder entfernt worden waren. In den Straßen Managuas verkehrten nur einige wenige Autos.

Die Wirkung des Aufrufs der Sandinisten zum Generalstreik erwies

sich, als sich nach einigen Stunden die Bevölkerung in ihre Häuser zurückgezogen hatte und die Straßen leer waren. Selbst die Nationalgarde hatte Befehl erhalten sich zurückzuziehen. Managua glich einer Geisterstadt. Einen ganzen Tag lang befand sich die Stadt in sichtbarem Frieden, um ein letztes Mal vor dem Kriegsbeginn Luft zu holen.

„Wenigstens hatten wir einen Tag Freiheit in unserem Leben“, sagte eine etwa 50-jährige Frau. Andere deuteten dies als Sieg der Arbeiter, denn bei keinem der Streiks des letzten Jahres, die von den Unternehmern geführt wurden, war die Beteiligung so vollständig wie jetzt. Dabei bedeutete die Nachricht wenig, daß sich die Unternehmerkoalition der Frente Amplio Opositor (FAO) noch immer nicht entschlossen hat, ob sie sich dem Streik anschließen werde oder nicht. (aus TAZ, 6.6.79)

Die praktisch hundertprozentige Befolgung des Generalstreiks zeigt eindrucksvoll den Rückhalt, den die Sandinisten bei der Bevölkerung haben. Im Moment ist die Konjunktur für bürgerliche Politiker und ihre Lösungsvorschläge für die Krise in Nicaragua alles andere als gut.

Auf militärischer Ebene ist das Kräfteverhältnis nicht so eindeutig: Fest steht, daß die FSLN an allen Fronten praktisch gleichzeitig in die Offensive gegangen ist, offensichtlich sehr gut vorbereitet und besser bewaffnet als im September. Im Gegensatz zu den bisherigen Kämpfen wird diesmal erklärtermaßen zur Entscheidungsschlacht aufgerufen. Ein genauer Überblick über die einzelnen Frontabschnitte lag uns noch nicht vor.

Wie nicht anders zu erwarten, reagierten Somozas Truppen mit unbeschreiblicher Grausamkeit, mit Bombardierungen von Wohnvierteln, Einsatz von Napalm, Verschleppung von Jugendlichen. Inzwischen wurde der Ausnahmezustand verhängt (Tageschau ARD, 6.6.79). Bereits vor dem Beginn des Generalstreiks wurde ein Verbot für Nachrichten in Rundfunk und Fernsehen erlassen. Erlaubt sind lediglich Musik und Kulturinformation (FR, 31.5.79).

Teilerfolg in El Salvador

Nach dem Massaker, das Regierungstruppen vor der Kathedrale San Sal-

vadors an Demonstranten angerichtet hatten (vergl. AK 154), wurden Ende Mai wiederum 17 Menschen ermordet und zahlreiche weitere verletzt. Regierungstruppen schossen in einen Zug von ungefähr 2000 Demonstranten, die den Besetzern der venezolanischen Botschaft Lebensmittel bringen wollten, weil die Regierung sie von jeglicher Strom-, Wasser- und Nahrungszufuhr abgeschnitten hatte. Die Beerdigung der Opfer wurde trotz des ausgerufenen Ausnahmezustandes erneut zu einer Massendemonstration, auf der Parolen gerufen wurden wie: „Tod der Regierung Romero“. „Wir werden kämpfen bis zum endgültigen Sieg“ (SZ, 27./28.5.79).

Nachdem wegen des Ausnahmezustandes die Kathedrale von San Salvador von den Besetzern des Revolutionären Volksblocks (BPR) geräumt worden war, stimmte die BPR am 1.6. nach langen Verhandlungen der Freilassung der Geiseln und Ausreise der Botschaftsbesetzer nach Panama zu. Die BPR gab bekannt, daß die Aktionen insofern ihr Ziel erreicht hätten, als der Welt gezeigt wurde, „wie sehr die Unterdrückung in dem mittelamerikanischen Staat an der Tagesordnung sei“ (NZZ, 27./28.5.79). Darüberhinaus wurde bekanntlich die Freilassung von 2 politischen Gefangenen erreicht (vergl. AK 154).

Wie weiter in Mittelamerika?

Unbestritten ist, daß die Kämpfe in El Salvador und vor allem in Nicaragua die ganze Region destabilisieren.

Nicht nur durch den tatsächlichen Sturz Somozas, sondern schon jetzt geraten die benachbarten Diktaturen in Guatemala, El Salvador, Honduras in Unsicherheit. Der brutale Terror der Regimes, wie z.B. die Ermordung von zwei führenden Oppositionspolitikern in Guatemala im März tragen zur Radikalisierung auch der bürgerlichen Opposition bei. Daß bereits Söldner des mittelamerikanischen Verteidigungspaktes (CONDECA) in Nicaragua eingesetzt sind, ist bekannt (AK 152). Die Verstärkung dieses Einsatzes oder die offene militärische Intervention gegen die FSLN sind Möglichkeiten, auf die die reaktionären Diktaturen zu setzen bereit sind.

Dagegen stehen die südlichen Staaten Zentralamerikas wie Costa Rica und Panama, die zwar immer wieder halbherzig, und teilweise aus innenpolitischen Überlegungen, aber doch

bis heute die Opposition unterstützen. In Panama wurden die internationalen Brigaden zum Kampf gegen Somoza aufgestellt, in Costa Rica hatte die FSLN ihre Ausbildungslager, (die allerdings in der Zeit des Abschwungs der Kämpfe (März/April) von der Regierung Costa Ricas bekämpft wurden) und ihr Hinterland.

Somoza scheint vor einer Ausweitung der Kämpfe auf die ganze Region nicht zurückzuschrecken. Mit dem Vorwurf, Costa Rica sei die Hauptstütze und Komplize der FSLN, und plane eine Invasion nach Nicaragua, hat er Costa Rica mit dem Krieg gedroht (El Pais, 3.6.79). Drei Ortschaften Costa Ricas wurden bereits von nicaraguanischer Luftwaffe angegriffen (El Pais, 6.6.79).

Venezuela zeigt sich seit längerem als Unterstützer der Oppositionskräfte und auch Costa Ricas, das seit Jahren keine regulären Streitkräfte unterhält (Abkommen zur Aufrechterhaltung der Souveränität gegen eine Invasion Nicaraguas. Mexico hat kürzlich die diplomatischen Beziehungen zu Somoza abgebrochen, die Andenpaktländer (Kolumbien, Ecuador, Bolivien, Venezuela) haben Somoza zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert.

Die US-Regierung hat bisher nicht entscheidend in den Konflikt eingegriffen. Der verfügte Stopp aller Militär und Finanzhilfen ist eine Farce, angesichts des Kredits, den der Internationale Währungsfonds Somoza vor kurzem gewährte. Ein Somoza-Sohn soll in die USA gereist sein, um dort weitere US-Bomber zu kaufen (SZ, 30.5.79). Die Waffenlieferungen Israels an Somoza wurden bislang nicht von den USA behindert. Der US-Imperialismus setzt offenbar darauf, daß sich die Kräfte der FSLN und der Volksmilizen in den Kämpfen mit der Nationalgarde verschleifen. Daß die USA versuchen, Somoza bis 1981 zu halten, erscheint unwahrscheinlich. Die internationale Solidaritätsarbeit muß sich darauf konzentrieren, eine weitere militärische Unterstützung Somozas durch die CONDECA und USA und eine Ausweitung des Krieges zu verhindern.

Die Ausschaltung oder möglichst weitgehende Zurückdrängung der FSLN und der linken Opposition nach dem Sturz Somozas dürfte erfreulicherweise nicht leicht sein. Für eine demokratische Volksregierung in Nicaragua!

Lateinamerikakommission

Japans Politik gegenüber Chile

Bisher hatte sich die japanische Regierung der UN-Resolution gegen die Menschenrechtsverletzungen in Chile angeschlossen. Nur im Stillen wurde der Handel zwischen beiden Ländern ausgebaut, doch offizielle außenpolitische Beziehungen wurden bis auf das „Nötigste“ vermieden. Dies soll sich nun radikal ändern.

Ausgelöst wurde die Wende durch den Besuch des chilenischen Wirt-

schaftsministers in Japan Ende April 1979. Zu diesem Anlaß lud der japanische Außenminister Sonoda den chilenischen Präsidenten Pinochet zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Japan ein. Gleichzeitig ergänzte Sonoda seine im August dieses Jahres geplante Südamerikareise, wo er u.a. Brasilien und Argentinien besuchen wird, um einen offiziellen Besuch in Chile.

Der Grund für die Abkehr von einer eher distanzierten Haltung gegenüber Chile zu einer betont freundschaftlichen Politik ist, daß Japan es auf die Nutzung der reichhaltigen Fischereigewässer vor der chilenischen Küste abgesehen hat. Aus dem japanischen Außenministerium heißt es ferner: „1. Die innenpolitische Lage in Chile hat sich stabilisiert, eine allmähliche

Linderung der Menschenrechtsverletzungen ist festzustellen und jedes Land wird nach und nach seine Haltung gegenüber Chile, Beziehung zu Chile verbessern. 2. Gerade weil Chile gegenwärtig international isoliert wird, ist das Verdienst unserer Annäherung an Chile hoch zu bewerten und auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist es sehr „gewinnbringend“. 3. Da es Menschenrechts-

verletzungen nicht nur in Chile gibt, sondern in jedem Land der Welt immer wieder sehr bittere Beispiele gibt, ist das ganze Für und Wider um Chile nichts anderes als die „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“, („Asahi Shinbun“, 28.5.79). Auch für den japanischen Imperialismus wiegen die Fischereierträge mehr als die Toten und Geknechteten im Innern Chiles.

Initiative gegen chilenischen Geheimdienst-Agenten

Immer noch befindet sich der (angeblich ehemalige) Agent des chilenischen Geheimdienstes, Ahumado Castro, in Hamburg (vergl. AK 152). Nach ausgedehnten Reisen durch Argentinien und Brasilien haben – nach Aussagen Castros – wirtschaftliche Schwierigkeiten ihn bewogen, in die BRD zu kommen. Ausgerechnet seine Schwester, die hier in Hamburg von einer Sozialhilfe lebt, soll ihm die Flugkosten bezahlt haben. Castro war unmittelbar an der Niederschlagung des Widerstandes in der Marine 1973/74 beteiligt, er hat mit großer Wahrscheinlichkeit am ersten Transport von politischen Gefangenen auf die KZ-Insel Dawson teilgenommen, wo Persönlichkeiten der UP-Regierung gefangengehalten wurden. Ausserdem hat er nach Augenzeugenberichten an Transporten von Gefangenen in die berühmte Colonia Dignidad teilgenommen, einer westdeutschen Kolonie, in der mit neuen Foltermethoden experimentiert wurde.

Ahumado Castro behauptet, daß er nichts mehr mit den chilenischen Geheimdiensten zu tun habe und ein „neues Leben“ beginnen wolle. Dazu der chilenische MIR in einer Erklärung: „Wenn man G.Ahumado Castro kennt, wenn man weiß, wie die Streitkräfte und vor allem ihre Geheimdienste arbeiten, ist es fast unmöglich, daß so ein Mensch sich ohne Schwierigkeiten und auf so natürliche Weise „absetzen“ kann. Es ist auch unglaublich, daß er hier keine speziellen Aufgaben zu erfüllen hat.“

Wenn Castro tatsächlich einen Schlußstrich unter seine Vergangenheit ziehen wollte, müßte er seine Informationen über die Geheim-

diensttätigkeiten offenlegen, insbesondere gegenüber den Chilenen und Amnesty International – gerade wo ai seit 1 1/2 Jahren einen Prozeß wegen der Folterkolonie Colonia Dignidad führt (siehe unten).

Tatsache dagegen ist, daß Castro bereits auf verschiedenen Lateinamerikaveranstaltungen aufgetaucht ist, bei einem chilenischen Genossen an der Wohnungstür erschien, um sich zu „unterhalten“ und mit Konsequenzen drohte, als dieser ein Gespräch ablehnte.

Es ist klar, dieser Mann muß raus aus der BRD und zwar auf dem schnellsten Wege. Ein Brief an den zuständigen Innensenator Staak, der von Lateinamerikagruppen, Chilenen und Bunte Liste unterschrieben war, blieb bisher ohne Resonanz (vgl. AK 152). Staak versprach lediglich in einem Schreiben an die Jusos (die ebenfalls gegen die Anwesenheit Castros protestiert hatten) „alles ihm Mögliche zu tun“.

In Steilshoop, wo Castro wohnt, haben sich inzwischen Vertreter von Parteien, Gruppen, Institutionen zusammengefunden, und haben einen neuen Offenen Brief verfaßt, der Grundlage für eine Informations- und Unterschriftenkampagne ist. Vertreter waren auf dem Treffen u.a. SPD, DKP, Bunte Liste, Frauengruppe, Kirche, Mietergemeinschaft, Chilenen. Wir hoffen, daß die Kampagne zur Ausweisung Castros nicht nur von einzelnen Mitgliedern dieser Gruppierungen, sondern von den Gesamtorganisationen zumindest in Steilshoop getragen wird. Die kurzfristig gesammelten Unterschriften wurden am 7.Juni dem Präsidenten

von ai, Bischof Frenz, bei einem ökumenischen Gottesdienst überreicht.

Chilenische Agenten raus aus der BRD! G. Ahumado Castro wohnt:

Erich Ziegel-Ring 52, 3.Stock
2 HH 60 (Steilshoop)

Prozeß Colonia Dignidad gegen ai

Bei dem Prozeßtermin der Colonia Dignidad gegen ai vor dem Bonner Landgericht am 30.5. hat ein westdeutscher Polizeibeamter die bisherigen Zeugenaussagen bestätigt. Zur Erinnerung: Prozeßgegenstand ist die Broschüre von ai „Colonia Dignidad – Mustergut der Deutschen, Folterlager der DINA“. In Vertretung von colonia Dignidad hatte die „Private sociale Mission“ in Siegburg gegen diese Broschüre eine einstweilige Verfügung erwirkt. Ai muß jetzt nachweisen, daß die Behauptung, die Colonia sei als Folterlager der DINA benutzt worden, wahr ist. Bisher hatten sieben chilenische Zeugen übereinstimmende Wegbeschreibungen die Colonia als ihren Haft- und Folterort identifiziert. Die Aussage des Polizeibeamten, der 1971 die Colonia besucht hatte, stimmt mit diesen Aussagen überein.

Zur Zeit plant das Gericht einen Lokaltermin in Chile, um die Zeugenaussagen „vor Ort“ zu überprüfen. Ob die Chilenische Regierung die dafür notwendige Zustimmung erteilt, bleibt abzuwarten (nach Pressemitteilung ai, 1.6.79).

Lateinamerikakommission

Generalstreik in Argentinien

Der erste Generalstreik in Argentinien seit dem Putsch 1976 fand trotz Verhaftungen und Repression mit relativ großer Beteiligung statt. Am 27. 4. wurde der Aufruf zu einem nationalen Protesttag vor allem in den Industriezentren und Großbetrieben mehrheitlich befolgt. Das Verkehrswesen, Eisenbahn, Busse, U-Bahn, war z.T. völlig lahmgelegt oder fuhr unter militärischer Bewachung mit einem Notstandsfahrplan. Im Norden und Süden des Industriegürtels um Buenos Aires wurde die Streikbeteiligung auf 80 % geschätzt, in Cordoba auf 50 %, wobei die Streikbeteiligung in der Metall- und Autoindustrie total war.

Aufgerufen zu dem Streik hatte die „Kommission der 25“, die 1977 auf Initiative der rechtspersonistischen Automobilgewerkschaft SMATA aus 20 nicht-intervenierten und 5 intervenierten (d.h. unter Aufsicht der Militärjunta gestellten) Gewerkschaften gebildet worden war und zunächst eine gemäßigte, verhandlungsbereite Opposition gegen die Junta darstellte. Im August 1978 wurde ebenfalls auf Initiative von Rechtsperonisten die CNT (Nationale Kommission der Arbeit) gegründet, die sich in ihren Forderungen nicht wesentlich von der „Kommission der 25“ unterschied, aber teilweise vom Arbeitsministerium unterstützt wurde. Beide Zusammenschlüsse wurden von der Junta einigermaßen geduldet und teilweise als Verhandlungspartner akzeptiert, um Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten über die Arbeiterbewegung zu entwickeln. Bisher hat keine Militärdiktatur den spontanen Widerstand und die Lohnkämpfe der argentinischen Arbeiterklasse völlig brechen können. Und auch der Terror des Videla-Regimes konnte nicht verhindern, daß 1978 4000 Streiks und allein im Januar/Februar 1979 300 Streiks stattfanden. Unter diesem Druck hat sich die Opposition der „25“ und der CNT verschärft und zur Ausrufung des Generalstreiks beigetragen.

Nachdem Verhandlungen zwischen der „Kommission der 25“ und der CNT über ein gemeinsames Vorgehen zum 1. Mai am Widerstand der CNT gescheitert waren, rief die „Kommission der 25“ alleine zum Nationalen Protesttag für den 2./4. auf.

Am 23. April zitierte die Junta daraufhin die Führer der „25“ ins Arbeitsministerium, wo sie sich einem polizei-ähnlichen Verhör unterzogen und, nachdem die Mehrheit jede Aussage verweigert hatte, verhaftet wurden. Dies löste eine breite Solidarität aus. Vertreter der peronistischen Partei, der Radikalen Partei, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, PSOE und PCE aus Spanien, der venezolanische Präsi-



Streikversammlung

dent, AFL/CIO forderten die sofortige Freilassung der Verhafteten. Die US-Regierung bezeichnete die Verhaftungen als „Verstoß gegen die international anerkannten Rechte“ (SZ, 4.5.79). Eine provisorische Führung der „25“ bereitete den Streik weiter aus der Illegalität heraus vor. Zahlreiche unabhängige Gewerkschaften aus den Provinzen und Industriezentren und schließlich auch die größten Gewerkschaften der CNT unterstützten den Streikaufruf der „25“, ebenso die peronistische Montonero-Bewegung (MPM). Die Montoneros (be-

waffnete Organisation der MPM) konnten sich in der Woche vor dem Generalstreik 15 Mal in das offizielle Fernsehprogramm mit Streikaufrufen einschalten. Anfang Juni kündigte die Videla-Junta die Freilassung der letzten 6 immer noch inhaftierten Gewerkschaftsführer an.

Daß überhaupt unter den Repressionsbedingungen in Argentinien ein Generalstreik stattfinden konnte und relativ breit befolgt wurde, ist ein beachtlicher Erfolg.

Lateinamerika-Kommission



Mobilisierung für die verhafteten Arbeiter

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler
Nachrichten“ und Buchladen „Monta-
nus“

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597
Di-Fr. 13.30 - 18.30
Sa. 9.30 - 14.00
Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch – Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbauneck 52
61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6000 Frankfurt 90

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Jeden Samstag Verkauf
11 bis 12 Uhr
Kaiser-Josef-Str./Ecke
Rathausgasse

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
0808458

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36



asien

„Insel des Lichts“ kontra Vietnam-Solidarität

In einer Zeit, da ganze Provinzen Vietnams verwüstet wurden, die chinesischen Aggressoren gezielt soziale und wirtschaftliche Einrichtungen zerstört haben und das ganze Land wegen der ständigen Drohung eines neuen Angriffs für den wirtschaftlichen Aufbau dringend benötigte Mittel für die Verstärkung der Verteidigung verwenden muß, wird endlich auch die BRD von der Kampagne „Ein Schiff für Vietnam“ erreicht.

Initiator dieser in Frankreich geborenen Kampagne ist ein überraschend breites Bündnis, das von Irving Brown (einst Hauptagent des CIA) über Ramond Aron („ein Partisan des amerikanischen Krieges in Vietnam und ein Freund McNamaras“ – „Tageszeitung“, 30.4.79) und Matthias Walden bis hin zu Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Heinrich Böll und – sehr bezeichnend – der „KPD“ reicht.

Daß es sich hierbei nicht um eine Solidaritätsaktion zugunsten des sozialistischen Aufbaus Vietnams oder der Beseitigung der Folgen der chinesischen Aggression geht, dürfte dem Kundigen aus der Zusammensetzung dieses illustren Bündnisses klar sein.

Unter dem Deckmantel der „humanitären Hilfe“ wird von der gesamten bürgerlichen Medienindustrie eine antikommunistische Kampagne mit Fotos, Filmen und Artikeln abgezogen, die schon seit Monaten anhält und auch bei vielen frustrierten Linken, die von den Ereignissen in Indochina nach dem Rausch der US-Imperialisten enttäuscht sind, auf fruchtbaren Boden fällt.

In Frankreich wurden über 800.000 DM gesammelt, mit denen die „Insel des Lichts“ gechartert und

In Frankreich wurden über 800.000 DM gesammelt, mit denen die „Insel des Lichts“ gechartert und zum Lazarettumschiff umgebaut wurde. Das Schiff kostet täglich 7.000 DM Chartergebühren! Jetzt kreuzt es vor der ostmalaysischen Insel Pulau Bidong, auf der die Vietnamflüchtlinge „Stacheldraht und Wachposten, Lagerleben, Entbehrungen und das unheimliche Selektionsverfahren ‚weißer‘ Konsultsbeamter, die sich aus dem Haufen Elend Intellektuelle, Sprachgewandte und Gesunde herauspicken“ („Zeit“, 18.5.79) erleben. Schließlich geht es ja bei dem ganzen Rummel mit den „Boat People“ nicht darum, in Not geratene Flüchtlinge am Leben zu erhalten, sondern Zeugen und Beweise für das „elende Leben“ im sozialistischen Vietnam zu sammeln. Und dazu sind die angeblich aus politischen Gründen geflohenen gerne bereit. „Im Gepäck eines vietnamesischen Flüchtlings entdeckte die malaysische Task Force 55 Kilo Gold und 500.000 US-Dollar, ein anderer hatte sich vor seiner Flucht eine 22 Kilo schwere Bootskeule aus Gold anfertigen lassen“ (ebenda).

Diese kleinen Mitbringsel lassen sich in der „freien Welt“ natürlich wesentlich besser verwenden als in Vietnam.

Nützliche Idioten?

Neben den bürgerlichen Zeitungen „Zeit“ und „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ) hat sich in der BRD die sich als „undogmatische“ links verstehende „tageszeitung“ (taz) zum Hauptförsprecher der Kampagne „Ein Schiff für Vietnam“ gemacht.

Nachdem man in einem Artikel versucht hatte, die Ursache der Flüchtlingswelle aufzuzeigen („die riesigen wirtschaftlichen Probleme im vom Krieg zerstörten Vietnam, die repressive Beendigung des bis zum letzten Frühjahr praktizierten *laissez-faire* der chinesisch-stämmigen Kleinbürger- und Händlerschicht gegenüber“ – „taz“, 30.4.79) heißt es dann lapidar: „dieser massenhafte Exodus ist eine Tatsache, mit der wir umgehen müssen“.

Von den Ursachen keine Rede mehr, das ganze wird auf den rein „humanitären Aspekt“ beschränkt. Über die Verantwortung der Imperialisten für die Situation in Vietnam

und über die antikommunistische Kampagne derselben Imperialisten gegen Vietnam natürlich ebenfalls kein Wort! Im Gegenteil. Wohl nicht zufällig druckt die „taz“ am 30.4.79 einen Artikel, der 1968 (!) in einer französischen „Basiszeitung“ erschienen war, ab. Unter dem Titel „Die Commune von Saigon“ wird in blutrünstigster Weise gegen die Befreiungskräfte vom Leder gezogen. Eine kurze Leseprobe mag genügen: „Zu diesem Zeitpunkt (1945 – Anm. AK) scheinen die örtlichen Stalinisten weit mehr damit beschäftigt zu sein, ihre Kritiker von links gefangen zu nehmen und zu erschießen (...), als den Kampf gegen die Franzosen voranzutreiben. Terrorakte werden zur Regel. (...) Daß der Vietnam in den folgenden Jahren zur vorherrschenden Macht wurde, war nur dadurch möglich, daß das Blut vieler Arbeiter und Bauern vergossen wurde“.

Daß auch die Initiatoren der Kampagne um die „Insel des Lichts“ in Frankreich nicht vor Geschichtsklitterung zurückschrecken, deckte die anti-imperialistische Zeitschrift

„afrique-asie“ vor kurzem auf. Unter der gleichen Kontaktadresse wie „Ein Schiff für Vietnam“ erscheint eine aufwendig gedruckte Zeitschrift von Exil-Vietnamesen namens „Que Me“ („Vaterland“). Dort wurde zur Dokumentierung der verzweifelten Flucht einer vietnamesischen Mutter mit ihren Kindern aus dem sozialistischen Vietnam ein Foto abgedruckt, das allerdings den Schönheitsfehler hatte, daß „es während der amerikanischen Napalm-Bombardements auf die Gebiete des Widerstands gegen die Saigoner Militärdiktatur 1965 aufgenommen worden war und daß es sogar im selben Jahr den Großen Preis der Ausstellung World Press Photo erhielt“ („afrique-asie“, 14.5.79). Diese Meldung sucht man in der „taz“ natürlich vergebens. Daß die „KPD“ sich insbesondere nach der chinesischen Aggression gegen Vietnam in die Kampagne eingeklinkt hat, sollte nicht wundern. Doch erst der Vertreter des „Bund der freien (!) vietnamesischen Studenten in der Bundesrepublik“, Ha Van Duong, brachte auf den Punkt, was „taz“ und „Rote Fahne“ schamhaft verschweigen, daß es nämlich nicht die Imperialisten sind, die die heutige Lage in Vietnam zu verantworten haben, nein: „die früheren Vietnam-“

protestierer sind für die unvorstellbar schwere Lage der politischen Gefangenen in zahlreichen Konzentrationslagern in Vietnam, für das Elend der Flüchtlinge und für den Tod vieler auf der Flucht ertrunkener Vietnamesen mitverantwortlich“ („FAZ“, 22.1.79).

Und wenn er positiv vermerkt, daß Jean-Paul Sartre „Ein Schiff für Vietnam“ unterstützt, während „Heinrich Böll zum Beispiel“ sich dazu nicht äußert, dann kann man ihn mittlerweile leider beruhigen.

Sehr positiv ist die Haltung der GIM zu dem Flüchtlingsrummel zu vermerken. In einem vierseitigen Artikel „Ein Schiff für Vietnam“ im „Schlepptau des Antikommunismus“ („was tun“, 24.5.79) wird sehr ausführlich dargelegt, welche Leute da eigentlich fliehen, wer daran verdient, wie sich der Imperialismus gegenüber den Flüchtlingen verhält, denn „an der Flucht profitiert man materiell und ideologisch – an der Aufnahme nicht. Alle imperialistischen Länder weigern sich entweder strikt, Flüchtlinge in größerer Masse aufzunehmen (die BRD nahm ganze 416 auf; Japan eine einzige Familie!) oder haben sehr strikte Einwanderungsquoten“ (ebenda).

An Vietnam liegt es jedenfalls nicht, wenn die Flüchtlinge weiterhin heimatlos auf den Meeren treiben. So erklärte sich Vietnam bereit, „pro Monat 10.000 Flüchtlinge – per Flugzeug oder Schiff – außer Landes zu lassen – mehr als den imperialistischen Ländern lieb ist und um ein Vielfaches mehr als Aufnahmebereitschaftserklärungen vorliegen“ (ebenda).

Asien/Australien-Kommission

Asien/Australien-Kommission



Flüchtlingselend? Mit einem Foto, das die Flucht vor amerikanischen Napalmbomben im Jahre 1965 zeigt, wirbt die Emigrantenzeitschrift „Que Me“, die unter derselben Kontaktadresse wie „Ein Schiff für Vietnam“ erscheint!



Bekannte Bilder

Deshalb sind wir doch mal auf die Straße gegangen, haben uns Schlachten vor US-amerikanischen Konsulaten mit der Polizei geliefert, Sitzstreiks gemacht...

Ich sah mir Bilder von einer Politik der verbrannten Erde an, erschlagene Menschen, Frauen, denen das ungeborene Kind aus dem Leib gerissen war: Bilder aus dem Vietnam-Krieg. Doch diesmal waren es nicht Szenen von 68/69, sondern von der chinesischen Aggression zehn Jahre später.

Da war auch das Bild wieder, das uns Mut gemacht hatte: die vietnamesische Genossin, die den gefangenen US-amerikanischen GI abführt und daneben ein Bild, das einen gefangenen chinesischen Soldaten zeigt, dahinter eine Vietnamesin mit Knarre.

Vor zehn Jahren hatte die VR China Vietnam Produktionsanlagen geliefert, jetzt wurden sie von ihnen wieder abmontiert oder zerstört. Damals standen die chinesischen Genossen in der ersten Reihe des internationalen Protestes gegen die Ver-

minung der vietnamesischen Häfen, jetzt haben sie die Straßen im Grenzgebiet vermint. Während die US-Amerikaner mit ihrer Todesmaschine B-52 Bombenteppeiche auf Vietnam abladen, können wir nun Bilder von „mittelalterlicher“ Grausamkeit sehen: zerstückelte Menschen wurden in den Dorfbrunnen geworfen. Und selbst vier Tage nach dem offiziellen „Rückzug“ der Chinesen wurden noch 43 Menschen im Grenzgebiet ermordet – totgeschlagen wie Fliegen.

Mir kommt dabei eine ähnliche Wut hoch, wie zehn Jahre zuvor. Und gegen das „Sowohl als auch“ und „einerseits andererseits“ der Diskussion über Vietnam-China, finde ich in einem Tagebuch von 1972 ein Zitat aus dem „Spiegel“ eingeklebt: „Ich will Ihnen sagen, was ich wirklich von Politikern halte. Gestern Abend sah ich einige im Fernsehen über Vietnam reden. Ich verspürte den dringenden Wunsch, mit einem Flammenwerfer durch die Matsche zu brechen und ihnen die Augen aus- und den Arsch wegzubrennen und sie dann zu fragen, wie sie diese Hand-

lungsweise unter politischen Gesichtspunkten bewerten würden“ (der Dramatiker Harald Pinter).

Diese Bilder sah ich bei einem Pressegespräch, zu dem die vietnamesische Botschaft in Bonn vor kurzem eingeladen hatte. Nach einem Film, der die Auswirkungen der chinesischen Aggression zeigte – so wurden z.B. alle Ansiedlungen im Grenzgebiet zerstört – berichtete der Botschafter auch von den Verhandlungen mit der VR China. In der Zeit dieser Gespräche soll es von chinesischer Seite zu 159 Grenzprovokationen gekommen sein. Während Vietnam vorschlug, das Grenzgebiet auf beiden Seiten zu entmilitarisieren, wurde dies von der VR China nicht nur abgelehnt, sondern auch ihr Grenzgebiet mit militärischen Stützpunkten befestigt. Der Botschafter wies darauf hin, daß gerade die Chinesen ähnliche Vorschläge z.B. in den Verhandlungen mit Indien gemacht hatten (zu Zeiten der indischen Grenzprovokationen gegen die VR China 1962).

Zum „heißen Eisen“: vietnamesische Präsenz in Kambodscha und Laos, meinte der Diplomat, daß die Anwesenheit in den beiden Ländern auf Verträgen zwischen den Beteiligten beruhe und einzig Angelegenheit dieser Länder sei.

Zwischen den Herren von ZDF, ARD und internationalen Nachrichtenagenturen sitzend, kam mir die Antwort zu „diplomatisch“ vor und ich fragte nach der Vietnam-Solidarität unterhalb der staatlichen Ebene – so von Genosse zu Genosse. Für mich überraschend kam die Antwort, daß sich die Solidaritätsbewegung viel schneller entwickelt hätte, als anlässlich der US-amerikanischen Aggression. Damit war aber hauptsächlich die Unterstützung von Seiten der RGW-Länder gemeint. Auch innerhalb der chinesischen Bevölkerung sollen Proteste gegen die Aggression gelaufen sein.

Aufgrund der chinesischen Intervention und der starken Anlehnung an die Sowjetunion, wird wohl auch die Geschichte „zurückgeschrieben“: der Ussuri-Grenzkonflikt zwischen der SU und der VR China wird jetzt den Chinesen in die Schuhe geschoben.

Vertrauen auf die eigene Kraft

Vietnam richtet sich auf neue Aggressionen ein.

Da konnten wir Bilder sehen von vietnamesischen Genossen und Genossinnen vor ihren zerstörten Häusern, die Familien verloren, Kinder in

Kriegsgefangenschaft, mehrere Kriege hinter sich, große Lebensmittelknappheit ... und sie erzählten – gar nicht im Heldenpathos – über die nächsten Aufgaben, die anzupacken sind. Dieses zähe, frische „es geht weiter“ ist so ganz anders als unser Angeknacktheit vom „Modell Deutschland“.

Ein Genosse der KB Gruppe Bonn, der am Pressegespräch in der vietnamesischen Botschaft teilgenommen hat

Richtigstellung

Im Artikel „Frauen in Vietnam“ in AK 154, S. 52, haben wir in einem Vorspann zu diesem Beitrag von Magdalene Weinmann von der Kinderhilfe Vietnam geschrieben, sie hätte uns den Text „mit der Bitte um Veröffentlichung“ zugesandt. Das war aber nicht der Fall. Genossen aus Westberlin hatten M.W. um den Abdruck ihres Veranstaltungs-Referats im AK gebeten und M.W. hatte dieser Bitte entsprochen.

Wir bitten, diesen Fehler im Vorspann, der durch eine falsche Übermittlung Westberliner Genossen zustande gekommen ist, zu entschuldigen.

Pol Pot-Regime auf Goodwill-Tour

Während die Truppen des gestürzten Pol-Pot-Regimes ihren Terror gegen die Zivilbevölkerung und gegen die Kräfte der Befreiungsfront FUNKSN weiter ausüben, verbuchen seine Diplomaten und Fürsprecher auf internationalem Parkett mit chinesischer Unterstützung einige Erfolge.

Am 20. Mai wurde der ehemalige kambodschanische Staatschef Prinz Sihanouk in Pjöngjang, Koreanische Demokratische Volksrepublik, wie ein amtierendes Staatsoberhaupt empfangen. Er war einer Einladung des koreanischen Parteivorsitzenden Kim Il Sung gefolgt, der ihn auch nebst Vizepremier und Vizepräsident sowie dem chinesischen Botschafter (!) persönlich am Flughafen begrüßte. In seiner Tischrede vermied Kim, zu den Auseinandersetzungen in Kampuchea direkt Stellung zu nehmen, meinte allerdings, daß „das kambodschanische Volk heute schwere Prüfungen und großes Unglück durchmacht“ („Pyongyang Times“, 26.5.79).

Dagegen griff Sihanouk in seiner Antwortrede, die in den koreanischen Medien im Wortlaut veröffentlicht wurde, Vietnam an und bezeichnete die Regierung der FUNKSN als „Marionettenregierung“. Es ist sicherlich kein Zufall, daß Sihanouk, der ja immerhin im Peking-Exil lebt, ausgerechnet in Pjöngjang mit den dort ebenfalls zu Besuch weilenden chinesischen Führer (innen) Deng Yingchao und Han Nianlong (der die Waffenstillstandsverhandlungen in Hanoi nach der chinesischen Aggression gegen Vietnam führte!) zusammentraf und mit ihnen eine „herzliche und freundliche Unterhaltung“ führte („Xinhua“, 28.5.79).

Die vietnamesische Botschaft in der KDVR protestierte denn auch in einer Presseerklärung am 21.5. gegen den Auftritt und die Rede Sihanouks. Daß es sich hier nicht um einen Ausreißer der koreanischen Führung handelt, zeigen andere Stellungnahmen zu den Konflikten zwischen China und Vietnam bzw. Kampuchea.

Der Leiter der internationalen Abteilung der Partei der Arbeit Koreas, Kim Yong Nam, hatte japanischen Journalisten gegenüber erklärt, daß „Vietnams militärischer Vorstoß nach Kambodscha eine bedauerliche Angelegenheit sei und betont, daß ein Land nicht die Souveränität eines anderen verletzen sollte“, andererseits aber „eine neutrale Haltung gegenüber dem chinesisch-vietnamesischen Grenzkonflikt eingenommen, den er zwar bedauerte, aber sagte, daß der Fall sich von dem vietnamesischen militärischen Angriff auf Kambodscha unterscheiden würde“ („AFP“, 7.5.79). Das ist eine ziemlich unverhüllte Stellungnahme für die chinesische Aggression gegen Vietnam.

Auf der in Manila stattfindenden Welthandelskonferenz (UNCTAD) wartete das Pol-Pot-Regime mit einem neuen Coup auf. Skandalöserweise erschien dort die Ministerin des gestürzten Regimes, Ieng Thirith und konnte gegen den erbitterten Protest Vietnams, der revisionistischen Länder, Kubas und Afghanistans, die unter Protest den Saal verließen, ihre antivietsamesische Propaganda verbreiten. „Auf den Mord an wahrscheinlich Millionen von Kambodschanern von Pol Pot angesprochen, reagierte sie mit einem kräftigen Lachen.“ („FAZ“, 18.5.79).

Bezeichnend für die immer noch anhaltende Isolierung der neuen Regierung Kampuchees war die Tatsache, daß neben den chinesischen Vertretern auch diejenigen aus Rumänien und der KDVR im Saal blieben.

Der Auftritt der Pol-Pot-Vertreterin war auch ein Resultat der engen Zusammenarbeit der thailändischen Regierung mit dem gestürzten Regime, die von ihr aber immer wieder dementiert wird. So gab der thailändische „General Thuanthong Suwannathat zu, daß die thailändische Regierung mit Pol Pot in Kontakt steht. Wenn irgendein Mitglied der Pol-Pot-Regierung zu einer internationalen Konferenz ausreisen will, erklärte er, muß die Pol-Pot-Regierung uns dies mitteilen, damit ihm die Durchreise durch Thailand erlaubt wird. Wir haben diplomatische Beziehungen“ („Stimme des thailändischen Volkes“, 17.5.79). Obwohl man wohl davon ausgehen kann, daß die meisten Mitglieder der „Regierung“ Pol Pots sich nicht mehr in Kampuchea oder Bangkok befinden, sind solche Aussagen doch interessant, da sie die offiziellen Behauptungen der thailändischen Regierung über deren angebliche Neutralität gegenüber Kampuchea Lügen strafen.

Japan: Staatsanwaltschaft will Todesstrafe für Anti-Kriegsdemonstranten

Im bereits über 6 Jahre dauernden Prozeß gegen drei Anti-Kriegsdemonstranten wurde am 13.2.1979 von der Staatsanwaltschaft die Todesstrafe gegen den Genossen Fumiaki Hoshino beantragt. Die beiden anderen Strafanträge lauteten lebenslanglich für Yukio Okumiyama und 20 Jahre Knast für Hiroya Arakawa. Alle drei sind Genossen der revolutionären Gruppe Chukaku-ha.

In der Weltöffentlichkeit noch weitgehend unbekannt ist nicht nur, daß die Todesstrafe in dem so „fortschrittlichen“ Japan weiterexistiert, sondern auch, daß sie bei der japanischen Klassenjustiz auf der Tagesordnung steht. Seit Kriegsende sind in Japan bereits über 500 Todesurteile vollstreckt worden!

Obgleich der „Fall Hoshino“ somit „lediglich“ ein weiteres Opfer des legalen staatlichen Mordens sein wird, gewinnt er insofern an Bedeutung, daß er der erste Fall in der Nachkriegsgeschichte Japans ist, wo über einen politischen Angeklagten die Todesstrafe verhängt werden soll.

Der „Fall Hoshino“ reicht in das Jahr 1971 zurück, wo die sogenannten Okinawa-Kämpfe ihren Höhepunkt erreicht hatten. Diese Kämpfe richteten sich gegen den Vertrag zwischen den USA und Japan über die Rückgabe der Insel Okinawa an Japan, wonach der Fortbestand und die Erweiterung der militärischen Stützpunktaktivitäten auf der Insel festgeschrieben und Okinawa zu einer Kolonie des japanischen Imperialismus gemacht wurde. Am 14.11. 1971 fanden trotz eines totalen Demonstrations- und Versammlungsverbots (!) mehrere Demos in der Tokioter Innenstadt gegen die bevorstehende Ratifizierung des Okinawa-Vertrages statt. Zusammen mit etwa 200 Genossen der Chukaku-ha hatten Hoshino und Okumiyama (Arakawa hatte sich an dem Tag an den Demos nicht beteiligt) eine Bullensperre mit Molli gestürmt und durchbrochen, wobei einer der Bullen ums Leben gekommen war.

Es muß hier erwähnt werden, daß die damaligen Okinawa-Kämpfe vielfach sehr militant ausgetragen wurden – insbesondere von der revolutionären Linken – und vor allem wahrhaftig Massencharakter trugen. In ganz Japan waren Ende 1971 mehr als eine Million Menschen auf die Straße gegangen. Die größte Demo fand am 19.11. in Tokyo mit über 250.000 Teilnehmern statt. Am 10.11. waren 91.000 Arbeiter auf Okinawa in einen Generalstreik getreten (AMPO, 12/1972). So entspricht es den Tatsachen, wenn Hoshino am 26.3. 1979 vor Gericht erklärte: „Dieser Kampf stand in Übereinstimmung mit dem Interesse des ganzen Volkes und war ein 100prozentig gerechter Kampf. Auch jetzt noch bin ich von der Gerechtigkeit des Kampfes fest überzeugt!“ („Kyuen News“, 204/1972).

Angeklagt sind Hoshino und Okumiyama wegen Mordes, Brandstiftung, Körperverletzung, Behinderung der öffentlichen Dienstaufsicht und Waffenherstellung. Arakawa ist wegen Mitwirkung an der Vorbereitung des „Bullenmordkomplotts“ angeklagt. Die wichtigsten Punkte der gemeinsamen Anklageschrift gegen die drei Angeklagten sind, Hoshino und Okumiyama hätten als Anführer an der vordersten Kampffront gestanden und seien für den Sturmangriff auf die Bullenkette, den Tod des einen Bullen und die zahlreichen Körperverletzungen sowie für den Brandschaden an einer Polizeiwachstation verantwortlich. Unabhängig von diesen Beschuldigungen zielt die Anklage vor allem auf die Gesinnung der Genossen: „Es ist eindeutig, daß von solchen Angeklagten eine Besserung nicht erwartet werden kann, ... und es ist sicher, daß sie wiederholt die gesellschaftliche Ordnung angreifen werden.“ Im Klartext heißt das, nicht der Hoshino und seinen Genossen vorgeworfene Straftatbestand soll bestraft werden, sondern eine Meinungsäußerung bzw. eine politische Überzeugung, die die Angeklagten auch heute noch haben, soll mit dem Tod bestraft werden.

Dies wird durch eine Äußerung der Staatsanwaltschaft noch erhärtet: „Der Angeklagte Hoshino behauptet zwar, er sei gegen den Rückgabevertrag von Okinawa, doch kommt es hier eher darauf an, daß er von Grund auf ein gewalttätiger Revolutionär ist.“ „Ein Kommunist hat gar kein Recht, ein Recht auf Widerstand zu beanspruchen“. Und an anderer Stelle in der Anklageschrift: „Auch vor Gericht beharren sie darauf, daß der Kampf gerecht sei und daß sie künftig auch weiterkämpfen werden.“

Sie zeigen überhaupt keinen Schimmer von Reue. ... Solche Leute werden auch in Zukunft das Leben junger Polizisten zerstören und kein Mitgefühl für deren Familienangehörigen empfinden. Sie sind Menschen schlimmster Sorte, die kein Stück Menschlichkeit besitzen. Solche Leute kann man nicht wieder in der Gesellschaft laufen lassen“ (alle Zitate aus: „Weg mit dem Todesstrafantrag für Fumiaki Hoshino“, Sonderbroschüre der Kyuen Renraku Centre, Tokyo; „Nieder mit dem Todesstrafantrag gegen den Genossen Hoshino“, Flugblatt der Chukaku-ha).



Furruaki Hoshino, Genosse der revolutionären Gruppe Chukaku-ha. Im Anti-Kriegsdemonstranten-Prozeß hat die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe gegen ihn beantragt. Das Foto stammt aus dem Jahre 1971 und ist das einzige, was von Genossen Hoshino existiert. Es wurde uns freundlicherweise von Genossen der Chukaku zur Verfügung gestellt.

NO BASTIERT, ES WURDE UNS FREUNDLICHKEIT VON GENOSSEN DER CHUKAKU ZUR VERFÜGUNG GESTELLT.

Nach dem bekannten bundesdeutschen Muster wird auch hier „einer für alle“ angeklagt und nun womöglich sogar zum Tode verurteilt. Daß hier die japanische Justiz völlig willkürlich ein abschreckendes Beispiel setzen will, läßt sich an mehreren Punkten festhalten:

- am 14.11.71, dem Tag der Demo, wurde kein einziger festgenommen. Erst später, nach und nach, wurden etwa 1000 Personen festgenommen und insgesamt rund 700 vor Gericht gestellt. Hoshino, der untergeschlupft war, wurde erst 1975 verhaftet.

- Hoshino hatte sich an den Kämpfen am 14.11. beteiligt, obwohl er bereits wegen seiner Teilnahme an zwei Sanrizuka-Aktionen (Juli und September 1971) auf der Fahndungsliste stand. Dies wurde ihm daher stark zur Last gelegt.

- Hoshino war kein Anführer des „Sturmtrupps“.

- Die Beweisführung der Staatsanwaltschaft beruht auf der (unter Anwendung von Folter und der Androhung der Todesstrafe) erzwungenen Falschaussagen von vier mitverhafteten Genossen. Diese Genossen hatten später im Zeugenstand die Unschuld Hoshinos bezeugt.

- Das Gericht hatte im Falle Hoshinos bereits zweimal einen Antrag auf eine Freilassung aus der U-Haft gegen Kautionszugestimmung, was jedoch durch Einspruch der Staatsanwaltschaft jedesmal verhindert wurde. Die Genossen Okumiyama und Arakawa befinden sich z. Z. gegen Kautions auf freiem Fuß.

Es bleibt weiterhin eine Tatsache, daß die Vorgänge in dem „Gemetzelt“ vom 14.11. 1971 sich nicht bis ins Detail nachkonstruieren lassen, um solche Strafanträge rechtfertigen zu können. In der Anklageschrift heißt es: „Die Achtung vor dem Menschenleben ist eine für die gesamte Menschheit allgemeingültige Wahrheit, die vor allen politischen Systemen, ob revolutionär oder anti-revolutionär, Vorrang hat, dennoch müssen einige Menschen vor dieser Wahrheit Bescheidenheit zeigen.“ Doch denken wir der Ermordung von Kaoru Higashiyama (8.5.1977 beim Sanrizuka-Kampf), Yukio Niyama (13.6. 1978 den Verletzungen vom Sanrizuka-Kampf vom 26.3.1978 erlegen), Michiko Kanba (15.6.1960 beim Kampf gegen den amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag = Ampo-Kampf), Hiroaki Yamazaki (8.10. 1967 beim sog. Haneda-Kampf gegen den Vietnamkrieg) und Takayuki Kasuya (13.11.1969 beim Okinawa- und Ampo-Kampf). Wo hat die Staatsgewalt hier ihre Menschlichkeit gezeigt? Wo hat sie Mitgefühl gezeigt? Im Gegenteil, es wurde kein einziger der Bullen gerichtlich verfolgt, geschweige denn zum Tode verurteilt.

Die endgültigen Urteile sollen am 21.8.1979 gefällt werden. Wie die Urteile auch ausfallen werden, sie werden gegen all diejenigen gerichtet sein, die früher wie auch jetzt noch gegen den japanischen Unterdrückungsapparat gekämpft haben bzw. kämpfen, und ebenfalls gegen jeden potentiellen Gegner des Unterdrückungsstaates. Die mörderischen Strafanträge sind auch im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Tokioter Gipfeltreffen im Juni zu sehen, wegen der Protest vor allem unter den revolutionären Linken und fortschrittlichen Kräften in Japan sehr stark ist. Wie zu den Zeiten des Okinawa-Kampfes, wird sich in Tokyo der Bullenterror breit machen. Für die Zeit des Gipfeltreffens werden 25.000 Bullen mobilisiert, und es gilt ein totales Demonstrationsverbot.

Gegenwärtig wird über Unterstützungskomitees und andere Organisationen eine breite Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um ein Todesurteil gegen den Genossen Hoshino zu verhindern. Eine der Aktionen ist die Sammlung von 100.000 Unterschriften, wo sogar die Unterschriften von Parlamentariern gewonnen werden konnten. Diese Aktion ist zwar rechtlich ohne Bedeutung, doch ist es notwendig, einen möglichst breiten und lauten nationalen wie auch internationalen Protest kund zu tun, um das Terrorurteil zu verhindern. Dabei ist man sich im Unterstützterkreis einig, daß auch eine Umwandlung der Todesstrafe in eine lebenslängliche Haft nicht akzeptiert werden kann. Man fordert die Freisprechung aller drei Angeklagten. Ferner fordert man die Aufhebung der Isolationshaft und die Verlegung

Hoshinos in eine „Normalzelle“. Seit der Bekanntmachung des Todesstrafantrags ist Hoshino in einer „Selbstmord-Verhütungszelle“ untergebracht, in der er dem Gefängnis-Psycho-Terror ausgesetzt ist.

Die Aktivitäten des Unterstützterkreises richten sich aber auch gegen die Todesstrafe überhaupt. Die Todesstrafe wird in Japan häufig als Foltermethode benutzt, um Geständnisse zu erpressen. In vielen Fällen ist es auch erwiesen, daß Todesurteile trotz bewußt falscher Anschuldigungen verhängt werden. So werden z.Z. acht nicht politische Angeklagte, d.h. bereits zum Tode Verurteilte vom Tokioter Rechtshilfe-Zentrum Kyuen Renraku Centre, betreut. Es sind z.Z. nur diese Fälle bekannt, doch es wird vermutet, daß es noch viele weitere unrechtmäßig Verurteilte gibt. U.a. bemüht man sich um eine Wiederaufnahme der Verfahren.

„Wir haben in der Vergangenheit bisher allzu oft die Todesstrafe passieren lassen. Dies müssen wir ändern und fordern, daß das System der Todesstrafe, nämlich der ‚gesetzliche‘ Mord durch die Staatsgewalt, abgeschafft wird. Natürlich betrifft dies auch das Problem der Erschießung oder das Blutbad am Ort durch die Staatsgewalt sowie auch das Problem des Strafsystems selbst.“ („Kyuen“, 121/1979). Diesem können wir vor allem vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Methoden der „Selbstmorde“ und gezielten Todesschüssen nur zustimmen.

Weg mit dem Todesstrafantrag gegen den Genossen Hoshino!
Freispruch für die Genossen Hoshino, Okumiyama und Arakawa!
Weg mit der Todesstrafe!

Wir fordern unsere Leser/innen auf, Protest- bzw. Solidaritätserklärungen zu schreiben und Unterschriften zu sammeln. Zuschriften zu schicken an: Kyuen Renraku Centre
Ishida Bldg., 4F
2-8-16 Shimbashi
Minato-ku, Tokyo
Japan.
Asien-Australien-Kommission

40.000 bei der Savana-Kundgebung

40.000 bei der Sayana-Kundgebung



40.000 demonstrierten im Meiji Park (Tokio) am 23.5. gegen das Terrorurteil im „Sayama-Fall“.

Am 23.5.79 fand im Tokioter Meiji Park eine Großkundgebung zum sogenannten Sayama-Fall statt. Laut Veranstalter, der Buraku Kaiho Domei (Buraku Befreiungsliga), waren 40.000 Menschen gekommen, um die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Kazuo Ishikawa zu fordern. Auf der anschließenden Demo wurden 38 Menschen verhaftet. Ishikawa, ein „Burakumin“ (Anm. siehe unten), wurde genau vor 16 Jahren wegen Diebstahls festgenommen und kurz darauf des (bis dahin ungeklärten) Mordes an einem minderjährigen Mädchen beschuldigt. In der ersten gerichtlichen Instanz wurde gegen ihn die Todesstrafe verhängt, nach einem Einspruch lautete der Urteilspruch in der zweiten Instanz lebenslängliche Haft. Der Revisionsantrag der Verteidigung wurde im August 1977 vom obersten Gerichtshof zurückgewiesen. Fakt ist, daß Ishikawa zunächst unter Folter zu einem Mordgeständnis gezwungen wurde, das er später wiederholt widerrufen hatte. Außerdem liegen zahlreiche Beweise vor, die „im Normalfall“ für einen Freispruch völlig ausreichen würden. Dieser sogenannte Sayama-Fall, genannt nach dem Ort des Mordes, ist zum Symbol der Unterdrückung, Diskriminierung und Entrechtung der „Burakumin“ geworden. Hier bewahrheiten sich die Worte des

US-Anwalts Clarence Darrow (1857-1938): „die Freiheit kommt von den Menschen selbst statt von Gesetzen und Institutionen“.

Anmerkung: Die „Burakumin“ sind ein rund 3 Millionen Menschen zählender Bevölkerungsteil der Japaner, der in jeglicher Hinsicht diskriminiert und entrechtet ist. Sie sind „die Neger Japans“, nur ethnisch „unsichtbar“, dafür gibt es aber „inoffizielle“ Namenslisten. Durch die konsequente Ausklammerung der „Burakumin“ aus dem sogenannten Demokratisierungsprozeß nach dem 2. Weltkrieg und durch eine kontinuierliche Förderung der Diskriminierung z.B. in den Massenmedien oder im Sayama-Fall ist das diskriminierende Bewußtsein noch in allen Bevölkerungsteilen weit verbreitet. Die Buraku Befreiungsliga, die einzige Organisation, die sich für die wirklichen Interessen der „Burakumin“ einsetzt, führt ihren Kampf dagegen sowohl vom Klassenstandpunkt wie auch von der besonderen Unterdrückungssituation der „Burakumin“ aus. Sie kann sich auf die breite Unterstützung zahlreicher revolutionärer Organisationen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen stützen und wirkt ihrerseits auch aktiv in anderen Kämpfen (z.B. dem Sanrizuka-Kampf mit).

Asien-Australien Kommission



afrika

Uganda: Lule-Regierung auf prowestlichem Kurs

Anfängliche Hoffnungen und Erwartungen, daß sich nach der vollständigen Befreiung Ugandas die fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte innerhalb der UNLF durchsetzen und die politische Entwicklung des Landes bestimmen würden, haben sich nicht erfüllt.

Vielmehr konnten sich vorerst die Fraktion um den jetzigen Staatspräsidenten Yusuf Lule und damit die Befürworter einer verstärkten Kooperation mit den imperialistischen Staaten behaupten.

Dies wird insbesondere an der angekündigten Reform der ugandischen Armee, der faktischen Ausschaltung der UNLF und der intensiven wirtschaftlichen Unterstützung durch den Imperialismus deutlich.

Elite-Heer nach westlichem Vorbild

Nach Aussagen des Staatspräsidenten Lule soll die zukünftige ugandische Armee in Anlehnung an die Struktur imperialistischer Streitkräfte zu einem hochmodernen Elite-Heer aufgebaut werden.

Kriterium für die Aufnahme in diese Streitmacht soll demzufolge nicht die politisch-ideologische Einstellung, sondern allein der Bildungsgrad der Rekruten sein.

Die Offizierslaufbahn kann nur einschlagen, wer über Abitur oder Mittlere Reife verfügt, einfache Soldaten müssen mindestens die 7. Grundschulklasse besucht haben. „Mit Vorrang behandelt werden Bewerber mit höheren Qualifikationen und gutem Leumund.“ (Radio Kampala, 2.5. lt. MD, 3.5.)

Bei einem Volk, das überwiegend aus Analphabeten besteht, die nie in ihrem Leben eine Schule besuchen konnten, dürfte die Armee im wesentlichen den ugandischen Intellektuellen vorbehalten sein. Unseres Wissens stellt die geplante Strukturierung der Armee auch einen Bruch des Aktionsprogramms der UNLF dar, das u.a. den Aufbau von Volks-

milizen und eine enge Verbindung zwischen Volk und Armee vorsieht (siehe, AFRICA, Mai '79).

Nach Informationen der französischen Zeitschrift „Jeune Afrique“ (30.5.79) zählen vor allem der kommandierende Chef der Streitkräfte, Tito Okello und Oberstleutnant David Ojok zu den Befürwortern einer Volksarmee innerhalb der UNLF.

Starke Betonung der Privatwirtschaft

Nach anfänglicher Zurückhaltung sind die imperialistischen Staaten mittlerweile voll ins „Uganda-Geschäft“ eingestiegen.

Großbritannien, die EG und Kenia haben großzügige Hilfe in Millionenhöhe gewährt, und die USA haben nach der Aufhebung des Wirtschaftsboykotts ebenfalls finanzielle Unterstützung angekündigt.

Zur Zeit hält sich ein Experten-Team der EG in Uganda auf, um über einen Drei-Stufenplan zur Wiederaufbauhilfe zu verhandeln. Die Commonwealth-Staaten haben in der gleichen Absicht ein Team nach Kampala entsandt (Neue, 25.5., Daily News, 24.5.).

Die Lule-Regierung zeigte sich ihrerseits durch großzügige Offerten erkenntlich: Die 1972 von Amin ausgewiesenen asiatischen Geschäftsleute wurden mit dem Angebot weitreichender Entschädigungen zur Rückkehr nach Uganda aufgefordert. Neben diesen Entschädigungszahlungen, die die Finanzen des Landes erheblich belasten dürften, sollen die Geschäftsleute wieder in großem Maße in das Wirtschaftsleben integriert werden.

„Im Fall von großen Geschäftsunternehmen, die nicht-ugandischen Bürgern Ugandas gehören, haben die Besitzer automatisch das Recht, sich mit der Regierung daran zu beteiligen.“ (Radio Kampala, 19.5., lt. MD, 22.5.)

Analog zu dieser Politik wird von Regierungsseite offenbar auch versucht, loyale Anhänger Idi Amins weiter in höheren Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionen zu belassen. Begründet wird dies in der Regel mit dem – sicher vorhandenen – Mangel an qualifizierten Fachkräften, der kurzfristig auch kaum auszuweichen ist.

Es scheint sich aber doch um eine recht weitgehende Schonung der Amin-Anhänger zu handeln, die in zahlreichen ugandischen Betrieben bereits zu Protestaktionen und Streiks der Beschäftigten geführt hat (SZ, 22.5.).

Betont freundliche Beziehungen werden zum reaktionären Nachbarstaat Kenia unterhalten. So erklärte der ugandische Finanzminister, Kenia sei der erste Staat, der Anstrengungen gemacht habe, Uganda wieder auf die Beine zu helfen. Der Informationsminister bemerkte angesichts von 5 Mio. DM kenianischer Direkt-Hilfe: „Wir haben einen guten Anfang gemacht, mit der kenianischen Regierung die herzlichsten Beziehungen herzustellen.“ Es gebe „keinen Zweifel, daß wir im Laufe der Zeit mit Kenia die engsten Beziehungen entwickeln werden. Schließlich gibt es ethnische, geographische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern, die eine harmonische und beiderseits gewinnbringende Partnerschaft geradezu erzwingen werden.“ (FAZ, 19.5.)

Und Staatspräsident Lule hatte vor nicht allzu langer Zeit erklärt, seine Regierung strebe eine Gesellschaftsform zwischen der Tansanias und Kenias an.

Hier könnte sich eventuell eine, auch von Tansania durchaus erwünschte, engere politische und wirtschaftliche Allianz zwischen Kenia und Uganda anbahnen und damit eine Wiederbelebung der früheren gescheiterten Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Ausschaltung der UNLF

Ende April kündigte Lule in einer Rede an die Nation überraschend das generelle Verbot politischer Parteien für die Dauer von zwei Jahren und die „Übertragung aller Titel, Privilegien, Vorrechte, Befugnisse, Funktionen und Sonderrechte“, die Amin genossen hatte, auf seine Person an.

Ein 90-köpfiger Konsultativrat erläßt die Gesetze, zu denen Lule aber vorher seine Zustimmung geben muß. Lule ernannt auch seine Minister, sie werden nicht etwa vom Konsultativrat gewählt. Diese dürfen ihn „bei der Ausübung seiner Funktionen beraten (!)“, verfügen also über keinerlei Mitspracherecht.

Damit ist die UNLF als Repräsentantin des gesamten ugandischen Widerstands von der Ausübung der Macht ausgeschaltet. Lule seinerseits hat sich durch derartige diktatorische Vollmachten die Möglichkeit geschaffen, den jetzigen prowestlichen Kurs ungestört und frei von unliebsamen Kritikern fortsetzen zu können.

Afrika-Kommission

CIA-Unterstützung für Idi Amin

Ist es schon seit einiger Zeit kein Geheimnis mehr, daß hinter dem gestürzten Ugandischen „Conqueror of the British Empire“, Idi Amin, die verschiedensten auswärtigen Mächte standen und seinem blutigen Regime Unterstützung zuteil werden ließen, so scheint jetzt ans Tageslicht zu kommen, was eigentlich kaum verwundert: auch der CIA hatte seine geübten Finger im schmutzigen Geschäft.

Eine Schlüsselfigur ist dabei ein Amerikaner namens Frank Terpil, der offiziell als Chef der in Paris ansässigen Firma „Intercontinental Technology“ fungiert. Selbiger Frank Terpil soll, wie in Washington bestätigt wurde, acht Jahre für den CIA gearbeitet haben. Laut einem Vertrag mit dem Vermerk „geheim“, gefunden in den Akten des „State Research Bureau“, das die Funktion eines Planungszentrums für die Greuelen der letzten Jahre innehatte, verkaufte die Firma des Mr. Terpil im August '77 Ausrüstungsgegenstände im Wert von 3,2 Mio. US-Dollar an das „State Research Bureau“.

Dabei handelte es sich um so nützliche Dinge wie versteckte Antennen, Aktenkoffer mit Tonbandgeräten, Bomben, ferngesteuerte Sprengsätze, ein 56-spuriges Tele-

phon-Überwachungssystem, Abhöranlagen und einiges mehr. Weiterhin beinhaltet der Vertrag: Ausbildung in Sachen Überwachung, Spionage, Sabotage etc.

Terpil, dessen Adresse im Uganda Idi Amins schlicht „The President's Office“ lautete, ist derzeit verständlicherweise unauffindbar. Das braucht allerdings nicht zu heißen, daß er untätig geworden ist; immerhin war er im Auftrag der US-Regierung bereits in verschiedenen Ländern, u.a. in Libyen, um Munitionsgeschäften zu tätigen.

Außer verschiedenen US-Firmen, die das „Bureau“ mit Spezialgeräten belieferten (u.a. die „Harris Corporation“, eine Satellitenstation für „externe Kommunikation“ in der Heimatregion Amins, Arua), waren es hauptsächlich britische und französische Firmen, die Uganda mit elektronischen Rüstungsgütern versorgten. Man darf durchaus auf weitere Enthüllungen gespannt sein, die Aufschlüsse darüber geben, wer alles ein Interesse am Terrorregime von Idi Amin hatte.

(Informationen nach „International Herald Tribune“, Europ. Edition, Paris vom 4.6.79)

Ein AK-Leser

Massaker im Zentralafrikanischen „Kaiserreich“

Nachdem der Diktator Bokassa die Ermordung von mindestens 100 Schülern (s. AK 154) scheinheilig dementierte (NZZ, 21.5.), wurde das Massaker inzwischen mehrfach bestätigt.

Der ehemalige Botschafter des Zentralafrikanischen „Kaiserreichs“ (ZAK) in Frankreich, Bangui, gab Augenzeugenberichte wider, nach denen Bokassa höchstpersönlich bei der Schlächtere im Gefängnis der zentralafrikanischen Hauptstadt anwesend war (JHT, 25.5.).

In Paris gab Bangui bekannt, daß er vom Amt des Botschafters zurückgetreten sei und daß er seinen Generalsrang niedergelegt habe. Außerdem gab er die Gründung der „Befreiungsfront von Ubangi“ (U=geographischer Name des Territoriums des ZAK) bekannt (LM, 23.5.), über deren politische Zusammensetzung Näheres bislang nicht bekannt wurde. Jetzt plant Bangui Reisen in die Nachbarländer des ZAK, um mit deren Regierungen Maßnahmen gegen das Bokassa-Regime zu beraten (FAZ, 25.5.).

Der Sohn des Terrorkaisers bestätigte die Morde ebenfalls und schätzte die Situation im ZAK so ein:

„Mein Vater hat Angst und wird daher zunächst die Repressalien verschärfen. Aber die Menschen in Zentralafrika haben seit ungefähr sechs Monaten ein neues Klima geschaffen. Sie wagen zu kritisieren und zu demonstrieren. Sie beginnen, sich zu wehren gegen willkürliche Verhaftungen, gegen vorenthaltene Löhne und sprechen über Folterungen.“ (FR, 29.5.)

Die Pressekonferenzen dieser beiden Zentralafrikaner haben die französische Regierung in Verlegenheit gebracht: Sie finanziert die Hälfte des Budgets des ZAK (JHT, 24.5.). In Paris werden jetzt mit viel Wortgeklänge „Sorgen“ über die Praktiken Bokassas geheuchelt und ein Ende der französischen Unterstützung herumposaunt. Verschwiegen wird dabei freilich, daß lediglich Ersatzteillieferungen für Hubschrauber, Munitionssendungen und die Ausbildung einiger Offiziere gesperrt werden – eine Maßnahme, die der Kaisersohn als „symbolisch“ bezeichnete („FR“, 29.5.).

Die vielfältige Unterstützung des französischen Imperialismus für faschistische afrikanische Regimes und seine militärischen Interventionen gegen Befreiungskämpfe machen deutlich, daß von Frankreich nicht gerade zu erwarten ist, einem Regime wie dem Bokassas den Garaus zu machen.

Um sich trotzdem gegen alle Eventualitäten abzusichern, hat Bokassa inzwischen die Sowjetunion und Rumänien um militärische und technische Hilfe gebeten („JHT“, 24.5.). Während hier eine Antwort noch nicht bekannt geworden ist, hat eine libysche Regierungsdelegation, die vom 17. bis 25.5. im ZAK weilte, militärische und wirtschaftliche Hilfe angekündigt („SZ“, 1.6.).

Es bleibt zu hoffen, daß diese libysche Unterstützung Bokassa genauso wenig retten wird, wie sie es im Falle Idi Amins vermochte.

Afrika-Kommission

Rhodesien: Anerkennung auf Raten

Abel Muzorewa am Ziel? Rund drei Jahre nach Vorlage des Kissinger-Plans, nach diversen Verhandlungsrunden und politischen Manövern wurde der Bischof vereint vom Imperialismus und Rassenregime an die Spitze der Regierung des neuen „Zimbabwe/Rhodesien“ gehievt. Die Konkurrenten hatten das Nachsehen, der Erzrivale Sithole boykottiert sowohl das aus den jüngsten „Wahlen“ hervorgegangene „Parlament“, als auch das neue „Kabinett“, daß Muzorewa am 30. Mai vorstellte: Unter den 17 Ministern sind fünf Weiße, drei von ihnen hatten in derselben Funktion unter Ian Smith gewirkt, der Finanzminister David Smith, Landwirtschaftsminister Irvine und Justizminister Andersen. Der bisherige weiße Außenminister Pieter van der Byl (einer der übelsten Einpeitscher der alten Regierung) übernahm das Ministerium für Verkehr, Energie

und Postwesen. Ian Smith, der Vorgänger im Amt des Regierungschefs, sitzt als Minister ohne Geschäftsbereich in der neuen Regierung. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die „bewährte“ Führungscrew des Rassenregimes die entscheidende Rolle in der neuen Marionettenregierung spielen wird. Erstaunlich, wie offen man die Kontinuität des rhodesischen Rassismus und Faschismus nach außen durchscheinen läßt.

Mit diesem „Machtwechsel“, der keiner ist, findet auch das Spektakel um „Allparteienkonferenzen“ u.a. ein Ende. Ebenso sind auch die berüchtigten anglo-amerikanischen Pläne vom Tisch, mit denen der Imperialismus den Eindruck zu erwecken suchte, er votiere im Gegensatz zur „internen Lösung“ für eine „demokratische Gesamtlösung“ (unter Einschluß der Rassisten !). Mit diesen offiziellen Vorschlägen hat

sich der Imperialismus die Türen zu Verhandlungen mit den wichtigsten schwarzafrikanischen Staaten, insbesondere den Frontstaaten, geöffnet und war bis in die jüngere Zeit mit der Patriotischen Front im Gespräch. Eine reale Chance hatten diese Pläne nie gehabt. Denn im Interesse der imperialistischen Globalstrategie im südlichen Afrika muß die rhodesische Gesellschaft mitsamt ihren traditionellen Machtstrukturen als Vorposten für die RSA erhalten bleiben.

Vor diesem Hintergrund waren die diplomatischen Manöver des Imperialismus nur Versuche, die relative Einheit sowohl der Befreiungskämpfer und ihrer Organisationen als auch der sie unterschiedlich stark unterstützenden Frontstaaten aufzubrechen. Wenn sich heute die „interne Lösung“ nur auf die Marionetten stützen kann, die bereits 1976 in Genf den Verrat proklamierten, so scheint dem Imperialismus ein augenfälliger Erfolg versagt geblieben zu sein. Der Befreiungskampf konnte insgesamt intensiviert werden, und die Auswandererquote der Rassisten ist unverändert hoch, sie beträgt weit über 1000 pro Monat.

Auf der anderen Seite kam es zu Geheimverhandlungen zwischen Smith und der ZAPU (Nkomo), die die PF stark belasteten, und die Haltung Sambias zum zimbabweschen Befreiungskampf wird immer zwielichtiger (Öffnung der Grenze zu Rhodesien, widerstandslose Hinnahme der Bombardierung von Flüchtlingslagern und der Ermordung von Freiheitskämpfern in der Hauptstadt). Botswana seinerseits hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß es dem zimbabweschen Befreiungskampf mit Distanz gegenübersteht. Die Zukunft wird also zeigen, ob der Imperialismus diese Einbrüche ausbauen kann.

Fortsetzung S. 48



Fortsetzung von S. 47

Gleichzeitig ist unverkennbar, daß die Aggressivität der rhodesischen Faschisten nach außen (Überfälle auf Mosambik und Sambia) im letzten Jahr sprunghaft angestiegen ist. Die Regierung Muzorewa ist gerade vier (!) Tage im Amt, da überfallen rhodesische Killereinheiten erneut Mosambik (SZ, 6.6.). Südafrika hat militärische Unterstützung für Salisbury garantiert.

Die Subversions- und Infiltrationsversuche gegenüber Mosambik haben ebenfalls besorgniserregend zugenommen (siehe AK 154). Mit dem Prozeß der Etablierung der neuen Regierung in Salisbury tritt die imperialistische Variante der offen reaktionären und kriegstreiberischen Politik eindeutig in den Vordergrund, die Zeit der spektakulären Afrika-Rundreisen des farbigen US-Botschafters Andrew Young scheint zunächst vorüber zu sein. Nach der Anerkennung wird die direkte militärische imperialistische Hilfe nicht mehr auf sich warten lassen.

Doppelpaßspiel

Nachdem in den Jahren 1976, '77 und z.T. '78 die USA im Rhodesien-

konflikt auch nach außen eine tonangebende Rolle spielten (Kissinger-Plan etc.), hat der Regierungswechsel in England die ausgezeichnete Möglichkeit geschaffen, den Juniorpartner den entscheidenden Part in der Einführung der offenen Kriegspolitik spielen zu lassen. Bekanntlich hatte die Thatcher-Partei vor Machtantritt keinen Zweifel daran gelassen, daß sie nach einem Wahlsieg voll für die „interne Lösung“ eintreten wird. Gegenwärtig taktiert die britische Regierung noch vorsichtig, zunächst wird abgewartet, wie fest Muzorewa tatsächlich im Sattel sitzt, und zudem findet im August die Commonwealth-Sitzung in Lusaka (Sambia) statt, vor der keine einschneidenden Entscheidungen zu erwarten sind.

Nichtsdestoweniger hat die konservative englische Regierung die ersten Schritte zur Anerkennung der Regierung Muzorewas eingeleitet. Sie hat eine „semipermanente Vertretung“ in Salisbury eingerichtet: der ehemalige Botschafter Englands in Addis Abeba hält den Direktkontakt zwischen London und Rhodesien aufrecht. Offizielle Grundlage für diese Maßnahme ist der Bericht einer Abordnung der Konservativen Partei unter Leitung von Lord Boyd über die „Wahlen“, der im Fazit zu dem Ergebnis kommt, daß der Urnengang

gemessen an striktesten westeuropäischen Maßstäben „fair“ gewesen sei. Viele Afrikaner hätten die Chance ergriffen – so seine Lordschaft – für den Frieden zu stimmen (FR, 26.5.79).

In einer außenpolitischen Rede vor dem Oberhaus gab der Außenminister Carrington klipp und klar das mittelfristige Ziel der englischen Regierung an: „Es ist unser Ziel, mit der breitestmöglichen internationalen Anerkennung die Rückkehr Rhodesiens in die Legalität herbeizuführen“ (NZ, 25.5.79). Rückkehr in die Legalität bedeutet Anerkennung der Regierung und Aufhebung der Sanktionen, die im November '79 zunächst ablaufen. „Außerdem“, fügte Carrington hinzu, „sei es moralisch falsch, eine Wahl beiseite zu schieben, in der 64% der Leute ihre Stimme abgegeben haben.“

Der neue englische Kurs ist mit den USA abgesprochen. Nach einer jüngsten Unterredung mit Carrington sagte der US-Außenminister Vance, die Wahlen hätten eine „neue Realität“ geschaffen. Der Afrikanerberater des US-Außenministeriums, A. Lowenstein, hat inzwischen mit Muzorewa in Salisbury die Konsequenzen der „neuen Realität“ abgesprochen. Man kann davon ausgehen, daß in der Nachfolge Englands die USA ihre Sanktionen (die oft genug ge-

brochen wurden) aufheben und über kurz oder lang Muzorewa anerkennen werden. Andrew Young kommentierte, bei diesem Prozeß sei „keine Eile geboten“ (SZ, 29.5.79). Nigeria, der zweitgrößte Erdölimporteur der USA und ihr in der Regel eher freundlich gesinnt, hat bei solcher Entwicklung „Konsequenzen“ angedroht. Auch Tansania hat die starken Anerkennungstendenzen scharf zurückgewiesen.

ZANU und ZAPU bilden gemeinsames Oberkommando

Als Antwort auf die imperialistische Eskalation des Rhodesienkonflikts haben ZANU und ZAPU in Addis Abeba beschlossen, ein politisches Koordinationsgremium, einen Verteidigungsrat und ein gemeinsames operatives Kommando zu bilden. ZANU-Vorsitzender Mugabe kommentierte diese Entwicklung in Mosambik: „Dies sind echte Strukturen und unsere Einheit ist Wirklichkeit. Ich gebe zu, daß in der Vergangenheit Anstrengungen gescheitert sind, die beiden Flügel der Patriotic Front zu vereinigen, aber beide Seiten meinten, daß Einheit nun ein Gebot der Stunde sei. Die Smith-Muzorewa-Südafrika-Allianz sucht Anerkennung und es gibt Anzeichen, daß sie sie erhalten

werden. In diesem Fall wird das „interne“ Regime finanzielle und militärische Unterstützung vom Ausland erhalten. Wir müssen diesen Trend umkehren und der Welt zeigen, daß wir einig sind. ... Die Einheit wird es uns ermöglichen, den Kampf zu intensivieren und in dieser Hinsicht ist es die notwendige Antwort auf die Schwindelwahlen in Rhodesien im letzten Monat.“ Zur Frage der sowjetischen Waffenhilfe führte Mugabe aus: „Wir erhalten noch keine direkte Waffenhilfe von den Russen, aber unsere Beziehungen entwickeln sich. Wir wissen, daß ZAPU direkte Waffenlieferungen aus Rußland bekommt und haben sie niemals deshalb verdammt. Aber wir haben argumentiert, daß solche Ausrüstung mit allen geteilt werden sollte, die in Zimbabwe kämpfen. Nun sind wir vereint, und dies dürfte kein Problem mehr sein.“ („Guardian“, 15.5.79).

Es könnte ein großer Fortschritt sein, wenn es gelingt, die ZAPU auch militärisch dauerhaft in den Befreiungskampf einzubinden. Bekanntlich war die Beteiligung der ZAPU am bewaffneten Kampf bislang sehr mager.

Afrika-Kommission



nahost

China zum Kurdenproblem

Die Machthaber in Peking haben sich zum Kurdenproblem geäußert. Wir drucken im folgenden die Übersetzung eines Berichtes ab, der unter dem Titel „Sowjetunion schürt Unruhen unter den Kurden“ gesendet wurde.

„Die Beschuldigungen“ gegen die Sowjetunion sind völlig aus der Luft gegriffen, interessant an diesem Kommentar ist allerdings, daß er Stellungnahmen von Revisionisten sowjetischer Machart zum gleichen Problem auf's Haar gleicht. Allerdings: Was hier die Machenschaften und Expansionsbestrebungen der „Sozialimperialisten“ sind, sind dort „Versuche der in- und ausländischen Stützen der Pahlawi-Diktatur“ und „Provokationen pseudorevolutionärer Elemente“ („Deutsche Volkszeitung“, 5.4.79), worunter u.a. die „maoistischen Gruppierungen“ zu verstehen sind.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang noch einmal daran, daß die iranischen Kurden nicht „Unabhängigkeit“ und „Lostrennung“ gefordert haben (was nach leninistischen Prinzipien ja ihr gutes Recht wäre), sondern Autonomie und bürgerlich-demokratische Freiheiten. Im übrigen sind die bewaffneten Auseinandersetzungen in Iranisch-Kurdistan von bewaffneten religiös-faschistischen Milizen der jetzigen Machthaber im Iran provoziert worden, gegen Demonstrationen der Kurden wurde die Armee eingesetzt. Den iranischen Kurden geht es nach dem Sturz des Schah-Regimes darum, ein neues despotisches Regime zu verhindern. Unter dem faschistischen Schah-Regime wurden besonders die ethnischen Minoritäten unterdrückt, der Gebrauch ihrer Sprache untersagt u.a.. Gerade in der Türkei werden auch heute noch die Kurden, verächtlich „Bergtürken“ genannt, aufs Schärfste unterdrückt. Derzeit ist über 19 türkische Provinzen, u.a. die Provinzen in der Osttürkei (Kurdistan) das Kriegsrecht verhängt, unter dem der faschistische Terror wütet. Die politischen Interessen sind allzu durchsichtig, wenn ausgerechnet der sozialdemokratische Ministerpräsident der Türkei und der iranische Innenminister die Sowjetunion für die „Unruhe“ in Kurdistan verantwortlich machen.

„Sowjetunion schürt Unruhen unter den Kurden“

Kürzlich haben in einer Anzahl westasiatischer Länder entlang der Grenze zur Sowjetunion Unruhen und bewaffnete Auseinandersetzungen stattgefunden. Dies hat allgemeine Sorge hervorgerufen.

Es wurde berichtet, daß die Kurden in den Provinzen Kurdistan und

Kermanshah in Westiran im letzten Februar mit den Truppen der iranischen provisorischen Regierung zusammengestoßen waren. Hunderte Menschen wurden getötet oder verwundet. Es wurde beobachtet, daß viele Kurden sowjetische automatische Gewehre trugen und einige Parolen nach „Unabhängigkeit“ erhoben.

Nach türkischen Presseberichten sind große Mengen sowjetischer Waffen in die von Kurden bewohnten Gebiete im Iran, Irak und in der Türkei geschmuggelt worden. Geschmuggelte Waffen wurden kürzlich in der Osttürkei entdeckt, einschließlich Gewehren, halbautomatischen Gewehren, Maschinengewehren und Panzerabwehrraketen. Ende März dauerten bewaffnete Zusammenstöße zwischen Kurden und türkischen Gendarmen in der Gegend von Kiziltepe in der Osttürkei drei Tage an.

Die sowjetische Propaganda-Maschine wurde sofort in Bewegung gesetzt. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ beschrieb die Kurden als „Aufständische“ und lobte die iranischen Aufständischen, daß sie die Rundfunk-Stationen von Sanadaj eingenommen und von der iranischen Zentralregierung die Achtung der nationalen Traditionen der Kurden gefordert hätten.

Radiosender an der südlichen sowjetischen Grenze und Sender pro-sowjetischer Gruppen außerhalb der Sowjetunion haben begonnen, Programme für Kurden in Iran und in der Türkei auszusenden, um sie für den Separatismus zu agitieren.

Diese unheilvollen sowjetischen Handlungen haben eine tiefe Unruhe in den betreffenden Ländern hervorgerufen. Der iranische Vize-Premier Amir Entezam sagte: „Die geopolitische Situation in Iran ist sehr empfindlich“. Er sagte, daß der Iran es in keiner Region erlauben werde, sich abzusondern oder sich vom Heimatland loszureißen. Der iranische Innenminister Ahmed Sadr Javadi beschuldigte Moskau, Irans jahrelange Probleme mit den Kurden und anderen Minoritäten zu verschärfen. „Die Sowjetunion gibt vor, ein freundliches Land zu sein“, fügte er hinzu, „aber wir sind uns vollständig darüber im Klaren, daß sie versucht, die Unruhe mit Agenten zu schüren“.

Der türkische Ministerpräsident Bulent Ecevit berichtete in einer Pressekonferenz am 6. April, daß „die Türkei ausgedehnte Grenzen hat, über die kontinuierlich Waffen geschmuggelt werden“. Er sagte, daß „es einige Kräfte von außen gibt, die unser Gebiet zerteilen wollen“ und solche Aktivitäten „sind kürzlich intensiviert worden“. „Die Türkei, als ein Land dieser Region, ist natürlich eines der Ziele für diese Pläne“, die „grundlegender Ausdruck der Versuche „zu teilen und zu herrschen“ sind und die Türkei wird diese Pläne

somit und sehr wirkungsvoll bekämpfen“, fügte er hinzu.

Die Kurden sind eine Nation in der westasiatischen Region mit einer 23.000.000 Bevölkerung, verstreut auf die Türkei, auf Iran, Irak, Syrien und die Sowjetunion. Die Gegend, die die Kurden bewohnen, sind Teile der Gebiete dieser multinationalen, souveränen Staaten geworden, und die Kurden sind Teil der Bevölkerung dieser Staaten geworden. Es ist nur natürlich, daß die Nationen in einem Land ein besseres politisches und ökonomisches Leben führen wollen, und das Problem kann durch Beratungen gelöst werden wie eine interne Angelegenheit.

Der sowjetische Sozialimperialismus jedoch, der den Mantel des Zaren geerbt hat, hat die nationalen Probleme seiner benachbarten Länder für einen Versuch genutzt, sie zu zerstücken. In den späten 50er Jahren begann die Sowjetunion mit offener Unterstützung und schickte im Exil Lebende aus einer Reihe von Ländern zurück, um gegen die Regierung gerichtete bewaffnete Gruppen und kurdische „Unabhän-

gigkeitsbewegungen“ zu organisieren.

Heute beschleunigt die Sowjetunion ihr südwärts gerichtetes, expansionistisches Treiben und hat deshalb ihre Bemühungen verstärkt, die Kurden dieser Länder anzustacheln, sich an separatistischen Bewegungen zu beteiligen.

Diese sowjetischen Pläne haben sofort die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der Welt auf sich gezogen. Die libanesische Wochenzeitung „Magazine“ enthüllte im Februar dieses Jahres die Tatsache, daß „Moskau plant, eine von Iran, Irak und der Türkei getrennte Kurdische Sozialistische Republik zu schaffen“. Eine andere libanesische Wochenzeitung, „The Arab News“, wies darauf hin, daß der sogenannte Plan einer „Kurdischen Republik“ von der Sowjetunion im Hintergrund ausgeheckt worden sei. Die Wochenzeitung sagte, daß arabische Quellen darauf hingewiesen haben, wenn diese „Republik“ einmal geschaffen worden sei, werde ein Vertrag über ihre Verbindung mit den Kurden in der Sowjetunion unterzeichnet.

Der türkische Senator Kamran

Inan, selbst ein Kurde, beschuldigte kürzlich die Sowjetunion, Unruhen in Kurdistan zu erzeugen. Er führte aus: „Ihre Absicht ist es, einen separaten Moskau-treuen Staat in Kurdistan zu schaffen“.

Die Sowjetunion verfolgt, wie das zaristische Rußland, im eigenen Land eine Politik der Unterdrückung aller nichtrussischen Nationalitäten. Es ist bekannt, daß die heutige Sowjetunion ein Gefängnis für die „Menschen aller Nationalitäten“ ist. Außerdem versucht sie ihr Äußerstes, um Uneinigkeit in den Grenzgebieten zu ihren Nachbarländern zu säen, in dem Versuch, ihre Nachbarn im Süden zu kontrollieren, um sich den Weg für ihr Expansionsstreben nach Süden zu bahnen. Aber ihre Pläne werden gewiß von den Völkern aller Nationen vereitelt werden, einschließlich der Kurden in diesen Ländern, sobald sie sich vereinigen, um ihre nationale Unabhängigkeit und ihr Wohl zu verteidigen“ („NCNA“, 28.4.79, nach „SWB“, 30.4.79).

Nahost-Kommission

Westsahara: Den Verhandlungs-Worten fehlen noch immer die Taten

Anfang Juni drohte die Befreiungsbewegung der Westsahara, Frente Polisario, Mauretanien mit einem Bruch des Waffenstillstands und betonte zugleich ihre Entschlossenheit, die Region Westsahara „mit allen Mitteln“ zu befreien. Die Polisario habe nun „die Tür zu weiteren Gesprächen zugeschlagen“. Hintergrund dieser Erklärung ist die Hinhaltepolitik der mauretanischen Regierung, die seit einem Jahr ihre Verhandlungsbereitschaft bekundet, doch gerade erst ein Treffen mit der Polisario boykottiert hat.

Am 28. Mai sollte in Tripolis (Libyen) ein Treffen zwischen der Polisario und der mauretanischen Regierung stattfinden, auf dem nach libyschen und saharaischen Angaben ein Friedensvertrag ausgehandelt werden sollte. Mauretanien hatte demontiert, bei einem Treffen in Tripolis Mitte April zugesagt zu haben, den von ihr besetzten Teil der Westsahara zurückzugeben zu wollen.

Anfang Mai hatte der mauretanische Premierminister Ahmed Ould Bouceif nacheinander Marokko, Frankreich, Spanien und wieder Marokko (!) besucht, wo Gespräche über die Situation in der Westsahara stattfanden und Mauretanien von Frankreich die Verstärkung der militärischen Kooperation, die Hilfe bei der Verteidigung des mauretanischen Gebietes (außer dem Westsahara-Teil)

gegen jede mögliche Aggression sowie eine größere wirtschaftliche und finanzielle Hilfe, von Spanien ebenfalls finanzielle Hilfe forderte.

Nach diesen Gesprächen bekundete Bouceif erneut die Verhandlungsbereitschaft der mauretanischen Regierung, erklärte jedoch, daß vor einer Rückgabe der besetzten Gebiete die Bevölkerung befragt werden müsse. Diese Haltung ist nicht neu. Sie wird seit Gesprächen mit der algerischen Regierung und Vertretern der Polisario auch von der spanischen Regierung vertreten. Dies bedeutet zwar eine eindeutige Meinungsverschiebung zugunsten der Polisario seitens der spanischen Regierung, die sich bisher nie gegen Marokko zu äußern wagte, die Polisario will sich jedoch nicht mit Worten zufriedengeben.

Sie begrüßte zwar das Treffen mit dem spanischen Regierungschef als „eine historische Begegnung“, forderte die spanische Regierung allerdings auf, zumindest das Dreierabkommen von Madrid vom November 1975 formal aufzukündigen (in dem Abkommen hatte Spanien die Westsahara an Marokko und Mauretanien abgetreten und die Republik Westsahara anzuerkennen, um den „historischen Verrat, begangen am saharaischen Volk“ wiedergutzumachen).

Mauretanien wurde aufgefordert, wenn es wirklich den Frieden wolle, dies zu beweisen, indem es den Saha-

raus die Heimat zurückgebe.

Scharf wird die französische Regierung von der Polisario kritisiert, „die bis zum Hals in diesem Konflikt steht“ und deren Taten nicht mit ihren Erklärungen übereinstimmen. „Paris führt sein Doppelspiel fort, übt Druck auf Nouakchott aus, die Dynamik des Friedens abzubremsen, verstärkt seine militärische Anwesenheit in der Region und ermutigt so die Unnachgiebigkeit Marokkos. Französische Militärberater befinden sich im äußersten Süden Marokkos, in Tan-Tan, in Zac, und eine Abordnung hat sich sogar nach El-Ajoun (Westsahara) begeben. Die Waffen- und Munitionslieferungen an das cherifische (marokkanische) Königreich gehen weiter. In Mauretanien ist die Ausrüstung, die die Operationen der Jaguar-Flugzeuge ermöglicht, verstärkt worden. Diese letzteren haben ihre Erkennungs- und Provokationsflüge wieder aufgenommen ebenso wie die Breguet (Aufklärungsflugzeuge). Diese Flüge finden über der Westsahara statt und reichen sogar bis zum von Marokko besetzten Teil“ („Le Monde“, 26.5.79).

Mit einem Frieden wird also in nächster Zeit von seiten der Aggressoren kaum gerechnet.

Nahost-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



AStA-Wahl FU Westberlin: Die Basisgruppen gewinnen die Wahl

Vom 30.5. bis zum 1.6. wählten die Student(inn)en der FU erstmals nach 10 Jahren wieder ein Studentenparlament (siehe auch AK 154). Eindeutige Siegerin dieser Wahl ist mit 31,5% die Basisgruppenliste, die mit 20 von 59 Sitzen nicht nur stärkste Einzelfraktion im Stupa sein wird, sondern damit auch über eine Sperrminorität verfügt. Von den 18 Direktkandidat(inn)en brachte die Basisgruppenliste 12 durch!

Die ADS (SEW nahe) erreichte 17% und 11 Sitze und wird zusammen mit den Jusos, die 15% und 9 Sitze erhielten, einen GO - Block von ebenfalls 20 Sitzen bilden.

Der LHV erhielt 4 Sitze, die Liste Damenwahl 2 und die Sponti-Liste KAOS/ML, die Fachbereichsliste „Roter Pfirsich“ und die KHG-Liste je einen Sitz. Die sechs rechten Listen erhielten zusammen 10 Sitze, davon die JU 4, der RCDS und die „Reformgruppe“ je 2, und der SLH und die „Gemäßigte unabhängige Studentenschaft“ je einen Sitz. Die rechtsradikale Liste des Corporationsringes erhielt keinen Sitz. Die Wahlbeteiligung war mit knapp 33% relativ niedrig, wozu auch ein recht ereignisloser und auseinandersetzungsarmer Wahlkampf beigetragen

haben dürfte.

Das Wahlergebnis macht einerseits eine klare Ablehnung reaktionärer Politik deutlich. Mit ca. 16% der Stimmen können die Rechten im Stupa jederzeit von der demokratischen Mehrheit überstimmt werden und auch keinen Druck auf die rechten Flügel des reformistischen Lagers ausüben.

Weiterhin macht das Wahlergebnis eine annähernde Kräftegleichheit zwischen der radikalen Linken und dem GO-Block deutlich. Ebenso wenig wie die GO'er an den Basisgruppen vorbeikommen, kommen die Basisgruppen an den GO'ern vorbei. Dieser Tatsache muß u.E. die Politik der Basisgruppen Rechnung tragen und mehrheitsfähige, konstruktive Vorschläge in das Studentenparlament einbringen. Das Stupa lahmzulegen – wie von Teilen der Basisgruppen für diesen Fall vor der Wahl empfohlen wurde – würde demgegenüber jede politische Einflußnahme auf die Wählerbasis des GO-Blocks verhindern. Eine derartige Taktik würde außerdem Grotz recht geben, der äußerte, daß „das Gespräch mit diesen Studenten (den Wähler(inn)en der Basisgruppen, Anm.Red.) (...) deshalb fortgesetzt

werden (müsse), damit deren Grundeinstellung zu unserer Gesellschaft nicht in aggressive Hilflosigkeit umschlage“ (lt. „TSp“, 3.6.79).

Denn ein derartiger Boykott des Stupa wäre in der Tat lediglich Ausdruck der Schwäche und Hilflosigkeit und würde Grotz' Gesprächen zudem noch reale Erfolgsaussichten geben.

Die AStA - Wahlen an der FU sind insgesamt gesehen ein Erfolg der radikalen Linken, der ihr bei den jetzt folgenden Wahlen an den anderen Westberliner Hochschulen Auftrieb geben wird.

Ein Genosse des SSB/WB

Zum besseren Erfahrungsaustausch in der Zeitungsarbeit können jetzt Schüler- und Jugendzeitungsredaktionen vierteljährlich im Jahr je 10 Exemplare ihres Blattes an die Junge Presse schicken. Als Gegenleistung erhalten sie dann jährlich 40 andere Zeitungen zugesandt.

Kontakt: Junge Presse NRW
c/o Claus Radziwill
Oberkasseler Str. 27
4000 Düsseldorf 11

Hochschullehrer protestieren gegen Prüfungsverschärfung

In Westberlin haben sich 54 Hochschullehrer in einer Resolution gegen die Prüfungspraktiken des „Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes“ gewandt. Diese Praktiken werden dadurch möglich, daß beim ersten Staatsexamen vor allem für Lehrer und Juristen die zuständigen Behördenvertreter ein entscheidendes Mitspracherecht bei der Ausgestaltung und Beurteilung von Prüfungen haben. So ist es in letzter Zeit wiederholt zu Versuchen der staatlichen Prüfer gekommen, die vom Hochschullehrer vorgeschlagene Zensur um bis zu zwei Noten herunterzudrücken. Dabei fehlt es den staatlichen Prüfern nicht selten völlig an der für die Beurteilung notwendigen wissenschaftlichen Qualifikation.

Das legt den Verdacht nahe, daß sich die staatlichen Prüfer bei ihren Zensurendrückereien nicht von fachwissenschaftlichen Kriterien sondern eher von Maßstäben der politischen

Gesinnung – vor allem gegenüber bekannten linken Prüflingen – leiten lassen. Durch diesen wachsenden Einfluß der Landesprüfungsämter ergibt sich eine weitere Möglichkeit die Berufsverbotepraxis zu verschärfen, indem die Behördenvertreter politisch mißliebige Lehrer schon in der ersten Staatsprüfung scheitern lassen. Man kann auch hier von einem vorverlängerten Berufsverbot sprechen.

Daß von solcher Willkür der staatlichen Prüfer besonders die Prüfungen der als fortschrittlich bekannten Hochschullehrer betroffen sind, versteht sich von selbst. Inzwischen sind die Einmischungen der Prüfungsämter offensichtlich so unerträglich geworden, daß bereits 15 Professoren mit einem Prüfungsboykott drohen, falls sich nichts ändert.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Gelungene Schüleraktion gegen erneute Mihm-Provokation

Frankfurt: Am 16. Mai bekam das Frankfurter Stadtschulamt wieder einmal unerwünschten Besuch von

nicht zuletzt, daß uns auch verwehrt wird, die Aufenthaltsräume nach unserer eigenen Vorstellung und Phantasie zu gestalten.

uns Schülern. Diesmal kamen wir jedoch nicht mit leeren Händen, sondern folgten einer Anordnung des Stadtschulamtes und brachten zwei Pritschen voll Sperrmüll mit, den wir in die Vorhalle des Stadtschulamtes luden. Warum? Wieso? Weshalb? :

Unser „Freund“ und Schuldzeigent Bernhard Mihm (Vorstandsmitglied im profaschistischen „Verein für das Deutschtum im Ausland“ und CDU-Stadtrat) und seine Gefolgschaft im Schulamt hatten sich einen neuen Rundumschlag gegen Schüler (und Kindertagesstätten) ausgedacht: In einem Rundschreiben vom 22. März an alle Schulen und Kindertagesstätten wies das Schulamt „aus gegebenem Anlaß“ (?) darauf hin, daß „das Aufbewahren von Mobiliar jeglicher Art, das ohne Zustimmung des Stadtschulamtes beschafft worden ist, in Schul- und Kindertagesstättenräumen aus Sicherheitsgründen nicht gestattet ist.“ (FR 17.5.). Das bedeutet im Klartext, daß an einem heimlichen Termin die Schulen von allen gemühtlichen Möbelstücken „gesäubert“ werden sollen. Für uns Schüler heißt das, daß unsere Aufenthaltsräume wieder mit Schuleinheitsmobiliar ausgestattet werden, daß uns selbst in Pausen und Freistunden die Möglichkeit genommen werden soll, uns auf gemühtlichen Sofas oder Sesseln auszuruhen (oder sonstiges), und

Daß das, was wie eine Schikane wirkt, nicht allein aus Sicherheitsbedenken geboren wurde, darf getrost vermutet werden.“ (FR 17.5.).

Das Studentenparlament – ein Bundestag im Kleinformat?

Ein Leserbrief

Für die Westberliner Basisgruppen „sei eine basisdemokratische Politik unvereinbar mit der Kandidatur zu einem parlamentarischen Gremium“ heißt es im Artikel zu den AStA-Wahlen in Westberlin im letzten „Arbeiterkampf“. Diese Haltung der Basisgruppen ist meiner Ansicht nach nicht nur als „antiparlamentarisches Gebärden“ zu kritisieren. Klarzumachen gilt es darüber hinaus, daß ein Studentenparlament eben nicht ein Bundestag im Kleinformat ist, daß der AStA nicht die „Regierung“ der Studenten darstellt und das selbst bei allen Einschränkungen, die die neue Hochschulgesetzgebung vorsieht (ausgenommen sind im Folgenden die KASTen in Baden-Württemberg und Bayern!). Dieser Aspekt ist in dem betreffenden Artikel nicht genügend berücksichtigt worden. Ich halte das für umso wichtiger, als gerade viele linke Studentenparlamente und auch anderen Vertretungs-

organen der Studentenschaft einen derartigen Charakter zusprechen.

Ich will nicht sagen, daß ein AStA, ein Studentenparlament an sich schon etwas Vorteilhaftes für die demokratische Studentenbewegung ist. Ein RCDS-AStA wird sich kaum von einer CDU-Regierung unterscheiden, oft genug haben MSB/SHB/Juso-Mehrheiten in Studentenparlamenten es geschafft, Studentenparlamente zu einem Abklatsch abgehobener bürgerlicher Parlamente zu machen.

Doch anders als bei bürgerlichen Parlamenten besteht hier doch für die Linke die reale Möglichkeit der Veränderung, z.B. die Möglichkeit einer Veränderung der Kräfteverhältnisse als linker AStA/linke Fraktion im Studentenparlament den Kontakt zur Basis herzustellen, eine basisdemokratische Politik zu machen.

Ein Vergleich Studentenparlament – Betriebsrat scheint mir wesentlich angebrachter als Studentenparlament

te immer in eine Ecke mit bürgerlichen Schwatzbuden zu stellen. Würden die Basisgruppen ebenfalls dafür plädieren, nicht zum Betriebsrat zu kandidieren, weil dessen Arbeit von Kapitalisten und rechten Gewerkschaftsführern zu sehr eingeschränkt wird?

Demokratische Vertretungsorgane und ein Engagement der Linken in ihnen scheint mir an der Hochschule nicht weniger wichtig als im Betrieb. Daß dies von den Westberliner Basisgruppen kaum so gesehen wird, zeigt die Entwicklung der USTA-Diskussion: „Der USTA ist daran gescheitert, daß er gleichzeitig studentische Interessenvertretung und „Organisation der Unorganisierten“ sein wollte.“ (AK 154).

In diesem Sinne: Für eine demokratische, basisnahe Arbeit in den Organen der Verfaßten Studentenschaft!

Eine Genossin des SSB/Hamburg

SPD versucht Gesamtschulen zu stoppen

Ungefähr vor einem Jahr wurden in Hamburg alle Eltern der damaligen Drittklässler befragt, in welche Schule sie denn ihre Sprösslinge nach dem 4. Schuljahr schicken wollen. Zur Auswahl standen Haupt- und Realschule, Gymnasium und zum ersten Mal Orientierungsstufe und Gesamtschule. Nachdem sich ca. 21% der Eltern für die Gesamtschule entschieden hatten, mußte die Behörde schließlich zugeben, 13 neue Gesamtschulen einzurichten. Als ein Kriterium für die Standorte der neuen Gesamtschulen benutzte die Behörde die Ergebnisse der damaligen „unverbindlichen“ Befragung.

Nun ist jeder, der sich mit diesem Problem beschäftigt hat, davon ausgegangen, daß in diesem Sommer die Eltern der jetzigen Drittklässler wiederum befragt werden – denn schließlich muß die Behörde doch planen und entscheiden, welche Schulen in neue Gesamtschulen umgewandelt werden sollen. Denn daß es nicht bei den 13 neuen bleibt, hoffte man ja nun. Durch die Verankerung des Elternrechts in das Hamburger Schulgesetz, das bei genügend vielen Anmeldungen in einem Schulkreis die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule erzwingt, sah sich insbesondere

die GEW auf dem Weg zur integrierten Gesamtschule als Regelschule einen Schritt näher. Auch ist immer wieder betont worden, daß bestehende Gesamtschulen einen „Sog“ auslösen, daß mehr Schüler angemeldet werden als aufgenommen werden können. Dieses Phänomen ist durch eine GEW-Umfrage im letzten Jahr bundesweit bestätigt worden und gilt auch für die 9 „alten“ Gesamtschulen Hamburgs. Diese „Sog“-wirkung wollte die GEW laut Beschluß der LVV vom 2./3. März 78 durch „eine intensive Informations- und Werbekampagne unter Eltern und Lehrern“ unterstützen.

Jahr für Jahr sollten also neue Gesamtschulen eingerichtet werden und möglichst viele Regelschulen – vor allem Gymnasien – verschwinden.

Doch meistens kommt es anders, als man denkt.

13 neue Gesamtschulen sind dem Hamburger Senat mehr als genug. Die Befragung, die gerüchteweise im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden sollte, findet nun überhaupt nicht mehr statt. Es bleibt nur noch der Akt der endgültigen Anmeldung übrig.

Damit bezweckt die Behörde, daß - der mobilisierende Faktor der Befragung mit Informationsabenden, Diskussionen unter Eltern und Lehrern, ob ihre Schule zur Gesamtschule werden soll, erstmal wegfällt,

- die Eltern, die von einer Gesamtschule weiter weg wohnen, nicht so ohne weiteres (wie letztes Jahr) auf die Idee kommen, in ihrer unmittelbaren Nähe die Einrichtung einer neuen Gesamtschule zu fordern,

- die Zahl der Gesamtschulen „eingefroren“ wird auf 9 alte und 13 neue.

Dieses Vorgehen hat mit Elternrecht, so wie es im Schulgesetz verankert ist, absolut nichts mehr zu tun; sondern es gibt dann in Hamburg statt 9 eben 22 Versuchsschulen – und damit genug.

Die GEW, die bisher als einzige Kraft ernsthaft für die Gesamtschule gekämpft hat, hat in diesem Punkt offensichtlich geschlafen; jedenfalls war von der GEW-Fraktion in der Lehrerkammer bis jetzt noch kein kritisches Wort darüber zu hören, ebensowenig vom Landesvorstand.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Schüler sanieren Bauherrn

Frankfurt: Bauherr Buchmann hat scheinbar ein bißchen Pech gehabt. Die von ihm vor 4 Jahren gebauten Bürotürme stehen immer noch leer in der Landschaft herum – doch das soll sich jetzt schnellstens mit Hilfe von Stadtrat/ Schuldzeigent Mihm (CDU) und dem Magistrat ändern.

Kurzerhand soll jetzt eine der beiden Kaufmännischen Berufsschulen 2 oder 3 in einen der beiden leerstehenden Bürotürme umziehen. 10 Stockwerke (3. bis 13. Stock) will die Stadt für 10 Jahre anmieten. Kalkulation der Stadt dabei: das ist billiger als eine neue Schule zu bauen und Freund Buchmann kann endlich kassieren. Für die 1000 Berufsschüler, die nun in die 10 Stockwerke gepfercht werden sollen bedeutet das, daß sie keinen Schulhof mehr haben, kein Sportunterricht mehr stattfinden kann, da die benötigten Räumlichkeiten im Hochhaus nicht vorhanden sind, zuwenig Toiletten und sanitäre Anlagen da sind, das Treppenhaus viel zu eng ist und sie jeden Tag in den x. ten Stock laufen müssen, da nur 2 Aufzüge für je 12 Personen vorhanden sind. Wie es mit den Möglichkeiten, Fachunterricht in Büroräumen abzuhalten aussieht, kann man sich denken. Außerdem liegt der zukünftige Schulnast direkt an einer

Hauptverkehrsstraße.

Schüler, Lehrer und GEW protestieren entschieden gegen diese Pläne der Stadt, die einzig und allein Buchmanns Interessen entsprechen und die gesamte Schülerschaft in eine unzumutbare Schulsituation bringen. Doch das Schulumszugskarussell dreht sich bereits! Aufgrund des S-Bahn-Baus muß nämlich ein Teil der Grundschule an der Friedberger Anlage abgerissen werden, und diese Schüler ziehen dann in die besagte Berufsschule in der Seilerstraße. Geld für eine neue Schule wird natürlich nicht ausgegeben und so steht für die Stadt schon fest, daß die Berufsschüler in den Büroturm ziehen – fragt sich nur noch welche der beiden Berufsschulen den schwarzen Peter zieht.

Klappt das Ganze, so ist das der 2. Vertrag, bei dem Buchmann von der Stadt kassiert.

In der Bleichstraße 14-16, wo jetzt noch Wohnhäuser stehen, wird er einen Klotz hinstellen, in den dann das Abendgymnasium reinverfrachtet werden soll. Monatlich kassiert er dann 72.000 DM von der Stadt. – Macht in 10 Jahren 7,5 Millionen und das kommt die Stadt dann billiger als eine neue Schule zu bauen.

Schüler im KB/ Gruppe Frankfurt

Arbeiterjugendtage der Falken



Auch die Jüngsten waren mit aller Begeisterung bei der Sache

Falken an DDR-Grenze abgewiesen



Parallel zu den Arbeiterjugendtagen der Falken in Westberlin fand in Ostberlin das Pfingsttreffen der FDJ statt. 500.000 Jugendliche der DDR nahmen daran teil. Was wäre selbstverständlicher als ein Zusammentreffen von Jugendlichen beider Festivals, um über Erfahrungen und Probleme zu diskutieren oder um einfach gemeinsam Spaß zu haben? Mitglieder der Falken, die am Sonnabend den Weg nach Ostberlin einschlugen, wurden jedoch schon an der Grenze zurückgewiesen. Sie seien dort unerwünscht! Offensichtlich hatten die Machthaber der DDR Angst, daß 'ihre' Jugend von einem Bazillus infiziert werden könnte. Das ganze wird damit begründet, daß sich Provokateure einschleichen könnten. Sicher, das hat es in der Vergangenheit oft genug gegeben. Und man muß in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch darauf hinweisen, daß die herrschende Klasse in der BRD und ihre jeweiligen Regierungen durch ihren Alleinvertretungsanspruch auf

ganz „Deutschland“ ein friedliches Zusammenleben der Menschen in beiden deutschen Staaten verhindert.

Aber Falken-Mitglieder als unerwünschte Personen abschieben, damit wird weder der friedlichen Koexistenz noch einer aufgeschlossenen Haltung der Jugend in der BRD gegenüber der DDR ein guter Dienst erwiesen!

PS: Eine widerwärtige Vorstellung gab in diesem Zusammenhang einmal mehr die „KPD“. Für diese Leute gab es während der ganzen Tage nichts wichtigeres als die Ausweisung von Falkenmitgliedern. Für sie war dies das gefundene Fressen, was noch mit einer Kundgebung an der „Mauer“ gekrönt wurde. Bezeichnend allein schon, daß sie in der folgenden „Roten Fahne“ (im Volksmund spricht man auch von der „Rotzfahne“) allein über die Ausweisung berichtet. Alle anderen Inhalte der Arbeiterjugendtage werden nicht einmal erwähnt! Falschen 'Freunden' sollte man in jedem Fall die Tür weisen!



12. - 15.000 Jugendliche aller Altersklassen aus der ganzen BRD und Westberlin nahmen daran teil. Historischer Anlaß war der 75. Geburtstag der Falken, aktueller die Situation und Zukunft der Jugend in einem System, das ihnen Arbeitslosigkeit, Ausbildungsnot beschert und die Möglichkeit eines sinnerfüllten Lebens kaum sichtbar werden läßt.

Vier Schwerpunkte erfüllten diese Tage der Falken.

Eine Demonstration mit über 10.000 Jugendlichen, die alle Wünsche und Hoffnungen der Jugend für eine bessere, gerechtere und demokratische Gesellschaft in sich vereinigte. Parolen gegen Jugendarbeitslosigkeit, für mehr Lehrstellen, für die Gleichberechtigung der Frau, gegen Krieg und Faschismus, für Abrüstung, gegen Berufsverbote und § 88a, gegen Atomkraftwerke und für den Schutz der Umwelt, gegen Kapitalistenwillkür und für die 35-Stunden-Woche, gegen die Klassengesellschaft und für ein sozialistisches Westdeutschland prägten den kilometerlangen Zug.

Ein Nachmittag, an dem Falken-Gruppen aus den verschiedensten Teilen der BRD ihre Arbeit vorstellten. Ihre Probleme in der Schule, mit den Lehrern, mit dem Unterricht, insbesondere wenn es um den Faschismus und die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ geht; die Probleme im Betrieb mit den Kapitalisten und Ausbildern; Probleme in der Freizeit, wo kaum was da ist und manches, was man gerade aufgebaut hat, vom Staat und den Behörden wieder kaputt gemacht wird; aber auch die kulturelle und Bildungsarbeit unter Jugendlichen, mit Vortragsabenden, Sing- und Musikabenden, auf denen vor allem Lieder gegen den Kapitalismus und für die Solidarität mit allen Völkern eingeübt werden.

Die ganzen Tage über ein reichliches Angebot an kulturellen Veranstaltungen. Neben Auftritten von Falken-Gruppen vor allem Folklore und zum Abschluß dieser Tage ein großes Folklore- und Rockkonzert in der „Deutschland“halle mit 6 - 8.000 Jugendlichen. Aber auch hier bei ausgelassener Stimmung keineswegs unpolitisch. Viel Beifall für die „Schmetterlinge“ mit ihren Liedern über den „deutschen Herbst“. Rauschender Beifall als sich die Rock-

gruppe „Lake“ spontan von dieser Stimmung ergriffen fühlte und ihr Auftreten bei „Rock gegen Rechts“ in Frankfurt am 16./17. Juni ankündigte.

Und dann eine Reihe von politischen Veranstaltungen. Mit 700 Teilnehmern fand die Frage: „Ist der Sozialismus in Westeuropa zu verwirklichen?“ am meisten Anklang. Star dieser Veranstaltung war Ernest Mandel, lange in der BRD ungeduldeter Chef der IV. Internationalen. Es ging vor allem um die Europawahlen. Bis auf den SPD-Vertreter waren sich alle Podiumsteilnehmer einig, daß die EG nur ein Europa der Kapitalisten sein kann. Interessant war hier vor allem die Kontroverse um die Wahlbeteiligung. Der Falken-Vertreter erklärte klipp und klar, daß sie sich eine möglichst geringe Wahlbeteiligung erhoffen, während Mandel - da er sich selbst zur Wahl stellt - dafür eintrat. Keinen Stich bekam jedoch der SPD-Vertreter, der sich vor allem gegen den Vorwurf wehrte, die SPD sei der Rechtsaußen der „Sozialistischen Internationalen“. Viel Anklang fanden auch noch Veranstaltungen zu: „Umweltschutz oder Sicherung der Arbeitsplätze?“, „Wie frei sind Frauen und Mädchen in der BRD?“, „Welche Perspektive haben die Gewerkschaften in der Krise?“, „Neofaschismus in der Jugend - wo hat er seine Ursachen, wie ihn bekämpfen?“ (mit jeweils 300 Teilnehmern) und „Was erwartet die Arbeiterjugend von der SPD?“ (ca. 150 Teilnehmer).

Sehr wenige interessierten sich dagegen für die Fragen: „Wem nützt ein Jahr des Kindes?“ und „75 Jahre Arbeiterjugendbewegung - was können wir heute davon lernen?“, was aber auch mit der Überschneidung (und dem sauguten Wetter) zusammenhängt. Immer wieder drängte sich in diesen Veranstaltungen das Verhältnis zur SPD auf, wobei in aller Regel zu hören war, daß Falken-Mitglieder ein sehr, sehr kritisches Bewußtsein über die SPD haben, während auf den Podien in der Regel gestandene SPDler oder Verteidiger aller Schattierungen der SPD saßen.

Abgerundet wurden diese Tage durch Fotoausstellungen, alternative Stadtrundfahrten zu Stätten der Arbeiterbewegung, Theaterspiele u. v.a.m.



Abschlußkundgebung auf dem Karl-Marx-Platz



Stark waren auf der Demo ausländische Jugendliche vertreten, um ihre Forderungen zu verankern. Leider spiegelte sich dieses auf den Veranstaltungen nicht wieder.



Das fanden wir nicht gut! Falken-Ordner rissen während der Demo ein Transparent der „Roten Garde“ (KPD/ML) mit der Parole: „Lehrstellen für alle Jugendlichen“ herunter. Dies war zwar der einzige Zwischenfall - erinnert aber doch an DGB und DKP.

SJD — Die Falken: 17. Bundeskonferenz

Nach vier Tagen Falken-Bundeskonferenz (vom 24. - 27. Mai in Braunschweig) suchten wir vergeblich in der (überregionalen) bürgerlichen Presse nach einem Artikel: keine Zeile haben wir gefunden. Das erstaunte uns umso mehr, als z.B. nach derartigen Veranstaltungen der Juso die Presse relativ ausführlich berichtet. Von der Qualität der Diskussionen und den aufgetretenen Kontroversen auf der Bundeskonferenz ist deren Mißachtung bestimmt nicht gerechtfertigt.

Die größten Clinche bei den Falken gingen um die „Ökologie-Frage“, den Indochina-Konflikt und um die Frauenfrage. Die Frage des Verhältnisses zur SPD und den bunten und alternativen Listen fand nur am Rande Erwähnung.

Kapitalismus und Umweltzerstörung — und wie steht's mit den AKW's?

Aus dem Unterbezirk Herne (NRW) lag ein Antrag zur Änderung der Grundsatzklärung vor. Aufgenommen werden sollte der Zusammenhang von Umweltzerstörung und kapitalistischer Produktionsweise. „Dies verlangt einen Umbau des Industriesystems zugunsten des Übergangs zu einer ökologisch bestimmten Produktion.“

Dieser Antrag wurde mit rund 100 zu 58 Stimmen abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde schließlich ein „zusammenfassender Antrag zur Ökologiefrage“, in dem „ein unaufhebbarer Zusammenhang zwischen der Profitmaximierung als Triebkraft kapitalistischer Produktionsweise und der schrankenlosen Ausbeutung, Ausplünderung und Vergiftung der Natur“ festgestellt wurde. „Erst in einer sozialistischen Gesellschaft kann die Produktion so organisiert werden, daß — die Ausbeutung des Menschen aufhört, — die natürliche Umwelt nicht zerstört wird.“

„Der Kampf um diese Veränderungen wird schon jetzt geführt, die SJD — Die Falken, sieht einen Bestandteil ihrer Arbeit darin, auf die ökologische Krise hinzuweisen und ihre antikapitalistische Arbeit unter Einbeziehung ökologischer Gesichtspunkte fortzusetzen.“

In der ausführlichen Diskussion wurden die hinter den Anträgen tieferliegenden Differenzen sichtbar. Erstaunt hat uns an dieser Stelle, daß die Frage der Haltung zu AKW's keineswegs „gegessen“ ist. Von Freunden der SPD-Linie innerhalb der Falken wurde in der „Ökologie“-Debatte darauf hingewiesen, daß AKW's eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte darstellen, und — immer mit Hinweis auf Marx, versteht sich — daß der Mensch die Technik beherrschen lernen und in Übereinstimmung mit den Naturgesetzen handeln lernen müsse. Deshalb sprach sich z.B. der jugendpolitische Sprecher der Falken, Gunthar Schneider, für AKW's aus, wenn die Technik ausgereift ist, auch mit Blick auf die „Entwicklungsländer“, die sich industrialisieren wollen.

Bunte/alternative Listen — oder SPD?

Wiederum aus Herne wurde die Frage der bunten/alternativen Listen angesprochen.

Dagegen konterte wiederum G. Schneider: Bunte und grüne Listen (die einfach in einen Topf geschmissen wurden) hätten keine Existenzberechtigung (wenig Beifall). Sie wirkten „desorientierend auf die Arbeiterjugend“. Und die Falken hätten überhaupt nur dann eine „Existenzberechtigung“ (!), wenn sie sich als Sozialdemokraten verstünden. Der neugewählte Bundesvorsitzende Karlheinz Lenz ergänzte mit einer „linken“ Kritik: Die Bunte Listen-Konzepte würden auf den Parlamentarismus orientieren und sich darin verlaufen. Ökologische Listen fliegen in die Luft und platzen, wenn sie sich zu Berufsverböten und Fragen des Klassenkampfes äußern müssen. Es komme nicht darauf an, die Bürgerinitiativen zu verstärken, sondern die Arbeiterbewegung. Nur über die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben läßt sich die Gesellschaft verändern — das ist die Machtfrage. Da richtet

die Ökologiebewegung nichts aus. Da kann die Liste noch so bunt sein (mittelmäßiger Beifall). In der öffentlichen Diskussion der Bundeskonferenz war dies Thema damit abgeschlossen. Das sagt aber überhaupt nichts über das Interesse von vielen Falken an Bunte Listen-Konzepten aus, daß noch wesentlich größer scheint als bei den Jusos.

Indochina-Konflikt — Solidarität mit wem?

Der Bezirk Braunschweig forderte in einem Antrag „Solidarität mit Vietnam“ und die Verurteilung der chinesischen Aggression gegen Vietnam. Der Sturz des Pol-Pot-Regimes, „der mit Hilfe Vietnams möglich wurde“, wurde begrüßt. „Nach wie vor gibt es weder einen Beweis noch ein Eingeständnis dafür, daß vietnamesische Truppen in Kampuchea einmarschiert seien. Wer die offen zugegebene Hilfe Vietnams für die Befreiungsfront Kampuchea diffamiert, stellt sich an die Seite des Pol-Pot-Regimes, daß seine Massenmorde am eigenen Volk zugibt und rechtfertigt.“ Schließlich wird die Bundesregierung zur Hilfe für Vietnam und Kampuchea aufgefordert.

Demgegenüber nimmt der Antrag des Bundesvorstandes eine scheinbar „neutrale“ Haltung ein. Vietnam wird wegen der Verletzung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität Kampuchea verurteilt und China wegen des Überfalls auf Vietnam. Die anschließende Diskussion zeigt aber klar, daß diese Position nur mit Glaubenssätzen „begründet“ wurde, während die Braunschweiger faktenreich und sachlich argumentierten und daß es dem Buvo wohl auch darum ging, hier scheinbar nur mit Glaubenssätzen „begründet“ wurde, während die Braunschweiger faktenreich und sachlich argumentierten und daß es dem Buvo wohl auch darum ging, hier einen gehörigen Schuß Antikommunismus loszulassen. So heißt es in dem Buvo-Antrag: Die jüngsten Ereignisse „haben wieder einmal die für Sozialisten schmerzliche Erfahrung bestätigt, daß alle Erfahrungen mit und alle Einsichten in das Wesen des Imperialismus die sozialistischen und kommunistischen Parteien und ihre Führer nicht in die Lage versetzt haben, nationale Egoismen, Streben nach Vorherrschaft oder Sicherung des eigenen Staatswesens den gesamten revolutionären Interessen der unterdrückten Arbeiter und Bauern in aller Welt unterzuordnen.“ Der Buvo-Antrag wurde dann mit großer Mehrheit angenommen. Die Braunschweiger bekamen nur 10 bis 15 Stimmen für ihren Antrag.

Frauenfrage — die Diskussion kommt in Gang

Als Vorlage zur Auseinandersetzung um die Mädchen- und Frauenfrage lag ein Antrag des Bezirkes Braunschweig vor, in dem u.a. gefordert wurde:

- Aufbau von Mädchengruppen;
- Unterstützung beim Aufbau von Mädchenwohngemeinschaften;
- Durchführung von gemeinsamen und getrennten Seminaren zur Situation von Arbeiter- und Angestelltenmädchen
- Öffentlichmachung jedes Falles der Diskriminierung von Mädchen in Beruf und Ausbildung;
- Durchführung einer Konferenz zur Lage der Arbeiter- und Angestelltenmädchen;
- Anbietung von Beratung in allen Fragen, z.B. berufliche Bildung, Verhütung
- Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen unter Wahrung der Selbständigkeit zur Durchsetzung gemeinsamer Forderungen.

Zur Situation im eigenen Verband wird konstatiert, daß „ein Mißverhältnis zwischen der Zahl von weiblichen Mitgliedern und ihrer Vertretung durch weibliche Funktionäre besteht.“ Gegen diesen Antrag aus Braunschweig hatte eine Gruppe von Frauen aus Köln einen Gegenantrag formuliert. Die wesentlichsten Differenzen zum Braunschweiger Antrag sind:

- „gegen den Hausfrauenlohn.“
- „Unterstützung beim Aufbau von Mädchengruppen, die in Form von Arbeitskreisen neben der normalen SJ - Arbeit bestehen sollen.“

In der Begründung ihres Gegenantrages führten die Frauen aus, daß es ihnen nicht wie im Braunschweiger Antrag darum gehen könne, die Frauen-

bewegung schlechthin zu unterstützen, sondern von ihrem Selbstverständnis her nur eine Unterstützung der sozialistischen Frauenbewegung in Frage kommt. Ihnen ginge es darum, langfristig die Abschaffung der Kleinfamilie zu fordern, in dem Zusammenhang stellten sie die Forderungen nach Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Kindererziehung auf. Hausfrauenlohn würde die bestehenden Verhältnisse und die Rolle der Frauen festschreiben.

Sie würden von einem Verständnis des sozialistischen Feminismus ausgehen. Interessant wurde die Kontroverse als es um die Bedeutung der Frauen- und Mädchengruppen und um die unterschiedlichen Vorstellungen der Selbständigkeit der Frauengruppen ging.

Die Braunschweiger Formulierung und Auslegung zielt auf Frauengruppen ab, die hauptsächlich an der Frauenfrage politisch aktiv werden, während in der Kölner Formulierung die Frauen und Mädchenarbeit „neben“ der normalen SJ -arbeit bestehen soll (was bei den männlichen Kongreßteilnehmern wahre Begeisterungstürme auslöste...). Auch ein am Abend vor der Aussprache über die Frauenfrage eiligst einberufenes Treffen der antragstellenden Frauen konnte die Differenzen nicht klären.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit auf dem Kongreß (die Frauenfrage hatte als letzter Punkt auf der TO gestanden) wurde vereinbart, daß die Fragen auf einem separaten Falken - Frauen - Kongreß weiterdiskutiert werden sollen.

„Bürgerrechtsbewegung“ — Machtpolitik des Buvo?

Ohne im Falken-Verband eine Diskussion darüber zu führen „war der „Bürgerrechtsbewegung“ — Machtpolitik des Buvo?“

Ohne im Falken-Verband eine Diskussion darüber zu führen, war der Buvo der Bürgerrechtsbewegung beigetreten. Die Bürgerrechtsbewegung ist von den Jusos nach dem Russell-Tribunal gegründet worden. Sie zeichnet sich durch einen Unvereinbarkeitsbeschuß bis hin zur DKP aus. Die Informationspolitik des Buvo, der nicht einmal die Plattform der Bürgerrechtsbewegung im Verband verbreitet hatte, und der Beitritt selbst wurden scharf kritisiert, zumal in der Plattform die Berufsverbote nicht einmal angesprochen werden.

Mehrere Landesbezirke erklärten, daß sie der Juso - Initiative nicht beigetreten seien, weil sie das politisch nicht vertreten könnten. In Hamburg ist es schließlich dazu gekommen, daß die Falken eine gemeinsame Juso-Veranstaltung zu diesem Thema nicht mittragen wollten, plötzlich aber doch ein Flugblatt mit der Unterschrift der Falken verbreitet wurde - und auf der Veranstaltung der allgewaltige (inzwischen) ehemalige Bundesvorsitzende Gilges sprach. Gilges verteidigte seine Haltung dann vor den Delegierten damit, daß die Bezirke nicht die Auftritte des Bundesvorsitzenden „zensieren“ dürften — das sollte auch für die Zukunft gelten.

Ein Antrag, der den Buvo zu Verlassen der Bürgerrechtsbewegung aufforderte, wurde nicht abgestimmt.

Verabschiedet wurden auf der viertägigen Bundeskonferenz dann u.a. ein Antrag zu den Jugendvertreterwahlen, zum Antikriegstag (unterstützt werden der Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit „und alle ähnlichen Initiativen, die den Grundsätzen des Verbandes entsprechen“), zur Solidarität mit Heym, Bahro und Havemann (rund 25 Gegenstimmen bei 158 Delegierten). Einstimmig angenommen wurde ein Antrag zur Mobilisierung für Rock gegen Rechts und zum Beitritt zu dieser Initiative. Bei den Wahlen zu den höchsten Falken - Gremien (Bundesvorstand, Kontrollkommission und andere Kommissionen) ist die SPD-Linie, die sich, soweit wir das verfolgen konnten, in praktisch allen Positionen reinwählen lassen hat, gemessen an den sonstigen Strömungen im Verband völlig überrepräsentiert.

Wir haben die vier Tage bei den Falken nicht bedauert — von diesen politischen Diskussionen und Kontroversen kann sich ein Großteil der Linken allemal eine Scheibe abschneiden.

Zwei Konferenzteilnehmer des KB

„Der Bär ist los!“ Motto des DGB-Pfingstjugendtreffens



Hannover: 4.000 meist sehr junge Menschen demonstrierten gegen Jugendarbeitslosigkeit und für die 35-Stunden-Woche. Vereinzelt gab es auch antifaschistische Transparente. Auch gelegentliche von den DGB-Ordern angestimmte Parolen wie „Rüstung runter, Bildung rauf!“ und „Lehrstellen her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!“ konnten leider nicht verhindern, daß die Demo nicht sehr kämpferisch war.

Auf der Abschlußkundgebung betonte Meino Nielsen (stellvertretender Vorsitzender des DGB-Niedersachsen) das Motto des Pfingsttreffens: „Der Bär ist los!“ Die Jugend sollte zeigen, daß sie weder ins Privatleben zurückgekehrt noch lasch und angepaßt wäre. Das könnte sie am Abend bei der Rocknacht beweisen. Mit viel Gebuhe und Pfeifen wurde Oberbürgermeister Schmalstieg „begrüßt“. Er betonte, was in Hannover schon alles für die Jugendlichen geschafft worden wäre. Man müßte weiter etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit tun. Denn sonst bestünde die Gefahr, daß die Jugendlichen radikalisiert würden und nicht mehr für die fdGO eintreten würden — weiter etwas gegen die „Jugendarbeitslosigkeit tun. Denn sonst bestünde die Gefahr, daß die Jugendlichen radikalisiert würden und nicht mehr für die fdGO eintreten würden — als wenn dies die größte Sorge der Jugendlichen ist. Aber Schmalstieg meinte wohl vor SPD-Funktionären zu sprechen. Ein Lichtblick war bei diesen Verhältnissen Detlef Henschke von der IG Druck und Papier, der vor allem auf die Situation der ausländischen Kollegen aufmerksam machte. Er kennzeichnete das Anheuern von ausländischen Saisonarbeitern als „Menschenhandel“. Mißmutig mußte einen einmal mehr stimmen, daß zwar alle möglichen Redner zu Wort kamen, die Jugendlichen selbst aber zum Zuhören verdammt wurden. Abgeschlossen wurde der erste Tag von einem Amateur-Rockfestival, das von ca. 2.000 Jugendlichen besucht wurde, und die dort auch auf ihre Kosten kamen.

Der zweite Tag

Dank der Eigeninitiative einiger Betriebsjugendgruppen wurde es am zweiten Tag doch noch ein Tag der Jugend. Sie hatten Informationsstände zu Themen wie Antifaschismus, AKW's, 35-Stunden-Woche, betriebliche Probleme und Frauen in Männerberufen aufgebaut. Dort wurde z.T. heftig diskutiert und es zeigte sich, daß durchaus ein Interesse an politischer Information bestand. Auf wenig Interesse stießen dagegen die offiziellen Stände der Gewerkschaften. Vor allem der Stand der „Jun-

gen Arbeitnehmerschaft“ (CDU) — wurde glattweg ignoriert.

Die SPD rührte kräftig die Werbetrommel für die ach so demokratische „erste Direktwahl zum Europa-Parlament“. Dazu gehörte auch, daß auf Anordnung von DGB-Ordern ein Transparent „Nicht Europawahl-Geschwätz sondern Sozialismus schafft Arbeitsplätze“ abgenommen werden mußte, mit der Begründung, dies sei keine offizielle DGB-Forderung!

Das Programm des Sonntags bestand aus Songgruppen, Liedermachern, Filmen, Kabarett und Podiumsdiskussionen. Erstere fanden unter den Jugendlichen viel Anklang. Die Podiumsdiskussionen zu den Themen „Internationale Solidarität“, „Abbau demokratischer Rechte“, „Wirtschaftliche Situation und Arbeitslosigkeit“ und „Berufliche Bildung“ waren dagegen nicht gerade ein Renner.

Mit DGB-Bürokraten ist keine Jugend zu gewinnen

Mit DGB-Bürokraten ist keine Jugend zu gewinnen

Der DGB hatte für dieses Pfingsttreffen hauptsächlich mit Musik, Pop und „einen drauf machen“ mobilisiert. In der Hoffnung, so wieder einen größeren Einfluß unter den Jugendlichen zu bekommen. Dieses Rezept ging nicht auf. Statt der erwarteten 25.000 bis 30.000 Jugendlichen waren nur 5.000 an der Veranstaltung beteiligt. Das für 10.000 Leute geplante Zeltlager konnte nur mit ca. 3.500 Besuchern belegt werden. Auch die Teilnehmerzahl an der Demo blieb weit hinter den Erwartungen des DGB zurück. Nun ist es ganz und gar nicht so, daß Jugendliche was gegen „losmachen“, Schwof und Remmi-Remmi hätten — ganz im Gegenteil! Aber es gehört schon etwas mehr dazu, um die Jugend zu begeistern — vor allem fehlte das Selbermachen. Überall dort, wo den Jugendlichen die Sache überlassen wurde, gab es auch Stimmung, kämpferische Stimmung und das nicht nur beim Rock. Dazu aber fehlt dem DGB der Mut, denn allzu oft ist ihm dann die ganze Sache aus der Bahn gelaufen.

„Den Bär losmachen“, das geht eben nicht auf Befehl, sondern nur, wenn die Jugend dahinter steht!

Eine Genossin und ein Genosse der Lehrlingsgruppe, KB/Gruppe Hamburg

Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken

Die Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken wurden 1946 als Nachfolgeorganisation der 1933 von den Nationalsozialisten aufgelösten Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Deutschlands (Rö-Falken) gegründet. Die SJD — Die Falken hat z.Z. 160.000 Mitglieder (Kinder, Lehrlinge und Schüler). Sie versteht sich als ein politischer Arbeiterjugend- und Kinderverband. Sie will die Idee des Sozialismus an junge Menschen herantragen. Zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen vom demokratischen Sozialismus sucht die SJD — Die Falken die Zusammenarbeit mit der SPD, sie ist jedoch bereit, auch mit anderen Kräften zur Erreichung ihrer Ziele zusammenzuarbeiten.

„Grundlegende Form der Aktivität ist die Gruppenarbeit der Mitglieder. Sie sind im Wohnbezirk, außerhalb von Betrieb und Schule in Gruppen organisiert. Aktive Betriebsarbeit leisten die Mitglieder im Rahmen der DGB-Gewerkschaften. Die SJD — Die Falken vertritt die Interessen der Arbeiterkinder und Ar-

beiterjugendlichen und versucht ihre Forderungen mit politischen Aktionen (Veranstaltungen, Demonstrationen, z.B. Spielplatzaktionen zur Jugendarbeitslosigkeit und der Reform der beruflichen Bildung) und Vertretung gegenüber politischen Gremien und in der SPD auch durchzusetzen.

Die SJD — Die Falken fördert intensiv die politische Bildung ihrer Mitglieder und interessierter Jugendlicher, um über die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik aufzuklären und zur Überwindung des kapitalistischen Systems beizutragen.“ (Selbstdarstellung). Diesem politischen Ziel sollen auch die Gruppenabende dienen, wobei Spiel, Gesang und Sport sowie die Schulungsarbeit und andere Freizeitaktivitäten nicht vergessen werden.

Jährliche Höhepunkte des Verbandslebens sind die Zeltlager während des Sommers. Kinder und Jugendliche aus der ganzen Bundesrepublik (jährlich ca. 30.000), nehmen daran für einige Wochen in kleinen Gruppen oder mit mehreren hundert Mitgliedern teil.

Arbeitskonferenz des KB

Am 2. und 3. Juni fand eine Arbeitskonferenz des KB statt, an der etwa 90 - 100 Delegierte sowie Vertreter der GIM, der MRI („Marxisten-Reichsten“) und des Arbeitsausschusses der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (ex-KBW) teilnahmen. Im Dezember war beschlossen worden, zu Pfingsten dieses Jahres den 1. Kongress des KB durchzuführen. Es zeigte sich aber, daß bis zum Mai die Kongress-Diskussionen in der Organisation insgesamt erst schwach angelaufen waren, daß alternative Positionen zu zentralen Fragen (Antifa) erst zu dieser Zeit vorgelegt wurden und noch nicht im KB bekannt und diskutiert waren. Da außerdem die Beschaffung geeigneter Räume Probleme bereitete, wurde beschlossen, den 1. Kongress um einige Monate zu verschieben. Zur Intensivierung der Kongress-Vorbereitung sollte die Arbeitskonferenz zu Pfingsten dienen. GIM und MRI wurden eingeladen, Vertreter zu schicken, weil sie bereits mit Diskussionsbeiträgen in die Kongress-Vorbereitung des KB eingegriffen hatten. Außerdem wurde der Arbeitsausschuß der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ eingeladen, das Projekt der „Komitees ...“ und die politischen Vorstellungen dieses Kreises zu erläutern.

Öffnung der Debatte – ein gutes Beispiel

Die Vertreter der GIM, der MRI und der „Komitees ...“ waren eingeladen, die gesamte Arbeitskonferenz als „Beobachter“ zu verfolgen und darüber hinaus mit Redebeiträgen zu allen Punkten der Tagesordnung Stellung zu nehmen. Die Genossen von der GIM und vom Arbeitsausschuß der „Komitees ...“ (W. Maier und R. Fucks) machten davon Gebrauch, während sich die MRI-Vertreter leider schon frühzeitig am ersten Tag absetzten.

Die Öffnung einer solchen Diskussion wurde von allen Gast-Delegationen begrüßt. Die GIM hob besonders hervor, daß damit ein „Tabu gebrochen“ sei: Erstmals habe eine Organisation, die sich auf den Marxismus-Leninismus und Mao Tse-tung bezieht, die „Tabuisierung“ des Trotzkismus durchbrochen. Der GIM-Vertreter wies in diesem Zusammenhang auf bevorstehende Arbeitskonferenzen der GIM hin – mußte allerdings hinzufügen, daß diese im Gegensatz zur Arbeitskonferenz des KB nicht öffentlich (im Sinne der Einladung von Gast-Delegationen) sein könnten. Auch der MRI-Vertreter äußerte sich erfreut über den Beginn einer offenen kontroversen Diskussion. Die „Schwelle der Berührung Angst“ sei „eingerrissen“ worden.

Ansätze dieser Art sind bisher tatsächlich sehr selten. Dabei hat es sich um Versuche gehandelt, ähnliche Ansätze zur offenen Diskussion „quer durch die bestehenden Organisationen“ oder zumindest zwischen den Organisationen zu schaffen: Kontakte zwischen jeweils zwei Organisationen ebenso wie breitere Ansätze, etwa die „Aktionseinheit“ zur Metalltarifrunde 1971 oder die Diskussionen nach den Verbotsdrohungen 1977. Obwohl allgemein begrüßt, sind die bisherigen Ansätze zur Herstellung einer solidarischen Diskussion und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen bisher immer wieder schnell zusammengebrochen. Es wäre zu wünschen, daß das jetzt gesetzte politische Zeichen etwas länger wirkt! So wäre es beispielsweise denkbar, daß die GIM doch noch die Möglichkeit prüft, Gastdelegierte anderer Organisationen zumindest als „Beobachter“ an ihren nächsten Arbeitskonferenzen teilnehmen zu lassen. Dasselbe gilt für das nächste bundesweite Treffen der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“.

Der Verlauf der Arbeitskonferenz

In der Tagesordnungsdebatte (die ohne die Gast-Delegierten stattfand) zu Beginn lag der Antrag einer Ortsgruppe vor, keine Gast-Delegierten anderer Organisationen zuzulassen. Dieser Antrag wurde bei zwei Fürstimmungen und einer Enthaltung abgelehnt.

Danach hatten die Gast-Delegierten Gelegenheit zu kurzen „Begrüßungsansprachen“. Auf der Tagesordnung standen:

- Darstellung der bisherigen Kongress-Diskussion zu den Themen

Antifa, Frauen, RGW/„Stalinismus“, Internationalismus. Zu den Punkten Antifa und Frauen schlossen sich längere Diskussionen an, an denen sich auch die Gast-Delegierten beteiligten.

- Beratung über eine kurze Vorlage „Thesen zur Lage in Indochina und zur chinesischen Kriegspolitik“.
- Selbstdarstellung der „Komitees ...“ und Beantwortung von Fragen zu diesem Referat.
- Diskussion über die Aufgaben der Kommunisten und der Linken zu den Bundestagswahlen 1980.
- Diskussion über Statuten-Entwurf und „Strukturen“ im KB.

Außerdem wurden während der Arbeitskonferenz Resolutionen für Irmgard Möller und gegen ein drohendes Verbot der „Rock-gegen-Rechts“-Aktivitäten am 16./17. Juni in Frankfurt beschlossen. Der Resolution für Irmgard Möller schlossen sich auch die Vertreter der GIM und der „Komitees ...“ an.

Die Antifa-Diskussion

Die Diskussion zum Thema Antifa auf der Arbeitskonferenz wurde wesentlich durch einen von Göttinger Genossen vorgelegten Antrag bestimmt, in dem gefordert wurde:

1. Ablehnung des zum KB-Vorkongress (Dezember 1978) vorgelegten Resolutionsentwurf als insgesamt a m t ungeeignet. (Dieser Antrag wurde von etwa zwei Dritteln der Mitglieder der OG Göttingen unterstützt.)
2. Auftrag an das LG, dem Kongress eine thematisch sehr umfassende „Hauptresolution“ („Widersprüche im Weltmaßstab“, „Ausgangsposition und Ziele des BRD-Imperialismus“, „Entwicklung der Arbeiterbewegung“ u.a.m.) vorzulegen.
3. Erarbeitung einer zusätzlichen Resolution zur Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes.
4. Einrichtung zweier Arbeitsgruppen zu den Themen EG und Energiepolitik des Imperialismus.
5. Ablehnung des Begriffs „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“. (Dieser Antrag wurde innerhalb der OG Göttingen nur von einer kleinen Minderheit unterstützt, es gab jedoch ziemlich viele Enthaltungen.)

Abgesehen von der Kritik an einigen Aussagen zum historischen Faschismus (ein Papier dazu erscheint demnächst in der „Unser Weg“-Kongressdokumentation) ging es den Göttinger Genossen vor allem um die Frage der Faschisierung. Ihrer Meinung nach ist dieser Begriff in der Antifa-Resolutionsvorlage nicht ausreichend begründet. Sie lehnen daher den Begriff Faschisierung für die derzeitige Situation ab. Ihrer Meinung nach sind wesentliche Fragen z.Zt. noch im KB umstritten und müßten neu diskutiert werden: Aktu-

z.Zt. noch im KB umstritten und müßten neu diskutiert werden: Aktualität der faschistischen Gefahr; strebt die Bourgeoisie bewußt eine faschistische Diktatur an?; gesellschaftliches Kräfteverhältnis; „Faschisierung“ der SPD und der Gewerkschaften?; Faschismus und Massenbewegung; Expansionsziele und Taktik des BRD-Imperialismus. In diesem Zusammenhang ergibt sich auch ihre Forderung nach einer „Hauptresolution“ und nach der Einrichtung von Arbeitsgruppen zur EG und zur imperialistischen Energiepolitik.

Einige Thesen der Göttinger Genossen (es handelt sich, wie oben erwähnt, nur um eine Minderheit innerhalb der OG Göttingen): Die Terrorismus-Hetze sei immer noch an bestimmte Anlässe gebunden. In der Antifa-Resolutionsvorlage werde aber die besondere Situation nach der Schleier-Entführung („Deutscher Herbst“) als seitlich gültig festgeschrieben. Heute sei jedoch ein „geschicktes Zusammenspiel“ zwischen Integration und Repression vorherrschend. Es gebe aktuell keine Anstrengungen der Bourgeoisie für eine faschistische Massenpartei. Es scheint, daß diese Göttinger Genossen den Begriff Faschisierung so definieren, als bezeichne er bereits einen Zustand, wo „die faschistische Formierung der bürgerlichen Klasse soweit vorangeschritten ist, daß sie planmäßig die Errichtung einer faschistischen Diktatur anstrebt“. (Aus einem vorgelegten Papier der Genossen, Begründung zu ihren Anträgen.) Würde man den Begriff so definieren (im Sinne einer direkten Aktualität der faschistischen Gefahr), hätten die Genossen allerdings Recht, ihn abzulehnen. Der Ausgangspunkt des KB ist es allerdings, die Faschisierung zu begreifen als einen Prozess, in dem sich die Bourgeoisie vorbe-

gend die Instrumente schafft, die unter bestimmten Umständen den Übergang zur faschistischen Herrschaftsform ermöglichen sollen.

Angesichts der im KB heute wohl weithin bestehenden Unklarheit, was eigentlich unter Faschisierung zu verstehen sei, ist es gut, daß durch die Göttinger Genossen die Frage in dieser klaren Form (Forderung nach Ablehnung des Begriffs) zur Diskussion gestellt worden ist. Diese Diskussion sollte, vor allem im Rückgriff auf unsere Veröffentlichungen von 1971/72, breit geführt werden.

Ein Vertreter der „Komitees ...“ bekundete „Berührungspunkte“ mit der Göttinger Kritik. Es müsse geklärt werden, was man überhaupt unter Faschismus begreifen will. Der KB setze zunehmend Gewalt der Bourgeoisie mit Faschismus gleich. Die parlamentarische Demokratie funktioniere in der BRD „so gut wie noch nie in der deutschen Geschichte“. Haupttendenz sei derzeit nicht der Faschismus, sondern die Integration der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die Existenz der bürgerlichen Parteien hänge eng vom Fortbestehen der parlamentarischen Demokratie ab.

Göttinger Genossen selbst zurückgezogen.

Bericht von der Frauenversammlung im KB

Eine Genossin der AG Frauen stellte in einem zusammenfassenden Bericht die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion auf der Frauenversammlung im KB vom 19. und 20.5.1979 dar (zu den Inhalten siehe auch Artikel in diesem AK).

Einige Genossinnen kritisierten daraufhin die Berichterstattung der Genossin zu dem Punkt „innerorganisatorische Strukturen“: die Genossinnen, die eine eigene Frauenstruktur forderten, seien in dem Bericht lächerlich gemacht worden. Die Genossinnen würden diese Strukturen doch aufgrund konkreter Erfahrungen fordern, ob sie sich denn erst „kaputt-machen lassen“ müßten, bevor sie ernstgenommen würden? Sie kritisierte außerdem, daß in dem Bericht nicht sauber alle Argumente benannt worden seien, die von diesen Genossinnen für autonome Frauenstrukturen angeführt worden waren. Eine ähnliche Kritik formulierte auch eine zweite Genossin, die meinte, die Dar-

dies betont worden ist. Die Inhalte der Artikel seien auf der Versammlung doch in recht grundsätzlicher Art und Weise angegriffen worden, wenn da die AG Frauen an ihren dargelegten Standpunkten erstmal festhalte, sei das doch auf diesem Hintergrund zu sehen. Ein Genosse fragte, ob sich auf der Versammlung bestätigt habe, wie im Artikel zum Vorkongress in AK 145 dargestellt, daß es eine Strömung unter den Genossinnen gebe, die vertritt, daß sie – wenn es die Alternative heute gäbe – eher sich in der Frauenbewegung organisieren würden als im KB. Die AG Frauen antwortete, daß dies nicht explizit das Diskussionsthema gewesen sei, daß eine solche Tendenz bei einer Reihe von Genossinnen allerdings aus ihren Beiträgen zum Thema Strukturen, Frauenbewegung usw. spreche.

Die AG Frauen stellte außerdem dar, daß interessanterweise gerade dort, wo bisher kaum Frauenpolitik in der Praxis gemacht worden ist, die Debatte um autonome Strukturen am heftigsten und intensivsten geführt worden ist, z.B. im Druck-Bereich in Hamburg.

Besonders gefreut haben wir uns über den solidarischen Beitrag der GIM-Genossin, die eine gemeinsame Diskussion und einen Erfahrungsaustausch zwischen ihrer Frauenkommission und der AG Frauen vorschlug. Inhaltlich kritisierte sie einige Punkte am Referat zur Frauenpolitik; besonderen Widerspruch hatte sie zu unserer Forderung nach Lohn für Hausarbeit. Zum Punkt Strukturen erzählte sie, daß sie dies Thema auch in der GIM diskutieren, sie selbst sei der Meinung, daß Frauen unter sich zwar ihre persönlichen Probleme diskutieren sollten, die politischen Diskussionen aber immer zusammen mit den Männern führen müßten. Zur Frage der automatischen Beurlaubung sagte sie, diese Dinge seien in der GIM noch gar nicht problematisiert worden, sie wüßte gar nicht, ob es sie überhaupt gäbe bei ihnen. Emotional sei sie aber dafür, diese Fragen mal anzusprechen, vielleicht werde da einfach nur vieles nicht publik. Man müsse allerdings berücksichtigen, was mit dem Genossen während der Zeit seiner Beurlaubung passiere.

Auch die „Komitee“-Vertreter schalteten sich zum Schluß noch in die Frauendiskussion ein: Wilfried Meier hielt einen Beitrag zu unserer Forderung nach Lohn für Hausarbeit. Dies sei eine vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus unmögliche Forderung; es sei fast unmöglich, die Lohnsumme an der Mehrwertmasse zu verändern. Beim Lohn für Hausarbeit müsse ein Teil des Reproduktions„Kuchens“ an den bürgerlichen Staat (zwecks Verteilung) gehen, der bisher an die Familie gehe. Dies sei aber keine Lösung vor der Revolution. Er sei außerdem zwar dafür, daß Frauen sich untereinander in der Organisation zusammensetzen können, sei aber gegen eine separate Organisation. Ein spezieller Frauenkampf könne nur dem Ziel des gemeinsamen Kampfes dienen.

Bundestagswahlen 1980

Die Diskussion über die Aufgaben der Kommunisten bei den Bundestagswahlen 1980 wurde mit dem Referat eines Genossen der ZRK eingeleitet.

Ausgangspunkt war die Frage, ob bei den Bundestagswahlen ein Machtwechsel hin zu einer CDU/CSU geführten Regierung droht. Schon bei einem sich abzeichnenden „Kopf an Kopf-Rennen“ würden sich auch die Wählerschichten, die für eine grüne bzw. alternative Liste heute prinzipiell ansprechbar sind, die Frage vorlegen, ob eine Stimmabgabe für SPD oder FDP nicht taktisch geboten sei, um eine CDU/CSU-Regierung zu verhindern. Ein Kanzlerkandidat Strauß würde den Sog zur Wahl des „kleineren Übels“ dann noch erheblich verstärken.

Im Referat wurde ausgeführt, daß die von CDU und CSU geführte Strategie und Personaldiskussion darauf abzielt, mit einer veränderten Formation die Basis für einen Wahlsieg zu schaffen. Wahrscheinlichste Konstellation ist heute ein getrenntes Auftreten von CDU und CSU im ganzen Bundesgebiet. Die CSU würde dann mit Strauß an der Spitze für einen aggressiv geführten Polarisierungswahlkampf sorgen, während für die CDU Raum geschaffen würde, mit etwas liberaler Tünche die „Wechselwähler“ der sogenannten Mitte

Fortsetzung auf S. 53

Stellungnahme zum Urteil gegen Irmgard Möller

Am 31.5.1979 wurde Irmgard Möller, die einzige Überlebende der Stammheimer „Selbstmorde“, vom 6. Strafsenat des OLG Heidelberg in Stammheim zu lebenslanger Haft verurteilt.

Sie soll den Bombenanschlag am 24. Mai 1972 auf das Heidelberger US Hauptquartier verübt haben, der als Protest gegen den US-amerikanischen Bombenterror in Vietnam verstanden werden sollte. Außerdem soll sie verantwortlich für den Bombenanschlag auf die Augsburger Polizeidirektion sein und schließlich „durch Ausforschungen“ den Anschlag auf den Bundesrichter Buddenberg vorbereitet haben. Nebenbei werden ihr noch zwei Bankraube zur Last gelegt.

In der Urteilsbegründung muß das Gericht zugeben, daß das Urteil sich nicht auf Beweise wie Spuren, Zeugen oder sonstige Sachbeweise stützen kann, sondern ausschließlich auf die Aussagen des berichtigten „Kronzeugen“ Gerhard Müller.

Die Verurteilung von Irmgard Möller stand offenbar von vornherein fest. Das Gericht hat sich zum Vollzugsorgan der sog. Staatsschutzermittlungen von BKA und Bundesanwaltschaft gemacht, kaum noch verhüllt, verblüht durch das Vorführen des Denunzianten, dessen Glaubwürdigkeit allgemein und schon seit Jahren angezweifelt wird.

Mit diesem Urteil wird Irmgard Möller lebendig begraben: Nachdem sie die Stammheimer „Selbstmorde“ überlebte, nachdem sie die „medizinischen Komplikationen“, die sich an ihre Stichverletzung knüpften, überlebte, nachdem sie die Schikanen unmittelbar nach den Stammheimer Ereignissen überlebte, befindet sie sich infolge über siebenjähriger nahezu totaler Isolation, infolge akuter Erkrankung und infolge Entzugs entsprechender ärztlicher Versorgung in besorgniserregendem gesundheitlichen Zustand.

Seit dem 4.5. befindet sie sich im Hungerstreik gegen diese Haftbedingungen. Ihr Anwalt erklärt, daß für sie inzwischen akute Lebensgefahr besteht.

Das angesichts dieser Situation gefällte Urteil auf lebenslange Haft nimmt zumindest ihren Tod in Kauf.

Wir fordern die sofortige Haftverschonung und Freilassung Irmgard Möllers!

Wir fordern die sofortige Haftverschonung und Freilassung Irmgard Möllers!

Sprechen müsse man heute allerdings von einer zunehmenden Einnahme des legalen Spielraums des Klassenkampfes und einer „Militarisierung“ der bürgerlichen Demokratie – aber gerade mit dem Ziel, diese Herrschaftsform zu verteidigen.

Der Beitrag der GIM zu dieser Frage war leider, wie fast alle Beiträge der GIM auf der KB-Arbeitskonferenz (positive Ausnahme war der Beitrag einer GIM-Genossin zur Frauen-Diskussion) durch Weitschweifigkeit und Verschwommenheit bestimmt. Dadurch wurde die Geduld des Plenums mehrmals auf harte Proben gestellt, die allerdings alle solidarisch gemeistert wurden.

Die abschließende Abstimmung über den Göttinger Antrag ergab:

1. Nichtbefassung des Antrags auf Ablehnung des Antifa-Resolutionsentwurfs, da dies gar nicht Aufgabe der Arbeitskonferenz sein sollte und die Diskussion in der Organisation dazu erst ansatzweise geführt worden ist. Angenommen bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung.
2. Nichtbefassung des Antrags auf eine „Hauptresolution“ des LG, da die Erarbeitung der Resolution von der gesamten Organisation zu leisten ist. Angenommen bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen.
3. Ohne Abstimmung wurde die Ankündigung der Göttinger Genossen begrüßt, einen eigenen Entwurf zu einer Antifa-Resolution vorzulegen.
4. Ohne Abstimmung wurde die Empfehlung zur Bildung (bzw. Erweiterung) von Arbeitsgruppen über EG und Energiepolitik begrüßt.
5. Der Antrag auf Ablehnung der Faschisierungsthese wurde von den

Stellung der Positionen für autonome Frauenstrukturen sei übel vorgebracht worden. Es habe auch die dargestellte Position, daß frau mit Männern nicht mehr zusammenarbeiten wolle, auf der Frauenversammlung nie gegeben. Dem widersprach eine andere Genossin, die als Beispiel anführte, es sei doch z.T. gesagt worden, frau habe keinen Bock mehr zum Clinch mit den Männern, fühle sich zwar in der Frauengruppe wohl, aber nicht insgesamt im KB.

Zur Diskussion um die Artikel zu Konflikten mit der autonomen Frauenbewegung (Walpurgisnacht, Alice Schwarzer, Schwarze Botin. . .) ist noch einmal gesagt worden, daß es eigentlich von einigen keinen inhaltlichen Widerspruch zu den Artikeln gebe, daß sie allerdings falsch umgesetzt worden seien. Ein Genosse ging darauf ein und vertrat, diese Artikel dürften schließlich nicht als „heiliges Buch“ betrachtet werden. Sie fielen in eine Zeit, wo der KB die Frauenpolitik gerade erst aufgenommen hatte. Einen Boykottaufruf wie den zur Schwarzen Botin würden wir heute in solcher Situation nicht mehr machen, das sei einfach ein Fehler gewesen, ein Reifall. Es sei außerdem inhaltlich zu wenig anhand von Zitate der Schwarzen Botinnen nachzuweisen gewesen, daß es sich bei ihnen um Vertreterinnen reaktionärster Positionen handle, sondern das hätte erst mit persönlichen Berichten „angereichert“ werden müssen.

Daraufhin wurde betont, daß aber im Gegensatz zu dieser Meinung die AG Frauen auf der Versammlung inhaltlich voll an diesen Artikel festgehalten habe. Eine andere Genossin wies darauf hin, daß man doch den Zusammenhang sehen müsse, in dem

Fortsetzung von S. 52

von SPD und FDP wegzulocken. Sowohl die Polarisierungsstrategie als auch das Werben um die Mittelwähler zielen darauf ab, die FDP unter die 5 % Grenze zu drücken. Ein solcher Zangengriff könnte vor allem nach den Überlegungen der CSU noch um die Variante Bürgerpartei (BP), die sich als direkter Konkurrent zur FDP aufbaut, ergänzt werden.

Tatsächlich ist die FDP bei den vergangenen Landtagswahlen insgesamt geschwächt worden. Tatsächlich wäre die SPD allein im Wahlergebnis schwächer als CDU und CSU zusammen. Tatsächlich würde eine CDU/CSU-Regierung zügig darangehen, die Berufsverbote zu verschärfen, ein Verbot kommunistischer Organisationen und die weitere Kriminalisierung der Linken einzuleiten und insgesamt das Tempo des Abbaus demokratischer und sozialer Rechte noch zu forcieren.

Hieraus und aus daraus folgenden bündnispolitischen Überlegungen (in Hinblick auf reformistische Wählerschichten) wurde die Schlussfolgerung gezogen, daß ein linkes Wahlkampfkonzert ins Zentrum die Konzeption eines antireaktionären Wahlkampfes rücken müßte.

Die Säulen dieses Konzepts bestehen zum einen in dem Versuch, demokratisches und sozialistisches Potential in eine praktische Frontstellung gegen Rechts zu führen, was Diskussion und Auseinandersetzung um die Folgen der rechten Politik der SPD- und FDP-Führung miteinschließt. Die zweite Säule ist aber der Versuch, eine fortschrittliche alternative Kandidatur aufzubauen, die Aussichten hat, über die 5 % zu kommen.

Von der grünen/alternativen Wahlbewegung her gesehen sind solche Möglichkeiten gegeben, wenn bei den Grünen fortschrittliche Positionen weiter an Boden gewinnen und die bunten bzw. alternativen Listen durch eigene Initiativen und politische Stärke solche Entwicklungen vorantreiben.

Zentrale Frage bleibt aber, inwieweit es gelingt, SPD-Linker, linke Gewerkschaftsströmungen, Falken, in Richtung SB tendierende Kräfte und das breite Spektrum, das durch linkssozialdemokratische Zeitungen wie die „Neue“ oder „konkret“ und die Alternativpresse vertreten wird, für eine Wahlliste zu gewinnen.

Im Referat wurde eingeschätzt, daß dieser Versuch – gerade bei einem drohenden CDU/CSU-Sieg – nur sehr schwer zu realisieren sein würde. Der Kampf um eine solche Lösung müsse aber geführt werden. Der KB muß es sich zu einer zentralen Aufgabenstellung machen, schon im Vorfeld der Bundestagswahl praktische Schritte für einen antireaktionären Wahlkampf zu initiieren und die Debatte um eine alternative Liste in allen Arbeitsfeldern und Einflüßbereichen zu beginnen. Sollte eine alternative Kandidatur scheitern, dann würden wir die Frage der Wahlkampfeinführung vor dem Hintergrund der Förderung der Einheit der Wahlbewegung zu diskutieren haben.

Praktisch ausgeschlossen wurde in dem Referat allerdings die Möglichkeit der Wahlkampfeinführung für die SPD von unserer Seite ebenso wie die Propagierung des Wahlboykotts.

Die Diskussion unter den Delegierten der Arbeitskonferenz brachte hierzu im Wesentlichen keine kontroversen Standpunkte, sondern nur Ergänzungen oder Entgegnungen auf die Diskussionsbeiträge der GIM und der „Komitees...“. Dies sollte indes nicht als bereits erreichte Einmütigkeit fehlinterpretiert werden, sondern ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Diskussion zu diesem Thema im KB bisher noch gar nicht begonnen hatte. Es wurde deshalb dazu aufgerufen, „in der Tradition unserer Wahldiskussion von 1972“, jetzt eine breite und gründliche Diskussion in der gesamten Organisation zu eröffnen, auch in unserer Presse.

Die Vertreter der „Komitees...“ führten in der Diskussion aus, man müsse von den „allgemeinen“ Aufgaben der Kommunisten ausgehen. Es komme darauf an, die Bundestagswahlen 1980 zu nutzen, um einen Beitrag zur Stärkung der Herausbildung eines selbstständigen Flügels in der Arbeiterbewegung zu leisten sowie zur Verbindung zwischen Arbeiterbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Frauenbewegung u.a. beizutragen. Deshalb sei der richtige und notwendige Schritt die Einigung auf ein gemeinsames Aktionsprogramm gegenüber allen bürgerlichen Parteien. Diese Einheit könne nicht durch eine Wahlkampfeinführung für die SPD hergestellt werden. Der Wahlkampf dürfe von den Kommunisten nicht mit der Hauptstoßrichtung „Verhindert Strauß!“ geführt werden, denn sonst lande man „schnur-

stracks“ bei der Unterstützung der SPD. Positiv fiel auf, daß die Vertreter der „Komitees...“ sich für Bemühungen um ein alternatives Wahlbündnis aussprachen. Entweder gelinge eine solche Alternative oder es sei unsinnig, bestimmte Wahlaussagen zu machen.

Ein Vertreter der GIM berichtete von den Diskussionen in der GIM. Im Herbst werde eine Konferenz der GIM stattfinden, deren Hauptthema das Verhältnis zur SPD sein werde. Die GIM habe einen Beschluß gefaßt, „vorläufig“ nicht zur Taktik der kritischen Wahlkampfeinführung für die SPD zu greifen. Diese Frage sei aber in der GIM noch sehr umstritten. Im Weiteren machte dieser GIM-Genosse deutlich, daß er selbst wohl einer solchen „kritischen Wahlkampfeinführung“ für die SPD zuneigen würde. Ein alternatives Wahlbündnis zusammen mit Teilen der Grünen schloß der Genosse hingegen aus, da die Grünen „die wichtigste Organisation der Arbeiter“, die Gewerkschaften, gar nicht berücksichtigen würden.

Einige möglicherweise nicht ganz geklärte Punkte für die nun beginnende Wahldiskussion im gesamten KB deuteten sich auf der Arbeitskonferenz an:

- Wie weit kann die Kompromißbereitschaft gegenüber den Grünen gehen?
- Wie verhalten wir uns, falls kein alternatives bzw. demokratisch-ökologisches Wahlbündnis zustande kommt?
- Wie verhalten wir uns gegenüber der SPD in diesem Fall?
- Ist es richtig, den Wahlkampf hauptsächlich „antireaktionär“ zu führen und was bedeutet das konkret?

TOP „Innerorganisatorische Strukturen“

Bis zum Termin des Arbeitstreffens waren hierzu zwei Stellungnahmen eingegangen: Ein Papier aus Westberlin fordert, die leninistischen Organisationsprinzipien als „heilige Kühe zu schlachten“, da sie angesichts des Scheiterns der Revolution in der Sowjetunion und der VR China nicht mehr zeitgemäß seien. Weiterhin werden erweiterte „demokratische Strukturen“ gefordert, darunter v.a. ein Rotationsprinzip für Anleiter und ein totales Öffentlichkeitsprinzip für Leitungssitzungen (durch Ankündigung in der linken Presse).

Das Statut solle sich ferner außer auf die „traditionellen“ Klassiker auch auf solche Theoretiker und Revolutionäre wie Trotzki, Amílcar Cabral und Rosa Luxemburg berufen.

Aus Hannover lag ein Papier der „Wellenlänge“-Gruppe vor. Außer diesen beiden Stellungnahmen hat es noch eine Reihe kritischer Stellungnahmen zur „Tratsch“-Resolution des Hamburger Anleiterplenums gegeben, in denen zu weitgehende Ermächtigungen des LG kritisiert wurden. Es wurde die Befürchtung geäußert, daß eine Folge des „Anti Klatsch-Paragrafen“ sein könne, gegen das LG gerichtete Kritiken mit Hilfe dieser Resolution abzuwürgen (alle Papiere und Anträge hierzu, siehe UW 28). Den Hauptteil der Diskussion nahm die Auseinandersetzung um die Vorstellungen der „Wellenlänge“-Gruppe ein, deren Argumentation zwei Strängen folgte. Erstens sei das Statut in der vorgeschlagenen Form (UW 25) nicht durchführbar. Dies wurde mit dem gegenwärtigen Zustand begründet, nach dem die innerorganisatorische Praxis kaum irgendwo der im Statutvorschlag geforderten Verbindlichkeit von Beschlüssen entspreche.

Zweitens sei diese Regelung auch nicht anzustreben, da sie um den Preis der Hebung der politischen Effektivität einen Verlust an politischer Glaubwürdigkeit mit sich bringe. Dieser sei darin zu sehen, daß Genoss(innen) auf Beschlüsse verpflichtet werden, von deren Richtigkeit sie nicht überzeugt sind (als letztlich unterlegene Minderheit). Sie könnten daher auch die Beschlüsse nicht überzeugend nach außen vertreten.

Die Vorschrift der Verbindlichkeit bringe außerdem eine Lähmung der innerorganisatorischen Diskussion mit sich, wie die Erfahrung zeige, denn das Wissen, mit der eigenen Position sich nicht durchsetzen zu können, den entgegen gesetzten Mehrheitsbeschluß aber dennoch durchführen zu müssen, lähme die Initiative.

Abschließend wies der Hannoveraner Genosse auf die gegenwärtige politische Situation hin, in der die ideologische Überzeugungsarbeit im Vordergrund stehen müsse gegenüber der geringen Möglichkeit, praktische Erfolge zu erzielen. Eine gute Überzeugungsarbeit könne aber nur von Überzeugten geleistet werden.

In der Diskussion wurde den „Wellenlänge“-Genossen anhand ver-

schiedener Beispiele entgegengehalten, ihre Auffassung würden jegliche Organisationsprinzipien „aufweichen“, sie liefen letztlich darauf hinaus, daß überhaupt keine Beschlüsse mehr gefaßt werden könnten. Demgegenüber wurde von anderen Genoss(innen) davor gewarnt, vorschnell gegen die Hannoveraner Vorschläge zu Felde zu ziehen, denn diese seien in weiten Teilen des KB identisch mit der Praxis, obwohl nur wenige dies offen äußern.

Es komme jetzt v.a. darauf an, diese Genoss(innen) zu ermuntern, in Zusammenarbeit mit weiteren ihre Vorstellungen weiterzuentwickeln, um für den Kongreß die Widersprüche deutlicher herauszuarbeiten. Von anderen Genossen wurde davor gewarnt, diese Debatte bloß als Diskussion von Organisationsstrukturen zu begreifen, sie bezogen sich dabei v.a. auf die Schlüsselaussagen des „Wellenlänge“-Vertreters, in denen dieser einen Zusammenhang von gegenwärtiger Klassenkampflage und Statut herzustellen versuchte. Sie forderten, auch diese Sache schärfer herauszuarbeiten. Abschließend wurde festgestellt, daß bei der Statutdiskussion gegenwärtig nicht feststellbar sei, welcher Grad an Vereinheitlichung dazu im KB herrsche, wovon die Fassung des Statuts jedoch abhängig sei. Eine Schwarz-Weiß-Diskussion bringe uns nicht weiter, vielmehr sollten in der Diskussion Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Organisationsvorstellungen abgewogen werden (hier kleine straffe, da größere, aber dafür weniger vereinheitlichte Organisation).

Die „Wellenlänge“-Genossen wurden entsprechend aufgefordert, in Zusammenarbeit mit anderen ihre Vorstellungen bis zum Kongreß weiter auszubauen.

TOP „Rock gegen Rechts“

Es wurde nach kurzer Debatte eine Protestresolution gegen das drohende Verbot von „RGR“ bei nur 1 Enthaltung angenommen.

**Jetzt erst recht:
Wallmann: Wir kommen!
Am 16./17. Juni auf nach
Frankfurt zu
„Rock gegen Rechts“**

Carstens Bundespräsident, Strauß Kanzler in spe – Genehmigung des Deutschland-Treffs der NPD am 16. Juni in Frankfurt und öffentliche Erwägung des Verbots für „Rock gegen Rechts“: eine Tradition geht ihren Weg. Einmal mehr läuft die Zusammenarbeit zwischen Justiz, Verwaltung, Polizei und Parteien nach dem Willen von OB-Wallmann wieder wunderbar: Waffen-Nazis werden geschützt, antifaschistische Aktionen verboten. Demgegenüber stellen wir fest: Ein Verbot von „Rock gegen Rechts“ wäre eine vermessene Entscheidung, die zu noch weiterer Verbreitung dieses schon jetzt einmalig breiten antifaschistischen Bündnisses zweifellos beitragen würde!

**Wir fordern: Verbot des Nazi-Aufmarsches! So wie es ist, bleibt es nicht!
„Rock gegen Rechts“ wird in Frankfurt stattfinden und nicht anderswo.
Und jetzt erst recht gilt die Parole:
Mobilisiert, was das Zeug hält!**

TOP „Beschlüßfassung über den Kongreß“

Der 1. KB-Kongreß wurde für Weihnachten/Neujahr 1979/80 festgesetzt.

Die Vorbereitung soll – nach den guten Erfahrungen in einigen Themengebieten – auf zentralen Arbeitstreffen vorangetrieben werden, die allerdings die Vorbereitung auf Zellen-, Orts- und Landesebene nicht ersetzen soll. Diese Arbeitstreffen sollen für den Kongreß auch Anträge erarbeiten.

Die bisherige und zukünftige Diskussion muß öffentlich wertbar gemacht werden durch Berichte, Papiere und Protokolle, was bisher nur ungenügend geschehen ist.

Insbesondere komme es nicht auf vorschnelle „Vereinheitlichungen“ an, sondern auf die Herausarbeitung bestehender Kontroversen.

Diskussion über „Thesen“ zu China – Vietnam

Der Arbeitskonferenz des KB lag ein knappes Papier mit „Thesen zur Lage in Indochina und zur chinesischen Kriegspolitik“ vor. Funktion dieses Papiers sollte es sein, einige Anhaltspunkte für eine Diskussion dieser Themen auf der Arbeitskonferenz zu liefern. Es hatte nach dem Zusammenbruch des Pol-Pot-Regimes im Januar im KB kontroverse Diskussionen gegeben, wie das Pol-Pot-Regime einzuschätzen sei und ob ein vietnamesisches Eingreifen gerechtfertigt war. Diese Diskussion war aber durch den kurz darauf beginnenden Angriff Chinas auf Vietnam weitgehend abgebrochen worden. Die „Thesen“ und die daran anknüpfende Diskussion auf der Arbeitskonferenz sollten eine nochmalige Diskussion des Themas im gesamten KB einleiten – mit dem Ziel, erreichte Übereinstimmungen ebenso wie möglicherweise einzelne fortbestehende Meinungsverschiedenheiten festzustellen.

Der Text des „Thesen“-Papiers: 1. Das Pol-Pot-Regime in Kampuchea ist zusammengebrochen, wenn auch noch nicht endgültig besiegt. Die Reste der Pol-Pot-Truppen treiben Zehntausende von Menschen als Arbeitssklaven mit sich im Grenzgebiet zu Thailand umher. Thailand ist zum Hinterland der Reste der Pol-Pot-Gruppen geworden. Damit verbunden besteht die Gefahr thailändischer Kriegsprovokationen gegen Kampuchea und Vietnam als Vorwand für eine Intervention der USA und Chinas „zum Schutze Thailands“.

Vietnam hat durch seine Unterstützung für die heute in Kampuchea regierenden Kräfte erheblich zum Zusammenbruch des alten Regimes beigetragen. Auch wenn für die angebliche vietnamesische „Großoffensive“ im Dezember/Januar bis heute die Beweise fehlen, ist zumindest seit der Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kampuchea offen erklärt worden. Die Anwesenheit dieser Truppen ist gut, soweit sie heute hilft, die Resttruppen des Pol-Pot-Regimes endgültig zu vertreiben. Sie ist schlecht, soweit sie einer wirklich unabhängigen Entwicklung Kampuchees, gestützt auf das Selbstbestimmungsrecht des kampucheanischen Volkes, im Wege stehen könnte.

2. Eine wesentliche Ursache dieser Entwicklung in Indochina liegt in dem Versuch der chinesischen Führung, das Pol-Pot-Regime als Quelle ständiger Kriegsprovokationen gegen Vietnam einzusetzen. Seit etwa 1977 hatte das Pol-Pot-Regime begonnen, Überfälle und Massaker auf die vietnamesischen Grenzgebiete durchzuführen zu lassen. Bald darauf begann auch die chinesische Regierung mit Grenzprovokationen gegen Vietnam. Die Absicht bestand darin, das nach der Befreiung des Südens noch kaum stabilisierte und durch Naturkatastrophen schwer getroffene Vietnam in einen schleichenden Zwei-Fronten-Krieg zu verwickeln und die vietnamesische Wirtschaft bis zum Zusammenbruch zu ruinieren. Vietnam hatte daher volles Recht, diese Strategie zu durchkreuzen, indem es nach Kräften den Zusammenbruch des Pol-Pot-Regimes förderte.

3. Nach der Niederlage des Pol-Pot-Regimes ging die chinesische Führung militärisch in die Offensive: Nach offenen Kriegsankündigungen Deng Hsiao-pings in den USA und Japan begann China Mitte Februar mit starken Truppen einen Angriff auf Vietnam. Dieser Angriff kam jedoch, trotz Verstärkung der chinesischen Truppen, kaum voran. Mitte März trat China daraufhin den Rückzug an.

Anlaß des Überfalls waren nicht die von der chinesischen Führung behaupteten Übergriffe Vietnams an der Grenze. Aus den Kriegsankündigungen und aus der Verhandlungstaktik der chinesischen Machthaber geht eindeutig hervor, daß es darum ging, Vietnam wegen seiner „Einnischung“ in Kampuchea zu „bestrafen“ und Vietnam zum Bruch mit der Sowjetunion zu zwingen. In den seit März laufenden „Friedensverhandlungen“ fordert die chinesische Seite folgerichtig den „Rückzug“ Vietnams aus Kampuchea, den Bruch mit der Sowjetunion und die Anerkennung der chinesischen Gebietsansprüche. Für den voraussehbaren Fall, daß die Verhandlungen an diesen Forderungen scheitern, hat China eine Wiederaufnahme des Krieges angekündigt.

4. Es ist eine Aufgabe der internationalen Linken, politisch und praktisch Solidarität mit Vietnam gegen die Kriegspläne der chinesischen Machthaber und der Imperialisten zu

üben. Diese Solidarität beinhaltet nicht als Voraussetzung die Identifizierung mit der vietnamesischen Politik. Die DKP spaltet und schwächt die Solidarität, indem sie die Anerkennung des „realen Sozialismus“ (in Vietnam und in der Sowjetunion) und die Verdammung des „Maoismus“ zur Trennlinie zu machen versucht.

5. Chinas Außenpolitik hat sich seit etwa 1971 Zug um Zug zunächst opportunistisch und inzwischen direkt kriegstreiberisch und abenteuerlich entwickelt. Die chinesische Führung ist dazu übergegangen, weltweit „Maßnahmen“ und „Aktionen“ des Imperialismus zum Schutz seiner Interessensphären, Einflusgebiete, Rohstoffbasen und Nachschubwege zu ermuntern und sogar zu fordern. So zum Beispiel gegen den Iran und gegen Kuba bzw. gegen einen mit Kuba verbündeten Staat Afrikas. Grundlage dieser Politik ist das Bündnis Chinas mit dem Imperialismus. Von diesem Bündnis verspricht sich die chinesische Führung entscheidende finanzielle und materielle Unterstützung für die angestrebte Industrialisierung Chinas bis zum Jahre 2000. Im Inneren führen die chinesischen Machthaber einschneidende gesellschaftliche Umwälzungen nach dem Vorbild des „realen Sozialismus“ durch. Bewegungen der arbeitslosen Jugendlichen, der Arbeiter usw. werden im Ansatz zerschlagen, die Aktivisten verfolgt und eingesperrt. Die Linke ist nach dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 vollständig zerschlagen worden. Für die internationale Linke gilt es damit, zur Erkenntnis zu kommen, daß derzeit kein „Bollwerk der Weltrevolution“ mehr existiert, daß der weltweite revolutionäre Prozeß einen schweren Rückschlag erlitten hat.

Die in der Diskussion vorgebrachten Kritiken an den „Thesen“ waren im Wesentlichen folgende:

- + Die Aussage, daß die Solidarität mit Vietnam nicht notwendigerweise Identifizierung mit der vietnamesischen Politik voraussetze, wurde als zu unklar kritisiert. Sie solle gestrichen oder erläutert werden.
- + Die Passage „... Anerkennung des „realen Sozialismus“ (in China und in der Sowjetunion)“ (Punkt 4) bedeute eine Gleichsetzung der gesellschaftlichen Verhältnisse Vietnams mit denen der Sowjetunion. Das sei nicht gerechtfertigt. Es geht dabei um die Frage: Ist Vietnam sozialistisch bzw. baut es den Sozialismus auf? Oder ist es „revisionistisch“? Oder...?

- + Der Hinweis, daß die Anwesenheit vietnamesischer Truppen der unabhängigen Entwicklung Kampuchees im Wege stehen könnte, wurde in dieser Form in Frage gestellt.
- + Es wurde kritisiert, daß in den „Thesen“ nichts zur Einkreisungspolitik des Imperialismus gegen Vietnam gesagt wird.

- + Es wurde kritisiert, daß die „Thesen“ nichts über die Rolle der Sowjetunion aussagen, weder über ihre negative Haltung zum Befreiungskampf noch über ihre „zu lasche“ Haltung angesichts des chinesischen Angriffs auf Vietnam.

Die „Komitee...“-Vertreter beschränkten sich in ihren Diskussionsbeiträgen auf zwei Aspekte: 1. Schätzen sie das Pol-Pot-Regime insgesamt positiv ein, auch wenn sie einräumen, daß möglicherweise ökonomische Zwänge das Regime zu „linksradikalen“ Maßnahmen veranlaßt haben. 2. Wollten sie keine „großartigen Spekulationen“ über die Ursachen des Krieges China-Vietnam und über mögliche beiderseitige Hegemonialinteressen anstellen. Richtig sei es, sich in diese „Kontroverse“ nicht einzumischen, sondern für den Abzug der Chinesen aus Vietnam und der Vietnamesen aus Kampuchea einzutreten.

Hauptdiskussionspunkt im Plenum war die Frage nach der Bewertung der Haltung der Sowjetunion. Soll man sie wegen einer „zu schlaffen“ Haltung gegenüber China kritisieren? Diese These wurde auch mit Hinweisen auf frühere Äußerungen des KB begründet, die in diesem Sinn interpretiert wurden. Entgegengehalten wurde, daß wir zwar gesagt haben, daß die Haltung der Sowjetunion angesichts der chinesischen Aggression eine Fortsetzung der Haltung ist, die sie während der US-Aggression einnahm: Zwar Waffen zu liefern, ansonsten aber andere „die

Fortsetzung auf S. 54

Fortsetzung von S. 53

Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen" und selbst einer Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Andererseits wäre beispielsweise die Entsendung sowjetischer Truppen nach Vietnam wahrscheinlich im Interesse Vietnams gar nicht wünschenswert, sondern würde den sowjetischen Einfluß noch verstärken. Diese Frage wurde auf der Arbeitskonferenz nicht ausdiskutiert, wie überhaupt im KB die Diskussion zur Rolle der Sowjetunion bisher wenig entfaltet ist.

Auffallend war, daß in der Diskussion auf der Arbeitskonferenz keine

einzig Kritik mit der Stoßrichtung kam, das Pol-Pot-Regime etwas positiver und die Rolle Vietnams etwas negativer zu sehen, obwohl eine solche Kritik im Januar weit verbreitet war. Soweit Kritiken zu den 'Thesen' kamen, kamen sie jetzt eher aus der entgegengesetzten Richtung. Trotzdem ist es Tatsache, daß die Vietnam-Solidarität für viele Genoss(inn)en immer noch ein Problem ist, vor allem wohl aufgrund des äußeren Drucks. Es soll jetzt entlang der 'Thesen' und der Kritiken (die am besten auch schriftlich vorgelegt werden sollten) die Diskussion noch einmal im gesamten KB geführt werden.

Leserbrief

Liebe AK - Redaktion

Ich habe mich zunächst gewundert, dann aber unheimlich geärgert, daß weder in AK 153 noch in AK 154 eine einzige Silbe zur Verschiebung des „1. KB-Kongresses“ zu lesen war. Ich frage mich ernsthaft, wie so etwas passieren kann.

Jeder Grund, der zur Verschiebung des Kongresses geführt hat, ist wert, im AK dargestellt zu werden.

Selbst wenn ihr es aber nicht für nötig gefunden habt (oder nicht in der Lage gewesen seid), diese Gründe in einem längeren Artikel darzulegen, wäre eine kurze Information für unsere Leser das mindeste gewesen, was hätte erscheinen müssen.

Ich hoffe, daß auch ihr noch davon ausgeht (ich jedenfalls tue es), daß der AK bzw. die Aktivitäten und Vorschläge des KB einen nicht unbedeutenden Teil der westdeutschen Linken interessieren und Anlaß zu politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen sind. Zumindest diese Leute (und nicht nur die) haben verdammt nochmal das Recht von dieser Verschiebung rechtzeitig, d.h. vorher, zu erfahren.

Wir haben immer wieder gesagt, daß die Krisendiskussion im KB „eine Debatte ist, die die ganze Linke angeht“. Ich habe diese These als Aufforderung an die Linke verstanden, sich an der Debatte in offener, solidarischer Form zu beteiligen; dieser (berechtigte) Anspruch wird jedoch nicht gerade bekräftigt, wenn wir für uns ziemlich bedeutende und wichtige Dinge wie die Kongressverschiebung und ihre Gründe dem AK-Leser verschweigen und es dadurch faktisch der Gerüchteküche überlassen, eine „Erklärung“ hierfür zu liefern. Kurzum: die Tatsache, daß bis heute im AK über die Verschiebung des Kongresses kein Wort verloren wurde – sei es nun aus Nachlässigkeit oder Arroganz (komme mir aber keiner mit „Platzmangel“) – ist ein poli-

tischer Fehler, der m. E. der Selbstkritik bedarf.

Ich fordere euch daher auf, zu dem Versäumnis, nicht rechtzeitig über die Verschiebung informiert zu haben, Stellung zu nehmen und darüberhinaus, die Gründe für die Verschiebung im AK darzustellen, sie also öffentlich zu machen.

KB Göttingen / Jojo

Antwort der Redaktion

Die Kritik des Genossen Jojo (die im übrigen auch noch in einer weiteren Leserzuschrift geäußert wurde) ist ohne Zweifel berechtigt. Wir haben es einfach verschlampt, eine entsprechende Mitteilung in den AK zu setzen. Die Sache wurde für so selbstverständlich gehalten, daß vergessen wurde, einen Genossen mit dem Schreiben zu beauftragen.

An diejenigen Organisationen, Gruppen und Personen, die ihr Interesse an einer Teilnahme am 1. KB-Kongress bekundet hatten, wurde allerdings eine Mitteilung in Briefform geschickt, in der die Gründe für die Verschiebung des Kongresses genannt und die Einladung für ein späteres Datum erneuert wurde. Drei Organisationen der westdeutschen Linken wurden zudem zur Teilnahme an der Arbeitskonferenz über Pfingsten eingeladen (siehe nebenstehender Bericht).

Den Schaden, der durch dieses Versäumnis entstanden ist, halten wir allerdings nicht für so schwerwiegend wie Jojo, da unsere „Aufforderung an die Linke... sich an der (Krisen)debatte in offener, solidarischer Form zu beteiligen“, keineswegs zurückgenommen wurde, sondern durch die Berichterstattung in dieser Ausgabe des AK sowie durch die weitere Herausgabe von Kongressmaterialien im UNSER WEG bekräftigt wird.

KB Ortsgruppe Westberlin aufgelöst

Am 26.5. beschloß die Westberliner Ortsgruppe des KB einstimmig ihre Auflösung. Dieser Beschluß erfolgte in Übereinstimmung mit der ZRK (dem KB-Anleitungsgremium der Ortsgruppen außerhalb Hamburgs), die diesen Schritt angeregt hatte. Gleichzeitig wurde ein Plan diskutiert und verabschiedet, der die Reorganisation der Arbeit und den Wiederaufbau einer Ortsgruppe zum Ziel hat. Mehrere Gründe sprachen gegen einen Klärungsprozeß und Reorganisationsbemühungen im Rahmen des KB, also bei Fortexistenz der KB-Gruppe.

1. Die innerorganisatorischen Strukturen waren weitgehend zusammengebrochen, ein einheitliches Handeln aller westberliner Genossen schon deshalb unmöglich.

a) Eine von der gesamten Ortsgruppe anerkannte Ortsleitung existierte schon seit längerem nicht mehr. Seit geraumer Zeit hatte dieses Gremium seine Tätigkeit ganz eingestellt. Die notwendige Anbindung der gesamten Ortsgruppe an die Zentrale unserer Organisation war somit nicht mehr realisierbar.

b) Mehrere Zellen tagten kaum noch und befanden sich in einem Prozeß der Auflösung.

c) Die politische Debatte und Vereinheitlichung zentraler Fragen war unmöglich geworden, da hierzu einberufene Vollversammlungen immer schlechter frequentiert wurden. Eine kollektive Vorbereitung auf den 1. KB-Kongress hatte es in Westberlin überhaupt nicht gegeben.

d) Die Beitragsmoral war im Laufe des Jahres '79 stark rückläufig.

2. Einzelne Krisenstellungen und individuelle Beiträge zur Kongressvorbereitung zeigten, daß in der Westberliner Ortsgruppe eine für KB-Verhältnisse wohl einmalige politische Bandbreite existiert. Dieser „Pluralismus“ reichte von grundsätzlicher Kritik des Leninismus aus spontaneistischer Sicht bis zu Überlegungen, der KB befände sich im Prozeß der Abwendung vom Leninismus und betreibe eine „revisionistische“ Bündnispolitik. Vor dem beschriebenen Hintergrund befanden sich diese Positionen nicht in einem Klärungsprozeß, sondern bestanden undiskutiert nebeneinander.

3. In jüngerer Zeit war es zur Ablehnung bzw. zum Boykott von LG-Beschlüssen gekommen, ohne ausreichend ernstes Bemühen um eine Klärung dieser Differenzen durch viele Westberliner Genossen. Der Umfang und Grad der Meinungsverschiedenheiten war dadurch kaum noch korrekt zu ermitteln.

Die Summe dieser Erscheinungen macht es notwendig, den politisch-ideologischen Klärungsprozeß und den organisatorischen Wiederaufbau außerhalb des KB zu betreiben, also ohne die Verantwortungen und Pflichten als Ortsgruppe den KB zu repräsentieren. Die beschriebenen Tatsachen bedeuten nicht, daß in letzter Zeit in Westberlin überhaupt keine KB-Politik betrieben worden wäre. Im Gegenteil, in einzelnen Arbeitszusammenhängen, Massenansätzen wurde in letzter Zeit gut (und auch sehr kooperativ mit der Zentrale) gearbeitet. Beispielhaft genannt seien u.a. die in der „AL“ arbeitenden Genoss(en)innen, die Internationalismus-Kommission und die Anti-Repressionskommission. Erwähnt sei auch, daß einzelne Genossen und Kollektive trotz aller Krisenerscheinungen sehr engagiert den Vertrieb des „Arbeiterkampfes“, die finanzielle Absicherung unserer Organisation, betreiben. Hieraus erwachsen Möglichkeiten, einen erfolgreichen Neubeginn in Angriff zu nehmen. P.S.: Die am KB orientierte Studentenorganisation SSB ist von allen Beschlüssen nicht berührt.

Mehr über die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“

Wie im AK 153 kurz berichtet, fand am 13./14. April in Mannheim eine Arbeitskonferenz statt, an der in erster Linie ehemalige Mitglieder des KBW teilnahmen – darunter die früheren leitenden KBW-Funktionäre W. Maier, D. Hildebrandt und R. Fücks. Beabsichtigt ist der Aufbau örtlicher „Komitees für Demokratie und Sozialismus“. Nicht ganz klar ist, wieweit diese „Komitees“ sich bereits als Ansätze einer neuen Organisation verstehen.

Inzwischen hat uns der Arbeitsausschuß der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ die Referate von D. Hildebrandt und R. Fücks auf der Arbeitskonferenz zugesandt. (Das Referat von W. Maier hatten wir bereits auf anderem Weg erhalten.) Zugleich teilte der „Arbeitsausschuß“ uns mit, daß man Plattform-Entwurf und Referate bisher nicht veröffentlicht habe, um bis zum 21.5. allen Teilnehmern Gelegenheit zu geben, sich dazu in Stellungnahmen zu äußern. Mitte bis Ende Juni sollen die Dokumente der Arbeitskonferenz und die vorliegenden Stellungnahmen dazu als Broschüre veröffentlicht werden.

Zur „Theorie der drei Welten“

Die Theorie der drei Welten stand im Mittelpunkt des Referats von D. Hildebrandt auf der Mannheimer Arbeitskonferenz. D. Hildebrandt verteidigte zunächst die Theorie der drei Welten als Fortführung der revolutionären Tradition der Kommunistischen Internationale; diese Theorie habe Schluß gemacht „mit einer bestimmten Art des formalhaften Nachbetens eines sinnentleerten Leninismus“. Die „Tatsachen“, von denen diese Theorie ausgehe, seien „im großen und ganzen unbestreitbar und unbestritten“, behauptete Hildebrandt. Diese Tatsachen seien die Herausbildung zweier „Supermächte“, denen gegenüber die anderen imperialistischen Länder nicht mehr selbständig um Einflußsphären ringen könnten; daher würden diese sich den „Supermächten“ unterordnen. Die „Rivalität der Supermächte“ sei „die tiefere Ursache für die Unruhe unter den Ländern der Dritten Welt“, außerdem rufe diese „Rivalität“ die Kriegsgefahr hervor.

Es zeigt sich im weiteren, daß D. Hildebrandt die Theorie der drei Welten reduziert und damit u. m. f. ä. s. c. h. t in einen Aufruf zur „Einheitsfront der Dritten Welt gegen den Imperialismus“. Das hat zur Folge, daß er sich mit dieser „Theorie“ gar nicht wirklich auseinandersetzt, vor allem mit ihren Konsequenzen. In Wirklichkeit fordert die Theorie der drei Welten aber global die „Einheitsfront“ von „zweiter und dritter Welt gegen die „Supermächte“, wobei „besonders“ die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion betont wird. Inzwischen wird an den neueren Äußerungen Deng Hsiao-pings und an der chinesischen Praxis deutlich, daß fortgeschritten worden ist zur „Einheitsfront“ aller Kräfte (einschließlich der „Supermacht“ USA) gegen die Sowjetunion.

D. Hildebrandts Ausführungen zur Theorie der drei Welten bewegen sich noch vollständig in der Tradition des KBW: Diese „Theorie“ insgesamt für gut und richtig zu erklären, gleichzeitig aber ihre wesentlichen Inhalte gar nicht zur Kenntnis zu nehmen. Auf dieser Basis hat der KBW eine politische Praxis entwickelt, die nur einige Versatzstücke der chinesischen Linie übernimmt, in wesentlichen Punkten aber den Konsequenzen der Theorie der drei Welten widerspricht. Beispiele sind die Haltung zur EG, zur Kriegsrüstung (tatsächlich bekämpft der KBW die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie, statt sie im Sinne der Theorie der drei Welten zu unterstützen), zur NATO....

Kritisch äußerte sich D. Hildebrandt allerdings zu einer „Tendenz“ in der chinesischen Politik, „die Taktik der Einheitsfront der Völker der Dritten Welt aufzugeben zugunsten der Taktik des Zusammengehens mit dem einen imperialistischen Lager gegen das andere“. (D.H. übersieht dabei nur, daß dies nicht bloß eine Tendenz ist, sondern den Kern der Theorie der drei Welten ausmacht). Als Beispiele nennt D. Hildebrandt die Aufforderung Dengs zur Intervention im Iran, die Unterstützung der französischen Intervention in Zaire und die Wiederaufnahme chinesischer Waffenlieferungen an die angolische FNLA.

Die Ursache für solche außenpolitischen Entgleisungen liege jedoch keineswegs in der Theorie der drei Welten begründet; diese interpretiere die Widersprüche aktuell richtig und schlage die richtige Taktik der Ein-

heitsfront vor. Die Ursachen lägen vielmehr „in Fehlern und Grenzen der Politik der chinesischen kommunistischen Partei“, nämlich in einer Tendenz, „die aktuellen nationalen Interessen des Landes dem Interesse am Vorschreiten der internationalen revolutionären Bewegung entgegenzusetzen“.

Es müßte für D. Hildebrandt eigentlich selbst als surrealistisches Unternehmen erkennbar werden, eine Theorie als richtig zu verteidigen, indem man einfach ihre wesentlichen Inhalte verfälscht oder übergeht. Der Grund für diesen Surrealismus liegt in der Weigerung, sich nicht nur von einzelnen „Tendenzen“ zu distanzieren, sondern ohne Zweideutigkeiten und Rücksichten mit dem Wesen der aktuellen chinesischen Politik zu brechen.

Erheblich weiter als D.H. geht das Referat von Th.R., das der Arbeitskonferenz der „Komitees...“ ebenfalls vorlag. Th.R. polemisiert besonders gegen die sogenannte „Beschwichtigungspolitik“ der westeuropäischen und US-Imperialisten gegenüber der Sowjetunion. Er greift die Sowjetunion als „gefährlichere“, „aggressivere“ etc. pp. der beiden „Supermächte“ an, was zwar haargenau der Theorie der drei Welten entspricht, aber von D.H. vermieden worden war. Th.R. schweigt allerdings über die Schlußfolgerungen, die sich aus seinen Positionen ergeben könnten.

Zum „Stalinismus“

Mit der „Entwicklung der Sowjetunion“ befaßte sich R. Fücks in seinem Referat auf der Mannheimer Arbeitskonferenz. (Wie es heißt, waren seine Thesen zu diesem Thema der Grund für seinen Ausschuß aus dem KBW.)

Fücks geht davon aus, daß sich in der Sowjetunion im Prozeß der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung die Bürokratie als neue herrschende Klasse formiert habe; die KPdSU sei zur „Klassenpartei der neuen Bourgeoisie“ geworden. Dieser Prozeß sei mit den „Säuberungen“ der 30er Jahre abgeschlossen worden. (Wir stellen die sehr interessanten Analysen, mit denen er seine Thesen belegt, hier nicht dar, sondern empfehlen dringend die Lektüre des Referats, wenn es gedruckt vorliegt.) Parallel dazu habe die Sowjetunion eine „imperialistische Großmachtspolitik“ entwickelt. Fücks nennt den deutsch-sowjetischen Pakt von 1939 („...lupenrein imperialistische Aufteilung Osteuropas zwischen den beiden Großmächten“), sowie die Abkommen von Jalta und Potsdam („Abkommen zur Neuverteilung der Einflußsphären in Europa und Asien...“). Fücks schlußfolgert: „Alle nach 1956 entdeckten grundlegenden Züge des Revisionismus lassen sich mehr oder weniger ausgeprägt bereits lange davor feststellen“.

Darüber hinaus gehend sucht er die Grundlagen dieser Entwicklung bereits bei Lenin. „Die Tendenz, den Aufbau des Sozialismus von der Realisierung der proletarischen Demokratie zu trennen, findet sich bereits in den Schriften Lenins zu den Aufgaben der Partei und der Sowjetmacht seit 1918...“ – im Widerspruch zu Lenins Positionen in „Staat und Revolution“. „Konsequente Verwirklichung der Räte-demokratie“, Leitung der Wirtschaft durch Arbeiterräte, „uneingeschränkte Durchsetzung der politischen Freiheiten für die arbeitenden Klassen“ seien gegenüber der „uneingeschränkten Ausübung der Macht durch die Partei“ auf der Strecke geblieben. Die KP habe „stellvertretend“ für die Werktätigen und „vermittels des alten bürokratischen Apparats“ geherrscht. „Die Beziehung zwischen Partei und Klasse ist eine Einbahnstraße: die Partei führt, erzieht, lehrt, organisiert die Massen; sie ist das wahre Subjekt der Revolution“. Diese Position ziehe sich „durch das ganze Werk Lenins“. Besonders erwähnt Fücks dabei Lenins „Was tun“.

Vertreter der „Komitees...“ auf der Arbeitskonferenz des KB

W. Maier und R. Fücks, Mitglieder des Arbeitsausschusses der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“, nahmen (zusammen mit einem Genossen des Hamburger „Komitees...“) an der Arbeitskonferenz des KB zu Pfingsten als Gäste teil. Aus ihren Diskussionsbeiträgen ergaben sich einige zusätzliche Gesichtspunkte und neue Akzente.

W. Maier führte aus, es gebe einen Niedergang der marxistisch-leninistischen Bewegung und dar-

über hinaus des gesamten traditionellen linken Spektrums. „Alles, was sich auf den Sozialismus beruft“, habe eine Niederlage erlitten. Im Gegensatz dazu seien die Arbeiterbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, die Frauenbewegung und die Jugendzentrums-Bewegung vorangekommen, auch wenn diese Bewegungen noch von einander getrennt seien. Der Einfluß der Kommunisten und des wissenschaftlichen Sozialismus sei aber gering bzw. sogar gesunken. Die ideologische Führung unter den Arbeitern hätten die Kommunisten nicht gewonnen, in den demokratischen Bewegungen hätten sie verloren.

Die „Komitees...“ sind zu verstehen als eine Sammlungsbewegung auf dem Boden einer „ziemlich knappen“ Plattform, die „weder besonders noch originell“ (W. Maier) sei. Es handele sich um einen Vorschlag an die kommunistische Linke. Dabei sei man von der Überlegung ausgegangen, daß keine der bestehenden Organisationen die „zentralen Fragen der Revolution“ gelöst habe. Die „Komitees...“ seien deshalb nicht gedacht als Versuch, den bestehenden Organisationen jetzt eine weitere mit „korrekter Linie“ hinzuzufügen. Die „Komitees...“ hätten eine verhältnismäßig lockere Organisationsform und seien offen für unterschiedlichste Richtungen. „Besonderheiten der Festlegung der Taktik“ gehörten daher nicht in die Plattform der „Komitees...“. Es gebe keine Zentralisierung und keine „operative Leitung“ der „Komitees...“. Trotzdem, so meint jedenfalls W. Maier, soll aus den „Komitees...“ irgendwann doch eine neue Organisation werden. Der Gedanke, aus den Widersprüchen verschiedener bestehender Organisationen herauszukommen, indem man einfach „Komitees...“ gründet, die zumindest offiziell gar keine bestimmte politische Linie haben (außer den allgemeinen historischen Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus), ist zumindest originell und könnte einige Anziehungskraft auf Teile der krisenmüden Linken ausüben. Eine selbständige Perspektive hat dieses Konzept aber kaum. Falls sich nämlich die „Komitees...“ nicht darauf beschränken wollen, zu lesen und zu debattieren, falls also auch so etwas wie kommunistische Praxis dabei herauskommen soll, werden sich die „Komitees...“ wohl oder übel auch wieder zu den bestehenden Organisationen und deren „Linien“ verhalten müssen. W. Maiers Ankündigung auf der Arbeitskonferenz des KB, „Es wird in den Komitees Streit geben“, bedurfte keines prophetischen Blicks.

Bei der erklärten Offenheit der „Komitees...“ wittert die „KPD“ gute Chancen. In der „Roten Fahne“ begrüßt sie die Bildung der „Komitees...“, pickte sich ein paar vaterländisch interpretierbare Rosinen aus W. Maiers Referat auf der Mannheimer Konferenz heraus und forderte die „Komitees“ auf, jetzt „vor allem“ über die „KPD“-Evergreens wie Theorie der drei Welten, Nationale Frage und Beschwichtigungspolitik zu diskutieren.

Auf der Mannheimer Konferenz der „Komitees“ war die „KPD“ (anscheinend als einzige linke Organisation?) mit „Beobachtern“ vertreten. Es scheint nun, daß diese „Beobachter“ gar nicht offiziell eingeladen worden waren, sondern von ihren Freunden aus einem süddeutschen „Komitee...“ einfach mitgebracht worden waren. W. Maiers Aussage, daß einige Mitglieder der „Komitees...“ der „KPD“ sehr nahe stünden, dürfte eher unter- als übertrieben sein.

Auseinandersetzungen sind damit vorprogrammiert. Die Zweideutigkeiten der führenden Sprecher der „Komitees...“, ihr absurdes Bekenntnis zur „Theorie der drei Welten“, ihr leichtfertiges Spielen mit Versatzstücken der „KPD“-Argumentation (auch wenn sie dann zu durchaus anderen Schlußfolgerungen kommen als die „KPD“) bietet den Versuchern der „KPD“, die „Komitees...“ für sich zu funktionalisieren, eine offene Flanke. Wenn W. Maier erklärte, die Mehrheit der Kräfte in den „Komitees...“ würde gegebenenfalls „erbittert“ gegen eine Ausrichtung der „Komitees...“ im Sinne der „KPD“ Front machen, so erscheint das glaubhaft. Daß die „KPD“ eben dies versuchen wird, ist allerdings ebenso wahrscheinlich. Entweder gelingt es der „KPD“, sich die „Komitees“ als eine Vorfeld-Organisation (wenn auch mit Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen) dienstbar zu machen, oder die „KPD“ wird auf Spaltung der „Komitees...“ hinarbeiten. Der KB wird sich in die Auseinandersetzungen einmischen.

Abonnement und „Konspiration“

Beim Ansprechen von Kontakten und Käufern auf der Straße, ob sie den AK nicht abonnieren wollen, konnte ich auf abgelehnte Argumente nichts entgegenen. Einer sagte, das Risiko, daß sein Name in die Hände des Staatsschutzes bei einer Beschlagnahme der Abonnentenkartei falle, sei ihm ein bißchen zu groß. Der AK selber habe mal über die Beschlagnahme der „Roten Fahne“ (Zeitung der „KPD“) Abo-Kartei durch die Polizei berichtet. Ein anderer meinte, er wolle nicht,

daß sein Postbote und Wohnungsnachbarn mitkriegen, was er für eine Zeitung lese... dies aber bei der Zusendung als Streifenbandzeitung (s. Abo-Karte) unvermeidlich sei. Deshalb finde er den „anonymen Straßenkauf“ besser.

Wenn möglich, sollte auf diese Argumente in der Briefterstattung zur Abo-Kampagne eingegangen werden.

Ein Genosse des KB/Gruppe Hamburg

Antwort der Redaktion

Jemandem, der Angst hat, bei seinen Nachbarn (oder beim Postboten) als Leser einer linken Zeitung bekannt zu werden, ist mit Argumenten wahrscheinlich kaum zu helfen. Dem/der kann nur angeboten werden – sofern er/sie tatsächlich ein ernsthaftes Interesse an einem Abonnement hat – daß er/sie die Zeitung im Um-schlag und nicht mit einer Streifenbandzeitung zugestellt bekommt. Das würde dann etwas teurer, wegen der höheren Postgebühren.

Weiter: Um von Computer des Staatsschutzes erfaßt zu werden, muß man/frau nicht erst Abonnement des AK sein. Bekannt sein dürfen die berichtigten „Schwarzen Listen“ des Bundesgrenzschutzes, auf denen sämtliche kommunistischen, linkssozialdemokratischen und liberalen Zeitungen und Blättchen aus der BRD und Westberlin aufgeführt werden. Leute, die eines der indizierten Publikationsmittel beim Überqueren der Grenze dabei haben, werden ans BKA „weitergegeben“. Sollten wir und andere deshalb in Zukunft auf fortschrittliche, linke Urlaubslektüre verzichten?

Beim Bundeskriminalamt sind dem Vernehmen nach – derzeit bereits die Daten von etwa 10 Prozent aller Bundesbürger in verschiedenen Programmen gespeichert; angefangen beim kleinen Verkehrssünder bis hin zum „Top-Terroristen“ – darunter wird es mit Sicherheit diverse Kategorien „Verfassungsfeinde“ geben, in denen auch Leser linker Zeitungen erfaßt sind.

Aber was heißt denn das? Der ARBEITERKAMPF ist eine nicht verbotene Zeitung – es ist mithin nicht verboten, sie zu beziehen und zu lesen.

Es gibt meines Wissens nicht mal im kritischen Bereich des Öffentlichen Dienstes einen einzigen Fall, wo der Bezug einer kommunistischen Zeitung als Berufsverbots-Grund angeführt worden wäre.

Eine Sicherheit, daß das gesellschaftsverändernde Engagement eines Menschen (und das Lesen von linker Literatur gehört ja mit dazu) dem Staatsschutz nicht bekannt wird, gibt es natürlich nicht.

Hz.

Als AK-Verkäufer auf dem Pfingstmarsch

Bei 35 Grad im Schatten 50 AKs mit sich herumzuschleppen, ist nicht das reine Vergnügen, dachte ich bei meiner Ankunft in Basel, der 2. Station des schweizerischen Pfingstmarsches. Und dann noch das Problem, die Dinger über die Grenze zu kriegen (wir sind schon öfters wieder zurückgeschickt worden!). Naja, es hat alles geklappt, ich kam schließlich mit allen Zeitungen auf dem Marktplatz an.

Da setzte ich mich zuerst auf den Boden und holte mir einen Schlag aus dem Suppeneintopf, schaute mich um. Schüchtern legte ich einen Päckchen AKs neben mich hin; am Anfang braucht's ja immer etwas Überwindung, um mit dem Verkauf loszulegen. Da tippelte eine ältere Frau zu mir her, deutete auf den Stapel AKs und meinte: „Chönnt i eini habe?“. Als ich nach zweimaligem Nachfragen ihr Ansinnen letztlich kapierete, war ich perplex: Tatsächlich, sie wollte einen AK! Nichtsdestotrotz, begann ich sie nochmal zu agitieren, erzählte ihr was von „Strauß = Nein danke“ und Neonazis, doch ihr Entschluß stand schon eh fest. Sie drückte mir 2 „Stutz“ in die Hand und nahm sich einen weg.

Gleich darauf setzte sich ein junger Genosse des „Maulwurf“ (Jugendorganisation der trotzkistischen RML) neben mich, der schon lange den AK abonniert hat. Wir quatschten ein bißchen über den KB und die „Krise“, er erzählte mir etwas aus der schweizerischen Politzeitszene. Einige seiner Freunde waren inzwischen gekommen, schnappten sich einen AK: schon gekauft! Von einer anderen Gruppe, die neben uns saß, kam auch ein Typ rüber und wollte einen AK haben, „nur ein bißchen zum Lesen, nicht zum Kaufen.“ – „Klar, wieso nicht.“ – Doch die Lektüre mußte ihn überzeugen haben, ein paar Minuten später warf er mir 2 Frankli rüber.

Solcherart „eingestimmt“ hatte ich jetzt endlich Bock, selbst mit dem AK loszuziehen. Auf dem Platz saßen etwa 200 Leute, der Hauptteil des Marsches war noch nicht da. Ich ging von Sitzgruppe zu Sitzgruppe, pflanzte mich kurz hin, zeigte den AK her und erzählte, was der zu bieten hat: Also Strauß und so, und „Rock gegen Rechts“ und meistens noch „Neue Erkenntnisse über den Tod von Ulrike Meinhof“. Wem das nicht reichte, den verwies ich noch auf die Iran-Berichterstattung und auf „Frauen in Vietnam“. Aber meistens hatten die Leute schon vor-

her den Geldbeutel gezückt. Kein einziges Mal bekam ich dumme Sprüche wie „Arbeiterkrampf“ oder „Ich will nicht kämpfen“ zu hören, und viele staunten über den Umfang unserer Zeitung, die nicht zu teuer schien. Viele kamen auch spontan zu mir her und fragten, was ich da verkaufen würde. Vielleicht war ihnen das Dösen in der Sonne langweilig? Zum Teil waren es auch Leute, die den AK schon kannten. „Der AK ist die beste Zeitung aus der BRD“, war eine oft gehörte Ansicht. „Endlich wieder ein AK“, eine andere. „Der AK bringt wichtige Informationen, an die man sonst kaum ran- kommt.“ – Klar, daß ich solche Kandidaten gleich auf ein Abo ansprach. 5,6 wollten es sich ernsthaft überlegen (ich zeigte ihnen die Abo-Karte auf S.64), 2 davon füllten die mitgebrachten Abo-Karten an Ort und Stelle aus. Immerhin! Nach einer starken halben Stunde hatte ich auf diese Art 24 Zeitungen verkauft und ich fand, daß ich mir erst mal ein Bier verdient hatte. Dann kam der Hauptzug der Demonstration an, ca. 2.000 Leute, und wir zogen weiter zum Festzelt.

Dort war dann auch die „Konkurrenz“. Vor allem die Schweizer „Rote Fahne“ wurde ganz massiv feilgeboten, z.T. waren die Verkäufer geradezu penetrant. Mit ihrem Marktgeschrei verdrängten sie erstmal den Markt, kaufen wollte dann auch bei mir nieman mehr. Deshalb machte ich eine kleine Siesta und hörte den Rednern und Sängern zu.

Nach einem Stündchen legte ich wieder los. Im Gegensatz zu den „ML“ern versuchte ich, weniger penetrant aufzutreten. Ich hielt den AK etwa in Nabelhöhe, ganz bescheiden, fast etwas versteckt. Ab und zu ging ich dann zu einem(r) oder einer Gruppe hin, sprach sie in normalem Unterhaltungston auf die Zeitung an. Wenn sie nicht kaufen wollten, so ergab sich doch meist ein interessanter „small talk“ über die Anti-AKW-Bewegung, über das (schöne) Wetter oder über Persönliches. Nichts für Ungut! Da aber viele kaufen wollten – schließlich haben wir ja was zu bieten! – hatte ich nach einer Stunde die restlichen von meinen 50 AKs verkauft. Vielleicht noch einiges zur Verkaufstechnik: Ich habe immer einen AK, den ich anbiete, und den „präpariere“ ich vorher: so habe ich diesmal das Blatt mit der Überschrift „Ulrike Meinhof...“ aus dem Innenteil ein Stückchen herausgezogen, so daß die Überschrift auch von vorn sichtbar war. So konnte ich leichter auf den Artikel verweisen.

Und die Seite „Frauen in Vietnam“ habe ich auf das Vorderteil des 2. AK-Drittels gelegt, so daß sie schnell aufzuschlagen war.

Insgesamt hat mir dieser Pfingstmarsch-Verkauf eine Menge psychologische Aufrüstung gebracht, nachdem ich in letzter Zeit in Freiburg oft plan- und phantasieelos an den Verkauf rangegangen war. Neben einigen schweizerischen Besonderheiten (Neugier auf den relativ unbekannten AK; kaum Organisationsfeindlichkeit) lassen sich m.E. auch einige Sachen für den Verkauf allgemein festhalten:

1. Kampf dem Verkaufsschematismus. Damit meine ich, daß man die Themen, mit denen man die Leute anspricht, nach der vorhandenen Zielgruppe bestimmen muß. Die ist in Sponti-Kneipen anders als vor der Gewerbeschule. Vor allem meine ich aber, daß der Handverkauf „Marke Zeuge Jehova“ nichts bringt. Wenn man den AK hochhält und Parolen in die Menge schleudert, so wird man damit höchstens einige Stammkäufer abgrasen (und die wollen wir ja eh als Abonnenten, oder?).

2. Stattdessen: Offensiv die Leute persönlich anquatschen, hingehen zu den Leuten und nicht zur Salzsäule erstarrt hinstehen und das Volk vorüberströmen lassen.

Gerade dieser Einsatz hat mir auch gezeigt, daß der AK einen viel besseren Ruf hat, als wir oft meinen. Wenn wir ihn in seiner Themenvielfalt darstellen, spricht das auch „Neue“ an.

3. Vorher Themen überlegen, die „ziehen“. Evtl. den AK „präparieren“ (s.o.).

4. Nicht verbissen an den Verkauf herangehen! Das bringt nix, nachher ärgert man sich nur.

Ich versuche immer, den Verkauf nicht nur als meine Pflicht zur Verbreitung von alternativen Meldungen und kommunistischen Inhalten zu sehen, sondern auch als etwas, was Spaß bringen kann.

Über den Verkauf kann man viele nette Leute kennenlernen, kann viele interessante Diskussionen führen. Ich möchte fast meinen, daß ein nicht-verbissener Verkauf für jeden einzelnen ganz wichtig ist, weil er die persönliche und politische Isolierung verhindert. Und wenn dann ab und zu ein Verkaufserfolg dazu kommt, rüstet das auch hübsch auf, wenngleich man/frau nicht alles daran messen sollte.

ein Genosse aus Freiburg

2 Fraktionen im KB-Lehrerbereich

Am 1. Juni wurde auf einer Vollversammlung des Lehrerbereiches des KB/Gruppe Hamburg eine (vorläufige) fraktionelle Trennung beschlossen. Die Lager umfassen jeweils etwa zwei, bzw. ein Drittel der Mitglieder. Der Grund sind einerseits tiefgehende inhaltliche Differenzen, die nicht ausgeräumt werden konnten, andererseits ein Klima des Mißtrauens, das eine gemeinsame Diskussion gegenwärtig nicht sinnvoll macht.

Ausgangspunkt dieser Trennung ist eine Debatte um die Politik des Lehrerbereiches zur Frage der Gesamtschulen (GS). Dazu lag ein Papier eines Genossen des Lehrerkomitees vor, worin er folgende Auffassungen entwickelt: Wir haben im Lehrerbereich zwei Möglichkeiten für unsere Politik. Entweder die Orientierung an den Interessen der Schüler bzw. Eltern (analog dem „proletarischen Schulkampf“ der „KPD“), der im Ergebnis von den Lehrern „Altruismus und Idealismus“ verlangt, was zu einer sektiererischen und auf einen nur sehr kleinen Teil der Lehrer (Kommunisten) ausgerichteten Politik führen müsse. Alternativ dazu schlug der Genosse eine an den (Standes-)Interessen der Lehrer orientierte Politik vor, die eine Massenpolitik unter Lehrern ermögliche, die aber andererseits z.B. ein Eintreten für die Gesamtschule erschwere, da diese negative Auswirkungen (Mehrarbeit) für die Lehrer mit sich bringe.

Die GS charakterisierte er als die der Sozialdemokratie adäquate Form der bürgerlichen Schule, als Manöver der SPD, was er auf dieselbe Stufe mit dem Eintreten der CDU für das dreigliedrige Schulsystem stellte (Jacke wie Hose). Die Entscheidung von Eltern für die GS resultiere bloß aus der Abneigung heraus, sich für eine der anderen Schulen entscheiden zu müssen und nicht aus einer positiven Einstellung zur GS. Vorteile der GS – zumindest für Schüler (und Eltern) – wollte der Genosse nicht gelten lassen. Entgegen eigener Logik empfahl er zwar auch ein Eintreten für die GS (in Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem), aller-

dings v.a. deswegen, um die GS als „kapitalistische Schule“ besser entlarven zu können. GS bedeutete für diesen Genossen (und andere auch) bloß oder hauptsächlich den Versuch der Kapitalistenklasse, ein nicht mehr funktionstüchtiges, den modernen Produktionsmethoden nicht mehr angemessenes Bildungssystem (das dreigliedrige Schulsystem) zu rationalisieren (Versuch der Kapitalisten, den sog. „Bildungsnotstand“ aufzuheben). V.a. dieser Umstand und Zusammenhang müsse durch unsere Propaganda und Agitation transparent gemacht werden.

Diese Positionen wurden auf vier Ebenen von einem LG-Genossen scharf angegriffen: Die wichtigsten Positionen dieser Kritik waren:

1. Der Genosse unterschlägt, daß Ansätze einer fortschrittlichen Massenbewegung, gerade im Bereich der Arbeitereltern, für die Gesamtschule existieren, die ihre historischen Wurzeln in einer radikal-demokratischen Massenkritik am Klassenschulsystem der BRD in den 60er Jahren hatten. Der Genosse unterschlägt weiter, daß gegen diese Bewegung von der Reaktion (CDU, Springerpresse etc.) eine demagogische Hetzkampagne mit zunehmend breitenwirksamem Erfolg initiiert wurde und wird, die ihren Schwerpunkt im ideologischen Bereich („Kampf gegen linke Experimente“ etc.) hat. Der Genosse unterschlägt zum dritten, daß die SPD die GS nicht wirklich unterstützt, sondern nur in soweit dafür „eintritt“, wie es ihr ermöglicht, die Oppositionsbewegung im Bereich der Bildungspolitik zu integrieren und für die Sozialdemokratie verfügbar zu machen, aber ansonsten sich – in Arbeitsteilung mit der CDU – im Kampf gegen die GS beteiligt, das Modell im konkreten schrittweise amputiert etc.

2. Weiter kritisierte der LG-Genosse den Versuch, gemeinsame Interessen von Schülern und Lehrern an einer demokratischen Schule (in der Lernen und Lehren Spaß macht) auseinanderzudividieren und gegeneinander zu setzen, um so einer tendenziell gegen die Interessen von Schülern (und

Eltern) gerichteten Ständespölitik unter Lehrern innerhalb des KB den Weg zu bereiten. Stattdessen sei es erforderlich, die gemeinsamen Interessen von Lehrern und Schülern, (insbesondere denen der sog. „unterprivilegierten Schichten“) herauszuarbeiten und gegen die Spaltungspolitik des Staatsapparates (der Schulbehörde) zu verteidigen. Eine solche Position und Verangehenweise sei unvereinbar mit einer Anleitungspolition im Lehrerbereich des KB und hat auch in der Vergangenheit unübersehbare (und möglicherweise nicht wieder gut zu machenden Schaden) angerichtet.

3. Ebenso kritisierte der LG-Genosse den Versuch, seit Jahren grundlegend vereinheitlichte Positionen innerhalb des KB ohne offene Debatte über Bord zu kippen, wofür die Gleichsetzung von SPD und CDU („Pest und Cholera“) ein Beispiel ist.

4. Letztlich wurde das unsolidarische und demagogische Verhalten anderen Genoss(inn)en gegenüber kritisiert, die in der GS-Frage zu anderen Standpunkten gekommen sind bzw. ihre Kinder auf die GS eingeschult haben, bzw. dies in der Zukunft wollen. Sie wurden von den kritisierten Genossen einfach lächerlich gemacht, weil sie sich gar nicht wirklich für die GS entschieden hätten, sondern bloß den bequemeren Weg, sich nicht für eine der anderen Schultypen entscheiden zu können oder wollen, gegangen wären.

In der folgenden Debatte geschah dann etwas für den ganzen Verlauf typisches. Eine Reihe von Genossen verweigerte eine Diskussion um die inhaltlichen Differenzen. Sie versuchte massiv eine Debatte um „Formfragen“ zu initiieren: Die Kritik sei zu scharf vorgetragen worden, der Diskussionsstil schwächere die Genossen ein (merkwürdigerweise waren das genau die, die den weiteren Verlauf der Debatte durch zeitraubende und langatmige Beiträge wesentlich bestimmten), das LG wolle wieder einmal seine Politionen durchpeitschen usw. usf. An dieser Frage entstand

der erste fraktionelle Zusammenstoß. Eine Reihe von Papieren wurde in die Organisation gegeben, die alle ausdrücklich nicht zu den inhaltlichen Fragen Stellung nehmen wollten, sondern jetzt eine Debatte um die Strukturen auf die Tagesordnung setzen wollten. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt.

In der inhaltlichen Debatte schälte sich eine Fraktion heraus, die die GS wesentlich als eine bildungspolitisch notwendige Maßnahme der Bourgeoisie ansieht, die von der SPD durchgesetzt werden soll. Als ihnen in dieser Diskussion nachgewiesen wurde, daß sie in einseitig linkssektiererischer Sicht immer nur auf die (von ihnen so diagnostizierten) Interessen der Bourgeoisie starren und die demokratischen Motivationen einer real existierenden Massenbewegung für eine fortschrittliche Bildungspolitik schlicht „übersehen“ würden, bestimmte dies den weiteren Verlauf der Sitzungen. Zwar wurden in vielen grundsätzlichen Fragen Differenzen deutlich, diese wurden jedoch nicht mehr offen ausgefochten, sondern zu einem bestimmten Zeitpunkt (nachdem die Mehrheitsverhältnisse klar waren) zurückgezogen aber in keinem Fall wurden ausdrückliche Positionen aufgegeben bzw. geäußert, daß man die Meinung geändert habe. So entstand die lähmende Situation, daß einerseits jeder wußte, daß grundlegende Widersprüche bestehen, andererseits jedoch Einheit vorge-täuscht wurde.

Immer dann jedoch, wenn es um eine eindeutige Zurückweisung der eingangs vorgestellten Thesen ging, brachen die Widersprüche wieder auf. Dies hängt damit zusammen, daß der Genosse des Lehrerkomitees einer der führenden Köpfe einer Gruppierung ist, die die Diskussion um Formen und Strukturen in den Vordergrund rücken will. Damit wurde gleichzeitig der Weg geebnet, eine Erarbeitung und Festlegung unserer Positionen zur GS zu verhindern.

Gleichzeitig wurden immer wieder die „Formfragen“ von der Minderheitsfraktion in die Debatte gebracht. Trotz fünf Vollversammlun-

gen, auf denen inhaltlich über die strittigen Standpunkte ausgiebig diskutiert wurde, wurde weiterhin frech behauptet, das LG wolle eine inhaltliche Debatte verhindern und seine Positionen bloß „durchpeitschen“. Dies ist jedoch noch vergleichsweise „harmlos“ gegenüber den Angriffen auf die Mehrheit der Lehrer-genoss(inn)en durch die Minderheitsfraktion. Diese wurden schlichtweg als „Ja-Sager“, „Kopf-Nicker“, die „drei Affen“ usw. beschimpft, weil sie nicht bereit waren, sich den Positionen und Diskussionsmethoden der wortgewaltigen Minderheitsfraktion anzuschließen.

Nachdem auf der 4. und dann auf der 5. Vollversammlung erkannt wurde, daß immer weniger und seltener zu den anstehenden politischen Differenzen diskutiert werden konnte und statt dessen das gegenseitige Mißtrauen jede sachliche Form der Debatte zerstört hatte, wurde nahezu einheitlich festgestellt, daß die Fortsetzung der Debatte keinen aktuellen Sinn mehr hätte. Die Minderheitsposition plädierte für Abbruch der Debatte und Fortsetzung derselben in etwa 14 Tagen, die Mehrheitsposition (der schließlich gut 2 Drittel der anwesenden Genoss(inn)en zustimmte) plädierte ebenfalls für Abbruch der Debatte und für Bildung zweier Fraktionen, die auf getrennten Vollversammlungen bis auf weiteres unabhängig voneinander weiterdiskutieren sollten.

Die Mehrheitsfraktion will die Debatte um die GS zuende führen sowie die Konsequenzen daraus für unsere Praxis festlegen. Weiter will sie in die Debatte um die Reorganisation unserer weitgehend zerfallenen GEW-Arbeit schnellstmöglich einsteigen, sowie die Bedingungen für eine schulpolitische Massenarbeit (u.a. in Unterstützung der kommunalpolitischen Bemühungen der Bunten Liste) diskutieren. Die kurz- und mittelfristigen Zielvorstellungen der Minderheitsfraktion sind dagegen noch nicht klar. Die Gefahr einer weitgehenden Orientierung auf sog. „Struktur“fragen liegt auf der Hand.

Lehrerkomitee

Abo-Kampagne: Bisher ein schwaches Bild

303 neue Abonnements für den ARBEITERKAMPF – das ist das bisher doch recht bescheidene Ergebnis einer "Werbekampagne", die im März '79 von der KB-Delegiertenversammlung in Hamburg beschlossen worden war. Organisiert ist an die Lösung der Aufgabe (einen Großteil der AK-Stammleserschaft für das Abonnement zu gewinnen) bisher überhaupt nicht herangegangen worden.

Diskussionen zu diesem Thema sind sehr schnell wieder versackt; angeforderte

Berichte über positive und negative Erfahrungen beim Abo-Werben unter Kontakten, Bekannten, Freunden und Verwandten wurden offenbar nicht geschrieben (jedenfalls liegen bisher keine vor). Vielleicht belebt es wieder etwas die Debatte um diese wichtige Frage, wenn wir in diesem AK erstmals Erfahrungsberichte, Leserzuschriften und auch eine statistische Übersicht über die Abo-Werbung (seit dem Startschuß für die Kampagne) geben.

Erfahrungsbericht zur AK-Abo-Kampagne Flensburg

Bisher haben sich ca. drei Genossen und eine Genossin außer mir darum bemüht, Abos zu werben. Ein Genosse versuchte es in seinem LDU-Kreisverband, also bei Leuten, die nicht zum engeren Sympathisantenkreis des KB gehören. Er hatte dort keinen Erfolg. Die Argumente gingen bis hin zur Selbstzensur, z.B.: „Wenn ich den AK mit der Post bekomme, dann bin ich im Dorf noch mehr verschrien“. Oder es wurde gesagt, man würde den AK ja nicht regelmäßig lesen, nur die eine oder andere interessante Nummer. Der Genosse hatte ziemlich Schwierigkeiten, überhaupt gegen diese Angst gegenanzuargumentieren, wie sie vor allem im ersten Fall deutlich wird, also sich nicht zufriedenzugeben, sondern dem Angesprochenen klar zu sagen, daß er sich hier einer Selbstzensur unterwirft, es eben beileibe noch nicht verboten ist, eine kommunistische Zeitung zu beziehen.

Die meisten Abonnenten, die wir bisher gewonnen haben, sind ehemalige KB-Genossen und -Genossinnen oder Kontakte, die seit Jahren von uns beliefert werden und uns sehr nahe stehen. Nachdem ich schon vor dem 1. Mai meine engsten Kontakte angesprochen hatte, habe ich auf dem 1. Mai-Fest 11 Abos gewonnen. Ich hatte mir eine Wandzeitung gemacht mit hübschen Ausschnitten aus dem AK und mit Hinweisen auf die Möglichkeit die Zeitung zu abonnieren. Damit habe ich mich an den Eingang gestellt und jede/n angesprochen, von dem ich weiß, daß er/sie des öfteren AK liest. Bei einigen war es völlig unproblematisch. Sie wagen

ganz angetan von dem Service, der ihnen da geboten wurde. Einige fanden es auch sehr angenehm, den AK dann regelmäßig zu erhalten, wenn er aktuell ist, und nicht erst dann, wenn irgendwann mal ein Genosse in der Stadt zum Verkaufen ist, was in Flensburg selten genug vorkommt, oder ein Genosse mal Zeit findet, vorbeizukommen. Oft kam das Argument, man würde ja doch nicht alle Nummern lesen, die Zeitung sei zu dick. Dann habe ich gesagt, daß man ja schließlich auch Tageszeitungen abonniert hat, die man auch nicht immer liest, sondern nur das, was man braucht oder interessant findet. Besonders, wenn das Argument „kein Geld“ kam, habe ich mit der Existenzgefährdung des AK argumentiert. Und ich mußte feststellen, daß einige Linke, die nicht im KB sind, sehr betroffen waren und dann sofort einwilligten. Ich konnte hier eine größere Betroffenheit feststellen als unter Genossen (z.B. als der Rundbrief diskutiert wurde über die finanzielle Lage des Verlags).

Bisher habe ich nur zwei Menschen angesprochen, die zum liberalen Lager gehören, aber nicht direkt mit uns zusammenarbeiten: einen Pastor und einen Arzt. Bei beiden hatte ich keinen Erfolg. Der Pastor bekommt den AK angeblich regelmäßig von Verwandten geschickt und meinte, er habe dafür kein Geld mehr übrig, weil er schon so viele andere Projekte und Personen unterstützt. Er meinte, ich würde diesen Einwand sicher für ziemlich dämlich halten, was ich dann auch bestätigte, aber da wäre nun mal nichts zu machen. Der Arzt liest den AK offenbar sehr gründlich;

aber nur unregelmäßig, einiges würde ihm auch nicht gefallen, wie z.B. die Seiten zur „ML“-Szene. Ich konnte ihn nicht davon überzeugen, daß es doch sehr gut wäre, gerade um die Debatte zur Frauenfrage, was ihn besonders interessiert, oder die alternativen Listen, regelmäßig zu verfolgen und nicht nur dann, wenn ich in seiner Sprechstunde sitze. Er hätte außerdem schon zu viele Zeitungen abonniert usw. In diesem Fall will ich aber nochmal bei anderer Gelegenheit nachfragen.

Man kann für Flensburg sagen, daß sich noch weniger Genossinnen und Genossen trauen, jemand wegen eines AK-Abos anzusprechen als beim normalen Verkauf, der auch kaum gemacht wird. Man hat sich sehr darin eingerichtet, in seinem Bereich seiner praktischen Arbeit nachzugehen, aber den AK nicht aus der Tasche zu ziehen, aus Angst vor der Konfrontation. Man sieht sich als Kommunist bereits in einer totalen Außenseiterrolle (vergleiche auch die wenigen Anstrengungen der Flensburger Ortsgruppe zu den KB-Prozessen). Dabei ist das Widersinnige, daß der AK-Verkauf sich wirklich im Wesentlichen auf enge Kontakte beschränkt und in den Initiativen, in denen wir arbeiten, alle Genossinnen und Genossen als KBler bekannt sind und sich auch nicht zu verstecken brauchen. Niemand würde es ihnen übelnehmen, wenn der AK angeboten würde.

(25.5.79)

T., KB/Gruppe Flensburg

Einige Gedanken zur Abo-Kampagne für den AK

Liebe Genossen!

Ich lese den AK nun schon seit einiger Zeit regelmäßig und ich muß euch erst einmal ein großes Lob aussprechen für die Zeitung, die meiner Meinung nach eine der wichtigsten Zeitungen der radikalen Linken in der BRD ist. Obwohl ich nicht immer eurer Meinung bin, möchte ich den AK für die politische Arbeit nicht mehr missen. Dennoch (oder gerade deswegen) habe ich auch eine ganze Menge Kritik: Allgemein möchte ich sagen, daß der AK, so wie er ist, wohl fast ausschließlich linke „Insider“, die bereits irgendwie in der politischen Arbeit drinstecken, anspricht. Wenn sich an der Zeitung selbst nichts ändert, werden auch großangelegte Werbekampagnen höchstens kurzfristig etwas am Auflagen-Problem ändern.

Konkret: Der AK ist viel zu dick, manchmal kommt er mir vor wie ein unförmiges Zeitungs-Monstrum. Seid ihr wirklich sicher, daß der Aufwand, den ihr bei der regelmäßigen Produktion einer 64seitigen Zeitung betreibt, auch nur annähernd dem Interesse des potentiellen Leserkreises sowie der tatsächlichen Wirkung, d.h. der politischen Ausstrahlung der Zeitung auf Leser außerhalb des eigenen Organisationskreises, entspricht?? Ich glaube, daß gut ein Drittel der Artikel jeder Nummer nur ausgesprochene Spezialisten des jeweiligen Themas interessiert. Schlimmer ist meiner Meinung jedoch, daß auch die wichtigeren Artikel meist dermaßen überlang sind, daß es mir selbst bei Interesse oft schwerfällt, sie zu Ende zu lesen. Da werden z.B. 20 oder 30 Zeilen lange Zitate gebracht, wo 3 oder 4 Zeilen auch genügt hätten, vielleicht sogar das Wichtige an dem Zitat stärker hervortreten lassen würden. Da wird das in den Zitaten Gesagte noch mal mit eigenen Worten wiederholt, werden Zitate von verschiedenen Politikern oder aus verschiedenen Zeitungen aneinandergereiht, ohne daß sie irgendwas Unterschiedliches aussagen würden. Man könnte den Umfang des AK mühelos auf 30-40 Seiten zusammenkürzen, ohne seinen Informationsgehalt, den ich als sehr hoch und sehr wichtig ansehe, zu schmälern!!!

In Bezug auf den Stil, in dem viele Artikel geschrieben sind, sprach mir der Leserbrief des Hamburger Lehrer-genossen (AK 150) voll aus dem Herzen, ich will da nichts noch einmal wiederholen.

Also: Kürzer schreiben, konzentrierter, nicht so geschwätzig und

weniger zitierwütig! Nicht die Menge und die Länge der Zitate macht den Informationsgehalt einer Zeitung, sondern deren gute Auswahl und Kommentierung. Kürzere, interessantere Artikel werden auch viel mehr gelesen, auch von Leuten, die kein Spezialinteresse am jeweiligen Thema haben. Es ist also nicht nur eine Frage der Seitenzahl, der AK würde auch lesbarer, auch für (noch) Nicht-Genossen, er würde vor allem auch gründlicher gelesen.

Eine geringere Seitenzahl (30-40 Seiten) würde eventuell auch eine Preissenkung möglich machen (ich würde auch diesen Aspekt nicht unterschätzen!), sowie eine größere Sorgfalt und mehr Liebe beim Layout, dem man manchmal den Produktionsstreß, den das „Monstrum“ AK wohl mit sich bringt, nur zu deutlich ansieht. Auch in Bezug auf Stilfragen könnte man mehr Zeit verwenden. – Die „Rote Fahne“ (KPD) ist, wenn man einmal vom Inhalt absieht, viel ansprechender gestaltet und auch von bürgerlichen Zeitungen kann man in punkto „Aufmachung“ sehr viel lernen.

Zum Schluß noch etwas zum Namen und zum „Kopf“ der Zeitung. Da ich vermute, daß die Zeitung weder ausschließlich oder hauptsächlich von Arbeitern für Arbeiter gemacht wird, noch ausschließlich oder hauptsächlich über Arbeiterinteressen oder von Arbeiterkämpfen berichtet, gibt es eigentlich keinen vernünftigen Grund, die Zeitung „Arbeiterkampf“ und „Arbeiterzeitung“ zu nennen. Hier steckt wohl noch ein bißchen vom naiv-albernen Proletkult der ML-Bewegung. Ich glaube auch nicht, daß sich durch den Namen Arbeiter eher angesprochen fühlen, im Gegenteil: gerade die fortschrittlicheren Arbeiter haben doch ein gesundes und berechtigtes Mißtrauen gegen diesen „Proletkult“, der ja in der Regel von Intellektuellen betrieben wird. „Arbeiterkampf“ ist ja in der Regel von Intellektuellen betrieben wird. Ich habe mich daran gewöhnt, den Titel und den „Kopf“ der Zeitung samt aufgehender Sonne und Schraubenschlüssel (der mich immer an mein kaputtes Fahrrad erinnert) zu „tolerieren“, andere Leute (nicht immer die schlechtesten) haben dafür nur ein abschätziges Grinsen übrig.

Also: Wenn ihr die Auflage steigern wollt, dann am besten neben einer Werbekampagne gleich eine gründliche Neugestaltung der Zeitung. Viel Erfolg dabei!

Ein Freund des „AK“ aus Düsseldorf



Diese Karte schickte uns E. L. aus Frankfurt, bestellte ein Abonnement auf den „Arbeiterkampf“ und „Unser Weg“. Er schrieb dazu, er fühle sich „wie der umseitig abgebildete Typ“, wenn er den AK mal nicht bekomme.

Bi. (GE PI/SSB)

303 neue Abos

Zugänge insgesamt: 303

Davon aus den Postleitzahlenbereichen:

1000 Westberlin	15
2000 Hamburg-Stadt	120

Davon aus den einzelnen Organisationsbereichen (soweit feststellbar):

Bergedorf	11
Wandsbek	12
St. Pauli	6
Altona	1
HBV	1
Jugend	5
AG Schwule	3
SSB (Studenten)	10

2... Schleswig-Holstein	31
Davon:	

Kiel	2
Flensburg	14

2... Niedersachsen	10
--------------------	----

2... Bremen	5
-------------	---

3000 Hannover	14
4000 Düsseldorf	17
5000 Köln	10
6000 Frankfurt-Stadt	8
6... Frankfurt-Gebiet	6
7000 Stuttgart-Stadt	11
7... Stuttgart-Gebiet	13
8000 Bayern	8

Bestellwege:

Abo-Karte	150
AK-Anzeige	51
Buchladen	7
TAZ-Anzeige	3
Direkt durch Verlag	70

Abonnements ins Ausland	16
-------------------------	----

Einige Gedanken zur Abo-Kampagne für den AK

Wir haben in der Grundeinheit (GE) die erste Diskussion über den Beschluß, eine Abo-Kampagne durchzuführen, geführt. Abgesehen davon, daß die zwingende Notwendigkeit der Sicherung eines festen Leserkreises des AK mittels einer Abo-Kampagne wohl der krasseste Ausdruck der Krise ist, weil sie unseren Stand in Sachen Verkauf und Vertreten der Standpunkte der Organisation so deutlich macht, haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wem wir wie mit der Abo-Kampagne ansprechen können.

Nach unseren Erfahrungen gibt es verschiedene Käuferkreise des AK. Der „innere Kreis“ sind die ständigen Leser/innen, die unschwer von den Vorteilen eines Abos zu überzeugen sein werden, benutzen sie doch den AK als Arbeitsmaterial und brauchen als Abonnenten nicht mehr hinter den Verkäufer herzuhalten, erhalten den AK regelmäßig, pünktlich etc. Nach unserer Erfahrung (v.a. Uni und Kneipenverkauf) gibt es daneben den „mittleren Kreis“, der von sporadischen Leser/innen bis hin zu ehemaligen Leser/innen reicht, die zwar den AK kennen, sich aber ad hoc entscheiden, ihn zu kaufen oder nicht. Für diesen Kreis dürfte in Bezug auf ein Abo einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Dieser „mittlere Kreis“ entscheidet „frei“, ob ein AK gekauft wird oder nicht, wenn keine Zeit da ist, in Urlaub gefahren wird, nichts Interessantes auf dem Titel ist, oder es an zwei Mark fehlt, wird der AK eben nicht gekauft. Teilweise werden Leute, die längere Zeit den AK nicht mehr gekauft hatten (z.B. „weil er so dick ist“) durch Verkäufer „agitiert“, mal wieder zuzulassen. Wir können uns vorstellen, daß in diesem Kreis Vorbehalte gegen

das Abo geäußert werden. Ein Abo legt einen auf einen Zeitraum hin fest, ein Abo bringt einen schon fast in den Geruch „Sympathisant“ zu sein, womöglich wird man in einer Kartei geführt; bringt der AK mal eine falsche Linie, ist man durch's Abo trotzdem gezwungen, ihn weiter zu beziehen...

Dagegen sollte unsere Abo-Werbung im Wesentlichen darauf abgestellt sein, den Charakter einer „Parteizeitung“ überhaupt nicht zu betonen. Der AK wird doch in erster Linie aufgrund der (natürlich unserer Politik entsprechenden) wissenschaftlichen und systematischen Untersuchungsarbeit gelesen und erst in zweiter Linie wegen der Stellungnahmen des LG. Darüberhinaus wäre zu überlegen, inwieweit bestimmte Anreize für Abonnenten zu schaffen sind (wie z.B.: jeder, der bis zum 30. Juni abonniert, erhält ein Buch der Russell-Reihe, oder ein Anti-AKW-Paket oder ...). Klar, daß sich derartige Anreize nach unseren Möglichkeiten richten müssen.

Neben diesen Leser-Kreisen gibt es nach unserer Erfahrung z.B. bei Kneipentouren noch ca. 30% „Zufalls“-Leser, d.h. Leute, die aus Neugier, Sympathie zu dem Verkäufer, Interesse an einer bestimmten Frage kaufen. Für diese Leute müssen wir weiterhin „bessere Briefträger“ sein.

Unsere GE hat beschlossen, zu versuchen, die Hälfte des durchschnittlichen Verkaufs an Abos zu gewinnen. Zum „sozialistischen Wettbewerb“ wurde angemerk, daß wichtig ist, daß das Gesamtergebnis im Auge ist und es nicht zu Konkurrenzerscheinungen bei Überschneidungen von Ansprechpartnern (Uni-Bezirk z.B.) kommen sollte.

Bi. (GE PI/SSB)

,Berlin bleibt Berlin'?



Liebe Genossen, nachdem „ein AK-Redakteur“ die „Berlin-Frage“ zur Sprache gebracht hat, schreibe ich euch endlich mal, was mir an eurer Berlin-Regelung schon lange nicht gefällt. An der Regelung nämlich, „Westberlin“ und „Berlin/DDR“ zu schreiben.

Einverstanden: wer Westdeutschland meint, sollte nicht von „Deutschland“ reden, und wer nur von Berlin (West) spricht, sollte nicht einfach Berlin sagen. Nun schreibt der Genosse Redakteur, daß gerade Berliner Genossen „partout den Traum von Großberlin nicht aufgeben“. Warst du schon dabei, Genosse, als der AK die Wiedervereinigung Vietnams feierte? Warum soll ein Kommunist nicht auch von der Wiedervereinigung Berlins „träumen“? Die SED war lange stolz darauf, daß sie es mit der Wiedervereinigung ehrlicher meinte als Adenauer usw. Warum wählst du deine Worte so, daß beim Leser der Gedanke an Revanchisten ausgelöst wird? Nebenbei: Groß-Berlin ist nur die Bezeichnung Berlins in der Gemeindereform von 1920 und hat nichts mit dem Anspruch auf verlorene Gebiete zu tun.

Was du da so anmaßend heruntermachst, ist doch nur die Nachlässigkeit, statt West-Berlin einfach Berlin zu sagen. Macht der Gewohnheit und Gedankenlosigkeit? Dann gehört das kritisiert und geändert. Sicher. Aber wenn du ein Wunschenken dahinter vermutest, muß das dann der Alleinvertretungsanspruch sein, den du glaubst entlarven zu müssen? Vielleicht tut da im Zusammenhang mit der Teilung auch mal was? Vielleicht würde mit der Stadt auch so mancher Mensch wieder etwas ganzer sein?

Also gibt es eventuell auch verzeihliche Gründe für ungenaue Bezeichnungen. Mangelnde politische Wachheit beim Benennen zeigt ihr selbst auf viel peinlichere Weise:

Statt West-Berlin schreibt ihr „Westberlin“ ohne Bindestrich. Statt Ost-Berlin schreibt ihr „Berlin“ mit dem Zusatz „DDR“. Darf ich mal interpretieren? Einerseits erkennt ihr den Alleinvertretungsanspruch für Ost-Berlin an, indem ihr es einfach „Berlin“ nennt. Auf der anderen Seite gibt es etwas ganz Eigenes: Berlin, ohne Bindestrich, so etwas wie Westberlin oder Westberlin. Zwei verschiedene Namen für zwei verschiedene Städte, Berlin und Westberlin, keine brutal auseinandergehaltene Nachbarschaft, sondern sauber getrennte Welten.

Ist euch eigentlich klar, woher diese „Lösung der Berlinfrage“ kommt? Bis zum Mauerbau gab es für die SED einen „demokratischen Sektor von Berlin“ oder kurz „das demokratische Berlin“ im Gegensatz zum „kapitalistischen Berlin“. Nach der Mauer erfindet sie Westberlin, während der Ostsektor zu Berlin befördert wurde. Also eine Errungenschaft der SED auf der Linie ihres Verrats an dem Ziel, die Spaltung Deutschlands und speziell Berlins revolutionär zu überwinden!

Diese Art SED/SEW/DKP-„Realität“ sollten Antirevisionisten besser nicht akzeptieren. Es hat schließlich nicht nur der BRD-Imperialismus in und um Berlin was zu vernebeln. Die Mauer ist nicht bloß ein Stück Außenpolitik des realen Sozialismus, sondern vor allem Innenpolitik. Wollt ihr das vernebeln helfen?

Und da werden Sprachregelungen und Bindestriche so bedeutsam, daß ich sie durchaus eine Diskussion wert finde. Und sogar eine Initiative gegenüber allen, die auch „Westberlin“ und „Berlin/DDR“ schreiben.

Es gibt West-Berlin und Ost-Berlin, beides schön mit Bindestrich. Im übrigen bleibt Berlin Berlin.

Ein Berliner AK-Leser

Ich bin nicht der Meinung, daß es sich bei der Wahl des Begriffs „Berlin“ für Westberlin um „reine Nachlässigkeit“ handelt (auch wenn dies im gesprochenen Wort zutreffen kann), sondern um unterschiedliche Auffassungen in der Frage der „Einheit Berlins“ bzw. der „deutschen Einheit“. Um meine zentrale These vorwegzunehmen: Die Forderung nach Wiedervereinigung ist heute keine fortschrittliche oder gar revolutionäre Parole. Für Kommunisten stellt sich nicht die Aufgabe für die Wiedervereinigung einzutreten, sondern im Gegenteil für die vollständige Anerkennung der DDR und für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten. Dies muß eine scharfe Abgrenzung aller Revanchegedanken der BRD-Imperialisten auf die Gebiete der DDR und Polens einschließen. Dies heißt für die „Berlin-Frage“ konkret: Es gibt keine Berliner Einheit. Westberlin ist eine eigenständige politische Einheit, die ihre Funktion als „Bollwerk“ der Imperialisten innerhalb der DDR aufgeben muß, um eine friedliche Koexistenz zu ermöglichen.

Obwohl die von dem Genossen aufgeworfenen Fragen insgesamt die „deutsche Frage“ berühren, will ich doch eng an der „Berlin-Frage“ argumentieren.

Der Sonderstatus Berlins

Der Genosse geht offensichtlich von der Existenz zweier deutscher Staaten aus, will diese vollzogene Spaltung aber für Berlin nicht akzeptieren. Er geht dabei von einem besonderen Status Berlins aus, wie es nach dem 2. Weltkrieg durch die Siegermächte geschaffen wurde.

Schon vor Beendigung des Krieges wurden von der SU, den USA und Großbritannien die Besatzungszonen festgelegt, unabhängig vom späteren Kriegsausgang und den jeweiligen militärischen Stellungen (1). Festgelegt wurden drei Besatzungszonen („will ... be divided into three zones...“), (erst später wurde festgelegt, daß die USA und GB einen Teil ihrer Zonen an Frankreich für eine vierte Besatzungszone abtreten sollten). Berlin wurde ein Sonderstatus gegeben („special Berlin area“) und unter gemeinsame Verwaltung gestellt („will be under joint occupation...“). Allerdings wurde Berlin in keiner Übereinkunft als fünfte (bzw. vierte) Besatzungszone aufgeführt. Ziel dieser Übereinkunft war, in Berlin den gemeinsamen Kontrollrat („Control Council“) zur Durchführung des später verabschiedeten Potsdamer Abkommens zu installieren. Daneben wurde für Berlin noch eine gemeinsame Kommandantur eingerichtet. Während die Besatzungsmächte in ihren Zonen jedoch alleiniges Hoheitsrecht besaßen und über die Zonengrenzen hinweg keine gemeinsame Verwaltung geplant war, sollte Berlin trotz Teilung als Einheit mit gemeinsamer Verwaltung weiterbestehen.

Insofern hatte Berlin tatsächlich von Anfang an einen Sonderstatus, der auch durch eine eigene vorläufige Verfassung vom 13.8.46 zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Westmächte spalten Berlin

Die Westmächte spalten Berlin

Diese ausdrücklich festgelegte Einheit Berlins wurde jedoch von den Westmächten torpediert. Vor allem seit der Gründung der Bi-Zone (1947) arbeiteten sie daran, den Westteil der Stadt politisch und wirtschaftlich abzuspalten. Die vollständige Teilung wurde dann 1948 mit der Einführung der Westwährung (DM) vorgenommen, ungeachtet der Tatsache, daß Berlin eine wirtschaftliche Einheit bildete und darüber hinaus wirtschaftlich in die damalige Ostzone eingebettet war. Das Ziel dieser Maßnahme war zum einen die Abspaltung Westberlins, zum anderen die Desorganisation der Wirtschaft der Ostzone. Konsequenterweise stellte die UdSSR am 1.7.48 ihre Mitarbeit in der Alliierten Kommandantur ein (2). Während jedoch die UdSSR auch in den folgenden Jahren noch von einer möglichen Wiedervereinigung ausging, wurde von den Westmächten und bald von den Westdeutschen und Westberliner Regierungen die Spaltung weiter vertieft.

Schon 1950 wurde für Westberlin eine neue Verfassung ausgearbeitet, die Anspruch auf ganz Berlin stellt und in der Berlin als Land der BRD definiert wird. Zwar wurde dieser Passus von den Westmächten zurückgestellt, aber in den folgenden Jahren wurde einerseits durch die Praxis, andererseits durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts die Anbindung Westberlins an die BRD vollzogen. Ausdrücklich zugelassen wurde von den Westmächten jedoch die gesetzgeberische Anbindung Westberlins an die BRD (3).

Wenn sich also die Westmächte heute in der Berlin-Frage auf den Sonderstatus Berlins berufen, wobei es wesentlich um den „freien Zugang“ zum Ostteil der Stadt geht, dann muß festgehalten werden, daß sie diesen Sonderstatus und die damit verbundene Einheit Berlins von Anfang an verletzt und mißachtet haben.

„Berlin Teil der DDR“?

Die SU hat die Berlin-Regelung immer enger ausgelegt, als dies von den

Westmächten zur Durchsetzung ihrer Spalterpolitik heute getan wird. Die SU ging und geht davon aus, daß Berlin seinen Sonderstatus allein der Vereinbarung verdankt, Sitz des gemeinsamen Kontrollrats für ganz Deutschland zu sein. Ziel dieses Kontrollrats sollte die Durchsetzung der Vereinbarungen der Krim-Konferenz und des Potsdamer Abkommens sein (4). Da sich die Westmächte insgesamt nicht an diese Vereinbarungen gehalten haben (Entnazifizierung, Entmilitarisierung), hätten sie jedes Recht verloren weiterhin in Berlin als Besatzungsmacht zu stehen. 1958 faßte die Regierung dies in einer Note zur Kündigung des „Londoner Protokolls“ zusammen: „Faktisch wird heute von allen Alliiertenabkommen über Deutschland nur ein einziges eingehalten das Abkommen über den sogenannten vierteiligen Status Berlins ... Derjenige, der diese Abkommen groblich verletzt, der hat das Recht zur Beibehaltung seiner Besatzungsverhältnisse in Berlin ... eingebüßt“ (5).

einen vollständigen unabhängigen Status Berlins anerkannt. So heißt es schon 1948, „daß Berlin in der sowjetischen Besatzungszone liegt und wirtschaftlich einen Teil der sowjetischen Besatzungszone darstellt“ (6).

Noch deutlicher war der Standpunkt der DDR: „Was die Frage des Status von Berlin anbetrifft, so ist die Sachlage völlig klar. Berlin ist ein Teil der Deutschen Demokratischen Republik. Niemals gab es in Deutschland eine fünfte Besatzungszone. Berlin blieb immer ein untrennbarer Bestandteil der damals sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, auch, standteil der damals sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, auch, nachdem die Westmächte an der gemeinsamen Besetzung Berlins beteiligt wurden“ (7). Dieser Standpunkt wurde bis Anfang der 60er Jahre vertreten. Erst 1961 (Mauerbau) wurde erstmals die „Theorie“ von der „Eigenständigen politischen Einheit Westberlin“ entwickelt. Trotz dieser Haltung haben aber weder die SU noch die DDR jemals direkte Angliederungsansprüche geltend gemacht.

Staats- und völkerrechtlich ist keine der Positionen eindeutig ableitbar. Weder die Verträge vor Kriegsende (Teheran, Jalta) noch das Potsdamer Abkommen enthalten genaue Bestimmungen über den Status Berlins. Dies liegt vor allem darin begründet, daß alle Übereinkünfte unter der (scheinbaren) Voraussetzung getroffen wurden, daß es nach Beendigung des Besatzungsstatus ein vereintes Deutschland geben würde. Auch für den Standpunkt der DDR gibt es keinen Hinweis, denn Berlin wurde nie als Teil der sowjetischen Zone gekennzeichnet. Es ist lediglich eine politische Interpretation, die juristisch nicht abgesichert werden kann.

Daß aber auch die Position der Westmächte, ganz Berlin mit noch heute andauerndem Sonderstatus, keine gesicherte Grundlage hat, zeigt die Tatsache, daß sich die Westmächte 1954 weigerten, die für die Besatzungszonen vollzogene Aufhebung der Besatzung auch auf die Westteile Berlins zu übertragen. So begründen sie bis heute den Sonderstatus Berlins allein aus dem Besatzerstatus, obwohl die UdSSR mehrmals angeboten hat, diesen gemeinsam aufzuheben.

Da sich so weder aus den Kriegsabkommen noch aus dem Potsdamer Abkommen ein eindeutiger Status für Berlin ableiten läßt, muß die politische und geschichtliche Entwicklung beider Teile für die heutige Beurteilung maßgeblich sein.

Berlin als Bollwerk

Wenn es den Westmächten tatsächlich nur um den Sonderstatus West-

berlins gegangen wäre (d.h. keine Eingliederung in die DDR), so wäre nur logisch gewesen, eine Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber der sowjetischen Zone zu betreiben. Dies hätte die menschlichen Erleichterungen bringen können, die heute immer beschworen werden. Gerade das Gegenteil ist jedoch geschehen. Von der Spaltung durch die Währungsreform und die gesetzliche Anbindung Westberlins an die BRD habe ich schon geschrieben. Schon 1948 wurde von den USA die Parole „Deutschland ist unteilbar, Berlin ohne Sektorengrenzen!“ als gesetzwidrig verboten. 1952 wurde das letzte Angebot der UdSSR, gemeinsame Wahlen in ganz Deutschland unter Aufsicht der UN durchzuführen, abgelehnt. Die SU hatte als einzige Bedingung die strikte Einhaltung des Potsdamer Abkommens und die Neutralisierung Deutschlands gestellt. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch die Remilitarisierung der BRD schon beschlossene Sache (1951 beitrug zur Europäischen Verteidigungsunion, 1954 Eintritt in die NATO, 1956 Aufbau der Armee).

Westberlin wurde aufgrund des besonderen Status (mitten in der DDR mit freiem Zugang zum Ostteil der Stadt und damit auch zur DDR) zu einem entscheidenden Baustein der Spaltung Deutschlands und der Strategie des Kalten Kriegs. Zusammenfassend charakterisierte dies Adenauer: „Berlin ragt in die Sowjetzone hinein als Vorposten und Bollwerk des demokratischen Teils Deutschlands, ja, mehr als das, als Bollwerk des demokratischen Westeuropas“ (8).

Es entspricht gerade der imperialistischen (8).

Es entspricht gerade der imperialistischen einen von der SU und der DDR unangetasteten Sonderstatus für Westberlin (bei Anspruch auf ganz Berlin) zu fordern und gleichzeitig in aller Offenheit zu bekennen, daß dieser allein eine Funktion als „Vorposten“, „Bollwerk“ und Unruheherd innerhalb der DDR hat.

Die Forderung nach „Einheit“ nutzt den Revanchisten

Aufgrund dieser Bedingungen mußten sich die beiden Teile Berlins auseinanderentwickeln. Heute die Forderung nach einer Vereinigung Berlins zu stellen kann nur heißen, entweder den Ostteil der Stadt aus der DDR herauszulösen und Westberlin anzuschließen, oder aber Westberlin der DDR anzuschließen. Die zweite Möglichkeit braucht nicht weiter erläutert zu werden, da keine der beteiligten Seiten diese Möglichkeit einschließt (warum eigentlich nicht, wenn man auf den „revolutionären Standpunkt“ der DDR in den 50er Jahren verweist?). Bleibt also der Anschluß Ostberlins an Westberlin. Damit hätten die deutschen Revanchisten einen wesentlichen Erfolg errungen. Denn unter heutigen Bedingungen heißt dies nichts anderes als diesen Teil der DDR wieder in den Einflußbereich der BRD-Imperialisten zu stellen.

Deshalb ist die Forderung nach „Einheit Berlins“ nach wie vor eine revanchistische Parole, so revolutionär sie sich auch tarnen mag. Ich halte es für müßig in diesem Zusammenhang über die Wiedervereinigung zweier sozialistischer deutscher Staaten zu räsonieren.

Berlin und Vietnam – nicht vergleichbar

Polemisch wirft der Genosse die Frage der „Wiedervereinigung Vietnams“ auf. Ja, ich war dabei, als der AK die Wiedervereinigung dieses Landes feierte! Und ich weiß noch ganz genau, daß wir sie feierten, weil damit dem US-Imperialismus wieder ein Stück seiner Herrschaft entrissen wurde. In

Vietnam war die „nationale Frage“ eine revolutionäre Frage. Es war gelungen einen Teil des Landes zu befreien, der andere Teil war weiterhin von den Imperialisten besetzt. Die Einheit des Volkes und der Nation herzustellen bedeutet also, die Herrschaft des Imperialismus zu beenden (ich jedenfalls hätte bei einer Wiedervereinigung unter imperialistischer Herrschaft nicht gejubelt).

Wo aber bleibt diese Sichtweise bei der Deutschland- bzw. Berlin-Frage?

Ostberlin oder Berlin (DDR)?

M.E. macht es keinen großen Unterschied, ob wir Ostberlin oder Berlin (DDR) schreiben, denn im Gegensatz zur BRD und den Westberliner Regierungen hat die DDR niemals einen Alleinvertretungsanspruch gestellt. Hinzufügen möchte ich jedoch, daß allein in diesem Teil der Stadt ernsthaft daran gegangen wurde, das Potsdamer Abkommen in die Tat umzusetzen. Insofern ist Ostberlin geschichtlich gesehen der einzige legitime Vertreter eines demokratischen Berlins.

Für ein eigenständiges und unabhängiges Westberlin

Recht hat der Genosse natürlich damit, daß diese Lage für die Menschen in der geteilten Stadt unerfreulich und schmerzhaft ist. Wenn es ihm tatsächlich nur hierum geht, dann muß er sich in erster Linie für eine vollständige Änderung des Verhältnisses Westberlins zur DDR einsetzen. Dann muß dafür gesorgt werden, daß Westberlin seine Funktion als „Bollwerk“ und „Vorposten“ der BRD-Imperialisten in der DDR aufgibt und unabhängig von der BRD für eine friedliche Koexistenz eintritt. Jede Forderung nach einer Vereinigung Berlins, d.h. Loslösung Ostberlins, die aus dem Westteil erhoben wird, muß von der DDR-Regierung als Aggression und Revanchismus aufgefaßt werden. Erleichterung für die Menschen wird sie nicht bringen.

- Anmerkungen:
(1) Siehe „Londoner Protokoll betreffend die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12. September 1944“, zitiert nach Kröner: Dokumente des geteilten Deutschland (Hrsg. Ingo von Münch).
(2) Siehe „Mitteilung über die Einstellung der sowjetischen Mitarbeit in der Alliierten Kommandantur vom 1. Juli 1958“ nach Kröner....
(3) Siehe „Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin betreffend die Genehmigung der Verfassung von Berlin vom 29. August 1950“, a.a.O. und „Erklärung der Alliierten Kommandantur über Berlin vom 5. Mai 1955“.
(4) So heißt es z.B. in der Erklärung nach der Krim-Konferenz (4. - 11.2.45): „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nazismus zu vernichten und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder instand ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind fest entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, den deutschen Generalstab ... für alle Zeiten zu zerschlagen ... die gesamte deutsche Industrie, die für die militärische Produktion benutzt werden könnte, zu beseitigen ...“ Im Potsdamer Abkommen heißt es dann: „Das Ziel dieser Übereinkunft ist die Durchführung der Krim-Deklaration. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet...“ (zitiert nach: „Teheran Jalta Potsdam“, Röderberg-Verlag).
(5) Siehe „Note der Regierung der UdSSR an die drei Westmächte vom 27. November 1958 betreffend die Ungültigkeitserklärung des Londoner Protokolls vom 12. September 1944“, a.a.O.
(6) Siehe Anm. 2.
(7) Siehe „Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Grotewohl, vor der Volkskammer vom 8. Dezember 1958“, Kröner....
(8) Siehe „Erklärung der Bundesregierung vor dem Bundestag zur Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Lage Berlins vom 21. Oktober 1949“, a.a.O.



30 Jahre Grundgesetz Ein Grund zum Feiern?

Die Klassenkämpfe der westdeutschen Arbeiter in den Jahren 1945-1948 — und die Entstehung des Grundgesetzes

Nach der totalen Niederlage des deutschen Faschismus im Kampf um die Weltherrschaft, die zunächst die deutsche Bourgeoisie empfindlich schwächte, gab es eine breite antifaschistisch-demokratische Bewegung unter Führung der Arbeiterklasse. Forderungen nach Sozialisierung der Schlüsselindustrie, nach umfassenden demokratischen Rechten und nach einer bedingungslosen Abrechnung mit den Faschisten und ihren Hintermännern, also der Kapitalistenklasse insgesamt, wurden erhoben.

Aber die westdeutschen Kapitalisten erholten sich mit Hilfe des US-Imperialismus sehr schnell von ihrer Niederlage. Es kam zu harten Klassenkämpfen, die im Jahre 1947 ihren Höhepunkt fanden. In einer von den Betriebsräten in den Schachtanlagen des Ruhrgebiets organisierten Abstimmung forderten 90% der Grubenarbeiter die entschädigungslose Enteignung der Kohlenbarone. Unter der zentralen Parole „Die Gruben in des Volkes Hand“ wurden große Streiks und Demonstrationen organisiert, an denen sich Hunderttausende von Arbeitern beteiligten.

Die Kapitalisten und die Besatzungsmächte kontestierten mit Kürzung der Lebensmittelrationen für Streikende, mit Verhaftungen und Androhung der Todesstrafe für Streikführer. Schließlich konnten die Kämpfe der westdeutschen Arbeiter mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, vor allem der Böckler-Gruppe, die gleich nach 1945 wieder von den Besatzungsmächten und den westdeutschen Kapitalisten als ihre Statthalter in der Arbeiterbewegung eingesetzt worden waren, niedergeschlagen werden.

Mit der Durchführung der kapitalistischen Währungsreform von 1948 konnten die westdeutschen Kapitalisten der Arbeiterklasse eine weitere schwere Niederlage beibringen, da mit ihr und anderen Maßnahmen die Kriegsschulden auf die Werktätigen abgewälzt wurden und sie zu einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutung und einer Profitexplosion für die Kapitalisten führten.

Die alten kapitalistischen Machtverhältnisse waren endgültig wiederhergestellt.

Das Bonner Grundgesetz (GG), das von dem Ende 1948 ernannten Parlamentarischen Rat ausgearbeitet wurde, steht nicht im Widerspruch zu dieser Entwicklung. Im Gegenteil: es ist genau Ausdruck der ökonomischen Herrschaftsverhältnisse und spiegelt den Stand der Klassenkämpfe wider. Es trägt voll den Interessen der westdeutschen Kapitalistenklasse Rechnung. Das GG besiegelte die Niederlage der Arbeiterklasse und der antifaschistisch-demokratischen Bewegung, es ist ein Dokument des Sieges der Bourgeoisie nach den Kämpfen der Arbeiterklasse in den Jahren 1945-1949.

Gegenüber der hessischen Landesverfassung, die neben dem Streik-

recht auch noch die Widerstandspflicht der Bevölkerung bei jedem Versuch, die Verfassung außer Kraft zu setzen, enthielt, bedeutete es einen enormen Rückschritt. Das GG garantiert in Artikel 14 das Privateigentum an Produktionsmitteln, während es in Artikel 15 die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln als Kann-Bestimmung vorsieht. (1)

Die Haltung der Kommunisten zum Grundgesetz eines bürgerlich-demokratischen Staates

Max Reimann, der damalige Vorsitzende der KPD, erklärte 1949 nach der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat: „Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme; die Gesetzgeber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen. Wir Kommunisten werden die im Grundgesetz verankerten Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen.“ (2)

Es wird hier also zwischen dem bürgerlichen Grundgesetz und den in ihm aufgeführten demokratischen Rechten unterschieden. Warum?

In der zweiten Hälfte des 18. und im 19. Jahrhundert, im Zeitalter der bürgerlich-demokratischen Revolutionen, kämpften breite Teile der Völker in den fortgeschrittenen Ländern unter Führung der Bourgeoisien gegen die historisch überholte Herrschaft des Feudalismus. Im Kampf um die bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsrechte konnte die Bourgeoisie die Arbeiterklasse und andere Schichten des Volkes als Bündnispartner gewinnen.

Die bürgerliche Ideologie von Freiheit und Gleichheit entspricht der kapitalistischen Produktionsweise. Die Kapitalisten brauchen den von der feudalen Leibeigenschaft befreiten Proletariat, der aber zugleich frei von Eigentum ist und so gezwungen ist, seine eigene Arbeitskraft zu Markte zu tragen. Das ist die ökonomische Basis der bürgerlichen Ideologie von „Freiheit“ und „Gleichheit“.

Konkret bedeutet das, daß die Bourgeoisie nur soweit ein Interesse an der „Freiheit“ der Arbeiterklasse hat, als die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse abgesichert ist. Sobald die Bourgeoisie die politische Macht erlangt hatte, und nicht erst im Zeitalter des Imperialismus, schuf sie sich dann auch neben den „Freiheits-“ und „Gleichheits“-rechten ein umfangreiches Instrumentarium von Gesetzen und Paragraphen, die direkt der Unterdrückung des Widerstandes gegen ihre Ausbeuterherrschaft dienen. Diese sog. Ausnahmerechte wurden teils direkt in den bürgerlichen Verfassungen verankert, teils bei Bedarf erlassen (wie z.B. die Sozialistengesetze von 1878).

Karl Marx schrieb zum Charakter der französischen Verfassung von 1848: „Jeder Paragraph der Konsti-

tution enthält nämlich seine eigene Antithese, sein eigenes Ober- und Unterhaus in sich, nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit, in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit. Solange also der Name der Freiheit respektiert und nur die wirkliche Ausführung derselben verhindert wurde, blieb das konstitutionelle Dasein der Freiheit unverändert, unangestastet, mochte ihr gemeinsames Dasein noch so sehr totgeschlagen sein.“ (5)

Daß es sich mit dem GG genauso verhält, dazu später.

Lenin schrieb in „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“: „Die bürgerliche Demokratie, die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, bleibt stets — und im Kapitalismus kann es garnicht anders sein — eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen.“ (3)

Weiterhin legte er die Funktion und Beschränktheit des bürgerlichen Rechts dar:

„Man nehme die Grundgesetze (!) der modernen Staaten, man nehme die Methoden mit denen sie regiert werden, man nehme die Versammlungs- oder Pressefreiheit, die „Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz“ — und man wird auf Schritt und Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste (!), wo es in der Verfassung nicht Hintertüren oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, „bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung“ — in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein „verstößt“ und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten — Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u.a.m.“ (4)

Diese Aussagen gelten auch heute für uns in der BRD noch! Denn die Rechte und Freiheiten des Grundgesetzes werden entweder in diesem direkt wieder aufgehoben oder zumindest wesentlich eingeschränkt, oder aber sie sind durch Grundgesetzänderungen und andere Gesetze und Bestimmungen aufgehoben oder eingeschränkt worden.

So sagt Art. 20 Abs. 2, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Gleich daneben steht, daß die Gewalt des Volkes durch die besonderen Organe der Gesetzgebungen, der Vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt wird. Aber auf diese Organe hat das Volk keinerlei Einfluß.

Eine Wahl der Richter und Beamten durch das Volk sieht das GG nicht vor. Die parlamentarischen Wahlen erweisen sich — angesichts vieler Beschränkungen — als Scheinwahlen; die Volksvertreter sind nicht dem Volk gegenüber verantwortlich, sondern „ihrem Gewissen“.

Artikel 33 Absatz 2 besagt, daß jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte habe. Was die Bourgeoisie

unter „Eignung“ und „Befähigung“ versteht, wird in Absatz 4 (hier ist von einem „öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis“ die Rede) und Absatz 5 („Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der (aus dem Faschismus der Verfasser) hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln.“) angedeutet.

Wie diese „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ in Verbindung mit anderen „Präzisierungen“ u.a. dann aussehen, ist kurz gesagt: Berufsverbot für Kommunisten und andere Demokraten.

Ähnlich ist es auch mit dem Art. 5, welcher in Abs. 1 vom Recht auf Meinungsfreiheit spricht und wo im 2. Abs. gleich wieder eingeschränkt wird, daß dieses Recht seine Schranken in den Vorschriften der allg. Gesetze findet. Nur: diese allg. Gesetze — wie z.B. § 90a StGB („Staatsverunglimpfung“) oder § 185 StGB („Beleidigung“) — sind die Mittel, mit denen kritische Meinungen unterdrückt und kriminalisiert werden sollen, wie z.B. das Russell 5 Buch des J. Reents Verlangt.

Nach dem gleichen Schema sind auch die meisten anderen Artikel aufgebaut. Absatz 1 sagt Rechte zu, Absatz 2 bietet die Möglichkeit der Einschränkung bzw. Aufhebung. Als Beispiele seien nur die Art. 8 (Versammlungsfreiheit), Art. 9 (Vereinigungsfreiheit) oder Art. 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung) genannt.

Mit den im Mai 1968 verabschiedeten Notstandsgesetzen schuf sich die westdeutsche Kapitalistenklasse die Vollmachten, die verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft zu setzen, wenn sie meint, daß ein Notstand herrscht. Daß „Streik der gefährlichste Notstand“ ist, wurde nie verheimlicht. (so der CDU-Notstandsexperte Freund während der 2. Lesung zu den Notstandsgesetzen 1968).

Halten wir also fest, daß Kommunisten der Verfassung eines bürgerlich-kapitalistischen Staates aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ihre Zustimmung verweigern, da diese die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse garantiert und fest schreibt, und weil diese bürgerlich-kapitalistische Verfassung — selbst wenn sie alle demokratischen Rechte beinhaltet — immer „Hintertüren und Klauseln“ hat, mit der diese gleichen Rechte wieder aufgebogen werden können.

Aus diesem Grunde haben wir auch keinen Grund zum Feiern; wenn das GG der BRD irgend ein Jubiläum feiert.

Halten wir aber auch fest, daß es die Kommunisten sein müssen, die am entschiedensten die demokratischen Rechte verteidigen müssen. Das ist unsere Aufgabe — und nicht Illusionen in den bürgerlich-kapitalistischen Staat fördern!

Anmerkungen:

- 1) Solidarität Nr. 14/74
Siehe hierzu besonders: Der erzwungene Kapitalismus, U.Schmidt/Tilman Fichter, Wagenbach Verlag, Berlin 1971
- 2) Rote Blätter Nr. 4, nach Soli 14/74
- 3) Lenin Werke Bd. 28 S. 241
- 4) Lenin Werke Bd. 28 S. 243
- 5) MEW Bd 8 S. 127, nach Soli 14/74.

C., KB/Gruppe Hamburg



Amelie Thyssen kann nach Kriegsende und Gründung der BRD den gesamten Aktienbesitz (rund 100 Mill. Nominalwert) behalten. Konzernchef Thyssen war einer der wesentlichen industriellen Unterstützer Hitlers. Auf dem Bild Amelie Thyssen mit Adenauer bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

DKP revidiert ihre Sozialismus-Theorie

Jetzt gehts Schlag auf Schlag: Während die KPD/ML bereits bei der Frage „Ist China ein imperialistisches Land?“ angekommen ist („Roter Morgen“, 25.5.79), begnügt sich die DKP noch mit etwas weniger: „Ist China noch ein sozialistisches Land?“ fragt DKP-Chefideologe Gerns, Mitglied des Präsidiums der DKP („UZ“, 23.5.79). Daß diese Frage jetzt (erst-mals!) in der „UZ“ gestellt wird, nimmt die Antwort vorweg: China ist (von nun an) kein sozialistisches Land mehr.

Zwar seien, so Gerns, in China die Produktionsmittel Eigentum des Staates bzw. genossenschaftliches Eigentum. „Von daher handelt es sich der Form nach um Elemente einer sozialistischen Basis“. Zum Sozialismus gehöre aber mehr als nur eine entsprechende ökonomische Basis, nämlich auch ein sozialistischer Staat. „Es gibt keinen Sozialismus ohne die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen“. In China aber übe die Arbeiterklasse nicht die Macht aus, sondern: „Die politische Macht in China wird heute ausgeübt von einem Bündnis zwischen Militärführung und maoistischen Führungsgruppen“. Es handele sich also in China um eine „militär-bürokratische Diktatur“.

Nebenbei weist Gerns noch darauf hin, daß in China die Arbeiterklasse ohnehin zahlenmäßig schwach sei und erst ein „geringer Grad der ökonomischen Entwicklung“ erreicht sei. So etwas müsse eigentlich unvermeidlich zu „Deformationen“ führen... falls die Schwäche der Arbeiterklasse und der industriellen Entwicklung nicht durch eine umso engere „Einbindung in die Gemeinschaft der sozialistischen Länder“, d.h. praktisch durch Unterordnung unter die Sowjetunion, ausgeglichen wird.

Was Gerns anführt, ist insgesamt nicht neu. Schon seit Anfang der 70er Jahre sprach zuerst die KPD/SU und dann ihr gesamter internationaler Gesangsverein von der Herrschaft einer „militär-bürokratischen Diktatur“ in China, die während der Kulturrevolution errichtet worden sei. Neu ist allerdings, China deswegen ausdrücklich als nicht mehr sozialistisch einzuordnen. In einem 1974 in

der DDR erschienenen Buch heißt es z.B., das „Wesen“ der chinesischen „Strategie“ bestehe „vor allem darin, daß die maoistische Führungsspitze die Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaftsordnung in China ausnutzt“, und „daß die maoistische Führung gezwungen ist, bei der Ausnutzung der Vorzüge des Sozialismus die gesellschaftlichen Eigentumsformen und die äußere Form der sozialistischen Organisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens aufrechtzuerhalten“. („Die antisozialistische, entspannungsfördernde Außenpolitik der Pekinger Führer“, Berlin/DDR 1974, S. 34).

Gerns hat durchaus Recht, wenn er jetzt feststellt, daß Sozialismus nicht nur Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern auch einen bestimmten politischen Überbau erfordert. Eben dies hat die DKP ja bisher stets bestritten, wenn über die Verhältnisse in der Sowjetunion oder DDR gesprochen wurde. Da wurde schlicht aus der Vergesellschaftung der Produktionsmittel der sozialistische Charakter dieser Staaten „bewiesen“. Die Revisionisten hatten daher guten Grund, bisher die Frage des Sozialismus in China von sich aus nicht aufzuwerfen, da diese Frage als Bumerang gegen die Länder des „realen Sozialismus“ der DKP zurückkehrt. Andererseits mußten die Revisionisten diese Frage aber jetzt aufwerfen, um nach dem Überfall Chinas auf Vietnam das Dogma zu retten, daß sozialistische Staaten keine Kriege gegeneinander führen können. In solche Verlegenheit kommt man, wenn man den wissenschaftlichen (!) Sozialismus durch ein System sich bedingender Dogmen zu ersetzen versucht.

Gerns, der geschickteste Dogmen-Akrobat der DKP, hat allerdings mit der Frage nach dem Sozialismus in China eine Tür aufgestoßen, die wir unbedingt offen halten sollten. Die DKP wird sich nun kaum noch glaubwürdig der Frage entziehen können, ob denn in ihren „Ländern des realen Sozialismus“ die Arbeiterklasse die Macht ausübt bzw. welche Politik diejenigen Parteien machen, die im Namen der Arbeiterklasse herrschen.

seine im Westen veröffentlichten Arbeiten Genehmigungen einzuholen.

Eingeläutet wurde die Kampagne durch einen Brief des Schriftstellers Dieter Noll an Honecker, den das „Neue Deutschland“ am 22. Mai abdruckte. Darin hetzte Noll: „Einige wenige kaputte Typen wie die Heym, Seyppel oder Schneider, die da so emsig mit dem Klassenfeind kooperieren, um sich eine billige Geltung zu verschaffen, weil sie offenbar unfähig sind, auf konstruktive Weise Resonanz und Echo bei unseren arbeitenden Menschen zu finden...“ „Daraus folgte eine Reihe von Loyalitätserklärungen der Verbände aus dem Kulturbereich an die SED, die allerdings allesamt auf persönliche Angriffe verzichteten. Der Verband der Theaterschaffenden der DDR forderte, sich mit denen, die das „Kampfbündnis zwischen Partei und Künstlern“ gefährden, „prinzipiell auseinanderzusetzen“. Die Angriffe richten sich nicht zuletzt gegen die acht DDR-Autoren, die in einem Schreiben an Erich Honecker ihre Besorgnis über die Entwicklung der Kulturpolitik der DDR zum Ausdruck brachten (Bartsch, Becker, Endler, Heym, Pöche, Schlesinger, Schneider, Schubert, Seyppel, Loest und Stade; drei dieser Autoren hatten sich unabhängig von dem Schreiben der acht kritisch geäußert). Der Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR, Hermann Kant, drohte recht unverblümt mit dem Ausschluß. Er betonte, die Mitgliedschaft im Verband sei freiwillig und sein Status „keine bürgerliche Wahlplattform, deren Forderungen und Verheißungen sich nach Gutdünken vergessen lassen“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 1. Juni 1979)...

RGW-Kommission

Kommunistischer Bund Dänemark unterstützt China-Petition

Der Kommunistische Forbund Dänemarks hat sich der Petition für die gefangenen Revolutionäre und Demokraten in China (siehe AK 154) angeschlossen. Die Genossen schreiben dazu (30.5.): „Wir schließen uns eurer Petition völlig an und hoffen, daß viele dasselbe tun werden. Es

ist einfach wichtig, daß die internationale Öffentlichkeit, besonders die Linke, massive Proteste gegen solche Maßnahmen erhebt. Das chinesische Regime ist tatsächlich empfindlich wegen seiner Annäherungsversuche gegenüber dem Westen“.

Bestellungen bei

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20
Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers;
pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 451 83 78
Postscheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 95-203 oder
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Kampf dem Faschismus

- Antifaschistische Russell-Reihe
- Buch 1: Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977
ISBN 3-88305-001-6
181 Seiten, DM 10,-
- Buch 3: „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe, Dokumentation von NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe
ISBN 3-88305-003-1
204 Seiten, DM 13,50
- Buch 4: „Jeder kann der nächste sein“ – Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihrer Legitimation
ISBN 3-88305-004-0
316 Seiten, DM 19,-
- Buch 5: Nach Schleyer, „Sonderkommandos“ in der BRD, Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo
ISBN 3-88305-005-9
236 Seiten, DM 14,-
- Droht ein neuer Faschismus?
279 Seiten, DM 7,-
- Deutschland und seine Juden
23 Seiten DM 2,50,-
- Hamburg: Stadt mit Herz für Faschisten, 10 Jahre „NSDAP“-Umtriebe in Hamburg
64 Seiten, April 1978, DM 3,50
- Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden? Dokumentation einer Podiumsdiskussion
56 Seiten, Juli 1977, DM 4,-
- „Die Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht
Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!
66 Seiten DM 4,-

Kampf den Atomkraftwerken

- Wer WAA sät, wird Widerstand ernten
36 Seiten DM 2,-
- Albrecht wir kommen
24 Seiten DM 1,50,-
Weiterhin Prospekt
- „Kalkar am 24.9.“
64 Seiten, A 4, Sept. 77, DM 3,50
- Brokdorf – Ein Exempel
Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes
87 Seiten, A 4, Febr. 77, DM 3,50
- Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?
46 Seiten, 2. Aufl., A 4, Nov. 76, DM 2,-
- Zum Erfolg verdammt – La Hague
78 Seiten, A 4, 1977, DM 4,20
Hrsg.: Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung

- WiederaufbereitungsgeTÜVtel I
– Was der TÜV verschweigt ...
Broschüre verschiedener Umweltschutzverbände, 37 Seiten, DM 3,-

Frauen

- Weg mit dem § 218! Abtreibung ja oder nein – das muß Sache der Frauen sein!
40 Seiten, A 5, Jan. 76, DM 1,50

Sozialismus

- Eins teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Paperback, A 5, 3. Auflage, November 1975, DM 7,-
- Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten
134 Seiten, A 4, Febr. 74, DM 8,-
- Zur Außenpolitik der VR China
58 Seiten, A 4, 3. Aufl., Aug. 76, DM 3,-

Westdeutsche Linke

- KB Unser Weg: 1. Kongreß für 1979 beschlossen
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979 Teil 1
39 Seiten DM 3,-
- KB Unser Weg: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums und andere Dokumente für den 1. KB Kongreß,
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1978 Teil 2
32 Seiten DM 3,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 1
Revisionismuskritik
48 Seiten, A4, DM 4,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 2
Zur Kritik des „Realen Sozialismus“
93 Seiten, A4, DM 5,50,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 3
Zur Kritik des „Eurokommunismus“
35 Seiten, A4, DM 3,-

Aus Betrieb und Gewerkschaft

- Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen
ISBN 3-8805-011-3
645 Seiten, DM 22,-
- Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen
244 Seiten, A 5, Paperback, 2. Auflage, Juni 76, DM 7,-
- GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie
108 Seiten, Febr. 77, A 5, DM 3,50
- Betriebsräte-Veranstaltung 1975 in Hamburg, Reden der Teilnehmer
38 Seiten, Jan. 76, A 5, DM 2,50
- Ernst Thälmann
Über Gewerkschaften
120 Seiten, Paperback, DM 3,50

Schulungshefte des KB

Unser Weg
Nr. 2
Oktober 1978

Zur Kritik des
»realen
Sozialismus«

Unser Weg Nr. 2 enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“ Biermann, Bahro-Auseinandersetzung.
94 Seiten DM 7,50

Arbeiterkampf

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Die „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht



Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!

Broschüre im A 4-Format, 68 Seiten Preis DM 4,-
Dokumentationsmaterial zum KB-Prozeß, mit der Anklageschrift
+ Hintergrundmaterial (AK-Artikel)
+ Berichterstattung über die Prozeßtermine (Prozeßinfo)
Für Interessierte haben wir zusätzlich eine Arbeitsbroschüre mit dem aktuellsten Stand zusammengestellt. Solidaritätspreis DM 5,-

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hieszulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.150.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.

Polizeibericht und die Wahrheit

Die Presseerklärungen der Polizei - die laut Angabe ihres Pressesprechers „mit der Bundesanwaltschaft abgesprochen war“ ist ein einziger Versuch, mittels Halbwahrheiten, Verdrehungen und Lügen die Aufklärung des Tatherganges zu verhindern.

Die Polizeibehauptungen im Einzelnen:
Die Wohnung wurde erst seit Freitag beobachtet - Die Nachrichtenagentur apf und die Hessenschau berichten demgegenüber unter Berufung auf Angaben von Nachbarn, daß die Wohnung bereits seit Wochen observiert und fotografiert wurde. Mindestens jedoch seit Freitagabend wurden Beamte der Sonderkommandos in der gegenüberliegenden Fahrstraße einquartiert und beobachteten die Wohnung. Die Logik dieser Lüge: Je kürzer die Vorbereitungszeit des BKA eingerechnet ist, desto plausibler erscheint die Möglichkeit, daß Beamte überrascht, überrumpelt, in plötzliche unvorhersehbare Situationen gebracht werden, die ein überhastetes, übermühtes Reagieren mit sich bringen, die „Notwehrhandlungen“ erfordern!

Es seien nur drei Personen gewesen, die in der Wohnung gewesen seien, als Heißler kam. So die erste Version der Polizei. Diese Meldung wurde später dementiert (siehe Reuter-Faksimile). Die Polizei verschweigt der Presse aber bis heute, wieviel Beamte tatsächlich in der Wohnung waren. Auf unsere Nachfrage: kein Kommentar. „Die Polizei hat andere Interessen als die Presse“. Heißler erklärt dazu, daß er nach seiner Verletzung auf dem Boden liegend mindestens drei Personen wahrgenommen habe. Fazit: Wahrscheinlich waren mehr als drei in der Wohnung. Logik der Polizei: Drei Beamte lassen sich natürlich leichter überraschen, als vier, fünf, sechs oder mehr und sie kommen eher mal in eine „Notwehrsituation“.

Die Beamten seien „überrascht“ worden. Diese Erklärung zeigt nur, was sich die Polizei der Öffentlichkeit gegenüber zu leisten können glaubt, bzw. für wie dumm oder korruptiert die Polizei Medien und Öffentlichkeit bereits hält. Aus allen bisherigen Veröffentlichungen der Polizei geht hervor, daß die Polizei sich bei Durchsuchungen konspirativer Wohnungen überraschen läßt! Tatsächlich werden solche Aktionen von gedrillten Sonderkommandos des Bundeskriminalamtes oder der Landes kriminalämter durchgeführt. Die gesamte Umgebung solcher Wohnungen werden abgesichert und unter Beobachtung gehalten. Es bestehen Funkverbindungen zwischen den Beamten, die die Orte von außen absichern und denen, die die Wohnung durchsuchen. (Dazu das Spiegelinterview mit dem Nürnberger Polizeipräsidenten nach der Erschießung E.v. Dycks Nr.22/S.102)

In Wirklichkeit dürfte sich der Vorgang so abgespielt haben, daß die Ankunft Heißlers von außen (Beamte in der Fahrstraße) per Funk in die Wohnung gemeldet wurde. Die Spezialisten in der Wohnung wußten also genau, das und wann H. die Wohnung betreten würde. Sie waren nicht überrascht, sondern vorbereitet und - sie hatten, weil Heißler ahnungslos war, die Wahl ihn abzuschließen oder auf andere Art gefangen zu nehmen. Einer vom Kommando schoß aber sofort auf den Kopf und versuchte zu töten.

Die Polizei behauptet, die BKA-Spezialisten haben erst geschossen, als Heißler versucht, seine Waffe zu ziehen. Es wird wieder stereotyp die „Notwehrsituation“ serviert, wie immer nach der Erschießung Willy Peter Stolls, Elisabeth von Dycks: Der „Terrorist“ greift zuerst zur Waffe, dann die Notwehrhandlung. Finaler Todeschuß, (fast) immer erfolgreich. Diese Darstellung der Polizei ist völlig unglaubwürdig. Einmal kann niemand auch nur eine Sekunde lang glauben, daß die Sonderkommandos bei einer derartig gut vorbereiteten Aktion auch nur das geringste Risiko eingehen, selbst verletzt zu werden, dem Gegner auch nur den Hauch einer Chance zu lassen, die Waffe zu ziehen und abzufeuern. Zum anderen: Nach allen Agenturmeldungen hatte Heißler sechs (!) verschiedene Zeitungen und eine Brötchentüte in den Händen. Mit sechs schweren Zeitungen (Samstagsausgaben) und einer Brötchentüte beladen und damit beschäftigt, die Tür aufzuschließen soll Heißler noch zum Revolver gegriffen haben. Angesichts der Arglosigkeit Heißlers und der Tatsache, daß die Beamten mit bereits „gezogener Pistole“ warteten wäre das selbst einem Rolf Heißler schwergefallen.

(Aus „Tageszeitung“, 11. 6. 79)

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Amnesty International fragt nach der Erschießung Elisabeth van Dycks

Weitere Proteste gegen die heimliche Todesstrafe

Auf ihrer Jahresversammlung '79 am 3. - 4. Juni in Ratingen forderte die Westdeutsche Sektion von „amnesty international“ (ai) das internationale Sekretariat ihrer Organisation in London auf, „Informationen über das Vorgehen der Polizei bei der Festnahme mutmaßlicher Terroristen am Beispiel von Elisabeth von Dyck zu sammeln. Es sollte untersucht werden, ob nicht zu viel von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Falls diese Untersuchung ergebe, daß nicht in echter Notwehr geschossen worden sei, sollte ai in geeigneter Weise den Behörden vorstellig werden“ („FR“ vom 5.6.). Es scheint sich in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis durchzusetzen, daß die „Fahndungsmethode“ im Falle Elisabeth von Dycks wirklich beispielhaft für die „Terrorismus“-fahndung hieszulande ist.

Im selben Artikel in der „FR“ ist ein Hinweis auf eine im Oktober beginnende internationale Kampagne von ai „zur weltweiten Ächtung der Todesstrafe“ zu finden. Als ein westdeutscher Beitrag böte sich vielleicht eine Untersuchung zum Thema „heimliche Todesstrafe“ an!

Inzwischen hat sich die Reihe kritischer Stimmen zur Erschießung Elisabeth von Dycks verlängert.

- In einer Presse-Erklärung anlässlich eines Angehörigen-Treffens politischer Gefangener heißt es u.a.: „Von den fünf Gefangenen des ersten (RAF-, Anm.AK) Prozesses lebt keiner mehr. In den letzten Monaten hat sich eingebürgert, keine Gefangenen mehr zu machen, sondern sie sofort bei der Festnahme zu erschießen (Willy Peter Stoll, Elisabeth von Dyck)“ („Tageszeitung“ vom 5.6.).

- Der Hauptdarsteller der Auffüh-

rung des Dario Fo-Stückes „Bezahlt wird nicht“ der Bremer Kammerspiele nahm in zwei Vorstellungen von der Bühne herab protestierend Stellung gegen die Erschießung.

- Unter der Überschrift „Kein Blanko-Notwehrrecht für die Polizei“ erschien am 26.5. ein längerer Leserbrief von neun Unterzeichnern aus Freiburg in der „Badischen Zeitung“. Dieser Brief, der ganz offensichtlich nicht die Handschrift von „Sympathisanten“ trägt, bedauert das Fehlen einer kritischen Berichterstattung: „Die Reaktion vieler Meinungsorgane, in diesem Fall leider auch der BZ, läßt eine beklemmende Tendenz erkennen, daß die Öffentlichkeit sich an die tödlichen Schüsse beim Aufeinandertreffen von Polizei und Terroristen in zunehmendem Maße zu gewöhnen scheint.“

- Eine gemeinsame Erklärung brachten 21 Unterzeichner in Hannover heraus, u.a. der AstA der Uni Hannover, das Frauenzentrum, mehrere Frauengruppen und -initiativen sowie die Hannoveraner Regional-Redaktion der „Tageszeitung“. Neben der ganzseitig abgedruckten Presseerklärung der Eltern wird auf den Zusammenhang der Erschießung Elisabeth von Dycks mit der zunehmenden Repression hieszulande gegen Kritiker, Linke oder „einfach Nicht-Kontrollierbare“ hingewiesen: „Elisabeth von Dyck wurde von derselben Staatsgewalt erschossen, die uns bedroht und verfolgt. Wer sich nicht 'gesellschaftskonform' verhält - nicht so recht kontrollierbar ist - fällt unter die staatliche Notwehr. Wir sind noch nicht erschossen worden.“ Außerdem wird in der Zeitung des Hannoveraner AstA („IDIOT“ 5/79) zu Beginn eines Artikels über



Aus: „Tageszeitung“ (25.5.79)

den „Stammheim-Prozeß“ gegen den ARBEITERKAMPF noch einmal auf die Erschießung Bezug genommen.

- Die Presse-Erklärung der Eltern Elisabeths wurde unseres Wissens neben dem AK noch veröffentlicht in: „Tageszeitung“, „konkret“ (6/79), und in der oben genannten gemeinsamen Erklärung aus Hannover, außerdem erschien die Erklärung von I.Drewitz, V.Schlöndorf u.a. (s.AK 153) in „Radikal“ (W-Berlin) und im „Roten Morgen“.

Die Organisation des Protestes gegen die „heimliche Todesstrafe“ hat erst begonnen. Sorgen wir dafür, daß diese Front breiter wird.

Antifa-Kommission, KB/Gruppe HH

Leserbrief

sen sei. Hinter solchen Äußerungen steckt doch: Wenn es handfeste Anklagepunkte gegeben hätte, wenn sie glaubhaft zur RAF gehört hätte, dann wäre ihre Erschießung nichts Außergewöhnliches gewesen. Haben wir uns denn schon an die Todesschüsse gewöhnt? Ich selbst war unheimlich empört und voll ohnmächtiger Wut, als ich die Nachricht von Elisabeths Erschießung gehört habe. Ich dachte mir, „Da muß man doch was tun!“. Aber letztlich habe auch ich nichts getan, weil ich nicht wußte, was und wie. Mit dieser opportunistischen Haltung muß Schluß gemacht werden. Schon lange ist klar, daß der „rechtsstaatliche“ Terror nicht ausschließlich gegen die RAF gerichtet ist. Wer die Augen aufmacht, kann das wohl fast täglich erleben.

In Bremen hielten neulich z. B. drei Bullenwagen mit quietschenden Bremsen vor einem fortschrittlichen Kino; neun Bullen boxten sich rücksichtslos durch die auf Einlaß wartende Menge und schlepten ohne irgendwelche Erklärungen vier Ausländer in ihre

Wagen und verschwanden. Obwohl viele fortschrittliche Menschen Augenzeugen waren, wurde kein Wort des Protestes laut.

Auch das Denunziantentum, Auswirkung der Terroristenhetze in der Bevölkerung, breitet sich aus: So bekam eine Frau von unserer Frauengruppe eines Morgens „Besuch“ von zwei Bullen. Der Grund: Sie soll gleich zwei Terroristinnen sehr ähnlich sehen. Auf die Frage, von wem die Bullen diese „Information“ hätten, meinten die frech: „Das geht Sie überhaupt nichts an. Auf alle Fälle von Leuten, die ein besseres Verhältnis zur Behörde haben als Sie. Im übrigen können Sie froh sein, daß wir nicht mit MPs gekommen sind!“

„Nein, uns schützen keine Angst und kein Selbstbetrug, denn in Wahrheit ist alles grad so schlimm! Und wers Maul hält und taub ist und blind, ja so klug, hat sich selber mit den anderen lebendig begraben“.

Eine Genossin der AG Frauen/Bremen

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50 O
jährlich - DM 55,- O

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

AK Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

ausschneiden
und in einen
Umschlag stecken!